BERNHARD SCHWERTFEGER

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

Vierter Teil:
Die Isolierung der Mittelmächte
I

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN
1

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Kommentar / Vierter Band, Erste Hälfte

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung

von

BERNHARD SCHWERTFEGER

1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

HMod.
S4157d

Vierter Teil

Die Isolierung der Mittelmächte 1904–1908

Erste Hälfte
(Band 19 bis 21)

224428
10.8.28

1 9 2 7

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1925 by
Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gesetzt und gedruckt
in der Buchdruckerei
F. E. Haag in Melle
in Hanno-
ver

Zur Einführung

Die vierte Reihe der „Großen Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ umfaßt zeitlich in der Hauptsache die Jahre von 1902 bis 1907 und reicht mit einzelnen Stücken in das Frühjahr 1908 hinein.

Der für diese Zeitspanne vorliegende Bestand an wichtigen Dokumenten des Auswärtigen Amtes war so groß, daß die Herausgeber sich haben entschließen müssen, von der bisherigen Einteilung der einzelnen Serien in sechs Bände abzuweichen und die vierte Reihe um einen siebenten Band — den 25. — zu vermehren. Der große Umfang der einzelnen Bände machte es ferner erforderlich, noch weitere Zerlegungen stattfinden zu lassen. So bestehen die Bände 19, 20, 21, 23 und 25 aus je zwei Teilen, und es sind dadurch zwei in sich abgeschlossene Halbserien von je sechs Bänden entstanden. Jede dieser Halbserien bedarf eines „Wegweisers“, so daß — der Einteilung des großen Aktenwerkes genau entsprechend — je ein Wegweiser für die erste und zweite Hälfte der vierten Serie geschaffen werden muß.

Den Führer durch die erste Halbserie, die Bände 19—21, lege ich hiermit vor. Er folgt in seiner Einteilung genau seinen drei Vorgängern. Nur habe ich mich bemüht, den Text etwas ausführlicher und dadurch leichter lesbar zu gestalten. Kleine Verbesserungen in der Anordnung der Tabellen werden, wie ich hoffe, die Benutzbarkeit dieses wissenschaftlichen Hilfsmittels noch erleichtern.

Das große Aktenwerk schreitet seiner Vollendung entgegen. Je mehr wir uns dem Zeitpunkte nähern, wo die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes den Anschluß an die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ finden müssen, um so größer wird die Zahl der mitzuteilenden Aktenstücke, um so schwerer das Erkennen der großen Linie des Geschehens. Sind doch die Vorgänge aus dem letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch nicht nur historisch, sondern vor allem auch parteipolitisch leidenschaftlich umstritten. Um so gebieterischer drängt sich für Deutschland bei seinem Kampfe in der Schuldfrage die Notwendigkeit auf, über alle Irrungen und Wirrungen innerpolitischer Gebundenheit hinweg die deutsche Vorkriegspolitik so zu sehen, wie sie wirklich gewesen ist.

Die Bände 19—21 zeigen uns die unaufhaltsame Entwicklung der Weltpolitik im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, als deren Ergebnis man mit vollem Rechte die Isolierung der Mittelmächte bezeichnen kann. Deutschlands Stellung zu Rußland, besonders auch vor Ausbruch und während des Russisch-Japanischen Krieges, war durch die Festlegung Rußlands im Zweibunde trotz aller persönlichen Versuche Kaiser Wilhelms II., hierin zugunsten besserer deutsch-russischer Beziehungen Wandel zu schaffen, immer eine sehr schwierige. Im Westen Europas aber vollzog sich mit der Entente zwischen England und Frankreich im Frühjahr 1904 die entscheidende Verlagerung der Kräftegruppierung in Europa. Deutschland wuchs immer mehr in die Weltisolierung hinein, einzig gestützt auf seine eigene Kraft. Der Kräftezuwachs aus dem Bündnisse mit Österreich-Ungarn wurde zum großen Teil für Deutschland dadurch wettgemacht, daß es genötigt war, die Gefahren der österreichischen Balkanpolitik mit zu übernehmen, und auf Italiens Waffenhilfe in einem Zukunftskriege war deutscherseits niemals zu rechnen, wenn England die Reihen der Entente verstärkte. So wurde die Kräftegliederung des Weltkrieges schon in der Marokkokrise 1904/05 und auf der Konferenz von Algeciras sichtbar und begann, die Leitung der deutschen Politik zu beeinflussen.

Hannover, Bödekerstr. 72, 20. November 1925

Bernhard Schwertfeger
Oberst a. D.

Inhalt

1. Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 bis 1914. Vierter Teil, erste Hälfte: Die Isolierung der Mittelmächte. Ein Wegweiser durch die Bände 19—21 des Aktenwerkes der deutschen Reichsregierung (Inhaltsübersicht nachstehend) 1
2. Synchronistische Zusammenstellung der in den Bänden 19—21 enthaltenen Aktenstücke 165
3. Übersetzungen der fremdsprachigen Dokumente der Bände 19—21 193
4. Verzeichnis der in den Bänden 19—21 des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente . . . 293

Druckfehlerverzeichnis zum „Wegweiser", Band 3 362

Inhaltsübersicht der Bände XIX,1—XXI,2

Neunzehnter Band

Erste Hälfte

Der Russisch-Japanische Krieg

Kapitel 128
Der Russisch-Japanische Konflikt und die Stellungnahme der Mächte . . 3

Kapitel 129
Die Sperrung der Ostsee? 9

Kapitel 130
Die Lokalisierung des Krieges
A. Deutschland-Amerika und die Lokalisierung im Fernen Osten . . . 12
B. Deutschland und die Erhaltung des Friedens im Nahen Osten . . . 14

Kapitel 131
Die Anfänge des Krieges. Bis zum Auslaufen des Baltischen Geschwaders 17

Kapitel 132
Russische Beschlagnahme neutraler Dampfer und Dardanellenfrage . . . 25

Kapitel 133
Die Kohlenversorgung des Baltischen Geschwaders 28

Kapitel 134
Der Zwischenfall an der Doggerbank 1904 32

Kapitel 135
Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Defensivabkommen 1904 34

Neunzehnter Band

Zweite Hälfte

Der Russisch-Japanische Krieg

Kapitel 136
Das erste Deutsch-Englische „War Scare" November-Dezember 1904 . . 43

Kapitel 137
Die Mediationsfrage 48

Kapitel 138
Der Vertrag von Björkoe 53

Kapitel 139
Deutschlands und Amerikas Zusammengehen während des Krieges und für den Frieden. Der Friedensschluß 62

Kapitel 140
Ausblicke bei Kriegsende
A. Die Erneuerung des Englisch-Japanischen Bündnisses 67
B. Das Englisch-Russische Verhältnis und die zentralasiatischen Fragen (Tibet, Afghanistan, Persien) 67

Zwanzigster Band

Erste Hälfte

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Kapitel 141
Die Besiegelung der Entente cordiale durch das Abkommen vom 8. April 1904 71

Kapitel 142
Die Italienisch-Französische Entente und der Dreibund 74
Anhang: Der Plan einer Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit Loubet 1904 79

Kapitel 143
Deutsch-Englische Verhandlungen im Anschluß an das Abkommen vom 8. April 1904 80

Kapitel 144
Das Französisch-Spanische Abkommen über Marokko 82

Kapitel 145
Präludien der Deutschen Marokkoaktion 84

Kapitel 146
Die Deutsche Marokkoaktion bis zur Tangerfahrt Kaiser Wilhelms II. . . 87

Zwanzigster Band

Zweite Hälfte

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Kapitel 147
Die Marokkokrise. Delcassés Sturz 97

Kapitel 148
Die Deutsch-Französische Verständigung über den Konferenzgedanken. Die Erklärungen vom 8. Juli 1905 103

Kapitel 149
Die Verständigung über das Konferenzprogramm. Das Übereinkommen vom 28. September 1905 106

Kapitel 150
Die Marokkofrage und die Deutsch-Englischen Beziehungen. Ein Englisches Allianz-Angebot an Frankreich? 113

Einundzwanzigster Band

Erste Hälfte

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Kapitel 151
Die Vorbereitung der Konferenz 121
Anhang: Militärische Vorsichtsmaßregeln Frankreichs und Englands . . 126

Kapitel 152
Das erste Stadium der Konferenz Januar-Februar 1906 128

Kapitel 153
Das zweite Stadium der Konferenz. Österreichs Sekundantendienst. März-April 1906 133

Einundzwanzigster Band

Zweite Hälfte

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Kapitel 154
Die Rückwirkungen der Konferenz auf das Verhältnis der Dreibundmächte 1906—1907. Die stillschweigende Verlängerung des Dreibundvertrages 1907 141
Anhang: Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1906—1907 . 144

Kapitel 155
Die Deutsch-Englischen Beziehungen nach Algeciras und die Entente cordiale Mai 1906 bis Juli 1907 146
Anhang: Englisch-Französische Militär- und Marine-Abkommen? . . . 153

Kapitel 156
Die Deutsch-Französischen Beziehungen nach Algeciras. Clemenceau und Jules Cambon Herbst 1906—1907 156

Kapitel 157
Neue Schwierigkeiten in der Marokkofrage. Herbst 1906—1907 160

Der Russisch-Japanische Krieg

Der neunzehnte Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 19. Bandes

Erste Hälfte

Kapitel 128

Der Russisch-Japanische Konflikt und die Stellungnahme der Mächte. Dokumente Nr. 5920—5961 3

Kapitel 129

Die Sperrung der Ostsee? Dokumente Nr. 5962—5975 9

Kapitel 130

Die Lokalisierung des Krieges.

A. Deutschland-Amerika und die Lokalisierung im Fernen Osten. Dokumente Nr. 5976—5994 12

B. Deutschland und die Erhaltung des Friedens im Nahen Osten. Dokumente Nr. 5995—6026 14

Kapitel 131

Die Anfänge des Krieges. Bis zum Auslaufen des Baltischen Geschwaders. Dokumente Nr. 6027—6057 17

Kapitel 132

Russische Beschlagnahme neutraler Dampfer und Dardanellenfrage. Dokumente Nr. 6058—6076 25

Kapitel 133

Die Kohlenversorgung des Baltischen Geschwaders. Dokumente Nr. 6077 bis 6099 28

Kapitel 134

Der Zwischenfall an der Doggerbank 1904. Dokumente Nr. 6100—6117 32

Kapitel 135

Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Defensivabkommen 1904. Dokumente Nr. 6118—6148 34

Kapitel 128

Der Russisch-Japanische Konflikt und die Stellungnahme der Mächte

Der wegen seines Umfanges in zwei Teile zerlegte 19. Band des Aktenwerkes vermittelt uns die Stellung der deutschen Politik zum Russisch-Japanischen Kriege und umfaßt zeitlich die Jahre von Frühjahr 1902 bis Frühjahr 1905.

Der Russisch-Japanische Krieg bildete für Deutschland die erste ernstliche Probe auf seine im letzten Jahrzehnt geübte Politik der freien Hand. Mit der größten Sorgfalt hatten bisher die deutschen Staatsmänner sich gegen jede Versuchung gewehrt, ihre politische Freiheit inmitten der hauptsächlichen Mächtegruppen Europas preiszugeben und einen nicht mißzuverstehenden Anschluß entweder an England oder an den Zweibund herbeizuführen. Die Beziehungen zu Rußland waren, trotz aller persönlichen Intimität der Herrscherhäuser, seit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages immer nur mehr oder minder fragwürdige gewesen. Rußland hatte sich 1892 mit Frankreich zum Zweibunde vereinigt, und seine wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit vom französischen Kapital konnte nur dazu beitragen, die politische Bindung der beiden Länder noch zu verstärken. England hingegen hatte erkannt, daß es geboten sei, aus seiner „glänzenden Vereinsamung" herauszugelangen, und Deutschland wiederholt einen näheren Zusammenschluß der beiden Mächte nahegelegt. Hauptsächlich an dem Bedenken deutscherseits waren diese Versuche gescheitert, daß Deutschland sich nicht mit England verbünden könnte, wenn nicht die Dreibundmitglieder, insonderheit Österreich-Ungarn, ausdrücklich in die zu schließenden Abmachungen mit einbezogen würden.

In der Wilhelmstraße hatte man die Zuspitzung der Beziehungen zwischen Rußland und Japan schon im März 1902 sorgenvoll be- 5920
trachtet. Man war entschlossen, im Falle eines japanischen Krieges um Korea Japan gegenüber eine korrekte, aber wohlwollende Neutralität zu beobachten, ebenso wie man auch Rußland gegenüber neutral zu bleiben wünschte. Nur dadurch konnte es gelingen, einen etwaigen Zweikampf zwischen Rußland und Japan zu isolieren. Nach der 5921
Überzeugung des Vortragenden Rats v. Holstein war es für Rußland am vorteilhaftesten, wenn Deutschland durch seine Neutralität bei einem russisch-japanischen Kampfe dieser kriegerischen Auseinandersetzung den Duellcharakter wahrte. Er glaubte offenbar, mit der Hervorhebung dieses Gedankens auf die im Grunde russenfreund-

liche Gesinnung Kaiser Wilhelms II. im Sinne der Erhaltung der deutschen Neutralität Eindruck zu machen.

Bei der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Reval[1]) vom 6. bis 8. August 1902 hatte Kaiser Wilhelm II. dem Zaren zwar gesagt, daß sie als Herrscher der beiden führenden Mächte der beiden großen europäischen Staatengruppen stets in der Lage seien, den Frieden der Welt gemeinsam aufrechtzuerhalten, und auch sonst die Solidarität der deutschen und russischen Interessen betont, dem Zaren aber keinerlei bindende Versprechungen für den Fall eines ostasiatischen Krieges gemacht. Legte man doch deutscherseits in
5922, 5923 allen Monaten, die dem Ausbruche des Russisch-Japanischen Krieges vorhergingen, in Berlin immer Wert darauf, volle Neutralität auch Japan gegenüber zu wahren.

Im Frühjahr 1903 nahm die Mandschureifrage dadurch einen bedrohlichen Charakter an, daß Rußland trotz seiner im Vertrage mit China vom 8. April 1902 eingegangenen Verpflichtung, binnen Jahresfrist eine zweite mandschurische Provinz zu räumen, nunmehr erklärte, diese Räumung nur nach vorheriger Erfüllung bestimmter Voraussetzungen übernehmen zu wollen. So sollte sich China verpflichten, keine neuen Vertragshäfen in der Mandschurei zu öffnen, eine Forderung, gegen die England, Japan und Amerika alsbald in Peking Einspruch erhoben. Als der russische Botschafter Graf Osten-
5923 Sacken am 14. Juli 1903 im Berliner Auswärtigen Amte sich nach der Stellung Deutschlands zu dieser Frage erkundigte, eröffnete ihm der Stellvertretende Staatssekretär v. Mühlberg, die deutsche Regierung habe durch frühere Erklärungen ihr Desinteressement an den mandschurischen Fragen festgestellt; in Übereinstimmung hiermit werde sich Deutschland dem nicht widersetzen, wenn in offenen oder noch zu öffnenden mandschurischen Plätzen die Anlage von Niederlassungen („settlements“) nicht genehmigt würde und wenn außerdem die Mündung des Yalu-Flusses und die Stadt Charbin sich nicht unter der Zahl der offenen Plätze befänden. Graf Osten-Sacken betonte immer, seine Regierung wünsche nichts sehnlicher, als die Mandschurei schleunigst zu räumen. Er sprach sich geradezu ängstlich über die Möglichkeit eines Konfliktes mit Japan aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland in einem solchen Falle Anlehnung an Deutschland finden würde. Es war klar, daß Deutschland mit formellen Anträgen Rußlands in dieser Richtung rechnen mußte. Eine sehr vorsichtige Behandlung dieses Punktes schien um so mehr angezeigt, als Kaiser Wilhelm II. in Danzig und Reval dem Kaiser Nikolaus angedeutet hatte, daß er im Falle eines Angriffs gegen Rußland im Orient diesem den Rücken decken würde.

Im Herbste 1903 rechnete man in den europäischen Kanzleien

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 3, S. 170 ff.

mit ziemlicher Sicherheit damit, daß die Japaner den Krieg mit Rußland schon in Rücksicht auf die englische Allianz, vor allem aber deshalb bald beginnen würden, weil die russische Stellung in Ostasien täglich an Stärke gewann. Ein russischer Angriff schien unwahrscheinlich. Die deutsche Regierung ließ bei dieser Lage der Dinge ihrem Gesandten in Tokio, dem Grafen v. Arco, die Weisung zugehen, bei passender Gelegenheit das Vorhandensein einer Abmachung zwischen Rußland und Deutschland wegen Ostasiens mit Entschiedenheit zu bestreiten. Es sollte bei einer solchen Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß zwischen beiden Ländern gute Beziehungen beständen, weil kein politischer Gegensatz vorliege. „Aber ein Bundesverhältnis ist, solange das russisch-französische Bündnis dauert, schon deshalb ausgeschlossen, weil die gegenseitige Garantie des Besitzstandes bei jedem Bündnisvertrage die notwendige Unterlage bildet. Der franko-russische Zweibund würde aber keine 24 Stunden dauern, wenn Rußland sich zum Garanten des Frankfurter Friedens machen wollte." Als die russische Presse den Versuch machte, die bevorstehende Kaiserbegegnung in Wiesbaden und Wolfsgarten[1]) in dem Sinne auszuwerten, als wenn ein russisch-deutsches Zusammengehen in Ostasien vorliege, wurde Graf Arco am 27. Oktober 1903 nochmals telegraphisch ermächtigt, derartige Kombinationen zurückzuweisen. „Die Mandschurei und Korea gehen uns nichts an. Geheime, auf Ostasien anwendbare Verträge oder Klauseln haben wir überhaupt nicht." 5925 5926 5927 5928

In Petersburg war damals Graf v. Alvensleben deutscher Botschafter. Nach seiner Ansicht suchten Rußland und Japan im Winter 1903 sich gegenseitig zu bluffen. In Rußland wurden, wie er am 20. Dezember 1903 berichtete, immer mehr Stimmen laut, die unter Hinweis auf das große Risiko eines Krieges mit Japan einen solchen vermieden zu sehen wünschten. Hauptsächlich der Zar selbst erblickte in der mandschurischen Frage ein „noli me tangere". Auf Frankreichs Mithilfe in einem Kriege gegen Japan rechnete man nicht, eher noch auf die Unterstützung Deutschlands. 5929 5930

Mit dem Anfange des Jahres 1904 spitzten sich die Gegensätze weiter zu. In Tokio wünschte man zu erfahren, ob Deutschland neutral bleiben würde. Das damalige japanische Kabinett wollte den Krieg, da Japan sonst die letzte Gelegenheit versäumen würde, seine Wünsche Rußland gegenüber durchzusetzen. Deutschland ließ in London, ebenso wie es im Laufe der letzten Jahre wiederholt in Tokio geschehen war, zum Ausdruck bringen, daß es, falls sich die Verhältnisse in Ostasien zu einem Konflikt zuspitzen sollten, eine loyale Neutralität beobachten werde. 5931 5932

Wie Kaiser Wilhelm II. persönlich zu dieser Frage stand, geht

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 3, S. 172.

5933 aus seinen ausführlichen Bemerkungen zu einer Aufzeichnung des russischen Botschafters Grafen Osten-Sacken hervor. Er war der Meinung, daß die ostasiatische Streitfrage sich für das Haager
5934 Schiedsgericht eigne. Diese Ansicht nach Petersburg mitzuteilen, hielt man aber in der Wilhelmstraße für bedenklich. Bülow sagte
5935 mündlich zum Grafen Osten-Sacken, Deutschland habe kein Interesse in der Mandschurei und in Korea. Sollte diese Erklärung zur Erhaltung des Friedens beitragen, so werde das ihn — Bülow — freuen.

Für Rußland war es ein Gegenstand der Besorgnis, ob bei einer
5936 ostasiatischen Verwicklung sein Zweibundgenosse den Bündnisfall als gegeben erachten würde. Die Franzosen vertraten den Standpunkt, das russisch-französische Bündnis habe nur auf Europa Bezug. Die französische Regierung gab sich außerdem den Anschein, nicht
5937 an die Möglichkeit des Krieges zu glauben, obwohl die meisten Nachrichten darin übereinstimmten, daß anfangs Januar 1904 alle japanischen Staatsmänner für den Krieg waren.

Kaiser Wilhelm II. folgte der Entwicklung mit der größten Aufmerksamkeit und hielt den Krieg für sicher, da schon allzulange mit dem Feuer gespielt worden war. „Wir erleben hier das Schauspiel,"
5937 schrieb er unter ein Telegramm des Grafen Arco vom 13. Januar, „daß zwei der militärischsten und wohlorganisiertesten Soldatenvölker der Erde in kriegerische Verwickelungen hineintreiben — fast hülflos könnte man sagen —, weil sie von zwei militärisch gänzlich unfähigen Herren regiert werden, die nicht wissen, was sie wollen, das nicht wagen, was sie möchten, und zu ewigen Kriegs- und Staatsräten ihre Zuflucht nehmen aus Angst vor Verantwortung, welche sie gern ihren Ministern und Generalen aufhalsen möchten; die erst froh sein werden, wenn ihre Völker sie zu dem gezwungen haben werden, was sie eigentlich vermeiden möchten, nämlich zum Schwert zu greifen, vor dem sie Angst haben." Für ihn handelte es sich nur darum, ob Rußland seiner Aufgabe gewachsen sein würde, „den Schutz und die Abwehr gegen die Gelbe Rasse für die Weiße Rasse und damit für die christliche Zivilisation zu übernehmen . . . Wird der ‚Zar' die Interessen der Weißen Rasse auch an die Gelbe verraten, um ‚in Ruhe gelassen' zu werden, und das Haager Gericht nicht zu sehr blamieren?"

In Berlin legte man den größten Wert darauf, in allen Äußerun-
5938 gen an den Zaren diesem zu zeigen, daß Deutschland nicht zum Kriege hetze. Rußlands Aussichten in einem Kriege mit den Ja-
5939 panern wurden vom deutschen Generalstabe als sehr ungünstig an-
5940 gesehen. Der Zar, der sich am 14. Januar 1904 in Petersburg über die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Rußland und Japan äußerte, schien jetzt angesichts der nahe bevorstehenden Gefahr umzufallen, obwohl er in Reval zu Kaiser Wilhelm II. angedeutet hatte, 1904 werde er den Krieg mit Japan machen. An Versuchen einer

Vermittlung zwischen den streitenden Parteien, die über England und 5941
Frankreich angeregt wurde, wollte sich die deutsche Regierung nicht beteiligen, wenn nicht die beiden streitenden Teile dem Wunsche nach Vermittlung vorher unzweideutigen Ausdruck gegeben hatten. Der Vortragende Rat v. Holstein wies darauf hin, daß in den letzten 27 Jahren im Auswärtigen Amte immer so verfahren, und daß bis jetzt Deutschland weder von Rußland noch von Japan ins Vertrauen gezogen worden sei.

Für Deutschlands Stellung war nach Bülows Ansicht damals entscheidend, ob Krieg oder Frieden im Fernen Osten für die deutsche 5942
Politik nützlicher sei. Der Reichskanzler wünschte hierüber eine Denkschrift Holsteins zu erhalten. Holstein stellte die Frage so, ob 5943
Deutschland an Rußlands Seite den Feinden Rußlands entgegentreten 5944
wolle und unter welchen Bedingungen. Hierfür war seiner Ansicht nach die militärische Machtfrage zu Lande und zu Wasser von entscheidender Bedeutung, denn Deutschland war der angreifbarere der beiden etwaigen Verbündeten, nicht nur in seinen maritimen und kolonialen Interessen, sondern auch auf dem Festlande. Er wünschte daher vor Abgabe eines politischen Urteils genaue militärische und maritime Unterlagen zu erhalten.

Der damals in Berlin weilende Botschaftsrat z. D. Frhr. v. Eckard- 5945
stein war der Meinung, daß der Ausbruch eines japanisch-russischen Krieges vom deutschen politischen Standpunkte aus nur mit Freuden begrüßt werden könnte[1]). Gleichviel, wer gewinne, Rußland oder Japan, in jedem Falle werde der Krieg nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft die politische Machtstellung Deutschlands erhöhen. Die Voraussetzung sei Deutschlands völlige Zurückhaltung. In diesem Sinne entschied denn auch der Kaiser, wenn er auch Eckardsteins Bemerkung, er glaube vorläufig nicht an eine gelbe Gefahr, ablehnte.

Am 19. Januar 1904 ließ Kaiser Wilhelm II. an den Zaren, als
an den Admiral des Pazifischen Ozeans, drahten[2]), Nachrichten aus 5946
zuverlässiger chinesischer Quelle ließen den Ausbruch des Krieges als unvermeidlich erscheinen. Der Zar dankte telegraphisch am 21. Januar[3]) und gab seiner Hoffnung Ausdruck, mit Japan noch zu einer 5947
Verständigung kommen zu können; alle beunruhigenden Nachrichten über Kriegsvorbereitungen stammten aus interessierten Quellen. Der Kaiser setzte unter dieses Telegramm die Bemerkung: „Ahnungsloser Engel Du!“

Inzwischen war der Botschaftsrat v. Eckardstein nach London zurückgekehrt und erfuhr dort am 20. Januar, daß der russische Bot- 5948

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 195/196.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 196.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 196.

schafter tags zuvor die Vermittlung Englands im ostasiatischen
5949 Konflikt erbeten hatte. Auch die französische Diplomatie bemühte sich um die Beilegung des Konfliktes, die Regierung erhielt aber
5950 ihre Neutralität aufrecht. Für Deutschland folgte daraus als das Richtigste, ebenso wie das mit Rußland verbündete Frankreich selbst den Anschein einer Parteinahme zu vermeiden. Es war aber unver-
5951 kennbar, daß Frankreichs Haltung sich an der Newa im Sinne der Nachgiebigkeit gegen die japanischen Forderungen auswirkte. Dem deutschen Kaiser schrieb der Zar in seinem Glückwunschbriefe zum
5952 27. Januar[1]), er hoffe immer noch auf eine ruhige und friedliche Verständigung, eine Auffassung, die dem Kaiser ganz unverständlich
5961 schien. Er konnte sie sich nur durch Täuschung des Zaren über
5953 die militärischen Verhältnisse erklären. In seiner Auffassung ließ er sich auch nicht durch die Nachricht irremachen, daß Frankreich
5954 vielleicht England darauf aufmerksam machen würde, es sei seine Aufgabe, Japan zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

In Japan war man mißtrauisch gegen Deutschland und bezog
5955 sich auf die Vorgänge von 1895[2]). Die Bemühungen der deutschen Diplomatie gingen dahin, den Eindruck der damaligen Vorgänge und die Erinnerungen an Schimonoseki abzuschwächen und darauf hinzuweisen, daß Deutschland durch seine Neutralität Japan genützt habe.

Der 7. Februar 1904 brachte volle Klarheit. An diesem Tage
5956 überreichte der japanische Gesandte in Berlin den Wortlaut einer Note, die sein Petersburger Kollege an den Grafen Lamsdorff zu richten beauftragt war. Danach erklärte die japanische Regierung zum Schutze ihrer bedrohten Stellung den Abbruch ihrer Verhandlungen mit der russischen Regierung und schob die Verantwortung für diesen Schritt Rußland zu[3]). Dabei hatte der russische Botschafter
5957 in London am gleichen Tage nochmals den vergeblichen Versuch gemacht, die englische Regierung zur Vermittlung zu bewegen.

5958 Am 10. Februar 1904 verließ der japanische Gesandte Petersburg. Frankreich, das in London gleichfalls und noch in letzter Stunde
5959 dringlich für eine Vermittlung zu wirken versucht hatte, war mit
5960 diesem Verlaufe der Dinge keineswegs einverstanden.

Kaiser Wilhelm II. war über die Haltung des Zaren tief ent-
5961 täuscht. Er erblickte in ihr den Ausdruck eines nicht berechtigten Kleinmutes und befürchtete, der Zar würde die Mandschurei schließlich ohne Schwertstreich oder nach schwächlichem Widerstande den Japanern überlassen. Mit dem Reichskanzler Grafen Bülow sprach er sich am 14. Februar eingehend darüber aus, wie eine solche Wen-

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 197.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 2, S. 88 ff.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 197.

dung der Dinge zu verhindern sei. Bülow mahnte den Monarchen zur Zurückhaltung, da unvorsichtige deutsche Ermutigungen an die Adresse des Zaren nur bewirken würden, daß die Russen mit Japan einen voreiligen und faulen Frieden schlössen. Der Kaiser dachte über diese Dinge vom Standpunkte seiner monarchischen Auffassung anders. Er wünschte, daß der Zar im Interesse des Ansehens der Monarchie „forscher auftrete". Bülow entgegnete, der Kaiser habe nur die Pflicht, seine eigene Ehre und das Interesse des preußischen und deutschen Volkes zu wahren; für andere Herrscher und Völker sei der deutsche Kaiser nicht verantwortlich. Kaiser Wilhelm I. und Friedrich der Große hätten sich auch nicht für die anderen den Kopf zerbrochen. Der Kaiser erwiderte ihm, jetzt wären andere Zeiten, und außerdem gelte es, der gelben Gefahr entgegenzutreten. Wenn die Russen vor den Japanern weiter zurückwichen, würde die gelbe Rasse in zwanzig Jahren in Moskau und Posen stehen. Die wichtige Unterhaltung endete mit dem Rate des Reichskanzlers, alles sorgsam zu vermeiden, was als ein Vorschieben gegen Japan oder gar gegen England im russischen Interesse gedeutet werden könne.

Kapitel 129

Die Sperrung der Ostsee?

Für den Fall einer kriegerischen Verwicklung Rußlands gewann die Frage des Schutzes der Ostsee erhöhte Bedeutung. Wiederholt schon war von dänischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß es nicht in der Lage sei, einer Großmacht den Sund und die Belte zu sperren. Im Frühjahr 1903 hatte anläßlich des Zarenbesuches in Kopenhagen Kaiser Wilhelm II. eine Vereinigung der nordischen Reiche, Dänemark, Schweden, Norwegen, Rußland und Deutschland, zum Schutze der Ostsee angeregt. Graf Bülow hatte aber vor einer solchen nordischen Allianz gewarnt, weil England dadurch verstimmt werden konnte.

Bei der Unterredung des Kaisers mit dem Zaren Nikolaus in Wiesbaden und Wolfsgarten am 4. und 5. November 1903[1]) wurde auch das dänische Problem erörtert. Bülow verständigte den Ge- 5962
sandten v. Schoen in Kopenhagen und machte ihn darauf aufmerksam, daß es für die deutsche Politik bedenklich sei, sich an einer solchen Neutralisierung Dänemarks zu beteiligen. Die Ostsee bilde mit dem Stillen Ozean und dem Schwarzen Meere eine der drei maritimen Angriffsfronten des russischen Reiches, sie sei sogar von besonderer Bedeutung, weil die Hauptstadt Petersburg in ihrem Bereiche liege.

---

[1]) Wegweiser Band 3, S. 172/173.

Wenn Deutschland dem Angreifer den Eingang in die Ostsee untersagte, so machte es damit die Feinde Rußlands tatsächlich zu den seinigen. Dadurch wurde entweder Deutschland in den Krieg mit hineingezogen, oder aber die Feinde Rußlands wurden durch das Hinübertreten Deutschlands auf die russische Seite veranlaßt, auf den Krieg zu verzichten. Dann mußte sich, wie schon nach dem Berliner Kongreß, „die scharfe Spitze des Hasses von Rußland ab- und Deutschland zukehren, und wir würden für unsere kolonialen und Handelsinteressen auf dem ganzen Erdball fortan mit der vereinten Gegnerschaft von England, Amerika und Japan zu rechnen haben".

Am 17. Dezember 1903 traf König Christian von Dänemark zum Besuche des deutschen Kaisers in Potsdam ein. Kaiser Wilhelm
5963 hatte schon vorher den Zaren telegraphisch gefragt[1]), ob er dem dänischen Könige gegenüber die Frage der Benutzung der dänischen Gewässer im Kriegsfalle erwähnen solle. Der Zar antwortete am
5964 16. Dezember[2]), er halte den Besuch des Königs für eine ausgezeichnete Gelegenheit, seine Ansicht über die Frage der dänischen Neutralität zu erforschen.

So geschah es denn auch. In einem Telegramm vom 17. De-
5965 zember[3]) berichtete Kaiser Wilhelm II. über sein Gespräch mit dem dänischen Könige. Dieser hatte offen die Unmöglichkeit zugegeben, die dänische Neutralität gegenüber irgendeiner überlegenen Seemacht aufrechtzuerhalten, und hielt es für sehr erwünscht, daß Rußland und Deutschland anbieten sollten, die dänische Neutralität zu garantieren.

Bülow wünschte nun zunächst festzustellen, ob Deutschlands Be-
5966 teiligung an der Neutralisierung der Ostsee in England und Amerika vorwiegend als ein praktisches Mittel zur Küstenverteidigung oder aber als Parteinahme für Rußland in den damals schwebenden Konfliktfragen aufgefaßt werden würde. In Rußland war man natürlich über die Aussicht einer etwaigen Schließung der Ostsee hoch erfreut und wünschte die baldige Ausarbeitung eines Neutralitätsgesetzes
5967 durch Deutschland. Hierin erkannte man indes deutscherseits eine große Gefahr und entschloß sich, die Ausarbeitung des Projekts von sich abzuschieben. Das schien um so erforderlicher, als sich nach der Ansicht des Botschafters Grafen Metternich in London aus der
5968 Verschließung der Ostsee durch Deutschland und Rußland eine noch nicht dagewesene Erregung gegen Deutschland ergeben mußte. „Um uns in Friedenszeiten durch Vorlegung eines russisch-deutschen Programms zur Schließung der Ostsee die entschiedene Feindschaft Englands aufzuladen, dazu bedarf es eines starken und fest begründeten Bündnisses mit Rußland, wozu die erste Vorbedingung die Lösung des

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 198.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 198.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 198/199.

russisch-französischen Bundes wäre." Auch aus Washington wurde 5969
vor einer Beteiligung Deutschlands an der Neutralisierung der Ostsee
gewarnt.

Der Reichskanzler entschied sich demgemäß dafür, die Initiative
für einen dänischen Neutralitätsvertrag auf den König von Dänemark 5970
abzuschieben. Er übersandte am 27. Dezember 1903 dem Kaiser den
Entwurf eines Briefes an den Zaren[1]), in dem es hieß, der König von
Dänemark als der an der Frage am meisten interessierte Teil sei als
Erster zuständig, seine Ansichten darzulegen.

Kaiser Wilhelm nahm an dem Bülowschen Entwurfe starke Änderungen vor und fügte noch hinzu, Rußland habe unbedingten Anspruch auf einen eisfreien Hafen am Stillen Ozean mit dem nötigen Hinterlande, und ebenso auch auf Korea[2]). In ausführlichen Randbemerkungen zum Schreiben des Reichskanzlers vom 27. Dezember 5971
1903 begründete er seine an dem ihm vorgeschlagenen Texte des
Kaiserbriefes vorgenommenen Veränderungen. Bülow war sehr be-
sorgt. Er schrieb am 4. Januar 1904 dem Kaiser, der Text des Kaiser- 5972
briefes könne beim Zaren den Eindruck erwecken, als wollten wir ihm
in einem Moment, wo er vor der Entscheidung zu zögern scheine,
Mut zum Kriege machen; der auf Ostasien bezügliche Teil im Briefe
des Kaisers könne vielleicht den Zaren stutzig machen. Bülow schlug
eine gewisse Abänderung[3]) und außerdem vor, noch am gleichen
Tage einen zweiten Feldjäger nach Petersburg zu senden und gleich-
zeitig an den Botschafter Grafen v. Alvensleben telegraphieren zu
lassen, daß er den ersten Brief des Kaisers nicht an den Zaren ab-
geben, sondern auf den zweiten Brief warten solle. Dieses Schreiben
verstimmte offenbar den Kaiser: in einer Schlußbemerkung machte
er den Kanzler darauf aufmerksam, daß ein „permanentes Umredigie-
ren" seiner Privatkorrespondenz mit dem Zaren schließlich seine
Grenzen haben müsse, denn seine Briefe bekämen immer mehr den
Charakter von Noten oder Denkschriften, den sie sonst gar nicht
hätten, und das könnte den Zaren noch viel mißtrauischer machen.
Schließlich könne er — Kaiser Wilhelm — auch einmal der Ansicht
sein, daß es nicht nötig sei, Privatbriefe überhaupt mehr vorzuzeigen.
„Lesen Sie nicht mehr aus meinen Zeilen heraus oder in sie hinein,
als wirklich drinnen steht!"

An den König von Dänemark schrieb Kaiser Wilhelm II. am
6. Januar, er habe mit dem Zaren über die bewußte Angelegenheit 5973
gesprochen, und es würde für diesen von hohem Werte sein, nunmehr
die Ansichten des Königs über die Frage vom dänischen Standpunkte

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 199.
[2]) Endgültiger Wortlaut des Briefes vom 3. Januar 1904 an den Zaren siehe W. Goetz, Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 102 ff. und 333 ff.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 199.

aus zu erfahren. König Christian IX. antwortete am 16. Februar, er habe durch eine stärkere Besetzung der Kopenhagener Seebefestigung und durch Anordnung einer schleunigeren Einberufung der Mannschaften im Kriegsfalle sein Land gegen einen Handstreich sicherzustellen versucht. Er bat den deutschen Kaiser um Mitteilung seiner Auffassungen. Dieser erwiderte ihm am 26. Februar, er sehe die Lage für Rußland jetzt nicht mehr als so schlimm an, wie sie nach den anfänglichen Meldungen vom Kriegsschauplatze erschienen sei. Zwischen den beiden Gegnern scheine sich eine gewisse Gleichgewichtslage herauszubilden. Immerhin sei die Entwicklung unsicher, und es sei daher verständlich, wenn der König auf alle Fälle geeignete militärische Vorkehrungen treffe, um die Neutralität seines Landes zu wahren.

Kapitel 130

Die Lokalisierung des Krieges

A. Deutschland-Amerika und die Lokalisierung im Fernen Osten

Kurz vor Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges begann man sich in den Kabinetten darüber zu beunruhigen, wie etwaige Kämpfe auf China zurückwirken würden. In Peking regte der französische Gesandte an, die kriegführenden Mächte auffordern zu lassen, die vertragsmäßig von neutralen Truppen Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens besetzte Provinz Tschili zu respektieren.

In Deutschland suchte man zunächst zu erfahren, wie Amerika zu dieser Frage stehen würde. Der deutsche Botschafter in Washington, Frhr. Speck v. Sternburg, erhielt Auftrag, den Präsidenten Roosevelt nach seiner Auffassung zu befragen. Dieser erklärte am 6. Februar 1904, man könne den russischen Versicherungen bezüglich Freihaltens des Handels in der Mandschurei kein Vertrauen schenken; die Sympathien der Vereinigten Staaten seien ganz und gar auf Japans Seite, aber Amerika werde die strengste Neutralität bewahren. Der Präsident hielt es für nötig, Rußlands Haltung zu einer Neutralisierung des chinesischen Gebietes außerhalb des voraussichtlichen Kriegsschauplatzes zu ermitteln. Demgemäß richtete das deutsche Auswärtige Amt am 8. Februar eine darauf bezügliche Anfrage an Rußland.

Die Vereinigten Staaten schienen weiterhin geneigt, die Initiative zur Neutralisierung des chinesischen Gebietes zu ergreifen[1]), und ge-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 200.

langten mit Deutschland zu einem diesem Ziele dienenden Austausche von Mitteilungen[1]). Deutscherseits wurde nach Petersburg mit- 5981
geteilt, was zwischen Amerika und Deutschland besprochen war.

Am 9. Februar 1904 einigten sich in Peking die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens zu einer übereinstimmenden Erklärung an ihre Regierungen[2]), wonach die Regierungen befragt wurden, ob 5982, 5983
sie nicht bereit seien, den Kriegführenden eine Erklärung vorzuschlagen, wonach diese ihre Truppen nicht in Tschili eindringen ließen. Der deutsche Gesandte, Frhr. Mumm v. Schwarzenstein, glaubte sich nicht ausschließen zu sollen, hielt sich aber nicht für ermächtigt, ohne besondere Weisung den drei Gesandten gegenüber die Neutralisierung Gesamtchinas anzuregen.

Da inzwischen die amerikanische Regierung mit dem Vorschlage der Neutralisierung Chinas hervorgetreten war, wurde der Schritt der 5985
Gesandten in Peking gegenstandslos. Nach Petersburg wurde mitgeteilt, daß auch Deutschland im humanitären Interesse die tunlichste 5984
Lokalisierung des Krieges wünsche. Es scheine daher zweckmäßig, wenn beide streitenden Teile das übrige China mit Ausschluß des geographisch noch näher zu bezeichnenden Kriegsschauplatzes, also etwa der Mandschurei, von vornherein als neutral anerkennen und dementsprechend im weiteren Verlaufe des Krieges behandeln würden.

Graf Lamsdorff erklärte, solange China die Neutralität nicht ver- 5986
letze, werde sie auch russischerseits geachtet werden. Im übrigen deutete Graf Lamsdorff an, die Anregung zu dem amerikanischen Schritt solle von Deutschland ausgegangen sein. Bülow ließ darauf- 5987
hin nach Rußland mitteilen, zuerst hätte der französische Gesandte in Peking von der Neutralisierung chinesischer Gebietsteile gesprochen. Deutschland habe eine Neutralisierung immer nur so weit ins Auge gefaßt, daß dadurch die beiden kriegführenden Teile in der Verfolgung ihres Kriegszweckes nicht beeinträchtigt werden sollten.

Ein Schreiben des amerikanischen Botschafters in Berlin, Charlemagne Tower, vom 16. Februar 1904[3]) beweist, daß Amerika Deutsch- 5988
land den ersten Schritt in Sachen der chinesischen Neutralität zuschob und darin eine „edelmütige Initiative" des deutschen Kaisers erblickte. Auch in einem Gespräche mit dem chinesischen Gesandten 5989
Yintschang in Berlin hatte der deutsche Kaiser auf die großen Vorteile hingewiesen, welche die Neutralisierung für China biete. Graf Bülow konnte am 18. Februar dem Kaiser melden, „daß die von uns unter 5990
der Hand angeregte Aktion der Vereinigten Staaten von Amerika zur Neutralisierung Chinas — mit Ausnahme der Mandschurei — im gegenwärtigen Kriege bisher Erfolg gehabt und unsere Mitwirkung

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 200/201.
[2]) Deutscher Wortlaut von Nr. 5982 und Nr. 5983 siehe S. 201/202.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 202.

einen guten Eindruck gemacht hat". Die offizielle Zustimmung Rußlands war demnächst zu erwarten, wie man überhaupt in russischen Kreisen jetzt geneigt war, das Verhalten Deutschlands freundlich zu beurteilen.

5991

Als Präsident Roosevelt am 20. März 1904 sich in Washington mit dem deutschen Botschafter über die chinesische Neutralitätsfrage aussprach, betonte der Präsident, es liege in Amerikas Interesse, daß der Krieg zwischen Rußland und Japan sich in die Länge zöge, daß beide Mächte sich nach Möglichkeit aufrieben, und daß nach Friedensschluß ihre geographischen Reibungsflächen nicht beseitigt würden. Japan werde Deutschland dann nicht in Kiautschou und Amerika nicht in den Philippinen bedrohen; Rußlands Aufmerksamkeit werde von seinen Westgrenzen abgelenkt und bleibe im Osten konzentriert. Die Amerikaner fingen an, die Gefahr eines japanischen Übergewichtes im Fernen Osten einzusehen.

5992

Am 7. Mai besorgte man in Berlin auf Grund einer Meldung des Gesandten Frhrn. v. Mumm, daß China losschlagen werde, sobald Japan dies wünsche und die japanischen Truppen an der chinesischen Grenze erschienen. Mumm wurde angewiesen, der chinesischen Regierung erneut vor Augen zu halten, daß China, wenn es in den Krieg einträte, unter allen Umständen die Kosten davon zu tragen haben werde. Mitte Mai richtete China eine Note an die Mächte, in der es seinen unverbrüchlichen Willen zur Neutralität bekundete.

5993

Die auffallenden militärischen Erfolge Japans erregten sehr bald in Washington Unbehagen. Man hoffte, daß in Zukunft die Verluste auf beiden Seiten möglichst gleich verteilt sein würden. Roosevelt sprach sich zu dem deutschen Botschafter dahin aus, daß er eine starke Schwächung Rußlands im Fernen Osten nicht wünsche. Ein Festsetzen Japans in China sei durchaus unerwünscht. Rußland müsse in der Mandschurei verbleiben, Port Arthur jedoch als Festung aufgeben.

5994

B. Deutschland und die Erhaltung des Friedens im Nahen Osten

Ende Dezember 1903 mehrten sich die Anzeichen, daß bulgarischerseits die Möglichkeit eines im Laufe des kommenden Jahres mit der Türkei auszufechtenden Waffenganges ernstlich ins Auge gefaßt wurde. Nach einem Berichte des Generalkonsuls in Sofia, v. Below-Rutzau, vom 27. Dezember 1903, hatten sich die Militärattachés von Österreich und Frankreich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die fürstliche Armee sich im Frühjahre in einer ganz hervorragenden Verfassung befinden werde. Sie habe Aussicht, einen ernsthaften Erfolg zu erringen, wenn sich ein General fände, der genügenden Wagemut hätte, um einen energischen Vorstoß nach Adrianopel zu unternehmen.

5995

Für die deutsche Politik war es überaus wichtig, ob etwa aus Anlaß des Russisch-Japanischen Krieges neue Verwickelungen auf dem Balkan entstanden. In Wien äußerte sich Graf Goluchowski zu- 5996
versichtlich. Er glaubte nicht, daß Bulgarien losschlagen werde, ebensowenig Serbien und Montenegro. Bedenklicher erschien ihm die Möglichkeit, daß Italien im Falle von Verwickelungen seine Hand nach Albanien ausstreckte. Aus Serbien meldete der Geschäftsträger v. Eckardt, es herrsche Ohnmacht auf der ganzen Linie, Serbien sei 5997
infolge seiner Furcht in Balkanfragen kaum noch ein Faktor, und aus Konstantinopel meldete Marschall wiederholt, daß der ostasiatische 6003
Krieg keine kriegerischen Folgen auf dem Balkan hervorrufen würde. 5998
Wohl habe der ostasiatische Krieg die Gemüter erregt, aber die be-
drohlichen Nachrichten entbehrten nach Marschalls Ansicht jeder 5999
tatsächlichen Grundlage. Bedauerlich war vom Standpunkte der deut-
schen Politik nur das immer wieder zutage tretende Mißtrauen Italiens
gegen Österreich-Ungarn. Am Goldenen Horn glaubte man, daß Eng- 6000
land im geheimen Bulgarien gegen die Türkei aufhetze.

Um so wichtiger war es, daß im Februar 1904 der Fürst von Bulgarien den Versuch machte, ein Abkommen mit der Türkei zu- 6001
stande zu bringen. In dem Abschlusse eines solchen lag zweifellos eine gewisse Friedenssicherung, und Deutschland hat demgemäß alles 6002
getan, um dafür zu wirken. Reichskanzler Graf Bülow kam dem Fürsten weit entgegen und beeinflußte ihn durch ausführliche, auf seine Eigenart gut berechnete Schriftstücke, die er ihm durch den 6013, 6016
Generalkonsul v. Below-Rutzau vorlesen ließ, zu einer entgegenkommenden Haltung.

In einem zusammenfassenden Schriftsatze, den Bülow am 26. Februar 1904 an den Kaiser richtete, führte er aus, die beiden Faktoren, 6004
von denen die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan abhänge, seien der Sultan und Fürst Ferdinand. Ersteren könne man durch die Ängstlichkeit, letzteren durch die Eitelkeit beeinflussen, indem Deutschland z. B. darauf einginge, einen eigenen bulgarischen Agenten in Berlin beglaubigen zu lassen. Kaiser Wilhelm verfolgte die zwischen der 6005
Pforte und Bulgarien schwebenden Verhandlungen mit besonderer Aufmerksamkeit, da er sie im Sinne der Erhaltung des Friedens auf dem Balkan wie in Europa für bedeutsamer hielt als irgendeine andere diplomatische Aktion der damaligen Zeit.

Zeitweise schien ein Übereinkommen zwischen der Türkei und Bulgarien daran scheitern zu sollen, daß die Bulgaren eine Zusage bezüglich der Ausführung des Mürzsteger Programms verlangten, der 6006
Sultan dagegen sich weigerte, diese Zusage zu geben. Für das Zustandekommen der Vereinbarung wirkte eigentlich nur Deutschland; Italien und England wollten nach der Auffassung des deutschen Aus- 6007
wärtigen Amts überhaupt keine Beruhigung, während Petersburg und Wien nicht wünschten, daß die Bulgaren und die Türken sich direkt

verständigten. In London sprach man besorgt von der Möglichkeit
6008 einer Konferenz, während man in Wien befürchtete, England gehe darauf aus, das europäische Konzert an Stelle der Ententemächte — Rußland und Österreich — zu setzen, um dann Hand in Hand mit Frankreich und Italien eine Erweiterung des mazedonischen Reformplanes vorzuschlagen. Auf diese Art konnte es vielleicht gelingen, die anglo-französische Freundschaft wieder aufzufrischen, die an dem Zwiespalt der öffentlichen Meinung beider Länder in der ostasiatischen Frage zu zerspringen drohte.

Am 2. März 1904 teilte der bulgarische Agent Natschewitsch in
6009 Konstantinopel dem deutschen Botschafter Frhrn. v. Marschall den Text des bulgarisch-türkischen Vertragsentwurfs mit, der nun im türkischen Ministerrat geprüft werden sollte[1]). Die weiteren Doku-
6010–6022 mente zeigen, wie es schließlich unter wohlwollender Einwirkung
6023 der deutschen Politik in Wien, Sofia und Konstantinopel am 8. April 1904 gelang, das Abkommen zum Abschluß zu bringen. An diesem Tage ersuchte der Sultan den deutschen Botschafter, dem Kaiser seinen Dank für die ihm gewährte freundschaftliche Unterstützung übermitteln zu wollen.

Kaiser Wilhelm II. hatte am 12. März 1904 seine bis zum
6024 27. April dauernde Mittelmeerreise angetreten. Der Reichskanzler sandte ihm am 9. April ein ausführliches Telegramm nach Syrakus, das die Phasen der Verhandlungen abschließend übersichtlich nochmals zusammenfaßt. Seiner Auffassung nach war mit dem türkisch-bulgarischen Abkommen ein bedeutender Schritt zur zeitweiligen Beruhigung der Balkanhalbinsel getan. Der Sultan wie Fürst Ferdinand hatten im Laufe der Verhandlungen von außen her Ratschläge erhalten, die darauf berechnet waren, die Verständigung zu hintertreiben. So hatte insbesondere der Sultan eine Militärkonvention mit Spitze gegen Österreich gefordert, Fürst Ferdinand die sofortige Ausdehnung der mazedonischen Reformen auf das Wilajet Adrianopel beansprucht, eine Forderung, von der Deutschland dringend abgeraten hatte. Bulgarien verpflichtete sich, die Bildung von revolutionären Komitees und bewaffneten Banden gegen das Türkische Reich zu verhindern und die Einfuhr von Explosivstoffen und anderen Kriegsmitteln nach den drei mazedonischen Provinzen zu sperren.

Den Hauptwert des Abkommens erblickte Bülow darin, daß der gegenwärtige Orientkonflikt, der sich freilich nicht immer weiter hinausschieben ließ, jetzt nicht zum einseitigen Vorteil der Westmächte erledigt wurde. Das Anormale in den türkisch-bulgarischen Beziehungen war nach Möglichkeit beseitigt und dadurch der Einmischung Dritter soviel wie möglich der Boden entzogen.

Am 23. April 1904 brachte der bulgarische Ministerpräsident in

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 202.

Sofia der deutschen Regierung in feierlicher Form den Dank der Re- 6025
gierung für ihre schwerwiegende Unterstützung bei Abschluß des türkisch-bulgarischen Abkommens zum Ausdruck. Dem Fürsten schrieb Kaiser Wilhelm II. am 19. Mai in freundschaftlicher Form, 6026
er hoffe, daß es der bewährten Regierungskunst des Fürsten auch fernerhin gelingen werde, „zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan in so hervorragendem Maße beizutragen".

Kapitel 131

Die Anfänge des Krieges
Bis zum Auslaufen des Baltischen Geschwaders

Noch vor Beginn der Feindseligkeiten wurde der deutschen Presse amtlich nahegelegt, die kriegerischen Vorgänge möglichst mit ruhiger und nüchterner Sachlichkeit zu behandeln, Spitzen aber gegen- 6027
über Rußland ebenso zu vermeiden, wie gegenüber Japan, England und Amerika.

Ganz unverkennbar fand zu Anfang des Krieges in Rußland eine starke Annäherung an Deutschland statt. In Paris erzählte der frühere Deputierte Josef Reinach, der einen sehr gut unterrichteten Russen, 6028
Vertrauensmann des Zaren, gesprochen hatte, für Nikolaus II. gebe es gegenwärtig nur eine Autorität, nämlich den Kaiser Wilhelm. Dagegen herrsche in allen Schichten der russischen Bevölkerung eine überaus große Erregung gegen England. Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, deutete seinem deutschen 6029
Kollegen sogar an, daß sich die allmähliche Zersetzung des französisch-russischen Bündnisses vorbereite und der Zusammenschluß Rußlands und Deutschlands im Verein mit Österreich an seine Stelle treten werde. Auch die Franzosen empfänden diesen Umwandlungsprozeß und hätten schon im Hinblick darauf die englische Hand ergriffen. Die Möglichkeit eines englisch-russischen Konfliktes faßte man damals in Petersburg ernstlich ins Auge und traf aus diesem Grunde vorbereitende Maßnahmen für eine etwaige Mobilmachung 6030
des turkestanischen und kaukasischen Armeekorps.

Nachdem am 8. April 1904 die Besiegelung der englisch-französischen Entente cordiale stattgefunden hatte, scheint man sich in der Wilhelmstraße mit Erwägungen beschäftigt zu haben, inwieweit der Russisch-Japanische Krieg und die Weltlage für Deutschland kriegerische Gefahren bringen könnte. Der Reichskanzler ließ den Generalstabschef Grafen Schlieffen nach seiner Auffassung der mili- 6031
tärischen Lage befragen. Dieser erklärte, Rußland befinde sich, wenn es auch keine größeren Truppenverbände von seiner Westgrenze für den Krieg in Ostasien zurückgezogen habe, jetzt doch in einer für

einen westlichen Krieg höchst ungünstigen Lage. Es sei nicht wahr-
6032 scheinlich, berichtete Graf Schlieffen am 20. April 1904 schriftlich an den Reichskanzler, daß Rußland sich zu allen Sorgen seines Kampfes mit Japan noch die Last eines europäischen Krieges aufladen werde. Auch seien die Verbindungen nach dem Fernen Osten so schlecht, daß der Rücktransport der dortigen Truppen Monate beanspruchen würde.

Trotz der großen Mißerfolge Rußlands zu Anfang des Krieges wies Graf Lamsdorff am 27. April 1904 durch ein Rundschreiben an die russischen Missionen den Gedanken einer friedlichen Vermittlung irgendwelcher Mächte schroff zurück. Die Veranlassung hierzu war gewesen, daß Zeitungsnachrichten von einer bevorstehenden Vermittlung Englands und Frankreichs gesprochen hatten. Nun hatten sich unbezweifelbar die englischen Gegensätzlichkeiten gegen Rußland, hauptsächlich durch den persönlichen Einfluß König Eduards VII., wesentlich gemildert. Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf
6033 Alvensleben, meinte aber doch, bevor die Russen sich zu Konzessionen an England herbeiließen, müßte es ihnen noch sehr viel schlechter gehen. Alvensleben riet der deutschen Presse in dieser Frage die größte Zurückhaltung an. Nach seiner Meinung war es die verkehrteste Taktik, von deutscher Seite aus die zwischen England und Rußland bestehenden Konfliktsmomente zu unterstreichen, denn gerade hierdurch würde man die Gegner zusammenführen. Der letzte Hintergedanke, der in russischen Artikeln über die englisch-französische und die französisch-italienische Entente oder über eine russisch-englische Annäherung zum Ausdruck komme, sei immer der, daß Deutschland dadurch isoliert werden würde.

Die sehr nahen Beziehungen des Zaren zum deutschen Kaiser in dieser Zeit werden durch den Briefwechsel illustriert, der anläßlich der Ersetzung des bisherigen deutschen Militärattachés in Petersburg, Majors Frhrn. v. Lüttwitz, durch den Major Grafen Lambsdorff zwischen den Monarchen stattfand. Der Zar dankte dem Kaiser am
6034 1. Juni für diesen Wechsel[1]) und knüpfte einige Betrachtungen über den Kriegsverlauf an, wonach er Kuropatkin einen Teil der Schuld für die Rückschläge im Osten beimaß. Leider seien die Verhandlungen mit Deutschland über den Handelsvertrag zum Stillstande gekommen, jetzt aber werde man bald das Ziel erreichen.

6035 Kaiser Wilhelm dankte am 6. Juni[2]) und teilte ihm eine Unterhaltung mit, die er mit dem französischen Militärattaché über die Nichtbeteiligung Frankreichs am Kriege gehabt hätte. Sollte im weiteren Verlaufe der Ereignisse eine Friedensvermittlung genehm sein, so müßte der erste Wunsch hierzu vom Zaren ausgesprochen werden.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 203/204.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 204/205.

Der neue Militärattaché Graf Lambsdorff sei einzig und allein der Person des Zaren zugewiesen, und es sei ihm ein für allemal untersagt, an irgend jemanden anderen zu berichten als nur an den Kaiser, auch nicht an den Generalstab oder an das Auswärtige Amt oder den Kanzler. Er halte es für wichtig, daß auch der Zar ähnlich verfahren möge, damit die beiden Monarchen ohne den Apparat der Botschaften, der Kanzleien, des Generalstabes usw. miteinander in Verbindung treten könnten.

Mit großem diplomatischen Geschick wußte König Eduard VII. in dieser Zeit die alten Gegensätzlichkeiten der englisch-russischen Politik zu beseitigen. Als anfangs Juni ein neuer englischer Bot- 6036
schafter nach Petersburg kam, betonte der Zar bei seiner Antrittsaudienz auch seinerseits, er hoffe, daß nach Beendigung des Krieges sich Gelegenheit finden werde, einzelne zwischen Rußland und England schwebende Fragen zu regeln, und daß dies dazu beitragen werde, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu bessern. In der Linie der englischen Politik lag es damals, daß Frankreich Rußland nicht zur Seite trat, denn das würde England unter Umständen veranlaßt haben, den Japanern zu helfen. In diesem Sinne sprach sich ein auf der Durchreise durch Berlin befindlicher englischer Diplomat zu einem Herrn des kaiserlichen Gefolges aus, eine Bemerkung, die Kaiser Wilhelm II. für wichtig genug hielt, um sie dem Zaren sogleich telegraphisch mitzuteilen[1]). Der Kaiser fügte hinzu, die bri- 6037
tische Mittelmeerflotte beabsichtige, in italienischen und französischen Häfen während des Sommers Besuche abzustatten. Die Krim-Kombination für die allgemeine Lösung von Fragen am Mittelmeer sei wieder wirksam.

Während des Besuches König Eduards VII. in Kiel vom 25. Juni 1904 ab hatte er längere politische Gespräche mit dem Reichskanzler Fürsten Bülow. Er vertrat den Standpunkt, die Russen hätten sich ihr 6038
Mißgeschick selbst zuzuschreiben; ihre Diplomatie sei ebenso ungeschickt gewesen wie jetzt ihre Kriegführung zu Wasser und zu Lande. Die Japaner machten sich in jeder Richtung ausgezeichnet und seien auch moralisch im Recht; Rußland hätte weder Befugnis noch Anlaß gehabt, nach Port Arthur zu gehen, es habe in Korea nichts zu suchen und die Mandschurei den Chinesen in brutaler Weise entrissen. Der König wünschte ein baldiges Ende des ostasiatischen Krieges. Auf russische Erfolge sei nicht mehr zu rechnen, und das Klügste, was die Russen tun könnten, wäre, baldmöglichst und zu annehmbaren Bedingungen Frieden zu schließen.

Von einer „Gelben Gefahr" wollte der König nichts wissen. Die Japaner seien ein intelligentes, tapferes und ritterliches Volk, ebenso zivilisiert wie die Europäer, von denen sie nur die Hautfarbe unter-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 205/206.

scheide. Er bezeichnete es geradezu als bedauerlich, wenn die Besorgnis vor der nach seiner Ansicht nicht vorhandenen „Gelben Gefahr" die deutsche Politik in einem japanfeindlichen Sinne beeinflussen würde.

Über die Grundzüge seiner Politik sprach sich der König offen aus. Es bedürfe keiner besonderen Abmachungen zwischen Deutschland und England, da hier politische Interessengegensätze nicht vorhanden seien. Mit Frankreich hätte die Sache anders gelegen. „Eine Verständigung über alte und schwierige Differenzpunkte wäre da eine absolute Notwendigkeit gewesen. Die Verständigung zwischen England und Frankreich richte ihre Spitze aber nicht gegen Deutschland. Er denke nicht daran, Deutschland isolieren zu wollen. Er wünsche im Gegenteil die Reibungsflächen zwischen allen Großmächten zu verringern und Europa für möglichst lange Zeit den allgemeinen Frieden zu sichern. Der Friede sei eine Notwendigkeit für die Völker, die unter der Last ihrer Militärausgaben und der für diese aufzubringenden Steuern seufzten. Mit großer Offenheit fügte der König hinzu, es sei sein lebhafter Wunsch, auch mit Rußland zu einer ähnlichen Verständigung zu gelangen, wie sie so glücklich mit Frankreich erreicht worden wäre. Es würde ein Glück für den Weltfrieden sein, wenn England und Rußland sich über gewisse asiatische Fragen gütlich verständigen könnten. Die Aufgabe sei eine schwierige, er verzweifle aber nicht an ihrer Lösung. „Der König äußerte sich auch über den Balkan. Hoffentlich komme es dort nicht zu Unruhen. Mit dem Sultan und den Türken sei freilich nicht viel anzufangen; der erstere sei unbelehrbar, und die letzteren hätten sich überlebt. Die Zukunft auf dem Balkan gehöre den Rumänen, Griechen und Bulgaren. Herrn Iswolski bezeichnete der König als den fähigsten russischen Diplomaten.

Kaiser Wilhelm II. sprach sich über den Besuch des englischen
6039 Königs in einem am 28. Juni an den Zaren gerichteten Telegramm sehr erfreut aus[1]). Sein Wunsch nach Frieden sei ganz ausgesprochen und der Beweggrund für seine Neigung, seine Dienste anzubieten, wo immer er Verwicklungen in der Welt sehe. Auch ein Ausflug, den
6040 der englische König nach Hamburg unternahm, befriedigte ihn in hohem Maße. Mit Bülow hatte er wiederholt längere politische Besprechungen, bei denen immer eine lebhafte Parteinahme für Japan und die japanischen Ansprüche und der Wunsch hervortrat, den ostasiatischen Krieg beendigt zu sehen und die englisch-russischen Gegensätze zu beseitigen.

Für die Geschichte des englisch-deutschen Gegensatzes in den Jahren vor dem Weltkriege ist ein ausführlicher Bericht des Bot-
6041 schafters Grafen Metternich vom 9. Juli 1904 sehr aufschlußreich,

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 206.

den er privatim an den Reichskanzler richtete. Metternich glaubte, daß schon längere Zeit eine geheime Verschwörung gegen die deutsch-englische Verständigung vorhanden sei, und suchte nun zu ermitteln, welche der führenden Persönlichkeiten hieran die Schuld trügen. Sein Bericht, den Bülow am 15. Juli dem Kaiser überreichte, wurde von ihm als „völlig ungeschminkt und offenherzig" gekennzeichnet. Er muß im Zusammenhange gelesen werden. Wesentlich für die Erkenntnis des englisch-deutschen Problems ist auch die ungeschminkte Kennzeichnung des Herrn v. Eckardstein, dessen Verhalten Metternich als unpatriotisch bezeichnete. Nach seinem Bericht hatte Eckardstein damals seine persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zur Erschwerung der Stellung der jüngeren Mitglieder der deutschen Botschaft, besonders des Legationssekretärs Grafen Eulenburg, ausgenutzt.

Im Juli 1904 traf der russische Finanzminister Witte zu Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler über die Handelsverträge in Norderney ein, wo Bülow damals weilte. Es war damit zu rechnen, daß bei diesem Anlasse vielleicht auch der Gedanke einer Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses zur Sprache kam. Eine daraufhin in Berlin angefertigte Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Frhrn. v. Richthofen, wies darauf hin, daß das frühere Drei-Kaiser-Bündnis nur sechs Jahre, bis zum 18. Juni 1887, 6042
bestanden habe. Rußland sei damals der Erneuerung des Vertragsverhältnisses — besonders mit Österreich — abgeneigt gewesen, und es sei darum wohl zweifelhaft, ob es jetzt noch Wert darauf legen würde. Deutscherseits bestand die Gefahr, daß die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses, die ja ein offensichtliches Heranrücken an Rußland bedeutet haben würde, in England und Amerika Mißtrauen erregte. „Wir können aber ohne normale Beziehungen zu diesen beiden Seemächten keine Weltpolitik treiben. Auch läßt sich wohl sagen, daß ebendeshalb, weil unsere Interessen jetzt mehr über See gerichtet sind, als zu Zeiten des Fürsten Bismarck, und die Verteidigung gegen Frankreich für uns nicht mehr in gleichem Maße im Vordergrunde steht, wie in den siebziger und achtziger Jahren, ein Bündnis mit den beiden kontinentalen Kaisermächten für uns nicht mehr ganz denselben Wert hat wie früher."

Über die in Norderney gepflogenen Verhandlungen unterrichtete Bülow den Kaiser am 15. Juli in einem sehr ausführlichen und ge- 6043
schichtlich denkwürdigen Geheimberichte. Witte war durch das ungenierte Zusammensein mit Bülow in der Ungebundenheit des Aufenthaltes an der Seeküste allmählich sehr offenherzig geworden und hatte dem Kanzler eine Fülle von Beobachtungen über die Verhältnisse am Zarenhofe mitgeteilt. Danach hatte Nikolaus II. sich anfangs von der Überlegenheit des deutschen Kaisers gedrückt gefühlt. Mit der Begegnung in Danzig sei dann ein großer Umschwung ein-

getreten, und das Vertrauen des Zaren zum Kaiser habe sich bei den Begegnungen von Reval und Wolfsgarten immer noch mehr gesteigert.

Der Gang der Verhandlungen zwischen Bülow und Witte über die Handelsverträge gestaltete sich sehr mühsam. Doch gelangten sie am 28. Juli in Berlin unter Mitwirkung des Staatssekretärs Grafen Posadowski endgültig zum Abschluß.

Graf Bülow hatte sich dazu entschlossen, den an ihn gerichteten
6041 Brief des Grafen Metternich dem Kaiser zur Kenntnis zugehen zu lassen. Auch er verurteilte das Verhalten des Barons v. Eckardstein und bezeichnete ihn als „ziemlich direktionslos". Vom Kaiser erbat er die Ermächtigung, bei nächster Gelegenheit Eckardstein in Berlin ernstlich vor Quertreibereien zu warnen, die eines preußischen Offiziers und Edelmannes unwürdig seien.

Im Sommer 1904 tauchte anläßlich der unüberlegten Haltung
6044 Rußlands gegenüber englischen Kauffahrteischiffen[1]) in London der Verdacht auf, Rußland wolle sich gegen England wenden. Rußland gab aber in der Schiffsangelegenheit sofort nach. Von einer kriegerischen Stimmung und von einer wirklichen Kampflust der Russen
6045 gegen England war, wie Bülow der deutschen Botschaft nach London mitteilen ließ, an keiner Stelle die Rede.

Frankreich hatte sich bei Ausbruch des russisch-japanischen Konfliktes stark zurückgehalten. Man befürchtete wohl anfangs, in diesen Krieg, der den französischen Interessen fernlag, mit hineingezogen zu werden, hielt aber den Sieg der russischen Waffen für unzweifelhaft. Die fortgesetzten Niederlagen der Russen erweckten zuerst Erstaunen, dann Geringschätzung. Man befürchtete, Rußland werde für zehn bis zwanzig Jahre lahmgelegt werden, und suchte nun Anlehnung an England. „So interessant es auch für Dritte, wie wir
6046 es sind, sein mag," berichtete Fürst Radolin am 9. August 1904 nach Berlin, „das Verblassen des Enthusiasmus für das große russische Reich zu beobachten, so darf man sich meiner Ansicht nach über die Stimmung des sensitiven französischen Volkes nicht täuschen. Ebenso wie die unausgesetzten Niederlagen der mit einem bestimmten Hintergedanken gewählten Freunde deprimierend wirken, werden mit Hilfe der Presse alle vermeintlichen Erfolge mit Jubel begrüßt. Wie die Dinge hier sind, kann die Stimmung des Landes von einem Moment zum anderen durch irgendeinen Zwischenfall aus der augenblicklichen Gleichgültigkeit in die wildeste Begeisterung umschlagen."

Im August 1904 entsandte Kaiser Wilhelm II. den Prinzen Karl Anton von Hohenzollern zur japanischen Armee. Japan hatte sich gern hiermit einverstanden erklärt, und der deutsche Gesandte Graf v. Arco versprach sich davon einen Abbau des japanischen Mißtrauens

---

[1]) Vgl. Kapitel 132.

gegen Deutschland von Schimonoseki her. Zu seinem Berichte vom 11. August 1904 hat der Kaiser ausführliche Anmerkungen gemacht, 6047
die klar erweisen, daß er hartnäckig an dem Gedanken festhielt, ganz Europa müsse sich zur Verteidigung seiner heiligsten Güter unter deutscher Führung zusammenscharen, so wie er es in seinem bekannten Bilde „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter" allegorisch zum Ausdruck gebracht hatte. „Man darf nicht vergessen," schrieb der Kaiser, „daß im jetzigen Kriege Japan nicht die Russen qua Russen bekämpft, sondern weil sie der weißen Rasse angehören! Wir alle tun dasselbe, daher müssen wir anderen Weißen in Europa uns immer wieder klar werden, daß in diesem Kampfe ‚Tua res agitur'! Die Russen verteidigen die Interessen und auch die Präponderanz der weißen Rasse gegen den erstarkenden Übermut der Gelben . . . Daher gehören unsere Sympathien auf Rußlands Seite! Daher ist es von allergrößter Wichtigkeit, daß die Baltische Flotte — wenn fertig und eingeübt — hinausfährt, um die Seeherrschaft zurückzuerobern und Japan zu entreißen."

Rußlands Siegesaussichten sind damals deutscherseits zweifellos überschätzt worden. In einem Berichte vom 25. August 1904 6048
sprach auch Graf Alvensleben davon, daß der Sieg doch wohl Rußland zufallen müsse, und führte ferner aus, daß die englisch-russischen Gegensätze jedenfalls einen akuten Charakter nicht annehmen würden. Als Prinz Heinrich von Preußen bei der am 24. August 1904 6049
erfolgten Taufe des russischen Thronfolgers den Kaiser in Petersburg vertrat, fand er den Zaren zuversichtlich, die sonstige Stimmung aber doch im allgemeinen gedrückt. Überall sei eine lebhafte Stimmung für Deutschland zutage getreten, was Bülow als hocherfreulich ansah. 6050

Über Brüssel tauchten anfangs September 1904 Nachrichten auf, wonach England zu einem gegebenen Zeitpunkte gemeinsam mit 6051
Frankreich zwischen Rußland und Japan vermitteln wollte. Aus London berichtete der Geschäftsträger Graf Bernstorff, diese Nach- 6052
richt enthalte einen wahren Kern. König Eduard habe ja schon in Kiel dem Reichskanzler offen gesagt, daß er eine Verständigung mit Rußland herbeizuführen wünsche. Der Einfluß des Königs auf die auswärtige Politik Englands sei aber augenblicklich sehr groß und würde wohl noch zunehmen. Der Wunsch des Königs, im Andenken der Nachwelt als Friedensfürst fortzuleben, entspreche vollkommen dem augenblicklich herrschenden Zuge der englischen öffentlichen Meinung. Die Bestrebungen des Königs hätten aber keine aggressive Spitze gegen Deutschland. Die öffentliche Meinung Englands halte Deutschland zwar noch vorwiegend für den Störenfried Europas. Es wäre deshalb gut, die deutsche Flotte „wie einen verborgenen, aber unentbehrlichen Schatz zu hüten und die Engländer von ihr möglichst wenig hören und sehen zu lassen". In einer deutsch-

russischen Allianz würde jeder Engländer „ein offensives, gegen die Existenz des britischen Reiches gerichtetes Bündnis" erblicken.

Aus den mitgeteilten Akten geht nicht klar hervor, wodurch ein
6053 Telegramm des Reichskanzlers, Norderney, 9. September 1904, an das Auswärtige Amt veranlaßt worden ist. Danach sollte mit Tirpitz die Frage besprochen werden, ob nicht der deutsche Marineattaché in Petersburg, Kapitän Hintze, „von sich aus und ohne Mißtrauen zu erwecken, die leitenden russischen Marinekreise in St. Petersburg darauf aufmerksam machen könnte, wie verderblich für Rußland die bisherige Taktik seiner ostasiatischen Kriegsschiffe, und namentlich der in Port Arthur eingeschlossenen Kriegsschiffe ist. Wenn sich dieselben weiter in der Defensive halten, so gehen sie unfehlbar früher oder später verloren, ohne daß Rußland davon irgendwelchen Vorteil hat". Für Deutschland sei es nützlich, wenn beim Ausgang des Russisch-Japanischen Krieges Japan gerade zur See möglichst geschwächt wäre.

6054 Admiral v. Tirpitz trat diesen Auffassungen bei und hielt es nicht für ausgeschlossen, daß das jüngste Auslaufen der russischen Flotte aus Port Arthur auf einen solchen Schritt des Kapitäns Hintze zurückzuführen sei. Von einer nochmaligen Anweisung des Kapitäns Hintze versprach sich Tirpitz keinen großen Erfolg, da in der Leitung der russischen Operationen zur See eine derartige Unfähigkeit, Unentschlossenheit, ein derartiger Mangel an Unternehmungsgeist und sogar an „Schneid" herrsche, wie man es nicht für möglich gehalten hätte.

Das Auslaufen der Flotte aus Port Arthur am 10. August hatte tatsächlich auch nur die Zersprengung der russischen Schiffe und ihre Flucht, zum Teil nach Tsingtau, zur Folge gehabt. Reichskanzler Graf Bülow scheint aber die sehr abfällige Meinung des Admirals v. Tirpitz über die Kampfaussichten der russischen Flotte nicht ganz geteilt zu haben, denn in einem Telegramm an den Kaiser vom
6055 27. September betonte er, die russischen Schiffe in Port Arthur und Wladiwostok würden nun hoffentlich endlich die Offensive ergreifen, damit die russische Ostseeflotte, wenn sie herauskomme, einen geschwächten Feind vorfinde. Diese Auffassung entsprach jedenfalls der Ansicht und dem Wunsche des Kaisers.

Auf die Ausfahrt der russischen Ostseeflotte unter Roschestwensky setzten die Russen ihre letzten Hoffnungen. Ende September reiste der Zar nach Odessa, um das zum Abtransport bestimmte
6056 VIII. Armeekorps zu besichtigen. Vorher schrieb er an den Kaiser[1]), das Geschwader Roschestwenskys liege jetzt in Reval, es sei natürlich nicht ganz gleichartig. Der Endsieg dieser Flotte, wenn sie ihren fernen Bestimmungsort erreiche, sei von der größten Bedeutung für

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 206/207.

Rußland. Kaiser Wilhelm telegraphierte am 8. Oktober zurück[1]), er 6057
hoffe, daß der Zar die Seeherrschaft wiedergewinnen, und daß dann die japanischen Landstreitkräfte seiner Gnade ausgeliefert sein würden. Dann möge er den Generalangriff für seine Armee befehlen und den Feind zermalmen. Der Hamburg-Amerika-Linie sollte auf Wunsch des Kaisers ihre Beteiligung an der Verproviantierung der Baltischen Flotte nicht erschwert werden.

Kapitel 132

Russische Beschlagnahme neutraler Dampfer und Dardanellenfrage

Einer Verwendung der russischen Schwarzen-Meer-Flotte auf dem Kriegsschauplatze stand das Verbot der Dardanellendurchfahrt hindernd entgegen. England ließ der russischen Regierung keinen Zweifel 6058
darüber, daß es die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen nicht zugeben würde. Auch deutete die englische Botschaft in Petersburg Besorgnisse wegen der Ausreise des Baltischen Geschwaders an. Falls dieses englische Häfen in Anspruch nehmen wolle, könne das peinliche Verhandlungen zur Folge haben. Der Zu- 6059
wachs, den die russische Flotte in Ostasien aus dem Schwarzen Meere erhalten konnte, betrug nur zwei Linienschiffe: nach deutscher Auffassung lohnte es nicht, deswegen die Dardanellenfrage mit allen 6060
daraus entstehenden Verwicklungen anzuschneiden. Zwischen der englischen und russischen Regierung schwebten Verhandlungen über den der russischen Flotte im Schwarzen Meere beizulegenden Charakter. England war nicht bereit, die russische freiwillige Schwarze-Meer-Flotte als Handelsflotte zu betrachten, willigte aber ein, ihren Schiffen beim Aufenthalt und Kohlen in englischen Häfen keine Schwierig- 6061
keiten zu bereiten, falls sie weder armiert wären, noch im Verbande mit russischen Kriegsschiffen segelten.

Im Juli 1904 ergab sich eine Verstimmung zwischen Rußland und Deutschland, nachdem der russische Kreuzer „Smolensk" den deutschen Lloyddampfer „Prinz Heinrich" angehalten und die Postbeutel mit der Korrespondenz für Japan weggenommen hatte. Der Kaiser beschwerte sich telegraphisch beim Zaren[2]) am 17. Juli 1904, 6062
der sich am 20. Juli telegraphisch wegen dieses Übereifers der „Smolensk" entschuldigte und Maßnahmen für die Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse versprach.

Als der englische Handelsdampfer „Malacca" im Roten Meere durch ein aus dem Schwarzen Meere ausgelaufenes Schiff der rus-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 207/208.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 208.

sischen Freiwilligen Flotte beschlagnahmt wurde, legte die englische Regierung am 20. Juli scharfen Protest ein. Der englische Botschafter am Goldenen Horn ließ dem Sultan erklären, die englische
6063 Flotte werde die Dardanellen blockieren, falls die Pforte noch weiteren russischen Schiffen die Durchfahrt gestatte.

Auch für Deutschland ergaben sich neue Verstimmungen. Der Dampfer „Scandia" der Hamburg-Amerika-Linie wurde von einem russischen Kreuzer aufgebracht. Kaiser Wilhelm erblickte, wie er am
6064 23. Juli von seiner Nordlandreise aus Drontheim an den Zaren telegraphierte[1]), darin eine offene Verletzung des internationalen Seerechtes und sprach von der Möglichkeit internationaler Verwicklungen. Der Zar telegraphierte am 31. Juli zurück, den Kapitänen seien bereits Befehle gegeben worden, die sie vom Anhalten der Schiffe zurückhalten sollten; es sei aber nicht leicht, ihnen Weisungen zukommen zu lassen, solange sie draußen kreuzten. Die „Scandia" werde sofort bei ihrer Ankunft im ersten Hafen freigelassen werden.

In England begrüßte man die Häufung dieser deutschen Ver-
6065 stimmungen gegen Rußland mit unverhohlener Freude. Man schien darauf zu rechnen, daß Deutschland sich nun auch dem englischen Standpunkte in der Dardanellenfrage nähern würde. Die französische
6066 Regierung riet bei allen diesen Anlässen in Petersburg zum Nachgeben. Mit Eifer benutzte Frankreich ferner den Anlaß, England,
6067 wie es Kaiser Wilhelm in einem Telegramm an den Reichskanzler ausdrückte, den Wert seiner Freundschaft vor Augen zu führen und, „wie es dies immer und überall in der Welt tut, gegen uns zu intrigieren und zu schüren". Offenbar hatte Japan an England appelliert und seinen Bundesgenossen darauf aufmerksam gemacht, daß
6068 das stillschweigende Einverständnis Englands mit der Verletzung des internationalen Abkommens bezüglich der Dardanellen mit der wohlwollenden Neutralität unvereinbar sei, die Japan von England zum mindesten erwarten könne.

Im August 1904 stellten die hauptsächlichen englischen Schiffs-
6069 linien ihren Verkehr nach Japan ein, um weiteren Zwischenfällen vorzubeugen. Diese Tatsache gab der englischen Presse sofort Anlaß, den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie anzuklagen, daß sie sich diese Lage zunutze machten.

Über die Auffassung von Kriegskonterbande und Neutralität herrschten zwischen Rußland und England dauernd Unstimmigkeiten. In den ostasiatischen Gewässern hatte ein russisches Kriegsschiff das englische Handelsschiff „Knight Commander" aufgebracht und nach Wladiwostok geschleppt, was neue Weiterungen schuf. Während
6070 Lord Lansdowne im Frühjahr 1904 noch dem russischen Botschafter gegenüber den Standpunkt vertreten hatte, England würde sich zwar

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 208/209.

dem Auslaufen der Schwarzen-Meer-Flotte widersetzen, die Baltische Flotte dagegen ungehindert lassen, erklärte er nun, daß der Baltischen Flotte auf dem Wege nach Ostasien das Kohlen in englischen Häfen nicht gestattet werden solle, da Japan dies als eine Verletzung der Neutralität betrachten könne. Der deutsche Botschafter Graf Metter- 6071
nich verhielt sich allen diesen Weiterungen gegenüber mit ausdrücklicher Billigung des Reichskanzlers zurückhaltend.

Eine erhebliche Verschlimmerung der englisch-russischen Lage ergab sich Ende August, als — wieder der „Smolensk" — das englische Handelsschiff „Comedian" anhielt. Rußland lenkte ein, und Graf Lamsdorff erklärte, der Kreuzer „Smolensk" habe die an ihn 6072
gerichteten Weisungen niemals erhalten. Graf Lamsdorff bat nunmehr, daß ein englisches Kriegsschiff den „Smolensk" aufsuchen und ihm die russischen Instruktionen zustellen möge, ein Wunsch, auf den man in London einging.

Im September 1904 begann die japanische Presse sich mit der Dardanellenfrage zu befassen. Deutscherseits hielt man es nicht für angezeigt, den bisher vertretenen Standpunkt völliger Zurück- 6073
haltung in dieser Frage öffentlich zu erörtern, wie überhaupt das deutsche Auswärtige Amt sich in der Meerengenfrage dauernd zurückgehalten hat.

Hiermit stimmte es nicht überein, wenn Kaiser Wilhelm II. am 10. Oktober 1904 dem Zaren schrieb[1]), die Absicht des Zaren, gemeinschaftlich mit der Ostseeflotte auch die Schwarze-Meer-Flotte auszuschicken, beruhe auf einer gesunden militärischen Idee und werde den Sieg sichern. Am besten wäre es, die Flotte in aller Ruhe und Heimlichkeit für ihre Zweckbestimmung vorzubereiten, keiner Person und keiner Macht gegenüber ein Sterbenswort über diese Absicht verlauten zu lassen und dann im geeigneten Augenblick ruhig und stolz durch die Dardanellen zu fahren. Der Sultan würde keinen Widerstand leisten, die Mächte aber würden sich vor eine vollendete Tatsache gestellt sehen, die schließlich auch England hinnehmen werde. Dieses Schreiben des Kaisers ist offenbar ohne Beteiligung oder auch nur Kenntnis des Auswärtigen Amtes abgegangen, da es bei den Akten des Auswärtigen Amtes nicht vorhanden ist. Der Zar dankte dem Kaiser am 13. Oktober telegraphisch für seinen Vorschlag, ohne auf seinen Inhalt näher einzugehen.

Der russische Botschafter in Berlin, Graf Osten-Sacken, äußerte sich — offenbar im Zusammenhang mit den erwähnten Telegrammen — nach einer Meldung des Reichskanzlers Grafen Bülow an den Kaiser vom 26. Oktober 1904 dahin, daß die Schwarze-Meer-Flotte 6074
niemals die Meerengen passieren werde. Man nehme in Rußland

---

[1]) Walter Goetz, Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 128/129 und 345/346.

an, daß gerade mit Rücksicht auf die Durchfahrt eine besondere Ab-
6075 machung zwischen London und Tokio bestände.

Auch nach deutscher Auffassung mußte damit gerechnet werden, daß England es niemals zulassen würde, den Weg nach Indien durch die Freigabe der Dardanellendurchfahrt an Rußland gefährden zu
6076 lassen. Am 3. Dezember 1904 meldete denn auch der deutsche Marineattaché Kapitän Hintze aus Petersburg, es habe eine Konferenz stattgefunden, und die Entsendung der Schwarzen-Meer-Flotte durch die Dardanellen sei als nicht zeitgemäß verworfen worden. Bei diesem Standpunkte ist man denn auch im weiteren Verlaufe des russisch-japanischen Krieges stehengeblieben.

Kapitel 133

Die Kohlenversorgung des Baltischen Geschwaders

Am 12. September 1904 erschien im „Berliner Tageblatt" ein Aufsatz mit dem Titel „Kohlentransporte für die russische Kriegsflotte". Danach hätte die russische Regierung angesichts der bevorstehenden Ausfahrt der Baltischen Flotte nach Ostasien mit der Hamburg-Amerika-Linie einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese den Einkauf von Kohlen für die russische Kriegsmarine in englischen Häfen besorgen und deren Transport nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatze übernehmen müßte.

Bald nach dem Erscheinen dieses Artikels brachte der japanische
6077 Gesandte im Berliner Auswärtigen Amte zur Sprache, daß die Nachricht über die Beteiligung deutscher Schiffe bei der Kohlenversorgung der Baltischen Flotte in Japan große Aufregung hervorrufen würde. Der Vortragende Rat Klehmet, mit dem er darüber sprach, erwiderte, in dem Verhalten der deutschen Schiffe könne eine Neutralitätsverletzung von seiten Deutschlands nicht gefunden werden, denn bekanntlich sei nach dem Völkerrecht den Neutralen der private Handel mit kriegführenden Mächten nicht verwehrt. Klehmet wies auf das streng neutrale Verhalten Deutschlands in Tsingtau hin, wo nach dem unglücklichen Ausgange des versuchten Auslaufens der russischen Flotte aus Port Arthur am 10. August 1904 eine Anzahl russischer Kriegsschiffe vor der japanischen Verfolgung Zuflucht gesucht hatte und unverzüglich entwaffnet worden waren. Klehmet glaubte auch noch nicht ernstlich an ein Auslaufen der Baltischen Flotte.

Auch mit dem Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Pourtalès, sprach der japanische Gesandte in Berlin
6078 wiederholt. Dieser wies darauf hin, daß es sich um englische Kohle handele, die ohne Einspruch der englischen Regierung in Cardiff gekauft worden sei, und die Deutschen besorgten nur die Überführung der Kohle auf die russischen Schiffe.

In Japan selbst nahm man die Dinge ziemlich ernst. Aus Tokio berichtete Graf Arco am 20. September, wenn die Hamburg-Amerika- 6079
Linie auf ihre und überhaupt auf die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Japan Wert legte, so müsse sie die Schiffsverkäufe und Kohlenverschiffungen für die Russen aufgeben. Selbst wenn die japanische Regierung sich äußerlich ruhig verhalte, werde die Kohlenversorgung für die Stimmung Japans gegen Deutschland verhängnisvoll wirken und Mißtrauen und Haß für lange Zeit erwecken.

In Berlin dachte man anders. Generaldirektor Ballin vertrat hauptsächlich den Standpunkt des Kaufmannes, der das einmal ab- 6080
geschlossene und bereits in der Auswirkung begriffene Geschäft nicht wieder preisgeben wollte. Der Kaiser aber beurteilte die Frage nach 6081
Ausweis eines Telegrammes an den Reichskanzler in der Hauptsache gefühlsmäßig. Die Japaner seien zu frech geworden, meinte er; Japan könne Deutschland niemals irgendwelche Vorteile bieten, werde es aber kommerziell stets bekämpfen, „schon wegen Englands Freundschaft und aus Haß gegen die weiße Rasse". Japans Freundschaft könne Rußlands Gewogenheit oder Vertrauen nicht aufwiegen.

Für die weiteren Verhandlungen des Auswärtigen Amtes verfaßte Ballin eine ausführliche Denkschrift, die Bülow für einen Erlaß an 6082
den Grafen Arco vom 2. Oktober verwendete. Bülow hatte vom 6083
Kaiser den Auftrag erhalten, dem Grafen Arco „den Rücken steif zu machen". Er entsprach dieser Weisung, indem er Arco beauftragte, eine feste Stirn zu zeigen. Japan habe kein Recht, sich über die deutschen Kohlengeschäfte und Schiffsverkäufe irgendwie zu beklagen; die Preßkampagne gehe lediglich von englischen Reedern aus, die bei den Lieferungen nicht beteiligt worden und daher wegen des entgangenen Gewinns gereizt seien. Bülow wies darauf hin, Deutschland sei das einzige Land, von dem ein Prinz des Herrscherhauses zu den Japanern auf den Kriegsschauplatz entsendet worden sei. Die Verdächtigungen der deutschen Neutralität müßten daher den deutschen Kaiser um so empfindlicher berühren.

Im Zusammenhange mit diesen Auseinandersetzungen hat damals Graf Bülow in einer Weisung an den deutschen Geschäftsträger in Petersburg, Frhr. v. Romberg, vom 4. Oktober 1904 die Frage er- 6084
örtert, was zu geschehen habe, falls England sich in dieser Frage unfreundlich zu Deutschland stelle und in Japan gegen Deutschland hetze. Er erwartete eine beruhigende Einwirkung von Frankreich aus. Japan würde einen akuten Konflikt mit Deutschland neben dem russischen Kriege nur vom Zaune brechen, wenn es die Gewißheit habe, daß England ihn als casus foederis gelten lasse. Damit würde auch an Frankreich die Kriegsfrage herantreten. „Ein starker Bruchteil der Franzosen würde darauf drängen, den japanisch-englisch-deutschen Krieg für Verwirklichung des Revanchegedankens zu verwerten. Aber auch die deutsche Regierung würde keinenfalls umhin können, die

Konsequenzen der Tatsache zu ziehen, daß die neu erwachte englische Kriegslust auf die Entente mit Frankreich zurückzuführen, Frankreich also verantwortlich ist, wenn wir in dem ungleichen Kampfe auf der See Kolonien, Handel und Handelsflotte, vielleicht auch einen Teil der Kriegsflotte einbüßen. Unter solchen Umständen könnte die Abrechnung mit Frankreich zu Lande für uns allerdings unabweislich werden." In Petersburg teilte man diese Ansichten nicht. Graf Lams-
6085 dorff glaubte nicht, daß Japan in der Lage sei, mit Deutschland Händel zu suchen, und daß England kriegerische Verwicklungen wünschte, schien ihm gleichfalls sehr unwahrscheinlich.

Am 15. Oktober 1904 trat das russische Ostseegeschwader seine Ausreise an. Wenige Tage darauf beschwor der Zwischenfall an der Doggerbank, über den das 134. Kapitel näheres mitteilt, eine Kriegsgefahr herauf, die Kaiser Wilhelm II. durch ein deutsch-russisches Abkommen unter Heranziehung Frankreichs zu beschwören gedachte. (Kapitel 135.)

Mit dem Auslaufen der Flotte wurde die Frage der Kohlenbelieferung brennend. Bülow wünschte zu wissen, wie man nunmehr
6086 in Japan von der Neutralität Deutschlands und insbesondere von den Kohlenlieferungen denke. In Tokio sah man der Ankunft der Baltischen Flotte mit ruhiger Entschlossenheit entgegen. Man hoffte, Port Arthur werde gefallen sein, ehe die Baltische Flotte komme. Von den Kohlenlieferungen war nicht viel mehr die Rede.

Nunmehr legte sich England ins Mittel. Am 3. September wurde einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie von der Zollbehörde in Cardiff eröffnet, der Dampfer dürfe auf Weisung des Foreign Office nicht mit einer Ladung Kohle den Hafen verlassen. In Berlin
6088 befürchtete man eine gemeinsame Aktion Japans und Englands und hielt es für angezeigt, festzustellen, wieweit Deutschland auf russische Hülfe rechnen könne, falls infolge der Kohlenlieferungen ein Konflikt entstände. Wenn aus Petersburg keine befriedigende Antwort kam, wollte Bülow den Generaldirektor Ballin auffordern lassen, den Russen keine Kohlen mehr zu liefern. Hiermit war der Kaiser einverstanden. Das Auswärtige Amt hielt es für geboten, vom Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz feststellen zu lassen, ob die Möglichkeit der Besetzung der Kohlenschiffe mit Personal der russischen Kriegsmarine gegeben sei, und ob es Maßnahmen gebe, die deutschen mit dem russischen Geschwader fahrenden Schiffe völlig zu sichern. Tirpitz verneinte beide Fragen.

Nunmehr versuchte die deutsche Regierung auf die Hamburg-Amerika-Linie in dem Sinne einzuwirken, daß sie auf die Lieferung
6090 der Kohlen verzichtete, während man andererseits doch wünschte,
6091 die Kohlenlieferung fortsetzen zu können, ohne daß jedoch daraus eine Kriegsgefahr für Deutschland entstehen durfte.

Von Wichtigkeit war die Frage, von welcher Stelle der Fahrt an

der Kriegsschauplatz gerechnet werden sollte. Als Grenze hierfür hatte man Madagaskar angenommen und mit der Möglichkeit gerechnet, daß die deutschen Kohlenschiffe bis hierher unter deutscher Flagge fahren durften, während die Russen, wenn sie die Schiffe noch weiter benötigten, sie für eigene Rechnung erwerben müßten. Am 14. Februar sandte nun der Zar eine dringende telegraphische Bitte an den Kaiser[1]), Weisungen zu geben, daß die deutschen Kohlen- 6092
schiffe auch weiter als Madagaskar unter deutscher Flagge folgen
dürften. Die Hamburg-Amerika-Linie suchte die Verantwortung für 6093
ihr weiteres Verhalten der deutschen Regierung zuzuschieben. Mit Recht befürchtete Bülow eine Verschlechterung der persönlichen Beziehungen des Kaisers zum Zaren aus einem solchen Verhalten und entschied sich dahin, die Hamburg-Amerika-Linie die Verantwortung für Weiterfahren oder Nichtweiterfahren der Kohlenschiffe allein tragen zu lassen. In diesem Sinne entwarf er das am 15. Februar abgehende Antworttelegramm an den Zaren[2]), in dem es hieß: „Ich 6094
kann keine irgendwelchen Weisungen erteilen . . . Die Hamburg-Amerika-Linie kennt die ganze Lage und muß auf ihre eigene Verantwortung handeln." Dieses Telegramm mußte vom Zaren unbedingt als Zurückzieher aufgefaßt werden. Bezeichnend ist es, daß Kaiser Wilhelm II. jetzt daran dachte, der Herstellung einer russisch-französisch-englischen Gruppierung durch ein japanisch-deutsches Bündnis mit Anlehnung an Amerika entgegenzuwirken. Noch in seinem Telegramm vom 25. September 1904 (Nr. 6081) hatte er den Japanern gegenüber einen ganz anderen Standpunkt eingenommen.

Eine Abmilderung der möglicherweise verstimmenden Wirkung des Kaisertelegramms an den Zaren vom 15. Februar 1905 (Nr. 6094) war vielleicht durch den Hinweis zu erzielen, Rußland könne die Kohlenschiffe kaufen, zumal der Zar vielleicht von diesem Auswege 6095
noch nichts wußte. Der Kaiser telegraphierte daher noch am gleichen Tage ein zweites Mal an den Zaren[3]) und machte ihn darauf auf- 6096
merksam, falls die Kohlenschiffe gekauft würden, müsse es doch möglich sein, die notwendige Besatzung durch den Suezkanal noch rechtzeitig nach Madagaskar zu befördern. Rechnete man doch in Berlin damit, daß Admiral Roschestwensky das Herankommen seines dritten Geschwaders bei Madagaskar erwarten würde, wodurch ohnehin Zeit gewonnen wurde.

Ballin hatte andere Nachrichten. Roschestwensky sei „über und über nervös und aufgeregt", er wolle nicht bis zum Eintreffen des 6097
dritten Geschwaders warten, sondern sofort nach dem Osten aufbrechen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 209.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 209.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 209/210.

6098 In Petersburg ging man auf den Ankauf der Schiffe nicht ein. Ballin hatte von den Russen das Zugeständnis erhalten, daß seine Kohlenschiffe nur nach neutralen Häfen und zwar nicht weiter als bis Saigon zu gehen brauchten. Von dort aus wollte Roschestwensky sich mit an Ort und Stelle gecharterten Küstendampfern behelfen. Am 15. März erfolgte die Abfahrt des russischen Geschwaders von Madagaskar, die deutschen Kohlenschiffe folgten ihm am 24. März.
6099 An der Seeschlacht von Tschusima haben sie keinen Anteil gehabt.

Die Verwendung deutscher Kohlenschiffe zur Begleitung der russischen Flotte zeitigte später noch ein politisch für Deutschland sehr unerfreuliches Begebnis. Nachdem in der Seeschlacht von Tschusima am 27. und 28. Mai 1905 das russische Geschwader vernichtet worden war, erhob Roschestwensky gegen die Hamburg-Amerika-Linie den Vorwurf, er sei in seinen Bewegungen durch das Zurückbleiben der deutschen Kohlenschiffe hinter ihren kontraktlich übernommenen Verpflichtungen gehindert und aufgehalten worden. Wenn diese Behauptung auch durch eine Denkschrift der Hamburg-Amerika-Linie vom 12. Januar 1906 auf das Gründlichste widerlegt worden ist, so blieb doch bestehen, daß aus einer kaufmännischen Unternehmung zugunsten des russischen Flottentransportes nach Ostasien eine Verstimmung sogar von russischer Seite sich ergeben hat, nachdem schon die Beziehungen zu Japan aus demselben Grunde verschlechtert worden waren. Man kann nicht umhin, die Führung der deutschen Politik in dieser Zeit als sprunghaft zu bezeichnen. Man hätte sich klar für Rußland oder Japan entscheiden sollen. So hat man sich dauernd zwischen zwei entgegengesetzten Wünschen hin und her treiben lassen und zwischen der Geringschätzung des Kaisers für die gelbe Rasse und seinem Wunsche, sich dem Zaren nach Möglichkeit gefällig zu erweisen, den staatsmännisch gebotenen Ausgleich nicht gefunden.

Dans le doute abstiens-toi!, lautet eine diplomatische Regel, die uns in der politischen Korrespondenz wiederholt entgegentritt, die hier aber leider nicht befolgt worden ist.

Kapitel 134

Der Zwischenfall an der Doggerbank 1904

Wenige Tage nach der Abfahrt der russischen Ostseeflotte von Libau (15. Oktober 1904) erfolgte in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober der Zwischenfall an der Doggerbank. Die russische Flotte beschoß englische Fischerfahrzeuge, die sie für japanische Torpedoboote hielt. Sechs Fischer wurden verwundet, zwei getötet, ein Boot
6101 zum Sinken gebracht. Wenn man auch in London nicht glaubte, daß hier ein beabsichtigter unfreundlicher Akt Rußlands vorliege, so ent-

stand doch in ganz England eine ungeheure Aufregung. Die eng- 6102
lische Regierung forderte schleunige Genugtuung und wünschte, wenigstens im Grundsatze, die Bestrafung der schuldigen russischen Offiziere. Beim Anlaufen der russischen Flotte in Vigo sollten die nötigen 6103
Untersuchungen eingeleitet werden. England schlug ein Schiedsgericht 6104
vor, was Kaiser Wilhelm II. anfangs als eine ganz unerhörte Zumutung für Rußland ansah.

Wenige Tage nach dem peinlichen Zwischenfall ließen sich in Frankreich Stimmen vernehmen, wonach Deutschland ihn verschuldet 6105
habe, um ihn politisch auszunutzen. „Echo de Paris" schrieb, Rußland habe von einer fremden Macht die Warnung erhalten, daß ein japanischer Angriff in der Nordsee erwartet werden müsse. Dadurch seien die russischen Offiziere nervös geworden. Mit bemerkenswerter Schärfe schrieb der „Matin": „Wereschtschagin hat mit seiner Behauptung recht, es gebe in Rußland Gefängnisse, aber keine Schulen, eine Marine, aber keine Seeleute. Für die Zukunft dieser Flotte kann man nur die größten Besorgnisse hegen."

Nun hatte tatsächlich am 13. Oktober der deutsche Botschafter in London Graf Metternich an das Auswärtige Amt telegraphiert, im Falle der Ausfahrt der russischen Ostseeflotte sollten von Agenten in japanischem Auftrage Minen im Sund oder Kattegat gelegt werden. Metternich hatte anheimgestellt, diese Warnung der russischen Re- 6100
gierung mitzuteilen. Das Auswärtige Amt war auf seine Anregung aber nicht eingegangen, weil es die Nachricht für nicht sicher genug hielt und eine solche Weitergabe an die russische Regierung mit der deutschen Neutralität nicht für vereinbar hielt.

Am 27. Oktober ging ein Telegramm des deutschen Militär- 6106
attachés in London in Berlin ein, wonach England zu rücksichtslosen Schritten gegenüber Rußland entschlossen sei. Tags darauf konnte die Krisis als überwunden gelten, da sich die beiden Staaten über 6107
ein Schiedsverfahren geeinigt hatten. Die russische Regierung war übrigens von verschiedenen Seiten, auch von englischer, zur Vorsicht 6108
vor japanischen Angriffen gemahnt worden.

Kaiser Wilhelm II. war zeitweise sehr besorgt, daß der Zar sich von England zu viel gefallen lassen würde, und daß aus der Weigerung 6109
Englands, die Weiterfahrt der russischen Flotte zu gestatten, neue kriegerische Verwicklungen entstehen könnten. Diese Befürchtungen 6110
erwiesen sich als unbegründet.

Schwierig war bei der Aufgeregtheit der öffentlichen Meinung in England zeitweise die Stellung des deutschen Botschafters in London. Er selbst hatte, wie erwähnt, Rußland eine Warnung zugehen zu lassen empfohlen, wußte aber nicht, ob das Auswärtige Amt auf seinen Vorschlag eingegangen war. Die Unkenntnis über diesen wichtigen Punkt machte ihn unsicher. Ihm wurde nunmehr 6111
auf eine Weisung des Reichskanzlers am 4. November 1904 tele- 6112

graphisch mitgeteilt, Deutschland habe niemals, von keiner Stelle aus, weder direkt noch indirekt die Russen vor Gefahren gewarnt, die ihrer Flotte irgendwo und insbesondere bei ihrem Auslaufen aus der Ostsee drohten. Eine gleiche Mitteilung machte Bülow auch dem englischen Botschafter in Berlin, den er am 4. November zu sich bat. Graf Metternich regte nunmehr ein Dementi in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" an, das dann auch erschien.

In England beruhigte sich bald die Stimmung, und als Lord Lansdowne am 9. November beim Lordmayors-Bankett sich in versöhnlicher Weise über den Huller Zwischenfall ausgesprochen hatte, konnte er politisch als abgeschlossen gelten. Graf Metternich machte indes darauf aufmerksam, daß es die persönliche Haltung der leitenden englischen Staatsmänner gewesen sei, die sich hier der allgemeinen Volksströmung entgegengestemmt habe. Ohne sie wäre es zum Kriege mit Rußland, wenigstens zu aggressiven Handlungen der englischen Flotte gegen das Baltische Geschwader gekommen. Es bewähre sich von neuem die alte Wahrheit, „daß eine Regierung besser fährt, wenn sie der Volksleidenschaft zu widerstehen weiß, als wenn sie ihr des kurzen Beifallgeklatsches der Menge wegen nachgibt".

Kapitel 135

Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Defensivabkommen 1904

Der Zwischenfall an der Doggerbank bildete mit die Veranlassung für ein ausführliches Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom 27. Oktober 1904[1]). Der Kaiser ging davon aus, daß die japanische und die britische Regierung vielleicht gemeinsam gegen die Kohlenversorgung der russischen Flotte durch deutsche Schiffe protestieren würden. Rußland und Deutschland müßten sich zusammenschließen und Frankreich an seine Verpflichtungen aus dem Zweibunde erinnern. Diese Zusammenfassung der drei stärksten Kontinentalmächte werde die anglo-japanische Gruppe zum Nachdenken bringen. Der Kaiser beklagte den Zwischenfall an der Doggerbank und empfahl dem Zaren den rechtzeitigen Bau neuer Schiffe. Der Zar antwortete am 29. Oktober[2]), indem er Englands Verhalten mit scharfen Worten kennzeichnete. Es sei sicherlich hohe Zeit, dem englischen Verhalten Einhalt zu gebieten. Der einzige Weg scheine auch ihm, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich sofort über eine Abmachung einig würden, um die anglo-japanische „Anmaßung und Unverschämtheit" zunichte zu machen. Er ersuchte den Kaiser,

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 210/211.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 211/212.

die Richtlinien eines solchen Vertrages niederlegen und ihn wissen zu lassen. Sobald beide Staaten sie angenommen hätten, sei Frankreich gebunden, sich seinem Verbündeten anzuschließen. Diese Kombination sei ihm oft in den Sinn gekommen; sie würde Frieden und Ruhe für die Welt bedeuten.

Schon tags darauf unterbreitete Bülow dem Kaiser den Entwurf eines Briefes an den Zaren [1]), den der Kaiser wörtlich übernahm. Er 6120
fügte nur hinzu, niemand wisse von diesem Briefe, auch nicht einmal das Auswärtige Amt, da der Reichskanzler und er, der Kaiser, die Schreibarbeit allein übernommen hätten. Beigefügt war der Entwurf eines Geheimabkommens in drei Punkten [2]). Wurde eins der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen, so sollte ihm sein Verbündeter mit allen Land- und Seestreitkräften helfen. Die beiden Verbündeten würden gemeinsame Sache machen, um Frankreich an die Verpflichtungen zu erinnern, die es nach den Bestimmungen des Zweibundvertrages übernommen habe. Auch solle keiner von ihnen einen Separatfrieden mit ihrem gemeinschaftlichen Gegner abzuschließen berechtigt sein. Die Verpflichtung gegenseitigen Beistandes wurde auch auf den Fall ausgedehnt, wo Handlungen während des noch dauernden Krieges, wie die Lieferung von Kohlen an eine kriegführende Partei, nach dem Kriege zu Ansprüchen einer dritten Macht etwa Anlaß geben sollten. Kaiser Wilhelm telegraphierte am 30. Oktober an den Zaren, daß er einen Brief und einen Vertragsentwurf durch einen kaiserlichen Feldjäger abgesandt 6121
habe [3]).

Der Zar knüpfte damals an das Vorhaben des Kaisers besondere Erwartungen. Bülow befürchtete nicht mit Unrecht, daß er den Ver- 6122
such machen würde, Deutschland England gegenüber auszuspielen. 6123
Dadurch würde der vom Kaiser beabsichtigte Zweck, nämlich Frankreich von England abzuziehen und an die Seite Deutschlands und Rußlands zu schieben, nicht nur nicht erreicht, sondern in das Gegenteil verkehrt. Der Kaiser fügte deshalb nach dem Vorschlage Bülows dem bereits fertigen Schreiben an den Zaren (Nr. 6120, Anlage 1) noch eine Bemerkung hinzu, wonach der Huller Zwischenfall erst beigelegt sein müsse, ehe man an Frankreich herantreten könne. Delcassé und Cambon hätten bereits die englische Auffassung des Zwischenfalles angenommen, und man würde Frankreich, wenn man es gerade in dieser Frage zu optieren zwinge, auf die englische Seite drängen.

Der Zar antwortete am 7. November [4]), er habe den Vertrags- 6124

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 212/213.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 213.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 213/214.
[4]) Deutscher Wortlaut siehe S. 214.

entwurf sehr sorgfältig studiert und ihn nur seinem Minister des Äußern gezeigt. Sie beide hätten einen Gegenentwurf[1]) eigenhändig geschrieben, den der Zar nunmehr beifügte. Die Änderungen waren vom Zaren durch Unterstreichen mit roter Tinte kenntlich gemacht worden. Bemerkenswert ist, daß im Artikel 2 in dem deutschen Entwurfe von den b e i d e n hohen vertragschließenden Parteien die Rede war, während in dem russischen Entwurfe dieser Zusatz fehlte, offenbar, um der Möglichkeit des Abschlusses zu Dreien vorzuarbeiten.

Bülow hielt eine ausführliche Beantwortung der russischen Vor-
6125 schläge für nötig, da der Zar in das politische Spiel nicht so eingeweiht sei wie der Kaiser und die Möglichkeit falscher Auslegungen gegeben sei. Er übersandte daher dem Kaiser den deutschen Entwurf eines an den Zaren zu richtenden Briefes mit der Bitte, der Kaiser möge die Übertragung in gutes Englisch selbst übernehmen. Bülow wünschte aus der russischen Fassung zunächst den Ausdruck „afin de localiser la guerre Russo-Japonaise" (um den russisch-japanischen Krieg örtlich zu begrenzen) beseitigt zu sehen, da hierdurch der Vertrag eine Spitze gegen England habe. Ferner wünschte er die Bestimmung einer Frist für die Dauer des Vertrages und einjährige Kündigung. Auch der Schlußabsatz, den die Russen selbst formuliert hatten, sollte geändert werden. Der Kaiser unterzog sich der Übersetzungsarbeit in der Nacht vom 15. auf den 16. November und gab den Brief dem Flügeladjutanten Major Grafen Lambsdorff nach Petersburg mit.

Die Antwort des Zaren vom 23. November 1904 war wenig er-
6126 mutigend[2]). Der Zar wünschte den Vertrag vor der Unterzeichnung den Franzosen zugänglich zu machen. Hierauf glaubte man in Berlin
6127 nicht eingehen zu können. Bülow entwarf ein neues Telegramm an den Zaren und bat wiederum den Kaiser, die Übersetzung ins Englische zu übernehmen. Als Hauptsache erschien ihm die unbedingte Geheimhaltung der Verhandlungen, ferner die Vermeidung jeder gereizten Äußerung, damit der Zar nicht in die Arme Englands getrieben wurde. Dem Zaren sollte die Möglichkeit einer deutsch-russischen Verständigung für die Zukunft offengehalten werden, falls er sich jetzt nicht dazu entschließen konnte. Gerade jetzt stellte sich auch
6128 eine gewisse Verstimmung Kaiser Wilhelms II. gegen den Zaren ein, da über Wien bekannt wurde, daß er mit dem Kaiser Franz Joseph ein Neutralitätsabkommen abgeschlossen habe, ohne Deutschland vorher Mitteilung zu machen[3]). Für die Erkenntnis des geschichtlichen Zusammenhanges erweist sich an dieser Stelle der Akten die Benutzung der synchronistischen Zusammenstellung als unerläßlich.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 214/215.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 215.
[3]) Näheres siehe Band 22, Kapitel 158 des Aktenwerkes (Dokumente Nr. 7344 und 7345).

Der Ton Rußland gegenüber wurde nun ein wenig verschärft.
Am 6. Dezember 1904 wies der Reichskanzler den Botschafter in 6129
Petersburg, Grafen Alvensleben, an, dort zur Sprache zu bringen, Deutschland sehe sich durch die Kohlenversorgung der Baltischen Flotte der Möglichkeit eines Konfliktes mit England und Japan gegenüber. Unter diesen Umständen sei die Kaiserliche Regierung genötigt, die Frage zu stellen, ob die russische Regierung sich verpflichte, bei etwaigen aus der Kohlenversorgung im gegenwärtigen Kriege erwachsenden Schwierigkeiten Deutschland mit allen Mitteln beizustehen. Sei die russische Regierung dazu nicht in der Lage, so müsse Deutschland der Kohlenversorgung gegenüber diejenigen Maßnahmen anordnen, die die Sicherheit des Deutschen Reiches erheische.

Kaiser Wilhelm telegraphierte an den Zaren am 7. Dezember[1]) 6130
in gleichem Sinne. Er müsse jetzt positive Garantien erhalten, ob der Zar beabsichtige, ihn ohne Hilfe zu lassen oder nicht, falls England und Japan ihm den Krieg erklärten. Falls der Zar nicht imstande sei, ihm absolute Gewähr zu leisten, in einem solchen Kriege loyal an seiner Seite zu kämpfen, dann bedauere er, gezwungen zu sein, den deutschen Dampfern sofort zu verbieten, die Kohlenversorgung der russischen Flotte fortzusetzen.

Am gleichen 7. Dezember schrieb der Zar einen ausführlichen 6131
Brief[2]) an den Kaiser und ging auf die Frage des Defensivbündnisses nochmals ausführlich ein. Danach wollte er Frankreich nicht alle Einzelheiten des Vertrages, sondern nur dessen Hauptlinien vorher mitteilen. Er fügte einen Entwurf der an Frankreich zu machenden Mitteilungen bei[3]). Der Kaiser antwortete etwa am 10. Dezember[4]), 6132
es komme jetzt vor allem auf die Bereinigung der Kohlenfrage an, die täglich dringender werde. Dieser Auffassung trat der Zar in einem Telegramm vom 11. Dezember[5]) — als Antwort auf den Brief 6133
des Kaisers vom 7. Dezember (Nr. 6130) — bei; die Hauptsache sei jetzt die dauernde Verständigung über die Kohlenfrage.

In Petersburg unterhandelte Graf Alvensleben mit dem Grafen Lamsdorff gleichfalls darüber. Bülow wünschte, daß Deutschland in 6134
einem solchen Abkommen keinerlei Pflichten zu übernehmen habe, 6135
weder mit Bezug auf den Krieg noch auf den Friedensschluß. In Petersburg war man bereit, Deutschland die geforderte Zusicherung 6136
zu geben, die sich aber nur auf die Frage der Kohlenlieferung bezog Das kam auch in einer Note des Grafen Lamsdorff an den Grafen

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 215/216.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 216/217.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 217.
[4]) Deutscher Wortlaut siehe S. 218.
[5]) Deutscher Wortlaut siehe S. 218.

6137 Alvensleben vom 12. Dezember 1904 klar zum Ausdruck[1]). Alvens-
leben meldete nach Berlin, das Abstoppen der Kohlenlieferungen
6138 würde in Petersburg beinahe als feindseliger Akt empfunden werden
und in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland einen
Riß hervorrufen, der England zu aggressivem Vorgehen ermutigen
müßte.

Die aus der ganzen Lage sich ergebende Zuspitzung der Beziehungen zu England veranlaßte den Reichskanzler Grafen Bülow zu einem wichtigen Schritte der Vorsicht. Er berief den Botschafter Grafen Metternich am 13. Dezember zu persönlicher Rücksprache
6139 nach Berlin und legte ihm hier einen Fragebogen von sieben Punkten
vor. Graf Metternich äußerte sich am 18. Dezember schriftlich zu
6140 den ihm gestellten Fragen, und zwar in einer so klaren und eindeutigen Weise, daß der Reichskanzler ganz neue Eindrücke gewann. Mit größter Bestimmtheit stellte Graf Metternich in Abrede, daß ein englischer Angriffskrieg gegenwärtig zu erwarten sei. Wir könnten aber diese Gefahr künstlich schaffen oder näherbringen, falls wir etwa ein Bündnis mit Rußland für ein Jahr, also etwa für die Dauer des ostasiatischen Krieges, abschlössen. Wir seien bei einiger Vorsicht in der Lage, den ostasiatischen Wirren fernzubleiben. Durch ein Bündnis würden wir aber die Gefahren eines gleichzeitigen Krieges mit England und Japan heraufbeschwören und uns gegen diese durch das Bündnis mit Rußland erst geschaffenen Gefahren durch die Anlehnung an Rußland zu sichern suchen, das doch gegenwärtig durch seinen eigenen Krieg vollkommen in Anspruch genommen sei. Kein Abkommen mit Rußland könne uns Sicherheit gegen England gewähren, weil Rußland gegenwärtig gar nicht in der Lage sei, uns mit kriegerischen Machtmitteln gegen England beizustehen, weder zu Wasser noch zu Lande.

Graf Metternich fand für die Ablehnung der von ihm für falsch gehaltenen Politik treffliche und mannhafte Worte. „Es verlohnt sich aber wirklich kaum der Mühe, im Ernst über die Befolgung einer Politik zu reden, wobei wir unserem Freunde nicht nützen, uns selbst aber schwer schädigen würden.“ Mit der Gefährdung unserer eigenen Sicherheit höre der uneigennützige Freundschaftsdienst auf. Weiterzugehen wäre nicht einmal großmütig, sondern einfach dumm. Er glaube überhaupt nicht an die Überfallslust Englands. „Weshalb also nicht ruhig abwarten, was die Situation bringt und danach handeln? . . . Wir leben mit England und Japan in Frieden, und ich bestreite, daß diese Länder die Absicht haben, uns mit Krieg zu bedrohen . . . Von dem Moment, wo wir die Sache Rußlands zu unserer eigenen machen, erwächst uns die Kriegsgefahr.“

Sehr richtig hob Graf Metternich auch hervor, der Zar habe ab

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 218/219.

irato und unter dem Eindruck des Zwischenfalles an der Doggerbank gehandelt, als er sich zu einem Bündnis mit Deutschland bereit erklärte. Es lasse sich nicht erkennen, ob die gleiche Bereitschaft jetzt noch vorhanden sei. Das geplante Geheimbündnis zu zweien sei für Deutschland ein Hasardspiel. Metternich empfahl daher, falls der Zar auf dieses Bündnis nicht eingehen wollte, einem Bündnis zu dreien, bei dem wir viel verlieren und nichts gewinnen könnten, auszuweichen, ihm dagegen aus freien Stücken unsere wohlwollende Neutralität wie bisher, aber nur bis an die Grenze unserer eigenen Sicherheit, nochmals zu versprechen.

Leider geht aus dem Aktenwerk nicht hervor, ob der Kaiser diese außerordentlich wichtigen Ausführungen zu Gesicht bekommen hat. Den Reichskanzler haben sie offenbar stark beeinflußt, wie aus dem weiteren Verlaufe ersichtlich ist.

Am 21. Dezember 1904 schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Zaren[1]), 6141
es sei unmöglich, Frankreich ins Vertrauen zu ziehen, bevor eine endgültige Regelung zwischen Rußland und Deutschland erfolgt sei. Es sei daher für alle Parteien vielleicht besser, in der jetzigen Haltung gegenseitiger Unabhängigkeit zu beharren. Darin lag eine deutliche Absage. Der Zar erwiderte denn auch am 25. Dezember[2]), in- 6145
dem er nur von der Erklärung über die Kohlenfrage sprach und sich sonst in Allgemeinheiten bewegte.

In wie hohem Maße der Reichskanzler sich durch die schlagenden Darlegungen des Grafen Metternich hat beeinflussen lassen, zeigen seine Weisungen vom 21. Dezember an den Grafen Alvensleben. 6142
In einem Privatbriefe an den Botschafter schrieb der Kanzler am 6143
gleichen Tage: „Angesichts dieser Situation läßt Deutschland nicht die mindeste üble Laune durchblicken, zeigt sich nach wie vor bereit, Rußland tunlichst gefällig zu sein, betrachtet aber als selbstverständlich, daß ihm nicht zugemutet werden kann, wegen solcher Gefälligkeiten einen Krieg auf sich zu laden, bei welchem überdies für Rußland nicht notwendig der Bündnisfall vorliegen würde.“ In diesem Sinne sprach sich Graf Alvensleben in Petersburg aus. 6144

Der bereits erwähnte Brief des Zaren vom 25. Dezember 1904 6146
bedeutete nach einem Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Reichskanzler „eine klare Absage an jeden Gedanken einer Verabredung ohne Vorwissen Galliens“. Der Kaiser empfand dies als einen erheblichen Mißerfolg seiner persönlichen Politik, gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich nicht eine Reihe ähnlicher Vorgänge anschließen würde, und wünschte jetzt eine eifrigere Pflege der Beziehungen zu Amerika und Japan. Auch Bülow war der Meinung, daß die Russen auf ein Bündnis mit Deutschland keinen so hohen Wert legten, wie dies bei rich-

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 219.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 219/220.

tiger Einsicht in die Weltlage und die gegenseitigen Machtverhältnisse der Fall sein müßte. Graf Alvensleben erhielt Weisung, aus
6147 eigener Initiative die Frage einer deutsch-russischen Annäherung vorläufig nicht weiter anzuregen. Kam der russische Außenminister darauf zurück, so sollte Alvensleben nur rein akademisch seine eigene Ansicht äußern und andeuten, er sei bereit, jeden wichtigen Gedanken des russischen Ministers in dieser Richtung nach Berlin zu übermitteln, wo er einer freundlichen Erwägung sicher sei.

Den Abschluß des 135. Kapitels bildet eine Aufzeichnung des
6148 Vortragenden Rats v. Holstein vom 2. Februar 1905. Er ging davon aus, daß im November 1904 Frankreich mit Aussicht auf Erfolg auf eine freundschaftliche Annäherung zwischen England und Rußland hingearbeitet habe. Diese für Deutschland sehr nachteilige Gruppierung hätte kaum anders verhindert werden können als durch den Zusammenschluß Deutschlands mit Rußland. Jetzt sei aber die Sachlage durchaus verändert. Präsident Roosevelt habe sein ostasiatisches Programm dem deutschen Kaiser in den Hauptpunkten mitgeteilt und seinen Rat erbeten[1]). Danach bestand die Hauptgefahr der Gegenwart in einer Aufteilung Chinas, und der Kaiser hatte angeregt, diese Gefahr durch eine Uneigennützigkeitserklärung der neutralen Mächte zu beseitigen. Auf eines sei jetzt sicher schon zu zählen: darauf nämlich, daß Rußland und England miteinander in dem Bemühen wetteifern würden, die vertrauensvollen Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiser und dem Präsidenten Roosevelt wieder zu zerstören und in das Gegenteil zu verwandeln.

---

[1]) Vgl. Kapitel 139, S. 62 ff.

Der Russisch-Japanische Krieg

Der neunzehnte Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 19. Bandes

Zweite Hälfte

KAPITEL 136

Das erste Deutsch-Englische „War Scare" November-Dezember 1904. Dokumente Nr. 6149—6161 43

KAPITEL 137

Die Mediationsfrage. Dokumente Nr. 6162—6201 48

KAPITEL 138

Der Vertrag von Björkoe. Dokumente Nr. 6202—6258 53

KAPITEL 139

Deutschlands und Amerikas Zusammengehen während des Krieges und für den Frieden. Der Friedensschluß. Dokumente Nr. 6259—6337 . . 62

KAPITEL 140

Ausblicke bei Kriegsende.

A. Die Erneuerung des Englisch-Japanischen Bündnisses. Dokumente Nr. 6338—6341 67

B. Das Englisch-Russische Verhältnis und die zentralasiatischen Fragen (Tibet, Afghanistan, Persien). Dokumente Nr. 6342—6364 67

Kapitel 136

Das erste Deutsch-Englische „War Scare“ November-Dezember 1904

Die deutsche Berichterstattung über die englisch-deutschen Beziehungen während des Russisch-Japanischen Krieges zeigt ein ganz verschiedenes Bild, je nachdem sie von militärischer oder ziviler Seite ausging. Auf der einen Seite standen der Militär- und Marineattaché in London, auf der anderen die Diplomaten.

Am 18. November 1904 überreichte der Marineattaché in London, Kapitän z. S. Coerper, einen Artikel der „Vanity Fair“[1]). Darin 6149
wurde auf Englands Verhalten gegen Dänemark 1807 hingewiesen. Selten habe die britische Flotte ihrem Vaterlande einen besseren Dienst erwiesen als damals durch Beschlagnahme der dänischen Flotte. Jetzt bereite sich Deutschland Tag und Nacht auf Krieg mit England vor, aber es werde erst losschlagen, wenn England sich in der ungünstigsten Lage befinde. Wenn die deutsche Flotte zerstört wäre, könne der Frieden Europas zwei Generationen lang dauern. Nach Abschluß des Russisch-Japanischen Krieges würde für die Beherrscherin der Meere der Augenblick kommen, in ihrem eigenen Interesse — und dieses sei mit dem Weltfrieden gleichbedeutend — zu entscheiden, was mit der deutschen Flotte geschehen solle. Kaiser Wilhelm II. war auf das äußerste erbittert über diese „im Frieden unerhörte Sprache“, zumal Kapitän Coerper darauf hinwies, dies sei schon der dritte Artikel gleicher Art und Tendenz, der im November 1904 erschienen sei. Der Kaiser glaubte ernstlich an die Gefahr eines Überfalles durch England und erteilte dem Admiral Büchsel den Auftrag, für den Fall eines etwaigen englischen Angriffs 6150
im Frühjahr alles unauffällig vorzubereiten. Admiral v. Tirpitz ließ beim Auswärtigen Amte anfragen, ob er mit Sicherheit darauf rechnen könne, daß alle Marinetruppen aus Südwestafrika anfangs März 1905 in Deutschland zurück seien.

Das Auswärtige Amt verfuhr mit Vorsicht. Ehe die Zurückziehung einiger Kreuzer nach der Heimat auf Büchsels Vorschlag vorgenommen wurde, wollte der Reichskanzler zunächst wissen, ob die Eng- 6151
länder darin nicht etwa eine Schiebung sehen könnten, die sie veranlassen würde, noch mehr Schiffe nach der Nord- oder Ostsee zu

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 220/221.

schicken. Tirpitz hatte gleichfalls den Wunsch, die auch ihm ge-
6152 fährlich erscheinende Lage nicht durch derartige Maßnahmen noch zu verschärfen. Er versuchte deshalb beruhigend auf den Kaiser zu wirken und bediente sich hierzu verschiedener Wege. Die Besorgnis des Auswärtigen Amts wurde dadurch erhöht, daß selbst der Vor-
6153 tragende Rat v. Holstein jetzt an die Möglichkeit eines Angriffes von englischer Seite glaubte.

Als Bülow am 13. Dezember 1904 den Botschafter Graf Metternich telegraphisch anwies, zu einer wichtigen Rücksprache ungesäumt nach Berlin zu kommen [1]), forderte er die gleichfalls nach Berlin berufenen Botschaftsmitglieder, den Militärattaché Major Grafen v. der Schulenburg und den Legationssekretär Grafen zu Eulenburg, auf, sich schriftlich zu der Frage der englisch-deutschen Beziehungen zu äußern.

Graf Schulenburg erstattete einen ausführlichen Bericht und
6154 sandte ihn am 14. Dezember an den Reichskanzler. Danach hatte die deutschfeindliche Stimmung in England vor drei Jahren ihren Anfang genommen. Der wahre Grund des englischen Hasses gegen Deutschland liege in der wirtschaftlichen Konkurrenz und in der Besorgnis vor der immer stärker werdenden deutschen Flotte. Die englische Presse hetze das Volk gegen Deutschland auf, und die Regierung tue nichts dagegen. Daraus müsse man folgern, daß ihr dies in ihre Politik passe. Deutschland müsse jetzt damit rechnen, von dem englischen Volke gehaßt zu werden, und dieser Haß werde sich in absehbarer Zeit nicht wieder legen. Dieser Haß habe die englisch-französische Entente populär gemacht und predige jetzt die Verständigung mit Rußland. Die Politik König Eduards VII. gehe auf die Isolierung Deutschlands hinaus, wenn er auch nicht beabsichtige, Deutschland anzugreifen. „Auch das englische Volk und die öffentliche Meinung trägt sich nicht mit einer direkten kriegerischen Absicht. Ich kann nicht genug hervorheben, daß keine augenblickliche Kriegsgefahr besteht und man sich nicht mit dem Plan beschäftigt, im nächsten Frühjahr über uns herzufallen.“ Trotzdem müsse Deutschland die Möglichkeit dieses Krieges ins Auge fassen. Ein treibender und mächtiger Faktor sei die Stimmung in der englischen Marine, die den Krieg mit Deutschland möglichst bald wünsche, weil sie sich jetzt noch ihrer unbedingten Überlegenheit bewußt sei. Wahrscheinlich seien es englische Marineoffiziere, die in der „Army and Navy Gazette“ gegen Deutschland schrieben, und an der Spitze der englischen Marine stehe Sir John Fisher, „ein ebenso tüchtiger wie von brennendem Ehrgeiz und Ruhmdurst verzehrter Admiral“. Daher müsse Deutschland immer mit der Möglichkeit eines Zwischenfalles rechnen, der zum Kriege führen könne.

---

[1]) Vgl. Nr. 6139. Siehe o. S. 38.

Sehr bemerkenswert sind Schulenburgs Ausführungen über das Verhalten der deutschen Flotte bei einem etwaigen Kriege mit England. „Wir müssen uns auf eine schnelle Offensive gefaßt machen, die nicht nur als Ziel hat, unsere Flotte zu vernichten, gleichviel ob diese sich zur Schlacht stellt oder in der Ostsee verborgen bleibt, sondern auch gegen unsere Küstenstädte mit überraschenden Unternehmungen vorgehen wird ... Nach meiner Ansicht dürfen wir im ersten Stadium dieses Krieges nicht defensiv bleiben, sondern müssen unsere Unterlegenheit durch eine kühne Offensive ausgleichen. Die Geschichte lehrt zur Genüge, wie Kopf, Kühnheit, Offensive und Tüchtigkeit immer und immer wieder die vorherigen ziffernmäßigen Berechnungen über den Haufen geworfen und dem numerisch Schwächeren, aber Tüchtigeren, den Sieg gegeben haben. Alle diese Vorbedingungen sind in unserer Flotte vorhanden. Deshalb muß es ihre Aufgabe sein, die englische Kanalflotte zu schlagen, ehe eine zweite englische Flotte heran sein kann. . . . Wenn dieser erste Kampf für uns siegreich endet, so würde es in England einen ungeheuren, deprimierenden Eindruck machen. Geht unsere Flotte dabei unter, so wird die Achtung und Bewunderung der ganzen Welt mit uns sein, und ihre Heldentaten werden ebenso unvergessen sein wie der Spartanerkampf unter Leonidas."

So sehr man diesen militärischen Ausführungen Schulenburgs beizupflichten geneigt ist, um so weniger kann man sich mit seiner politischen Schlußfolgerung einverstanden erklären, daß es nur ein einziges und großes Mittel gebe, um uns die Engländer vom Halse zu halten, nämlich ein Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland gegen England. Die tatsächliche Bedeutung des Zweibundes wurde dabei nicht genügend in Rechnung gestellt.

Der Dritte Sekretär bei der Botschaft in London, Graf zu Eulenburg, äußerte sich viel zurückhaltender. Auch er glaubte nicht, daß 6155
England in der nächsten Zeit ohne zwingendste Gründe irgendeinen Krieg, gegen wen er auch gerichtet sein möge, zu unternehmen gedenke.

Graf Metternich hatte in Berlin Gelegenheit, sich mit Mr. Spring-Rice, dem Ersten Sekretär bei der englischen Botschaft in Peters- 6156
burg[1]), eingehend auszusprechen. Mr. Spring-Rice glaubte an eine baldige Beruhigung zwischen England und Deutschland. Der Aufschwung des deutschen Handels und der deutschen Industrie sei auch England zugute gekommen. Nach Herstellung besserer englisch-deutscher Beziehungen könne England die Entente cordiale dazu benutzen, eine Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland anzubahnen. Spring-Rice riet zur Vorsicht gegenüber Rußland, da

[1]) Als Schwiegersohn des englischen Botschafters Sir Frank Lascelles weilte er gerade in Berlin.

in Petersburg alle Augenblicke von Mitteilungen und Ratschlägen die Rede sei, die der deutsche Kaiser den Russen gegeben haben solle.

Am Weihnachtstage 1904 hatte Bülow eine lange Unterredung mit Sir Frank Lascelles, dem englischen Botschafter in Berlin, der während eines Urlaubes nicht nur mit König Eduard VII., sondern auch mit zahlreichen englischen Politikern und Publizisten über die deutsch-englischen Beziehungen gesprochen hatte. Lascelles meinte, wenn in Deutschland die neue Dislozierung der englischen Flotte beunruhige, so falle umgekehrt der englischen Admiralität auf, daß Deutschland alle seine Anstrengungen auf den Bau von Schlachtschiffen richte und diese in den heimischen Gewässern zusammenhalte. Nicht nur die englische, sondern auch die deutsche Presse äußere sich sehr gereizt. Darauf erwiderte Bülow, was die deutsche Presse über auswärtige Fragen sage, habe praktisch nur eine geringe Bedeutung, denn das deutsche Volk sei politisch leider noch wenig durchgebildet und die deutsche Presse doktrinär. In Deutschland komme es nur auf die offizielle Politik an. Die Möglichkeit eines deutschen Angriffs gegen England sei unter zurechnungsfähigen Leuten überhaupt nicht diskutabel, das Gegenteil sei aber wohl denkbar. Darauf bestritt Lascelles auf das entschiedenste einen Kriegswillen Eng-
6157 lands. Bülow faßte in seinem Schreiben vom 26. Dezember 1904 an den Kaiser seine Ansichten dahin zusammen, daß er sich den wiederholten Äußerungen des Monarchen anschloß, England gegenüber komme alles darauf an, „daß wir mit Geduld und Spucke über die nächsten Jahre wegkommen, keine Zwischenfälle hervorrufen, keinen sichtbaren Grund zu Argwohn geben". Unsere Lage gleiche derjenigen der Athener, als sie die langen Mauern am Piräus aufführen mußten, ohne von den übermächtigen Spartanern an der Fertigstellung dieser Schutzwehr verhindert zu werden.

Nach Mitteilungen über Wien aus Petersburg sollte damals König Eduard davon unterrichtet und sehr peinlich berührt sein, daß der deutsche Kaiser zurzeit eine sehr scharfe Sprache gegen England führe. In einer ausführlichen Schlußbemerkung zu dem ihm
6158 hierüber vorgelegten Berichte verwahrte sich der Kaiser aufs schärfste gegen die Behauptungen, da er Tag und Nacht beschäftigt sei, seine Landsleute aller Stände in eine ruhigere, sachlichere Beurteilung Englands „hineinzureden". Er zog daraus die Schlußfolgerung, daß Deutschland jetzt den Russen „ganz absolut mit Kälte und Mißtrauen entgegentreten" und Amerika sowie Japan sich warm halten müsse.

Eine am 4. Januar 1905 von dem Vizepräsidenten des Reichstages Dr. Paasche in Kreuznach gehaltene Rede verursachte in der englischen Presse große Aufregung, da er gesagt haben sollte, Deutschland habe kürzlich am Rande eines Krieges mit England gestanden, und dieser sei nur dank der Geschicklichkeit der deutschen

Diplomatie vermieden worden. In London hielten ruhige Beurteiler derartige Äußerungen für ein absichtliches deutsches Manöver, um Stimmung zur Vermehrung der Flotte zu machen. „Die anderen," so berichtete Graf Metternich am 11. Januar 1905, „und wohl die Mehrzahl, sehen mit Erstaunen und fühlen mit einer gewissen Genug- 6159
tuung, daß das mächtige Deutsche Reich die Engländer für so gefährliche Menschen hält. Die Stimmung hier besänftigt sich dadurch, aber einigermaßen auf Kosten unseres Prestiges."

Graf Metternich überzeugte sich seit seiner Rückkehr nach England immer von neuem davon, „wie grundlos unsere Vermutungen in betreff aggressiver Absichten Englands gegen uns sind". Wie er dem Reichskanzler am 11. Januar in einem Privatbriefe schrieb, hatte er noch im Herbst 1904 Aussöhnungsversuche zwischen Deutsch- 6160
land und England für unzeitgemäß gehalten. Jede deutsche Annäherung sei damals in England falsch gedeutet worden, so auch der Besuch der deutschen Flotte in Plymouth am 10. Juli 1904, über deren politische Opportunität Graf Metternich nicht befragt worden war, und für den er daher die Verantwortung ablehnte [1]). Nach seiner Meinung war aber jetzt der Höhepunkt der Spannung erreicht. Daher sei es erwünscht, daß die deutsche Presse das Thema der englischen Kriegsgefahr fallen lasse.

Ein bemerkenswerter Bericht des Marineattachés Kapitäns z. S. Coerper vom 12. Januar 1905 schließt das 136. Kapitel ab. Coerper hatte sich gelegentlich seiner Wiederkommandierung als Marine- 6161
attaché beim Könige gemeldet. Dieser hatte sich ganz verwundert darüber ausgesprochen, daß man in Deutschland an einen englischen Angriff gedacht habe. Coerper erwiderte, das Zusammentreffen gewisser Zeitungsartikel mit der neuen Dislokation der englischen Flotte sei wohl die Veranlassung gewesen. Der König erwiderte: „Die Zeitungen sind in allen Ländern gleich töricht . . . Sie können Seiner Majestät dem Kaiser wörtlich berichten, was ich Ihnen jetzt sage, und das ist: erstens, daß ich mit allen Ländern Frieden zu halten entschlossen bin; daß England nie einen Krieg mit irgendeinem Lande provozieren wird, mit Deutschland am allerwenigsten, denn einmal liegt absolut kein Grund dazu vor, und dann würde ein Krieg zwischen beiden Ländern das größte Unglück für beide sein." Die Neuorganisation der britischen Flotte sei dringend nötig gewesen, auch ihre veränderte Dislokation, wobei das starke Anwachsen der deutschen Flotte selbstverständlich habe in Rechnung gestellt werden müssen. Die Stärke der deutschen Flotte werde von vielen Engländern als für Deutschlands Bedürfnisse zu groß angesehen. Aber deshalb sei es doch nicht die englische Absicht, über die deutsche Flotte herzufallen: eine starke deutsche und eine starke englische Marine könnten nur dazu beitragen, daß der Friede gesichert bleibe.

[1]) Vgl. Band 19, 1. Hälfte, Nr. 6042.

Kapitel 137

Die Mediationsfrage

Schon um die Mitte des September 1904 liefen Gerüchte um, wonach diese oder jene Macht im Russisch-Japanischen Kriege zu
6162 vermitteln wünschte. Japan schien vermittlungsbereit. Diese Nachricht veranlaßte Kaiser Wilhelm II. zu einem Telegramm an den
6163 Zaren[1]), in dem er andeutete, England scheine die Hand dabei im Spiele zu haben. Offenbar sei Japan jetzt an der Grenze seiner Widerstandsfähigkeit angelangt. Der Zar dankte telegraphisch am
6164 30. Oktober mit dem Ausdrucke seines Zweifels daran, ob wirklich England die Hand im Spiele habe[2]). Rußland werde so lange fechten, bis die letzten Japaner aus der Mandschurei herausgetrieben seien.
6165 Der Reichskanzler hielt es aber doch für erforderlich, in Tokio sondieren zu lassen, ob wirklich der Wunsch nach einer Friedens-
6166 vermittlung erkennbar werde. Graf Arco verneinte dies. Weder Mutlosigkeit noch finanzielle Erschöpfung seien wahrnehmbar.

Sehr viel wichtiger war es für Rußland, bald aus dem Kriege wieder herauszugelangen. Diese Ansicht vertrat mit besonderem
6167 Nachdruck in Petersburg Herr v. Witte. Gewiß wären die hohen Militärs und die Spitzen der Marine in Rußland anderer Ansicht; diese hätten aber vor Beginn des Krieges und während seines Verlaufes so viel Ungeschick und Planlosigkeit an den Tag gelegt, daß auf ihr Urteil nicht viel zu geben sei.
6168 Am 12. November 1904 telegraphierte Bülow an den Geschäftsträger Frhrn v. Romberg nach Petersburg, mancherlei Anzeichen deuteten darauf hin, daß Japan anfange, kriegsmüde zu werden, und eine Vermittlung wünsche. Romberg, der feststellen sollte, wie Rußland zu dieser Frage stehe, telegraphierte noch am gleichen Tage
6169 zurück, Graf Lamsdorff sei sichtlich überrascht gewesen. Im russischen Interesse scheine ihm der Zeitpunkt für eine Vermittlung nicht günstig, wo es gerade den Anschein habe, als ob sich das Kriegsglück zu ungunsten der Japaner zu wenden beginne.

Mitte November ging ein Bericht des deutschen Generalkonsuls
6355 in Kalkutta, Grafen v. Quadt, ein, wonach England eine Mission zu dem Zwecke ausrüstete, den Einfluß Englands in Afghanistan zu einem überwiegenden zu machen. Kaiser Wilhelm teilte diese Nach-
6170 richt sofort telegraphisch dem Zaren mit[3]) und fügte hinzu, der große Verlust an Mannschaften veranlasse die Japaner, in Paris und London um Vermittlung zu bitten; Japan hoffe, mit Hilfe eines

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 221/222.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 222.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 222/223.

Kongresses Port Arthur und die Mandschurei zu bekommen. In Rußland dachte man aber gerade jetzt zuversichtlicher, und Graf Lamsdorff vertrat sogar den Standpunkt, wenn die Japaner Frieden 6171
wollten, so sollten sie um einen Waffenstillstand bitten.

Anfangs November 1904 fragte Lord Lansdowne den japanischen Gesandten in London, welche Friedensbedingungen Japan stellen 6172
würde. Auch Lansdowne hatte den Eindruck, daß in Rußland nicht der geringste Wunsch nach Beendigung des Krieges zu bestehen scheine. Bülow wies daraufhin den deutschen Geschäftsträger in Petersburg an, die Vermittlungsfrage aus eigener Initiative nicht 6173
wieder zu berühren.

Am 19. November richtete Kaiser Wilhelm II. aufs neue ein ausführliches Telegramm an den Zaren[1]). Er teilte ihm mit, daß 6174
Lansdowne den japanischen Botschafter nach Japans Friedensbedingungen gefragt habe. Diese seien aber so hochgespannt gewesen, daß Lansdowne dringend um ihre Herabmilderung ersucht habe. Der Kaiser betonte seinen Glauben an eine Wendung des Kriegsglücks zu Rußlands Gunsten. Sehr bald mußte er aber bemerken, daß zwischen Rußland und Frankreich eine viel größere Intimität 6175
herrschte als zwischen Rußland und Deutschland. Die Franzosen kannten die russischen Friedensbedingungen, während Deutschland ganz im unklaren gelassen wurde. Eine leichte Schwenkung Deutschlands nach der japanischen Seite bereitete sich vor.

In Berlin war Vicomte Aoki von 1892 bis 1898 japanischer Gesandter gewesen und hatte sich dort eine ausgezeichnete Stellung erworben. Die für Anfang Juni 1905 bevorstehende Vermählung des deutschen Kronprinzen gewährte Japan die Möglichkeit, Aoki 6176
zu den Feierlichkeiten nach Berlin zu entsenden. In Berlin wurde diese Absicht sympathisch aufgenommen, da Aoki als wirklich deutschfreundlicher Staatsmann galt. Bülow befürwortete daher, auf den 6177–6179
Plan einzugehen, und der Kaiser stimmte zu.

Die Nachricht des Falles von Port Arthur veranlaßte den deutschen Kaiser am 2. Januar 1905 zu einer neuen Bekundung seiner 6180
freundschaftlichen Gesinnung für den Zaren[2]). Zahlreiche Nachrichten und Gerüchte über Waffenstillstand und Friedenslust, schrieb er ihm, seien von überallher zu ihm gelangt. Er bat nun den Zaren um Mitteilung seiner Zukunftspläne, um den Kurs der deutschen Politik danach einrichten zu können.

Mit Beginn des Jahres 1905 schien Japan Rußland Gelegenheit geben zu wollen, Frieden zu schließen. Über Peking wurde 6181
angedeutet, daß Amerika und Deutschland die Vermittlung übernehmen könnten, da England und Frankreich durch ihr Bündnis mit

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 223.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 224.

den Kriegführenden an der Vermittlung verhindert seien. Die deutsche
6182 Politik vertrat dabei von vornherein den Standpunkt, daß es jetzt nicht etwa zu einer Aufteilung Chinas kommen dürfe. In diesem Punkte bestand zwischen Deutschland und Amerika Übereinstimmung[1]).

Die obenerwähnte Entsendung des Grafen Aoki nach Berlin
6183 wurde in Tokio wieder aufgegeben, da man dort gegen Deutschland mißtrauisch geworden war. Bülow beauftragte den Grafen Arco,
6184 in Tokio an geeigneter Stelle anzudeuten, Deutschland habe weder mit Rußland noch mit Frankreich irgendein politisches Abkommen.
6185 Die japanische Regierung erklärte, sie habe den deutschfeindlichen
6186 Ausstreuungen niemals Glauben geschenkt. Bülow empfahl nunmehr Zurückhaltung gegen Japan.

Die Entscheidungsschlacht bei Mukden, 24. Februar bis 10. März 1905, war kaum zu ungunsten Rußlands beendet, als überall Gerüchte über bevorstehende, angeblich von England und Frankreich im Einverständnis mit dem Zaren betriebene Friedensbestrebungen in der Presse auftauchten. Eine Nachricht des Wolffschen Tele-
6187 graphenbureaus vom 11. März 1905 ähnlichen Inhalts erregte den deutschen Kaiser aufs höchste. Er bezeichnete es als unerhört, daß Deutschland, das dem Zaren treu zur Seite gestanden habe, jetzt wieder ganz unbeachtet bleibe, und erwog einen Glückwunsch an den Kaiser von Japan. Auch dachte er daran, dem Generalstabschef der japanischen Armee den „Pour le mérite" zu verleihen. Das Wolff-Telegramm wurde noch am 11. März dementiert. Bülow
6188 meldete dies telegraphisch dem Kaiser und riet dringend von einer Dekorierung japanischer Generale oder von einem Glückwunsche an den Kaiser von Japan ab, da ein solches Verfahren nicht nur den Zaren, sondern auch das russische Volk tief verletzen müsse.

In den Ansichten des deutschen Kaisers bereitete sich in diesen Tagen eine neue Schwenkung vor. Bei einem Botschafterdiner am
6189 13. März wurde der Kaiser vom britischen Botschafter gefragt, ob Deutschland gegen die Überlassung von Port Arthur an Japan Schwierigkeiten erheben würde. Der Kaiser lehnte unter Hinweis auf die Zurückhaltung der deutschen Politik eine Stellungnahme ab und sagte dem Botschafter, ob der in seinem bekannten Bilde[2]) vor zehn Jahren zum Ausdruck gebrachte Gedanke der europäischen Solidarität gegenüber mancherlei denkbaren Gefahren ein richtiger sei, würden unsere Enkel und Urenkel zu entscheiden haben. Er, der Kaiser, sei Realpolitiker und müsse mit der Gegenwart rechnen. Japan habe während der letzten zehn Jahre bewiesen, daß es verdiene, als gleichberechtigtes Mitglied in die Reihe der zivilisierten Großmächte einzutreten. Man könne es den Japanern nicht zumuten, sich

---

[1]) Näheres siehe Kapitel 139.
[2]) „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter!"

am grünen Tisch um die Früchte ihrer kriegerischen Anstrengungen bringen zu lassen. Trotzdem herrschte in Tokio immer noch Mißtrauen gegen die deutsche Politik, was bei den nahen Beziehungen 6190
des Kaisers zum Zaren eigentlich kaum wundernehmen konnte. 6192

Einen wichtigen Schritt tat der Reichskanzler Graf Bülow am 30. März 1905, als er dem Prinzen Heinrich nahelegte, er möge 6191
seinem kaiserlichen Schwager, dem Zaren, einen Warnungsbrief schreiben, jetzt ja nicht voreilig Frieden zu schließen. Die Zeit laufe, auch nach der Ansicht des preußischen Generalstabes, für Rußland. Er, der Kanzler, müsse daher als Politiker vor einem übereilten Frieden warnen.

Die Seeschlacht bei Tschusima am 27./28. Mai 1905 beendete für Rußland die Aussichten auf eine entscheidende Wendung der Dinge zu seinen Gunsten[1]). Kaiser Wilhelm richtete am 3. Juni einen aus- 6193
führlichen Brief an den Zaren und setzte ihm auseinander, daß die Japaner nun in der Lage seien, alle nötigen Reserven ungehindert nach Korea und der Mandschurei zu bringen und die Belagerung von Wladiwostok vorzubereiten. Gewiß könne Rußland den Krieg noch für eine lange Zeit fortsetzen, aber er sei höchst unpopulär. Unter diesen Umständen sei es vielleicht angezeigt, Frieden zu schließen. Auch Napoleon I. und Friedrich der Große hätten Niederlagen erlitten. Wolle der Zar über Deutschlands Vermittlung verfügen, so möge es er sagen. Wenn irgend jemand auf der Welt die Japaner zu beeinflussen imstande sei, in ihren Forderungen mäßig zu sein, so sei es der Präsident Roosevelt. Kaiser Wilhelm erklärte sich bereit, sich vertraulich mit ihm in Verbindung zu setzen, falls der Zar es wünsche[2]).

Welche Rückwirkung hatte der japanische Krieg für Rußlands europäische Machtstellung? Hierüber forderte Bülow eine Auskunft vom Generalstabschef Grafen v. Schlieffen. Dieser berichtete am 6194
10. Juni 1905, daß Rußland nach etwa sechs Monaten in seinem 6195
europäischen Gebiete der Zahl nach dieselbe Heeresmacht vereinigt haben könne, die dort bei Beginn des Jahres 1904 vorhanden gewesen sei. Der Glaube an die Eigenschaften des russischen Soldaten sei aber stark erschüttert. Es habe sich gezeigt, daß der berühmte russische Gehorsam sich weniger auf Pflichttreue und Ehrgefühl, als auf Stumpfsinn und fatalistische Resignation gründe, und daß diese der slawischen Rasse angeborenen Eigenschaften nur bis zu einer gewissen Grenze vorhielten, dann aber in Brutalität ausarteten. Die russische Armee sei verschlechtert: als gewaltige Masse falle sie aber doch immer ins Gewicht.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 225 ff.
[2]) Näheres über die Friedensvermittlung Roosevelts und das Verhalten des deutschen Kaisers bei dieser Frage siehe Kapitel 139.

Am 6. Juni 1905 erhielt der amerikanische Botschafter in
6196 Petersburg die Weisung seiner Regierung, unverzüglich eine Audienz beim Zaren nachzusuchen. Dieser sprach sich zu ihm sehr freimütig über die Kriegslage aus, so daß der amerikanische Botschafter Friedenshoffnungen schöpfte. Offenbar hatte der ausführliche Brief des
6193 deutschen Kaisers vom 3. Juni in dieser Hinsicht günstig gewirkt. Dem Kaiser hatte der Zar zurücktelegraphiert, er habe sich unter der Bedingung der strengsten Geheimhaltung mit dem amerikanischen Botschafter in Verbindung gesetzt und ihm erklärt, wenn die Japaner unvernünftige Forderungen stellten, würde die Erörterung abgebrochen werden.

So setzte man denn in Berlin auf den amerikanischen Ver-
6197 mittlungsversuch die besten Hoffnungen. Der Zar ernannte Witte zum Friedensunterhändler. Dieser sprach sich in Paris zu dem deut-
6198 schen Botschafter Fürsten v. Radolin dahin aus, wenn die Japaner auf einer Kriegsentschädigung beständen, sei an Frieden nicht zu denken, denn Rußland könne nicht zugeben, daß es besiegt sei. Witte reiste über Cherbourg nach Amerika, und am 5. August begannen in Portsmouth zwischen ihm und den japanischen Delegierten die Friedensverhandlungen. Die Besprechung mit Radolin in Paris hatte am 24. Juli, also am Tage der Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm bei Björkoe, stattgefunden[1]), und Herr v. Witte sich über diese Zusammenkunft der Monarchen erfreut ausgesprochen, da Kaiser Wilhelm dem Zaren stets nur weise Ratschläge gegeben habe.

Den Standpunkt, keinen Rubel Kriegskosten zahlen und keinen
6199 Zoll russischen Gebietes abtreten zu wollen, vertrat der Zar weiterhin mit großer Bestimmtheit, so am 18. August 1905 bei einem Frühstück in Peterhof, das anläßlich des Geburtstages des Kaisers von Österreich stattfand. Einen Tag später veröffentlichte der Zar sein Manifest über die Einführung einer Verfassung und die Verordnung über die Einrichtung einer Duma. Kaiser Wilhelm sprach ihm zu diesem großen Schritte vorwärts in der Entwicklung Rußlands
6200 seine Glückwünsche aus[2]) und schlug ihm vor, seinen endgültigen Entschluß zum Friedensschluß oder zur Fortsetzung des Krieges vorerst der „großen Duma" zu unterbreiten. Da die „große Duma" das Volk verkörpere, würde ihre Antwort die Stimme Rußlands sein. Er, der deutsche Kaiser, würde diese vorzügliche Gelegenheit nicht auslassen, um mit den Gefühlen und Wünschen seines Landes wegen Frieden oder Krieg in enge Fühlung zu gelangen. Auch könne die Duma bei dieser Gelegenheit erweisen, was sie zu leisten imstande
6201 sei. Der Zar antwortete telegraphisch am 23. August[3]) und wieder-

[1]) Vgl. Kapitel 138.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 227/228.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 228.

holte, daß kein Zoll des russischen Gebietes abgetreten und kein Rubel Kriegsentschädigung gezahlt werden dürfe. Daher bestehe augenblicklich keine Hoffnung auf Frieden. Er sei bereit, die ganze Verantwortung für den zu fassenden Entschluß selbst zu tragen, und dankte dem Kaiser für das Interesse, das er an seinen Sorgen nehme.

Kapitel 138

Der Vertrag von Björkoe

Der Reichskanzler Fürst Bülow weilte auf Norderney, als am 20. Juli 1905 ganz unvermittelt ein Telegramm des Kaisers bei ihm 6202
eintraf, wonach eine Begegnung des Zaren mit dem Kaiser unmittelbar bevorstand. Der Kaiser hatte am 18. Juli beim Zaren angefragt, ob er irgendwelche Wünsche für ihn habe, der Zar darauf sofort geantwortet, ob man sich nicht im Björkoe-Sund nahe Wiborg treffen könne.

Der Kaiser wollte nun sofort eine Abschrift des dem Zaren im November 1904 vorgeschlagenen Defensivbündnisses[1]) telegraphisch mitgeteilt haben.

Es schien sich also ein Weg zu zeigen, auf dem man die gewünschte nähere Verbindung zwischen Rußland und Deutschland vielleicht doch noch erreichen konnte. Bülow hielt daher die Monarchenbegegnung an sich für günstig, weil auf diese Weise Klarheit über die weiteren russischen Absichten geschaffen werden konnte. Über die Lebensdauer der russischen Dynastie dachte er allerdings skeptisch. Nur der Vortragende Rat v. Holstein wurde ins Vertrauen gezogen. Holstein telegraphierte am 21. Juli die Fassung des Ver- 6203
tragsentwurfes[2]), den er — ohne den vom Grafen Lamsdorff hinzugefügten letzten Absatz — auch jetzt noch für annehmbar hielt, nach Norderney. Er empfahl dabei dringend, dem Präsidenten Roosevelt den vollständigen Inhalt des von deutscher Seite vorgeschlagenen Abkommens auch in dem Falle mitzuteilen, daß der Zar das Bündnis ablehnte.

Offenbar hatte Holstein schwere Bedenken gegen den Schritt des Kaisers, denn er telegraphierte am 21. Juli nochmals an Bülow, 6204
ob es nicht möglich sei, den Kaiser an einer Initiative in der Frage des Abkommens zu verhindern. Es sei besser, zu warten, bis der andere Teil, wenn auch nur in ganz allgemeinen Wendungen, „den Wunsch nach einer gemeinsamen Haltung“ zu erkennen gäbe. Man müsse damit rechnen, telegraphierte er tags darauf, daß das Publikum, 6205
insbesondere auch das russische, nach der Zusammenkunft geneigt

[1]) Vgl. o. S. 35/36 (Dokumente Nr. 6120 und 6124).
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 229.

sein werde, den deutschen Kaiser für das mitverantwortlich zu machen, was der Zar in der nächsten Zeit tue oder unterlasse.

6206 Auch Fürst Bülow hatte Bedenken. Vor allem erschien es ihm wichtig, daß Rußland sich erst Deutschland gegenüber binden, und daß Frankreich erst nachher zum Beitritt aufgefordert werden sollte. Auch wünschte er ein Telegramm nach Tokio, wonach die bevorstehende Kaiserbegegnung nicht eine Einmischung in die schwebenden Friedensverhandlungen bedeute. Holstein, dessen Rat Bülow telegraphisch einholte, war gleichfalls der Meinung, Frankreich erst
6207 nach Abschluß des Bündnisses einzuweihen, sprach sich aber gegen eine Mitteilung nach Japan aus, die leicht als Entschuldigung ausgelegt werden konnte.

Fürst Bülow weihte nunmehr das Auswärtige Amt durch ein
6208 ausführliches Telegramm vom 22. Juli[1]) in den gegenwärtigen Stand der Dinge ein. Danach hatte er am 22. Juli drei Telegramme an den Kaiser gerichtet, ihm den Vertragsentwurf mitgeteilt und darauf hingewiesen, daß der neue Bündnisvertrag, falls es wirklich zur Angliederung Deutschlands an den russisch-französischen Zweibund komme, seinem ganzen Inhalte nach öffentlich bekanntgegeben werden müsse. Deutschland verliere sonst für immer das Vertrauen Roosevelts und der Amerikaner. Holstein empfahl, nachdem ihm
6209 Bülows Telegramm bekanntgeworden war, noch am 23. Juli telegraphisch, den Gedanken noch mehr hervorzuheben, daß Deutschland nach Angliederung an den Zweibund naturgemäß immer mit Rußland gehen und ihm die Überlegenheit und Entscheidung jeder gemeinsamen Aktion sichern würde.

Die bevorstehende Monarchenbegegnung gab vielleicht Anlaß, auf den Zaren im Sinne der Mäßigung bei den Friedensverhandlungen einzuwirken. Holstein telegraphierte auf eine entsprechende Anfrage
6210–6212 Bülows am 24. Juli nach Norderney, das sei vielleicht nicht unpraktisch, und machte Vorschläge für die vom Kaiser einzuhaltende
6213 Linie. In einem zweiten Telegramm vom gleichen Tage bezeichnete er es als wichtig, dem Zaren nochmals die Gefahren klarzumachen, denen sich Rußland durch eine Erweiterung des Zweibundes, durch die Hineinziehung von England mit Japan und voraussichtlich von
6214 Italien aussetze. Ein ausführliches Telegramm Bülows vom 24. Juli mit weiteren Gesichtspunkten für die Monarchenbegegnung konnte nicht mehr rechtzeitig in die Hände des Kaisers gelangen und wurde daher nicht abgeschickt.

Die Dinge hatten sich mit reißender Schnelligkeit entwickelt.
6215 Am 24. Juli nachmittags erhielt Bülow ein Telegramm des Kaisers aus Björkoe, wonach der Vertrag soeben von den beiden Kaisern unterschrieben und vom Marineminister Birilew und dem Gesandten

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 229/230.

v. Tschirschky, der den Kaiser auf seiner Fahrt als Vertreter des Auswärtigen Amts begleitete, gegengezeichnet worden sei. Der Zar erblicke in diesem Vertrage den Abschluß der elsaß-lothringischen Frage für immer. Bis der Frieden zwischen Rußland und Japan abgeschlossen sei, sollte er geheim bleiben. Bülow beglückwünschte 6216
sofort den Kaiser zu diesem Erfolge, denn er allein habe diese Wendung ermöglicht und herbeigeführt. Tags darauf setzte er sich telegraphisch mit Holstein wieder in Verbindung, um dessen An- 6217
sichten über die weiteren Schritte zu erfahren.

Den ersten ausführlichen Bericht über die Vorgänge von Björkoe erhielt Bülow durch ein Schreiben des Gesandten v. Tschirschky vom 24. Juli[1]). Den Wortlaut des Vertragsinstruments in der Form, 6218
wie es unterzeichnet worden war, hatte Tschirschky beigefügt. Da der deutsche Kaiser eine Verbindlichkeit eingegangen war, die in gewisser Hinsicht über den Rahmen der Reichsverfassung hinausging, hielt Holstein die nachträgliche Mitzeichnung des Reichskanz- 6219
lers für unerläßlich.

Wie beurteilte nun Kaiser Wilhelm II. selbst das vollendete Werk? Hierüber liegt uns eine sehr ausführliche und außerordentlich interessante Äußerung des Monarchen in dem Briefe vor, den er aus Wisby am 25. Juli 1905 eigenhändig an den Reichskanzler ge- 6220
schrieben hat[2]). Das Werk der Annäherung sei gekrönt und der Wurf gelungen. Gott habe es also gefügt und gewollt und, allem Menschenwitz zum Trotz, allem Menschentreiben zum Hohn, habe er zusammengeführt, was zusammengehörte. Er schildert sodann ganz ausführlich, wie es schließlich zur Unterzeichnung des Vertrages gekommen sei. Sein Schlußurteil faßte er dahin zusammen: „So ist der Morgen des 24. Juli bei Björkoe ein Wendepunkt in der Geschichte Europas geworden, dank der Gnade Gottes; und eine große Erleichterung der Lage für mein teures Vaterland, das endlich aus der scheußlichen Greifzange Gallien-Rußland befreit werden wird.“ Der Kaiser fügte sodann einen von ihm eigenhändig geschriebenen Vertragstext bei. Aus ihm ging hervor, daß laut Artikel 3 der Vertrag erst nach Abschluß des Friedens zwischen Rußland und Japan wirksam werden, und daß nach Artikel 1 im Falle des Angriffes einer europäischen Macht auf eine der beiden vertragschließenden Parteien die Hilfeleistung der anderen mit allen Land- und Seestreitkräften auf Europa begrenzt sein sollte.

Bülow war anfangs naturgemäß ohne nähere Nachrichten über die Vorgänge bei Björkoe geblieben. Der Gesandte v. Tschirschky hatte ihm anfangs nur den Vertragstext telegraphisch mitgeteilt, den Bülow am 26. Juli telegraphisch[3]) nach Berlin übermittelte. Der

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 230/231.
[2]) Deutscher Wortlaut der fremdsprachigen Stücke siehe S. 231/232.
[3]) Telegramm Nr. 23. Siehe Band 19, 2. Hälfte, S. 467/468.

Bericht Tschirschkys vom 24. Juli (Nr. 6218) und des Kaisers vom 25. Juli (Nr. 6220) gingen ihm erst später zu. Am 26. Juli erhielt Bülow ferner telegraphisch die Nachricht, daß der Kaiser den Prä-
6221 sidenten Roosevelt telegraphisch von dem Abschlusse des Vertrages in Kenntnis setzen wollte. Da es Rußland zur Pflicht gemacht worden war, den Vertrag selbst Frankreich gegenüber bis nach dem Friedensschlusse geheimzuhalten, so wurde das kaiserliche Telegramm im Auswärtigen Amte erheblich gekürzt und nur der verhältnismäßig harmlose erste Teil nach Washington übermittelt[1]). Der Kaiser war damit einverstanden.

Die in Björkoe vorgenommenen Veränderungen an dem ursprüng-
6222 lichen Vertragstexte erregten erhebliche Bedenken des Reichskanzlers, der sich sofort telegraphisch mit Holstein darüber in Verbindung setzte, ob nach seiner Ansicht die Begrenzung der Vertragshilfe auf Europa in Artikel 1 den Vertrag für Deutschland wertlos mache, weil in Europa Rußland seinem deutschen Verbündeten mit seiner aufgeriebenen Flotte überhaupt nicht und mit seinem Heere nichts gegen England nützen könne. Holstein erwiderte, der Vertrag sei
6223 in seiner jetzigen Fassung immer noch entschieden vorteilhaft für Deutschland. Er müsse aber unbedingt geheimgehalten werden, denn sonst würden die Engländer und vielleicht auch die Franzosen die japanischen Friedensbedingungen derart hinaufzuschrauben suchen, daß der Krieg in infinitum weiterdauere und der Zar unterdessen beseitigt werde. Es liege daher ein schleuniger Friedensschluß zwischen Rußland und Japan auch im deutschen Interesse.

Bülow wünschte nun vom Gesandten v. Tschirschky zu wissen,
6224 wie der Zusatz „in Europa“ in den Artikel 1 des Vertrages hinein-
6225 gelangt sei. Tschirschky antwortete, bei der Besprechung des früheren Vertragsentwurfes sei die Rede auf die Möglichkeit gekommen, daß Deutschland etwa von Rußland angehalten werden könnte, außerhalb Europas seine Kräfte zur Verfügung zu stellen. Der Kaiser habe darauf befohlen, den Zusatz „en Europe“ einzufügen. Leider sei es unmöglich gewesen, die Ansicht des Kanzlers noch rechtzeitig einzuholen. Bülow telegraphierte dem Kaiser im Sinne der
6226 Ausführungen Holsteins (Nr. 6223), alles komme jetzt darauf an, daß der Zar am Leben und am Ruder erhalten bleibe. Er müsse die Friedensbedingungen einer Volksvertretung vorlegen, damit diese den Zaren entlaste. Vielleicht könne der Kaiser auf den Zaren einwirken, möglichst bald eine Verfassung zu oktroyieren und die Vertreter unverzüglich wählen zu lassen, damit sie zur Stelle seien, wenn sie für den Friedensschluß gebraucht würden.

Am 28. Juli 1905 hatte Holstein Kenntnis von der schriftlichen Berichterstattung des Gesandten v. Tschirschky. Er bedauerte nun-

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 232.

mehr, daß die gute Stimmung des Zaren nicht besser ausgenutzt 6227
worden sei. Die Beschränkung des Artikels 1 — Hilfeleistung nur in Europa — sei den Russen gewiß sehr willkommen. Sie entspreche aber nicht dem deutschen Interesse. Immerhin erkannte Holstein es als einen Nutzen an, daß der Kreis um Deutschland sich nicht mehr zu schließen vermöge. Wir hätten aber mehr erreichen können.

Offenbar auf Grund dieser Ansicht Holsteins, dem der Reichskanzler damals nach Ausweis der Akten einen maßgebenden Einfluß zugebilligt hat, wendete sich Bülow nunmehr am 28. Juli tele- 6228
graphisch mit der Vorstellung an den Kaiser, daß ihm der Zusatz „en Europe" im 1. Artikel Bedenken mache. Vielleicht lasse sich eine Form finden, wonach die Wiederbeseitigung dieser Worte als eine Erweiterung des Bündnisses zugunsten des Zaren erscheine. Der Kaiser antwortete am 30. Juli telegraphisch aus Danzig, er 6229
habe den Zusatz „en Europe" nach reiflicher Erwägung mit vollstem Bewußtsein eingesetzt, denn ohne ihn wären wir unbedingt zur Mitwirkung in Asien verpflichtet gewesen. Komme es zum Kriege mit England, so liege die russische Hilfe für Deutschland nicht in Asien und dem chimärischen Druck auf Indien, sondern in der Tatsache, daß Rußland Deutschland absolute Rückenfreiheit in Europa gewähre. Der Krieg mit zwei Fronten verwandele sich dann in einen Krieg mit einer Front, nämlich gegen Frankreich allein, natürlich unter der Voraussetzung, daß Frankreich, um England zu helfen, gegen Deutschland mobilmache, was der Kaiser nicht für ausgeschlossen hielt.

Der Kaiser glaubte damals ernstlich an einen englischen Angriff und besprach mit dem ihn auf der Reise begleitenden General v. Moltke, der im Winter den Grafen Schlieffen als Generalstabschef ersetzen sollte, die sich ergebenden Möglichkeiten. Kam es zum Kriege mit England, so mußte für Deutschland Klarheit über die Haltung Belgiens und Frankreichs geschaffen werden. In diesem Falle sollte der Reichskanzler, wie ihm der Kaiser jetzt telegraphisch 6229
mitteilte, sofort nach Brüssel und Paris Sommationen abgehen lassen, um die Haltung dieser Staaten zu klären. „In Belgien müssen wir sogleich einmarschieren, wie es sich auch erklären möge. Bei Frankreich kommt es darauf an, ob es neutral bleibt — was ich nicht für gänzlich ausgeschlossen halten möchte, wenn auch die Wahrscheinlichkeit gering ist —; dann tritt der russische casus foederis nicht in Betracht. Macht es mobil, dann ist das Kriegsdrohung gegen uns zugunsten Englands, und dann müssen russische Regimenter mit uns marschieren." Es würde zu erwägen sein, ob Frankreich als Lockspeise für gutes Verhalten eine Vergrößerung etwa auf Kosten Belgiens als Ersatz für die verlorenen Reichslande angeboten werden könnte.

Bülow erwiderte auf diese Bemerkungen des Kaisers, die den

Inhalt seiner Unterredungen mit General v. Moltke so leichthin verwendeten, mit der Zustimmung zu den Bemerkungen des Kaisers über den Wert der Rückenfreiheit für Deutschland. Diese erreicht zu haben, gereiche dem Kaiser zum höchsten Ruhme. Was der Kaiser über Belgien sage, treffe den Nagel auf den Kopf. Alles komme darauf an, daß die Belgier vorher nichts davon ahnten, daß wir sie eintretendenfalls vor ein solches aut-aut stellen wollten, sonst würden sie ihr vieles Geld in Fortifikationen stecken und den Franzosen einen Wink geben, damit diese ihre Pläne auf eine solche Möglichkeit einrichteten [1]).

Aus den Akten geht nicht mit völliger Klarheit hervor, was den Kanzler dazu veranlaßt hat, dem Zusatze „en Europe" jetzt eine so große Bedeutung beizumessen, daß er die Verantwortung dafür
6230, 6231 nicht übernehmen wollte und zum Rücktritte entschlossen war. Holstein war zwar auch der Meinung, daß die Entfernung des Zusatzes
6232 „en Europe" den Wert des Vertrages sehr wesentlich erhöhen würde,
6234 hielt es aber nicht für möglich, jetzt darauf abzielende Schritte zu tun, solange man nicht ungefähr wisse, wie der russische Außenminister sich zu dem Abkommen stelle; der Vertrag, so wie er sei, habe immerhin einen Nutzen als Gesinnungsprobe des Zaren und als eventueller Druck auf Frankreich.

Der Kaiser hatte inzwischen den General v. Moltke nach Norder-
6233 ney entsandt, um dem Kanzler mündlich nähere Aufklärungen zu geben. Der Kanzler berichtete über seine Unterredungen mit Moltke
6235 am 9. August an das Auswärtige Amt. Danach hatte der Kaiser weder mit dem General noch mit irgendeinem andern Herrn der Umgebung, ausgenommen den Gesandten v. Tschirschky, vor der Unterzeichnung des Vertrages über diesen gesprochen. Moltke eröffnete dem Kanzler, der Kaiser sei über dessen Abschiedsgesuch tief betrübt und könne nicht glauben, daß der Kanzler ihn in seiner gegenwärtigen schwierigen Lage im Stich lassen werde. Bülow erwiderte, er habe nicht in vorübergehender Aufwallung, aus Rechthaberei oder gar aus verletzter Eigenliebe um seinen Abschied gebeten, sondern weil er dem deutschen Volke für den Gang der auswärtigen Politik ver-

---

[1]) Die Ententeländer folgern aus den erwähnten Schriftstücken, daß Deutschland schon 1905 planmäßig auf die Vergewaltigung Belgiens ausgegangen sei, und daß jedenfalls die englisch-belgischen Besprechungen zwischen Barnardiston und Ducarne vom Frühjahr 1906 in Brüssel — die sogenannten conventions anglo-belges — dadurch jede Beweiskraft verloren hätten. Diese Schlußfolgerung ist irrig (vgl. meinen Aufsatz: „Die Vierte Reihe der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Björkoe" im Heft 2 des „Archivs für Politik und Geschichte", Berlin 1925). Deutschlands Lage in der Welt erforderte im Mobilmachungsfalle völlig geklärte Verhältnisse an der Westfront. Für einen etwaigen Kriegswillen Deutschlands beweisen die erwähnten Dokumente nicht das geringste: Im Gegenteil, sie zeigen nur die Größe des Risikos, das Deutschland in einem Zukunftskriege übernahm.

antwortlich sei. Diese Verantwortung könne er nicht tragen, wenn der Kaiser, ohne seinen Rat einzuholen, Veränderungen von solcher Tragweite in einem so entscheidenden Schriftstücke vornehme. Bülow wollte sich die endgültige Entscheidung über sein Abschiedsgesuch bis nach mündlicher Rücksprache mit dem Kaiser vorbehalten.

General von Moltke hatte den Entwurf eines an den Zaren zu richtenden kaiserlichen Briefes zur Prüfung mitgebracht[1]). Bülow entwarf hierzu einen Abänderungsvorschlag. Der Brief gelangte indessen nicht zur Absendung, da das Auswärtige Amt über das Ergebnis eines solchen Schreibens skeptisch dachte. 6236, 6238

Bülow hatte sein Entlassungsgesuch am 3. August an das Auswärtige Amt geschickt, von wo es am 5. an den Kaiser weiterbefördert wurde. Der Kaiser antwortete ihm am 11. August aus Wilhelmshöhe, 6237 er sei völlig außerstande, zu sehen, wie die Lage sich durch den Zusatz „en Europe" so verschlimmert haben solle, daß der Kanzler Veranlassung habe, um seine Entlassung zu bitten. Mit allen Mitteln persönlichster Überredungskunst suchte der Monarch auf Bülow dahin zu wirken, daß er sein Entlassungsgesuch zurückziehe, und deutete sogar an, daß er den Abgang des Kanzlers nicht zu überleben gedenke.

Bülow entschloß sich daraufhin, in einigen Tagen selbst nach Wilhelmshöhe zu fahren. So geschah es: Bülow zog sein Abschieds- 6240 gesuch zurück, und der Kaiser war ganz damit einverstanden, daß in der Frage einer Revision des Artikels 1 bis auf weiteres nichts geschehen solle; auch müsse der Vertrag bis auf weiteres unbedingt geheim bleiben.

In Rußland hatte bald nach der Rückkehr des Zaren ein Sturmlauf gegen den Vertrag eingesetzt. Graf Lamsdorff empfand diesen Vertrag als eine Überrumpelung Rußlands, und man mußte damit rechnen, daß er alles tun würde, um den ganzen Vertrag zu entwerten. 6239 Nach Holsteins Ansicht lag es daher im deutschen Interesse, jeden Änderungsantrag, überhaupt jede Besprechung des Vertrages einstweilen zu verhindern, um nicht das Ganze zu gefährden. Als der russische Minister Witte auf der Rückreise von den Friedensver- 6241 handlungen in Amerika in Paris eintraf, sprach er sich am 23. September zu dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin dahin aus, wenn England es jetzt fertig bringen sollte, Frankreich in seinen Schlingen zu fangen und die bisherige Annäherung noch mehr zu betonen, so werde die russisch-französische Allianz zu Ende gehen, um einem deutsch-russischen Vertrage Platz zu machen. Witte hatte gerade noch im letzten Augenblick eine große Anleihe zu verhindern gewußt, die England unter Ausschluß von Deutschland mit Frankreich für Rußland hatte abschließen wollen.

---

[1]) Anlage A zu Nr. 6235. Deutscher Wortlaut siehe S. 233/234.

Bei Wittes deutschfreundlichen Gesinnungen war es vielleicht nützlich, ihn in den Vertrag von Björkoe einzuweihen. Der Zar hatte
6242 nichts dagegen, so daß Kaiser Wilhelm II. sich entschloß, Witte persönlich die nötigen Mitteilungen zu machen, wenn er im Jagdschlosse Rominten zum Besuche des Kaisers eintraf. Vorher hatte
6243 Witte in Berlin den Kanzler gesprochen, und sich sehr anti-englisch dahin geäußert, wenn das kontinentale Europa nicht gegen England zusammenhalte, würde dieses schließlich die Weltherrschaft erlangen. Witte bat um weiteres Entgegenkommen Deutschlands Frankreich gegenüber in der Marokkofrage, was der Kanzler ihm auch zusagte.
6244 Am 26. September 1905 traf Witte in Rominten ein und hatte eine lange Besprechung mit dem Kaiser. Er stand dabei ganz unter dem Eindrucke der Persönlichkeit des Monarchen, der sich am
6245 27. September über das Ergebnis der Aussprache in einem Telegramme an den Reichskanzler sehr befriedigt geäußert hat. Die
6246 Besprechung sei über alle Erwartungen vortrefflich verlaufen, und Witte sei erstaunlich offen und ehrlich gewesen. Nachdrücklich hatte Witte die Notwendigkeit und Vorteile einer Entente, späterer ‚Alliance à trois" zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich entwickelt. Als ihm der Kaiser darauf die Vorgänge von Björkoe erzählte, war Witte „vor Begeisterung und Rührung völlig außerstande, Worte zu finden". Wiederholt gab er seiner hellen Freude über Björkoe Ausdruck und versprach, alles daran zu setzen, um diese schöne Basis zum Bau eines guten Hauses zu benutzen.

Der Kaiser gab Witte einen Brief für den Zaren mit, den dieser
6247 am 7. Oktober durch ein Handschreiben erwiderte[1]). Er wies darauf hin, daß in wenigen Tagen die Ratifikation des Friedensvertrages von Portsmouth stattfinden würde, worauf dann vermutlich das Einverständnis von Björkoe ins Leben treten könnte. Seiner Meinung nach solle das Inkrafttreten des Vertrages so lange aufgeschoben werden, bis man wisse, wie Frankreich sich dazu stellen werde. Falls Frankreich sich weigere, mit Deutschland und Rußland zusammenzugehen, so werde es nötig sein, die Wortlaute der Artikel 1 und 4 so abzuändern, daß sie in voller Übereinstimmung mit den Verpflichtungen Rußlands Frankreich gegenüber ständen. Er wolle sein Bestes tun, um Frankreich zum Anschlusse zu bewegen.

Kaiser Wilhelm erwiderte ihm am 12. Oktober telegraphisch[2]),
6248 der Vertrag von Björkoe verstoße nicht gegen das französisch-russische Bündnis. Die Verpflichtungen Rußlands gegen Frankreich könnten aber nur so weit gehen, als Frankreich sie durch sein Verhalten verdiene. Es habe seinen Verbündeten während des ganzen Krieges offenkundig im Stiche gelassen, Deutschland hingegen ihm geholfen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 234/235.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 236.

Der Vertrag sei feierlich unterschrieben. „Wir haben uns die Hände gereicht und vor Gott unterzeichnet, der unsere Gelübde gehört hat!“ Was unterzeichnet sei, sei unterzeichnet, und der Vertrag bilde ein Mittel, geraden Kurs zu halten, ohne störenden Eingriff in Rußlands Bündnis mit Frankreich. Dem Reichskanzler schrieb Kaiser Wilhelm bei Übersendung des für den Zaren bestimmten Telegramms, der Zar 6249
fürchte sich offenbar vor Frankreich und wünsche einige Abänderungen. Er berichtete ferner über einige Äußerungen Ballins, wonach König Eduard VII. wiederholt die Ansicht vertreten habe, England müsse sich gegen einen Überfall Deutschlands rüsten. Sir John Fisher und Chamberlain hätten ihn in dieser Auffassung bestärkt.

Ehe Witte Rominten verließ, hatte er den Kaiser gefragt, ob er ihm von Zeit zu Zeit Nachrichten über seine Eindrücke in Petersburg zukommen lassen dürfe. Der Kaiser hatte dem zugestimmt und ihm gesagt, er möge an den Fürsten zu Eulenburg schreiben. Am 17. Oktober ging der erste Brief Wittes[1]) vom 8. Oktober ein. Da- 6250
nach hatte Graf Lamsdorff Bedenken gegen den Vertrag vonn Björkoe und wünschte Abänderungen. Alles Weitere hing nach Wittes Ansicht von der Geschicklichkeit der Diplomaten ab. Fürst Eulenburg 6252
erwiderte[2]), die russischen Abänderungswünsche würden deutscherseits zweifellos mit dem der Sache entsprechenden Eifer geprüft werden. Sehr bezeichnend war es, daß Graf Metternich, wie er am 15. November 1905 berichtete, in London von dem österreichischen 6253
Botschafter Grafen Mensdorff als Äußerung des englischen Botschafters in Petersburg, Sir Ch. Hardinge, hörte, die Hetzerei gegen Deutschland sei unverständig, und infolge der törichten Animosität Englands gegen Deutschland sei es fast zu einem russisch-deutschen Bündnisse gekommen.

Am 23. November richtete der Zar wiederum einen Brief über die Björkoefrage an den Kaiser[3]). Darin erklärte er rund heraus, 6254
Rußland habe keinen Grund, seinen alten Verbündeten aufzugeben oder ihn zu verletzen. Der Kaiser habe ganz recht mit seinem Hinweise, was unterschrieben sei, sei unterschrieben. Dieser Gedanke mache es aber ihm, dem Zaren, auch zur Pflicht, zu erfüllen, was von seinem Vater unterzeichnet wurde und nicht mit einem Federzuge gestrichen werden könne. Es sei daher nötig, das Björkoe-Abkommen durch eine Erklärung zu ergänzen, deren Wortlaut der Zar beifügte[4]). In dieser Erklärung kam zum Ausdruck, daß der Artikel 1 des Björkoe-Vertrages im Falle eines Krieges mit Frankreich keinerlei Anwendung finden sollte.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 237.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 237/238.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 238/239.
[4]) Deutscher Wortlaut siehe S. 239.

6255 Kaiser Wilhelm erblickte darin eine „direkte Annullierung des Vertrages im Falle eines Krieges mit Frankreich“ und fühlte sich durch diese Haltung des Zaren tief verletzt. In zwei Telegrammen
6256, 6257 an den Zaren vom 26.[1]) und 28.[2]) November kommt das deutlich zum Ausdruck. Das Abkommen von Björkoe könne unmöglich mit dem Zweibunde in Widerspruch stehen. Der Kaiser erbat schließlich die Unterstützung des Zaren bei seiner Marokkopolitik.

6258 Die Rückantwort des Zaren vom 2. Dezember 1905[3]) war kurz gehalten und enthielt nur die Bemerkung, das russische Bündnis mit Frankreich diene nur der Verteidigung; der Zar werde alles tun, was in seiner Macht stehe, um die Marokkokonferenz zu einer allgemeinen Verständigung zu bringen.

Der Björkoevertrag war also durch das Verhalten der russischen Staatsmänner um seine eigentliche Bedeutung gebracht worden. Deutscherseits hielt man aber an seinen Bestimmungen noch fest, wenn man auch offenbar davon überzeugt war, daß dieser Tatsache eine praktische Bedeutung kaum zukomme.

Kapitel 139

Deutschlands und Amerikas Zusammengehen während des Krieges und für den Frieden Der Friedensschluß

Für das 139. Kapitel, das zeitlich Dokumente vom 4. August 1904 bis zum 19. Oktober 1905 umfaßt, ist eine Kennzeichnung jedes einzelnen Schriftstückes an dieser Stelle nicht erforderlich, da die Gesamtheit der Dokumente eine ganz einheitliche Linie zeigt. Der deutsche Kaiser und der Präsident Roosevelt fanden sich in dem Bestreben zusammen, den Russisch-Japanischen Krieg so bald als möglich in uneigennütziger Weise zu beenden und dahin zu wirken, daß Japan, auch im Falle seines vollständigen Sieges zu Wasser und zu Lande, seine Bedingungen mäßigte, Rußland aber das gebotene Entgegenkommen zeigte. Amerika sowohl wie Deutschland vertraten dabei den Standpunkt, daß nicht etwa China der Leidtragende werden, und daß der Grundsatz der offenen Tür in Ostasien von keiner Seite angetastet werden dürfe. Für die Zwecke des Wegweisers ist es daher nur erforderlich, aus der Gesamtheit der Schriftstücke die wichtigsten herauszuheben, um so den Gang der Verhandlungen im

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 240.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 240/241.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 241.

Anschluß an die Geschehnisse auf dem Kriegsschauplatze erkennbar zu machen.

Im August 1904 verbreitete sich über Peking das Gerücht, daß die Engländer den Russisch-Japanischen Krieg dazu wahrnehmen 6259
wollten, die Pachtung des Tschusan-Archipels als Flottenstützpunkt 6260
durchzusetzen. Diese Nachricht stellte sich alsbald als irrig heraus. In Amerika wünschte man die offene Tür für den Jangtse genau so wie für die Mandschurei[1]). 6261–6263

Ein Telegramm des deutschen Botschafters in Washington, Freiherrn Speck v. Sternburg, vom 11. August 1904 nannte bereits einige 6264
Programmpunkte des Präsidenten Roosevelt. Sein Wunsch, mit Deutschland bei der Behandlung der ostasiatischen Fragen Hand in Hand zu gehen, kam darin deutlich zum Ausdruck. Auch der deutsche Kaiser war hierzu durchaus bereit. In einer ganzen Reihe von Besprechungen mit dem deutschen Botschafter in Washington, über die 6265–6275
dieser sodann nach Berlin berichtete, wurde diese Gemeinsamkeit der Anschauungen sodann weiter bestätigt.

Mit Beginn des Jahres 1905 war bereits völlige Klarheit darüber erzielt, daß beide Mächte der Politik der offenen Tür fest an- 6276
hingen[2]). Dem Präsidenten Roosevelt wurde nahegelegt, bei allen am Fernen Osten beteiligten Mächten festzustellen, ob sie geneigt seien, uneigennützig an der Herstellung des Friedens mitzuwirken. Roosevelt ging auf diese Anregung gern ein[3]) und stellte ent- 6277–6280
sprechende Anfragen[4]), denen sich Deutschland sofort anschloß.

Rußland wies im Januar 1905 jeden Gedanken an einen Friedensschluß noch zurück, hatte aber[5]) seine Friedensbedingungen, wie 6281
in Berlin bekannt wurde, in Paris bereits vor mehreren Wochen mitgeteilt.

Der amerikanischen Anregung, Uneigennützigkeitserklärungen abzugeben, stimmten alsbald alle befragten Mächte zu[6]). Präsident 6282
Roosevelt war über den Fortgang seiner Bemühungen und über den Zusammenklang mit den Ansichten des deutschen Kaisers sehr erfreut[7]). Seine Hauptanstrengungen richtete er darauf, Japan für 6283
die Zukunft Mäßigung bei seinen Forderungen zu empfehlen. In England war man über das Zusammenwirken Deutschlands und Amerikas wenig erbaut und suchte, wie in verschiedenen Berichten 6284–6293
zum Ausdruck kommt (vgl. z. B. 6292), Regierung und Volk der Vereinigten Staaten gegen Deutschland mißtrauisch zu machen.

---

[1]) Deutscher Wortlaut von Nr. 6263 siehe S. 242.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 242/243.
[3]) Deutscher Wortlaut von Nr. 6277 siehe S. 243.
[4]) Deutscher Wortlaut von Nr. 6278 siehe S. 243/244.
[5]) Deutscher Wortlaut siehe S. 244.
[6]) Deutscher Wortlaut siehe S. 245.
[7]) Deutscher Wortlaut siehe S. 245.

Mitte März 1905 setzten die ersten tatsächlichen Versuche des
6294 Präsidenten Roosevelt ein, auf den Abschluß der Feindseligkeiten hinzuwirken. Dem japanischen Gesandten sagte er, es liege im Interesse Japans, Rußland jetzt Frieden anzubieten. Den französischen Botschafter ersuchte er, seiner Regierung mitzuteilen, daß ihm ein baldiger Friedensschluß in hohem Grade erwünscht sei. In Berlin wünschte man zu wissen, warum Roosevelt jetzt so auf Abschluß des Friedens drängte. Der deutsche Botschafter in Washington be-
6295 richtete daraufhin, Roosevelt wünsche lebhaft den Frieden, um zu verhindern, daß Japan seine Machtsphäre im Fernen Osten zu gewaltig ausdehne. Für den Fall der Eröffnung von Friedensverhandlungen wünschte Roosevelt den deutschen Kaiser als Vermittler.
6296 Dieser aber war der Meinung, er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinigen, jetzt zum Frieden zu raten, da ein Friedensschluß nach einer ununterbrochenen Reihe von russischen Niederlagen den gänzlichen Verlust des russischen militärischen Ansehens mit sich
6297 bringen würde und den Untergang des gutherzigen und sympathischen Zaren zur Folge haben könne.

Gegen die Berufung eines Friedenskongresses — etwa nach
6298 Paris —, wie im März 1905 verlautete, hatten der Kaiser und Roosevelt schwere Bedenken. In Washington betonte der russische Botschafter am 31. März 1905 die Notwendigkeit eines baldigen Friedens und bat den deutschen Botschafter, eine Unterredung zwischen ihm und dem Präsidenten zu vermitteln. Letzterer wünschte damals,
6300 auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England hinzuwirken. Die Gruppierung: Deutschland, Amerika und
6299 England war ihm sympathisch, zumal sie einen ausgesprochen defensiven Charakter trug, den auch Deutschland durchaus betonte.

6301 In Washington sprach Roosevelt wiederholt mit dem russischen Botschafter, der immer wieder hervorhob, Rußland könne weder an Zahlung einer Kriegsentschädigung noch an eine Gebietsabtretung denken. Roosevelt sagte ihm, er würde an der Stelle des Zaren Frieden schließen, um Armee und Marine gründlich zu reorganisieren und die Fehler in der russischen Verwaltung zu verbessern.

Unzweifelhaft bestand damals für die englische wie für die fran-
6302 zösische Politik ein Zusammenhang zwischen der chinesischen und der marokkanischen Frage. In beiden trat Deutschland für den Grundsatz der offenen Tür ein. Amerika und Deutschland wirkten bei der
6303 Betonung dieses Grundsatzes einträchtig zusammen, und es gelang, den Präsidenten von der Klarheit und der Durchsichtigkeit der deutschen Politik zu überzeugen. Das ging so weit, daß der Präsident für den
6304 Fall des Todes des Kaisers von Österreich, der damals in seinen für die Veränderung der europäischen Politik möglichen Folgen wiederholt erörtert wurde, eine Ausdehnung der deutschen Machtsphäre nach dem Südosten als erwünscht bezeichnete.

In London befürchtete man von einer solchen Ausdehnung eine schwere Schädigung der englischen und französischen Interessen und suchte einer derartigen Möglichkeit von vornherein mit allen Mitteln zu begegnen. Bülow ließ daraufhin nach Washington mitteilen, England und Frankreich kennten beide die deutschen Verhältnisse und 6305
die deutsche Geschichte der Neuzeit genügend, um sich auch ihrerseits zu sagen, daß die Wiederhineinziehung Österreichs in die Staatengruppe des Deutschen Reiches keine Stärkung, sondern eine Schwächung bedeuten und dem Auslande die Möglichkeit bieten würde, so wie in früheren Jahrhunderten Unfrieden zu säen.

Am 9. Mai 1905 war im Fernen Osten die Vereinigung der beiden russischen Geschwader erfolgt. In Berlin beschäftigte man sich vorübergehend mit der Erörterung der Folgen eines etwaigen russischen 6306
Seesieges. An entscheidende Erfolge zur See glaubte man nicht mehr. In der ostasiatischen Frage mußte demjenigen Staate der Erfolg zufallen, der den Frieden vermittelte. Der deutsche Kaiser aber konnte in dieser Beziehung nur wirken, wenn die Friedensbedingungen nicht mit dem Untergange des ihm befreundeten Zaren gleichbedeutend erschienen. Daher bemühte sich damals auch Delcassé mit äußerster Anstrengung um die Vermittlung des Friedens. Die Seeschlacht von Tschusima begrub endgültig die Hoffnung auf eine Besserung der russischen Lage.

Nachdem im Mai 1905 verschiedentlich Verdächtigungen der deutschen Politik, insbesondere der Haltung des deutschen Kaisers, un- 6307–6310
fruchtbare Erörterungen nötig gemacht hatten, nahmen im Juni 1905 die Versuche zur Herbeiführung des Friedens ein lebhafteres Tempo an. In Washington betonte der japanische Gesandte, sein Land würde in den an Rußland zu stellenden Forderungen Mäßigung beobachten, 6311
und der russische Botschafter fragte seinen deutschen Kollegen, was er tun solle, um den Frieden zu erreichen. Dieser verwies ihn an den Präsidenten Roosevelt.

Jetzt erklärte sich auch Kaiser Wilhelm II. bereit, die Friedens- 6312
bemühungen des Präsidenten im stillen beim Zaren zu unterstützen, was der amerikanische Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower, 6313
sofort telegraphisch nach Washington mitteilte[1]). Roosevelt telegraphierte daraufhin sofort an den amerikanischen Botschafter in 6314
Petersburg[2]), es sei die Meinung aller Außenstehenden, auch der wärmsten Freunde Rußlands, daß der gegenwärtige Kampf vollkommen hoffnungslos sei, und daß seine Fortsetzung nur zu dem Verluste der sämtlichen russischen Besitzungen in Ostasien führen könne. Er rate daher auf das dringendste, Friedensbesprechungen einzuleiten; er werde in diesem Falle versuchen, Japans Zustimmung zu erlangen. 6315
Aus Petersburg kam eine günstige Rückantwort.

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 245/246.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 246/247.

Roosevelts Hoffnung, daß auch England Japan zur Mäßigung in seinen Friedensbedingungen ermahnen würde, ging indes nicht in Erfüllung. In Washington glaubte man eher daran, daß England das Gegenteil tun würde, zumal die englisch-japanische Allianz, die am 11. August 1905 zum Abschluß gelangte, sich damals schon vorbereitete. Deutscherseits wirkte man immer darauf hin, daß Japan
6316 seine Friedensbedingungen rechtzeitig dem Präsidenten Roosevelt unterbreitete. Die Schwierigkeit lag nach Roosevelts Auffassung
6317 darin[1]), daß Rußland sich nur schwer zur Hergabe dessen entschließen konnte, was die Japaner auf Grund ihrer Siege mit Fug und Recht
6318 fordern konnten. Schwierigkeiten bereitete dauernd England, da es sich weigerte, mäßigend auf Japan einzuwirken. Das Zusammentreffen des deutschen Kaisers mit dem Zaren bei Björkoe, über das
6319 der Kaiser den Präsidenten am 28. Juli 1905 verständigte[2]), gewährte dem Kaiser die Möglichkeit, die Zustimmung des Zaren zu den Friedensschritten des Präsidenten sicherzustellen.

Am 5. August 1905 begannen in Portsmouth die Friedensunter-
6320–6331 handlungen, über deren weiteren Verlauf die Dokumente Nr. 6320 bis
6332 6331 unterrichten[3]). Am 29. August wurde der Friede geschlossen.
6333 Bülow regte sofort an, den amerikanischen Präsidenten zu seinem Erfolge zu beglückwünschen und ihm für den großen Dienst zu danken, den er durch Anbahnung des Friedens der Menschheit er-
6335 wiesen habe. Der Kaiser telegraphierte daraufhin an Roosevelt, er spreche ihm seine aufrichtigsten Glückwünsche zu dem großen Erfolge aus, der seinen unermüdlichen Anstrengungen zu verdanken sei[4]). An
6334 den Zaren telegraphierte er am gleichen Tage seinen Glückwunsch zu dieser Lösung, die es Rußland ermögliche, mit vollen Ehren aus dem Kriege hervorzugehen[5]).

6336 England hatte an der Herstellung des Friedens kein Verdienst,
6337 wenn sich auch die englische Presse nach Abschluß des Friedens große Mühe gab, für England den Ruhm in Anspruch zu nehmen, am Frieden eifrig mitgearbeitet zu haben. Auch Roosevelt hat sich in seiner
6335, Anm. Selbstbiographie dahin geäußert, daß er nur von seiten des deutschen Kaisers unterstützt worden sei[6]).

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 247.

[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 248. Vgl. o. S. 56 (Dokumente Nr. 6221—6223).

[3]) Deutscher Wortlaut der Dokumente Nr. 6321, 6322, 6325, 6326 siehe S. 248 ff.

[4]) Deutscher Wortlaut siehe S. 252/253.

[5]) Deutscher Wortlaut siehe S. 252.

[6]) Deutscher Wortlaut siehe S. 253, Anm. 1.

Kapitel 140

Ausblicke bei Kriegsende

A. Die Erneuerung des Englisch-Japanischen Bündnisses

Nach Abschluß des Friedens von Portsmouth wurde unter Vermittlung Frankreichs eifrig an einer japanisch-englischen und an einer 6341
englisch-russischen Annäherung gearbeitet. Am 27. September 1905 6338
erfolgte die Veröffentlichung eines neuen englisch-japanischen Bünd- 6339
nisvertrages, dessen Bestimmungen vorläufig noch geheimgehalten wurden. Nach Beendigung des Krieges in Ostasien und nach Abschluß des neuen anglo-japanischen Bündnisses glich England, wie der deutsche Geschäftsträger in London, Graf v. Bernstorff, am 8. Sep- 6340
tember 1905 berichtete, einem Manne, der bisher ängstlich im Hafen auf die Heimkehr seines reichbeladenen Schiffes gewartet habe. Jetzt endlich lag die reiche Ladung im sicheren Hafen, und der glückliche Besitzer konnte sich ungestört dem ruhigen Genusse des Gewonnenen hingeben. Man hoffte in England, Rußland durch den anglo-japanischen Bund so einzuengen, daß es ängstlich und mürbe den dringenden Wunsch empfand, einem so drückenden Zustande durch ein umfassendes schriftliches Abkommen mit England ein Ende zu machen. An einen Angriff gegen Deutschland dachte England nach Bernstorffs Ansicht nicht, wie es überhaupt nicht nach kriegerischen Lorbeeren, sondern nach diplomatischen Siegen trachte.

B. Das Englisch-Russische Verhältnis und die zentralasiatischen Fragen (Tibet, Afghanistan, Persien)

Während des Russisch-Japanischen Krieges tauchte verschiedentlich der Verdacht auf, daß England die zeitweilige Festlegung Rußlands zur weiteren Verfolgung seiner asiatischen Pläne in Tibet, in Afghanistan und in Persien ausnützen wolle. Die deutsche Politik hatte an allen diesen Fragen nur ein indirektes Interesse und beschränkte sich darauf, die Vorgänge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die Dokumente Nr. 6342—6362 geben alle für die Erkenntnis dieser 6342–6362
Zusammenhänge nötigen Unterlagen.

An der Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen gab man damals in Berlin vielfach der Persönlichkeit des russischen Botschafters in London, Grafen Benckendorff, die Schuld. Benckendorff sprach sich mit dem Grafen Metternich offen darüber aus. Er habe 6363
nur die Beseitigung ganz überflüssiger Reibungsflächen zwischen England und Rußland — im Tibet, an der afghanischen Grenze und in Persien — zu beseitigen versucht, aber nie gegen Deutschland gewirkt. In Berlin war aber verschiedentlich mit Bestimmtheit behauptet wor-

den, Graf Benckendorff warne in seinen Briefen und Berichten nach
6364 St. Petersburg vor Deutschland und rate zum Anschluß an England. Auch der Reichskanzler war der Ansicht, daß Benckendorff in dem Versuche, eine intimere Annäherung zwischen England und Rußland herbeizuführen, weiter gegangen sei als irgendeiner seiner Vorgänger.

In einem Privatbriefe an den Grafen Metternich in London sprach
6364 sich Bülow am 6. November 1905 eingehend hierüber aus. Benckendorffs Anschauungen schienen ihm unverständlich. Gehe Rußland mit Deutschland, so werde Frankreich es nie wagen, sich gegen beide Länder zu erklären, England würde sich ruhig verhalten, und der Frieden sei gesichert. Gehe indes Rußland mit England, so bedeute das notwendigerweise eine Spitze gegen Deutschland, und das würde in absehbarer Zeit zu einem großen internationalen Kriege führen. „Wird Deutschland besiegt, so feiert die Revolution ihre Triumphe. Es ist völlig klar, daß, wenn in Deutschland die Demokratie oder gar die Sozialdemokratie obenauf kommen sollte, die Monarchie in Rußland rettungslos verloren wäre. Wünscht Rußland also ein monarchisches Staatswesen zu bleiben, so ist dies meiner Überzeugung nach nur dadurch zu erreichen, daß das Zarenreich an einem monarchischen Deutschland eine starke nachbarliche Stütze hat."

Fürst Bülow überließ es dem Grafen Metternich, seinem russischen Kollegen zu sagen, wenn England die Russen nach Konstantinopel locke, so könne dies Deutschland gleichgültig lassen, würde aber einen scharfen Gegensatz zwischen Rußland und Österreich hervorrufen, der kaum im Interesse jener beiden monarchischen Staaten liegen dürfte.

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Der zwanzigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 20. Bandes

Erste Hälfte

KAPITEL 141

Die Besiegelung der Entente cordiale durch das Abkommen vom 8. April 1904. Dokumente Nr. 6365—6387 71

KAPITEL 142

Die Italienisch-Französische Entente und der Dreibund. Dokumente Nr. 6388—6430 74

Anhang: Der Plan einer Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit Loubet 1904. Dokumente Nr. 6431—6442 79

KAPITEL 143

Deutsch-Englische Verhandlungen im Anschluß an das Abkommen vom 8. April 1904. Dokumente Nr. 6443—6480 80

KAPITEL 144

Das Französisch-Spanische Abkommen über Marokko. Dokumente Nr. 6481—6511 82

KAPITEL 145

Präludien der deutschen Marokkoaktion. Dokumente Nr. 6512—6537 . . 84

KAPITEL 146

Die deutsche Marokkoaktion bis zur Tangerfahrt Kaiser Wilhelms II. Dokumente Nr. 6538—6590 87

Kapitel 141

Die Besiegelung der Entente cordiale durch das Abkommen vom 8. April 1904

Anfangs März 1904 verbreiteten sich in den westlichen europäischen Kanzleien Gerüchte über Verhandlungen zwischen England und 6365
Frankreich. Vielleicht hing das damit zusammen, daß beide Mächte
in die ostasiatische Verwicklung hineingezogen zu werden fürchteten. 6366
Auf unmittelbare Anfrage erklärte der Botschafter Cambon in London, 6367
daß seit längerer Zeit die schwebenden Fragen in unverbindlicher
Weise besprochen worden seien; jetzt aber hätten die Verhandlungen
greifbare Gestalt angenommen. Das gab auch Delcassé in Paris offen 6368
zu. Als Fürst Radolin den englischen Botschafter in Paris danach 6369
fragte, erklärte er, daß mit Eifer an einer Abmachung gearbeitet
würde, „um wenigstens im Prinzip alle schwebenden kolonialen
Fragen zu regeln".

Die Tatsache, daß Kaiser Wilhelm II. sich am 7. November 1903 6370
einer Stimmlippenoperation hatte unterziehen müssen, wurde zeitweise
im Frühjahr 1904 dahin ausgenutzt, daß die Franzosen verbreiteten,
der Kaiser sei schwer krank und werde voraussichtlich das Ende des
Jahres nicht mehr erleben. Delcassé wünschte die Fügsamkeit der
Engländer durch den Hinweis darauf zu erzwingen, daß es der Kaiser
persönlich und allein sei, der den Beitritt Deutschlands zum ost-
asiatischen Dreibunde verhindere. Blieb Deutschland neutral, so ent-
fiel für Frankreich, das dann auch neutral bleiben mußte, der Vor-
wand, sich seine Neutralität mit englischen Zugeständnissen bezahlen
zu lassen. Den Engländern aber war es schwer glaubhaft zu machen,
daß der Kaiser sich mit Rußland und Frankreich gegen England
verbünden werde, und so blieb nach Bülows Ansicht nur das Krank-
heitsgerücht als letztes Druckmittel der Franzosen gegen England
übrig, gegen das nun überall deutsche Dementis erfolgten. Bülow bat
persönlich den englischen Botschafter zu sich, um in diesem Sinne
mit ihm zu sprechen und ihn zu überzeugen, daß Deutschland aus 6372
seiner strikten und loyalen Neutralität im ostasiatischen Kriege nicht
heraustreten würde. Der Botschafter erwiderte ihm, das englisch-
französische Abkommen werde wohl bald abgeschlossen sein, es richte
sich aber nicht gegen Deutschland. Beide verhandelnden Parteien 6371
versuchten, noch in letzter Stunde im eigenen Interesse möglichst viel
herauszuschlagen.

Am 9. April gab der „Temps“ den wesentlichen Inhalt des in
6373 London zum Abschluß gelangten englisch-französischen Abkommens vom 8. April bekannt. Die „Entente cordiale“ war geschlossen. Sie umfaßte Ägypten, Marokko, Neufundland, Westafrika, die Hebriden und Madagaskar. Frankreich ließ England in der Verwaltung Ägyptens freie Hand, ohne daß im politischen Verhältnis Ägyptens etwas geändert wurde, und England ermächtigte Frankreich, in Marokko für Ordnung und Ruhe zu sorgen. Spaniens Rechte blieben vorbehalten.

Welche Bedeutung hatte die Entente cordiale für Deutschland? Hierüber galt es in Berlin möglichst Klarheit zu gewinnen. Man
6374 entschloß sich dazu, das Kolonialabkommen in der deutschen Presse ohne jede Gereiztheit oder Eifersucht „als ein neues Symptom für die friedliche Gestaltung der Weltlage“ besprechen zu lassen.

In England wurde das Abkommen von allen Parteien mit leb-
6375 hafter Genugtuung begrüßt. Die meistgelesene liberale Zeitung, die „Westminster Gazette“, zog aus seinem Gelingen die Nutzanwendung, daß Deutschland und England sich ebensogut aussöhnen könnten wie England und Frankreich, denn wirkliche Differenzen gebe es zwischen Deutschland und England nicht. Eine Verständigung mit Rußland sei schwieriger, aber auch sehr erstrebenswert.

Am 16. April 1904 erstattete der Geschäftsträger in London,
6376, 6379 Graf Bernstorff, einen ausführlichen Bericht über die nunmehr geschaffene Lage, den sowohl der Reichskanzler wie Kaiser Wilhelm II. für besonders bemerkenswert hielten. Bernstorff ging davon aus, daß Englands Regierung und Volk sich unbedingt den Frieden mit allen Großmächten erhalten sollten. Es sei traditionelle Politik der Briten, lieber ihre Freunde für sich kämpfen zu lassen, als die eigene Haut zu Markte zu tragen. England befinde sich jetzt in vollster Reaktion gegen den Jingoismus der Chamberlain-Epoche. Man habe es jetzt in England einsehen gelernt, daß Deutschland nicht geneigt sei, „britische Kastanien aus dem russischen Feuer zu holen“. Für die Rolle, die der deutsche Vetter nicht spielen wollte, bot sich Japan an. Bald mußte sich aber England überzeugen, daß es Japan von einem Kriege gegen Rußland nicht werde abhalten können. Hieraus in erster Linie erkläre sich der Eifer, mit dem die britische Regierung um Frankreichs Gunst geworben habe. Gegen Deutschland bestehe ein kaum überwindbares englisches Vorurteil, da man dort überzeugt sei, Deutschland baue seine Flotte nur zu dem Zwecke, um Britannia den Dreizack zu entwinden. Graf Bernstorff empfahl daher dringend, die deutsche Politik England gegenüber darauf einzustellen, daß die Briten von der deutschen Friedensliebe überzeugt würden. Das deutsche Volk müsse daher so viel politischen Sinn aufbringen — „den hat es nicht!“ vermerkte Kaiser Wilhelm II. hierzu —, dem Könige Eduard VII. bei seiner nächsten Reise nach Deutschland einen

freundlichen Empfang zu bereiten. „Selbst der rabiateste Alldeutsche muß, wenn er seinen Verstand zu Rate zieht — ‚die haben ja keinen Verstand! Das ist das ganze Unglück.‘, notierte der Kaiser an den Rand —, die englische öffentliche Meinung zu versöhnen wünschen. Dieses Ziel läßt sich annähernd erreichen, auch ohne daß wir uns jemals den Briten politisch dienstbar machen. Muß dann wirklich einmal um deutscher Macht und Expansion willen Krieg mit England geführt werden — ‚nötig ist es nicht,‘ vermerkte der Kaiser —, so ist jede Stunde, die dieser Kampf hinausgeschoben wird, für uns ein Gewinn.“

In Petersburg betonten damals die Männer der auswärtigen Politik, daß sich aus der Annäherung Frankreichs an England kaum jemals eine Allianz dieser beiden Mächte mit Rußland werde herausbilden können. 6377, 6380

Kaiser Wilhelm II. war durch den Abschluß der Entente cordiale beunruhigt. Es ist dies einer der Fälle, wo er das politische Gesamtbild zweifellos richtiger gesehen hat als seine Ratgeber. Am 19. April 1904 telegraphierte er aus Syrakus an den Reichskanzler: „Das jüngste englisch-französische Abkommen gibt mir doch nach mancher Richtung hin zu denken. Ich finde, daß die Franzosen den Vorteil ihrer augenblicklichen politischen Lage mit bemerkenswertem Geschick ausgenutzt haben. Sie haben es fertig gebracht, ohne das Band mit Rußland zu lockern, sich von England ihre Freundschaft teuer bezahlen zu lassen.“ In Marokko hätten sie zweifellos jetzt eine präponderierende Stellung erlangt, und der Kaiser gab der Hoffnung Ausdruck, daß deutscherseits für die nötigen Garantien gesorgt worden sei, damit der deutsche Handel in Marokko nicht leide. England habe durch die Beseitigung der möglichen Reibungspunkte mit Frankreich an Bewegungsfreiheit in der Welt viel gewonnen; es werde daher jede Rücksichtnahme auf Deutschland jetzt mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen. Graf Bülow forderte auf Grund dieses Telegramms Holstein, mit dem er sachlich damals völlig übereinstimmte, zu einer Erwiderung auf[1]). 6378

Aus Rom kam am 26. April 1904 die Nachricht, wonach Delcassé daran arbeite, die für den Frieden und Frankreich so wichtige Verständigung zwischen England und Rußland herbeizuführen. Der Ausgleich sei sehr schwierig, der Interessengegensatz schier unüberwindlich; dennoch dürfe man hoffen, die Sache zu einem guten Ende zu bringen. Aus einer derartigen Verständigung mußten sich notwendigerweise in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht für Deutschland und seine Verbündeten nachteilige Folgen ergeben. Auch befürchtete man in Berlin auf Grund einer Andeutung des belgischen 6381 6382

[1]) Eine Aufzeichnung Holsteins im Sinne der ihm vom Reichskanzler gegebenen Weisung befand sich nicht bei den Akten.

6383 Gesandten Barons Greindl, daß die englisch-französische Vereinbarung
eine Geheimklausel über die Rheingrenze enthalte. Der deutsche Bot-
6384 schafter in London wurde beauftragt, näheres festzustellen, vermochte
6385 aber beruhigend zu antworten. Lord Lansdowne erklärte, an den Gerüchten betreffend die Rheingrenze sei kein wahres Wort.

Alles in allem gewinnt man aus den Dokumenten des 141. Kapitels den Eindruck, daß die Bedeutung der Entente cordiale seitens der deutschen amtlichen Politik nicht gerade überschätzt worden ist.
6386 Die Hauptvorteile lagen auf seiten Englands, das sich eine Rückversicherung gegen die Gefahren des japanischen Bündnisses geschaffen hatte, indem die denkbare Koalition von Rußland, Deutschland und Frankreich durch Sicherstellung der englischen Beziehungen zu wenigstens einer der in Frage kommenden Großmächte, nämlich Frankreich, im Keime erstickt wurde. Gelegentlich begegnete man
6387 auch der Auffassung, Frankreich habe sich naturgemäß nach einem stärkeren und leistungsfähigeren Bundesgenossen umsehen müssen, da Rußland sich in Ostasien „so blamiert habe".

Kapitel 142

Die Italienisch-Französische Entente und der Dreibund

In den Kapiteln 124 und 125[1]) ist bereits dargelegt worden, daß eine Hauptschwierigkeit des Dreibundes immer schon darin lag, Italiens militärische Verpflichtungen für den Fall eines Krieges klarzustellen und überhaupt Italiens Sonderinteressen und Sondergegensätze gegen Österreich-Ungarn im Rahmen der Dreibundpolitik auszugleichen. Die Aktenstücke des 142. Kapitels zeigen nunmehr die völlige innere Brüchigkeit des Dreibundes an der italienischen Front.

„Die Annäherung zwischen England und Frankreich wirkt ungünstig auf die Lebenskraft des Dreibundgedankens in Italien," vermerkte der Vortragende Rat v. Holstein in einer Aufzeichnung vom
6388 3. März 1904. Er befürchtete, daß es irgendwo einen geheimen franko-italienischen Rückversicherungsvertrag gebe, der den Dreibundvertrag für Italien unwirksam mache. Immer wieder galt es, die innere Gegensätzlichkeit der italienischen und österreichischen Politik von Fall zu Fall zu beschwören.

Zu sehr peinlichen Auseinandersetzungen führte im Frühjahr 1904 der beabsichtigte Besuch des Präsidenten der französischen Republik, Loubet, in Italien. Bülow ließ schon lange vorher den deut-
6389 schen Botschafter Grafen Monts in Rom darauf hinweisen, wie schwere Folgen es haben werde, wenn Italien seinen Flirt mit Frank-

---

[1]) Wegweiser Band 3, S. 194 ff. und 197 ff.

reich in ein dauerndes Verhältnis verwandeln würde. Graf Monts berichtete am 7. März 1904, eine Beschränkung der von Italien vorgesehenen Feierlichkeiten würde einen schweren Schlag für die italienische Dynastie und den König persönlich bedeuten. Graf Monts hatte von seinem Standpunkte aus unbedingt recht, wenn er darauf hinwies, wie unangenehm ein deutsches Drängen gerade auf einem Gebiete empfunden werden müßte, auf dem sich der italienische König persönlich betätigte. Er erregte aber durch seine offene Darlegung den ganzen Zorn des Vortragenden Rates v. Holstein, der zu seinem Berichte vermerkte: „Merkwürdig. Auch dieser Botschafter scheint weich zu werden. An deutsche Regierung und deren Stellung vor der deutschen öffentlichen Meinung denkt er nicht." 6390

Die weiteren Erörterungen über die Feierlichkeiten in Italien stehen durchaus unter dem Vorzeichen dieser Holsteinschen Auffassung. Ein außerordentlich gereizter Notenwechsel zwischen Berlin und Rom fand statt, in dem von deutscher Seite wiederholt darauf hingewiesen wurde, es werde von dem Verhalten der Italiener während des Loubetbesuches abhängen, ob das Bündnis zwischen Italien und Deutschland diesen Besuch überdauere. 6391–6397 6398

Am 26. März fand eine Zusammenkunft des Königs Viktor Emanuel mit dem deutschen Kaiser an Bord der „Hohenzollern" in Neapel statt, die politisch günstig verlief, obwohl bei dem Gespräche der Monarchen gewisse Gegensätze zutage traten. Über die Form, in der Präsident Loubet am 24. April in Rom empfangen und am 29. April in Neapel durch eine Flottenrevue gefeiert werden sollte, war aber eine Einigung zwischen den deutschen und italienischen Staatsmännern nicht zu erzielen. Gereizte Noten gingen hin und her, und als in einem Trinkspruche des italienischen Königs zu Ehren des französischen Präsidenten auch nicht die leiseste Anspielung auf den Dreibund enthalten war, was man deutscherseits gefordert hatte, verschlechterten sich die Beziehungen immer mehr. Wer die Dokumente Nr. 6406—6411 unvoreingenommen liest, muß zu der Überzeugung gelangen, daß von einem Dreibunde damals schon nicht mehr die Rede sein konnte. 6399 6400–6404 6405 6402 6406–6411

In Berlin suchte man Italien durch Drohungen im Dreibunde zu halten. Man befürchtete, daß französisch-italienische Abmachungen getroffen worden seien, die Italiens Stellung im Dreibunde entwerteten. Wenn man nun auch in Rom bereit war, öffentlich, etwa im Parlament, zu erklären, daß im Verhältnis Italiens zu dem Dreibunde keine Änderung eingetreten sei, so war das Bündnis doch innerlich brüchig geworden. Der Reichskanzler Graf Bülow bat denn auch anfangs Mai 1904 den italienischen Botschafter in Berlin, Grafen Lanza, zu sich und sprach sich mit ihm darüber aus, daß Deutschland in der Lage sei, auch andere Anlehnungen, etwa an die russisch-österreichische Entente, finden könne. Das hätte eine Rückkehr zum Drei- 6412 6413 6414

kaiserbündnis bedeutet und damit eine „Weichenstellung" der deutschen Politik. Bülow erklärte, sich dafür aber erst entscheiden zu wollen, wenn er die italienischen Erklärungen über Italiens Haltung zum Dreibunde gehört habe. Auch dieser Schritt blieb, wie Graf
6415 Monts am 6. Mai 1904 hervorhob, fast ohne jeden Erfolg. Letzterer warnte davor, den Eindruck entstehen zu lassen, als wenn Deutschland Italien nachlaufe.

6416 Eine Aufzeichnung Holsteins vom 12. Mai 1904 spricht sich dahin aus, daß der Dreibund in Italien nicht mehr beliebt sei, weil man durch ihn nichts mehr zu erwerben vermöge. Schon Crispi, der Hauptträger des Dreibundgedankens in Italien, habe immer den Wunsch gehabt, das Bündnis zu einer Erwerbsgenossenschaft umzugestalten. Jetzt wolle man sich in Italien an Frankreich anschließen, um durch gemeinsame Anstrengung Elsaß-Lothringen für Frankreich und die italienischen Provinzen und adriatischen Küsten Österreichs für Italien zu erwerben. Holstein sprach reichlich optimistisch, wenn er meinte, für Deutschland würden sich auch andere Gruppierungen bieten, im Augenblick bestehe indessen die Notwendigkeit, unsere Aktionsfreiheit einzuschränken, noch nicht.

Ein politisches Abkommen zwischen den Kabinetten von Rom und Paris bestritt man italienischerseits auf das entschiedenste. Graf
6417 Lanza suchte den Reichskanzler am 12. Mai 1904 auf, um ihm eine darauf bezügliche Erklärung des Außenministers Tittoni zu übergeben. Bülow nahm seine Mitteilungen „mit freundlicher, aber akzentuierter Gleichgültigkeit" entgegen. Als Graf Lanza bemerkte, die italienischen Minister glaubten, gleichzeitig mit Deutschland und Frankreich in guten Beziehungen bleiben zu können, entgegnete Bülow, der Dreibund sei begründet worden, um der Gefahr eines russisch-französischen Angriffs gegen Mitteleuropa vorzubeugen; diese Gefahr erscheine für absehbare Zeit ausgeschlossen, und ein aktuelles Bedürfnis nach einem Zusammengehen oder gar nach einer Unterstützung von seiten Italiens habe Deutschland nicht. Ein so tief erschüttertes Vertrauen, sagte er beim Abschied zum Grafen Lanza, ließe sich nicht leicht wiederherstellen. In Rom beschränkte sich der deutsche
6418 Botschafter in den kommenden Wochen lediglich auf die Wahrnehmung der unerläßlichen Beziehungen. Seiner Meinung nach war
6419 es das Beste, „die Dreibundrolle ruhig fort- respektive ablaufen zu lassen". Das Thema „Dreibund" wollte er möglichst vermeiden. Seine tatsächliche Auflösung wäre, wie Graf Monts berichtete, von französischer Seite sicherlich als großer Triumph ausposaunt worden.

An dieser Stelle des Berichtes unseres deutschen Botschafters in Rom findet sich eine Randbemerkung des Reichskanzlers, die uns einen Einblick, wenn auch nur einen flüchtigen, in Bülows damalige Gesamtanschauung gewährt. Er schrieb an den Rand des Berichtes, wenn der Dreibund aufgelöst werde, dann würde man

— und nicht nur in Frankreich — sagen, „daß unsere Politik nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck erst das Bündnis mit Rußland, dann die guten Beziehungen zu England und endlich den Dreibund preisgegeben hätte." Diese Bemerkung ist schlagend, denn tatsächlich stand Deutschland schon damals, einzig gestützt auf Österreich-Ungarn, allein inmitten der Großmächte, ohne noch einen wertvollen Anschluß nach irgendeiner Seite hin finden zu können.

In Italien waren alle Bestrebungen auf Gebietsvergrößerung gerichtet. Man wünschte Tripolis zu gewinnen, und deutscherseits 6420
wollte man Italien hierbei gewähren lassen, solange es nur seine Aufmerksamkeit und Rührigkeit nicht auf die Adria konzentrierte. Ein großer Teil der auf persönlicher Gereiztheit beruhenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen Italien und Deutschland 6421
wurde durch das deutschfreundliche Verhalten des Grafen Lanza in Berlin und des italienischen Ministerpräsidenten Giolitti, der am 27. September 1904 den Reichskanzler in Homburg v. d. H. per- 6422
sönlich aufsuchte, ausgeglichen.

Bei der Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck kam es am 3. November 1904 zu schweren Zusammenstößen zwischen den deutschen und italienischen Studenten. Die italienischen Vorlesungen mußten eingestellt werden. Die Innsbrucker Vorgänge erweckten ein starkes Echo in ganz Italien. Daraus ergab sich aufs neue, wie Graf Monts am 19. November 1904 berichtete, eine Entfremdung 6423
zwischen Deutschen und Italienern, die vorderhand für das Verhältnis von Regierung zu Regierung zwar noch belanglos, auf die Dauer aber keinenfalls fördernd oder nützlich erschien.

Ganz zweifelhaft wurden im Winter 1904 nun auch die militärischen Dreibundverpflichtungen Italiens beurteilt[1]). Der deutsche Militärattaché v. Chelius berichtete am 18. Dezember über die Auf- 6424
fassungen des italienischen Generalstabschefs, Generalleutnants Saletta. Danach hatte Italien seinen militärpolitischen Schwerpunkt von Westen nach Osten, also gegen die österreichische Grenze verlegt. „Im besten Verhältnis zu England und Frankreich im Mittelmeer, unter aufrichtiger Wahrung der Freundschaft mit Deutschland, hat sich die militärische Wage erheblich nach Osten gesenkt, da man von dort eine ernste Gefahr drohen sieht und gleichzeitig einen Gewinn erhofft, der die Vorherrschaft Italiens über die Adria in sich trägt." In Österreich beklagte man sich bereits darüber, daß französisches Geld nach Italien und in die slawischen Länder der habs- 6425
burgischen Monarchie gehe, um das italienische Mißtrauen gegen Österreich zu befestigen.

Im Frühjahr 1905 ergab sich eine gewisse Entspannung in den deutsch-italienischen Beziehungen. Aus einem Schreiben des Mi- 6426, 6427

[1]) Vgl. Wegweiser Band 3, S. 194 ff.

nisterpräsidenten Giolitti und des Außenministers Tittoni vom 25. Fe-
6128 bruar 1905[1]), das Graf Lanza in Berlin überreichte, entnahm der Reichskanzler, daß Italien jetzt, nachdem es deutscherseits eingeschüchtert worden sei, wieder einlenken wolle. Man dürfe es jetzt nicht zurückstoßen oder die Italiener durch Verletzung der bei ihnen ganz besonders stark entwickelten nationalen Eitelkeit auf die feindliche Seite treiben. Die Vorgänge bei Kriegsausbruch 1914 werden vor uns lebendig, wenn Bülow am 5. März 1905 dem Kaiser meldete: „Für den Fall von Komplikationen brauchen wir uns über aktive italienische Kooperation freilich keine Illusionen zu machen. Immerhin aber ist es ein nicht zu unterschätzender Gewinn, wenn Italien dann neutral bleibt, anstatt mit Frankreich zu gehen."

Eine äußerliche Annäherung zwischen beiden Ländern ergab sich aus einem Briefe des Königs von Italien an den Kaiser vom 24. Februar 1905, in dem er von der Aufrechterhaltung der intimen und vertrauensvollen Freundschaft zwischen beiden Ländern sprach. Der
6129 Reichskanzler empfahl eine möglichst freundliche Beantwortung des Briefes, der unter anderem auch zum Ausdruck gebracht hatte, die italienische Königin würde gern die Bekanntschaft der deutschen Kaiserin machen, wenn diese nach Taormina reise. Dem Entwurfe einer Antwort an den König von Italien fügte Bülow die Bemerkung hinzu: „Wir dürfen Italien nicht ganz in das französische Lager treiben, denn es macht einen verwünschten Unterschied, ob Italien eventuell seine Armee mit Frankreich marschieren läßt oder mindestens neutral bleibt." Hierzu vermerkte der Kaiser: „Euer Exzellenz sind genügsam! Mein Großvater und ich hatten mit König Humbert das Mitmarschieren der italienischen Armee als selbstverständlich angesehen! Das muß auch im Angriffsfalle Frankreichs gegen uns festgehalten werden!" Zu der Bemerkung des gleichen Schreibens, die allgemeine Weltlage sei doch so gespannt, daß wir bestrebt sein müßten, möglichst wenig Stiche zu vergeben, bemerkte der Kaiser: „Wenn es nicht schon geschehen ist in früheren Zeiten, die Keime zur jetzigen Konstellation geboren haben. Der Dreibund durch Entzweiung Österreichs und Italiens gelockert, Rußland uns gegenüber unverändert oder indifferent, England feindlich, Gallien auf Revanche ausgehend!" Hiermit war die damalige Isolierung Deutschlands in der Welt treffend gekennzeichnet.

Am Abschluß einer Reise nach Erythräa und Ägypten im Frühjahre 1904 besuchte Marchese di Rudini in Rom den deutschen Botschafter,
6130 um mit ihm vertraulich die marokkanische Frage sowie Italiens Mittelmeer- und Allianzpolitik zu besprechen. Rudini, der als leitender Staatsmann aus seiner Dreibundfreundlichkeit niemals ein Hehl gemacht hatte, sprach sich über die Zusammenhanglosigkeit der da-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 253/254.

maligen italienischen Politik mit ihren Advokatenkniffen, Zweideutigkeiten und Unaufrichtigkeiten rückhaltlos aus. Seiner Ansicht nach konnte sich Italien nicht allein auf Frankreich stützen, sondern mußte beim Dreibunde verbleiben; dies schließe aber keineswegs die dauernde Erhaltung normaler Beziehungen zu dem mächtigen fränkischen Nachbarn aus. Gute italienisch-französische Beziehungen lägen ja auch durchaus im Interesse Deutschlands.

Anhang

Der Plan einer Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit Loubet 1904

Aus einer Mitteilung des Fürsten von Monaco ergab sich im Febuar 1904 dessen Absicht, dem Präsidenten Loubet zu einer Zu- 6431
sammenkunft mit dem deutschen Kaiser zu verhelfen. Dem Kaiser
ebenso wie dem Reichskanzler war dieser Gedanke sympathisch. Man 6432
wollte nur Gewißheit haben, daß Loubet nicht etwa im letzten Augenblick von seiner Absicht zurücktrat, und forderte den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, zum Bericht hierüber auf. Dieser 6433
hatte verschiedene Bedenken, worauf der Reichskanzler ihm drei
bestimmt formulierte Fragen zusandte, auf die er sich einfach und 6434
rückhaltlos äußern sollte. Radolin antwortete, eine Sicherheit des 6435
Erfolges, wenn eine Begegnung zwischen zwei Staatsoberhäuptern angeregt werde, könne unmöglich garantiert werden.

Die weiteren Dokumente zeigen, wie es kam, daß der Kaiser 6436–6441
den Gedanken eines Zusammentreffens mit der französischen Flotte und mit dem Präsidenten Loubet, an dem er bis zuletzt zäh festgehalten hatte, schließlich doch aufgab und im April 1904 statt über Genua von seiner Mittelmeerreise über Venedig zurückkehrte.

Den Abschluß des Anhanges bildet ein kurzer Bericht des Botschafters Grafen Monts vom 3. November 1907. In dem Beleidigungs- 6442
prozesse Graf Moltke-Harden, der sich Ende Oktober 1907 in Berlin abspielte, war davon die Rede, daß der Fürst Philipp zu Eulenburg und der französische Botschaftsrat Lecomte im Frühjahr 1904 versucht hätten, eine Begegnung Kaiser Wilhelms II. und des Präsidenten Loubet herbeizuführen. In der französischen und der italienischen Presse entstand durch einen darauf bezüglichen Aufsatz Hardens in der „Zukunft“ ein erheblicher Lärm. Graf Monts berichtete nun, daß damals, wie er jetzt (1907) hatte erzählen hören, die italienischen Minister die größten Anstrengungen gemacht hätten, eine Begegnung des Präsidenten mit dem Kaiser zustande zu bringen; sie seien dabei von der Ansicht ausgegangen, daß ohne ein besseres Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich die kontinentalen Dinge nie zur Ruhe kommen würden. Von französischer Seite aber

habe man geltend gemacht, daß die Stellung des Präsidenten und der Regierung nicht stark genug sei, um in dem Augenblick, wo alle Klerikalen über den unterbliebenen Besuch des Vatikans empört gewesen seien, diesen auch noch die Entrollung der chauvinistischen Fahne zu ermöglichen.

Kapitel 143

Deutsch-Englische Verhandlungen im Anschluß an das Abkommen vom 8. April 1904

Von Wien kam bald nach Abschluß des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 die Anregung, ob es sich nicht für die
6443 Dreibundmächte, insbesondere die Kabinette von Berlin und Wien, empfehlen würde, über die aus dem englisch-französischen Abkommen hinsichtlich Ägyptens zu ziehenden Schlußfolgerungen in einen Gedankenaustausch einzutreten.

In Berlin war man geneigt, die ägyptische Frage mit Österreich zu besprechen. Der Staatssekretär des Äußeren, Freiherr von Richthofen, galt hierbei als Spezialist für Ägypten. Der Reichskanzler
6444 war der Ansicht, daß es günstig sei, in die Besprechungen mit England über Ägypten auch alle übrigen kleineren und größeren Fragen — Samoa und Transvaal-Entschädigungen, Kanada und Vorzugsrecht des Mutterlandes — mit hineinzunehmen. Auch die Hineinziehung des Schiedsvertrages wäre günstig. Ein Flottenvertrag könne allerdings erst dann angeregt werden, wenn Deutschland sich über die anderen Fragen mit England wenigstens grundsätzlich einigermaßen geeinigt habe.

Durch sein Abkommen mit Frankreich war England in seiner
6445 ägyptischen Stellung wesentlich gekräftigt worden. Wenn die anderen Mächte erst einmal den auf Ägypten bezüglichen Teilen des Abkommens — namentlich dem die künftige finanzielle Stellung des Landes regelnden Khedivialdekretsentwurfe — zugestimmt haben würden, wurde England nach Ansicht der österreichischen Diplomatie zum legitimen Herrn Ägyptens, nachdem es schon längst der tatsächliche Herr gewesen war. Frankreich billigte nunmehr die englische Okkupation, verzichtete auf die Aufwerfung der Frage ihrer Befristung und stellte seine bisherige nörgelnde Politik im Nillande England gegenüber endgültig ein; die Gegenleistungen Englands waren nur gering.

Der Entwurf des Khedivialdekrets bildete nunmehr den Gegenstand hartnäckiger Verhandlungen zwischen Deutschland und England. Staatssekretär Freiherr v. Richthofen machte die Zustimmung Deutschlands zu der neuen ägyptischen Politik Englands einzig und allein

von der Voraussetzung abhängig, daß die beiden Länder vorher zu einer privaten Verständigung über diesen Khedivialdekretsentwurf gelangt sein müßten[1]). Nach deutscher Auffassung bedingte die Annahme dieses Dekrets für Deutschland den Verzicht auf eine Reihe von Rechten, während Frankreich für seinen Verzicht eine reichliche Entschädigung erlangt habe. In Kairo betonte der englische Generalkonsul und diplomatische Agent, Lord Cromer, den anderen Nationen ständen natürlich die gleichen Handelsrechte zu wie Frankreich. 6446 6447

Ein Schreiben des Hilfssekretärs im Foreign Office, I. H. Villiers, vom 24. Mai 1904[2]), das der englische Botschafter dem Berliner Auswärtigen Amte übergab, erwies alsbald, daß England nicht ohne weiteres geneigt war, auf die deutschen Wünsche einzugehen. Deutschland dürfe nicht außer acht lassen, daß die in der Abmachung zwischen Großbritannien und Frankreich einbegriffene ägyptische Regelung den Teil einer vollständigen und sehr viel umfangreicheren Vertragshandlung gebildet habe, und daß die Frankreich in Verbindung mit Ägypten gegebenen Zusicherungen durch wertvolle französische Zugeständnisse an anderer Stelle ausgeglichen worden seien. In einzelnen Punkten zeigte die englische Regierung Entgegenkommen, was für das Auswärtige Amt die Veranlassung bot, in einer Gegendenkschrift vom 28. Mai 1904[3]) seine Wünsche genauer zu bezeichnen. Deutschland ging auch darauf ein, die Khedivialdekretsfrage von allen nicht ägyptischen Angelegenheiten loszulösen. 6448 6449 6450

Anfangs Juni 1904 wurde nun zwischen London und Berlin in ziemlich peinlicher Form hin und verhandelt. Da ein Besuch des englischen Königs in Kiel bevorstand — er fand tatsächlich vom 25. bis 30. Juni statt —, schien es erwünscht, die Gegensätze noch vorher rechtzeitig zu begleichen. Kaiser Wilhelm II. bediente sich daher persönlich der Vermittlung des englischen Botschafters, dem er am 6. Juni in einer sehr ernsten Unterredung sagte, das Verhalten der englischen Regierung sei unverständlich und bestärke die Schwarzseher Deutschlands in der Vermutung, daß England und Frankreich gegen Deutschland ernstlich Böses im Schilde führten, was er, der Kaiser, bisher nicht habe glauben wollen. Sir Frank Lascelles erwiderte, er selber verstehe seine eigene Regierung nicht mehr. Offenbar fürchtete sie sich damals vor dem Parlament, vor dem sie nicht den Eindruck erwecken wollte, sich von Deutschland haben ausnutzen zu lassen. Man habe in London immer gehofft, schrieb Lansdowne am 15. Juni[4]) an den deutschen Botschafter in London, daß die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu dem Khedivialdekret nach dem Bei- 6451–6462 6463 6466 6470, 6471

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 254/255.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 255 ff.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 257/258.
[4]) Deutscher Wortlaut von Nr. 6470 und 6471 siehe S. 258 ff.

spiele der anderen Mächte vorbehaltlos geben würde. Die englische Regierung sei nunmehr bereit, auf die deutscherseits vorgeschlagenen gegenseitigen Erklärungen einzugehen.

Am 17. Juni vermochte Graf Metternich nach Berlin zu tele-
6468, 6469 graphieren, daß die englische Regierung die deutschen Bedingungen
6472–6474 annähme. Es wurde nunmehr nur noch über redaktionelle Änderungen verhandelt. Lansdowne änderte den Wortlaut seines Schreibens vom 15. Juni (Nr. 6470) an den deutschen Botschafter in London[1]), und
6475 Graf Metternich bestätigte am 19. Juni den Empfang dieser Note
6476 mit dem Zusatze, daß die deutsche Regierung die darin vorgeschlagene
6477, 6479 Vereinbarung über Ägypten annehme. Während der Anwesenheit König Eduards in Kiel vom 25. bis 30. Juni wurde sodann auch die Frage
6478. eines Schiedsgerichtsabkommens zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern besprochen. Graf Metternich, der gleichfalls in Kiel weilte, erhielt einen ausgearbeiteten Vertragsentwurf nach England mit, den er dort am 11. Juli Lord Lansdowne übergab. Schon tags darauf wurde das Schiedsgerichtsabkommen unterzeichnet.

Ein abschließendes Urteil über die nach so peinlichen Verhand-
6480 lungen endlich gelungene Verständigung mit England über Ägypten enthält ein Schreiben des Reichskanzlers Grafen Bülow an den Kaiser vom 24. Juni 1904. Danach hatte die englische Regierung anfangs verlangt, daß Deutschland gleich anderen Mächten seine Zustimmung zu dem mit der französischen Regierung vereinbarten Entwurfe eines Khedivialdekrets hätte geben sollen. Deutschland hatte dies abgelehnt und darauf bestanden, vorher für das Fortbestehen seiner bisherigen meistbegünstigten Stellung in Ägypten, besonders auch im Verhältnis zu den Franzosen, Sicherheit zu erhalten. Das war nunmehr erreicht. Die englische Regierung gewährleistete dem deutschen Handel in Ägypten die Meistbegünstigung auf die Dauer von dreißig Jahren, also ebensolange wie den Franzosen. Zur Unterstützung der englischen Politik in Ägypten war Deutschland nur ebensoweit verpflichtet wie Frankreich, genoß aber nunmehr in Ägypten dieselbe gesicherte Rechtsstellung wie Frankreich auf Grund seines Abkommens mit England vom 8. April 1904.

Kapitel 144

Das Französisch-Spanische Abkommen über Marokko

Auf Grund seiner Interessen an der nordafrikanischen Küste
6481 fühlte sich Spanien durch das englisch-französische Abkommen über Marokko übergangen. Man war in Madrid nicht geneigt, diese Ab-
6482 machung so ohne weiteres hinzunehmen, in deren Veröffentlichung

[1]) Deutscher Wortlaut von Nr. 6470, 6471 und 6475 siehe S. 258 ff.

ohne vorherige Benachrichtigung Spaniens man eine Unfreundlichkeit erblickte.

In Paris behandelte Delcassé die Forderungen Spaniens etwas von oben herab, schien aber zu einem gewissen Entgegenkommen 6483
geneigt.

Deutscherseits hielt man die spanischen Ansprüche für begründet und war der Meinung, daß Spanien seine Interessen am besten wahren 6484
würde, wenn es seine Verhandlungen mit Frankreich möglichst in die Länge zog. Auch fiel nach Bülows Ansicht für Spanien vorteilhaft ins Gewicht, daß England Tanger nebst Umgebung lieber in den Händen von Spanien als von Frankreich sehen würde.

In Madrid gab nun der deutsche Botschafter v. Radowitz der Königin-Mutter Maria Christine den vertraulichen Rat, die Verhandlungen 6485
in die Länge zu ziehen. Sie war dazu auch um so mehr bereit, als von französischer Seite auffallend gedrängt wurde. In diesem Sinne 6486–6499
wurde die Angelegenheit weiter behandelt.

Am 1. Juli 1904 konnte man nach einem Berichte des Botschafters 6500
v. Radowitz die Verständigung zwischen Frankreich und Spanien in den wesentlichen Fragen als abgeschlossen ansehen. Von Deutschlands Haltung hinter den Kulissen wußten in Spanien nur der König, die Königin und der Staatsminister. Letzterem wurde von Berlin aus 6501
über Radowitz vertraulich an die Hand gegeben, noch in letzter Stunde den aus Paris zu erwartenden Vertragsentwurf scharf und eingehend zu prüfen, namentlich auch auf die Bestimmungen hin, durch die Spanien unbeschränkte Handels- und Konkurrenzfreiheit im scherifischen Reiche neben Frankreich eingeräumt wurde.

Am 8. Juli empfing König Alfons den deutschen Botschafter und 6502
teilte ihm mit, es fehle nur noch an der Redaktion einzelner Paragraphen; im übrigen werde das Marokkoabkommen mit Frankreich in allen Hauptpunkten in einer für Spanien günstigen Weise geführt. Mit der endgültigen Unterzeichnung werde man sich nicht übereilen. Trotzdem ergaben sich in Paris noch Schwierigkeiten, die gegen Ende 6503
Juli zu einer Verschiebung der Verhandlungen bis in den Herbst 6504, 6505
hinein führten. Im September schlug Delcassé der spanischen Regierung sogar vor, zunächst auf einen Zeitraum von ungefähr 10 Jahren auf konkrete Abmachungen überhaupt zu verzichten, bis Art und Umfang des französischen Einflusses in Marokko genauer festgestellt seien.

Hierauf wünschte man in Spanien keineswegs einzugehen, und da man auch in London erheblichen Wert darauf legte, daß Spanien an der Nordküste von Marokko entsprechend abgefunden wurde, lenkte Frankreich ein. Am 4. Oktober 1904 telegraphierte Radowitz, das Ab- 6507
kommen über Marokko könne als nunmehr ganz gesichert angesehen werden, und Spanien habe alles erreicht, was es wünschte, namentlich die volle Gleichberechtigung mit Frankreich innerhalb der Interessen-

sphäre. Eine Einwirkung von England zugunsten Spaniens sei nicht erfolgt.

6508 Am 7. Oktober 1904 machte der französische Botschafter in Berlin [1]) dem Auswärtigen Amte Mitteilung von dem erfolgten Abschlusse der französisch-spanischen Verhandlungen. Danach erklärten die spanische und die französische Regierung, daß sie nach wie vor an der Unverletzlichkeit des marokkanischen Reiches unter der Souveränität des Sultans entschlossen festhalten würden. In Madrid war man mit 6509, 6510 dem erzielten Ergebnisse zufrieden und schrieb den deutschen Ratschlägen einen wesentlichen Teil der erreichten Erfolge zu. Man war 6511 aber in Madrid mißtrauisch, ob von französischer Seite eine ehrliche und tatsächliche Ausführung der zugunsten Spaniens getroffenen Bestimmungen beabsichtigt sei.

Kapitel 145

Präludien der deutschen Marokko-Aktion

Während Kaiser Wilhelm II. sich im März 1904 auf seiner Mittelmeerfahrt in Messina befand, ging in Berlin die Meldung ein, daß neue Übergriffe der scherifischen Regierung Abhilfe erforderten. Der 6512 Reichskanzler bat den Kaiser um Genehmigung, ein Kriegsschiff zur Unterstützung der deutschen Forderungen und Beschwerden nach Tanger entsenden zu dürfen.

6513 Der Kaiser war sehr ungehalten darüber, erst jetzt von diesen Schwierigkeiten zu erfahren. Den Gedanken der Entsendung eines Kriegsschiffes lehnte er ab, da eine einseitige kriegerische Aktion Deutschlands in diesem Augenblicke das Mißtrauen Englands, Frankreichs und Spaniens wachrufen müßte. Der Reichskanzler dachte nunmehr daran, einen Entschluß des Kaisers zur Entsendung eines Kriegsschiffes dadurch zu erzielen, daß er darauf aufmerksam machte, ein Herangehen an die drei Mächte auf dem Verhandlungswege werde möglicherweise im deutschen Inlande unerwünschte Rückwirkungen 6514 auf das Schicksal der zu erwartenden neuen Flottenvorlage zeitigen. Ein in diesem Sinne gehaltener Entwurf eines Schreibens an den den Kaiser begleitenden Gesandten v. Tschirschky wurde aber nicht vollzogen.

Der deutsche Gesandte in Tanger, Frhr. v. Mentzingen, befand sich in schwieriger Lage. Die marokkanische Regierung verhielt sich allen Beschwerden gegenüber durchaus lässig, und Mentzingen machte daher darauf aufmerksam, gerade jetzt sei eine sehr gute Gelegenheit 6515 zu gewaltsamem Einschreiten. Ihm schwebte dabei die zeitweise Besetzung von Agadir und Umgebung vor. Im Auswärtigen Amte

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 261.

mehrten sich die Stimmen für ein derartiges Verfahren. „Wir brauchen einen Erfolg unserer auswärtigen Politik," verzeichnete der Vortragende Rat Fürst v. Lichnowsky am 13. April 1904, „da doch all- 6516
gemein die englisch-französische Verständigung wie auch die italienisch-französische Annäherung als eine Niederlage für uns aufgefaßt wird." Nur waren die Meinungen darüber geteilt, ob in einem solchen Falle die französische oder noch weitere Regierungen 6517
von den beabsichtigten Schritten vorher in Kenntnis gesetzt werden sollten.

Angesichts der ablehnenden Haltung des Kaisers übte die deutsche Regierung damals aber strengste Zurückhaltung. Als aus Tanger die 6518
Meldung kam, der Sultan solle den Gedanken erwägen, den deutschen Kaiser um Hilfe gegen die Eingriffe der Franzosen in seine Souveränitätsrechte zu bitten, wurde dem Sultan sofort von einem solchen 6519
Schritte abgeraten, da der Kaiser den erbetenen Schritt nicht tun würde. Das deutsche Auswärtige Amt wünschte sich so lange zurück- 6520
zuhalten, bis sich übersehen lasse, welchen Einfluß die Überlassung Marokkos an Frankreich auf die auswärtigen Beziehungen des maurischen Reiches ausüben werde.

Eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein vom 3. Juni 6521
1904 vertrat einen ganz anderen und schärferen Standpunkt und ist für die weitere Führung der deutschen auswärtigen Politik offenbar bestimmend geworden. Er ging davon aus, daß Frankreich sich zur Aneignung Marokkos unter völliger Nichtachtung der berechtigten Interessen Dritter, mit Ausnahme der Interessen Spaniens, anschicke. Marokko sei eines der wenigen Länder, wo Deutschland für seinen Handel noch freie Konkurrenz habe. Durch das französische Monopol werde Deutschland erheblich geschädigt. „Noch bedenklicher wäre jedoch die Schädigung, welche das Ansehen Deutschlands erleiden würde, wenn wir uns stillschweigend gefallen ließen, daß über deutsche Interessen ohne deutsche Mitwirkung verfügt wird. Zu den Aufgaben einer Großmacht gehört nicht nur der Schutz ihrer Territorialgrenzen, sondern auch die Verteidigung der außerhalb dieser Grenzen gelegenen berechtigten Interessen . . . Daß Frankreich als Nachbar in Marokko ein stärkeres Recht hat als wir, kann keinenfalls zugegeben werden . . . Deutschland hat nicht nur aus materiellen Gründen, sondern mehr noch zur Wahrung seines Prestiges gegen die beabsichtigte Aneignung Marokkos durch Frankreich Einspruch zu erheben. Lassen wir uns jetzt in Marokko stillschweigend auf die Füße treten, so ermutigen wir zur Wiederholung anderswo."

Die deutsche Berichterstattung aus Tanger vertrat naturgemäß 6522
denselben Standpunkt. Aber auch der Reichskanzler bekannte sich 6523
jetzt zu der Auffassung, daß Deutschland sich jetzt ohne jede Gegenleistung Schaden zufügen würde, wenn es das politische Privileg Frankreichs in Marokko ohne weiteres anerkenne. Er wies den deut-

schen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, an, sich zunächst rein persönlich darüber zu äußern, auf welchem Wege seiner Ansicht nach die Regelung der deutschen Beziehungen in Marokko Frankreich gegenüber am besten zur Geltung gebracht werden könnte.

6524 Fürst Radolin antwortete am 27. Juli und machte Vorschläge, die aber vom Staatssekretär Freiherrn v. Richthofen nicht völlig gebilligt
6525 wurden. Ihm schien es am besten, schrittweise und rein sachlich vorzugehen und dabei eine Vorzugsstellung Frankreichs möglichst lange zu ignorieren. Dieser Auffassung trat der Reichskanzler bei.

Auch der deutsche Botschafter in London sollte sich über seine
6526 Auffassung der Lage äußern, da es jetzt für Deutschland auf eine Auseinandersetzung mit Frankreich über Marokko hinauskomme. Graf
6527, 6531 Metternich sprach alsbald mit Lord Lansdowne und gewann den Eindruck, daß Deutschland unbekümmert um England gegen Frankreich fest auftreten könne, wenn es das Vertragsrecht auf seiner Seite habe. „Wenn aber irgendeine Macht versuchen sollte, den Franzosen politisch den Rang streitig zu machen, so wird die englische Diplomatie und vor allem auch die hiesige öffentliche Meinung auf Seite der Franzosen zu finden sein."

6528. Am 6. August 1904 regte der Gesandte in Tanger, Freiherr v. Mentzingen, unter Hinweis auf die drohende Gefahr ein Ultimatum
6529 an Marokko an. In Berlin wünschte man, ein solches Ultimatum, das leicht von der marokkanischen Regierung unberücksichtigt gelassen werden konnte, in seiner Wirkung durch eine Flottendemonstration zu verstärken. Der damals in Norderney weilende Reichskanzler er-
6530 klärte telegraphisch am 17. August sein Einverständnis und ersuchte um Herbeiführung der kaiserlichen Entscheidung, die aber ablehnend ausfiel.

Im September 1904 bemühte sich der deutsche Gesandte in
6532, 6533 Tanger aufs neue um den Erlaß eines Ultimatums, die Besetzung von Agadir oder die Entsendung von Kriegsschiffen. Gegen letztere
6534 Maßregel hatte sich der Kaiser sehr entschieden ausgesprochen, die
6535 Besetzung von Agadir aber erschien politisch nicht unbedenklich. Man erwog daher in Berlin nunmehr eine unmittelbare Aussprache mit der französischen Regierung. Vielleicht kam man so am weitesten, da — auch nach Auffassung des Geschäftsträgers v. Kühlmann in
6536 Tanger vom 9. November 1904 — die abwartende Politik Deutschlands in der marokkanischen Frage ihre Früchte zu tragen begann. Nach Kühlmanns Auffassung mußte die internationale Lage Frankreichs dazu beitragen, ihm eindringlich zu Gemüte zu führen, wie unverständig jede Lösung der marokkanischen Frage ohne die deutsche
6537 Sanktion sei. Der Reichskanzler trat dieser Auffassung bei.

Kapitel 146

Die deutsche Marokkoaktion bis zur Tangerfahrt Kaiser Wilhelms II.

Im November 1904 berichtete der deutsche Konsulatsverweser Dr. Vassel in Fes ausführlich über die Gefahren, die von Frankreichs 6538
wirtschaftlichen Bestrebungen in Marokko den anderen Ländern drohten. Frankreich strebte offenbar die Reorganisation der marokkanischen Armee durch französische Instrukteure, die Unterzeichnung eines französisch-marokkanischen Vertrages über den Ausschluß des politischen Einflusses fremder Staaten und schließlich die Kontrolle der marokkanischen Finanzgebarung an. Gelang es den Franzosen, dieses Programm zu verwirklichen, auf das sich der französische Gesandte in Tanger, St.-René-Taillandier, dem deutschen Geschäftsträger, v. Kühlmann, gegenüber wiederholt festgelegt hatte, so kam dies bei vollkommener Durchführung der Einrichtung eines Protektorats gleich. Einstweilen übten die Franzosen aber noch Vorsicht.

Im Dezember 1904 entließ der Sultan von Marokko, wie er der französischen, englischen und italienischen Gesandtschaft in Tanger 6539
mitteilte, unter Berufung auf seine Finanzlage sämtliche europäischen Angestellten, ohne aber Deutschland gegenüber einen solchen Schritt zu planen. Nach einem Berichte Dr. Vassels vom 10. Dezember 1904 6540
wünschte man in Marokko zu wissen, ob man auf die moralische Unterstützung Deutschlands zählen könne, wenn man sich weitgehenden französischen Zumutungen widersetzte. Der Reichskanzler Graf Bülow erwiderte darauf am 2. Januar 1905, Deutschland könne 6544
natürlich nicht so weit gehen, den Marokkanern Unterstützung in Aussicht zu stellen, erklärte aber doch Kühlmanns Gedanken für beachtenswert, „gegenüber der geeigneten marokkanischen Stelle anzudeuten, daß Deutschland an marokkanischen Angelegenheiten auch ein politisches Interesse nimmt".

Ende Dezember 1904 hatte man im Auswärtigen Amte auf Grund einer Meldung Kühlmanns vom 23. Dezember mit einer ernsthaften 6541
Bedrohung der Europäer im Inneren Marokkos gerechnet. Kühlmann hatte von der Möglichkeit gesprochen, daß die Entsendung eines oder mehrerer Schiffe nötig werden könne. Kühlmann war daraufhin telegraphisch angewiesen worden, sich über seine Haltung mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Tanger zu verständigen. In Tanger 6542
hatte auch der italienische Gesandte den Wunsch ausgedrückt, mit 6543
Deutschlands Vorgehen in enger Fühlung zu bleiben.

Je mehr die Franzosen die Schwierigkeit ihrer Stellung in Marokko zu erkennen schienen, um so lebhafter trat im Januar 1905 bei 6545
den Marokkanern ihr Wunsch nach Anlehnung an Deutschland her- 6546

vor. Dr. Vassel wurde ermächtigt, bei seinen Besprechungen mit dem Sultan darauf hinzuweisen, daß die nationalistische Partei in Frankreich einen Krieg mit Marokko fürchte, weil dadurch die deutsche Grenze teilweise entblößt werden würde. Man entschloß sich auch, gelegentlich die deutsche Flagge an der marokkanischen Küste zu zeigen und bestimmte hierfür zunächst S. M. Schiff „Stein", das Tanger anlaufen sollte.

Ende Januar 1905 berief der Sultan von Marokko eine Nationalversammlung ein, die über Reformen beraten sollte. Kühlmann erhielt den Hinweis, daß es jetzt voraussichtlich nicht an Gelegenheit fehlen werde, „ruhig und nicht polemisch, aber deutlich", wenn er befragt werde, darauf hinzuweisen oder durch Dr. Vassel darauf hinweisen zu lassen, die deutschen und französischen Interessen in Marokko seien nicht identisch; Deutschland könne nicht Marokkos wegen Frankreich den Krieg erklären, es beständen aber andere Fragen, die geeignet seien, das Mißtrauen zwischen Deutschland und Frankreich wachzuerhalten.

In der Einberufung der Notabelnversammlung nach Fes erblickte man in Berlin einen starken moralischen Rückhalt der Marokkaner gegen die französischen Forderungen. Nach Kühlmanns Auffassung schien die Hoffnung berechtigt, daß eine Fortsetzung der gegenwärtigen Haltung Deutschlands Frankreich zu der Einsicht bringen werde, daß ohne Verständigung mit Deutschland die marokkanische Frage so gut wie unlösbar sei. Als die französische Presse mit Heftigkeit zu fordern anfing, daß der Sultan von der Einberufung der Notabeln Abstand nehmen solle, weil von ihrer Tätigkeit nur Ungünstiges für Frankreich zu erwarten sei, wies der Reichskanzler Herrn v. Kühlmann darauf hin, das französische Volk wolle keinen Krieg, da dieser viel Geld und Blut kosten und außerdem die deutsche Grenze von Truppen entblößen werde. Das Wichtigste für die Machtstellung des Sultans den Franzosen gegenüber und damit auch für die deutschen Interessen sei die baldige Einberufung der Delegierten. Der Sultan könne sich dann hinter der „Volksstimmung" verschanzen, um französische Forderungen als unmöglich zurückzuweisen.

Inzwischen entwickelten sich die Dinge in Marokko etwa so, wie man es in Berlin angenommen hatte. Der französische Gesandte St.-René-Taillandier war auf seiner Spezialmission zu dem Sultan von Marokko am 25. Januar 1905 in Fes angekommen, mußte aber bald erkennen, daß die marokkanische Regierung sich hinter die einzuberufende Notabelnversammlung zurückzog. Dagegen machte das Erscheinen des deutschen Kriegsschiffes „Stein" in Tanger einen starken moralischen Eindruck. Kühlmann berichtete, aus dem ganzen Verhalten der Marokkaner sei ersichtlich, daß sie gern mit Deutschland gehen und den französischen Zumutungen gegenüber sich ab-

lehnend verhalten würden, wenn sie auch nur der moralischen Rückendeckung durch Deutschland sicher wären.

Allein wagte der Reichskanzler in dieser schwierigen Frage nun aber doch nicht vorzugehen. Er suchte daher festzustellen, ob Amerika sich dem deutschen Standpunkte anschließen würde, und beauftragte am 25. Februar 1905 den Botschafter Freiherrn Speck 6558
v. Sternburg, den Präsidenten zu sondieren. Dieser lehnte durchaus 6559
ab, da man im Kongreß so wenig Verständnis für auswärtige Fragen besitze, und da Marokko in Washington so gut wie gänzlich unbekannt sei; wollte er sich auf Marokko einlassen, so würde er sich den schwersten Angriffen aussetzen. Er kam aber immerhin der deutschen Regierung so weit entgegen, daß er versprach, seinen neuen Gesandten in Marokko anzuweisen, er möge sich mit seinem deutschen Kollegen in enge Fühlung setzen. Dieses kleine Zugeständnis ermöglichte dem deutschen Kanzler, bei Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß Deutsch- 6560, 6561
land und die Vereinigten Staaten von Amerika der Erhaltung des jetzigen Zustandes in Marokko günstig gestimmt seien. In dieser Zeit konnte aus einem Teil der englischen Presse eine bedingte Zu- 6562
stimmung zu Deutschlands Haltung herausgelesen werden.

Am 20. März 1905 erfolgte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die vom Reichskanzler veranlaßte Mitteilung, daß der deutsche Kaiser am 31. März 1905 Tanger anzulaufen gedenke. Dieser Besuch werde, wie der Reichskanzler dem Kaiser schrieb, Herrn Del- 6563
cassé in Verlegenheit setzen, seine Pläne durchkreuzen und unseren wirtschaftlichen Interessen in Marokko förderlich sein. Der Kaiser 6564
schrieb sofort zurück, die deutsche Kolonie und die Marokkaner träfen Vorbereitungen, um seinen Besuch auszuschlachten, und die Engländer wollten ihn gegen die Franzosen ausspielen; es solle sofort nach Tanger telegraphiert werden, daß es höchst zweifelhaft sei, ob er landen werde; er reise nur inkognito als Tourist und wünsche keine Audienzen und Empfänge. Bülow bat den Kaiser dringend, an den 6565
bisherigen Reiseplänen nichts zu ändern, weil daraus sonst leicht ein Rückzug vor Frankreich gefolgert werden könne. Der Kaiser erklärte sich einverstanden, und nun traf der Reichskanzler alle Vorbereitungen 6566
dahin, daß der Kaiser bei seiner Ankunft in Lissabon nähere Vorschläge über seinen Aufenthalt in Tanger vorfinden sollte.

In Paris machte der bevorstehende Besuch des deutschen Kaisers in Tanger ziemlich lebhaften Eindruck, die maßgebende Presse be- 6567
tonte aber geflissentlich, daß die korrekten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland durch diesen Besuch nicht beeinträchtigt würden. Falls er darauf angeredet würde, sollte der deutsche Botschafter Fürst Radolin zum Ausdruck bringen, weder Delcassé habe ihm 6568
gegenüber noch der französische Botschafter in Berlin dort sich jemals in einer Weise geäußert, die darauf hätte schließen lassen können, „daß die französische Regierung die marokkanische Frage,

bei welcher doch wegen der Lage Marokkos alle seefahrenden Länder interessiert seien, zum Gegenstand einer ernsten Besprechung zu machen wünsche". Im übrigen sollte er sich darauf zurückziehen, ohne Instruktionen zu sein, „da vermutlich die deutsche Regierung schon seit einiger Zeit nicht mehr erwartete, daß die marokkanische Frage von französischer Seite noch angeregt werden würde". Nach England ließ Bülow mitteilen,
6569 Deutschland erstrebe kein marokkanisches Gebiet und betrachte es nur als seine Aufgabe, seine dortige wirtschaftliche Lage gegen Verschlechterung zu wahren. Was Frankreich in Marokko erstrebe, wisse man in Berlin nicht: die deutsche Regierung habe keine Aussprache gesucht, die französische Regierung aber eine solche vermieden.

Je näher der Zeitpunkt für den Besuch des Kaisers in Tanger herannahte, um so stärker wuchs die Aufregung in der europäischen
6570–6573 Presse. Das Auswärtige Amt wurde vom Reichskanzler angewiesen, wenn die Diplomaten in Berlin nach Tanger und Marokko fragten, so solle ihnen gar nichts geantwortet, aber ein „ernstes und impassibeles Gesicht" gezeigt werden. „Unsere Haltung in dieser Beziehung gleiche vorläufig derjenigen der Sphinx, die, von neugierigen Touristen umlagert, auch nichts verrät."

Vor Antritt seiner Mittelmeerreise hielt der Kaiser in Bremen eine Rede, in der er ausführte, er habe sich auf Grund seiner Erfahrungen aus der Geschichte gelobt, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben. Der Reichskanzler beglückwünschte den Monarchen tele-
6574 graphisch am 27. März 1905 zu dem Eindruck dieser Worte, die er mit wirklicher Bewunderung gelesen habe, und die eine gute Ouvertüre für den Besuch in Tanger bildeten. In weiteren Tele-
6575, 6576 grammen, die nach Lissabon gerichtet waren, hatte der Kanzler schon tags vorher alle Einzelheiten des auf etwa fünf Stunden berechneten Besuches in Tanger festgelegt. Bülow empfahl dem Kaiser, Frankreich, ohne ein unfreundliches Wort über Frankreich zu sagen, in Marokko seinerseits zu ignorieren, das französische Vorgehen gegen Marokko gänzlich unerwähnt zu lassen und auch den französischen Geschäftsträger in Tanger mit keiner Ansprache, sondern nur mit einem stillschweigenden Gruße zu beehren.

Kurz vor dem Kaiserbesuche in Tanger trat die russische Presse unterstützend für den französischen Bundesgenossen ein. Ein viel
6577 beachteter Artikel der „Nowoje Wremja" griff die deutsche Marokkopolitik in giftiger Weise an. Bülow beauftragte sofort den deutschen Botschafter in Petersburg, Vorstellungen zu erheben, und Graf Lamsdorff verwahrte sich nachdrücklichst dagegen, daß irgendein Zusammenhang zwischen der Haltung der russischen Regierung und der Sprache der „Nowoje Wremja" in der Marokkofrage bestehe.

Da das nahe Bevorstehen des Kaiserbesuches in Tanger eine

gewisse Zurückhaltung auf deutscher Seite rechtfertigte, blieb der deutsche Geschäftsträger in Paris, v. Flotow, auf Weisung des Reichskanzlers am 29. März 1905 dem Empfangstage Delcassés fern. Es 6578. 6579
sollte nicht der Eindruck entstehen, als erwarte Deutschland Eröffnungen über Marokko.

Im letzten Augenblick schien der Kaiserbesuch in Tanger noch in Frage gestellt werden zu sollen. Kaiser Wilhelm telegraphierte am 28. März aus Lissabon, in Tanger sei bereits der Teufel los und ein 6580
Engländer fast ermordet; Graf Tattenbach, der deutsche Gesandte in Lissabon, solle mitfahren und sich die Sache erst einmal ansehen, ehe er, der Kaiser, an Land gehe. Der Kanzler wies nun den Grafen Tattenbach darauf hin, vermutlich würden die Franzosen durch 6581
Einschüchterungsversuche den Kaiserbesuch zu hintertreiben suchen; es bestehe die Hoffnung, daß der Kaiser sich bei der Landung in Tanger kaum mehr exponiere als bei seinem täglichen Spaziergange 6582
im Tiergarten. Die Sicherheit der allerhöchsten Person gehe allem anderen vor. Er, der Kanzler, würde es aber als ein Unglück für 6583
Seine Majestät und für das Deutsche Reich ansehen, wenn die Lage in Tanger wirklich so wäre, daß die Landung unterbleiben müßte. Die feindliche Presse würde natürlich verbreiten, daß der Kaiser einer vermeintlichen Gefahr, die man hinterher als imaginär darstellen würde, habe ausweichen wollen. Dadurch würde die Scheu beseitigt, die die Welt heute vor der unerschrockenen Tatkraft Seiner Majestät habe: diese Scheu aber sei bisher ein Hauptfaktor für die friedliche Erhaltung der Machtstellung Deutschlands gewesen. „Wenn das Prestige der Allerhöchsten Person litte, würde das Benehmen des Auslandes uns gegenüber ein anderes werden, und wir würden uns bald, bei der ersten besten Gelegenheit, vor die Alternative zwischen Zuschlagen und Zurückweichen gestellt sehen." Es war wohl kaum eine gute Politik, die derart auf ein rein persönliches Moment aufgebaut wurde.

In Paris zeigte die Presse Neigung zum Einlenken. Der „Temps" vom 28. März 1905 betonte angesichts des bevorstehenden Kaiser- 6584
besuches, wenn die deutsche Regierung weitere Aufklärungen über Marokko wünsche, so würde sie keine Schwierigkeiten finden, in Paris eine befriedigende Antwort zu erhalten, falls es sich nur um kommerzielle Interessen handele. Bülow vermerkte dazu: „Wir haben gar keinen Anlaß, uns mit Bitten an Frankreich zu wenden. Der Sultan von Marokko ist und bleibt für uns ein unabhängiger Souverän, mit dem wir zunächst allein über marokkanische Angelegenheiten verhandeln."

Trotz aller Bestrebungen in der persönlichen Umgebung des Kaisers, die Landung des Monarchen in Tanger zu verhindern, wirkte 6585
Graf Tattenbach nach Kräften dafür, daß der Besuch stattfand, nachdem bereits so viel die Rede davon gewesen war. „Nur nicht zurück-

6586 weichen!“ telegraphierte Bülow am 29. März an Tattenbach und
6587 suchte in einem Telegramm vom 30. März an den Geschäftsträger
v. Kühlmann alle den Kaiser etwa erwartenden Unbequemlichkeiten
zu beseitigen. Der Kaiser selbst war, wie der ihn begleitende Ge-
6588 sandte v. Schoen am 31. März 1905 aus Gibraltar telegraphierte, bis zum
letzten Augenblick schwankend und geneigt, den Besuch unter Vor-
wand von Landungsschwierigkeiten zu vermeiden. Mit Hilfe des
Kommandeurs der Leibgarde, Generalleutnants v. Scholl, der an Land
geschickt wurde und ganz ermutigende Nachrichten brachte, „gelang
es, das Zögern plötzlich zu überwinden und Ausführung der hi-
storischen Tat auszulösen, die mit Bravour durchgeführt wurde.“

6589 Schoen berichtete am 31. März 1905 telegraphisch ausführlicher.
Danach war alles sehr würdig verlaufen. Die Unterredungen des
Kaisers waren, mit Ausnahme einer solchen mit dem französischen
Geschäftsträger, der Huldigungen und Grüße Delcassés übermittelte
und gewissermaßen in dessen Namen den Kaiser in Marokko be-
grüßte, alle farblos. Der Kaiser betonte, er wünsche für Deutsch-
land freien Handel und volle Gleichberechtigung mit den anderen
Nationen. Er werde sich mit dem Sultan als einem gleichberechtig-
ten freien Herrscher eines unabhängigen Landes unmittelbar ver-
ständigen, seinen berechtigten Ansprüchen Geltung zu verschaffen
wissen und erwarte, daß diese auch von Frankreich gebührend re-
spektiert würden. Der französische Geschäftsträger, Graf Chérisey,
erbleichte bei diesen Worten, wollte antworten, „wurde jedoch durch
kurze Verabschiedung verhindert und zog gesenkten Hauptes ab“.
Im ganzen kennzeichnete Schoen den Besuch des Kaisers als vor-
trefflich, ohne jeden Zwischenfall, verlaufen und sichtlich von ge-
waltigem Eindruck auf Mauren und Fremde. Der Kaiser selbst sei
von dem Besuche in höchstem Maße befriedigt.

In Paris hatte man den bevorstehenden Kaiserbesuch in Tanger
verhältnismäßig ruhig aufgenommen, wenn auch in der Presse und
in der Gesellschaft immer der Ton einer leisen Beunruhigung zu
spüren gewesen war. Als besonders erfreulich hob der Geschäfts-
6590 träger v. Flotow in einem vor der Landung, am 30. März 1905, er-
statteten Berichte hervor, daß bisher, außer in den bekannten ultra-
chauvinistischen Blättern, nirgends eine eigentliche Erregung des
französischen Nationalgefühls bemerkbar geworden war. Die Reichs-
tagsrede des Kanzlers am 29. März hatte beruhigend gewirkt. Der
Kanzler hatte ausgeführt, daß Deutschland in Marokko keine terri-
torialen, sondern nur wirtschaftliche Interessen verfolge, vor allem
den Grundsatz der Gleichberechtigung aller handeltreibenden Völker.

Den Abschluß der Dokumente über die deutsche Marokkopolitik
bis zur Landung des Kaisers in Tanger möge an dieser Stelle der
6237 Hinweis auf den Brief Kaiser Wilhelms II. vom 11. August 1905

bilden, der in der zweiten Hälfte des 19. Bandes veröffentlicht ist[1]). Darin schrieb der Kaiser dem Kanzler, der seinen Abschied gefordert hatte: „Vergessen Sie nicht, daß Sie mich persönlich gegen meinen Willen in Tanger eingesetzt haben, um einen Erfolg in Ihrer Marokkopolitik zu haben. Lesen Sie meine Telegramme vor dem Tangerbesuch durch . . . Ich bin Ihnen zuliebe, weil es das Vaterland erheischte, gelandet, auf ein fremdes Pferd trotz meiner durch den verkrüppelten linken Arm behinderten Reitfähigkeit gestiegen, und das Pferd hätte mich um ein Haar ums Leben gebracht, was Ihr Einsatz war! Ich ritt mitten zwischen den spanischen Anarchisten durch, weil Sie es wollten und Ihre Politik davon profitieren sollte!"

Aus diesem Schreiben geht klar hervor, daß die Tangerfahrt ein wohlüberlegtes Stück der Bülowschen Politik gewesen ist, und daß es nicht geringer Mühe bedurft hat, um dieser Politik den von Bülow gewünschten Ablauf zu sichern[2]).

---

[1]) S. o. S. 59.

[2]) Man vergleiche hiermit die gehässige Schilderung Paléologues von den Vorgängen bei Tanger, die er am 30. Juni 1916 auf Grund eines „genauen und noch wenig verbreiteten Berichtes" dem Großfürsten Nikolaus Michailowitsch gegeben hat. (Maurice Paléologue, „Am Zarenhofe während des Weltkrieges". Tagebücher und Betrachtungen. Mit einer Einleitung von Benno v. Siebert. 2 Bände, Verlag F. Bruckmann A.-G., München 1925.) Danach hätte Kaiser Wilhelm II., der mit seiner Jacht „Hamburg" am 31. März 1905 vor Tanger anlegte, dort den Kommandanten eines französischen Kreuzers „Du Chayla", den Fregattenkapitän Debon, empfangen und ihn gefragt, ob es gefährlich sei, wenn er an Land gehe. Debon soll geantwortet haben, es sei nicht im mindesten gefährlich, starker Wellenschlag oder Wind seien nicht zu befürchten. Der Kaiser habe sich damit aber noch nicht zufrieden gegeben, sondern nochmals gefragt, und dann noch zweiundeinhalb Stunden mit Gegenbefehlen und Zaudern verloren, bis er schließlich gegen Mittag an Land gegangen sei.

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Der zwanzigste Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 20. Bandes

Zweite Hälfte

KAPITEL 147

Die Marokkokrise. Delcassés Sturz. Dokumente Nr. 6591—6685 . . . 97

KAPITEL 148

Die Deutsch-Französische Verständigung über den Konferenzgedanken. Die Erklärungen vom 8. Juli 1905. Dokumente Nr. 6686—6770 . . . 103

KAPITEL 149

Die Verständigung über das Konferenzprogramm. Das Übereinkommen vom 28. September 1905. Dokumente Nr. 6771—6836 106

KAPITEL 150

Die Marokkofrage und die Deutsch-Englischen Beziehungen. Ein Englisches Allianz-Angebot an Frankreich? Dokumente Nr. 6837—6888 . 113

Kapitel 147

Die Marokkokrise. Delcassés Sturz

Die Dokumente des 147. Kapitels erstrecken sich zeitlich vom 27. März bis zum 11. Juni 1905. Bei der Durchsicht der Schriftstücke empfiehlt es sich, die synchronistische Zusammenstellung heranzuziehen, um den Zusammenhang der Gesamtpolitik nicht zu verlieren und im besonderen die Bedingtheit der deutschen Westpolitik durch die ostasiatischen Vorgänge zu erkennen.

Der Gesamtinhalt der Akten läßt sich dahin zusammenfassen, daß es sich für Deutschland damals darum handelte, den Sultan von Marokko zu selbständigen Schritten zu veranlassen, andererseits aber Frankreich gegenüber jede Unterhandlung so lange abzulehnen, ehe nicht die Annahme der deutschen Vorschläge völlig gesichert erschien. Demgemäß beanspruchen die Korrespondenzen mit den Vertretern Deutschlands in Tanger neben den Weisungen für den deutschen Botschafter in Paris im 147. Kapitel den breitesten Raum.

Zunächst wünschte der Reichskanzler Graf Bülow zu wissen, wie sich die englische Regierung zu dem Gedanken einer von 6591
Marokko erbetenen Gesandtenkonferenz in Tanger stellen würde. Aus Tanger meldete Dr. Vassel am 1. April 1905, in Fes bestehe 6592,
Neigung, die französischen Pläne mit dem Hinweise zu beantworten, 6595
diese müßten erst einer Konferenz von Vertretern Europas, etwa in Tanger, vorgelegt werden. Deutschland erklärte, einen derartigen 6593
marokkanischen Antrag unterstützen zu wollen.

Die italienische Regierung hatte in Berlin den Wunsch aussprechen lassen, zugezogen zu werden, sobald Deutschland mit der 6594
französischen Regierung in Verhandlungen über Marokko einträte. Bülow ließ mitteilen, ein Gedankenaustausch mit Frankreich sei nicht beabsichtigt, da die französische Regierung keine derartige Absicht habe erkennen lassen, obwohl schon zwölf Monate seit dem Abschluß der französisch-englischen Marokkokonvention verflossen 6596
seien. Fürst Radolin wurde angewiesen, falls Delcassé jetzt Neigung zeige, über Marokko zu reden, seine Erklärungen einfach ohne Diskussion ad referendum zu nehmen.

Einen wertvollen Einblick in die damalige Tätigkeit des Vortragenden Rats v. Holstein und seine Gegensätzlichkeit zu dem Leiter des Pressewesens im Auswärtigen Amte, Hammann, gewähren die Dokumente Nr. 6597, 6598, 6607. Holstein hatte den Wunsch,

ein von ihm entworfenes Presseprogramm veröffentlicht zu sehen, in
6597 dem sein Grundsatz zum Ausdruck gelangte, die deutsche Regierung würde sich an einer Sonderabmachung über marokkanische Angelegenheiten, falls nicht die marokkanische Regierung und sämtliche Vertragsmächte zu Worte kämen, nicht beteiligen. Hammann hingegen
6598 hatte die Presse bis jetzt nach dem Grundsatze bearbeitet, Deutschland gehe nicht über Paris, sondern direkt nach Fes. Jetzt solle, nach Holsteins Wunsche, als leitender Gesichtspunkt aufgestellt werden, Deutschland gehe weder nach Paris noch nach Fes, sondern auf eine Konferenz. Legte sich Deutschland, so meinte Hammann, in seiner halbamtlichen Presse auf eine Konferenz fest, so müßte diese auch diplomatisch durchgesetzt werden; sonst kam auf das persönliche Konto des Reichskanzlers ein Mißerfolg. Bülow trat dieser Auf-
6606 fassung bei. Holstein war darüber verstimmt und beklagte sich in einer Aufzeichnung vom 7. April 1905 über die mangelhafte Leitung
6607 unserer Presse. Hammann verteidigte sich unter Hinweis darauf, daß die von Holstein beanstandeten Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 2. und 5. April 1905 nach den Richtlinien des Reichskanzlers entworfen und von ihm vor dem Druck genehmigt worden seien.

Der leitende Gesichtspunkt der deutschen Politik in den kommenden Wochen war, wie Bülow am 4. April 1905 an den Kaiser, der sich auf der Mittelmeerreise befand, telegraphierte, daß Deutschland in seiner mächtigen und auch rechtlich unangreifbaren Stellung die Erledigung der marokkanischen Frage mit Ruhe abwarten könne. Frankreich werde voraussichtlich isoliert bleiben, Rußland sei mit sich selbst beschäftigt, und für England sei es angesichts des Eintretens des Präsidenten Roosevelt sowie auch eines erheblichen Teiles der englischen öffentlichen Meinung für die Politik der offenen Tür sehr schwierig, Frankreich größere Gefälligkeiten zu leisten.

In Paris beurteilte Delcassé, wie der deutsche Geschäftsträger
6600 v. Flotow am 3. April berichtete, die Lage sehr ernst. Der italienische Botschafter in Paris billigte die deutsche Haltung nicht, hielt die Stellung Delcassés für gefährdet, und auch der spanische Botschafter schien der deutschen Politik nicht sympathisch gegenüberzustehen. Flotow, den Holstein auf Grund seiner Berichte als „etwas ein-
6601 drucksfähig" bezeichnete, verhielt sich daher in allen Gesprächen möglichst zurückhaltend.

Deutschlands unnachgiebige Haltung in Paris entsprach vor allem
6601 den Anschauungen Holsteins. Er machte sich den Gedanken zu eigen, daß der Kaiser durch seine dem Grafen Chérisey in Tanger abgegebene Erklärung[1]) die deutsche Politik festgelegt habe. Ein Zurückweichen würde auf gleichem Niveau mit Olmütz stehen und Faschoda ver-

[1]) S. o. S. 92.

gessen machen. Holstein hielt es für höchst unwahrscheinlich, daß eine Konferenz gegen das Votum von Deutschland und Amerika den Franzosen Marokko als Beute überlassen würde. Lehne Frankreich aber die Konferenz ab, so setze es sich allen Vertragsmächten gegenüber ins Unrecht. Die Aussichten für Deutschland seien also gut. „Jedenfalls aber — durch müssen wir nach dem, was Seine Majestät gesagt hat." Hierzu vermerkte Bülow: „Nicht deshalb, sondern im Hinblick auf die Gesamtsituation, und weil das Interesse des Landes es verlangt." Auch betonte er, man dürfe Seine Majestät nicht zu sehr in den Vordergrund schieben.

Am 4. April erbat der deutsche Botschafter in Paris daraufhin Weisungen, daß der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblattes", Theodor Wolff, von dem Pressereferenten Billy im Ministerium des Äußeren gefragt worden war, ob er glaube, daß ein etwaiger Schritt der französischen Regierung in Berlin keine Zurückweisung erfahren werde[1]). Bülow ließ nach Paris telegraphieren, Deutschland würde sich nicht für befugt halten, über die marokka- 6602
nische Angelegenheit anders als mit Marokko und den Vertragsmächten zu verhandeln.

Es kam nun alles darauf an, daß der Sultan von Marokko den Franzosen gegenüber Festigkeit bewies. Bei der Wichtigkeit der 6603, 6604
deutschen Vertretung in Tanger schien es angezeigt, den Grafen Tattenbach, der nach dem Besuche des Kaisers dort zurückgeblieben 6605
war, dort zu belassen. Graf Tattenbach hatte zu der Festigkeit der 6610
marokkanischen Politik kein Vertrauen und hielt es daher für nötig, möglichst bald den neuen deutschen Vertreter nach Fes zu schicken. Als solcher war der Gesandte Rosen in Aussicht genommen, der aber nicht vor zwei Monaten in Tanger eintreffen konnte. So erhielt 6605
Graf Tattenbach den Auftrag, einstweilen die Leitung der Gesandt- 6611
schaft in Marokko zu übernehmen, bis Dr. Rosen seinen Posten antreten könne. Als Richtlinie wurde ihm gegeben, daß Deutschland es auf keine Sondervorteile und daher auch auf keine Sonderabmachung mit irgendeiner Macht abgesehen habe.

Am 6. April 1905 fand sich ein Londoner Vertreter des „Matin" im Berliner Auswärtigen Amte ein, der ein freundliches Wort für 6608
Delcassé vom Reichskanzler zu erhalten hoffte. Der Vortragende Rat Hammann empfing ihn, mußte ihn aber abschlägig bescheiden. Bülow 6609
bezeichnete bei diesem Anlasse als Ziel der deutschen Politik lediglich, die deutschen Rechte in Marokko zu wahren; auf eine Sprengung des franko-englischen Marokko-Abkommens sei es gar nicht abgesehen.

Die Stellung des deutschen Botschafters in Paris war damals sehr schwierig. Von einem Teile seiner diplomatischen Kollegen wurde

[1]) Vgl. hierzu Theodor Wolff: „Das Vorspiel", München 1924.

6612 er immer wieder daraufhin angesprochen, daß Delcassé eine Aus-
6621 sprache erwarte. Als am 13. April 1905 Fürst Radolin mit Delcassé bei einem Diner auf der Botschaft zusammentraf, benutzte letzterer die Gelegenheit zu einer Aussprache[1]), der sich Fürst Radolin „mit markierter Kälte und Zurückhaltung" entzog. Radolin
6622 berichtete daraufhin nach Berlin und stellte zur Erwägung, ob es jetzt vielleicht gut sei, auch deutscherseits ein wenig nachzugeben und möglichst bald ein mindestens korrekt höfliches Verhältnis mit Frankreich wiederherzustellen. Auch in Berlin machte Frankreich durch
6623, 6624 seinen Botschafter Annäherungsversuche. Ihm wurde erwidert, die Herbeiführung eines Gedankenaustausches sämtlicher Mitunterzeichner der Madrider Konvention scheine Deutschland das einfachste und natürlichste Mittel zur Beseitigung des Mißtrauens und der Unsicherheit.

Es war nunmehr an der Zeit, daß der Sultan sich endlich entschloß, seinen Konferenzantrag zu stellen. Alle nach Tanger er-
6625–6632 gehenden Weisungen verfolgten dieses Ziel. Auch auf die Erhaltung
6633, 6634 der Übereinstimmung mit Amerika in der Marokkofrage legte die deutsche Regierung großen Wert.

Ende April kam dadurch ein neuer Ton in die deutsch-französi-
6635, 6640 schen Beziehungen, daß Ministerpräsident Rouvier zu dem deutschen Botschafter sagte, er stehe dafür ein, daß Frankreich alles tun werde, was an ihm liege, um mit Deutschland auf dem besten Fuße zu leben. Die Marokkofrage müsse endlich geregelt werden; es sei unmöglich und verbrecherisch, daß zwei Länder, die auf gegenseitige Verständigung und Annäherung angewiesen seien, sich zankten, und noch obendrein um Marokko. Rouvier deutete auch an, daß er sich keines-
6636 wegs mit Delcassé identifiziere. Er schien geneigt, an die Signatarmächte der Konvention von Madrid eine Zirkularnote zu richten, in der Frankreich, an die letzten Ereignisse anknüpfend, seinen Standpunkt in der Marokkoangelegenheit darlegen und die Ansicht der in Frage kommenden Regierungen erbitten wollte.

6637 Bülow ließ am 28. April 1905 Rouvier für seine Äußerungen danken und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die gegenwärtige Spannung sich unter Beteiligung aller Interessenten in befriedigender Weise erledigen lassen werde. Zunächst sei aber die Lage in
6641 Marokko noch unklar, und Deutschland müsse die Ankunft des
6643 Grafen Tattenbach in Fes abwarten. Dieser erhielt am 30. April 1905 die Weisung, dem Sultan zu erklären, er möge die französischen Forderungen ablehnen und die Verweisung der Gesamtfragen an eine
6644 Konferenz fordern. Dem Fürsten Radolin sprach Bülow für seine bisherige Behandlung der marokkanischen Angelegenheit am 1. Mai 1905 seine rückhaltlose Anerkennung aus.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 261/262.

Der weitere Gang der Verhandlungen geht aus den Dokumenten Nr. 6645—6685 hervor, die im Zusammenhange gelesen werden müssen. Für die Zwecke des Wegweisers erübrigt es sich, sie einzeln zu analysieren. 6645–6685

Die Hauptmarksteine der Entwicklung sind:

der im Auftrage Delcassés in Berlin über Rom unternommene Schritt (Nr. 6648), wonach Frankreich bereit war, dem deutschen Kaiser irgendeine von Deutschland zu bezeichnende eklatante Genugtuung zu gewähren, um darauf die Marokkofrage in einer Weise gemeinsam zu regeln, die das französische Ehrgefühl nicht zu tief verletze; — Bülow erblickte darin eine persönliche Machenschaft Delcassés und blieb zurückhaltend —; 6648 6649–6651

die Anregung Rouviers[1]) (durch den in Paris weilenden Freiherrn v. Eckardstein vermittelt), ob nicht der deutsche Kaiser in irgendeiner Form die Erklärung abgeben könne, Deutschland könne nicht dulden, daß Frankreich es außerhalb der marokkanischen Frage halte; es liege aber nicht in der Absicht Deutschlands, den Frieden Europas zu stören; 6652

die anfangs Mai in Paris beginnende Kampagne gegen Delcassé. Hierbei spielte eine große Rolle, daß Rouvier es nicht zu einem offenen Bruch mit Delcassé kommen lassen, sondern eine günstige Gelegenheit abwarten wollte, um ihn dann fallen zu lassen. Die gegen Delcassé aufgebrachte Stimmung in der öffentlichen Meinung konnte nach Ansicht Rouviers leicht zu seinen Gunsten umschlagen, wenn es hieß, er wäre der deutschen Politik zum Opfer gefallen. Auch hatte Delcassé in der Person des Präsidenten Loubet und bei König Eduard VII. eine mächtige Stütze. Delcassé selbst ließ damals in der Presse verbreiten, Deutschland wolle ihn stürzen; 6654–6658 6659 6660

die Ankunft des Gesandten Grafen Tattenbach in Fes, die eine Erklärung des französischen Gesandten in Fes im Auftrage Delcassés zur Folge hatte, wonach es keiner Macht zustehe, in marokkanischen Angelegenheiten zu intervenieren. Bülow erblickte darin eine Verschärfung der Lage und ließ Rouvier schleunigst darüber verständigen; 6662/6663 6665, 6666

die deutsche Fühlungnahme mit Amerika über die Gesamtheit der Marokkofragen; 6667, 6668

das unmittelbare Vorgehen der deutschen Regierung gegen ein weiteres Verbleiben Delcassés; 6669, 6674 6675, 6678–6680

die Nachricht aus Fes, wonach der Sultan die Mächte zu einer

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 262/263. Eckardstein hatte dem Kanzler gegenüber seiner Überzeugung Ausdruck geliehen, daß im Falle eines deutsch-französischen Konflikts die Engländer jetzt unbedingt mit Frankreich gehen würden; darüber habe König Eduard in Paris keinen Zweifel gelassen.

6670–6673 Konferenz einladen ließ, und die französischen Reformvorschläge ablehnte;

6681 die endgültigen Mitteilungen aus Paris über den Rücktritt Delcassés am 6. Juni 1905.

Im Augenblick des Rücktrittes Delcassés bat Rouvier die kaiser-
6682 liche Regierung um eine Erklärung, daß diese beabsichtige, ihm gegenüber eine freundschaftliche Politik zu verfolgen. Bülow ließ
6683 telegraphisch erwidern, Rouvier könne sich darauf verlassen, daß Deutschland nach der Entfernung des Herrn Delcassé mit demselben guten Willen wie früher an die Aufgabe herangehen werde, den Schaden wieder auszugleichen, den Delcassé in den Beziehungen der beiden großen Nachbarvölker angerichtet habe. Dies könne aber nicht von heute auf morgen, sondern nur allmählich geschehen. Für Deutschland sei das dadurch erleichtert, daß es nicht nötig habe, den Charakter seiner Politik, „welcher nie aufgehört hat, in der Frage der Würde wie in der Frage der Interessen ein rein defensiver zu sein, irgendwie zu ändern. Die Besserung wird anfangen in dem Augenblick, wo die französische Marokkopolitik nicht mehr den Charakter der Überstürzung hat, welchen Herr Delcassé ihr aufprägte". Jetzt aber könne Deutschland den Sultan nicht in dem Augenblick im Stich lassen, wo er, Deutschlands Rat folgend, die Einladung zur Konferenz habe abgehen lassen.

In Paris fand sich nach dem Sturze Delcassés in der gesamten Presse aller Parteien kaum ein Blatt, das nicht die gegen Deutschland gerichtete Politik Delcassés tadelte. Nach einem Berichte des
6684 Geschäftsträgers v. Flotow vom 7. Juni bestand damals zweifellos in Frankreich eine latente Unterströmung, die ein befriedigendes Einvernehmen mit Deutschland wünschte. „Wenn diese Strömung nicht einen lauteren und erkennbareren Ausdruck findet, so muß die Erklärung immer noch in Elsaß-Lothringen gesucht werden. Den territorialen Verlust offen anzuerkennen und als unwiederbringlich zu betrachten, gilt heute auch für die aller Revanche-Idee abgewandten Franzosen noch nicht als zulässig, und an dieser Schwierigkeit scheitert zunächst noch jeder Versuch einer weitergehenden Annäherung der beiden benachbarten großen Kulturnationen."

Ein abschließender Bericht des Botschafters Fürsten Radolin
6685 vom 11. Juni 1905 gibt Einzelheiten über die Vorgänge bei der Entlassung Delcassés. Bei einem Ministerrate am 6. Juni waren sämtliche Minister für Rouvier und gegen Delcassé aufgetreten. Darauf hatte Delcassé seine Entlassung eingereicht. Der Präsident Loubet hatte keine Schwierigkeiten gemacht, Delcassé zu opfern.

Wie sehr es Kaiser Wilhelm II. begrüßte, daß es nicht etwa um Marokkos willen zum Kriege kam, ersieht man aus der Tatsache, daß er den Bankier W. Betzold, der sich als Vertrauensmann Rouviers um die Schlichtung der Gegensätze zwischen Frankreich und Deutsch-

land besonders verdient gemacht hatte (Nr. 6645, 6646 usw.), mit dem Kronenorden 2. Klasse auszeichnete, obwohl eine niedrigere Ordensstufe zur Verleihung vorgeschlagen worden war, und zwar mit der Begründung, Betzold habe uns vor einem Kriege bewahrt.

Kapitel 148

Die Deutsch-Französische Verständigung über den Konferenzgedanken Die Erklärungen vom 8. Juli 1905

Für den kurzen Zeitraum vom 5. Juni bis zum 11. Juli 1905 enthält das 148. Kapitel nicht weniger als 85 Dokumente. Im Zusammenhange gelesen, enthüllen sie die peinliche Zwangsläufigkeit, unter der eine Verständigung mit Frankreich über die Konferenz herbeigeführt werden mußte, nachdem Deutschland sich durch die Landung des Kaisers in Tanger auf dem Wege seiner Marokkopolitik einmal unwiderruflich festgelegt hatte. Sie lassen auch erkennen, wie gering die Unterstützung gewesen ist, die Deutschland auf diesem Wege seitens der anderen Mächte und besonders seitens seiner Dreibundgenossen erhalten hat.

Am 5. Juni 1905 erging von Berlin die Weisung nach Tanger, 6686
der marokkanischen Regierung solle sofort schriftlich mitgeteilt
werden, daß Deutschland die Einladung zur Konferenz in Tanger
annähme. Entsprechende Mitteilung erging nach Paris. Es bedurfte 6687
nun zeitraubender und schwieriger Verhandlungen, um die Annahme
der Konferenz durch Frankreich durchzusetzen, da man in Paris in 6700
einer solchen Konferenz eine Demütigung Frankreichs erblicken
wollte. In Paris herrschten Panik und Kriegsfurcht, und immer wieder 6703
betonte Rouvier in Besprechungen mit dem deutschen Botschafter 6705
die Unzweckmäßigkeit einer Konferenz.

Besonders charakteristisch war die Behandlung der Marokko-
Angelegenheit durch Italien. Graf Monts erstattete darüber am 6709
12. Juni einen ausführlichen Bericht, der uns deutlich zeigt, daß damals der Dreibund nur noch scheinbar bestand. Bülow hatte nach Rom mitteilen lassen, daß ein Versagen Italiens in der Konferenzfrage als eine „reductio ad absurdum“ des Dreibundes erscheinen müsse. Trotzdem leitete Italien zunächst einen Meinungsaustausch mit London und Paris ein. Graf Monts gab zu, daß Unstimmigkeiten zwischen dem deutschen Delegierten einerseits, Frankreich oder England bzw. beiden andererseits sofort eine für das römische Kabinett mißliche Lage schaffen mußten. Aber er hielt doch einen weiteren Verbleib Italiens im Dreibunde für nicht mehr wesentlich und er-

örterte die Frage, ob, namentlich wirtschaftlich, die Türkei mit ihrem kleinasiatischen Hinterlande für Deutschland gegenwärtig nicht ebenso wichtig sei wie Italien. Prophetisch schrieb er: „Wenn in der verhältnismäßig gefahrlosen Marokkofrage Italien sich uns bisher glatt versagte, so gibt dies einen Vorgeschmack für das, was wir von diesem Alliierten in wirklich ernsten oder gefährlichen Momenten zu erwarten haben. Es scheint, als wenn der Dreibund, was Italien anlangt, sich überlebt hat, um so mehr, als Deutschland in den Kreis der Weltmächte eingetreten ist. Trotzdem wäre eine Brüskierung selbst eines so schwachen europäischen Faktors wie Italien gewiß nicht richtig, vielleicht aber ein allmähliches Einschlafenlassen des Bündnisverhältnisses in Erwägung zu nehmen. Ein so unsicherer Klient wie die Pseudo-Großmacht Italien ist kaum etwas anderes wie ein totes Gewicht, das unsere Politik unnütz mitschleppt."

6718 Am 19. Juni 1905 sah Bülow, wie er nach Tanger mitteilen ließ, die Aussichten für das Zustandekommen der Marokkokonferenz als wesentlich gebessert an. Auf das marokkanische Reformwerk legte er hohen Wert und bemerkte, sein Scheitern auf der Konferenz würde Deutschland schweren Vorwürfen aussetzen, nachdem es durch sein Vorgehen die einseitigen französischen Reformvorschläge vereitelt und
6720, den ganzen Reformplan an die Konferenz verwiesen habe. Es ergaben
6724– sich aber immer neue Schwierigkeiten, über die zwischen Berlin und
6726 Paris hin und her verhandelt werden mußte. Zeitweise wünschte der
6728 Fürst von Monaco zu vermitteln[1]), der über die Ende Juni 1905 sich
6729 neu verschärfenden Gegensätze ganz verzweifelt war. Bülow betonte
6730 am 24. Juni, man stehe jetzt vor dem Wendepunkt der marokkanischen Frage; Rouvier schlage neuerdings Wege ein, die eine gütliche Re-
6732 gelung der Marokkofrage zweifelhaft machten. So wollte Rouvier in Washington glaubhaft machen, daß Frankreich die marokkanische Konferenz schon so gut wie angenommen habe, so daß Roosevelt
6731 am 24. Juni[2]) bereits dem deutschen Kaiser zu seinem diplomatischen Erfolge gratulieren ließ. Bülow wünschte daraufhin, daß der Kaiser
6733 den Fürsten von Monaco über den wahren Sachverhalt unterrichten möge.

Wie ernst die Lage war, erhellt aus einem Telegramm Bülows
6734 an den Fürsten Radolin vom 25. Juni 1905. Darin führte er aus, daß die französische Regierung, wenn sie die Konferenz endgültig zum Scheitern bringe, damit rechnen müsse, daß Deutschland sodann dem Sultan von Marokko seine Unterstützung gewähren müsse. Damit würde eine Lage geschaffen, aus der sich bedenkliche Komplikationen
6735 ergeben könnten. Am gleichen Tage aber vermochte Fürst Radolin aus Paris zu melden, er habe Grund zur Annahme, daß Rouvier
6736 einlenken würde; eine Nachricht, die Bülow erfreut aufnahm.

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 263.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 263/264.

In Washington hatte sich Roosevelt dafür eingesetzt, daß auch Frankreich den Gedanken der Konferenz annehmen möge, und von Paris waren einlenkende Äußerungen zurückgelangt. Roosevelt, der anfangs Bedenken getragen hatte, sich in die Marokkofrage amtlich einzumischen[1]), hatte sich schließlich aus Rücksicht auf den deutschen 6738
Kaiser doch mit der Sache befaßt. Er sah in dem Ausgang der Verhandlungen einen Triumph Deutschlands.

Das Telegramm aus Washington war in seinen Schlußfolgerungen zwar ein wenig verfrüht, aber die Verhandlungen schritten nun doch 6739
schneller vorwärts. Bülow bat den französischen Botschafter, Herrn Bihourd, zu sich und überreichte ihm eine ausführliche, sachlich gehaltene Antwort auf die jüngste französische Auslassung über die 6740
Marokkofrage, die im deutschen Weißbuche „Aktenstücke über Marokko 1906" unter Nr. 21 veröffentlicht ist. In dieser Antwort[2]) wurde zum Schluß ausgeführt, es sei die höchste Zeit, aus einer ungewissen und gefährlichen Lage herauszukommen, um den Weg zur Beruhigung, zur Versöhnung und zum Frieden zu beschreiten.

Zahlreiche Unterredungen in Berlin und Paris schlossen sich an. Bülow bestrebte sich, in seinen Besprechungen mit dem Botschafter 6741–6752
Bihourd zu zeigen, daß die deutsche Politik bestrebt sei, Frankreich in der Marokkofrage nicht nur nicht zu brüskieren, sondern ihm möglichst entgegenzukommen, weil Deutschland die Verbesserung und vermehrte Sicherung seiner Beziehungen zu Frankreich für wichtiger erachte als seine Interessen in Marokko. Das kam insbesondere in einer Unterredung mit Bihourd am 30. Juni 1905 zum Ausdruck, 6753
über die der Reichskanzler den Fürsten Radolin am 1. Juli unter Beifügung eines französischen Schriftsatzes unterrichtete[3]).

Die Dokumente 6754—6770 zeigen den endgültigen Abschluß der Angelegenheit, nachdem Rouvier seine bisherigen Bedenken gegen 6754
die Konferenz hatte fallen lassen. Einen weiteren Aufschub hielt der Reichskanzler für unmöglich, da der Kaiser am 9. Juli seine Nord- 6759
landreise anzutreten beabsichtigte und es erforderlich schien, bis dahin „die schwierigste und gefährlichste Phase der Marokkoangelegenheit" zu regeln.

Einen Tag vor der geplanten Abreise des Kaisers, am 8. Juli 1905, meldete Fürst Radolin telegraphisch aus Paris, daß das deutsch-französische Abkommen über die Marokkokonferenz soeben in Paris weisungsgemäß unterzeichnet worden sei. Der Text des Abkommens ist in Nr. 6767 enthalten[4]). Rouvier hatte noch kleinere redaktionelle 6767
Wünsche, denen nur zum Teil entsprochen werden konnte. Als Fürst 6768, 6769

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 264/265.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 266 ff.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 268/269.
[4]) Deutscher Wortlaut siehe S. 269/270.

6770 Radolin am 11. Juli die Originale der von Rouvier und ihm am 8. Juli unterzeichneten Schriftstücke nach Berlin sandte, wies er mit Recht darauf hin, es habe viel Mühe, Geduld und mitunter recht energisches Auftreten erfordert, um diese an sich so einfache Arbeit zu beenden, die längst erledigt sein würde, wenn es nur auf Herrn Rouvier angekommen wäre.

Kapitel 149

Die Verständigung über das Konferenzprogramm Das Übereinkommen vom 28. September 1905

In der Annahme des Konferenzgedankens durch Rouvier erblickte
6771 man im deutschen Auswärtigen Amte den Ausdruck der Überzeugung dieses französischen Staatsmannes, „daß die deutsche Regierung wirklich den Wunsch hege, sich mit Frankreich über die Marokkofrage zu verständigen". Man hätte nur in Paris gern einen anderen Vertreter Deutschlands als den Grafen Tattenbach auf der Konferenz
6772 gesehen. Deutscherseits wünschte man Dupuy als Minister des
6776 Äußeren. Das war jedenfalls die Ansicht des Vortragenden Rats v. Holstein. Von Révoil als Hauptvertreter Frankreichs auf der Konferenz befürchtete man eine Fortsetzung der Politik Delcassés.

Nachdem Frankreich die Konferenz angenommen hatte, war
6773 Deutschland bereit, sich mit ihm im einzelnen über das Programm und die Ziele der Konferenz zu verständigen. In diesem Sinne verständigte Bülow den deutschen Botschafter in Paris. Dem Grafen
6774 Tattenbach ließ er nach Fes mitteilen, er sei für die Konferenz als Erster deutscher Delegierter in Aussicht genommen. Als Ort der
6775 Konferenz schlug der Sultan Tanger vor, während man auf französischer Seite zum Haag und zu Genf neigte.

Am 20. Juli 1905 übergab Rouvier in Paris dem deutschen Bot-
6777 schafter einen Programmentwurf für die Konferenz[1]). Die Gründe, die Deutschland für Tanger anführte, erklärte er als einleuchtend, behielt sich aber eine endgültige Antwort vor.

Das deutsche Auswärtige Amt hatte am 13. Juli (Nr. 6775) an die Botschafter in Wien, Madrid, Rom, Petersburg, Paris, London und Washington Instruktionen ergehen lassen, in denen betont wurde, daß eine Marokkokonferenz außerhalb Marokkos voraussichtlich nichts Brauchbares zuwege bringen würde. Offenbar rechnete man in Berlin stark auf eine weitere Förderung des Konferenzgedankens in deutschem Sinne durch den Präsidenten Roosevelt. Diese Hoffnung wurde
6778 durch ein Telegramm vom 25. Juli zerstört. Roosevelt ließ sagen[2]), Amerika habe kein Interesse an der Sache, und nur seine große Teil-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 270.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 270/271.

nahme für den Kaiser und seine — Roosevelts — Sorge um den Frieden habe ihn bisher dazu vermocht, so zu handeln, wie der Kaiser es ihm nahegelegt habe[1]).

Die Mitteilung, die Kaiser Wilhelm II. dem Präsidenten der Vereinigten Staaten über die Vorgänge von Björkoe am 28. Juli 1905 machte[2]), und wonach der Zar „ruhig, gesammelt, fest und friedlich" gesonnen sei und das Wirken des Präsidenten für den Frieden mit Dank begrüße, beantwortete Roosevelt am 30. Juli[3]). In diesem 6779, 6786
Telegramm betonte er, Révoil sei einer Verständigung mit Deutschland geneigt; man sei aber in Frankreich gegen Tanger und wünsche eine andere Stadt zu wählen. Vielleicht könnte die Konferenz in Tanger eröffnet, aber anderwärts, z. B. in San Sebastian oder in einer Stadt der Schweiz, fortgesetzt werden.

Neue Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland ergaben sich aus der Tatsache, daß in Marokko einige Arbeiten und Lieferungsaufträge bereits an deutsche Unternehmer vergeben worden 6780
waren, während Frankreich der Ansicht war, alle diese Dinge müßten erst auf der Konferenz geregelt werden.

In Bülows Beurteilung der gesamten Marokkoaktion trat in Verbindung mit den Vorgängen von Björkoe, die beim Studium der Akten unter Benutzung der synchronistischen Zusammenstellungen stets scharf im Auge behalten werden sollten, ein bemerkenswerter Umschwung ein. „Wir müssen", telegraphierte er von Norderney am 31. Juli 1905 an das Auswärtige Amt, „uns die Möglichkeit reservieren, 6782
Frankreich in dem Augenblick, wo dieses sich wegen seines Anschlusses an die deutsch-russische Verständigung[4]) zu entscheiden hat, auch freie Hand in Marokko gewähren zu können. Eine bessere Verwendung könnte Marokko für uns nicht finden, und das wäre der weitaus günstigste Abschluß unserer Marokkokampagne. Um dies zu erreichen, dürfen wir unseren prinzipiellen und allgemeinen Standpunkt in der Marokkofrage nicht vorzeitig preisgeben. Die Franzosen dürfen aber auch nicht glauben, daß unsere letzten Absichten dahin gingen, in Marokko selbst endgültig Fuß zu fassen. Es erscheint mir ratsamer, die Marokkofrage bis auf weiteres versumpfen zu lassen, als sie zu brüskieren. Schiebereien oder Drohungen wegen Marokkos in diesem Augenblick würden Frankreich nur noch enger an England herandrängen und gleichzeitig Kaiser Nikolaus in die Meinung versetzen, daß er unmittelbar nach Björkoe gezwungen werden solle, zwischen uns und Frankreich zu optieren." In diesem Sinne wurde Fürst Radolin verständigt.

---

[1]) Siehe deutsche Übersetzung von Nr. 7074. S. 283/284.
[2]) Vgl. Band 19, 2. Hälfte, Nr. 6319, s. o. S. 66, und Nr. 6221—6223. S. o. S. 56.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 271.
[4]) Von Björkoe.

6783 Aus Paris übersandte anfangs August 1905 Rouvier einen Programmentwurf für die Konferenz[1]). Dem Wunsche der deutschen
6784 Politik entsprach es, möglichst bald in die Lage versetzt zu werden, gemeinschaftlich mit der französischen Regierung die Einzelheiten des Konferenzprogramms mit dem Sultan festzulegen. Die Verständigung mit Frankreich wurde aber durch die dortige Erregung über die bereits festgelegten wirtschaftlichen Sondervorteile Deutschlands in Marokko ernstlich beeinträchtigt. Fürst Radolin wurde daher
6785 angewiesen, zur Vermeidung eines Bruches mit Frankreich unbedingt daran festzuhalten, daß Deutschland vorläufig keine Abmachungen mit dem Sultan treffen dürfe, um sich irgendwelche Sondervorteile in Marokko zu sichern.

Die französischen Vorschläge für das Konferenzprogramm (Nr. 6783) wurden in Berlin im allgemeinen als annehmbare Grundlage angesehen. Man wünschte aber nicht, vor der Konferenz zu sehr in Einzelberatungen mit Frankreich einzutreten. Dies war jedenfalls
6787, 6789 die Auffassung Bülows. Auch Holstein betonte jetzt, Frankreich wünsche ebenso wie Deutschland eine friedliche Erledigung; dagegen gehe die persönliche Politik des Königs Eduard VII. auf Biegen oder Brechen, das heißt der deutsche Kaiser solle sich biegen. Der englische König erzähle jedem, daß sein Neffe nichts tun und sich unter allen Umständen ruhig verhalten werde.

Auf Vermittlung einer englischen Firma in Tanger hatte sich bereits im April 1905 in Berlin ein Bankkonsortium gebildet, das sich bereit erklärte, dem Sultan gegen Sicherheiten auf die nächste von Marokko aufzunehmende ordentliche Anleihe einen Vorschuß von 10 Millionen Mark zu gewähren, ohne daß jedoch dieser Vorschuß von irgendwelchen Konzessionen wirtschaftlicher oder anderer Art abhängig gemacht wurde. Im August 1905 bezeichnete man nun in
6790 Paris dieses Vorschußgeschäft der deutschen Banken als eine Verletzung des deutsch-französischen Abkommens vom 8. Juli 1905 (Nr. 6767). Trotz baldigst erfolgter Klarstellung trug dieser Vorgang erneut zur Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen bei. Der französische Botschafter in Berlin betonte, solche Zwischen-
6791 fälle wirkten schädlich, da in Paris dadurch ein Umschlag bewirkt werden könnte; er halte aber immer an der Hoffnung fest, daß Deutschland und Frankreich nach Erledigung der Differenzen über Marokko nicht allein zu besseren, sondern sogar zu sehr guten Beziehungen gelangen würden.

6792 Über das Konferenzprogramm, das deutscherseits am 22. August
6793–6796 ausführlich beantwortet wurde, wurde nun in Paris lebhaft hin und her verhandelt. Rouvier betonte immer wieder seinen Wunsch, nicht Tanger, das auch keinerlei Sicherheit für die Fremden biete, sondern
6797 Madrid oder eine näherliegende Stadt als Konferenzort zu wählen.

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 271/272.

Da im Auswärtigen Amte zu Berlin verschiedene Bedenken gegen das französische Konferenzprogramm geltend gemacht wurden, entschloß sich der Reichskanzler Fürst Bülow am 4. September 1905 dazu, den für Tanger bestimmten Gesandten Rosen sofort nach Paris 6799
zu entsenden, um in mündlichen Besprechungen den Versuch zu machen, die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Gleichzeitig mit Dr. Rosen sollte sich der Geheime Legationsrat Kriege nach Paris begeben, um dort dem deutschen Botschafter die in der Marokkofrage maßgebenden juristischen Gesichtspunkte mündlich darzulegen.

Fürst Radolin erblickte offenbar in diesen Entsendungen ein leichtes Mißtrauen, gab aber sofort in einem Telegramm an Holstein 6800
der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Rosen ein befriedigenderes Resultat erreichen möge.

In Berlin empfing am 4. September 1905 der Reichskanzler den 6801
französischen Botschafter Bihourd[1]) und sagte ihm, der Kaiser teile sein Verlangen, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, sei jedoch ebenso wie der Reichskanzler fest entschlossen, die Linie nicht zu überschreiten, jenseits deren seine Würde und die Würde Deutschlands einer Gefahr ausgesetzt wären. Die Entsendung des Gesandten Rosen sei ein ehrlicher Versuch, nun endlich zu der in mehr als einer Beziehung so wünschenswerten Verständigung zu gelangen. Dem Fürsten Radolin wurde der Wunsch des Kaisers nach einer Verständigung mit Frankreich eindringlich mitgeteilt.

Dr. Rosen gewann sofort den Eindruck, daß durch weitere juristische Deduktionen die deutsche Sache nicht gefördert werden könne. In diesem Sinne telegraphierte er am 8. September an 6802
den Reichskanzler, der sich damals in Baden-Baden befand. Dieser telegraphierte an das Auswärtige Amt weiter, es scheine jetzt alles 6803
darauf anzukommen, „daß wir aus der in letzter Zeit augenscheinlich verfahrenen Marokkoangelegenheit jetzt in einer Weise herauskommen, die unser Ansehen in der Welt intakt erhält und den wirtschaftlichen und finanziellen deutschen Interessen möglichst Rechnung trägt". Fürst Radolin müsse jetzt auf eine ruhige Haltung der französischen Presse hinwirken.

Dr. Rosen begegnete in Paris überall dem Ausdruck des Wun- 6804
sches nach einem guten Einvernehmen mit Deutschland. Das Auswärtige Amt trat seinen Auffassungen bei und ermächtigte ihn, der 6805–6807
Wahl eines südspanischen Platzes, vielleicht Cadiz, zuzustimmen. Fürst Radolin unterstützte Rosens Bemühungen durch indirekte Einwirkungen auf Rouvier und Révoil. Ein weiteres Nachgeben Frankreichs hielt er für ausgeschlossen und stellte der Erwägung anheim, ob es die allgemeine Lage erlaube, „den Bogen noch schärfer zu 6808
spannen".

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 272/273.

Mit den Einzelheiten der Rosenschen Verhandlungen war man
6809 in Berlin vorbehaltlich der Prüfung im einzelnen grundsätzlich einverstanden, hielt es aber für falsch, den Franzosen vor dem end-
6810 gültigen Abschlusse Befriedigung, Ängstlichkeit oder Nervosität zu
6811 zeigen. Die allgemeine Lage, ließ Bülow dem Fürsten Radolin am 18. September mitteilen, würde es uns erlauben, den Bogen noch schärfer zu spannen. „Wenn infolge Abbruchs der Verhandlungen wirklich eine äußerst heftige antideutsche Bewegung in Frankreich eintreten und eine solche zu einem Zusammenstoß zwischen uns und Frankreich führen sollte, so würde bei einem solchen Frankreich mehr zu verlieren haben als wir, und die Chancen nach menschlicher Berechnung für uns günstiger liegen als für Frankreich." Die Politik des Kaisers sei aber auf Frieden und ein freundliches Verhältnis zu Frankreich gerichtet. Wenn die Franzosen sich einbildeten, daß sie
6812 Deutschland mit Drohungen einschüchtern oder gar öffentlich demütigen könnten, so sei das ein gefährliches Spiel und könne zum Kriege führen.

In den Dokumenten von Mitte September 1905 ab tritt deutlich zutage, daß man in Deutschland jetzt nur noch vermeiden wollte, etwa von Frankreich als gedemütigt zu erscheinen. Wie Bülow
6813 am 19. September 1905 an das Auswärtige Amt telegraphierte, war es jetzt vor allem wichtig, dem Fürsten Radolin und den Franzosen klarzumachen, „daß die Entsendung von Rosen ein ganz loyaler und sehr entgegenkommender, aber letzter Versuch zur Verständigung ist; daß wir nicht daran denken, Frankreich demütigen zu wollen, uns aber ebensowenig demütigen lassen; daß die Sprache, welche die offiziösen französischen Blätter seit einigen Tagen führen, auf die Absicht hindeutet, uns in die Rolle des Unterlegenen und Blamierten zu schieben, und daß wir uns das nicht gefallen lassen können; daß, wenn unsere Presse, die wir bisher in ruhigen und verständigen Bahnen gehalten haben, in dem Ton der französischen Presse repliziert, der Bruch ziemlich wahrscheinlich wird; daß man sich die Konsequenzen eines solchen Bruches klarmachen möge, der nur mit beiderseitigem Anstand, beiderseitiger Kulanz und beiderseitigem guten Willen, dann aber sicher zu vermeiden ist". In diesem
6814 Sinne wurde Fürst Radolin angewiesen. In der Marokkofrage sollte
6815 es nach dem Willen des Reichskanzlers „weder Sieger noch Besiegte" geben.

6816 In Paris gelang nunmehr die Einigung über einige strittige Einzelheiten. Nach langer Diskussion verfiel Rosen auf den Ausweg
6817 eines geheimzuhaltenden Notenaustausches. Rouvier war an sich we-
6818 nig geneigt, eine schriftliche Erklärung abzugeben, schlug aber schließlich doch eine Formulierung vor[1]), mit der man sich deutscherseits vielleicht einverstanden erklären konnte.

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 273.

Der 22. September 1905 bildet den Höhepunkt der Vorverhand- 6819
lungen in Paris. An diesem Tage besuchte der russische Minister v. Witte, der auf der Rückkehr von den Friedensverhandlungen in Portsmouth am 19. September in Paris eingetroffen war[1]), den deutschen Botschafter Fürsten Radolin. Der Gesandte Rosen nahm an der letzten halben Stunde des zwischen den beiden Staatsmännern geführten Gespräches teil und war in hohem Grade betroffen, daß Radolin den russischen Minister in alle Einzelheiten des damaligen Standes der Marokkoverhandlungen eingeweiht hatte. Witte benutzte die ihm gewordenen Kenntnisse zu einem Schritte bei Rouvier, der aber die Angelegenheit nicht vorwärts brachte. Dr. Rosen hielt es nunmehr für erforderlich, in seinem ausführlichen Berichte an den Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß Fürst Radolin bei einer grundlegenden Unterredung mit Rouvier am gleichen Tage, die in Rosens Gegenwart stattfand, fast durchweg den französischen Standpunkt vertreten und Herrn Rouvier recht gegeben habe. Jetzt gerade sei es nicht angezeigt gewesen, den Franzosen gegenüber die weiche Note anzuschlagen.

Fürst Radolin berichtete gleichfalls über seine Besprechung mit Witte, der ihm gesagt hatte, wenn eine Verständigung jetzt nicht 6820
zustande komme, so würde England allein der tertius gaudens sein; es sei unablässig bemüht, Frankreich und Deutschland zu entzweien. Radolin wünschte hauptsächlich den Eindruck vermieden zu sehen, als wenn Deutschland sich ohne die Vermittlung Wittes mit Frankreich nicht hätte einigen können: er ließ daher in Paris am 24. Sep- 6821
tember die Presse benachrichtigen, daß die deutsch-französische Übereinstimmung schon als unzweifelhaft festgestellt sei, und daß es sich nur noch um die geeigneteste Redaktion von Einzelfragen handele.

Endlich, am 25. September 1905, gab Rouvier dem Gesandten 6822
Rosen eine Erklärung ab, die einen Zweifel an seiner aufrichtigen Absicht nicht mehr bestehen ließ, keine deutschfeindliche Politik in Marokko und auf der Konferenz treiben zu wollen. Zum Fürsten Radolin sagte Rouvier an demselben Abend, er habe Rosens Bitte, 6823
eine schriftliche Erklärung abzugeben, nach wiederholter Ablehnung und reiflicher Überlegung nochmals abschlagen müssen. Der französische Botschafter in Berlin sei zu der Erklärung ermächtigt, daß Rouvier nach wie vor entschlossen sei, eine deutschfreundliche Politik zu führen und auf der Konferenz nach Möglichkeit jeden Konflikt zu vermeiden; dafür bürge sein Wort; er lehne es aber ab, irgendwelche bindenden schriftlichen Erklärungen abzugeben, die er vor der Kammer nicht vertreten könne. Nunmehr erklärte sich auch der Reichskanzler befriedigt und telegraphierte nach Paris, er wolle 6824
„einem so hervorragenden und einsichtigen Staatsmanne wie Herrn

[1]) Vgl. o. S. 59.

Rouvier bis zur alleräußersten Grenze entgegenkommen". Nur für die
6825 Vereinbarung über das Konferenzprogramm hielt das Auswärtige Amt an der Unterzeichnung eines formellen Dokumentes fest. Dabei
6826 galt der Grundsatz der Einstimmigkeit der Beschlüsse auf der Konferenz als selbstverständlich und einer ausdrücklichen Festlegung nicht bedürftig.

Am 25. September abends empfing Bülow, der seinen Aufent-
6827 halt in Baden-Baden für kurze Zeit unterbrochen hatte, um mit dem durchreisenden Minister Witte in Berlin zusammenzutreffen, dort den französischen Botschafter Bihourd, der in Rouviers Auftrage den Entwurf des Konferenzprogramms überreichte. Tags darauf übergab Rouvier in Paris dem Gesandten Rosen den Text seiner am 25. Sep-
6828 tember abgegebenen Erklärung[1]), in der es hieß, er, Rouvier, erachte sich außerhalb der Formel, die von den beiden Regierungen unterzeichnet werden solle, als in keinem Punkte durch eine Verpflichtung gebunden. „Ich kann nur meine Versicherung wiederholen, daß ich in demselben Maße wie die Kaiserliche Regierung den Wunsch hege, jede auffallende Unstimmigkeit zwischen uns auf der Konferenz zu vermeiden und das Meinige dazu beizutragen, daselbst den Lösungen zum Siege zu verhelfen, die am besten die Interessen und die Eigenliebe auf beiden Seiten wahren, dergestalt, daß es nach den eigenen Worten des Fürsten Radolin weder Sieger noch Besiegte geben
6829 soll." Dem Reichskanzler stellte Fürst Radolin am 28. September anheim, für die Empfehlung von Algeciras als Konferenzort und für die Festsetzung des Eröffnungstermins Schritte zu tun. Die Anfrage wegen Algeciras sollte an die spanische Regierung gerichtet werden, da auch Frankreich in der gleichen Weise verfahren würde.

Am 27. September 1905 fand in Rominten die Unterredung des deutschen Kaisers mit dem Minister v. Witte statt, über die das Dokument Nr. 6246 das Nähere enthält[2]). Witte hatte sich dahin
6830 ausgesprochen, Marokko werde bald in Güte erledigt sein; er habe nach beiden Seiten in Paris zum Guten geraten; Fürst Radolin und Rouvier seien eigentlich schon einig, nur Rosen versteife sich auf einige überflüssige Formfragen. Der Kaiser hielt es für nötig, Frankreich jetzt freundlich entgegenzukommen. Witte teilte einem französischen Botschafter als „absolute Gewißheit" mit, Kaiser Wilhelm sei Frankreich durchaus wohlgesinnt; er suche auch nicht den frankorussischen Zweibund zu zerstören, sondern lege ihm den größten Wert bei und würde ihn mit eigener Hand stärken, wenn es nötig sei und er die Macht dazu habe. In dieser Auffassung hatten ihn offenbar die Mitteilungen des Kaisers über Björkoe bestärkt.

6831 Am 28. September meldete Fürst Radolin telegraphisch, daß er

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 273/274.
[2]) Vgl. Band 19, 2. Hälfte, S. 508 ff. und Wegweiser o. S. 60.

das vom Gesandten Rosen und Révoil aufgesetzte Konferenz- 6832
programm[1]) mit dem Ministerpräsidenten zugleich unterzeichnet habe.
Die gefährliche Spannung war behoben, und Rouvier gab nunmehr 6833
seine Geneigtheit zu erkennen, auch noch andere Fragen durch
freundschaftliche Aussprache mit Deutschland zu regeln. Er sprach
hierbei von der Kameruneisenbahn und der Bagdadbahn. Bülow 6834
gab Weisung, auf diese französische Anregung „ohne auffallendes
Empressement, aber mit freundlicher Bereitwilligkeit" einzugehen.

Als der Gesandte Rosen am 2. Oktober 1905 vom Präsidenten 6835
Loubet in Abschiedsaudienz empfangen wurde, betonte dieser, ihm
und allen ernsten Franzosen läge nichts ferner als eine auf die Iso-
lierung Deutschlands abzielende Politik. Schon seien neue Gene-
rationen herangewachsen, die 1870/71 nicht miterlebt hätten, und
der oubli du passé[2]) nähme in gleichem Maße zu wie das allgemeine
Friedensbedürfnis in der Welt. Diese Gesinnung werde Frankreichs
Haltung auf der Marokkokonferenz beherrschen. Da auch der Fürst
von Monaco, der Mitte Oktober bei Kaiser Wilhelm II. in Hubertus- 6836
stock weilte, freundliche Äußerungen des Kaisers nach Paris mit-
zuteilen wußte, konnte die Spannung als endgültig beseitigt angesehen
werden.

Kapitel 150

Die Marokkofrage und die Deutsch-Englischen Beziehungen
Ein Englisches Allianz-Angebot an Frankreich?

Die Dokumente beginnen mit dem 28. März 1905, springen also
wieder in die Zeit der bösartigen Spannung zwischen Deutschland
und Frankreich zurück[3]).

Die englische Presse nahm von vornherein in der Marokkofrage 6837
für Frankreich und gegen Deutschland Stellung. Schon die gemein-
same Begrüßung der englischen Königin Alexandra, die auf ihrer
Yacht am 29. März 1905 durch die Meerenge von Gibraltar fuhr, 6838
durch die englischen und französischen Vertreter in Tanger auf einem
französischen Kriegsschiffe sah wie ein deutlicher Gegenschlag gegen
den bevorstehenden Kaiserbesuch in Tanger aus.

In Berlin wünschte man, einen neuen deutsch-englischen Feder-
krieg durchaus zu vermeiden, dabei aber Klarheit zu gewinnen, ob 6839
englisch-französische Flottenbesuche bevorständen, die für die Entente 6840
der beiden Westmächte Stimmung machen sollten. Graf Metternich
berichtete am 6. April 1905, solche Flottenbesuche seien bestimmt 6841

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 274.
[2]) „Das Vergessen des Vergangenen."
[3]) Vgl. die synchronistische Zusammenstellung.

vorgesehen und würden von der öffentlichen Meinung freudig begrüßt. Die englische Volksstimmung erblickte fast ohne Ausnahme in der deutschen Marokkopolitik nicht eine Vertretung berechtigter wirtschaftlicher Interessen, sondern einen Angriff auf die Entente cordiale, der England seine marokkanischen Interessen vollkommen bewußt geopfert habe. Verdächtig waren in dieser Beziehung auch
6842 die Meldungen über bevorstehende Begegnungen des Königs von
6850 England mit Loubet und Delcassé.

Der Reichskanzler Graf Bülow hielt es für angezeigt, den Grafen Metternich in London über die Hauptgesichtspunkte der deutschen
6843 Marokkopolitik am 11. April 1905 genau aufzuklären. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß die Bedeutung der deutschen Interessen in Marokko nicht übermäßig groß war. Deutschland trete in Marokko für die Interessen seiner Reichsangehörigen ein, die mit den Interessen der Angehörigen aller übrigen Vertragsstaaten und mit der Erhaltung der Offenen Tür identisch seien; Deutschland beabsichtige nicht, sich bei diesem Anlasse Sondervorteile in Marokko oder anderswo zu verschaffen.

Im April 1905 weilte Freiherr v. Eckardstein einige Tage in
6844 Paris und erzählte dort dem Fürsten Radolin, nach seinen Informationen in England könne kein Zweifel darüber bestehen, daß im Falle eines ernstlichen deutsch-französischen Konfliktes England unbedingt aktiv auf französischer Seite stehen und sogar mit Begeisterung gegen Deutschland vorgehen würde. Graf Metternich gewann hingegen in London aus seinen Gesprächen mit Lord Lansdowne den
6845 Eindruck, daß dieser keineswegs wünschte, Marokkos wegen diplomatisch mit Deutschland anzubinden; er wollte aber auch die Franzosen unter keinen Umständen fallen lassen. Ein ausführliches Stimmungsbild über die damaligen Auffassungen in England vermittelt uns ein Bericht des Geschäftsträgers in London, Grafen Bern-
6846 storff, vom 22. April 1905, dem der Kaiser mit lebhafter Zustimmung beitrat.

6847 Am 30. April 1905 fand in Paris eine Begegnung König Eduards VII. mit dem Präsidenten Loubet statt. Bei einem großen
6848 Diner im Elysée zu Ehren des Königs begrüßte dieser den deutschen Botschafter mit Herzlichkeit und betonte, nichts liege England ferner, als sich leichtfertigerweise auf Krieg einlassen zu wollen. Auch Frankreich sei durchaus friedlich gesinnt, und ebenso wie Präsident Loubet wünsche Delcassé eine Verständigung in der bedauerlichen marokkanischen Frage. Fürst Radolin erwiderte, Deutschland suche sicherlich keine Reibungen mit seinen Nachbarn, müsse aber darauf bedacht sein, nicht übergangen zu werden, wenn die deutschen Interessen gefährdet schienen.

Für die Stellung Englands zu einem etwaigen deutsch-französischen Konflikte war die Beurteilung der Machtverhältnisse entschei-

dend. Richtig betonte am 1. Mai Graf Bernstorff, an einen französi- 6849
schen Sieg über Deutschland glaube in England kein Mensch mehr. Schon jetzt klagten die Briten darüber, daß infolge von Rußlands Zusammenbruch Deutschland auf dem Festlande allmächtig geworden sei. Gerade deshalb werde England glauben, eingreifen zu müssen, wenn um Marokko ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbreche, damit der deutsche Sieg zu Lande durch eine Niederlage zur See wettgemacht werde. Aber auch in diesem Falle würde sich seitens der jetzt so starken liberalen Partei ein lebhafter Widerspruch gegen die Beteiligung Englands am Kriege erheben. Delcassé fand 6850
eine starke Stütze in England und besonders beim Könige Eduard VII.

Der Wunsch Bülows, sich der amerikanischen Unterstützung in der marokkanischen Frage zu versichern, zeitigte immerhin den Erfolg, 6851, 6852
daß Roosevelt dem Könige von England und Lord Lansdowne gegenüber betonen ließ, er wünsche „emphatisch" eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England. 6856

Großes Aufsehen machte im Juni 1905 die Nachricht, daß England in aller Form in Paris eine Offensiv- und Defensivallianz mit 6853–6855
antideutscher Spitze angeboten habe. Hierüber wünschte man Zuverlässiges zu erfahren, begegnete aber in Paris und in London 6858, 6859
stärkster Ablehnung dieses Gerüchtes. Als der englische Botschafter Sir Frank Lascelles am 10. Juni vor seiner Abreise nach London den Reichskanzler aufsuchte, um die englisch-deutschen Beziehungen mit ihm zu besprechen, sagte ihm Bülow, bei dem gegenseitigen Mißtrauen zwischen Deutschland und England handele es sich um ein 6857
großes Mißverständnis; die deutsche Flotte diene nur defensiven Zwecken, und in der Marokkoangelegenheit stehe Deutschland auf vertragsmäßigem Boden; als der beste Ausweg aus der Marokkoangelegenheit erscheine die vom Sultan vorgeschlagene Konferenz.

Wenn auch am 28. Juni 1905 Lord Lansdowne auf das ernsteste in Abrede stellte, daß jemals von einer Allianz mit Frankreich die 6860
Rede gewesen sei, so verschwieg er doch nicht, daß im Falle eines „leichtfertigen" deutschen Krieges gegen Frankreich die öffentliche Meinung Englands die Regierung vielleicht zur Unterstützung Frankreichs treiben könne. Die englische Presse suchte im Sommer 1905 6861
nach Erschöpfung anderer Mittel eine deutsch-französische Verständi- 6864
gung dadurch zu hintertreiben, daß sie behauptete, Deutschlands Verhalten stelle die vertragsrechtliche Gültigkeit des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 in Frage.

Im „Gaulois" vom 12. Juli stand ein Interview Delcassés mit 6862
Enthüllungen über Marokko. Danach schien doch eine weitgehende 6863
Unterstützung seiner Politik durch England vorzuliegen. Nach Ansicht des Präsidenten Roosevelt war König Eduard persönlich bei der 6865
antideutschen Agitation beteiligt. Auch Graf Metternich berichtete,

daß der König das Vertrauen zu Kaiser Wilhelm II. auf Grund der deutschen Marokkopolitik verloren haben sollte.

Einen tiefen Einblick in die damalige Stimmung des englischen Königs gegenüber den Verhältnissen in Deutschland gewähren die Dokumente Nr. 6866 und 6867. Danach war der König von seiner
6866 fast durchweg deutschfeindlichen Umgebung aufgehetzt, die ihm einredete, daß sein kaiserlicher Neffe „unberechenbar" sei, und daß alle möglichen „coups de tête" von ihm zu erwarten seien. Trotzdem
6867 glaubte Graf Metternich nicht daran, daß König Eduard oder seine Regierung, noch selbst das gegen Deutschland verhetzte englische Volk einen Krieg mit Deutschland wünschten; es gebe aber Anlässe, die dazu führen könnten.

Der Glaube an eine deutschfeindliche Politik Englands wurde
6868 im August 1905 durch die Nachricht von einem bevorstehenden englischen Flottenbesuche in der Ostsee verstärkt. Der russische Bot-
6869 schafter in London erblickte darin eine gegen Rußland und Deutschland gerichtete Demonstration, obwohl es sich nach englischer Erklärung nur um eine Übungsfahrt ohne jeden demonstrativen Charakter handeln sollte.

Einen vortrefflichen Überblick über den Stand der damaligen deutsch-englischen Beziehungen vermittelt uns ein ausführlicher Privatbrief des deutschen Botschafters in London Grafen Metternich vom
6870 14. August 1905. Graf Metternich war in Cowes gewesen und hatte Gelegenheit gehabt, sich an Bord der „Victoria and Albert" anläßlich eines Diners, zu dem er vom Könige geladen war, ausführlich mit ihm über die große Politik auszusprechen. Der König bedauerte die Fahrt des Kaisers nach Marokko und bezweifelte, ob Deutschland aus seiner Marokkopolitik Nutzen ziehen würde. Es sei ein Fehler, anzunehmen, daß die französisch-englische Entente gegen Deutschland gerichtet sei, da sie niemanden bedrohe. Graf Metternich behielt von der Unterredung den Eindruck, daß bei König Eduard eine tiefe Verstimmung gegen die deutsche Politik und leider auch besonders gegen die Person des deutschen Kaisers vorliege. Dem entsprach es auch, daß der König eine Begegnung mit dem Kaiser, solange der marokkanische Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich bestände, nicht für möglich hielt. „Der König und die englische Politik stehen nach wie vor unter dem Zeichen der Annäherung an Frankreich. Alles andere wird diesem Gesichtspunkt hier untergeordnet." Auch
6871 am 2. Oktober 1905 hielt Graf Metternich, nach Ausweis eines Privatbriefes an den Reichskanzler, die Zeit für eine Aussprache oder Aussöhnung zwischen den beiden hohen Herren noch nicht für gekommen.

Eine neue Phase der englisch-deutschen Spannung eröffneten am 6. Oktober 1905 die Enthüllungen des „Matin" über ein englisch-französisches Einverständnis gegen Deutschland und über die Ursachen von Delcassés Rücktritt. Danach schien es, als wenn Delcassé

mit vollem Bewußtsein auf einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hingearbeitet hätte, wobei England bereit gewesen sein 6872
soll, die Hand auf den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu legen und Schleswig-Holstein zu besetzen. In London stellte man derartige Pläne entrüstet 6873
in Abrede. Es sei wohl denkbar, daß Delcassé seinen Kollegen gesagt habe, er habe die Überzeugung, daß England im Falle eines deutsch-französischen Krieges den Franzosen beistehen werde. Von einem englischen Versprechen könne aber durchaus keine Rede sein. Kaiser Wilhelm II. blieb dieser Versicherung gegenüber skeptisch. Tatsächlich sprach viel dafür, daß Delcassé mit Bewußtsein zum Kriege 6874, 6875
getrieben habe.

Am 13. Oktober 1905 überraschte der „Figaro" die Welt durch eine neue Enthüllung über Delcassé. Danach sollte ein englisches Allianzversprechen an Frankreich tatsächlich ergangen sein. Kaiser Wilhelm II. erwog, in London amtlich Aufklärung darüber fordern zu 6876
lassen. Werde keine genügende Antwort gegeben, so könne der Botschafter Graf Metternich auf einige Zeit mit unbestimmtem Urlaub London verlassen. Das Auswärtige Amt stellte aber alsbald fest, daß 6877
die Angaben des „Figaro" ungenau seien, und daß deshalb ein Eingreifen in London nicht empfohlen werden könne. Eine ruhige und kühle Zurückhaltung sei zurzeit nützlicher als die amtliche Bekundung des deutschen Mißtrauens in die englische Politik. Bülow wünschte 6878
aber doch, die deutsche Öffentlichkeit in dem Sinne des Mißtrauens gegen England beeinflußt zu sehen. Das deutsche Publikum müßte den Ernst der internationalen Lage und die Notwendigkeit, gerüstet zu sein, begreifen. Während in Deutschland die Entrüstung gegen England stieg, war nach einem Berichte des Grafen Metternich vom 18. Oktober 1905 damit zu rechnen, daß die englische Regierung jetzt 6879
besonders vorsichtig und versöhnlich Deutschland gegenüber auftreten werde.

Im Spätherbste 1905 bereitete sich nach Auffassung des Grafen Metternich in England ein Umschwung der öffentlichen Meinung zu- 6880
gunsten Deutschlands vor. Er rechnete damit, daß spätestens im Februar oder März 1906 die liberale Partei die Zügel der Regierung ergreifen und daß dann der deutschfreundliche Haldane sowie Sir 6881
Edward Grey maßgebende Stellen erhalten würden. Von letzterem bemerkte Haldane, daß er die Aussöhnung mit Deutschland wünsche. Die liberale Partei wolle zwar die Entente mit Frankreich festhalten, aber ohne Gegensatz zu Deutschland. Der Schwerpunkt der internationalen Lage befand sich nach Auffassung des Grafen Metternich immer noch in Marokko. Nur aus dieser Frage könne ein Krieg entstehen.

Im Dezember 1905 mehrten sich die Fälle, daß einflußreiche Männer Englands für die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen eintraten. Bei dem Lord Avebury-Meeting richtete Lord

6882 Avebury ein Begrüßungstelegramm an den deutschen Kaiser. Graf Metternich empfahl, daß der Kaiser den Empfang des Telegramms mit einigen freundlichen Worten bestätigen möge. Der Monarch blieb aber von tiefem Mißtrauen gegen England beseelt, auch nachdem 6883 Graf Metternich am 4. Dezember nochmals berichtet hatte, der psychologische Moment für eine Wiederannäherung der beiden Völker scheine gekommen, und auch König Eduard wünsche offenbar einen Ausgleich der Gegensätze. Der Kaiser fühlte sich zu tief verletzt, 6884 willigte aber doch ein, das Telegramm Lord Aveburys durch einige freundliche Worte des Reichskanzlers beantworten zu lassen. Metter- 6885 nichs Beurteilung hielt er für zu optimistisch.

Im Dezember 1905 übernahm Sir Edward Grey das Ministerium des Äußeren. Graf Metternich benutzte bei seinem ersten Besuche die Gelegenheit, das Gespräch auf Marokko zu bringen. Bei diesem Anlasse drückte Grey die Hoffnung aus, daß die Konferenz einen befriedigenden Verlauf nehmen werde, und erklärte, die englische Regierung werde die französische auf der Grundlage des von Deutschland und Frankreich angenommenen Programms unterstützen. Metternich war der Meinung, die deutsch-englischen Beziehungen würden sich in absehbarer Zeit bessern, wenn wir nur erst über die Marokkokonferenz hinweggelangt seien.

Wie Kaiser Wilhelm II. damals über diese Beziehungen dachte, 6887 erweist ein sehr ausführlicher Privatbrief, den er am 29. Dezember 1905 an den Reichskanzler gerichtet hat. Veranlassung zu diesem Briefe, der im Zusammenhange gelesen werden muß, bot der Besuch des „berüchtigten Börsenfreundes und Spekulanten" des englischen Königs, Herrn Beit, der dem Kaiser den illustrierten Katalog seiner Kunstschätze überreichte und diesen Anlaß zu einer Fülle politischer Mitteilungen ausnutzte. Nunmehr glaubte der Kaiser fest, daß England tatsächlich Frankreich ein Angebot mit Waffenunterstützung gemacht habe.

Den Abschluß des Kapitels bildet ein Bericht des deutschen 6888 Botschafters aus Paris vom 16. Januar 1906 über einen Besuch des Besitzers des „Matin" beim Botschafter. Dieser versicherte seine Bewunderung für die persönlichen Eigenschaften des deutschen Kaisers, des „arbitre du monde", und gab seiner Überzeugung Ausdruck, England würde Mittel und Wege finden, „in kürzester Zeit einen Krieg mit Deutschland, wenn auch allein, zu provozieren, um vor dem Ausbau der Unterseeboote dessen Seemacht zu vernichten. Wenn Deutschland erst diesen Ausbau vollendet haben würde, sei für England der Zeitpunkt vorüber, seine Pläne gegen Deutschland auszuführen". Es werde Sache der deutschen Regierung sein, durch freundliche Behandlung Englands ihm die Veranlassung zu nehmen, feindlich gegen Deutschland auftreten zu müssen.

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Der einundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Erste Hälfte

Inhaltsübersicht

des 21. Bandes

Erste Hälfte

KAPITEL 151

Die Vorbereitung der Konferenz. Dokumente Nr. 6889—6936 121
Anhang: Militärische Vorsichtsmaßregeln Frankreichs und Englands. Dokumente Nr. 6937—6946 126

KAPITEL 152

Das erste Stadium der Konferenz. Januar-Februar 1906. Dokumente Nr. 6947—7044 128

KAPITEL 153

Das zweite Stadium der Konferenz. Österreichs Sekundantendienst. März-April 1906. Dokumente Nr. 7045—7149 133

Kapitel 151

Die Vorbereitung der Konferenz

Am 5. Oktober 1905 übersandte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Richthofen, dem Gesandten Grafen 6889
v. Tattenbach den Wortlaut der deutsch-französischen Verständigung über das Konferenzprogramm (Nr. 6832). Als Sinn der Konferenz war hierin die Beratung von Maßnahmen zur Besserung der Zustände im scherifischen Reiche bezeichnet. Graf Tattenbach sollte nunmehr den Sultan zur formellen Einberufung der Konferenz nach Algeciras veranlassen.

Hierbei schon waren einige Schwierigkeiten zu überwinden. Die 6890–6892
endgültige Mitteilung des Programms löste in der Umgebung des Sultans „eine Krisis des Widerstandes gegen das angesonnene Re- 6893
formwerk" aus. Trotzdem hofften die Marokkaner von der Regelung 6894, 6898
ihrer Angelegenheiten auf einer internationalen Basis für die Zukunft die Gewähr einer bedingten Selbständigkeit. Die formellen Einladungen zur Konferenz sollten nach deutscher Ansicht durch 6895
Spanien als den Hausherrn des Konferenzortes erfolgen.

Für die deutsche Politik war es von großer Wichtigkeit, sich auch weiterhin einer zustimmenden Haltung Amerikas zu versichern, da man schon vor Beginn der Konferenz fürchtete, dort in den Hauptfragen allein zu stehen. Anfangs schien man in Washington bereit, 6896
mit Deutschland zusammenzugehen. Fürst Bülow nahm diese Nach- 6897
richt freudig auf und ließ dem Präsidenten Roosevelt mitteilen, Deutschland verfolge in Marokko keine Sonderinteressen. Deutlich bekundete er seinen Wunsch nach einem Anschluß an Amerika durch den Hinweis, daß ein Zusammengehen mehrerer Mächte auf der Konferenz auch die politischen Gefahren ausschließen würde, die sonst 6926
von der Konferenz zu befürchten seien.

Nachdem Deutschland den Signatarmächten der Madrider Konferenz und der russischen Regierung das Konferenzprogramm und den 6899
für die Konferenz gewählten Ort mitgeteilt hatte, war es an der Zeit, sich deutscherseits der Vorarbeit für die eigentliche Konferenztätigkeit zuzuwenden. Hierzu erteilte der Reichskanzler am 23. November 6900
1905 den Auftrag. Als das Hauptziel der deutschen Politik bezeichnete er es hierbei, „daß wir auf dieser Konferenz nicht isoliert dastehen. Wenn wir in einer Frage, in der wir uns einmal engagiert

haben, die Mehrheit oder gar alle anderen gegen uns haben, so nützen auch Forschheit und Drohungen nichts, da unsere Situation dann nach allem Vorhergegangenen etwas beinahe Lächerliches haben würde".

In Paris hoffte man auf ein gewisses Entgegenkommen Deutsch-
6901 lands noch vor Beginn der Konferenz. Frankreich bestimmte den in-
zwischen zum Botschafter in Bern ernannten Herrn Révoil als seinen
6902 alleinigen Delegierten, Deutschland den Botschafter in Madrid, v. Ra-
dowitz, zu seinem Ersten und den Grafen Tattenbach als Zweiten Vertreter.

Es begann nun eine peinliche Periode diplomatischer Besprechun-
6903, 6904 gen zwischen Deutschland und Frankreich, aus denen bereits zu entnehmen war, wie schwer es für Deutschland sein würde, auf der Konferenz seine Absichten durchzusetzen. Die Hauptschwierigkeit lag darin, daß — und diesen Eindruck verstärkt jedes der mitgeteilten Dokumente — Deutschland ein eigentliches positives Ziel für seine Verhandlungen mit Marokko gar nicht besaß. Die französische Regierung unter dem friedensfreundlichen Rouvier wollte vor jedem
6905 Schritt, den sie tat, vor allem darüber beruhigt sein, „daß sie sich keinem Refus aussetze". Am liebsten hätte sie noch vor der Kon-
6906 ferenz mit Deutschland ein geheimes Abkommen getroffen, da man
6907 unter allen Umständen vorsorgen wollte, nicht auf der Konferenz „eine Art diplomatischer Niederlage Frankreichs" zu erleben.

6908 Der deutschen Botschaft in Paris wurde größte Zurückhaltung anbefohlen. Man hatte sich in Berlin dazu entschlossen, Wien, Rom und Washington erst dann mit dem deutschen Aktionsplan bekannt zu machen, wenn die Instruktion für die Konferenzdelegierten end-
6909 gültig feststand. Das war am 11. Dezember 1905 noch nicht der Fall. Demgegenüber betonte Rouvier am 16. Dezember in einer Kammer-
6910 debatte die Mäßigung und Legitimität der Forderungen Frankreichs. Unter stürmischem Beifall des Hauses fügte Rouvier hinzu: „Fest im Vertrauen auf Allianz und Freundschaft wolle Frankreich zu allen Mächten gute Beziehungen unterhalten, müsse aber laut die Wahrung seiner Rechte und die Ausübung seiner Freiheit betonen." Zu dem
6911 deutschen Geschäftsträger v. Flotow sagte Rouvier am 20. Dezember 1905, Frankreich wolle ehrlich die Konferenz, um die Marokkofrage dem europäischen Aeropag zu unterbreiten.

Am 22. Dezember ließ Bülow nach Rom mitteilen, Deutschland
6912 verfolge in Marokko keinerlei Sondervorteile, sondern erstrebe nur „Freiheit und Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Betätigung". Es müsse also in Marokko einerseits die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung durchgesetzt und andererseits die Etablierung eines derartig vorwiegenden Einflusses irgendeiner einzelnen Macht verhindert werden, daß dadurch die wirtschaftliche Gleichberechtigung beeinträchtigt werde. Innerhalb der so bezeichneten Grundlinien könnten die Einzelfragen als mehr technischer Natur und als Zweckmäßigkeits-

fragen behandelt werden, über die bei allseitigem guten Willen eine Einigung immer zu erzielen sei. „Es liegt uns fern, dabei Rechte und berechtigte Interessen anderer Mächte beeinträchtigen zu wollen.“ Italien wurde darauf hingewiesen, daß es nicht in seinem Interesse liegen könnte, wenn jetzt etwa die marokkanische Frage endgültig zum Vorteil einer einzelnen Macht gelöst würde, während die tripolitanische Frage weiter offen bleibe.

Je näher der Beginn der Verhandlungen heranrückte, der anfangs für den 5. Januar 1906 festgesetzt war, um so mehr beschäftigte man 6913
sich in Berlin mit den Erörterungen über die Haltung Deutschlands auf der Konferenz. An der Vorbereitung der Instruktionen nahmen der nach Vollendung seiner Mission in Fes nach Deutschland gereiste Graf Tattenbach, der Geschäftsträger v. Kühlmann und der nach Berlin beschiedene Madrider Botschafter v. Radowitz mit teil. Als Hauptziel der deutschen Politik erschien die Verhinderung eines diplomatischen Triumphes der Franzosen über Deutschland. Diese Möglichkeit sei für uns unter keinen Umständen annehmbar, erklärte der Reichskanzler am 23. Dezember 1905 in einer Besprechung der marokkani- 6914
schen Frage im Auswärtigen Amt.

Nachdem zeitweise daran gedacht worden war, die Konferenz nach Madrid zu verlegen, worauf aber der Sultan nicht einging, lud 6915
Spanien für den 16. Januar 1906 nach Algeciras ein. Jetzt war es an der Zeit, den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, eingehend über die Ziele der deutschen Politik auf der Marokkokonferenz zu unterrichten.

Dies geschah am 29. Dezember 1905. Fürst Radolin erhielt den Auftrag, die in Paris bemerkbaren Stimmungen und Bestrebungen 6916
sorgsam zu beobachten und darüber zu berichten. „Unser Bestreben auf der Konferenz wird dahin gerichtet sein, daß dieselbe mit einer friedlichen Verständigung abschließt, bei der beide Teile ihre Rechnung, wenigstens für jetzt, finden. Wir trachten nicht nach einem diplomatischen Siege über Frankreich. Ebensowenig aber würden wir es dulden, wenn Frankreich versuchen sollte, auf der Konferenz einen Triumph über uns davonzutragen. Wir verlangen in Marokko nichts als die Offene Tür für Handel und Gewerbebetrieb aller Nationen, und wir können von diesem Verlangen nicht abgehen. Gesteht Frankreich die Offene Tür rückhaltlos zu, so ist der friedliche Ausgang der Konferenz sicher. Wenn aber Frankreich den Versuch machen sollte, die im Prinzip auch von ihm anerkannte Offene Tür direkt oder etwa irgendwie indirekt, ganz oder teilweise zu verschließen, so müßte ein Beharren Frankreichs auf solchem Wege sonder Zweifel eine sehr kritische Situation herbeiführen und einen schweren Konflikt mit uns unvermeidlich machen. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, daß die französischen Staatsmänner über die hiernach in der Konferenz unbedingt liegende Gefahr von vornherein völlig klar sehen.“

Dem Fürsten Radolin, der sich damals in Berlin aufhielt, sagte
6917 der Kaiser am 29. Dezember 1905, er hoffe, die Konferenz werde zu einer für alle Teile befriedigenden Erledigung der Marokkofrage
6918 führen. Bülow ergänzte seine Weisungen für den Fürsten Radolin noch durch den Hinweis, er solle nicht nur beobachten und berichten, sondern vor allem dafür sorgen, „daß die Franzosen in diejenige Stimmung und Gemütsverfassung gelangen, welche allein einen friedlichen, günstigen und glücklichen Ausgang der Konferenz ermöglichen
6919, 6920 kann". Auch Radowitz sollte ausgiebig berichten und die Konferenz
6927, 6930 durch Vorbesprechungen vorzubereiten suchen.

Wie würden sich nun Italien und England auf der Konferenz verhalten? Hierüber galt es möglichst bald Klarheit zu gewinnen. Was Italien anging, so ließ schon der ausführliche Bericht des Grafen
6921 Monts vom 2. Januar 1906 keinen Zweifel daran, daß Italien sich an seine Abmachungen mit Frankreich gebunden fühlte und daher für Deutschland auf der Marokkokonferenz nicht in der von Deutschland gewünschten unumwundenen Weise eintreten würde.

Über Englands Haltung erstattete der Botschafter Graf Metter-
6923 nich am 3. Januar 1906 einen vortrefflichen und außerordentlich wichtigen Bericht. Danach hatte Sir Edward Grey mit vollster Offenheit betont, daß ihn die kommende Marokkokonferenz mit Sorge erfülle. Die englische Regierung wünsche, in ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu treten; sie wünsche, daß die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich nachlasse, und sie würde auch, soweit sie dies vermöge, dazu beitragen, wenn die Konferenz von Algeciras erst glücklich vorüber wäre. Auf ihr aber müsse sie den französischen Standpunkt vertreten. Falls es zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich komme, der als eine Folge des englisch-französischen Abkommens erscheine, so würde das englische Volk eine jede englische Regierung, ob konservativ oder liberal, dazu zwingen, Frankreich Hilfe zu leisten. In diesem Sinne hatte sich schon Lord Lansdowne im Sommer 1905 zu Metternich ausgesprochen, und zwar für den Fall eines unprovozierten deutschen Angriffes auf Frankreich. Graf Metternich warnte den Minister, die englische Hilfe für Frankreich auf der Marokkokonferenz gar zu stark in die Erscheinung treten zu lassen, war sich aber völlig klar darüber, daß eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen erst nach einer glücklichen Beendigung der Konferenz möglich sein würde.

Die Instruktion für die deutschen Delegierten auf der Konferenz
6922 wurde dem Botschafter v. Radowitz am 3. Januar 1906 zugesandt. Der rein negative Grundgedanke der deutschen Ziele auf der Konferenz geht aus dem Schlußabsatz der Instruktion deutlich hervor: „Dafür Sorge zu tragen, daß sich nicht die anderen Staaten um Frankreich-England gruppieren und Deutschland isoliert oder allein mit der scherifischen Regierung dasteht, ist dasjenige, was Seine Majestät

der Kaiser von seinen Vertretern auf der Konferenz in Algeciras in erster Linie erwartet."

Deutschland konnte also von vornherein weder auf seinen Dreibundgenossen Italien noch auf eine unterstützende Haltung Englands rechnen. Graf Metternich hatte seinem erwähnten Berichte (Nr. 6923) noch einen Zusatz folgen lassen, in dem er die Äußerungen Sir 6924
Edward Greys dahin zusammenfaßte: Entschluß, das französische Programm in Algeciras zu unterstützen, Besorgnis, daß England auch weiter als diplomatisch in den deutsch-französischen Gegensatz wegen Marokkos hineingezogen werden könne; Eingeständnis, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich wegen des englisch-französischen Marokko-Abkommens auch England zum Kriege treiben könne, und zwar auf seiten Frankreichs; ehrlicher Wunsch, daß alle Beteiligten über den Marokko-Berg glücklich hinüberkommen, und, wenn sich dies ermöglichen lasse, Versprechen der ehrlichen und tatkräftigen Mithilfe an dem Versöhnungswerke zwischen England und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland." Die Marokkofrage wurde in England allgemein als eine Kraftprobe auf die englisch-französische Entente aufgefaßt und die deutsche Marokkopolitik als ein Versuch, diese zu sprengen.

Italien ernannte den Marquis Visconti Venosta zum Delegierten 6925
auf der Konferenz. Bülow baute darauf gewisse Hoffnungen, die aber alsbald enttäuscht wurden, da der italienische Staatsmann die große 6928
Bedeutung der Haltung Englands für Italien von vornherein hervorhob. Bülows Rat an Radowitz, er möge von Anfang an enge Fühlung 6929
mit dem Marquis Visconti Venosta nehmen und ihn für die Gesichtspunkte der deutschen Marokkopolitik zu gewinnen suchen, hatte daher wenig Aussicht auf Erfolg. Betonte doch der Marquis bei der 6935
Durchreise durch Paris dem Fürsten Radolin gegenüber, er sei sich der Pflichten Italiens dem Dreibunde und Deutschland gegenüber wohl bewußt und werde seine Haltung auf der Konferenz dementsprechend einrichten, „ohne dabei die guten Beziehungen mit Frankreich irgendwie aus dem Auge zu lassen". In Paris hatte Fürst 6931
Radolin bei seiner Rückkehr von Berlin überall ernste Besorgnis vor der Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung vorgefunden. Er bestrebte sich, die „sehr nervös gewordenen Gemüter zu beruhigen".

Was Bülow damals unter allen Umständen vermieden sehen wollte, war die Erteilung eines Generalmandats an Frankreich. Metternichs Be- 6930
richt hatte ihn offenbar ernst gestimmt, denn er telegraphierte dem Botschafter am 9. Januar 1906 nach London: „Unsere Marokko- 6932
politik ist durchaus kein Versuch, die englisch-französische Entente zu sprengen. Die ganze Marokkofrage ist überhaupt nicht von solcher eminenten Wichtigkeit, als daß wir daraus vorzüglich eine Frage unseres Prestiges machten. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, bei aller Wahrung unserer Würde wie der Frankreichs aus der Marokko-

konferenz so herauszukommen, daß es weder einen Besiegten noch einen Sieger gibt." Diese Formel wurde, wie der weitere Verlauf erweist, auch von französischer Seite gern aufgenommen und nachdrücklich immer wieder in den Vordergrund der zeitweise sehr peinlich werdenden Unterhandlungen geschoben.

Damals schon setzten Versuche ein, auf eine Verbesserung der
6933 deutsch-englischen Beziehungen hinzuwirken. Auch einsichtige Fran-
6934 zosen erhofften daraus eine Entspannung der Lage. Es schien wichtig,
6935, 6936 daß die englischen Delegierten auf der Konferenz nicht etwa Anträge stellten, ohne sich vorher mit den beteiligten Mächten darüber zu verständigen, ob und wieweit eine Aussicht auf Annahme dieser Vorschläge bestand.

Anhang

Militärische Vorsichtsmaßregeln Frankreichs und Englands

Am 6. Januar 1906 gab das Generalkommando des XVI. Armee-
6937 korps in Metz eine Meldung des Grenzpolizeikommissars in Avricourt nach Berlin, wonach französischerseits für den 7. Januar eine Probemobilmachung der französischen Truppen an der französischen Ostgrenze beabsichtigt sei. Der Chef des Generalstabes der Armee, Generalleutnant v. Moltke, gab diese Meldung sofort an den Reichskanzler weiter, der seinerseits den deutschen Botschafter in Paris
6938 beauftragen wollte, auf die Gefahr eines solchen Schrittes hinzuweisen. Eine Ausführung seines bereits entworfenen Erlasses er-
6939 übrigte sich indes, da die Alarmdepesche aus Metz keine Bestätigung
6940 fand. Fürst Radolin wurde über die Vorgänge verständigt.

Aus Paris berichtete am 6. Januar 1906 der Militärattaché,
6941 Hauptmann v. Mutius, die französische Heeresverwaltung bereite sich in jeder Beziehung auf den Krieg vor und suche die im vorigen Sommer hervorgetretenen größeren Mängel der Kriegsausrüstung zu beseitigen. Im Kriegsministerium herrsche außergewöhnliche Tätigkeit, von Einschränkungen des Weihnachts- und Neujahrsurlaubes sei aber keine Rede gewesen.

Eine sehr ruhige Beurteilung atmet ein Bericht des General-
6942 stabschefs, Generalleutnants v. Moltke, vom 23. Januar 1906 an den Reichskanzler. Danach hatten sich die Alarmgerüchte als falsch oder doch stark übertrieben herausgestellt. Frankreich sei bisher auf einen Krieg mit Deutschland nicht genügend vorbereitet gewesen; diese Mängel wolle es jetzt beseitigen. „Doch deuten keine Anzeichen darauf, daß dies zu offensiven Zwecken geschieht, vielmehr bereitet sich Frankreich anscheinend zunächst auf die Verteidigung vor." Fürst Bülow, der dem General am 24. Januar für die Übersendung
6943 seiner Mitteilungen lebhaft dankte, erblickte in den seitherigen

Rüstungen Frankreichs hauptsächlich nur eine innerpolitische Maßnahme. Er sprach sich für die Wahrscheinlichkeit eines befriedigenden Ausganges der Konferenz aus. Sein Schreiben an den Generalstabschef zeigt einerseits, daß damals das so durchaus notwendige Zusammengehen zwischen militärischer und politischer Leitung, an dem es vor Ausbruch des Weltkrieges so durchaus gefehlt hat, in erfreulicher Weise vorhanden gewesen ist, wie es andererseits einen starken Beweis für den Friedenswillen des Kanzlers bildet. General v. Moltke, der erst vor kurzem die Geschäfte des Generalstabschefs übernommen hatte, verschob seine Meldung in Wien bis nach Abschluß der 6944
Marokkokonferenz, um nicht durch seine Reise politische Kombinationen hervorzurufen.

Militärische Vorbereitungen brauche Deutschland nicht zu treffen, sagte Graf Metternich in London zu Sir Edward Grey, als dieser ihn 6945
auf die Gerüchte von militärischen Vorbereitungen anredete, da das deutsche Heer immer schlagfertig sei. Am 9. Februar übersandte er 6946
dem Reichskanzler einen Bericht des Militärattachés in London, Rittmeisters Grafen v. der Schulenburg, vom 31. Januar 1906 und führte aus, ein Krieg mit Deutschland, auch mit Frankreich als Bundesgenossen, würde den Engländern in höchstem Grade unerwünscht sein. Aber im Falle eines deutsch-französischen Krieges, den England nicht wünsche, würde es nicht neutral bleiben. „Die englische Politik, welche lange gezögert hat, und das englische Volk haben sich vom Dreibund ab- und Frankreich zugewandt. Wo Rußland darniederliegt, würde eine Vernichtung Frankreichs durch Deutschland die deutsche Macht so sehr in Europa in den Vordergrund drängen, daß die Stellung Englands nach Ansicht der Engländer darunter leiden würde. Die Entente cordiale verdichtet sich und wird für lange Zeit ein wichtiger Faktor in der europäischen Politik bleiben. Angriffsabsichten hat England aber nicht."

Der deutsche Militärattaché, Rittmeister Graf v. der Schulenburg, machte genauere Mitteilungen[1]) über die Möglichkeiten der Mitwirkung des englischen Landungskorps auf dem Festlande. Seine Ansichten und seine Angaben über den Zeitbedarf der Transporte und Ausladungen bilden eine wichtige Ergänzung der Mitteilungen, die damals der englische Militärattaché Barnardiston dem belgischen Generalstabschef Ducarne in Brüssel gemacht hat[2]).

---

[1]) Anlage zu Nr. 6946. Vgl. Band 21, 1. Hälfte, S. 82 ff.

[2]) Vgl. Bernhard Schwertfeger: Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität, 1. Ausgabe, S. 142 ff. 2. Ausgabe (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin) 1925. S. 100 ff.

Kapitel 152

Das erste Stadium der Konferenz Januar—Februar 1906

Die zahlreichen Dokumente des 152. Kapitels ermöglichen dem Leser einen tiefen Einblick in die Wirrnisse der Konferenz bis in alle Einzelheiten hinein. Für die Zwecke des Wegweisers kann es hier nur darauf ankommen, die Hauptlinien der Entwicklung anzudeuten.

Unter Beteiligung der marokkanischen Delegierten, die nach aus-
6947, 6948 drücklicher Weisung deutscherseits auf der Konferenz von vornherein
6949 gut behandelt werden sollten, fand am 16. Januar 1906 in Algeciras die erste Sitzung statt, die ganz nach Wunsch verlief. Die französischen Vertreter zeigten ein sehr höfliches Entgegenkommen, aber
6952 keinerlei Neigung zu einer geheimen Verständigung.

Wichtig ist eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein
6953 vom 18. Januar 1906. Holstein, mit dem Bülow alle Phasen der Marokkoverhandlungen eingehend besprochen, und dem er für die dortige
6954 Vertretung der deutschen Interessen einen maßgebenden Einfluß eingeräumt hat, nennt in seiner Aufzeichnung als einziges Ziel der deutschen Politik, daß für Deutschland kein Grund vorliege, „die wirtschaftlichen Interessen und Aussichten, welche wir bisher in Marokko hatten, ohne weiteres den Franzosen zu opfern".

Die Hauptfragen der Konferenz bezogen sich auf die Neuordnung der marokkanischen Polizei und auf die Errichtung einer marokkanischen Bank. In beiden Hauptpunkten suchte Deutschland die Zu-
6956 stimmung zunächst seiner Dreibundgenossen, sodann vor allem Ameri-
6958 kas, zu erlangen. Obwohl Amerika stets in höflicher Form seine Zurückhaltung betonte, mußte der deutsche Botschafter in Washington, Freiherr Speck v. Sternburg, immer wieder den Versuch machen, Amerika in den Vordergrund zu schieben und es für die Gestaltung einer Polizeiorganisation in Marokko zu interessieren,
6959 die die Offene Tür und die Gleichstellung aller Nationen dort sicherstellte.

So sehr auch in London die unnachgiebige Haltung der deutschen Delegierten in Algeciras gegenüber Frankreich beklagt wurde, so wurden doch gerade während des ersten Teiles der Marokkokonferenz verschiedene Versuche zur Verbesserung der deutsch-englischen Be-
6960 ziehungen unternommen. In Berlin sprach sich Bülow eingehend mit dem englischen Botschafter aus, und in dem Geburtstagsbriefe König
6961 Eduards VII. an den deutschen Kaiser[1]) fand sich der Hinweis

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 275.

darauf, daß nach glücklicher Beendigung der Algeciraskonferenz eine Annäherung zwischen Deutschland, Frankreich und England stattfinden könne. Kaiser Wilhelm antwortete[1]), seine Politik sei nur 6962
auf den Frieden gerichtet, und Deutschlands Marokkoprogramm sei in höchstem Grade friedlich, durchführbar und international, so daß es einer fast allgemeinen Zustimmung begegne. König Eduard dankte
am 5. Februar[2]) und gab die Anregung, Radowitz und Révoil könnten 6963
sehr wohl auf freundschaftlichem Wege sich privatim verständigen, worauf dann diese Ergebnisse allen Mitgliedern der Konferenz vorgelegt würden. Dieser Weg wurde aber in Algeciras nicht beschritten.

Über den Fortgang der Verhandlungen meldete Radowitz anfangs 6964, 6965
günstig. Die Konferenz habe nun die erste Woche ihre Arbeit hinter
sich, berichtete er am 26. Januar 1906, und sie habe in dieser Zeit 6967
das geleistet, was man billigerweise bis jetzt von ihr hätte erwarten können. Seine Hoffnung, Deutschland werde auf der Konferenz nicht isoliert bleiben, ging aber nicht in Erfüllung.

Ein neuer Ton kam durch einen Artikel des bekannten Kolonialpolitikers de Lanessan im „Siècle" vom 24. Januar 1906 in die Ver- 6968
handlungen. Lanessan bezeichnete ein Generalmandat in Marokko als aussichtslos und für Frankreich nicht einmal wünschenswert. Es sei am besten, dem Sultan die Organisation der Polizei in seinem Reiche zu übertragen, ihm dafür bestimmte Mittel anzuweisen und eine internationale Kontrolle über die Verwendung jener Mittel und die ganze Durchführung dieses Planes einzurichten; Frankreich werde sich Sympathien erwerben, wenn es diesen Plan in Algeciras spontan anrege. Deutschland versuchte nun Amerika für einen derartigen
Antrag zu gewinnen. In Washington war man dazu aber wenig 6971
geneigt.

Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete nach der Polizeifrage die zu errichtende Staatsbank. Hierfür machte Deutschland 6966
eingehende Vorschläge, die aber von den französischen Bevollmäch- 6974–6977
tigten nur zum Teil gebilligt wurden. Auch in der Polizeifrage kam
man nicht vorwärts. 6978–6980

Allmählich stellte es sich heraus, daß Deutschland auf eine glatte Unterstützung seiner Forderungen nur bei dem österreichisch-ungarischen Delegierten rechnen konnte, im übrigen aber alleinstand, da Amerika wenig Neigung zeigte, sich in der Marokkofrage in den Vordergrund schieben zu lassen. Die Gefahr der Isolierung Deutschlands ist in Berlin offenbar nicht rechtzeitig genug erkannt worden, denn in einem Telegramm Bülows an den Botschafter v. Radowitz
vom 7. Februar ist immer noch davon die Rede, daß Deutschland eine 6987
Isolierung jetzt nicht mehr zu befürchten habe. Zwei Tage darauf

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 276/277.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 277/278.

wurde diese Auffassung durch ein Telegramm von Radowitz gründlich enttäuscht. Auch Mr. White, der Erste Delegierte Amerikas auf der Konferenz, vertrat den Standpunkt des Nachgebens, und ebenso Marquis Visconti Venosta. Nur der österreichische Vertreter Graf Welsersheimb stimmte bedingungslos für Deutschland. Sein Eintreten allein, vermerkte aber Radowitz hierzu, würde keinen großen Effekt machen.

Es begann nun in Algeciras ein hartnäckiger Kampf um einzelne Punkte, bei denen man wirklich oft das Gefühl hat, daß sie einen solchen diplomatischen Aufwand an Zeit und Kraft nicht verdient haben. Fürst Bülow, immer im engsten Einvernehmen mit Holstein, fürchtete jetzt vor allem den Eindruck der Isolierung Deutschlands, wollte aber auch nicht, wie er am 13. Februar 1906 nach Rom telegraphierte, weiter zurückweichen.

Am 15. Februar 1906 überreichte Rouvier dem deutschen Botschafter einen neuen Vorschlag über die marokkanische Polizei[1]). In Algeciras erhielt Radowitz tags darauf einen Schriftsatz des französischen Ersten Delegierten Révoil[2]), wonach der Sultan von Marokko lediglich französische und spanische Offiziere zu der Polizei auswählen sollte. Im übrigen zeigte die französische Note ein gewisses Entgegenkommen. Diese Auffassung hatten jedenfalls der österreichische und amerikanische Vertreter in Algeciras, deren Urteil für Deutschland damals besonders wichtig war. In Berlin erhob man aber Einwendungen, worauf nun auch ein gewisser Gegensatz zu Österreich entstand.

Die Lage in Algeciras verschärfte sich jetzt aufs neue. Von allen Seiten, auch von Petersburg und Washington[3]), versuchte man auf Deutschland im Sinne der Nachgiebigkeit einzuwirken, da sonst die Konferenz scheitern müsse. Vor den Erfordernissen der höheren Politik, hatte Graf Lamsdorff zum Botschafter v. Schoen gesagt, könne die Sorge um Erhaltung eines Prinzips in Afrika, das im Grunde weit weniger bedroht sein dürfte, als es Deutschland scheine, in den Hintergrund treten.

Der für Deutschland aus seiner Marokkopolitik zu erhoffende Gewinn schien den englischen Staatsmännern damals so unklar, daß sie annahmen, Deutschland verfolge weitere Ziele, z. B. die Festsetzung an der atlantischen Küste Marokkos und den Gewinn einer dortigen Kohlenstation oder eines Hafens. Der neue Kriegs- und Marineminister Haldane betonte, daß die englische Regierung unbedingt auf dem französischen Standpunkt bestehe und die Ansprüche Frankreichs maßvoll finde; Deutschland möge doch endlich mit seinen

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 278.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 278/279.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 279/280.

Forderungen hervortreten. Deutschlands Lage wurde insonderheit auch dadurch erschwert, daß nunmehr ein Vorhandensein spanisch- 7024
französischer Abmachungen nicht mehr fraglich erschien. In Petersburg vollends, wo man durch die Ereignisse von Björkoe[1]) in den Wunsch des deutschen Kaisers eingeweiht war, Frankreich dem deutsch-russischen Geheimbündnisse hinzuzugesellen, verstand man nicht, was Deutschland eigentlich in Algeciras beabsichtigte. In diesem Sinne sprach sich der vom Kaiser persönlich in die Vorgänge von Björkoe eingeweihte Graf Witte[2]) zu dem deutschen Botschafter v. Schoen aus, der ihm erwiderte, die Politik des deutschen Kaisers sei wie bisher auf Frieden, Eintracht und Vertrauen gerichtet. In Berlin wünschte man, Graf Witte möge die französische Regierung zu 7026
einer etwas weniger unnachgiebigen Haltung zu bewegen suchen.

Graf Witte, der dem Plane des deutschen Kaisers mit Begeisterung ergeben schien, hatte (vgl. Dokument Nr. 6250) am 8. Oktober 1905 den Fürsten zu Eulenburg darum gebeten, in ganz besonders wichtigen Fragen eine unmittelbare Verbindung mit dem deutschen Kaiser herstellen zu dürfen. Nunmehr schrieb er am 20. Februar 1906 einen ausführlichen Privatbrief[3]) an den Fürsten zu Eulenburg und 7027
führte aus, daß die Lage des russischen Geldmarktes einen günstigen Ausgang der Algeciraskonferenz erfordere. Dabei wies er darauf hin, daß Deutschland doch die Absicht habe, sich mit Frankreich auf einen günstigen Fuß zu stellen. Auch Fürst Eulenburg vertrat diese Auffassung.

Der Reichskanzler aber erblickte in dem Wunsche der Russen nach einer neuen Anleihe hauptsächlich die Möglichkeit eines russi- 7028
schen Druckes auf Rouvier und die Franzosen. Sowie der Brief des Grafen Witte (Nr. 7027, Anlage) in Berlin eingegangen war, ließ 7028
er im Auswärtigen Amte einen Schriftsatz entwerfen, den Fürst Eulenburg mit kleinen redaktionellen Änderungen zu seiner Antwort be- 7030
nutzte. Er entwickelte darin den Gedanken, der deutsche Kaiser werde es lieber auf ein Scheitern der Konferenz ankommen lassen, ehe er durch das kaudinische Joch exzessiver französischer Forderungen gehe. Offenbar hätten die französischen Konferenzdelegierten Révoil und Regnault, von den französischen Journalisten in Algeciras unterstützt, die Absicht, als Helden und Triumphatoren aus der Konferenz hervorzugehen, um für sich selbst eine glänzende Karriere zu sichern. Hier könne Graf Witte einsetzen, damit die Franzosen entsprechend ihren früheren Zusagen und der vereinbarten Losung „ni vainqueur ni vaincu“ auch ihrerseits einlenkten und damit einen für den deutschen Kaiser und Deutschland annehmbaren Kompromiß ermöglichten.

---

[1]) S. o. S. 53 ff.
[2]) S. o. S. 60.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 280/281.

Graf Witte hielt ein kleines deutsches Opfer in Marokko schon aus dem Grunde für erwünscht, da es dann gelingen dürfte, der Verwirklichung der großen Gedanken näherzukommen, deren Träger die
7029 Monarchen seien. In diesem Sinne sprach er sich am 23. Februar 1906 mit dem deutschen Botschafter v. Schoen aus.

Inzwischen schleppten sich in Algeciras die Verhandlungen weiter. Am 20. Februar begann die Erörterung des deutschen Bankprojektes, wobei Radowitz auf die Unterstützung Österreichs, Italiens, Amerikas,
7031–7033 Hollands und der Marokkaner rechnete. Zu gleicher Zeit weilte der frühere Botschafter Frankreichs in Berlin und London, Baron de Cour-
7034, 7035 cel, der an der Beisetzung König Christians IX. von Dänemark in Kopenhagen teilgenommen hatte, in Berlin und sprach sich dort wiederholt mit Holstein im Auswärtigen Amte aus. Ihm wurde gesagt,
7036 Deutschland sei bereit, Frankreich hinsichtlich der Polizeifrage eine bevorzugte Stellung zuzuerkennen, könne sich aber nicht ganz ausschließen lassen.

7037 Da Rußland nicht verstehen wollte, warum Deutschland in der Polizeifrage so hartnäckig für ein internationales Recht eintrete, Amerika nervös zu werden anfing und auch von österreichischer Seite auf die Unannehmlichkeiten einer Isolierung der beiden verbündeten
7038–7040 Staaten in Algeciras hingewiesen wurde, schien eine Zeitlang ein auch nur leidlicher Ausgang der Konferenz ungewiß. Da machte der
7041, 7045 österreichische Vertreter in Algeciras, Graf Welsersheimb, einen Vermittlungsvorschlag in der Polizeifrage, der vielleicht einen Ausgang aus der Sackgasse eröffnete. Eine Äußerung der französischen Re-
7042 gierung, die Radowitz am 26. Februar[1]) in Algeciras erhielt, betonte, daß der Grundsatz der Gleichheit für Alle in wirtschaftlichen Dingen auch in den französischen Vorschlägen für die Einrichtung der Polizei zum Ausdruck komme. Auf die Unterstützung durch Italien war
7043 deutscherseits nach wie vor nur wenig zu rechnen.

Am 26. Februar 1906 berichtete Radowitz nach Berlin, die Lage
7044 der Konferenzverhandlungen sei auf den Punkt gekommen, daß es sich nun entscheiden müsse, ob eine Einigung über die Hauptfragen überhaupt noch möglich sei. Eine Isolierung Deutschlands sei bis jetzt vermieden worden, eine Auffassung, die Kaiser Wilhelm II. mit Recht mit einem großen Fragezeichen versah.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 282.

Kapitel 153

Das zweite Stadium der Konferenz Österreichs Sekundantendienst März—April 1906

Mit dem bereits erwähnten Vermittlungsvorschlage des Grafen Welsersheimb in der Polizeifrage (vgl. Nr. 7041), den Radowitz am 26. Februar 1906 zugestellt erhielt[1]), traten die Verhandlungen in ihr entscheidendes Stadium. Deutschland war bereit, den Vorschlag 7045
des Grafen Welsersheimb anzunehmen, wenn er in einigen Punkten 7046
anders gefaßt wurde. Der Reichskanzler, dem es offensichtlich jetzt darum zu tun war, sich von der Holsteinschen Politik der Unnachgiebigkeit in der Marokkofrage freizumachen, sprach jetzt von der Ermöglichung einer ehrenvollen Verständigung.

Ein näheres Eingehen auf die Einzelheiten der Schlußverhandlungen in Algeciras dürfte sich erübrigen[2]). Die zahlreichen Dokumente von Nr. 7045 bis 7136 vermitteln uns das Hin und Her der
weiteren Auseinandersetzungen, bei denen deutscherseits eigentlich 7045–7136
immer nur um die Form und um ein Herauskommen mit Ehren gekämpft wurde, während wirklich wichtige Interessen Deutschlands gar nicht in Frage standen. Die Einzelheiten der Verhandlungen haben in der Tat nur für eine Spezialgeschichte der Konferenz von Algeciras ein gewisses historisches Interesse. Für die Zwecke des Wegweisers dürfte es genügen, einige Stücke herauszuheben, die ein besonderes Licht auf die damaligen Vorgänge fallen lassen.

So war die Haltung Italiens auf der Konferenz für die künftige Gestaltung der Dreibundbeziehungen von hoher Bedeutung. Als Marquis di Rudini am 27. Februar 1906 dem deutschen Botschafter Grafen Monts seine Glückwünsche zum Geburtstage des Kaisers und 7050
zur Silbernen Hochzeit des Kaiserpaares aussprach, erklärte er die Sachlage von Algeciras als sehr ungünstig. Ein kriegerischer Konflikt mit Frankreich würde zwar Italien, wenn das Kabinett einigermaßen seine Schuldigkeit tue, an der Seite Deutschlands und Österreichs sehen. Ein englisch-deutscher Konflikt aber versetze Italien in die Unmöglichkeit, „einen Allianztraktat zu halten, dessen Prämisse die

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 282.

[2]) Vgl. Otto Hammann: Der Mißverstandene Bismarck, Berlin 1921. „Auf die Gegenstände des Streites im einzelnen einzugehen, hat heute keinen Wert mehr. In der Masse der Stimmungsberichte aus Algeciras wurde der böse Wille Deutschlands für alles Widrige verantwortlich gemacht." S. 133. Vgl. ferner Otto Hammann: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1918. „Auf den Gang der Beratungen von Algeciras ausführlich einzugehen, hat heute keinen Wert mehr . . . Beide Delegationen glichen einem verzankten Paar, das sich ungefähr in der Mitte von Berlin und Paris treffen soll, aber unterwegs auf jeder größeren Station liegen bleibt." (S. 228/229.)

Freundschaft des britischen Reiches zu den Dreibundstaaten gewesen" sei. Der Dreibund habe überhaupt mehr eine kontinentale Bedeutung.

Bei den Erörterungen des Staatsbankprojektes in Algeciras trat,
7051 wie Radowitz am 3. März telegraphisch meldete, ihm eine feste französisch-englisch-russisch-spanische Gruppe entgegen. Der italienische und amerikanische Unterhändler vermieden eine direkte Stellungnahme. Nur Österreich-Ungarn stand fest zu Deutschland. Fürst Bülow, der die Leitung der Marokkoaktion in Berlin offenbar aus Mißtrauen gegen Holstein jetzt in der Hauptsache selbst leitete, erkannte, daß es nicht gut sei, wenn Deutschland sich in den Verhandlungen auf einzelne Sonderpunkte versteife. Äußerte sich doch jetzt
7052 auch schon die offiziöse russische Presse dahin, daß allein Deutschland sich dem Bestreben Frankreichs widersetze, zusammen mit Spanien für die Ordnung in Marokko zu sorgen. Als Radowitz am
7054 4. März telegraphierte, die Aussichten der Verständigung in der Bankfrage hätten sich anscheinend wesentlich verbessert, schien nun auch
7055 Holstein einzulenken, der in einem Telegramm vom 4. März an den Fürsten Radolin eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich für besser erklärte als den Abbruch oder die Ver-
7059 tagung der Konferenz.

Baron de Courcel wirkte in Paris im Sinne der Entspannung. Dort sprach er am 3. März mit dem Könige von England, der auf der Durchreise nach Biarritz einen Tag sich in Paris aufhielt, den am 17. Januar 1906 zum Präsidenten der französischen Republik gewählten Fallières aufsuchte und außerdem Delcassé sprach.

Am 5. März 1906 gab Radowitz in Algeciras eine schriftliche Er-
7062 klärung ab[1]), die sich mit der deutschen Auffassung der Polizeifrage beschäftigte, aber sonst von keinem der Kongreßmitglieder verteidigt wurde. Man suchte nun eine andere Lösung der Polizei-
7063 frage und hätte es gern gesehen, daß Österreich und Italien einen solchen Vermittlungsvorschlag in Algeciras einbrachten.

7064 Ein Bericht des Grafen Monts vom 3. März 1906 vermittelt uns ein abschließendes Urteil des deutschen Kaisers über die damalige politische Gruppierung. Graf Monts berichtete auf Grund einer Besprechung mit dem italienischen Botschafter Pansa, der aus London nach Rom berufen war, die englisch-französische Entente sei nicht als etwas Vorübergehendes anzusehen; die Engländer wenigstens hätten sie in der Absicht geschlossen, daß sie mindestens für ein Menschenalter ihre Nachwirkung äußern sollte. Kaiser Wilhelm II. bemerkte hierzu: „Also für meine Generation ist eine Beziehung zu Gallien nicht mehr zu erhoffen", und an den Schluß des Berichtes setzte er die Worte: „England ist mit Frankreich von der deutschen Presse ‚zusammengeschimpft' worden, und nun sind sie zusammen

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 283.

und Gallien unter englischem Einfluß; das ist uns für das erste verloren. Italien hält sich dazu, Krimkrieg-Koalition, und wir haben das Nachsehen!“

Für den deutschen Kaiser, der eine Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland als sein Lebensziel betrachtete, war diese Erfahrung um so bitterer, als auch sein Wunsch der Annäherung an Rußland nicht in Erfüllung ging. Der Zar war, wie Botschafter v. Schoen am 4. März 7068
1906 aus Petersburg meldete, von den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft und tiefer Dankbarkeit für den deutschen Kaiser durchdrungen; ihm fehlte aber die Festigkeit des Charakters und die willensstarke Tatkraft, um die Konsequenzen aus diesen Gefühlen zu ziehen. Daher sei es für Deutschland nötig, Rußland den Wert der deutschen Freundschaft bei allen geeigneten Gelegenheiten „mit derjenigen Deutlichkeit zu Gemüte zu führen, welche allein auf Verständnis bei der hiesigen hochmütigen Schwerfälligkeit rechnen kann“. Der Kaiser vermerkte hierzu: „Endlich mal wahr! Ohne Tünche oder Gejammer über vergangene Zeiten!“

Ein Bericht des Botschafters Speck v. Sternburg vom 7. März[1]) 7074
zeigte deutlich, wie sehr auch Amerika daran gelegen war, die Algeciraskonferenz beendet zu sehen. Kaiser Wilhelm erklärte sich
am 12. März bereit, alle Ratschläge des Präsidenten Roosevelt als 7093
Basis einer Verständigung anzunehmen. In Algeciras hatte inzwischen
am 8. März Radowitz eine ausführliche Erklärung abgegeben, die in 7075, 7076
der Betonung des Wunsches ausklang[2]), die Konferenz zu einer Einigung in der wichtigen Polizeifrage gelangen zu sehen. Graf Welsersheimb brachte am gleichen 8. März einen neuen Vorschlag ein[3]). 7077

Jetzt endlich griff eine günstigere Stimmung Platz. Am 10. März 7079, 7084
vermochte Radowitz die Erklärung abzugeben, wonach Deutschland dem Vorschlage des Grafen Welsersheimb grundsätzlich zustimmte[4]). 7085
Hierzu verstand man sich in Berlin einzig und allein in der Hoffnung, dadurch eine allgemeine Übereinstimmung herbeizuführen. Da Révoil aber jetzt unnachgiebig blieb und sogar nach der Meinung des italienischen Vertreters Marquis Visconti Venosta[5]) auf der Konferenz nur durch ein positives Eingreifen der Pariser Regierung zum Ein- 7090
lenken gebracht werden konnte, ließ Bülow nunmehr ein Zirkular
an die Botschaften in Wien, London, Petersburg und Rom entwerfen, 7091, 7092
worin die fremden Kabinette im Sinne eines glücklichen Ausganges der Konferenz in Paris dahin zu wirken aufgefordert wurden, „daß dort wieder die Stimme der Vernunft die Oberhand gewinnt und

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 283/284.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 285.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 285/286.
[4]) Deutscher Wortlaut der Anm. zu Nr. 7078 (Entwurf Révoils) siehe S. 286.
[5]) Deutscher Wortlaut siehe S. 287.

gegenüber so großen Zugeständnissen von unserer Seite auch einiges Entgegenkommen gezeigt wird".

7102 Präsident Roosevelt war über den österreich-ungarischen Vermittlungsvorschlag keineswegs erbaut, da er zu neuen Reibereien
7112 führen konnte[1]). Als er am 16. März mit dem deutschen Botschafter
7113 die Marokkofrage erörterte, ließ er deutlich durchblicken, daß man in Amerika neuerdings zu der Ansicht komme, Deutschland wünsche durch seine Verschleppungspolitik Frankreich zu erniedrigen. Er bat den Botschafter, dem Kaiser mitzuteilen, in wie hohem Grade es ihm unangenehm sei, eine Vermittlerrolle zu übernehmen, da man das in Amerika nicht verstehe. Am 18. März sandte der amerikanische Staatssekretär Root dem deutschen Botschafter eine schriftliche
7115 Note[2]), die den österreichischen Vermittlungsvorschlag mißbilligte, aber doch erkennen ließ, Amerika werde jeden Regelungsvorschlag annehmen, über den die in Algeciras vertretenen Mächte sich einigten.

Da ein gewisses Mißtrauen der Amerikaner gegen die deutsche Politik aus diesen Noten hervorzugehen schien, ließ Bülow am
7118 19. März nach Amerika drahten, Deutschland denke weder an Sondervorteile in Marokko noch an einen Krieg mit Frankreich. Der Kaiser habe nie an einen Krieg wegen Marokkos gedacht, der auch vom deutschen Volke nicht verstanden werden würde. „Wir hatten nie einen anderen Zweck, als das Prinzip der Offenen Tür, d. h. der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, in Marokko zu sichern, und haben die Konferenz beauftragt, weil diese uns als der geeignetste Weg erschien, um die marokkanische Angelegenheit zweckmäßig und friedlich zu erledigen." An der Schaffung von Interessensphären, die Roosevelt beanstandet hatte, habe das Deutsche Reich ebensowenig ein Interesse wie die Mehrzahl der übrigen Vertragsstaaten.

Sehr aufschlußreich für Bülows damalige Stellung zur Marokkofrage sind die Schlußworte des am 19. März 1906 nach Washington gerichteten Telegramms. „Im Hinblick auf die verschiedenen großen politischen Erfolge des deutsch-amerikanischen Zusammengehens während der letzten zwei Jahre — Lokalisierung des (Russisch-Japanischen) Krieges, Wahrung der internationalen Ordnung und endlich Wiederherstellung des Friedens — erscheint mir die Erhaltung des bisherigen Vertrauens zwischen Berlin und Washington, die unverzügliche Beseitigung aller Mißverständnisse wichtiger als die ganze Marokkoangelegenheit." Damit hat Bülow über die deutsche Marokkopolitik bis zu diesem Zeitpunkte ein vernichtendes Urteil gesprochen.

Es liegen sodann noch amerikanische Äußerungen vom 21. und
7121, 7130 24. März 1906 vor[3]), wonach Amerika sich dem deutschen Stand-

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 287.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 287 ff.
[3]) Deutscher Wortlaut siehe S. 289.

punkte wieder genähert hatte, wenn es auch nicht im Vordergrunde zu stehen wünschte. Die weiteren Einzelheiten der Verhandlungen 7126
gehen aus den Dokumenten deutlich hervor. Die Haltung des italienischen Vertreters und die Berichte des Grafen Monts aus Rom ließen keinen Zweifel darüber, daß Italien sich unter Umständen sogar gegen Deutschland stellen würde. Gelinge es Deutschland, meinte
Graf Monts in einem ausführlichen Berichte vom 11. März 1906, 7103
mit einer der beiden Westmächte in feste oder freundschaftliche Verbindungen zu treten, so werde die italienische Politik in den alten Bahnen bleiben. Hierzu vermerkte der Kaiser: „Italien bleibt nur so lange bei uns, als wir mit England befreundet sind. Kommt das nicht wieder, so wird es aus dem Dreibund ausscheiden!“ Rußlands
Verhalten aber erwies, daß trotz Björkoe die beiden Mächte sich eher 7125
voneinander entfernt hatten. Der Kaiser war hierüber tief erbittert.

Der 27. März 1906 brachte die entscheidende Wendung. Endlich
erfolgte in Algeciras die Annahme des Polizeireglements[1]), und Rado- 7134
witz meldete nach Berlin, über alle Hauptfragen sei Einverständnis 7135, 7136
erzielt. Tags darauf berichtete er schriftlich, der entscheidende 7137
Wendepunkt sei eingetreten, und es sei für Deutschland erreicht worden, was unter den gegebenen Verhältnissen irgend möglich gewesen
sei. Am Jahrestage des deutschen Kaiserbesuches in Tanger, 31. März 7138
1906, gelangten die Verhandlungen durch eine endgültige Vereinbarung über alle vorliegenden Materien zum Abschluß.

In Berlin atmete man auf. An den Kaiser Franz Joseph sandte
Kaiser Wilhelm II. am 5. April 1906 ein herzliches Danktelegramm 7139
für die Unterstützung in Algeciras, und am 13. April telegraphierte er an den Grafen Goluchowski: „Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes in gleichem Falle auch von mir gewiß sein.“ Der Wortlaut dieses Telegramms, der vielfach auffiel, ist wahrscheinlich ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amtes entstanden.

Der Ritt über den Bodensee war beendet. Das Ergebnis war 7140,
für Deutschland überaus gering. Die Festigkeit des Dreibundes schien 7141, 7143
durch Italiens Verhalten auf der Konferenz nicht unerheblich erschüttert. In der Londoner Presse erkannte man Deutschlands ver- 7142
söhnliche Haltung bei den Schlußverhandlungen ziemlich einstimmig an, was aber nur ein geringer Trost war.

Die Erledigung der Arbeiten auf der Marokkokonferenz hatte zu einer schweren Überanstrengung des Reichskanzlers Fürsten Bülow geführt, die am 5. April 1906 in einem ernsten Ohnmachtsanfalle 7143
des Fürsten im Reichstage ihren Ausdruck fand. An dem gleichen Tage hatte der Vortragende Rat v. Holstein seinen im Unmut schon

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 289/290.

wiederholt erbetenen Abschied erhalten und endlich den Schauplatz seines für Deutschland unheilvollen Wirkens verlassen.

Was waren nun die Ergebnisse der Marokkopolitik für Deutschland? Nach Äußerungen des französischen Botschafters Bompard
7144 in Petersburg, über die der Botschafter v. Schoen am 7. April aus Petersburg berichtete, zunächst eine Zusammenschweißung Frankreichs und Englands, sodann eine nahezu vollständige Isolierung Deutschlands und schließlich anscheinend noch eine Verstimmung zwischen Rußland und Deutschland. Italien hatte sich gegen Deutsch-
7145, 7146 land gestellt, und der Sieger der Konferenz war nach Ansicht des
7147 amerikanischen Vertreters in Algeciras, Sir Henry White, England, denn dieses habe alles eingesteckt, was ihm Frankreich seinerzeit für Marokko gewährte. Nach Whites Ansicht hätte eine direkte Aussprache zwischen Frankreich und Deutschland schneller und leichter zum Ziele geführt. Zu der Bloßstellung des Dreibundes vor Europa hatte der italienische Vertreter in Algeciras sogar nach dem Urteile
7148 der italienischen Regierung nicht wenig beigetragen.

In Paris aber war die Stimmung durchaus zu ungunsten Deutschlands umgeschlagen. „Das dürfte zunächst auch noch so bleiben,"
7149 berichtete der Geschäftsträger v. Flotow am 23. April 1906, „und wird mit Ruhe und Geduld von uns hingenommen werden müssen. Trotzdem darf man die Hoffnung hegen, daß es bei ruhiger und stetiger Fortentwicklung unserer Politik gegenüber Frankreich — ohne Schroffheit, aber auch ohne allzu große, hier der Gefahr einer mißverständlichen Auffassung ausgesetzte Avancen — möglich sein wird, die deutsch-französischen Beziehungen, wenn auch nicht in freundschaftliche, so doch in korrekte und normale Bahnen zurückzuleiten."

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Der einundzwanzigste Band des Aktenwerkes

Zweite Hälfte

Inhaltsübersicht

des 21. Bandes

Zweite Hälfte

KAPITEL 154

Die Rückwirkungen der Konferenz auf das Verhältnis der Dreibundmächte 1906—1907. Die stillschweigende Verlängerung des Dreibundvertrages 1907. Dokumente Nr. 7150—7171 141

Anhang: Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1906—1907. Dokumente Nr. 7172—7178 144

KAPITEL 155

Die Deutsch-Englischen Beziehungen nach Algeciras und die Entente cordiale Mai 1906 bis Juli 1907. Dokumente Nr. 7179—7225 146

Anhang: Englisch-Französische Militär- und Marine-Abkommen? Dokumente Nr. 7226—7236 153

KAPITEL 156

Die Deutsch-Französischen Beziehungen nach Algeciras. Clemenceau und Jules Cambon. Herbst 1906—1907. Dokumente Nr. 7237—7275 . . . 156

KAPITEL 157

Neue Schwierigkeiten in der Marokkofrage. Herbst 1906—1907. Dokumente Nr. 7276—7343 160

Kapitel 154

Die Rückwirkungen der Konferenz auf das Verhältnis der Dreibundmächte 1906—1907

Die stillschweigende Verlängerung des Dreibundvertrages 1907

Ein wesentliches, für die deutsche Politik aber leider negatives Ergebnis der Konferenz bildete die Erkenntnis der Unzuverlässigkeit der italienischen Dreibundpolitik. Als am 8. März 1906 der Ministerpräsident Tittoni in der Deputiertenkammer davon sprach, Italien werde „von Herzen treu dem Dreibunde" die Traditionen der Intimität mit England und der aufrichtigen Freundschaft mit Frankreich aufrechterhalten, vermerkte Kaiser Wilhelm II. zu dieser Kennzeichnung: „Niemand kann zween Herren dienen, steht in der Bibel; also drei Herren erst recht nicht! Frankreich, England und dem Dreibunde, das ist völlig ausgeschlossen! Es wird darauf hinauskommen, daß Italien sich zur Britisch-Gallischen Gruppe hält! Wir tun gut, damit zu rechnen und diesen ‚Alliierten' in den Rauch zu schreiben!" 7150

In Rom wünschte man indes die Anlehnung an Deutschland nicht zu verlieren. Man gab zu, daß Marquis Visconti Venosta durch sein Verhalten auf der Algeciraskonferenz die Trübung der Beziehungen verschuldet habe. Auch beklagte der italienische Botschafter in Berlin, Graf Lanza, das wenig gute Verhältnis zwischen den beiden Monarchen, das viel zur politischen Spannung beigetragen habe. 7151 7152 7153

Aus Italiens Verhalten zog der Reichskanzler Fürst Bülow hauptsächlich den Schluß, daß es nunmehr gelte, die Beziehungen zu Österreich noch sorgfältiger zu pflegen als bisher. Für den 6. und 7. Juni 1906 stand ein Besuch Kaiser Wilhelms II. in Wien bevor. Hierfür übersandte der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in Norderney befindliche Reichskanzler am 31. Mai 1906 eine Aufzeichnung, in der er ausführte, der Kaiserstaat sei jetzt unser einziger wirklich zuverlässiger Bundesgenosse, und es komme darauf an, daß Deutschland seine „relative politische Isolierung" den Österreichern möglichst wenig zu erkennen gebe. „Wir müssen deshalb auch unsere Beziehungen zu Rußland, Italien und England als besser hinstellen, als sie vielleicht in Wirklichkeit sind, und selbst mit begründetem Verdruß, z. B. Italien gegenüber, zurückhalten." Der Kanzler empfahl ferner, daß Kaiser Wilhelm die Überzeugung aussprechen möge, daß 7154

sein Verhältnis zu König Eduard sich wieder ganz verwandtschaftlich und freundschaftlich gestalten werde. Die Wiener dürften nicht denken, daß Deutschland die guten Beziehungen Österreich-Ungarns zu England stören wolle. Dagegen schade es nichts, wenn der Kaiser die russischen Verhältnisse als unberechenbar schildere. Über Kaiser Nikolaus möge er nur freundliche Worte sagen, da im Wiener Hofe das Dreikaiserbündnis immer noch als politisches Ideal gelte. Auch empfahl er, die inneren Verhältnisse in Österreich und Ungarn gar nicht zu berühren, da sie so sehr unklar und verfahren seien.

7155 Der Besuch des deutschen Kaisers in Wien verlief zu voller Zufriedenheit. Kaiser Franz Joseph betonte die Notwendigkeit, die Italiener im Dreibunde festzuhalten, da sie sonst Österreich sehr unbequem werden könnten. Diesem Gedanken entsprach auch ein gemeinsames Telegramm der beiden Kaiser an den König von Italien. Über diesen Depeschenwechsel war besonders Graf Goluchowski sehr erfreut: Seiner Meinung nach gab es zwischen Österreich und Italien nur zwei Möglichkeiten, entweder Bündnis oder Krieg.

Die schärfste Verurteilung deutscherseits hat die italienische Politik wohl durch den Botschafter Grafen Monts gefunden. Am 7156 8. Juni übersandte er dem Auswärtigen Amte zwei Denkschriften über den Dreibundvertrag, der am 8. Juli 1908 weiterlaufen mußte, falls er nicht am 1. Juli 1907 gekündigt wurde. Nach Ansicht des Grafen Monts war es nötig, den Vertrag mindestens gründlich zu ändern, wenn es nicht vorzuziehen sei, eine Verbindung ganz zu lösen, „die Italien ungleich größere Vorteile biete als den Mittelmächten". Seiner 7157 Meinung nach empfahl es sich, in der nächsten Zukunft Italien gegenüber kühle Korrektheit zu zeigen. „Das deutsch-italienische Bündnis", 7158 so berichtete er am 16. Juni 1906, „ist positiv unfruchtbar, da an aktive Hilfe Italiens im Kriegsfalle nicht zu denken ist. Wie weit die diplomatische Hilfe Italiens reicht, hat der Marokkozwischenfall erwiesen." Wenn Italien sich nicht zu Änderungen des Vertrages herbeiließe, „die eine zweite Auflage seiner Haltung in Algeciras ausschließen, so würde es damit einen solchen Beweis von Untreue erbringen, daß je eher je besser ein ebenso schwacher wie illoyaler Alliierter abzuschütteln wäre".

7159 In Berlin machte man sich indessen diese scharfe Auffassung 7160 nicht zu eigen. Eine Reise des Staatssekretärs v. Tschirschky nach Wien und Rom im Oktober 1906 stellte vielmehr die Verlängerung des Dreibundvertrages in unveränderter Form sicher. In Rom suchte 7161 man jetzt wieder Anlehnung und Unterstützung bei Deutschland, da Frankreich sich in verschiedenen Fragen wenig entgegenkommend gezeigt hatte und man in Rom vor den Gefahren einer ernsteren Verstimmung mit Österreich in wachsendem Grade besorgt war.

7162 Je mehr sich Frankreich bemühte, einen Druck auf Italien auszuüben, um so weniger schien es vom Standpunkte des Dreibundes

aus angezeigt, eine Änderung des Dreibundvertrages anzustreben, 7163
für die Graf Monts nach wie vor eintrat. Als am 14. und 15. November 1906 Baron Aehrenthal, der neue österreichische Minister des Äußeren, auf der Reise von Petersburg in Berlin vorsprach und mit Bülow verhandelte, sprach er sich mit großer Entschiedenheit 7164
dafür aus, Italien im Dreibunde zu behalten. Bülow schrieb daraufhin an den Grafen Monts, es müsse dabei verbleiben. „Verträge 7165
wie den Dreibund, welcher während fast drei Lustren als fester Pol in der europäischen Politik angesehen werden konnte, tut man besser, selbst dann, wenn sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr völlig angepaßt sind, in sich verlöschen zu lassen, als sie mit Eklat zu sprengen."

Bald darauf gewann Baron v. Aehrenthal Gewißheit darüber, daß sowohl von englischer wie von französischer, ganz besonders 7166
aber auch von italienischer Seite gegen Deutschland und Österreich gehetzt wurde. Diese Minierarbeit machte sich in Böhmen, Galizien und Ungarn, ganz speziell aber auf dem Balkan und in Belgrad bemerkbar. Das Ziel dieser Intrigen war nach Aehrenthals Ansicht, Österreich-Ungarn zu schwächen und dadurch Deutschland mehr und mehr zu isolieren.

Auch Graf Monts bestätigte die Machenschaften der italienischen Irredenta. Die Schaukelpolitik Italiens zwischen den Zentralmächten 7167
und dem Zweibunde führte ihn zu der Überzeugung, daß man Italien überall an der Seite derjenigen Mächte sehen werde, die der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung Steine in den Weg legen wollten. „Unseren Beschwerden darüber wird man hier mit mehr oder weniger Grazie und höflichen Ausflüchten begegnen, in der Hoffnung, daß wir den Schein für das Wahre nehmen und ein Bundesverhältnis fortfristen werden, von dessen Pflichten sich allmählich Volk und Regierung in Italien innerlich immer mehr lossagen." Der Kaiser vermerkte hierzu: „Italien ist durch die Lappen gegangen, was ich seit 1904 behauptet habe!"

In Wien legte man auf eine unveränderte Beibehaltung des Dreibundvertrages Wert. Bei einer abermaligen Besprechung mit den deutschen Staatsmännern in Berlin im Mai 1907 hatte Baron Aehren- 7168
thal diesen Wunsch vertreten und außerdem den Plan eines Bahnanschlusses von Bosnien nach Saloniki erörtert. Bülow und der Staatssekretär v. Tschirschky versicherten dem österreichischen Minister ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung seines Bahnprojektes, falls es die Zustimmung des Sultans finde.

Wie weit sich die Spannung zwischen Österreich und Italien damals verschärft hatte, zeigt ein Bericht des Chefs des Generalstabes 7169
der Armee, Generals v. Moltke, an den Reichskanzler vom 2. Juni 1907. Danach wurde „eine Austragung der bestehenden Divergenzen mit den Waffen in der Hand in militärischen Kreisen als früher oder

später unvermeidlich angesehen". Der neue Chef des österreichischen Generalstabes, Conrad v. Hötzendorff, der vom 28. Mai bis 2. Juni 1907 seinen Antrittsbesuch in Berlin gemacht hatte, befürwortete daher immer aufs neue, „je eher, je besser gegen Italien loszuschlagen". Seine Vorschläge scheiterten am Widerstande Aehrenthals und des Kaisers Franz Joseph.

General v. Moltke übersandte dem Reichskanzler auch einen Agentenbericht[1]) über die antideutschen Bestrebungen Englands, der eine Fülle auffälliger Einzelheiten enthielt, die indes wenig verbürgt
7170 schienen, und daher auch vom Grafen Monts, dem der Bericht mitgeteilt wurde, abgelehnt wurde. Für die Haltung Italiens zum Dreibunde war es aber doch sehr bezeichnend, daß in den öffentlichen Verhandlungen über die außerordentlichen italienischen Rüstungs-
7171 kredite im Sommer 1907 die Notwendigkeit dieser Forderungen ganz unbefangen mit der Vorbereitung auf einen Krieg mit Österreich-Ungarn begründet wurde. Hierüber war man in Wien mit Recht sehr aufgebracht.

Da der Dreibundvertrag an seinem Fälligkeitstermin — 1. Juli 1907 — von keiner Seite gekündigt wurde, lief er stillschweigend weiter. Diese Tatsache wurde bei einer Zusammenkunft Aehrenthals mit dem Ministerpräsidenten Tittoni in Desio am 15. Juli festgestellt.

Anhang

Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1906—1907[2])

Noch während der Konferenz von Algeciras, am 25. Januar 1906,
7172 hatte Marquis Giuliano in Rom den deutschen Botschafter aufgesucht und ihm den Wunsch des italienischen Generalstabes übermittelt, darüber informiert zu sein, ob alle Abmachungen zwischen den beiden Generalstäben für den Fall eines nach Westen gerichteten Krieges, so wie sie seinerzeit festgelegt seien, weiter zu Recht beständen. General Saletta halte diese Frage für wichtig, da am 1. Januar 1906 der bisherige Generalquartiermeister, Generalleutnant v. Moltke, an die Stelle des bisherigen preußischen Generalstabschefs Grafen Schlieffen getreten war.

Der Militärattaché in Rom, Major Freiherr v. Hammerstein-Equord, erblickte in dieser Anfrage der Italiener den Ausdruck eines nicht ganz reinen Gewissens, zumal General Saletta ihm noch vor einiger Zeit versichert habe, es bleibe in bezug auf die dritte italienische Armee, die dem deutschen Heere im Mobilmachungsfalle zur

[1]) Nr. 7169, Anlage.
[2]) Vgl. Wegweiser Band 3, S. 194 ff.

Verfügung gestellt werden sollte, alles beim alten. Im gleichen Sinne erklärte nun auch General v. Moltke, daß die von seinem Vor- 7173
gänger mit dem italienischen Generalstabe getroffenen militärischen Abmachungen selbstverständlich für ihn bindend seien. Moltke fügte hinzu, er lege großen Wert auf Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen dem preußischen und italienischen Generalstabe, und er werde alles tun, was in seinen Kräften stehe, um diese guten Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Auch nach der österreichischen Seite hin betonte General Sa- 7174
letta seine Bundestreue. Damit stimmte es wenig überein, daß sich der Schwerpunkt des italienischen Interesses in Norditalien nach Ausweis der dortigen Dislozierungen allmählich aber sicher von der italienischen West- nach der Ostgrenze verschob. Man rechnete, wie Major v. Hammerstein am 20. März 1906 berichtete, kaum noch mit 7175
der Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich, wollte aber alle Maßnahmen treffen, „um für den noch einmal zu erwartenden und populären Krieg gegen Österreich gewappnet zu sein". Maßgebende militärische Persönlichkeiten beschäftigten sich stark mit den Mög- 7176
lichkeiten einer Offensive gegen Österreich.

Im Januar 1907 berichtete Major v. Hammerstein aufs neue über die Maßnahmen an der italienisch-österreichischen Grenze. „Eine bessere Illustration der Beziehungen der beiden Länder," schrieb Botschafter Graf Monts bei der Überreichung dieses Berichtes an den Reichskanzler am 10. Januar 1907, „wie sie wirklich beschaffen sind, 7177
erscheint kaum möglich. Die Tatsachen reden, und gegen dieselben kommen noch so viele Beteuerungen, Glückwünsche, Komplimente nicht auf, die zwischen den Herren Tittoni und Aehrenthal gewechselt werden . . . Inzwischen herrscht in den frankophilen italienischen Zeitungen große Freude darüber, daß die Franzosen laut ihrem neuen Budget keinerlei Summen mehr auf ihre Alpengrenze wenden werden . . . Ob es angesichts der wirklichen Lage der Dinge der Würde unseres Generalstabes entspricht, der sogenannten dritten italienischen Armee und fiktiven Aufmarschmöglichkeiten via Brenner weitere Stunden ernstester Arbeit zu widmen, entzieht sich meiner Kompetenz. Ein höfliches Einschlafenlassen dieser Arbeiten würde indes hier gewiß richtig verstanden werden als ein Zeichen, daß wir wohl wissen, wie die Sachen tatsächlich liegen, aber aus vielerlei Gründen zunächst noch unsere italienische Politik nicht anders orientieren wollen." Hierzu vermerkte der Kaiser: „Vorzüglich! Aufrichtig und wahr!"

Im italienischen Generalstabe blieb man dauernd bemüht, die Fiktion aufrechtzuerhalten, als werde man im Kriegsfalle „gegen Westen" die bestehenden Bündnisverpflichtungen gegen Deutschland und Österreich voll erfüllen. Dies kam auch in einer am 10. Juni 1907 7178
in Rom zusammentretenden Konferenz zum Ausdruck, die einer ver-

hältnismäßig unbedeutenden Veränderung der Eisenbahnverabredungen für den Mobilmachungsfall gewidmet war. General Conrad v. Hötzendorff war bei diesem Anlasse bereits so mißtrauisch gegen Italien, daß er dem Konferenzwunsche der Italiener die Absicht unterlegte, Gelegenheit zum Einblick in die Bahnverhältnisse Deutschlands und Österreich-Ungarns zu gewinnen.

Es wäre zweifellos besser gewesen, wenn wir im Sinne der Auffassungen des Kaisers und des Botschafters Grafen Monts verfahren hätten. Deutscherseits kannte man dann genau das Maß der bei einem Zukunftskriege wirklich zur Verfügung stehenden Streitkräfte, und auch für die politische Leitung wäre die volle Klarheit über das Maß der eigenen Kräfte und über die Zahl unserer Gegner von unschätzbarem Werte gewesen.

Kapitel 155

Die Deutsch-Englischen Beziehungen nach Algeciras nnd die Entente cordiale Mai 1906—Juli 1907

Graf Metternich hatte wiederholt in seiner Londoner Berichterstattung darauf hingewiesen, daß nach Beendigung der Algeciraskonferenz die Möglichkeit einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen gegeben sei. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes,
7179 v. Tschirschky, richtete nun am 1. Mai 1906 an ihn die Frage, ob schon greifbare Anzeichen eines Einlenkens gegenüber Deutschland
7180 erkennbar seien. Graf Metternich antwortete, er halte es für richtig, die deutsch-englischen Beziehungen vorläufig ruhen zu lassen, „let sleeping dogs lie". Eine gute Wirkung versprach er sich von einer freundschaftlichen Begegnung zwischen den Monarchen.

Auf einen Bericht des Geschäftsträgers v. Flotow über die Eindrücke der Algeciraskonferenz in Paris vom 23. April 1906 (Nr. 7149)[1]) hatte Kaiser Wilhelm II. vermerkt, daß ihm ein ähnlicher Situationsbericht aus London sehr erwünscht sein würde. Diesen erstattete
7181 Graf Metternich am 8. Mai 1906 in ausführlicher Form und wiederholte bei diesem Anlaß die Anregung einer möglichst baldigen Zusammenkunft zwischen den Monarchen. In zwei kurzen Schreiben vom gleichen Tage fügte er hinzu, die englische Regierung habe den auf-
7182 richtigen Wunsch, ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland
7183 anzubahnen, und die Möglichkeit politischer Geschäfte mit England scheine nach einer längeren Zeit der Ruhe in absehbare Nähe gerückt zu sein; er halte es aber für besser, eine abwartende Haltung einzunehmen, die Dinge reifen zu lassen und der englischen Regierung

[1]) S. o. S. 138.

die Initiative zu überlassen, womit der Kaiser ganz einverstanden war. 7184

Für eine Annäherung an Deutschland schien in jener Zeit besonders der Kriegsminister Haldane eingenommen. Als der Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm am 6. Juni sich vor einer Reise nach Deutschland von ihm verabschiedete, bat dieser Haldane, ihm offen zu sagen, wie er die Stimmung in England Deutschland gegenüber beurteile. Haldane betonte den aufrichtigen Wunsch der Regierung und des ganzen englischen Volkes nach einer Verbesserung der Beziehungen mit Deutschland und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der deutsche Kaiser ihn, Haldane, zu den deutschen Manövern einladen wolle. Das könne vielleicht das Vorspiel zu einer Begegnung zwischen den Monarchen werden. 7185 7186

Vom 20. bis 29. Juni weilten Vertreter der deutschen Presse in England. An den von der Londoner Presse veranstalteten Festen beteiligte sich Haldane in hervorragender Weise. Frankreich sah diese deutschfreundlichen Kundgebungen in England nicht gern. Als Fürst Radolin in Paris darauf hinwies, die détente zwischen Deutschland und England könne zusammen mit dem davon unberührten Freundschaftsverhältnis zwischen Frankreich und England doch nur einen wohltätigen Einfluß auf den Weltfrieden ausüben, erwiderte der Minister Bourgeois unter unpassender Hervorhebung der Tatsache, daß Deutschland sich um die Waffenlieferungen für Serbien mit bewerbe. Deutscherseits wies man das Hinübertragen der Erörterungen auf eine solche rein internationale handelspolitische Aktion, wie sie keinem Staate im offenen Konkurrenzkampfe verwehrt werden konnte, mit Recht zurück. 7187 7188 7189

Einen merkwürdigen Vorschlag brachte im Frühjahr 1906 das preußische Kriegsministerium zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes. Es beabsichtigte, die in Amerika lebenden Offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes im Falle eines Krieges mit England nach Deutsch-Südwestafrika zum Zwecke der Verstärkung der dort vorhandenen Truppen überführen zu lassen. Mit Recht wies das Auswärtige Amt darauf hin, daß die hierzu nötigen Vorbereitungen unter keinen Umständen geheimzuhalten seien, und ersuchte das Kriegsministerium, dem Plane für jetzt keine weitere Folge zu geben, der, wenn er bekannt würde, nur den englischen Argwohn gegen Deutschland aufs neue steigern müsse. 7190 7190

Eine ausführliche Aussprache über die deutsch-englischen Beziehungen und über das Thema der Einkreisung Deutschlands mit Sir Edward Grey hatte Graf Metternich am 31. Juli 1906 in London. Graf Metternich wies darauf hin, die Delcassésche Politik sei darauf gerichtet gewesen, einen Kreis von Mächten zu bilden, um Deutschland einzuschließen. Auch jetzt noch lasse sich aus der Tendenz französischer und englischer Preßorgane erkennen, daß dieses Ziel mit 7191

Hilfe Rußlands erreicht werden solle. Es sei dies eine gefährliche Politik, da Deutschland zu stark sei, um sich diplomatisch einengen zu lassen, und daraus eine Lage entstehen könne, die es notwendig mache, den Kreis zu durchbrechen. Eine friedfertige Politik dagegen sei die, Deutschland die Hand zu reichen und es in den Kreis der anderen Mächte hineinzuziehen. Dann sei der Friede in Europa besser gesichert als durch Friedenskongresse und Abrüstungsvorschläge. Sir Edward Grey brachte den Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland zum Ausdruck, die ihm — nach Metternichs Ansicht — indes keinen Strich durch die französisch-russische Rechnung machen durften.

Im Sommer 1906 kam es tatsächlich zu einem Besuche König
7192 Eduards VII. am 15./16. August in Homburg v. d. H. Der Kaiser erwog, ob er nach der erfolgten Begegnung ein Telegramm an den Zaren richten solle. Der Wortlaut eines solchen wurde im Aus-
7194, 7195 wärtigen Amte hergestellt und nach Schluß der Begegnung ein derartiges Telegramm in englischem Wortlaute nach Rußland gerichtet.

Bülow war über die bevorstehende Monarchenbegegnung sehr
7193 erfreut. Von Norderney telegraphierte er am 13. August an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der der Begegnung zur Betonung ihres politischen Charakters beiwohnen sollte, zur Regelung seiner Sprache: „Wir denken nicht daran, Frankreich von England absprengen oder England von Frankreich abziehen zu wollen; wir haben auch gegen eine Besserung der englisch-russischen Beziehungen an und für sich nichts einzuwenden, sondern würden dieselbe sogar als nützlich für den Weltfrieden ansehen, vorausgesetzt, daß sie ihre Spitze nicht gegen uns kehren. Wenn England zu allen Mächten intimere Beziehungen herzustellen sucht als zu uns, müssen wir dadurch auf die Idee gebracht werden, daß man uns isolieren und lahmlegen wolle. Darin liegt natürlich eine Gefahr für den Frieden. Wenn England dagegen auch zu uns korrekte, ruhige und friedliche Beziehungen anbahnt, wie solche von der großen Mehrheit des deutschen Volkes und allen maßgebenden Persönlichkeiten in Deutschland gewünscht werden, so würde dies der entente cordiale in keiner Weise Abbruch tun, wohl aber den Weltfrieden konsolidieren und damit zu ruhigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen."

Im Schloß Friedrichshof fand am 15. August die Begegnung statt. König Eduard VII. versicherte dem Staatssekretär v. Tschirschky,
7196 daß es zwischen England und Deutschland keine widerstreitenden Interessen gebe, und er hoffe, daß in Zukunft volle Harmonie herrschen werde. Mit Sir Ch. Hardinge sprach sich Tschirschky eingehend im Sinne der Weisungen des Reichskanzlers aus. Dabei hob ersterer hervor, man könne es England nicht verdenken, wenn es bestrebt sei, die Reibungsflächen mit fremden Staaten möglichst aus

der Welt zu schaffen; dies sei der Beweggrund für die Entente mit Frankreich gewesen, und aus dieser Überlegung heraus würde England alles tun, um auch mit Rußland über Afghanistan und Tibet zu einer Verständigung zu gelangen.

Kaiser Wilhelm II. war über seine Begegnung mit König Eduard VII. sehr erfreut. Letzterer hatte sich lebhaft über die Zer- 7197
fahrenheit der Zustände in Österreich-Ungarn beklagt; der Kaiser sei schwach und habe nicht mehr die gehörige Energie, den subversiven Elementen entgegenzutreten.

Auf Einladung des deutschen Kaisers machte Haldane Ende August 1906 einen Besuch in Berlin. Vorher suchte er in London den Grafen Metternich auf und sprach mit ihm über die Frage einer Ring- 7198
bildung um Deutschland. Metternich hob bei diesem Anlasse hervor, daß England ein ersprießliches Verhältnis zu Deutschland schwerlich erreichen könne, solange die englische Politik einen Schritt zurückweiche, wenn sie bemerke, daß englische deutschfreundliche Äußerungen in Frankreich verstimmten. In Berlin sprach der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Tschirschky, ausführlich mit 7199
Haldane und stellte ihm ernst und nachdrücklich vor Augen, daß es jetzt Sache der englischen Regierung sei, falls sie wirklich auf dauernd gute Beziehungen zu Deutschland Wert lege, ihren ganzen Einfluß in Paris und Frankreich dahin zu verwenden, daß der Geist der französischen Politik Deutschland gegenüber völlig erneuert werde. Über die Flotte wurde nicht gesprochen.

Graf Metternich dachte anders über die England gegenüber gebotene Politik. Nach seiner Ansicht, die er Tschirschky rückhaltlos 7200
mitteilte, war es besser, die deutsch-englischen Beziehungen vorläufig ruhen zu lassen und nicht im Sinne einer Beeinflussung der Franzosen in London zu drängen. „Die Entente der beiden Westmächte ist vorhanden. Es ist eine weise Politik, wenn wir es vermeiden, sie durch unser Verhalten zu kräftigen oder aggressiv zu gestalten.“ Deutschland müsse warten und nicht drängen.

Als Kaiser Wilhelm II. am 19. September anläßlich einer Tauf- 7201
feierlichkeit in Koburg mit dem englischen Botschafter zusammentraf, sprach er mit ihm über die französischen Beziehungen, die sich in der letzten Zeit gebessert hätten. Auf diesem Gebiete könne England fördernd wirken.

Vom 14. bis 16. Oktober 1906 weilten Vertreter der Londoner City in Paris. Bei diesem Anlasse fanden große englisch-französische 7202
Verbrüderungsfeste statt, woraus hervorging, daß man in Frankreich die guten Beziehungen zu England und die entente cordiale in vollem Maße aufrechtzuerhalten wünschte. Der Lordmayor hatte sich zu einem Journalisten dahin ausgesprochen, die Zeit eines allgemeinen Friedens rücke näher, „das einzige Hindernis sei vielleicht zurzeit noch Deutschland durch seine impulsive Politik“. Der Kaiser ver-

merkte hierzu: „Es wird sich nichts in Englands Haltung ändern, als bis wir zur See so stark sind, daß wir wünschenswerte Bundesgenossen werden."

Die persönliche Haltung König Eduards VII. wurde in Berlin stets mit argwöhnischem Interesse verfolgt. Das deutsche Mißtrauen erfuhr eine lebhafte Steigerung durch einen Brief des Generals Bonnal, desselben, der am 29. Mai 1901 auf Einladung des Kaisers dem Exerzieren der 2. Garde-Infanterie-Brigade beigewohnt hatte[1]). Die Annahme der kaiserlichen Einladung durch den General war von Delcassé übel vermerkt worden, der sie zum Ausgangspunkte für die Verabschiedung des Generals nahm. Nun hatte Bonnal anfangs Ja-
7203 nuar 1907 einen Brief an den Kaiser geschrieben[2]), in dem er von den Treibereien Eduards VII. sprach; England habe in einem Kriege gegen Deutschland mit französischer Hilfe alles zu gewinnen und nichts zu verlieren, und Eduard VII. sei zu alt, um warten zu können. Er, Bonnal, glaube daher an ernste äußere Ereignisse in einer nahen Zukunft. Der Kaiser teilte die hierauf bezügliche Stelle des Bonnalschen Briefes dem Reichskanzler mit und deutete an, daß unter diesen Verhältnissen seine Rückversicherung mit Roosevelt überlegenswert sei.

Die unerwartete Niederlage der deutschen Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Sommer 1907 erregte in England bedeuten-
7204– 7206 des Aufsehen. Graf Metternich erstattete darüber drei sehr lesenswerte Berichte. Er hatte Gelegenheit genommen, sich mit Haldane über die deutsch-englischen Beziehungen auszusprechen und das englische Mißtrauen vor dem Anwachsen der deutschen Flotte zu er-
7205 örtern. Haldane betonte, angesichts des Heranwachsens einer Schlachtflotte ersten Ranges sei ein Gefühl des Unbehagens bei den Engländern begreiflich. Als Graf Metternich von den unwidersprochen gebliebenen Gerüchten über eine englisch-französische Militärkonvention sprach, behauptete Haldane auf das bestimmteste, eine solche bestehe nicht, habe nicht bestanden, und es seien auch keine Vorbereitungen zum Abschluß einer solchen getroffen worden. „Ob unverbindliche Besprechungen zwischen englischen und französischen Militärpersonen stattgehabt hätten oder nicht, wisse er nicht. Jedenfalls sei von der englischen Regierung kein englischer Offizier beauftragt worden, militärische Abmachungen für den Kriegsfall mit einer französischen Militärperson vorzubereiten. Es sei möglich, daß ein Generalstabsoffizier des einen Landes mit einem Generalstabsoffizier des anderen Landes sich über kriegerische Eventualitäten ausgesprochen habe. Er, der Kriegsminister, wisse hiervon aber nichts." Diese Behauptungen haben sich später als der Wahrheit nicht

---

[1]) Vgl. Wegweiser Band 3, S. 202.
[2]) Deutscher Wortlaut siehe S. 290/291

entsprechend herausgestellt, was Kaiser Wilhelm II. sofort durchschaute. Zu der Bemerkung des Grafen Metternich, er habe Lansdowne und Haldane bisher nie auf einer Unwahrheit ertappt, vermerkte der Monarch humoristisch: „Einmal müssen sie doch anfangen."

Auch mit dem früheren Premierminister Balfour sprach sich Metternich aus. Nach dessen Meinung war es nicht die Handelseifer- 7206
sucht, sondern die zunehmende maritime Macht Deutschlands, die in England Besorgnis und Mißtrauen einflößte. „Englands einzige Sicherheit beruhe auf seiner Vormachtstellung zur See. Deutschland schicke sich an, neben seiner der englischen stets weit überlegenen Armee eine Flotte zu bauen, die es mit der englischen aufnehmen könne. Sei dieses Ziel erst erreicht, so erscheine die Sicherheit Englands dauernd bedroht . . . Es bestehe keine Abneigung gegen das deutsche Volk, wohl aber Besorgnis vor der Machtentwicklung Deutschlands zur See und vor den daraus sich ergebenden Folgen für England." Metternich wies demgegenüber darauf hin, daß die Ruhe in Europa wesentlich davon abhängen werde, wie und nach welcher Richtung sich der Geist der französisch-englischen Annäherung in Zukunft betätigen werde.

Die Reise des englischen Königspaares anfangs Februar 1907 nach Paris erregte neues Mißtrauen. „Bisher", telegraphierte Graf Metternich am 1. Februar nach Berlin, „war stets politisch etwas 7207
im Spiel, wenn König Eduard in Paris weilte." Den deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, begrüßte er mit oberflächlicher Herzlich- 7208
keit und deutete an, er denke nicht daran, sich irgendwie in die französischen Verhältnisse einzumischen. Russischerseits nahm man an, daß der König auf Iswolski im Interesse der englisch-russischen Ver- 7209
handlungen einwirken wolle.

Ein Besuch des seit 9. Oktober 1906 als italienischer Botschafter in London weilenden Marquis San Giuliano beim Grafen Monts in 7210
Rom führte zu einer Erörterung der deutsch-englischen Beziehungen. Giuliano hatte gefragt, gegen wen die deutsche Flotte in einer über den ursprünglichen Entwurf so weit hinausgehenden Weise vermehrt werde; wenn der deutsche Kaiser sich zum Admiral des Atlantischen Ozeans proklamiere, so könne das unmöglich ein leeres Wort sein. Die Reden und Feiern, die bei jedem neuen Stapellauf stattfänden, wären auch ein Beweis, daß die deutsche Nation beständig zu neuen Opfern für die Marine veranlaßt werden solle.

Auch in Berlin beurteilte man die deutsch-englischen Beziehungen wenig günstig. „Im Ernstfalle", schrieb Staatssekretär v. Tschirschky am 9. Februar 1907 an den Botschafter Grafen Metternich, „wird Eng- 7211
land mit allen seinen Kräften Frankreich beispringen, ob aut Grund eines vorher schriftlich skizzierten Planes oder nicht, ist gleichgültig."

Einen sehr aufschlußreichen Bericht über die englischen Beziehungen zu Deutschland vom 15. Februar 1907, dessen Verfasser ungenannt bleiben wollte, übersandte der Chef des Generalstabes der
7212 Armee, General v. Moltke, am 18. Februar 1907 dem Reichskanzler. Danach waren die beiden Hauptziele der antideutschen Politik in England, an deren Spitze König Eduard als Hauptfeind Deutschlands stehe, die Isolierung Deutschlands und die Schaffung einer politischen Lage, die Frankreich zum Kriege mit Deutschland zwinge.
7213 Auch der österreichisch-ungarische Botschafter in London hatte ähnliche Eindrücke. Ein Bericht des deutschen Militärattachés in London,
7214 Hauptmanns Ostertag, vom 9. April 1907 vertrat indessen mit Bestimmtheit den Standpunkt, daß die Furcht vor der Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Deutschland auf englischer Seite in viel höherem Maße bestehe als die Lust zu einem solchen. Man fühle sich einem Kriege mit Deutschland nicht gewachsen und hasche daher beständig nach Freundschaft und Bündnissen mit anderen Ländern. Auch der Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm, der den Bericht Ostertags nach Berlin sandte, vertrat den gleichen Standpunkt.

Französische Staatsmänner machten damals kein Hehl daraus, daß die scharfe Abneigung König Eduards VII. gegen seinen kaiserlichen Neffen gewisse politische Gefahren in sich schließe. In diesem Sinne sprach sich der französische Botschafter in London, Paul Cam-
7215 bon, zum Grafen Monts aus.

Im Frühjahr 1907 fanden im Mittelmeere Begegnungen des eng-
7216 lischen Königs, zunächst mit dem Könige von Spanien bei Cartagena am 8./9. April, sodann in Gaëta mit dem Könige Viktor Emanuel am 18. April statt. Diese Reisen riefen in der deutschen Presse erheblichen Argwohn hervor, da man an neue Machenschaften des Königs zur Einkreisung Deutschlands glaubte.

7217 Diese Haltung der deutschen Presse verstimmte in London aufs
7218 neue. Als der Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm am 10. Mai mit Sir Ch. Hardinge freundschaftlich über die deutsch-englischen Beziehungen sprach, sagte dieser, die englischen Besorgnisse vor der deutschen Flotte erklärten sich ganz natürlich dadurch, daß nur die deutsche Flotte in Europa etwas wert und in der Lage sei, England anzugreifen. Noch sei die englische Flotte stark genug, um einen Angriff der deutschen nicht fürchten zu müssen. Aber England werde auch alles daran setzen, um das gegenwärtig bestehende Übergewicht der englischen Flotte über die deutsche aufrechtzuerhalten. Über den König sagte Sir Ch. Hardinge, die Angriffe in der deutschen Presse hätten ihn aufs höchste erregt und verdrossen, insbesondere aber die Behauptung, daß er überall gegen Deutschland zu intrigieren und es zu isolieren suche.

Bestimmend war nach Metternichs Ansicht für die damaligen
7219 deutsch-englischen Beziehungen Deutschlands Verhalten in der Ma-

rokkofrage. Dieser Ansicht pflichtete der Reichskanzler bei. Wir müßten sehr umsichtig und ruhig operieren, verzeichnete er am 3. Juni 7220
1907, „damit die fortbestehenden Differenzen wegen Marokko weder unser Prestige schädigen, noch den Gegensatz zu Frankreich und namentlich zu England immer mehr verschärfen".

Bei den Erörterungen über eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen hatte schon seit Monaten die Frage eine Rolle gespielt, ob nicht eine Einladung des deutschen Kaisers nach England möglich sei. In diesem Sinne bedeutete es eine Entspannung, daß König Eduard seinen Neffen für die zweite Novemberwoche 1907 7221
nach Windsor einlud. Graf Metternich befürwortete indes, daß eine für die öffentliche Meinung erkennbare Annäherung zwischen den 7222
beiden Regierungen dem Besuche vorhergehen möge. Hierfür konnte nach Haldanes Ansicht eine Verständigung über die Bagdadbahn in 7223
Frage kommen, von der aber Kaiser Wilhelm II. nichts wissen wollte. Von einer Aufteilung des Kongostaates, bei der Deutschland be- 7224
sonders berücksichtigt werden könne, war damals in England gleichfalls die Rede. Auch nach deutscher Ansicht konnte im Falle einer Aufteilung des Kongostaates die englische Politik Deutschland entgegenkommen. Graf Metternich hielt es indes für einen Fehler, jetzt noch vor dem kaiserlichen Besuche in England allzu großes 7225
Interesse an irgendwelchen Abmachungen an den Tag zu legen.

Anhang

Englisch-Französische Militär- und Marineabkommen?

Ein sehr wichtiges Dokument für die Beurteilung der deutschen Vorkriegspolitik und des deutschen Verhaltens bei Kriegsausbruch bildet ein Bericht des Generalstabschefs, Generals v. Moltke, an den Reichskanzler vom 23. Februar 1906. 7226

Danach mußte, wie sichere Nachrichten bestätigten, damit gerechnet werden, daß im Falle eines Zukunftskrieges England aus seiner „wünschenswerten und von der Regierung beabsichtigten" Neutralität heraustreten würde, da ein siegreiches Deutschland für England nicht ertragbar wäre. „Es wird als selbstverständlich angenommen, daß Belgien bei einem deutsch-französischen Kriege in Mitleidenschaft gezogen, und zwar, daß es auf seiten Frankreichs fechten werde. Man ist der Ansicht, daß das siegreiche Deutschland kein Interesse daran haben könne, Frankreich zu einer Großmacht dritten Ranges herabzudrücken. Im Gegenteil wird als sicher angenommen, daß Deutschland, den Stolz der französischen Nation schonend, versuchen werde, Frankreich durch Großmut zum Anschluß zu bewegen. Dafür werde sich Deutschland aber an Belgien schad-

los halten und eventuell auch noch Holland an sich reißen . . . Ganz besonders schwarz wird der wirtschaftliche Nachteil angesehen, der England — namentlich seiner Ost- und Südostküste — erwüchse, wenn die belgische und eventuell noch die holländische Küste in deutsche Hände gelangten." Die Festsetzung Deutschlands an der belgisch-holländischen Küste bedeute eine beständige Invasionsgefahr für England. Die Gefahr einer solchen fordere dringend eine Armeevermehrung und eine gründliche Verbesserung der Küstenverteidigung. Eine derartige Armeevermehrung müßte gemeinsam mit den anderen notwendigen Ausgaben England zu Aufwendungen zwingen, die seine Leistungsfähigkeit überstiegen, und die keine Regierung verantworten könne. Über diese Schwierigkeiten könne auch die stärkste Flotte nicht hinweghelfen.

„Die Selbsterhaltung Englands verlange daher sein Eingreifen in einen kontinentalen Krieg, um einem derartigen Übergewicht Deutschlands vorzubeugen, es sei denn, daß sich die deutsche Regierung bereit erkläre, die Selbständigkeit Hollands und Belgiens unbedingt sicherzustellen, selbst wenn Belgien, durch die Verhältnisse gezwungen, sich an Frankreich anschließe. Daß man von einem siegreichen Deutschland die Erfüllung einer derartigen Forderung erwarten könne, sei aber ausgeschlossen. Wenn Deutschland die bei Beginn des Krieges zu fordernde Garantie für Belgiens und Hollands Selbständigkeit verweigere, so sei es Pflicht einer jeden englischen Regierung, sich auf Frankreichs Seite zu stellen, um die politische Selbständigkeit Belgiens zu schützen. Dieses Endziel könne aber nicht erreicht werden durch den alleinigen Einsatz der Flotte. Dazu sei auch der Einsatz der Landarmee erforderlich." Die Heranführung der englischen Landarmee sei geplant, falls die deutsche Flotte nicht vorher vernichtet sei, nach der belgischen oder holländischen Küste, sonst nach der jütischen oder schleswigschen Küste.

Dieser Bericht des Generals v. Moltke muß zu den Vorgängen bei Ausbruch des Weltkrieges in nächste Beziehung gebracht werden. Er beweist, vorausgesetzt, daß man sich im Auswärtigen Amte und im Generalstabe seiner im Sommer 1914 noch hinlänglich bewußt war, daß man deutscherseits mit Englands Eingreifen in den Krieg unter allen Umständen rechnen mußte, falls man entschlossen war, die belgische Neutralität zu verletzen. Auch für die Besprechungen des englischen Militärattachés Barnardiston mit dem belgischen Generalstabschef Ducarne, die vom Januar 1906 ab in Brüssel stattfanden, gibt uns dieser Bericht wertvollste Aufschlüsse[1]).

Die Teilnahme einer englischen Militärmission bei den französischen Manövern 1906, an denen übrigens auch der belgische Ge-

[1]) Vgl. meine Schrift „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität", 2. Auflage, Berlin 1925.

neralstabschef Ducarne teilnahm, bestärkte die deutsche Politik in der Überzeugung[1]), daß bei diesem Anlasse ein englisch-französisch- 7227
belgisches Einvernehmen über eine gemeinsame kriegerische Aktion gegen Deutschland herbeigeführt worden sei. Unklar blieb man sich aber darüber, ob ein solches Zusammenwirken nur für den Fall verabredet worden sei, daß Deutschland die belgische Neutralität verletzte. Was Belgien selbst anbetrifft, ist es anscheinend über diese Linie nicht hinausgegangen.

Zehn große Artikel im „Eclair" widmete Ernest Judet im September 1906 der englisch-französischen Entente und ihrer militärischen 7228
Ausgestaltung. Im übrigen aber wurde das Gerücht einer französisch-englischen Militärkonvention in Frankreich totgeschwiegen, was in Deutschland mit Recht Verdacht erregte. Zu bewundern blieb bei diesem Anlasse die vaterländische Disziplin der französischen Presse, die sich einem „mot d'ordre" der Regierung ohne weiteres fügte. So erklärte sich jedenfalls der Geschäftsträger v. Flotow die Nicht- 7229
erörterung eines Themas, das damals alle Gemüter bewegte.

In England sprach Haldane dem Gerüchte, das den General French mit einer englisch-französischen Militärkonvention in Verbindung 7230
brachte, jede Glaubwürdigkeit ab. In Paris leugnete man nicht, daß militärtechnische Unterredungen stattgefunden hatten. In einem ge- 7231
gebenen Zeitpunkte könnte, wenn es für nützlich erachtet werden sollte, der Plan einer Militärkonvention in nähere Erwägung gezogen werden. Im gleichen Sinne sprach sich auch ein Pariser Bericht aus, den General v. Moltke am 24. November 1906 dem Reichskanzler 7232
übersandte. Etwas Sicheres konnte man aus Paris nicht erfahren, 7233
rechnete aber bei Clemenceau, der die Allüren eines Diktators angenommen hatte und tatsächlich nicht nur Ministerpräsident, sondern der eigentliche Minister des Auswärtigen, des Innern und des Krieges war, mit Überraschungen.

In Italien war man über die militärischen Besprechungen zwischen Frankreich und England besorgt, da man im Falle von Abmachungen 7234, 7235
auf dem maritimen Gebiete gern beteiligt sein wollte. Eine Verminderung der englischen Mittelmeerflotte und eine Stärkung der französischen lag nicht im italienischen Interesse. Der deutsche Marineattaché in Rom, Kapitän zur See Rampold, der am 18. März 1907 7236
über die Verschiebungen der englischen Seestreitkräfte berichtete, hob zutreffend hervor, England bereite sich auf den Hochseekrieg im Norden vor, und Frankreich verlege seinen Schwerpunkt zur See wieder ins Mittelmeer. Darin liege aber noch keine Spitze gegen Italien.

---

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 291.

Kapitel 156

Die deutsch-französischen Beziehungen nach Algeciras Clemenceau und Jules Cambon Herbst 1906—1907

Eine Gefahr für den Weltfrieden bildete die Persönlichkeit Clemenceaus, der in dem seit 13. März 1906 gebildeten Kabinett Sarrien Minister des Innern war.

Ein Bericht des Geschäftsträgers v. Flotow vom 18. Oktober
7237 1906 schildert ihn als die weitaus überragende Persönlichkeit des Ministeriums, hochbegabt, energisch, ehrgeizig und völlig skrupellos. Er vermied es sorgfältig, seine englischen Sympathien zu zeigen, um nicht in den Fehler Delcassés zu verfallen. Seine Politik war, Deutschland zu isolieren, eine starke Armee zu haben, immer bereit zu sein und zu warten.

An demselben 18. Oktober 1906, an dem Flotow seinen Bericht schrieb, trat Sarrien zurück, und fünf Tage später übernahm Clemenceau das Amt als Ministerpräsident. Pichon erhielt das Äußere. In Frankreich befürchtete man vielfach, das impulsive Temperament
7238 des Ministerpräsidenten und seine Zugänglichkeit für Sympathien und Antipathien könne das Staatsschiff auf Untiefen führen. Korrekte Beziehungen zu Deutschland erschienen als das Höchstmaß des Erreichbaren. Im Kabinett spielte Clemenceau von vornherein die maßgebende Rolle. „Daß er der eigentliche Minister des Äußeren und der eigentliche Kriegsminister ist, ist sicher," berichtete Fürst Rado-
7239 lin am 31. Oktober 1906.

Eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen wurde durch die Entsendung Jules Cambons als Botschafter nach Berlin eingeleitet, über deren Genesis und erste Auswirkungen das Aktenwerk zahlreiche Belegstücke enthält.

Dem Kaiser war die Wahl des Botschafters nicht sympathisch.
7240–7242 Er verzichtete aber auf Widerspruch. Von der Tatsache, daß der Bruder, Paul Cambon, Botschafter in London war, befürchtete er ein unerwünschtes Zusammenspiel, fügte sich aber darein. In Frankreich erhoffte man dagegen von diesem Umstande eine günstige ver-
7243–7245, 7247, 7248 mittelnde Wirkung und brachte das beim Fürsten Radolin nicht eben taktvoll zum Ausdruck. In Berlin hielt man es daher für nötig zu betonen, daß man einer vermittelnden Tätigkeit Dritter bei den Beziehungen zu England nicht bedürfe.

In Paris ergriff im Januar 1907 Clemenceau die erste sich darbietende Gelegenheit, sich mit dem deutschen Botschafter über die
7246 deutsch-französischen Beziehungen auszusprechen[1]). Er ging davon

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 291/292.

aus, daß man ihn in Deutschland für einen Freund Englands und für einen Feind Deutschlands zu halten scheine. Den feindseligen Ton der als inspiriert geltenden deutschen Zeitungen beklage er lebhaft. Nach dem Feldzuge von 1870 wäre das Verhalten der deutschen Zeitungen für ihn und seine Landsleute kränkender gewesen und hätte ihn tiefer verletzt als die verlorenen Schlachten. Im Laufe von dreißig Jahren wäre die Wunde bei ihm fast vernarbt, bis in der Marokkofrage wiederum die deutsche Presse einen Ton des Hochmuts und des Mißtrauens gegen die loyalen Absichten der französischen Regierung angeschlagen habe, der angetan gewesen sei, bei ihm die alten Wunden wieder aufzureißen. Fürst Radolin berichtete nach Berlin, Clemenceau habe die gute Seite, daß er mit nichts hinter dem Berge halte und seine Meinung sogar mit Brutalität zum Ausdruck bringe; man wisse daher genau, wie man mit ihm stehe. Mit einer gewissen Besorgnis aber meldete Radolin am
22. Februar 1907, daß Clemenceau, der parlamentarischen Kämpfe 7249
überdrüssig, sich auf die auswärtige Politik werfen würde. Auch
schien es nicht unbedenklich, daß der frühere Kammerpräsident Dou- 7250
mer in chauvinistischem Sinne zu wirken begann. Es schien[1]), als 7251
wenn er eine gewaltsame Krisis für das einzige Mittel halte, aus den verzweifelten Zuständen Frankreichs herauszugelangen.

Ein wichtiges Urteil Kaiser Wilhelms II. über die Rolle, die Holstein in der Marokkopolitik Deutschlands gespielt hat, vermitteln uns Randbemerkungen des Monarchen zu einem Berichte des Geschäftsträgers Wilhelm v. Stumm aus London vom 17. April 1907. 7252
Herr v. Stumm hatte in Paris mit einem Vertrauensmanne des neuen französischen Botschafters in Berlin gesprochen und war dabei der Meinung begegnet, die deutsche Marokkopolitik sei auf ein persönliches Übelwollen des deutschen Kaisers gegen Frankreich zurückzuführen; auch bestehe darin eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler. Hierzu vermerkte der Monarch, die Ausführung der Marokkopolitik sei durch Holstein oft in ganz falscher und unnötig antifranzösischer Weise gegen seinen Willen gemacht worden. Zum Schlusse des Berichtes vermerkte er: „Herr v. Holstein hat meine ganz bestimmten Befehle und Verabredungen mit dem Kanzler in seiner geschickten Art dergestalt verdreht, daß schließlich das Gegenteil herauskam. Er hat immer wieder das Gift gegen Frankreich aufgerührt und eingespritzt und den Kanzler so bedrängt, daß letzterer mir wiederholt in seinem Garten zu meinem höchsten Erstaunen dieselbe Frage vorlegte, ob ich den Krieg mit Frankreich wolle oder wünsche! Während meine Instruktionen an Madrid und Richthofen ausdrücklich lauteten: ‚Algeciras-Conference is to be the stepping stone of the beginning of the

[1]) Deutscher Wortlaut siehe S. 292.

agreement between France and Germany!' (Die Algeciras-Konferenz soll der Merkstein des Beginnes einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sein!)."

7253 Im Frühjahre 1907 trat Jules Cambon seinen Posten als Botschafter der Republik in Berlin an. Als sein Programm bezeichnete er dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Mühlberg gegenüber am
7254 6. Juni 1907 zunächst die Beseitigung der noch vorhandenen Reibungsflächen zwischen Frankreich und Deutschland, dann aber die Grundlage zu einem engeren und intimeren Einverständnisse. Je breiter und vielseitiger ein solches Abkommen sei, um so leichter sei die Verständigung. Bei der englisch-französischen Entente habe man zuerst auch den Fehler gemacht, sich über einzelne Fragen einigen zu wollen. Erst nachdem man die Verhandlungen über das Gebiet des ganzen Erdballs ausgedehnt hätte, sei es möglich, ja leicht geworden, die gegenseitigen Ansprüche zu kompensieren.

Im Juni 1907 nahm an der Kieler Woche als Gast des Kaisers
7255 der Fürst von Monaco teil, der den früheren französischen Kriegs-
7257 minister Etienne mitbrachte. Der Kaiser sprach sich mit Etienne in der rückhaltlosesten Weise aus und legte ihm nahe, im Sinne einer deutsch-französischen Allianz zu wirken. Der Monarch hoffte, mit
7258 dieser Aussprache Keime ausgesät zu haben, die, wie er an den Reichskanzler am 26. Juni schrieb, dereinst zu schönen Pflanzen sprießen
7259 könnten. In einem Telegramm vom 27. Juni trat der Reichskanzler den Auffassungen des Kaisers rückhaltlos bei. „Euere Majestät haben den Nagel auf den Kopf getroffen, indem Allerhöchstdieselben als den einzigen Preis, um den uns unsere Position in Marokko feil sein würde, ein Bündnis mit Frankreich bezeichnen . . . Die Zeit läuft für uns. Immer mehr bricht sich, auch im Inlande, die Erkenntnis Bahn, daß Euere Majestät im deutschen Interesse richtig gehandelt haben, indem Allerhöchstdieselben auf dem Zusammentritt der Marokkokonferenz bestanden, die uns in der Algecirasakte eine nicht leicht zu erschütternde Basis geliefert hat." Dem deutschen Bot-
7260 schafter in Paris teilte Bülow die Vorgänge mit und bezeichnete die kaiserlichen Direktiven als Richtschnur für die in Paris mit den dortigen Staatsmännern zu führenden Unterhaltungen.

Eine gewisse Verstimmung gegen Frankreich hatte sich gerade damals anläßlich der Veröffentlichung des englisch-französisch-spa-
7256 nischen Notenaustausches vom 16. Mai 1907 über die Erhaltung des status quo im Mittelmeer ergeben, da die hierauf bezügliche Mitteilung in Berlin gerade am Tage der Eröffnung der Haager Konferenz[1]) stattgefunden und die französische Presse sich triumphierend über diesen neuen Erfolg der französischen Politik geäußert hatte.

[1] Vgl. die synchronistische Zusammenstellung des Wegweisers 4, 2. Hälfte, wie es überhaupt zur Herstellung der geschichtlichen Zusammenhänge für die Bände 19—25 unerläßlich sein dürfte, von den synchronistischen Zusammen-

In Kiel[1]) hatte sich der Fürst von Monaco auch dahin geäußert, daß eine Änderung der deutsch-französischen Beziehungen nicht von der französischen Regierung ausgehen könne, da letztere auf zu 7261
schwachen Füßen stehe. Die Erkenntnis, daß es im Interesse Frankreichs liege, eine Anlehnung an Deutschland zu suchen, müsse zuerst in der Bevölkerung Platz greifen und dann von unten nach oben einen Druck ausüben. Nach der Ansicht des Fürsten sollte Clemenceau darüber verstimmt sein, daß man in Berlin den von ihm gewünschten Grafen d'Aunay nicht habe als Botschafter annehmen wollen. Dieses Mißverständnis wurde sofort beseitigt. 7262

Am 29. Juni besuchte Etienne den Reichskanzler in Berlin. Er beteuerte im Anschluß an die Erwähnung seiner Gespräche mit dem 7263
deutschen Kaiser nachdrücklich, Frankreichs Allianzen und Ententen gingen nicht aus aggressiven Absichten hervor, sondern aus der Besorgnis vor dem starken deutschen Nachbarn. Es scheine deshalb angezeigt, sich über Marokko zu verständigen, das zu so manchen Mißverständnissen Anlaß gegeben habe und noch gebe. Für ein Bündnis mit Deutschland wären die Gemüter in Frankreich noch nicht reif. Bülow erwiderte ihm, das ganze deutsche Volk wolle Frieden und freundliche Beziehungen zu Frankreich. Es dürfe aber nicht verletzt und gereizt werden, und man dürfe auch in ihm nicht die Ansicht erwecken, als ob man darauf ausgehe, es zu bedrohen, lahmzulegen und einzukreisen.

In Paris erklärte der Außenminister Pichon dem deutschen Bot- 7264
schafter, die Abmachungen mit Spanien, England und Japan[2]) bezweckten nichts anderes, als den status quo zu erhalten und alles zu vermeiden, was zu Reibungen führen könnte. Er wünsche nichts Besseres, als auch mit Deutschland über allerhand gemeinschaftliche Interessen und schwebende Fragen sich verständigen zu können. Als in der Pariser Kammer die Reise Etiennes nach Kiel erwähnt 7265
wurde, benutzte Pichon die Gelegenheit, um auf einen Ausspruch des Fürsten Bülow hinzuweisen: „Deutschlands Größe beruhe nicht auf Zwietracht der anderen." Dieses sei auch der Standpunkt Frankreichs; auch dort wünsche niemand Stärkung auf Kosten der anderen.

Eine unerfreuliche Auseinandersetzung ergab sich im Juli 1907 aus dem Wunsche des Botschafters Jules Cambon in Berlin, entsprechend dem Vorgange bei den Botschaftern anderer Mächte auch 7266
bei den bundesstaatlichen deutschen Höfen akkreditiert zu werden. Der Kaiser hatte es ihm verdacht, daß er nicht zur Kieler Woche 7267
gekommen war. Zur Beseitigung dieser Mißverständnisse hielt es

---

stellungen der beiden Wegweiser 4, 1. Hälfte, und 4, 2. Hälfte, nebeneinander Gebrauch zu machen.

[1]) S. S. 158.

[2]) Vom 16. Mai 1907.

der Reichskanzler für angezeigt, Cambon nach Norderney zu bitten, eine Auffassung, die auch in Berlin geteilt wurde. Cambon besuchte den Reichskanzler am 24. August in Norderney und sprach sich mit ihm über die schwebenden Fragen aus. Hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen betonte Cambon, daß es vor allem darauf ankomme, nichts zu überstürzen. Sein Wunsch der Akkreditierung bei den kleineren deutschen Höfen wurde nicht erfüllt. Die Vorgänge wurden durch Vermittlung der preußischen Gesandtschaften an den deutschen Höfen und bei den freien Städten den deutschen Regierungen unter möglichster Schonung der bundesstaatlichen Empfindlichkeit mitgeteilt.

In Paris sprach sich Pichon über die Reise Etiennes nach Kiel und seine dortige Aufnahme erfreut aus. Auch der Fürst von Monaco war der Ansicht, daß der Besuch Etiennes schon anfange, im Sinne der Entspannung zu wirken.

Kapitel 157

Neue Schwierigkeiten in der Marokkofrage Herbst 1906—1907

Der Ausgang der Marokkokonferenz und die Frankreich in der Polizeiangelegenheit eingeräumten Vorrechte hatten in den marokkanischen maßgebenden Kreisen als endgültiger Sieg Frankreichs gewirkt. Nur mit Mühe vermochte der deutsche Gesandte in Tanger, Rosen, dem Gedanken Eingang zu verschaffen, daß die Konferenz doch auch einen recht erheblichen Faktor der Internationalisierung bedeute. In Berlin war man der Meinung, daß die marokkanische Regierung, wenn sie nur einigermaßen ihre Schuldigkeit tue, hierin einen wirksamen Schutz gegen französische Eingriffe in die Selbständigkeit des Landes finden könne.

Schwierigkeiten mit Frankreich ergaben sich bereits im Sommer 1906 bei der Bildung der Staatsbank für Marokko. Die marokkanische Regierung rechnete stark mit der deutschen Unterstützung bei den bevorstehenden Beratungen über die Ausführungsbestimmungen der Algecirasakte. Der Gesandte Rosen begab sich Ende September 1906 an den Sultanshof in Fes, traf dort am 3. Oktober ein und verhandelte persönlich mit dem Sultan. Über die Ergebnisse dieser Besprechungen berichtete er am 23. Oktober. Danach waren wesentliche Zugeständnisse zugunsten Deutschlands erreicht worden. In der Frage der Bankanteile wurde noch weiter verhandelt.

Im Herbst 1906 brachen im nördlichen Marokko innere Unruhen aus. Da der Bandenführer Raisuli Tanger zu bedrohen schien, faßten Frankreich und Spanien eine gemeinsame Entsendung

von Kriegsschiffen ins Auge, die nach deutscher Auffassung sachlich noch nicht geboten war. Am 30. November 1906 teilte der französische Botschafter in Berlin mit, daß die beiden Mächte ein Abkommen betreffend gemeinsames Vorgehen vor Tanger beschlossen hätten. Ein französisches Geschwader unter Admiral Touchard verließ am 30. November Toulon. 7289 7290 7291

Kaiser Wilhelm II. wünschte, daß man Frankreich ruhig gewähren lassen solle. Deutsche Schiffe sollten nicht geschickt werden. Dem französischen Botschafter wurde eröffnet, daß es nach deutscher Ansicht angezeigt sei, solche Maßregeln, die die Interessen aller Signatarmächte angingen, vor ihrer Ausführung dem Urteile und der Entscheidung des gesamten diplomatischen Korps in Tanger zu unterbreiten. In Paris betonte der Direktor des politischen Ressorts, Louis, die Entsendung der Schiffe nach Tanger bedeute lediglich eine Vorsichtsmaßregel, um das Umsichgreifen der Unruhen zu verhindern und die Einführung der Polizei vorzubereiten. In Berlin gab man sich mit diesen Erklärungen zufrieden. 7293 7292 7294 7295

Schwierig war die Stellung des deutschen Gesandten in Tanger, der sich nach Ausweis der hierüber vorliegenden Dokumente immer gegen den Argwohn der Franzosen zu verteidigen hatte, als wolle er die deutsche Regierung zu einer unnachgiebigen Haltung drängen und besondere Vorteile für Deutschland herausschlagen. Anfangs richtete er sein Hauptaugenmerk darauf, von Frankreich für das Entgegenkommen Deutschlands in Einzelfällen ein Äquivalent zu erlangen. Sollte man in Berlin darauf keinen Wert mehr legen, so bat er um Instruktion, ob er in Zukunft jede Reibung mit den Franzosen vermeiden, oder ob er „durch gelegentliche Rückzugsgefechte das Aufgeben der deutschen politischen Stellung in Marokko maskieren“ solle. An Separatverhandlungen mit Frankreich wollte man aber in Berlin noch nicht denken, da man so schnell den Boden nicht verlassen zu können glaubte, auf dem die gesamte Haltung der deutschen Politik in der Marokkofrage sich aufgebaut hatte. 7296–7299 7300 7302

Die Einzelheiten der damaligen Verhandlungen gehören in eine Spezialgeschichte der deutschen Marokkopolitik. Am 23. Januar 1907 verließen das französische und spanische Geschwader, bestehend aus sechs großen Kriegsschiffen, nach einem Aufenthalte von anderthalb Monaten die Reede von Tanger. 7301, 7303–7309 7310

Unerquickliche Auseinandersetzungen über Einzelheiten der Stellenbesetzungen und anderes führten schließlich dahin, daß anfangs März Pichon dem deutschen Botschafter in Paris sagen durfte, er habe den Eindruck, als suche Deutschland Frankreich förmlich zu irritieren. Hierbei spielte auch die Empfehlung eines belgischen Kandidaten für den in der Algecirasakte vorgesehenen Posten eines Ingenieurs eine gewisse Rolle. Baron Greindl, der belgische Gesandte in Berlin, verurteilte Frankreichs Haltung in dieser Frage durchaus. 7311–7313 7314 7315 7316

7318 In Paris deutete man an, der belgische Ingenieur sei nicht von Bel-
gien, sondern vom Gesandten Rosen vorgeschoben worden. Die
7319 französische Regierung hatte auch versucht, eine diplomatische Unter-
stützung durch Rußland in dieser Angelegenheit zu erzielen.

Kaiser Wilhelm II. ließ sich in seinem Entgegenkommen gegen Frankreich durch alle diese Vorkommnisse nicht entmutigen. Als am 12. März in Toulon durch eine Explosion das Panzerschiff „Jena",
7317 anscheinend infolge von Selbstentzündung des Pulvers, zerstört wor-
den war, ein Vorgang, der in ganz Frankreich größte Bestürzung und neue Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit Frankreichs hervorrief, sprach der Kaiser den Franzosen seine Teilnahme aus, wofür Clemenceau durch einen Besuch beim deutschen Botschafter am 14. März 1907 dankte. Dabei betonte Clemenceau, Marokko sei ihm an sich vollständig gleichgültig, aber er müsse dem französischen Prestige schon Algiers wegen Rechnung tragen.

Am 19. März 1907 wurde in Marrakesch der französische Arzt Dr. Mauchamp, der auf dem Dache seines Hauses eine Stange und eine weiße Flagge angebracht hatte, von einer aufgeregten Menschenmenge ermordet, die darin eine Verletzung der marokkanischen Ge-
7320 bräuche erblickte. Frankreich stellte Sühneforderungen und teilte nach Berlin mit, daß es beschlossen habe, Udjda provisorisch zu besetzen, bis die marokkanische Regierung Genugtuung geleistet habe.
7321–
7325 Die Dokumente Nr. 7321—7325 geben die weiteren Einzelheiten. Den Marokkanern gab Deutschland den Rat, die französischen Forderun-
7326 gen schleunigst anzunehmen, ohne ihnen weitere diplomatische Hilfe in Aussicht zu stellen.

Nachdem der neue französische Botschafter Jules Cambon in Berlin eingetroffen war, bot sich für ihn Gelegenheit, mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Tschirschky, die marokkanische Frage eingehend zu erörtern. Cambon betonte, Frankreich habe politisch schwerwiegende Interessen in Marokko, Deutschland nicht, was Tschirschky ohne weiteres zugab. Letzterer fügte die Versicherung hinzu, Deutschland werde niemals von Frankreich irgend etwas verlangen, was außerhalb der Algecirasakte liege. Die fortgesetzten
7328 haltlosen Verdächtigungen der deutschen Politik hatte Tschirschky bei diesem Anlasse gebührend zurückgewiesen.

In London sprach der Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm mit
7329 dem französischen Botschafter Paul Cambon über Marokko, der hervorhob, Frankreich denke nicht daran, die Integrität des Sultans beeinträchtigen zu wollen, aber es könne auch nicht zugeben, daß eine andere Macht dort einen vorwiegenden Einfluß ausübe. Frankreich beabsichtige nicht, Marokko zu tunifizieren. Anscheinend war
7330 es französische Taktik, die deutsche Politik durch Eröffnung der Aussicht auf eine allgemeine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen zur Preisgabe ihrer Stellung in Marokko zu bewegen.

In Unterhaltungen mit Sir Ch. Hardinge[1]) erzielte Botschaftsrat v. Stumm wichtige Aufschlüsse über die Anschauungen der englischen Regierung. Nach Hardinges Auffassung hatte sich das Verhältnis des 7331
liberalen Kabinetts zu Deutschland lediglich wegen der Marokkoaffäre verschlechtert.

Einen zusammenfassenden Bericht über die Gestaltung der Dinge in Marokko erstattete der Gesandte Rosen am 21. Mai 1907. Danach hatte 7332
die französische Marokkopolitik seitens der Vertragsmächte in Algeciras nur selten, in wirklich wichtigen Fragen niemals, einen ernstlichen Widerstand zu befürchten. England ging mit Frankreich in dieser Frage durch dick und dünn, und Spanien folgte unentwegt, wenn auch meist still resigniert, in der französischen Kiellinie. Von den übrigen Mächten hatte keine ein Interesse daran, sich um Marokkos willen mit Frankreich schlecht zu stellen. Nach Rosens Bericht hatte er seine Stellung in Fes niemals in antifranzösischem Sinne ausgenutzt. Gelinge es, das Vertrauen des Sultans in das Wollen und Können Deutschlands endgültig zu erschüttern, dann müsse Deutschland Frankreich ohne Äquivalent in Marokko Platz machen. Er bat um Aufklärung über die weiteren Ziele der deutschen Marokkopolitik und wollte inzwischen mit allen Mitteln bestrebt sein, „das Gut unserer Stellung im Lande so, wie ich es bei Antritt meines Amtes überkommen habe, mindestens ungeschmälert zu erhalten, soweit dies in meinen Kräften steht."

Auch der Geschäftsträger in Tanger, Freiherr Langwerth v. Simmern, von dessen Hand eine Reihe von Berichten vorliegt, sprach sich am 19. Juni 1907 dahin aus, ob es nicht möglich sei, es Frank- 7333
reich gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir in Marokko keine politischen Ziele verfolgten, um dafür innerhalb des Rahmens der Algecirasakte für die nächsten fünf Jahre eine Vereinbarung einzutauschen, die Deutschlands Beteiligung an den vorauszusehenden größeren Arbeiten in Marokko sicherstelle. Das schien auch aus dem Grunde angezeigt, weil die Marokkaner selbst anfingen, die Tatsachen zu entstellen, um Deutschland und Frankreich zu verhetzen. „Sollte es nicht möglich sein," schloß Freiherr v. Langwerth einen Privatbrief an den Stellvertretenden Staatssekretär v. Mühlberg vom 7334
25. Juni 1907, „daß man aus Marokko durch ein wirtschaftliches Abkommen mit Frankreich ein Feld gemeinsamer praktischer Tätigkeit macht, das uns Gelegenheit bietet, über gemeinsame Arbeit es zu lernen, daß zwei große Völker auch nach einem großen Krieg schließlich wieder in ein normales Verhältnis kommen können?" Herr v. Mühlberg bezeichnete dies als einen gesunden Gedanken, auf dem 7335
sich möglicherweise weiterbauen lasse; Marokko sei zurzeit nicht ein für Deutschland nutzbar zu machender politischer Faktor. Frankreich

[1]) Vgl. Nr. 7218, S. 152.

aber müsse mit bestimmten Vorschlägen herauskommen; ein konkreter Vorschlag werde in Berlin immer einer entgegenkommenden Aufnahme und einer gewissenhaften, aber wohlwollenden Prüfung sicher sein.
7336, 7337 Man wünschte aber in Berlin nicht, daß diese Erörterungen vor der Festlegung der materiellen Grundlagen schon einen amtlichen Anstrich erhielten, und wies den Geschäftsträger Freiherrn Langwerth
7338 v. Simmern am 21. August 1907 an, sich aller Schritte in dieser Angelegenheit zu enthalten. Es sollte gewartet werden, ob die fran-
7339 zösische Regierung bessere Anerbietungen machen werde, als sie über die kaiserliche Gesandtschaft in Tanger zu erlangen waren.

7340 Der Gesandte Rosen befand sich damals in Berlin. Auch er hielt eine Verständigung mit Frankreich auf rein wirtschaftlichem Gebiet in der von Baron Langwerth vorgeschlagenen Weise für nützlich, erblickte aber in der von jenem vorgeschlagenen politischen Desinteressementserklärung „eine vollständige Kapitulation vor Frankreich in Marokko". Zu einer solchen seien wir durch nichts gezwungen, und sie werde der kaiserlichen Regierung nicht nur von den in Marokko interessierten Deutschen, sondern von der öffentlichen Meinung überhaupt verdacht werden. Auch das Verhalten Jules Cambons, nachdem er von Norderney zurückgekehrt war (vgl. Nr. 7275), erwies, daß auf konkrete Abmachungen zwischen Frankreich und Deutschland noch keine zu großen Hoffnungen gesetzt werden durf-
7341 ten. In diesem Sinne hatte er sich auch zu Theodor Wolff, dem Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", geäußert.

7342 Nach Tanger erging am 9. September 1907 die Weisung, sich weiterer Schritte zu enthalten, da der Versuch, auf dem Wege über Tanger Anhaltspunkte zu einer Verständigung mit Frankreich zu erlangen, vorläufig als gescheitert anzusehen sei. Da es den unter-
7343 handelnden Franzosen in Tanger auffiel, daß Baron Langwerth die begonnenen Besprechungen nicht fortsetzte, wurde er am 14. September 1907 ermächtigt, mündlich zu sagen, die kaiserliche Regierung sei jederzeit bereit, sachdienliche Vorschläge zur Regelung der Marokkofrage entgegenzunehmen und gewissenhaft zu prüfen. Sie glaube aber, daß die Erörterung politischer Fragen den beiden Regierungen unmittelbar vorzubehalten sei. In diesem Sinne wurde der deutsche Geschäftsträger in Tanger am 15. September 1907 telegraphisch angewiesen.

Synchronistische Zusammenstellung der in den Bänden 19—21 enthaltenen Aktenstücke

Vorbemerkung

Die in Klammern stehenden Zahlen bezeichnen Anlagen zu den Aktenstücken bzw. unsichere Daten

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1902						
24.	März	5920					
12.	Juli	5921					
29.	Oktober	5922					
6.	Dez.	5923					
	1903						
15.	Juli	5924					
12.	Oktober	5925					
25.	„	5926					
26.	„	5927					
27.	„	5928					
13.	Nov.	5962	4./5. Nov. 1903 Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit dem Zaren in Wiesbaden und Wolfsgarten.				
15.	Dez.	5963					
16.	„	5964					
17.	„	5965					
20.	„	5929					
21.	„	5966					
23.	„	5967, 5968					
26.	„	5969					
27.	„	5970, 5971, 5995					
	1904						
4.	Januar	5972					
6.	„	5973					
8.	„	5930, 5931, 5933					

Jahr Tag	Monat	Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
1904							
9.	Januar	5932					
10.	„	5934					
11.	„	5935					
12.	„	5936					
13.	„	5937, 5938					
15.	„	5939, 5940, 5941, 5942					
16.	„	5943, 5944					
17.	„	5945					
19.	„	5946					
20.	„	5948					
21.	„	5947, 5949					
22.	„	5950					
23.	„	5951					
24.	„	5952					
27.	„	5953					
30.	„	5954					
2.	Februar	5955					
4.	„	5976		6431			
5.	„	5977		Russisch-Japanischer Krieg 6. Februar 1904. Überreichung des japanischen Ultimatums.			
6.	„	5978					
7.	„	5956, 6027					
8.	„	5957, 5958, 5979, 5980					
9.	„	5981, 5982					
10.	„	5959, (5983)					
11.	„	5960, 5984, 5985					
12.	„	5986, 5996					
13.	„	5987					
14.	„	5961, 5997, 5998					
16.	„	5974, 5988					
18.	„	5989, 5990		6432			
19.	„	5999					
20.	„	6000					
22.	„			6433			
23.	„	6001					
24.	„	6002					

Jahr Tag	Monat	Band XIX,1 Der Russisch-Japanische Krieg	Band XIX,2	Band XX,1 Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905	Band XX,2	Band XXI,1 Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	Band XXI,2
1904							
25.	Februar	6003					
26.	„	5975, 6004					
27.	„	6005					
28.	„	6006,6007, 6028					
2.	März	6008, 6009					
3.	„			6388			
5.	„			6434			
6.	„			6389			
7.	„	6010, 6011		6390, 6435			
8.	„			6391			
10.	„		6342	6365, 6392			
11.	„			6393, 6394			
14.	„	6013, 6029	6343				
15.	„	5991		6366, 6395			
16.	„		6344				
17.	„			6396, 6436			
18.	„	6014, 6030		6367			
19.	„			6397, 6437			
21.	„	5992, 6012					
23.	„			6368,6369, 6438			
26.	„	6015		6398,6399, 6439			
27.	„	6016					
28.	„	6017, 6018					
29.	„	6019					
30.	„	6020, 6021		6512			
31.	„	6022					
2.	April			6400			
3.	„			6370, 6513			
5.	„			6371, 6515			
6.	„			6372, 6514			
8.	„	6023			8. April 1904 Entente cordiale		
9.	„	6024		6373,6374, 6375			
13.	„			6516			
14.	„			6401			
15.	„			6377			

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1904						
16.	April			6376,6402, 6403			
17.	„			6440, 6441			
19.	„	6031		6378,6443, 6444			
20.	„	6032		6379,6380, 6445			
23.	„	6025		6517			
25.	„			6404			
26.	„			6381,6405, 6406			
27.	„			6407, 6408			
28.	„			6409, 6410			
29.	„			6411, 6481			
30.	„			6412			
2.	Mai			6382, 6413			
4.	„			6446			
6.	„			6415, 6482			
7.	„	5993		6414			
9.	„	5994					
11.	„	6033		6483, 6518			
12.	„			6416,6417, 6418			
17.	„		6345				
18.	„			6447			
19.	„	6026		6519			
21.	„			6419, 6520			
22.	„			6484			
24.	„			6448, 6485			
25.	„			6486			
28.	„			6420, 6449			
29.	„			6450			
31.	„			6451,6487, 6488			
1.	Juni	6034		6452,6453, 6454, 6489			
2.	„			6455,6490, 6491			

Jahr Tag	Monat	Band XIX,1 Der Russisch-Japanische Krieg	Band XIX,2 Der Russisch-Japanische Krieg	Band XX,1 Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905	Band XX,2 Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905	Band XXI,1 Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	Band XXI,2 Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung
1904							
3.	Juni			6456,6457, 6458,6492, 6521			
4.	„			6383,6384, 6459, 6460			
5.	„			6461, 6462			
6.	„	6035		6463			
8.	„			6464			
9.	„			6465, 6466			
10.	„	6036		6467, 6494			
11.	„			6421, 6493			
12.	„	6037		6495			
13.	„		6346				
15.	„			6470,6471, 6475			
16.	„			6496			
17.	„			6468, 6497			
18.	„			6469,6472, 6473, 6498			
19.	„			6385,6474, 6476, 6477			
20.	„			6478, 6499			
23.	„			6479, 6522			
24.	„			6480			
26.	„	6038					
28.	„	6039					
29.	„	6040					
1.	Juli			6500			
2.	„	6058					
4.	„	(6042)					
6.	„	6059		6501			
8.	„			6502			
9.	„	6041, 6060					
11.	„	6061					
15.	„	6043					
16.	„			6503			
17.	„	6062					
21.	„			6504, 6523			
23.	„	6063,6064, 6065, 6066					

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1904						
25.	Juli	6067					
27.	„	6044, 6068		6505, 6524			
29.	„			6525			
2.	August	6045					
4.	„		6259				
5.	„		6260				
6.	„			6528			
7.	„			6526			
9.	„	6046					
10.	„	6069	6261				
11.	„	6047					
12.	„		6262				
15.	„			6527			
16.	„			6529			
17.	„		6263	6530			
18.	„	6070					
19.	„	6071					
24.	„		(6264)				
25.	„	6048, 6072					
28.	„	6049, 6050					
31.	„		6264				
1.	Sept.	6051, 6073					
5.	„		6265				
6.	„	6052		6531			
9.	„	6053					
13.	„			6532			
14.	„	6077					
15.	„	6054					
16.	„	6078					
18.	„			6533			
19.	„		6347				
20.	„	6079					
23.	„	6080					
24.	„			6506			
25.	„	6081					
27.	„	6055	6266				
28.	„	6056	6348	6422			
29.	„	6082					

Jahr Tag	Monat	Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
1904							
1.	Oktober			6386			
2.	„	6083					
4.	„	6084		6507			
7.	„			6508,6509, 6534			
8.	„	6057					
10.	„		6162				
13.	„	6100	6267	6510			
14.	„			6511			
19.	„	6085	6163				
20.	„		6349,6350, 6351				
21.	„		6352		21./22. Oktober 1904 Zwischenfall an der Doggerbank		
22.	„		6268	6535			
23.	„		6165				
24.	„	6101	6353				
25.	„	6102	6166, 6354				
26.	„	6074,6103, 6105	6269,6270, 6355				
27.	„	6104,6106, 6118					
28.	„	6107					
29.	„	6108, 6119					
30.	„	6109,6120, 6121, 6122	6164				
31.	„	6123					
1.	Nov.	6110, 6111					
2.	„		6167				
4.	„	6112,6113, 6114					
6.	„	6115					
7.	„	6116, 6124					
9.	„			6536			
11.	„	6086	6271				
12.	„		6168, 6169				
13.	„	6087, 6117					
15.	„		6170				
16.	„	6125	6171, 6272				
17.	„		(6149), 6172, 6273				

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1904						
18.	Nov.		6149,6173, 6176	6537			
19.	„		6174	6423			
23.	„	6126					
24.	„	6127	6177				
25.	„	6128					
28.	„			6538			
30.	„		6150				
1.	Dez.	6075	6175				
3.	„	6076					
4.	„		6151, 6152				
5.	„		6153				
6.	„	6088, 6129					
7.	„	6130, 6131					
10.	„	(6132)					
11.	„	6133, 6134					
12.	„	6135,6136, 6137					
13.	„	6138	(6154)				
14.	„		6154				
15.	„		6155				
16.	„	6139					
17.	„			6539, 6540			
18.	„	6140		6424			
21.	„	(6141), 6142, 6143					
23.	„			6541			
24.	„		6274	6542			
25.	„	6145	6156				
26.	„	6144	6157,6158, 6178				
27.	„			6543			
28.	„	6146					
29.	„		6179, 6275				
	1905						
1.	Januar	6147					
2.	„		6180	6544			
4.	„		6181, 6276				
7.	„			6545			

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
9.	Januar			6546			
11.	„		6159,6160, 6277				
12.	„		6161	6425			
14.	„		6278				
15.	„		6280				
16.	„			6547			
17.	„		6281				
18.	„		6279, 6282				
20.	„		6283, 6284				
27.	„	6089					
28.	„		6182				
29.	„			6548,6549, 6552			
30.	„			6550			
31.	„			6551, 6553			
2.	Februar	6090, 6148					
3.	„		6285				
4.	„	6091					
5.	„		6286				
9.	„		6287				
10.	„		6183, 6288				
11.	„		6184	6554			
14.	„	6092, 6093					
15.	„	6094,6095, 6096		6555			
16.	„	6097		6556			
17.	„		6185, 6289				
18.	„		6186				
19.	„	6098					
21.	„		6290	6426, 6557			
25.	„		6291	6427, (6428), 6558	24. Februar bis 10. März 1905 Entscheidungsschlacht bei Mukden.		
27.	„		6356				
4.	März		6292				
5.	„			6428			
7.	„		6293				
9.	„			6559			

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
10.	März			6429, 6561			
11.	„		6187, 6189	6560			
14.	„		6188				
15.	„	6099					
16.	„		6190				
18.	„		6294				
19.	„			6562			
20.	„			6563, 6565			
21.	„		6295	(6564), 6566, 6567			
22.	„		6296	6568, 6569			
23.	„		6297	6570, 6571			
24.	„			6572, 6573			
26.	„			6575, 6576			
27.	„		6299	6574, 6577	6591		
28.	„			6578, 6579, 6580, 6584	6837		
29.	„			6581, 6582, 6583, 6585, 6586	6838		
30.	„		6191	6587, 6590			
31.	„		6298	6588, 6589	31. März 1905 Landung Kaiser Wilhelms II. in Tanger.		
1.	April		6300		6592		
2.	„		6301				
3.	„		6302, 6303		6593, 6594, 6595, 6596, 6597, 6598, 6600		
4.	„				6599, 6601, 6839, 6840		
5.	„				6602, 6603		
6.	„		6304		6604, 6605, 6841, 6842		
7.	„				6606, 6607, 6608, 6609, 6610		
9.	„				6611, 6612		
10.	„				6844		

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
11.	April				6613,6614, 6843		
12.	„				6615,6616, 6617,6618, 6619		
13.	„				6620		
14.	„		6192, 6305		6621, 6622		
18.	„				6624		
19.	„				6623, 6845		
21.	„				6625, 6631		
22.	„				6626, 6846		
23.	„				6627		
24.	„			6430	6628,6629, 6630		
25.	„				6632,6633, 6847		
27.	„			6387	6634,6635, 6636,6638, 6639		
28.	„				6637, 6640		
29.	„				6641, 6642		
30.	„				6643, 6647		
1.	Mai				6644,6645, 6848, 6849		
2.	„				6646, 6648		
3.	„				6649		
4.	„				6650		
5.	„				6652		
6.	„				6651, 6653		
7.	„				6654,6655, 6850		
8.	„				6657, 6658		
9.	„				6656		
10.	„				6851		
13.	„				6659, 6852		
15.	„				6660, 6662		
16.	„		6306		6661		
17.	„		6307		6663		
19.	„		6308				

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
20.	Mai		6309				
22.	„				6664,6665, 6666		
24.	„		6310				
25.	„				6667		
26.	„	27. Mai 1905 Seeschlacht bei Tschusima.			6671		
28.	„				6672		
30.	„				6668,6669, 6674		
31.	„				6670,6675, 6676		
1.	Juni				6673		
2.	„		6311				
3.	„		6193, 6312		6677,6678, 6679, 6680		
4.	„		6194, 6313				
5.	„		6314		6681,6686, 6687		
6.	„	6. Juni 1905 Rücktritt Delcassés.			6682,6683, 6688,6689, 6690, 6691		
7.	„				6684,6692, 6693,6694, 6695,6853, 6854		
8.	„		6196		6696,6697, 6703		
9.	„		6197, 6315		6698,6699, 6700, 6855		
10.	„		6195		6701,6702, 6704, 6856		
11.	„				6685,6705, 6857		
12.	„		(6316)		6706,6707, 6709		
13.	„				6708		
14.	„				6710		
15.	„				6712		
16.	„				6711,6714, 6715, 6858		

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
17.	Juni				6713		
18.	„				6716, 6717		
19.	„				6718		
20.	„				6719		
21.	„				6720, 6721, 6722		
22.	„				6723, 6724		
23.	„				6725, 6726, 6727		
24.	„		6317		6728, 6729, 6730, 6731		
25.	„				6732, 6733, 6734, 6735, 6737, 6738		
26.	„				6736, 6739, 6740, 6741, 6742, 6745		
27.	„				6743, 6744, 6746, 6859		
28.	„				6747, 6748, 6749, 6750, 6860		
29.	„				6751		
30.	„				6752, 6861		
1.	Juli				6753, 6754, 6755, 6756		
2.	„				6757, 6758		
4.	„				6759		
5.	„		6318		6760		
7.	„				6761, 6762, 6763		
8.	„	8. Juli 1905 Deutsch-französische Verständigung über den Konferenzgedanken.			6764, 6765, 6766, 6767		
9.	„				6768, 6769		
10.	„				6771, 6772		
11.	„				6770, 6773, 6774		
13.	„				6775		
14.	„				6776, 6862		
18.	„				6863		

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
19.	Juli				6864		
20.	„		6202		6777, 6865		
21.	„		6203, 6204				
22.	„		6205,6206, 6207, 6208		6866, 6867		
23.	„		6209, 6210				
24.	„		6211,6212, 6213,6214, 6215,6216, 6218, (6220)	24. Juli 1905 Vertrag von Björkoe			
25.	„		6198,6217, 6219, 6220		6778		
26.	„		6221,6222, 6223				
27.	„		6224,6225, 6225, 6322				
28.	„		6227,6228, 6319				
30.	„		6229		6779,6780, 6781		
31.	„				6782		
1.	August				6868		
2.	„		6230		6783		
3.	„				6784,6785, 6786, 6787		
4.	„		6320		6869		
5.	„		6231,6232, 6233	5. August Beginn der Friedensverhandlungen in Portsmouth.			
6.	„		6234		6788		
9.	„		6235				
10.	„		6236				
11.	„		6237				
12.	„		6238				
14.	„		6239		6870		
15.	„		6338				
16.	„		6321				
17.	„		6323				
18.	„		6240, 6324		6789		

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
19.	August		6199		6790		
20.	„		6200				
22.	„				6791, 6792		
23.	„		6201, (6325)				
24.	„		6326				
25.	„		6327,6328, 6339				
28.	„		6329, 6330				
29.	„		6331,6332, 6333		6793,6794, 6795		
30.	„		6334, 6335				
31.	„				6796, 6797		
3.	Sept.	5. September 1905 Friede von Portsmouth.			6798		
4.	„				6799, 6801		
6.	„				6800		
8.	„		6340		6802, 6803		
9.	„				6804		
10.	„				6805, 6806		
12.	„		6357				
14.	„				6807		
16.	„				6808		
17.	„				6809		
18.	„				6810, 6811		
19.	„				6812,6813, 6814		
20.	„				6815		
21.	„				6816, 6817		
22.	„		6358		6818, 6819		
23.	„		6241, 6336		6820		
24.	„				6821		
25.	„		6242,6243, 6359		6822, 6823		
26.	„	26. September 1905 Rußland lädt zur zweiten Haager Friedenskonferenz ein. (Programm erst April 1906.)			6824,6825, 6826,6827, 6828		
27.	„		6244,6245, 6246				

Jahr Tag	Monat	Band XIX,1 / Band XIX,2 — Der Russisch-Japanische Krieg	Band XX,1 / Band XX,2 — Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905	Band XXI,1 / Band XXI,2 — Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung
1905				
28.	Sept.	28. September 1905 Deutsch-französische Verständigung über das Programm der Marokkokonferenz.	6829,6830, 6831, 6832	
29.	„		6833	
30.	„		6834	
2.	Oktober		6835, 6871	
5.	„			6889
7.	„	6247		
8.	„	(6250)	6872	
9.	„		6873	
10.	„		6874	
12.	„	6248, 6249	6875	
14.	„		6876	
15.	„		6877, 6878	
17.	„	6250		6890
18.	„	6251	6836, 6879	
19.	„	6337		
20.	„			6891
22.	„	6360, 6363	6880	6892
23.	„			6893
24.	„	6361, 6362		
27.	„			6894
29.	„	6341		
?	„	(6252)		
1.	Nov.			6895
2.	„		6881	
3.	„			6896
4.	„			6898
6.	„	6364		
7.	„			6897
11.	„			6899
15.	„	6253		
23.	„	6254		6900, 6901
26.	„	6255, 6256		6902, 6903
28.	„	6257		
29.	„			6904, 6905
30.	„			6906
2.	Dez.	6258		

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1905						
3.	Dez.				6882	6907	
4.	„				6883		
5.	„				6884, 6885	6908	
11.	„					6909	
16.	„					6910	
20.	„				6886	6911	
22.	„					6912	
23.	„					6913	
25.	„					6914	
27.	„					6915, 6919	
29.	„				6887	6916, 6917	
30.	„					6918	
	1906						
2.	Januar	3. Januar 1906 Wichtige Unterredung des Botschafters Grafen Metternich mit Sir Edward Grey.				6921	
3.	„					6920, 6922, 6923	
4.	„					6924	
5.	„					6925, 6927	
6.	„					6926, 6928, 6937, 6941	
7.	„					6938	
8.	„					6929, 6930, 6931, 6939	
9.	„					6932	
10.	„					6933, 6934	
12.	„					6935, 6947	
15.	„					6948	
16.	„	16. Januar 1906 Beginn der Konferenz in Algeciras.			6888	6936, 6940, 6949, 6951	
17.	„					6950, 6952	
18.	„					6953, 6954, 6955	
20.	„					6956	
21.	„					6957	
23.	„					6942, 6958, 6961	
24.						6943, 6959	
25.	„					6960, 6964	7172

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1906						
26.	Januar					6944,6965, 6967	(7172)
27.	„					6966, 6968	
28.	„					6969, 6970	
29.	„					6971, 6974	
30.	„					6972, 6973	
31.	„					(6946), 6975, 6978	
1.	Februar					6962, 6976	
2.	„					6977, 6979	7173, 7174
3.	„					6980	
4.	„					6945,6981, 6982	
5.	„					6963,6983, 6984	
6.	„					6985, 6986	
7.	„					6987, 6988	
8.	„					6989	
9.	„					6946,6990, 6991, 6992	
10.	„					6993,6994, 6995, 6996	
12.	„					6997,6998, 6999	
13.	„					7000,7001, 7002,7004, 7008	
14.	„					7003,7005, 7006, 7007	
15.	„					7010	
16.	„					7009, 7011	
17.	„					7012	
18.	„					7013, 7014	
19.	„					7015,7016, 7017,7018, 7019	
20.	„					7021,7022, 7023,7024, 7025, (7027), 7031	

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1906						
21.	Februar					7020,7026, 7032	
22.	„					7027,7033, 7034,7035, 7036	
23.	„					7028,7037, 7038	7226
24.	„					7029,7039, 7040,7041, 7043	
26.	„					7042,7044, 7045	
27.	„					7030,7047, 7048, 7050	
28.	„					7046	
1.	März					7049	
3.	„					7051,7052, 7053, 7064	
4.	„					7054,7055, 7056, 7068	
5.	„					7057,7058, 7059,7060, 7061, 7062	
6.	„					7063,7065, 7066, 7067	
7.	„					7069,7070, 7071,7072, 7074	
8.	„					7073,7075, 7076,7077, 7078,7079, 7080	7150
9.	„					7081,7082, 7083	
10.	„					7084,7085, 7086	
11.	„					7087,7088, 7089, 7103	

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1906						
12.	März					7090,7091, 7092,7093, 7094	
13.	„					7095,7096, 7097,7098, 7099,7100	
14.	„					7101,7102, 7104	
15.	„					7105,7107	
16.	„					7106,7108, 7109,7110	
17.	„					7111,7112, 7114	
18.	„					7113,7115, 7116	
19.	„					7117,7118	
20.	„						7175
21.	„					7119,7121	
22.	„					7120,7122, 7126	
23.	„					7123,7127, 7128	
24.	„					7129,7130	
25.	„					7124,7125, 7131	
26.	„					7132,7133	
27.	„					7134,7135, 7136	
28.	„					7137	
31.	„					7138	
3.	April					7140	
4.	„					7141,7142	
5.	„					7139, (7140)	
6.	„	7. April 1906 Abschluß der Konferenz von Algeciras.				7143	
7.	„					7144	
8.	„					7145	
9.	„					7146	
12.	„					7147	
15.	„						7151

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1906						
18.	April					7148	
19.	„						7152
23.	„					7149	
1.	Mai						7179
3.	„						7153
4.	„						7180
8.	„						7181,7182, 7183
12.	„						7184
17.	„						7276
19.	„						7185
31.	„						7154
2.	Juni						7277
8.	„						7155,7156, 7157,7186
16.	„						7158
27.	„						7187
1.	Juli						7278
2.	„						7279
7.	„						7188
9.	„						7159,7190
10.	„						7189
11.	„						7280,7281
18.	„						7282
26.	„						7176
27.	„						7283
31.	„						7191
6.	August						7284
13.	„						7192,7193
14.	„						7194
15.	„						7195,7196
16.	„						7197
23.	„						7198
4.	Sept.						7199
9.	„						7227
15.	„						7200,7228

4. Mai 1906
Zusammenkunft König Eduards VII. mit Präsident Fallières in Paris.

15. August 1906
Besuch König Eduards VII. bei Kaiser Wilhelm II. in Friedrichshof.

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1906						
19.	Sept.						7229
25.	„						7201
29.	„						7230
10.	Oktober						**7160**
17.	„						7202, 7285
18.	„						7237
20.	„						7161
23.	„						7286
25.	„						7238
31.	„						7239
2.	Nov.						7162
4.	„						7231
10.	„						7163
14.	„						7287
16.	„						7164, 7165
23.	„						7288
24.	„						7232
26.	„						7233
30.	„						7289, 7290
1.	Dez.						7291, 7292
2.	„						7293
5.	„						7294
7.	„						7295
11.	„						7296
12.	„						7297
14.	„						7298
16.	„						7299
21.	„						7300
26.	„						7301
31.	„						7240, 7241
	1907						
1.	Januar						7302
2.	„						7242, 7243
5.	„						7244
8.	„						7303
10.	„						7177, 7245
							7304, 7305

22. Oktober 1906.
Freiherr Aehrenthal tritt an die Stelle des Grafen Goluchowski als österreich-ungarischer Minister des Äußern.

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
	1907						
13.	Januar						7166,7246, 7306
14.	„						7247, 7307
15.	„						7308
17.	„						7203
18.	„						7248
21.	„						7309
24.	„						7310
30.	„						7204
31.	„						7205, 7206
1.	Februar						7207
4.	„						7208
5.	„						7167
6.	„						7209
8.	„						7210
9.	„						7211
15.	„						(7212)
18.	„						7212
20.	„						(7213)
22.	„						7249
1.	März						7311
2.	„						7234,7250, 7312
8.	„						7235,7313, 7314
13.	„						7315
15.	„						7316, 7317
17.	„						7318
18.	„						7236
22.	„						7251
26.	„						7320, 7321
29.	„						7319
5.	April						7322
9.	„	8./9. April 1907 Zusammentreffen König Eduards VII. mit dem Könige von Spanien in Cartagena.					7214
10.	„						7323
12.	„						7324
14.	„						7325, 7327
17.	„						7252

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2	
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung		
Tag	Monat							
	1907							
18.	April	18. April 1907 Zusammentreffen König Eduards VII. mit König Viktor Emanuel in Gaëta.						7215, 7326
20.	„							7216
21.	„							7328
26.	„							7253, 7329
27.	„							7217
7.	Mai							7168
12.	„							7218
15.	„							7178
16.	„							(7169), 7330
21.	„							7332
24.	„	27. Mai bis 7. Juni 1907 Besuch englischer Journalisten in Deutschland.						7331
31.	„							7219
2.	Juni							7169
3.	„							7220
6.	„	10. Juni 1907 Französisch-japanisches Abkommen.						7254
11.	„							7170
15.	„							7221, 7255
17.	„							7222, 7223
19.	„	15. Juni 1907 Eröffnung der 2. Haager Friedenskonferenz.						7333
22.	„							7256
25.	„							7334
26.	„							7257, 7258
27.	„							7259
28.	„							7260, 7261
29.	„							7262, 7264
30.	„							7263
1.	Juli							7225
3.	„							7224
4.	„							7266
5.	„							7265
6.	„							7267
7.	„							7335
9.	„							7268
10.	„							7269
11.	„							7171
14.	„							7270, 7271
16.	„							7272

Jahr		Band XIX,1	Band XIX,2	Band XX,1	Band XX,2	Band XXI,1	Band XXI,2
		Der Russisch-Japanische Krieg		Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905		Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung	
Tag	Monat						
1907							
17.	Juli	30. Juli 1907 Russisch-japanisches Abkommen.					7273
27.	„						7274
17.	August						7336
20.	„						7337
21.	„						7338
22.	„						7339
23.	„						7340
25.	„						7275
28.	„						7341
9.	Sept.						7342
14.	„						7343
3.	Nov.			6442			

Übersetzungen
der fremdsprachigen Dokumente der Bände 19—21

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 38/40

Nr. 5945

Aufzeichnung des Botschaftsrats z. D. Freiherrn von Eckardstein

Abschrift

Berlin, den 17. Januar 1904

. . . Am 21. v. Mts. hatte z. B. der japanische Gesandte in London, Vicomte Hayashi, Lord Lansdowne ein Memorandum überreicht, dessen wesentliche Ausführungen beinahe wörtlich folgendermaßen lauteten:

„Daß das Kabinett in Tokio der Meinung wäre, daß die Lage im fernen Osten einen äußerst ernsten Grad erreicht hätte, und daß eine friedliche Lösung der schwebenden Fragen unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich, geworden zu sein schiene. Die japanischen Staatsmänner hätten seit Jahren gewußt, daß früher oder später ein Bruch mit Rußland unvermeidlich werden würde, und hätten sich daher vorbereitet. Die russische Politik hätte sich jetzt selbst übertroffen. Sie war darauf bedacht, irgendeine Marinebasis zwischen Port Arthur und Wladiwostok wegen der großen Entfernung (1060 Seemeilen) zwischen diesen beiden Plätzen zu erwerben. Die einzigen geeigneten Häfen waren Mokpho und Masampho an der Küste von Korea. Ohne im Besitze dieser Landungsplätze zu sein, würde Rußland niemals imstande sein, seine großen Ziele im Fernen Osten durchzusetzen. Für den Augenblick hätte sie s c h e i n b a r die Absicht des Erwerbs dieser beiden Landungsplätze aufgegeben, aber Japan wüßte, daß, sobald Rußland zur See und auf dem Lande stark genug wäre, es sofort wieder seinen Anspruch auf die obengenannten Landungsplätze verfolgen würde. Andererseits wäre es für Japan eine Lebensfrage, daß keine fremde Macht jemals auf Korea einen Landungsplatz haben sollte. Kommerziell und strategisch wäre Korea die Domäne Japans. Ein starker russischer Landungsplatz in der Mandschurei würde immer eine Gefahr für Japan sein, da ersteres (Rußland) mit der Zeit imstande sein würde, einen Weg nach Korea zu finden, nicht nur von Port Arthur und Wladiwostok zur See, sondern auch zu Lande. Es wäre daher für Japan zwingend, Maßnahmen zu ergreifen, die eine vollständige Aufsaugung der Mandschurei durch Rußland verhindern würden. Die letzten russischen Vorschläge hinsichtlich einer neutralen Zone im nördlichen Korea wären für Japan unannehmbar, da es sicher wäre, daß Rußland niemals seinen Versprechungen und Vertragsverpflichtungen treu bleiben würde. In seiner letzten Note an die russische Regierung hat Japan daher nicht nur darauf bestanden, freie Hand in Korea zu haben, sondern auch hinsichtlich der Mandschurei gewisse strenge Bedingungen gemacht.

So weit die Marine- und militärischen Streitkräfte Japans und Rußlands in Betracht kämen, wäre gegenwärtig die Lage folgende:

Die Zahl der Kampfschiffe und Kreuzer wäre nahezu gleich, aber die japanischen Schiffe, die fast alle in England gebaut wären, wären sehr wahrscheinlich besser als die russischen. Rußland sendete so schnell wie möglich weitere Schiffe nach dem Fernen Osten, und es wäre in Tokio bekannt, daß innerhalb von zwei Monaten wenigstens fünf oder sechs weitere russische

Kriegsschiffe und noch eine Torpedo-Division in Port Arthur ankommen würden. Laut Kenntnis des Nachrichtenamts des Kriegsministeriums in Tokio hätte Rußland gegenwärtig ungefähr 240 000 Mann östlich vom Baikalsee. Ungefähr 95 000 davon wären in der Mandschurei, ungefähr 30 000 in Port Arthur, einige tausend in Wladiwostok, und der Rest wäre mit der Überwachung der sibirischen Eisenbahn beschäftigt. Japan hätte zurzeit ungefähr 230 000 gut ausgebildete Soldaten in Bereitschaft und könnte im Bedarfsfalle wenigstens weitere 240 000 Reservisten aufrufen."

Am 8. d. Mts. teilte der japanische Gesandte Lord Lansdowne mit, „daß die russische Antwort auf die letzte japanische Note in höflichen Ausdrücken gehalten wäre, aber daß sie meistenteils aus Redensarten bestände und nicht anerkennte, daß Japan irgendeine Stimme in der mandschurischen Frage hätte, die nur eine Angelegenheit zwischen Rußland und China sei".

Am 14. d. Mts. teilte Vicomte Hayashi dem Foreign Office mit, „daß die japanische Regierung eine Antwort auf die letzte russische Note gesandt hätte, die sehr höflich abgefaßt wäre, aber den Entschluß bekundete, wirksame Schritte zu unternehmen, falls die japanischen Forderungen nicht erfüllt werden sollten. Daß sie keine Frist festsetze, daß aber eine baldige Antwort erwünscht wäre".

(gez.) Freiherr von Eckardstein

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 43/44

Nr. 5946

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.

Telegramm. Abschrift

Berlin, 19. Januar 1904

Signal vom A(dmiral) des A(tlantiks) an den A(dmiral) des P(azifiks). Nachrichten aus zuverlässiger chinesischer Quelle sind eingegangen, daß die Gouverneure vom Jangtse-Tal von Japan benachrichtigt worden seien, daß sie, da Krieg mit Rußland unvermeidlich sei, die Interessen des fremden Handels gegen Schaden zu schützen hätten. — Chinesisches Auswärtiges Amt hat allen Gouverneuren der Küstenprovinzen befohlen, streng neutral zu bleiben. Japanische Kolonie in Tschili ist von der Heimat ermahnt worden, mit Ausbruch des Krieges Ende dieses Monats zu rechnen.

(gez.) Willy. A(dmiral) des A(tlantiks).

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 44

Nr. 5947

Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

St. Petersburg, 21. Januar 1904

Danke Dir herzlich für Benachrichtigung. Ich hoffe sehr, mit Japan, dessen letzte Vorschläge in gemäßigten und versöhnlichen Ausdrücken abgefaßt sind, zu einer Verständigung kommen zu können. Alle die beunruhigenden Nachrichten über Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten stammen aus bestimmter Quelle, dessen Interesse es ist, diese Bewegung aufrechtzuerhalten. — Alix fühlt sich sehr wohl und fuhr heute morgen im Schlitten aus. Viele Grüße von uns beiden.

(gez.) Nicky

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 52/53

Nr. 5952

Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Zarskoe Selo, 11./24. Januar 1904

Liebster Willy!

Ich hoffe, diese Zeilen werden Dich an Deinem Geburtstage erreichen und Dich und die Deinen in guter Gesundheit, zufrieden und glücklich finden. Möge dieses Jahr ein gedeihliches für Dein Land und die fortdauernde Entwicklung aller Deiner hohen Entwürfe und Pläne sein!

Ich brauche Dir nicht zu wiederholen, lieber Willy, wie gerührt ich bin über alle die freundlichen Nachrichten, die Du mir in „unserer" Chiffre zu senden so gut warst.

Wir beide danken Dir herzlich für Deine reizenden Weihnachtsgeschenke.

Gott sei Dank, Alix ist jetzt ganz wohl, und wir wollen uns in zwei Tagen in die Stadt begeben.

Der Artikel über „Gepanzerte Kreuzer", geschrieben von L., interessierte mich aufs höchste, erstens, weil Du der Verfasser bist, zweitens, weil er mit meiner Auffassung übereinstimmt. —

Ich kann Dir nichts Neues über unsere Verhandlungen mit Japan mitteilen. Ich hoffe noch sehr auf eine ruhige und friedliche Verständigung letzten Endes. Beim Neujahrsempfange sprach ich sehr ernst und fest mit dem japanischen Gesandten und erzählte ihm zum Schluß, daß Rußland ein Teil der Welt wäre, seiner Stärke vollauf bewußt und mit einer gewissen Grenze von Geduld. Ich denke, er verstand mich gut, denn am gleichen Abend wiederholte die ganze Stadt meine Worte ihm gegenüber, über die ich zu niemandem anders gesprochen hatte.

Was sich auch ereignet, ich baue auf Gott, und Sein Wille wird geschehen.

Indem ich Dir nochmals manche glückliche Wiederkehr Deines Geburtstages wünsche, verbleibe ich, liebster Willy,

stets Dein Dich sehr liebender Vetter und treuer Freund

(gez.) Nicky
Admiral des Pazifiks

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 57

Nr. 5956

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Eigenhändig

Berlin, den 7. Februar 1904

Der japanische Gesandte . . . begleitete die Mitteilung mit etwa folgenden Ausführungen:

Die japanische Regierung versuchte ohne Erfolg jede ehrenhafte Bemühung, um die Einwilligung Rußlands zu Japans gerechten und vernünftigen Vorschlägen zu erhalten. Aber da keine Aussicht vorhanden ist, zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen, ist die japanische Regierung widerstrebend genötigt, ihre Verhandlungen mit der russischen Regierung abzubrechen, um ihre bedrohte Stellung zu schützen. Die Verantwortung für die gegenwärtige Lage und die Folgen, die sich daraus ergeben mögen, werden auf Rußland ruhen.

. . . Richthofen

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 70

Nr. 5963

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Eigenhändiges Konzept, undatiert

(Berlin, 15. Dezember 1903)

Der König, von Kopenhagen kommend, beabsichtigt uns in zwei Tagen zu besuchen. Soll ich ihm gegenüber den Gegenstand unserer letzten Unterhaltung zur Sprache bringen, über die Neutralität und die Benutzung von dänischen Gewässern, falls sie von fremden überwältigenden Flotten forciert würden? Meine Stimme ist viel besser. Grüße an Alix.

Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 70

Nr. 5964

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

(Zarskoe Selo, 16. Dezember 1903)

Dank für Telegramm. Ich halte den Besuch des Königs für eine ausgezeichnete Gelegenheit für Dich, seine Ansicht über die Frage von Dänemarks Neutralität zu erforschen. Es ist eine sehr ernste Frage für unsere Länder. Beste Grüße von Alix.

Nicky

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 71

Nr. 5965

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Konzept

(Neues Palais, 17. Dezember 1903)

Unterhaltung mit König von Dänemark sehr befriedigend. Er verstand vollkommen die Wichtigkeit der Frage und die lebenswichtige Bedeutung für Rußland, eine gut geschützte Rückendeckung zu haben, falls es in Komplikationen im Osten verwickelt würde. Er gab offen die Unmöglichkeit für Dänemark zu, die Neutralität gegenüber irgendeiner überlegenen Seemacht oder den Schutz der dänischen Gewässer gegenüber überwältigenden Flotten aufrechtzuerhalten. Er hält die vorgeschlagene Lösung, daß Rußland und Deutschland anbieten sollten, Dänemarks Neutralität zu garantieren, für sehr annehmbar und sagte, daß ihm eine Last vom Herzen genommen wäre. Er hat versprochen, seinem Minister — ein radikal parlamentarischer Mann — nichts von der Angelegenheit zu sagen, bis Du entschieden hast, wie die Angelegenheit zu behandeln sein wird. H. v. Bülow, dem ich die Sache übergab, ist über den Vorschlag sehr erfreut, ist ebenfalls der Meinung, daß der dänische Premierminister und vor allem sein Parlament davon ferngehalten werden muß. Daß es ein geheimes, zwischen den drei Souveränen geschlossenes Abkommen zu sein hätte, durch irgendein Instrument, das sie von ihren Vertretern entwerfen ließen; daß im Kriegsfalle Dänemark sofort seine Neutralität zu erklären hätte, und daß wir beide unsere feste Absicht bekunden, sie zu garantieren und wenn nötig sie mit Gewalt verteidigen zu helfen. Ich werde dankbar sein, wenn Du mich freundlichst wissen ließest, ob dieser Vorschlag Deinen Wünschen entspricht. Dem Könige geht es sehr gut, er dankt Dir für Deine freundlichen Absichten in dieser Angelegenheit, und war sichtlich erleichtert, als er sah, daß seine beiden mächtigen

Nachbarn vollkommen d'accord wären und ihm zur Hilfe kommen würden. Beste Grüße an Alix; meine Stimme wieder ganz in Ordnung.

Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 83/84

Nr. 5970

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Anlage

Entwurf zu einem Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren

Dank für Deinen Brief vom 20. 7., der mir wieder zu meiner aufrichtigen Genugtuung beweist, daß wir über eine Menge Gegenstände gleich denken. Es ist meine Überzeugung, und ich handele immer demgemäß, daß in dem großen Kampfe gegen die Feinde der Monarchie und des Friedens, gegen Anarchisten und Nihilisten, wir beide imstande sein sollten, uns immer auf unseren gegenseitigen festen guten Willen zu verlassen.

Du hast recht, wenn Du sagst, daß der Entwurf, der jetzt erwogen wird, ein strenges Geheimnis bleiben muß. Ich stimme dem zu, und ich glaube ferner, daß der verehrenswerte König von Dänemark, da er der an der Frage am meisten interessierte Teil ist, demnach als erster zuständig ist, seine Ansichten darzulegen und sie von irgendeiner Persönlichkeit, die sein volles Vertrauen besitzt, aufzeichnen und in eine Form bringen zu lassen.

Als ich mich vom Könige trennte, hatte ich den Eindruck, daß der Gegenstand ihn ausschließlich beschäftigte, und daß er über ihn nachdachte, sich bemühend, die richtige Form zu finden, um ihn für sein Land geeignet zu machen.

Ich denke, es würde gut sein, wenn Du Deinem Großvater schreiben würdest, daß die Vorschläge, wenn sie für uns annehmbar sind, in erster Linie ihm genehm sein müssen, und daß wir ihn deshalb bitten, uns seine eigenen Gedanken hinsichtlich Neutralität so ausführlich wie möglich wissen zu lassen.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 88

Nr. 5972

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Berlin, den 4. Januar 1904

. . . . . .

. . . Diese Gefahr wird vermieden, wenn Euere Majestät anstatt des rot eingeklammerten Absatzes in dem wieder beigeschlossenen Entwurf etwa wie folgt schreiben:

Die englische und amerikanische Presse prahlt mit beunruhigenden Gerüchten über den Fernen Osten. Ich sagte Dir oft, was ich über jene Frage denke. Deine ernsthaften Bemühungen, Deinem Lande die Wohltaten eines ehrenhaften Friedens zu erhalten, begegnen meiner wärmsten Sympathie, ich vergegenwärtige mir den Ernst der Lage durchaus, aber ich hoffe im Interesse der Humanität, daß es Dir gelingen möge, eine Deine Gefühle befriedigende Einrichtung zustandezubringen

. . . . . .

(gez.) Bernhard Bülow

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 101

Nr. 5980

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Washington, den 8. Februar 1904

. . . .

Heute früh ist nun an die amerikanischen Botschafter in Berlin, Paris und London folgendes Telegramm abgegangen:

„Minister der Auswärtigen Angelegenheiten befragen hinsichtlich Möglichkeit und Erwünschtheit, falls ein Kriegszustand unglücklicherweise geschaffen werden sollte, die guten Beziehungen der neutralen Mächte mit Rußland und Japan gemeinsam zu benutzen, um sie zu veranlassen, die Neutralität Chinas zu respektieren, und auf alle mögliche Weise seine Verwaltungseinheit (zu erhalten), um soweit wie möglich den Schauplatz der Feindseligkeiten zu lokalisieren und zu begrenzen, so daß übertriebene Erregung und Verwirrung des chinesischen Volkes verhütet und dem Handel und dem friedlichen Verkehr der Welt der geringstmögliche Verlust verursacht werden möge."

. . . . .

Sternburg

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 102/103

Nr. 5981

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, an den Botschafter in Petersburg, Grafen von Alvensleben

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 41 Berlin, den 9. Februar 1904

Vertraulich

Im Verfolg von Telegramm Nr. 38.

Der hiesige amerikanische Botschafter hat mir heute morgen folgende Mitteilung schriftlich und mündlich gemacht:

„Ich habe mit Seiner Exzellenz zu verhandeln wegen der Möglichkeit und Erwünschtheit einer gemeinsamen Aktion der neutralen Mächte, im Falle eines tatsächlichen Krieges ihre guten Beziehungen mit Rußland und Japan zu benutzen, damit die Neutralität Chinas beobachtet und seine Verwaltungsexistenz so weit wie möglich aufrechterhalten werden möge; und daß auch der Schauplatz der Feindseligkeiten soweit, wie das von Nutzen sein würde, begrenzt und lokalisiert werden möge, um übertriebene Erregung und Verwirrung des chinesischen Volkes zu verhüten, und um den geringst möglichen Verlust für den Handel und den friedlichen Verkehr der Welt zu erreichen.

Wenn dieser Vorschlag Seiner Exzellenz annehmbar scheint, bin ich angewiesen, ihm zu raten, daß Weisungen in diesem Sinne an die deutschen Vertreter in Petersburg, Tokio und Peking gesandt werden mögen.

Und alle Unterzeichner des Protokolls von Peking werden dann befragt werden.

Ich habe Seiner Exzellenz ferner vertraulich mitzuteilen, daß dieses Zirkular auf Anregung der Deutschen Regierung versandt worden ist."

Über die Antwort, die er darauf von mir erhalten, macht Herr Tower seiner Regierung nachstehende Meldung:

„Ich habe Baron von Richthofen, Kaiserlichem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Ihr Telegramm vom 8. Februar hinsichtlich der Neutralität

Chinas mitgeteilt, und habe ihn gefragt, ob dieser Vorschlag der Vereinigten Staaten für die Kaiserlich Deutsche Regierung annehmbar ist.

Seine Exzellenz erwiderte, daß der Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten für die Kaiserlich Deutsche Regierung vollkommen annehmbar ist, und daß Deutschland durchaus bereit ist, Weisungen in diesem Sinne nach St. Petersburg, Tokio und Peking zu senden nach Empfang weiterer Information von Washington.

Baron von Richthofen fügte hinzu, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung mit den Zielen der Regierung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Humanität, der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Beschützung der Fremden in China und des Schutzes des Welthandels vollauf sympathisiere.

Er sagte ferner, daß Deutschland ebenfalls glaube, daß der Schutz der Neutralität Chinas das nützlichste Mittel zur Erreichung dieser Ziele sein würde, und die Deutsche Regierung ist bereit, mit den Vereinigten Staaten und den anderen neutralen Mächten zusammenzuwirken, die Neutralität Chinas zu sichern, soweit dies mit den wechselseitigen militärischen Interessen der beiden ‚kriegführenden Mächte' vereinbar sein würde."

. . . . . .

Richthofen

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 103/104

Nr. 5982

Der Gesandte in Peking, Freiherr Mumm von Schwarzenstein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Peking, den 9. Februar 1904

. . . . . .

„Die Minister der Mächte, deren Truppen verschiedene Punkte von Tschili von Peking bis Shanhaikuan besetzen, d. h. von Deutschland, England, Frankreich und Italien, haben sich sehr mit den etwaigen Zwischenfällen beschäftigt, die sich vielleicht aus den Konflikten ergeben könnten, falls die Streitkräfte Eines der Kriegführenden in Tschili eindrängen. Andererseits haben sie in Betracht gezogen, daß China seinen Entschluß hat wissen lassen, die Neutralität zu beobachten, daß die Besetzung sich aus dem Protokoll ergibt, das China die Verpflichtung auferlegt, seine eigenen Truppen von den besetzten Punkten fernzuhalten, was für die dort stationierten fremden Korps die Verpflichtung zur Folge hat, die Neutralität dieser Punkte selbst zu sichern.

(Fortsetzung folgt.) Mumm

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 104

Nr. 5983

Der Gesandte in Peking, Freiherr Mumm von Schwarzenstein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Peking, den . . Februar 1904
(eingetroffen am 10. Februar)

Fortsetzung von Telegramm Nr. 57.

Demzufolge haben wir vereinbart, unsere entsprechenden Regierungen zu fragen, ob sie es nicht zur Vermeidung von allen Schwierigkeiten für gut erachten würden, den Kriegführenden vorzuschlagen, zu erklären, daß sie

verhindern werden, ihre Truppen in Tschili eindringen zu lassen. Dieser Schritt würde außerdem den Vorteil haben, den Kaiserlichen Hof zu beruhigen und zu verhüten, daß eine plötzliche Panik die Regierung in die Flucht schlägt, eine Möglichkeit, die die ernstesten Folgen für das ganze China herbeizuführen vermöchte."

. . . . . .

Mumm

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 109

Nr. 5988

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen

Ausfertigung

16. Februar 1904

Ich bin beauftragt, dem Kaiser des Präsidenten tiefe Würdigung der edelmütigen Initiative und der wirksamen Zusammenarbeit Seiner Majestät in Sachen der chinesischen Neutralität auszudrücken.

Charlemagne Tower

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 135/136

Nr. 6009

Der Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Marschall, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Pera, den 2. März 1904

Ganz geheim

Herr Natschewitsch hat mir soeben durch meinen Vertrauensmann den Text des Vertragsentwurfs mitgeteilt, den er mit dem Palais vereinbart hat, und der heute im Ministerrat geprüft werden soll. Der Eingang lautet:

1. Die Fürstliche Regierung von Bulgarien verpflichtet sich, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf ihrem Gebiete die Organisation und die Tätigkeit revolutionärer Komitees zu verbieten, die Bildung und den Einfall bewaffneter Banden zu verhindern, alle diejenigen zu verfolgen und zu bestrafen, die sich Umtriebe zuschulden kommen lassen werden, die dazu angetan sind, die Ordnung und die öffentliche Ruhe in den Grenzprovinzen des Reiches zu stören;

2. die Einführung jedes giftigen oder für die öffentliche Gesundheit schädlichen Sprengstoffes in die Kaiserlichen benachbarten Provinzen zu verhindern;

3. die regelmäßige Tätigkeit der Muftiliks gemäß den Vorschriften der bulgarischen Verfassung sicherzustellen, die die Freiheit des muselmanischen Glaubens ebenso wie die Rechte religiöser Autonomie der Muselmanen in Bulgarien bestätigt; die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät jedesmal zu unterrichten, wenn ein Wechsel in der Person des Muftiliks von Sofia eintritt.

4. mit der Kaiserlich Ottomanischen Regierung eine militärische Abmachung zu schließen."

Marschall

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 181/182

Nr. 6034

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Zarskoé Selo, 19. Mai / 1. Juni 1904

Mein liebster Willy!

Dein Deinen Wunsch, Graf Lambsdorff als „remplaçant" für Lüttwitz hierher zu senden, ankündigendes Telegramm befreite mich von einer schwierigen und heikeln Angelegenheit, über die ich Dir zu schreiben im Begriff war. Daher will ich diese Angelegenheit nicht erwähnen, und ich bin erfreut, daß er eine andere Berufung erhalten hat. Dein freundlicher Brief von Gaëta interessierte mich sehr, ebenso wie alle Einzelheiten Deines Kreuzens im Mittelmeer.

Ich weiß, daß Du in dieser ernsten Zeit mit uns fühlst, und es ist ein Trost, sich vorzustellen, daß unsere wirklichen Freunde mit uns denken und sympathisieren. Sicherlich ist Kuropatkin in einer sehr schwierigen Lage, aber das ist halb durch seine eigene Schuld geschehen. Immer wieder habe ich seit den letzten zwei Jahren ihm gegenüber die absolute Notwendigkeit für Rußland gepredigt, unsere Lage im Fernen Osten zu stärken. Er war hartnäckig dagegen, bis zum letzten Herbst, als es fast zu spät wurde, die Truppenanzahl dort zu erhöhen! Und jetzt, wo er die Armee befehligt, sieht er seinen Fehler ein und macht sich wegen seiner Hartnäckigkeit bitter Vorwürfe, und er wünscht (wie jeder tut), er hätte jetzt die doppelte Anzahl unter sich.

Die Japaner sind hervorragende und tapfere Soldaten in der Attacke; es ist wahr, daß sie die unsrigen in beiden Schlachten im Zahlenverhältnis fünf oder sechs zu eins übertrafen. Nichtsdestoweniger sind sie bemerkenswert in der Beharrlichkeit ihrer Bemühungen, daher werden die Tage, während deren sie Port Arthur belagern — die aufreibendsten und härtesten des ganzen Krieges für uns sein. Wenn sie sich eine große Aufgabe gesetzt haben, würden sie in ihren Vorstößen, sie zu erreichen, vor enormen Opfern an Menschenleben nicht haltmachen, — und darin liegt das Geheimnis des Erfolges.

Ich hoffe, daß der liebe Adalbert Peking verlassen hat, und daß er und das Schiff, auf dem er sich befindet, sicher aus dem Golfe von Petschili heraus sind —, ihn in der Nähe des Kriegsschauplatzes zu wissen, ist eine beständige Angst für mich.

Ich benutzte meinen Abstecher nach dem Süden zur Inspektion des X. und XVII. Armeekorps. Ich sah jede Infanterie-Brigade in ihren Quartieren ebensowohl wie auch die Artillerie und war äußerst zufrieden mit ihrem ausgezeichneten Aussehen, obwohl sie gerade ihre Mobilisation beendet hatten. Die Leute sahen sehr gut aus in der neuen Sorte von Khaki-Hemden, die nur jetzt für den Krieg befohlen worden waren. Ein Korps ist schon auf seinem langen Wege zur Front, in zehn Tagen wird ihm das XVII. folgen. —

In Deinem letzten Briefe erwähntest Du, daß unser Handelsvertrag zu einem gänzlichen Stillstande gekommen wäre[1]). Das ist ganz richtig. Ich

[1]) In seinem Briefe an den Zaren vom 29. März (siehe Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz, p. 339) hatte Kaiser Wilhelm diesen gebeten, zu veranlassen, daß die ins Stocken geratenen Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag energischer gefördert würden: „Beiläufig sah ich aus den Papieren, daß unser Handelsvertrag ins Stocken geraten zu sein scheint. Ich glaube, die Geheimräte und Tschinowniks sind zu einem sanften

habe die Sache von einigen der Minister nochmals genau erwägen lassen, und ich habe Witte Weisungen erteilt, den deutschen Vorschlägen so weit wie möglich entgegenzukommen. Nachdem ich selbst die Frage gründlich durchdacht habe, kann ich die Tatsache nicht leugnen, daß die größte Schwierigkeit nur in unserem gemeinsamen Abkommen über den „Mindest"-Zoll auf Korn, Weizen usw. liegt, den unsere Landwirtschaft scharf und auch heftig bekämpft. Nichtsdestoweniger fühle ich bestimmt, daß wir nach offenen Erklärungen und gegenseitigen Zugeständnissen auf beiden Seiten das Ziel bald sehen werden. Jedenfalls ist Witte bereit, mit dieser Angelegenheti schnell fortzufahren. Du hast nur Deinen Wunsch zu bekunden, wo die Verhandlungen stattfinden sollen!

Bitte entschuldige diesen endlosen Brief, der, fürchte ich, Dich sehr langweilen wird. Alix und ich senden Dir und Viktoria unsere herzlichsten Grüße.

Stets, liebster Willy,

Dein Dich sehr liebender Vetter und Freund

(gez.) Nicky

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 182/184

Nr. 6035

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Unsignierte Abschrift

Berlin, 6. VI. 1904

Liebster Nicky!

Dein freundlicher Brief, den Kupensky mir vor zwei Tagen überreichte, hat mich sehr gerührt. In diesen Tagen, die für Dich, Deine Armee und Dein Land natürlich kritisch sind, ist es doppelt freundlich von Dir, mir so viel Deiner kostbaren Zeit zu widmen, aber andererseits bin ich um so stolzer, daß es so ist, da ich aus dieser Tatsache folgern kann, daß Du auf mich als auf Deinen aufrichtigen Freund rechnest, wie Du es freundlichst ausdrücktest. So ist es, und ich kann Dich versichern, daß niemand alle Phasen des Krieges mit größerem Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt als ich. Deine Bemerkung über Kuropatkin war eine wahre Enthüllung für mich! Ich bin sehr erstaunt über seine Kurzsichtigkeit, daß er Deinen Befehlen nicht unbedingt gehorchte. Er mußte um so mehr Deinen Ratschlägen folgen, als Du selbst in Japan gewesen bist und folglich ein sehr viel maßgebenderer Beurteiler der Japaner bist als er. Deine Warnungen waren ganz richtig und sind durch die Tatsachen vollauf gerechtfertigt worden. Ich hoffe zu Gott, daß der General nicht den Enderfolg Deiner Streitkräfte dadurch aufs Spiel setzen wird, daß er sie vorschnell einer Schlappe aussetzt, bevor nicht alle seine Reserven zu ihm gestoßen sind, die, glaube ich, zum Teil noch unterwegs sind. Das alte Wort Napoleons I. gilt noch: „La victoire est avec les gros bataillons" (Der Sieg ist mit den großen Ba-

Schlummer übergegangen, nachdem sie eine große Menge Tinte vergossen haben, mehr als in der Tat gut ist. Ich würde etwas darum geben, zu sehen, was für ein Spaß es sein würde, wenn Du plötzlich mit Deiner kaiserlichen Faust auf den ‚grünen Tisch' schlagen und den Schläfrigen einen Stoß versetzen würdest. Schließlich kann man nicht immerfort warten, wenn man die vielen Monate bedenkt, die bereits unnütz vergeudet worden sind . . . Vielleicht würde es dazu beitragen, den Gang der Geschäfte zu beschleunigen, wenn Du irgendeine wichtige Persönlichkeit unmittelbar zu Bülow nach Berlin senden würdest, um das Spiel mit ihm persönlich abzutun; einen Mann von erstklassiger Kapazität und in solchen Sachen sehr bewandert; das würde sehr gut sein" . . .

taillonen); man kann zu siegen niemals zu stark sein, besonders hinsichtlich der Artillerie muß zweifellos eine absolute Überlegenheit hergestellt werden, um den Sieg zu sichern. Ich hatte eine interessante Unterhaltung über den Krieg mit dem französischen Militärattaché, der auf meine Bemerkung, daß ich es sehr erstaunlich fände, daß Frankreich als Dein Verbündeter seine Flotte nicht hinuntergeschickt hätte, um Port Arthur offenzuhalten, bis Deine Ostseeflotte eingetroffen sei, antwortete, daß das richtig wäre, daß sie aber mit anderen Mächten zu rechnen hätten! Nach einer Reihe von Anspielungen ermittelte ich, was ich immer befürchtete, daß das anglo-französische Abkommen den einen hauptsächlichen Zweck hat, Frankreich daran zu hindern, Dir zu helfen. Es versteht sich, daß, wenn Frankreich die Verpflichtung gehabt hätte, Dir mit seiner Flotte zu helfen, ich keinen Finger gerührt haben würde, es daran zu hindern, das würde am unlogischsten von seiten des Schöpfers des Bildes „Die gelbe Gefahr" gewesen sein. Ich bin sicher, England wird seine Anstrengungen erneuern, um Dir Vermittlungsvorschläge zu machen, die Du bereits so scharf zurückgewiesen hast, und die aufs äußerste anmaßend waren, wo man sah, daß der Krieg gerade erst begonnen hatte. Ich werde versuchen, Onkel Bertie abzuraten, wenn ich ihm begegne, noch mehr solcher Vorschläge zu machen. Sollte im Laufe der Ereignisse Vermittlung genehm scheinen, müßte der erste Wunsch natürlich von Dir kommen. Ich kann Dich zu der Tapferkeit und Unerschrockenheit Deiner Soldaten und Matrosen beglückwünschen, die jedes Lob verdienen und gut gefochten haben.

Ich habe über Deine Anregung wegen des Handelsvertrages nachgedacht und die Angelegenheit mit dem Kanzler besprochen. Wir haben kein besonderes Interesse oder keinen besonderen Wunsch hinsichtlich des Ortes, wo die Verhandlungen abgeschlossen werden sollen, aber da Du freundlichst anbietest, Witte nach hier zu senden, so werden wir sein Eintreffen willkommen heißen, und je eher Du ihm Deine Vollmachten gibst, hier zu verhandeln, um so besser für unsere beiden Länder. Ich habe Major Graf Lambsdorff zum Militärattaché in Petersburg auserwählt. Er hat sich als einzig und allein Deiner Person zugewiesen zu betrachten, wie es in den alten Zeiten Nikolaus I., Alexanders II. usw. der Fall war. Er ist in seinen Berichten nur mir persönlich verantwortlich, und es ist ihm ein für allemal untersagt, an irgend jemanden anders zu berichten oder mit ihm in Verbindung zu treten, weder mit dem Generalstab noch mit dem Auswärtigen Amt, noch mit dem Kanzler. Auf diese Weise willst Du ihn freundlichst mit jeder Botschaft oder Erkundigung oder mit jedem Briefe für mich beauftragen und Dich seiner in jeder Hinsicht als direktes Glied zwischen uns beiden bedienen. Solltest Du wünschen, jemandem von Deinem Gefolge, der sich Deines Vertrauens erfreut, zu mir zu senden, werde ich ihn mit Vergnügen empfangen. Denn ich halte es bei diesen sehr ernsten Vorfällen für höchst notwendig, daß Du in der Lage sein solltest, eintretendenfalls schnell mit mir in Verbindung zu treten ohne den Apparat der Botschaften, Kanzleien, des Stabes etc.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 186

Nr. 6037

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Neues Palais, 12. VI. 1904

1. Ein Herr meines Gefolges sprach vor wenigen Tagen einen auf der Durchfahrt durch Berlin befindlichen englischen Diplomaten. Als das Gespräch auf den Krieg kam, drückte mein Adjutant sein Erstaunen aus, daß die Franzosen Rußland nicht unterstützten, obgleich sie seine Alliierten seien. Der

Engländer antwortete: „O, nein, wir könnten das nicht zugeben; wir haben sie daran gehindert; denn das würde uns veranlassen, den Japanern zu helfen, was wir nicht zu tun wünschen."

2. Die britische Mittelmeerflotte beabsichtigt, diesen Sommer gleichzeitig in italienischen und französischen Häfen offizielle Besuche abzustatten. Die „Krim-Kombination" für die allgemeine Lösung von Fragen im Mittelmeer und in Ländern, deren Küsten von diesem Meere bespült werden, tritt in Wirksamkeit. Hoffe, Lambsdorff wird Dir gefallen. Beste Grüße an Alix.

(gez.) Willy
A(dmiral) des A(tlantiks)

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 189.

Nr. 6039

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Kiel, 28. VI. 1904

Onkel Berties Besuch verläuft gut. Er ist sehr lebhaft und tätig und sehr freundlich. Sein Wunsch nach Frieden ist ganz ausgesprochen und ist der Beweggrund für seine Neigung, seine Dienste anzubieten, wo immer er Verwicklungen in der Welt sieht. Das Wetter ist einfach abscheulich. Beste Grüße an Alix. Nehme aufrichtig teil an Deinen neuen Verlusten an Schiffen und Mannschaften.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 223/224.

Nr. 6056

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Peterhof, 15./28. Sept. 1904

Liebster Willy!

Ich reise heute nach Odessa ab, um das VIII. Armeekorps zu inspizieren und ihm Lebewohl zu sagen. Ich benutze die Gelegenheit, um Dir durch Schebeko zu schreiben, der in wenigen Tagen nach Berlin zurückkehrt, um Dir nochmals dafür zu danken, daß Du Heinrich als Deinen Vertreter zur Taufe unseres Sohnes gesandt hast, und ebenfalls für den hübschen goldenen Becher für Dein Patenkind.

Wahrscheinlich hast Du von General Grippenbergs Berufung an die Spitze der 2. Mandschurischen Armee gehört, die soeben aus dem VII., IV. und XVI. Armeekorps, sechs Schützen-Brigaden, einer Kavallerie- und einer Kosaken-Division (die letztere aus dem Kaukasus) zusammengesetzt wird.

Große Arbeit ist an Roschestwenskys Geschwader geleistet worden, das jetzt in Reval ist, außer „Orel" und „Oleg". Diese beiden Schiffe sind die Ursache der Verzögerung der Ausfahrt der Flotte, da ich sie nicht getrennt ausfahren lassen konnte, sondern Gewicht darauf legte, daß sie alle zusammen ausliefen.

Natürlich ist dieses Geschwader nicht ganz gleichartig; die Hauptsache ist, soviele g u t e Gefechtseinheiten, neu oder alt, als wir zusammenbringen können, auszusenden.

Die größte Schwierigkeit auf See wird das Kohlen sein. Außer unseren eigenen Kohlenschiffen, die dem Geschwader folgen werden, sollen große Vorräte an Heizmaterial mit unseren Schiffen auf ihrem langen Wege zusammentreffen.

Die Hamburg-Amerika-Linie-Gesellschaft nimmt auch an dieser Versorgung teil: Daher hoffe ich, liebster Willy, daß Du freundlichst dafür sorgen wirst, daß der Gesellschaft keine Schwierigkeiten bereitet werden, wenn sie ihre Verträge über diesen Gegenstand ausführt. Du verstehst, von welcher vitalen Wichtigkeit für uns der Endsieg unserer Flotte ist, wenn sie ihren fernen Bestimmungsort erreicht.

Wir alle waren so glücklich, die Nachricht von der Verlobung Deines lieben Sohnes zu erfahren. Möge Gott ihn und seine Braut segnen.

Mit besten Grüßen von Alix

stets

Dein ergebener und Dich liebender Vetter und Freund

(gez.) Nicky.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 224/225.

Nr. 6057

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Jagdschloß Hubertusstock, 8. Oktober 1904

Der Oberst meines Wyborg-Regiments telegraphierte mir die Tatsache Deiner Anerkennung ihrer Tapferkeit durch die Absendung einer großen Anzahl von Ehrenzeichen. Als Chef wage ich es, Dir herzlich für diese Handlung zu danken und meine Freude über das tapfere Verhalten der Wyborgs auszudrücken! Ich sehe aus den Zeitungen, daß die Flotte zur Schießübung auf den wohlbekannten Schießplätzen bei Reval ist, wo wir so reizende Tage verbrachten. Ich hoffe, sie wird ihren Dienst gründlich erlernen und teleskopische Richteinrichtungen einführen, die die Japaner auf ihren Kanonen haben, die aber in der Port Arthur-Flotte fehlen. Ich vermute, daß, wenn das Eis einsetzt, die Flotte ihre Basis in Libau oder nahe der Dänischen Küste erreichen wird, in der Kjöge Bai z. B., für ihre Steuertaktik und ihr Geschwader-Exerzieren, was ein sehr praktischer Dienst im Winter ist. So daß sie, wenn der Frühling kommt, für den Marsch nach dem Osten bereit sein werden, da sie ihre Führer, ihre Schiffe und ihre Kanonen kennen und dann die russische Überlegenheit auf der See wiederherstellen. Ich bin — wie jeder in meinem Lande es ist — voll begeisterter Bewunderung für den tapferen Stoessel und seine unerschrockene Besatzung, möge Gott ihnen helfen, auszuhalten! Die Schiffe im Hafen sind natürlich die hauptsächliche Anziehung für die Japaner. Ich hoffe, sie werden die Japaner auf die Probe stellen, und wenn sie es fertig bringen, die 4 Japan überlassenen Schlachtschiffe zu überrennen, zu zertrümmern oder zu schädigen, obgleich sie selbst auch zugrunde gehen könnten, werden sie ihre Pflicht getan haben; indem sie die Stärke der japanischen Seeherrschaft erschüttern und den Weg für den siegreichen Erfolg der Baltischen Flotte bei ihrer Ankunft vorbereiten, indem sie ohne Schwierigkeit über einen beschädigten Gegner, der unfähig ist, seine Schiffe zur rechten Zeit wiederherzustellen oder neue zu bauen, siegen. Dann ist die Seeherrschaft wieder in Deinen Händen, und die japanischen Landstreitkräfte sind Deiner Gnade ausgeliefert; dann magst Du den „General-Angriff" für Deine Armee verkünden lassen und den Feind zermalmen! Halalli!

Schebeko brachte mir gerade Deinen Brief, als ich mein Telegramm beendet hatte. Vielen herzlichen Dank! Ich habe bereits jeden Befehl gegeben, daß die Hamburg-Amerika-Linie in keiner Weise zu hemmen ist, sondern freien Spielraum hat, das zu tun, was sie will. Es ist sehr verständig, das Geschwader hier zu behalten, bis die Schiffe gründlich vorbereitet sind, und bis

alle Einheiten fertig sind, zusammen auszulaufen. Es besteht kein Zweifel, daß das Erscheinen einer starken, neuen Flotte in einer großen Anzahl — wenn auch einige ältere Schiffe dabei sein mögen — gut sein und den Sieg zu Deinen Gunsten entscheiden wird; die Hauptsache ist, daß die Schiffe in Port Arthur sich den Japanern nähern und versuchen, soviele Schiffe, wie sie können, zu vernichten, zu rammen oder zu schädigen, und so den Boden für die Baltische Flotte vorbereiten; die bei ihrer Ankunft nur den Rest der feindlichen Schiffe zu vernichten haben wird. Ferner denke ich, würde es für Dich nützlich sein, mit dem Befehl zum Bau einer Reihe von Schlachtschiffen durch private Firmen zu beginnen, wie es die Japaner in England gemacht haben. So daß, wenn in einem oder zwei Jahren die Friedensverhandlungen beginnen, Du über einen neuen Ersatz verfügen kannst, um Deinen Willen aufzuzwingen und Dich unabhängig von fremder Vermittlung zu machen. Beste Grüße an Alix.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 231

Nr. 6062

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Molde, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Molde, 17. VII. 1904

Ein russischer Dampfer, der sich selbst als Kreuzer „Smolensk" bezeichnet, hat den deutschen Lloyd-Dampfer „Prinz Heinrich" angehalten und die ganzen, die Korrespondenz für Japan enthaltenden Postbeutel weggenommen. Diese Handlung, eine Verletzung des internationalen Rechts, wird große Bestürzung und Abneigung in Deutschland verursachen, in Anbetracht des von unserem Lande Rußland bezeigten freundschaftlichen Empfindens, und wird bei Wiederholung, fürchte ich, dazu beitragen, die von Deutschland für Dein Land noch gehegte Sympathie beträchtlich zu vermindern [1]).

Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 232

Nr. 6064

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Drontheim, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Drontheim, 23. VII. 1904

Ich habe gerade von Hamburg-Linie erfahren, daß russischer Kreuzer unter russischen Offizieren und russischer Mannschaft ihren Dampfer „Scandia" mit unbekannter Bestimmung fortgenommen hat. Diese Handlung ist eine offene Verletzung des internationalen Seerechts und ist fast gleichbedeutend mit Seeräuberei. Ich finde es hohe Zeit, daß die Kapitäne der sogenannten Kreuzer Weisungen erhalten sollten, die sie warnen, sich vom Begehen solcher

[1]) Am 20. telegraphierte der Zar zurück: „Ich bedauere diese Überschreitung und diesen Übereifer der ‚Smolensk'. Maßnahmen werden getroffen werden, um das Vorkommen ähnlicher Fälle zu verhindern. Würde zu traurig sein, wenn ein Zwischenfall die ausgezeichneten, zwischen unseren Ländern bestehenden Beziehungen zerstören sollte."

Handlungen wie der obengenannten zurückzuhalten, da sie geeignet sind, internationale Verwicklungen zuwege zu bringen [1]).

(gez.) Wilhelm

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 271

Nr. 6092

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Zarskoe Selo Palais, 14. II. 1905

Admiral Roschestwensky drahtete gestern zum dritten Male, daß die Kohlenschiffe der Hamburg-Amerika-Linie von ihrer Gesellschaft noch keine Befehle erhalten hätten, weiter als Madagaskar unter deutscher Flagge zu folgen. Das Abkommen betreffend Geldbürgschaften gegen Kriegsgefahr ist mit der Gesellschaft durch die Mendelssohn-Bank abgeschlossen worden, aber die Hamburg-Amerika-Gesellschaft fürchtet sich, Befehle zu geben, bevor sie Weisungen vom Kanzler erhalten hat. Gib bitte freundlichst die notwendige Erlaubnis, ohne die die Weiterfahrt des Geschwaders vollkommen unmöglich wird.

(gez.) Nicky

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 272

Nr. 6094

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

15. II. 1905

Ich sagte Dir im Anfang dieser Kohlensache, daß ich nichts tun würde, um sie zu hindern. Ich kann keine diesbezüglichen Weisungen irgendwelcher Art erteilen, weil es ein privates Unternehmen ist. Die Hamburg-Amerika-Linie kennt die ganze Lage und muß auf ihre eigene Verantwortung handeln.

Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich jetzt befohlen, Ballin nochmals telegraphisch wissen zu lassen, daß er, was mich persönlich und meine Regierung betrifft, freie Hand hat zu handeln, wie er es für geeignet hält, natürlich auf seine eigene Gefahr.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 273/274

Nr. 6096

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Abschrift nach dem in den Akten des Hausarchivs befindlichen Konzept

15. II. 1905

Auf eingehende Erkundigung in der Kohlensache erfuhr ich, daß zwei Agenten der Hamburg-Amerika-Linie jetzt in Petersburg sind, um über den Verkauf der Kohlenschiffe zu verhandeln, aber daß Deine Leute zu kaufen sich weigern, mit der Behauptung, daß sie keine überzähligen Mannschaften zur Bemannung der Kohlenschiffe hätten. Das kann nicht wahr sein, und ich vermute, daß der Wunsch nach Frieden um jeden Preis hauptsächlich in den

[1]) . . . Am 31. Juli telegraphierte darauf Kaiser Nikolaus zurück: „Befehle sind den Kapitänen bereits gegeben worden, sich vom Anhalten von Schiffen zurückzuhalten, aber es ist nicht leicht, ihnen Weisungen zu übermitteln, während sie draußen kreuzen. Dampfer ‚Scandia' wird sofort bei seiner Ankunft im ersten Hafen freigelassen werden."

Gemütern der Parteien besteht, die Unmögliches vertreten. Denn sicherlich können einige hundert Matrosen, mit Offizieren und Maschinisten zusammengestellt, von dem Schwarzen Meer-Geschwader genommen — das irgendwie zur dauernden Untätigkeit gelangt ist — und unmittelbar mit Dampfer durch den Suezkanal nach Madagaskar geschickt werden. Sie können an Bord der Kohlenschiffe eingestellt werden, lange bevor das dritte Geschwader in Madagaskar eintrifft, auf das Roschestwensky auf jeden Fall zu warten haben wird, wenn er Niederlage verhindern will, da das zweite Geschwader den japanischen Seestreitkräften unterlegen ist.

Es ist günstig für Dich, daß die Franzosen zu jeder Zeit, sogar gegen ihre eigenen Interessen im Deutschen Kriege, den Punkt des Seerechts verteidigt haben, daß feindliche Schiffe für irgendeine Zeitdauer und ohne Entwaffnung in einem neutralen Hafen bleiben können. Folglich ist die französische Regierung durchaus berechtigt, das zweite Geschwader bis zur Ankunft des dritten in Madagaskar verbleiben zu lassen. Die russische Besatzung für die Kohlenschiffe würde daher reichlich Zeit haben, Nossi bé zu erreichen und sich an Bord einzurichten. Die neue Mannschaft der Kohlenschiffe wird Roschestwensky berechtigten Anlaß zum Aufenthalt in Nossi bé geben, bis er durch das dritte Geschwader verstärkt ist. Wenn irgend jemand Dir raten sollte, Roschestwensky die Japaner vor der Ankunft der Verstärkungen angreifen zu lassen, magst Du jene Partei fragen, ob sie bereit ist, die Verantwortung für das Ergebnis auf sich zu nehmen.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 303/304

Nr. 6118

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Zarskoe Selo

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

27. X. 1904

Vor einiger Zeit hat die englische Presse Deutschland gedroht, auf keinen Fall zu gestatten, daß Deiner jetzt auf ihrer Fahrt befindlichen Ostseeflotte Kohlen gesandt werden. Es ist nicht unmöglich, daß die japanische und die britische Regierung einen gemeinsamen Protest gegen unsere Kohlenversorgung Deiner Schiffe zusammen mit einer „sommation" (Aufforderung), weitere Arbeiten einzustellen, einbringen werden. Das durch solch eine Kriegsandrohung bezweckte Ergebnis würde die vollkommene Unbewegbarkeit und Unfähigkeit Deiner Flotte sein, wegen Mangels an Heizmaterial seinen Bestimmungsort zu erreichen. Auf diese neue Gefahr würden sich Rußland und Deutschland zusammen gefaßt zu machen haben, die beide Deinen Alliierten Frankreich an die Verpflichtungen, die es im Vertrage des Zweibundes mit Dir übernommen hat, den casus foederis, zu erinnern haben würden. Es steht außer Frage, daß Frankreich auf solch eine Aufforderung hin versuchen würde, sich um seine unbedingte Pflicht gegen seinen Alliierten zu drücken. Obwohl Delcassé ein „enragé" (wütender) Anglophile ist, wird er doch klug genug sein zu verstehen, daß die britische Flotte durchaus nicht imstande ist, Paris zu retten! Hierdurch würde eine mächtige Kombination von dreien der stärksten Kontinentalmächte zum Angriff gebildet werden, worüber die anglo-japanische Gruppe vor dem Handeln zweimal nachdenken würde. Die Beschwerden Englands gegen unsere Kohlenversorgung von russischen Schiffen sind um so mehr unbegründet, da England seit dem Beginn des Krieges — nachdem es Japan ein Geschenk von zwei Panzerschiffen „Nikin" und „Kasuga" unter britischen Offizieren und Mannschaften gemacht hat — die japanische Flotte beständig

mit ihren Kohlen versorgt und ihr nicht weniger als 30 Dampfer verkauft hat. Die bei Togo gefochtenen Seeschlachten sind mit Cardiff-Kohlen gefochten. Es würde für uns natürlich sehr viel angenehmer sein, wenn die Briten klug wären und, sich alles dessen erinnernd, uns allein und in Frieden ließen. Aber niemals werde ich für einen Augenblick vor einer ungerechten Drohung zurückweichen. Ich bin traurig über das Unglück in der Nordsee. Wenn die Flotte sich vor nächtlichen Angriffen fürchtet, denke ich, würde die Anwendung der Scheinwerfer allein genügen, die Schiffe vor Überraschungen zu bewahren, wenn alle Lichter auf den Sektoren außerhalb der Flotte abgeblendet werden. Aber der Gebrauch von Kanonen — besonders in europäischen Gewässern — sollte soviel wie möglich beschränkt werden. Meine Nachrichten von London sagen, daß die Presse und der Mob Lärm, die Admiralität etwas viel Wesens machen, aber daß Regierung, Hof und Gesellschaft auf die Begebenheit als einen unglücklichen Zwischenfall, der durch große Nervosität hervorgerufen ist, mit der größten Ruhe blicken. Ich habe zuverlässige Nachrichten aus Italien, daß der „Terni Schiffsbauverband" („Terni, Odero, Orlando") 3 schnelle seetüchtige Panzerschiffe von je 12 000 Tons für eine fremde, ungenannte Macht baut — wahrscheinlich für Japan. Das erinnert mich an meine frühere Anregung, daß Du nicht vergessen solltest, neue Linienschiffe ebenfalls in Auftrag zu geben, so daß einige von ihnen fertig sind, wenn der Krieg vorüber ist. Sie werden ausgezeichnete „Überredungsmittel" während der Friedensverhandlungen sein; unsere Privatfirmen würden sehr glücklich sein, Aufträge zu erhalten. Ich habe Lambsdorff Deinem Gefolge und Deiner Person zur Verfügung gestellt, wie Du es freundlichst mit Schebeko für mich getan hast. Ich bin sehr gerührt über Deine freundliche Anerkennung meines Verhaltens gegen Dich und Rußland, und versichere, daß Du Dich stets auf meine vollkommene und aufrichtige Loyalität verlassen kannst. Beste Grüße für Alix.

Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 305

Nr. 6119

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

(Zarskoe Selo), 29. Oktober 1904

Dein Telegramm kam in einem sehr ernsten Augenblick. Selbstverständlich kennst Du die ersten Einzelheiten des Nordsee-Zwischenfalles durch das Telegramm unseres Admirals. Natürlich verändert es den Charakter des Zwischenfalles vollkommen. Ich habe keine Worte, um meine Entrüstung über Englands Verhalten auszudrücken. Es scheint, daß die Kontinentalmächte in ähnlichen Fällen der Gefahr entgegenzutreten haben, daß ihre öffentliche Meinung eine vernünftigere Haltung ihrer Regierung niederdrückt. Die letztere hat zu folgen. Die Minister des Landes unternehmen gewagte Schritte und versenden anmaßende Noten mit ganz unannehmbaren Bedingungen. Das ist die Folge des Handelns ohne Überlegung! Heute befahl ich Lamsdorff, meinem Londoner Botschafter einen Vorschlag zukommen zu lassen, die ganze Angelegenheit einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten, wie es in dem Protokoll der Haager Konferenz niedergelegt ist. Ich stimme vollkommen mit Deinen Beschwerden über Englands Verhalten hinsichtlich der Kohlenversorgung unserer Schiffe durch deutsche Dampfer überein, da es doch die Vorschriften der Neutralitätsbeobachtung auf seine eigene Art versteht. Es ist sicherlich hohe Zeit, diesem Einhalt zu gebieten. Der einzige Weg würde, wie Du sagst, sein, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich sofort über eine Abmachung einig würden, um anglo-japanische An-

maßung und Unverschämtheit zunichte zu machen. Möchtest Du die Richtlinien eines solchen Vertrages niederlegen und entwerfen und sie mich wissen lassen? Sobald sie von uns angenommen sind, ist Frankreich verpflichtet, sich seinem Alliierten anzuschließen. Diese Kombination ist mir oft in den Sinn gekommen. Sie würde Frieden und Ruhe für die Welt bedeuten. Beste Grüße von Alix.

(gez.) Nicky

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 306/307.

Nr. 6120

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 30. Oktober 1904

Anlage I

Entwurf zu einem Briefe Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland
Reinkonzept

Mein lieber Nicky!

Dein freundliches Telegramm hat mir die Freude gemacht zu empfinden, daß ich Dir in einem ernsten Augenblick etwas von Nutzen sein konnte. Ich bin sofort mit dem Kanzler in Verbindung getreten, und wir beide haben die drei Artikel des von Dir gewünschten Vertrages entworfen. Sei es, wie Du sagst. Laß uns zusammenstehen. Natürlich muß das Bündnis rein defensiv und ausschließlich gegen den europäischen Angreifer oder die Angreifer gerichtet sein, in Form einer gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft gegen Brandstiftung. Es ist sehr wesentlich, daß Amerika sich nicht durch unser Abkommen bedroht fühlen würde. Roosevelt hat, wie ich weiß, infolge der angeborenen amerikanischen Abneigung gegen alle farbigen Rassen, keine besondere Vorliebe für Japan, obwohl die Engländer ihr äußerstes tun, um die amerikanische Meinung zugunsten der Japaner zu bearbeiten. Nebenbei haben die Amerikaner eine klare Vorstellung von der unbestreitbaren Tatsache, daß ein mächtiges japanisches Reich eine dauernde Gefahr für die amerikanischen Philippinen ist.

Was Frankreich anbetrifft, wissen wir beide, daß die radikale oder antichristliche Partei, die für den Augenblick die stärkere zu sein scheint, zu England neigt, Überlieferung aus dem Krim-Krieg, aber sich dem Krieg widersetzt, da ein siegreicher General sicheren Untergang dieser Republik miserabler Zivilisten bedeuten würde. Die nationalistische oder klerikale Partei liebt England nicht und hat für Rußland Sympathie, aber denkt nicht im Traume daran, in einem gegenwärtigen Kriege gemeinsame Sache mit Rußland zu machen. Zwischen den beiden Parteien wird Frankreich neutral bleiben und nichts tun. Die Engländer rechnen mit dieser Neutralität und mit der sich daraus ergebenden Isolierung Rußlands. Ich weiß ganz bestimmt, daß sogar schon letzten Dezember der französische Finanzminister Rouvier dem Finanzminister einer anderen Macht sagte, Frankreich würde sich einem russisch-japanischen Kriege auf keinen Fall anschließen, selbst wenn England für Japan Partei ergreife. Um sich doppelt zu sichern, haben die Engländer Marokko Frankreich überlassen. Die Gewißheit, daß Frankreich beabsichtigt, neutral zu bleiben und England sogar seine diplomatische Unterstützung zu leihen ist der Grund, der der englischen Politik ihre gegenwärtige ungewöhnlich brutale Sicherheit gibt.

Dieser unerhörte Zustand der Dinge wird sich ändern, sobald Frankreich sich der Notwendigkeit gegenübersieht, Farbe zu bekennen. Wie ich sagte, verabscheut die radikale Partei, die nach England gravitiert, Krieg und Mili-

tarismus, während die nationalistische Partei, wenngleich sie sich dem Krieg an sich nicht entgegenstellt, den Kampf für England und gegen Rußland haßt. Daher wird es im Interesse beider Parteien sein, den Eindruck hervorzurufen, auf England zu drücken und es zu warnen, Frieden zu halten. Das hauptsächliche Ergebnis wird sein, wenn Du und ich Schulter an Schulter stehen, daß Frankreich sich uns formell und offen anschließen muß und damit seine Vertragspflichten gegen Rußland erfüllt. Das, denke ich, wird dem Vorbringen von Beschwerden über sogenannte Neutralitätsverletzungen ein Ende machen. — Dieses einmal erreichte Ziel wird, hoffe ich, den Frieden aufrechterhalten, und Dir wird ungestörte und freie Hand gelassen werden, mit Japan zu verhandeln.

Laß mich schließlich hinzufügen, daß ich Deinen meisterhaften politischen Instinkt bewundere, der Dich veranlaßte, den Nordsee-Zwischenfall [1]) Deinem Haager Tribunal zu übergeben. Denn dieser systematisch entstellte Zwischenfall ist von den französischen Radikalen, Clemenceau und dem übrigen Krethi und Plethi, als ein weiteres Argument gegen Frankreichs Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen gegenüber Rußland benutzt worden.

Ich füge den Entwurf eines Abkommens, das Du wünschtest, bei [2]).

Anlage II

Ihre Majestäten der Kaiser von Deutschland und der Kaiser aller Reußen haben, um den russo-japanischen Krieg soweit wie möglich zu lokalisieren, die folgenden Artikel eines defensiven Bündnisvertrages festgesetzt.

Art. I

In dem Falle, wo eines von den beiden Reichen von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird ihm sein Verbündeter mit allen seinen Land- und Seestreitkräften helfen. Die beiden Verbündeten werden gegebenenfalls ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich an die Verpflichtungen zu erinnern, die es nach den Bestimmungen des franko-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Art. II

Die beiden Hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, mit keinem ihrer gemeinschaftlichen Gegner einen Separatfrieden abzuschließen.

Art. III

Die Verpflichtung, einander beizustehen, ist ebenfalls für den Fall gültig, wo von einer der beiden Hohen vertragschließenden Parteien während des Krieges ausgeführte Handlungen, wie die Lieferung von Kohlen an einen Kriegführenden, als angebliche Verletzungen des Rechtes der Neutralen nach dem Kriege zu Reklamationen einer dritten Macht Anlaß bieten würden.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 308

Nr. 6121

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Neues Palais, 30. X. 1904

Besten Dank für Telegramm. Habe heute abend Brief mit einliegendem, von Dir erwünschtem Vertragsentwurf durch Kaiserlichen Feldjäger abgesandt.

[1]) Der Entwurf erhielt die Zustimmung Kaiser Wilhelms II.; nur fügte dieser am Schluß noch den Passus hinzu: „Möge er Deine Genehmigung finden; niemand weiß irgendetwas darüber, sogar mein Auswärtiges Amt nicht, die Arbeit wurde von Bülow und mir allein persönlich gemacht. ‚Möge Gottes Segen ruhen auf dem Vorhaben der hohen Herrscher und die mächtige 3fache Gruppe Rußland, Deutschland, Frankreich für immer Europa den Frieden bewahren helfen, das walte Gott.‘ Dieses waren seine Worte, als wir fertig waren. Ich sandte nach Suwalki, um . . .“ . . .

[2]) Siehe Anlage II.

Hörte aus privater Quelle, daß Huller Fischer bereits bestätigt haben, daß sie unter ihren Booten fremde Dampffahrzeuge, die nicht zu ihrer Fischerflotte gehörten, und die sie nicht kannten, gesehen hätten! So ist da falsches Spiel gemacht worden! Ich denke, die britische Botschaft in Petersburg muß von diesen Nachrichten Kenntnis erhalten, die bis jetzt von der britischen Öffentlichkeit aus Furcht vor „Blamage" geheimgehalten werden. Beste Grüße an Alix.

Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 310/311

Nr. 6124

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiges Handschreiben

Zarskoe Selo, $\frac{25. \text{ Okt.}}{7. \text{ Nov.}}$ 1904

Mein lieber Willy!

Graf Lambsdorff ist der Überbringer dieses Briefes aus Suwalki. Ich danke Dir vorerst, daß Du die Generale v. der Goltz und v. Moltke zu meiner Begrüßung nahe der Grenze entsendest. Ich habe den „Vertragsentwurf" sehr sorgfältig geprüft und habe ihn nur meinem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gezeigt. Er und ich setzen diesen „Entwurf" als Antwort auf den Deinigen auf, und er ist von ihm selbst geschrieben [1]). Ich unterstrich mit roter Tinte absichtlich die Zeilen, die verändert oder von uns eingeschoben sind, damit er klarer sein sollte, wenn Du ihn liest. Es schien mir, daß der letzte Artikel geheimgehalten werden müßte.

Wenn Du es nötig findest, bitte mache die Veränderungen, die Du für am besten hältst; ich b e s t e h e nur auf der Beibehaltung des Wortlautes von Art. I unseres Entwurfes, der sehr wesentlich ist.

An dem Tage, wo wir dieses Abkommen unterzeichnen, wird ein großer Erfolg erreicht sein! Die drei Länder können sich ruhig und zuversichtlich darauf verlassen, daß niemand sonst sie hiernach zu bedrohen wagen wird. —

Die vier von Roschestwensky nach hier entsandten Offiziere unseres Geschwaders sind gekommen. Ich sah den ältesten — Capt. Clado, einen sehr befähigten Offizier; er war jene Nacht auf der Brücke des Flaggschiffes „Suworow" und sah ganz genau, wie alle um ihn herum, zwei lange Torpedoboote schnell auf sie zukommen.

Wenn wir nur herausbekommen könnten, woher sie kamen, und wohin sie gegangen sind? Eine plausible Vermutung über ihren möglichen Zufluchtsort — das ist ein einsames norwegisches Fjord! In jedem Falle glaubt mein Land bestimmt, daß da ein falsches Spiel gespielt worden ist, und daß die Wahrheit eher oder später ans Licht kommen muß.

Alix sendet Dir ihre herzlichsten Grüße.

Vertraue auf mich, liebster Willy, stets als auf Deinen ergebenen

Vetter und Freund

Nicky

Anlage

Entwurf [2])

Ihre Majestäten der Kaiser von Deutschland und der Kaiser aller Reußen haben, um den russo-japanischen Krieg soweit wie möglich zu lokalisieren, die folgenden Artikel eines defensiven Bündnisvertrages festgesetzt.

[1]) Siehe die Anlage.

[2]) Die vom Zaren als neu eingefügt, mit roter Tinte bezeichneten Stellen des Entwurfs sind durch Sperrdruck kenntlich gemacht.

Artikel I

In dem Falle, wo eines von den beiden Reichen von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird ihm sein Verbündeter mit allen Land- und Seestreitkräften helfen. — Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte unternehmen, um Frankreich in dieses Abkommen einzuweihen und es zu verpflichten, sich ihm als Verbündeter anzuschließen.

Artikel II

Die Hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, mit keinem ihrer gemeinsamen Gegner einen Separatfrieden abzuschließen.

Artikel III (geheim?)

Die Hohen vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, gemeinsame Sache zu machen in dem Falle, wo von einer von ihnen während des Krieges ausgeführte Handlungen, wie die Lieferung von Kohlen an einen Kriegführenden, später, als angebliche Verletzungen des Rechtes der Neutralen, zu Reklamationen einer dritten Macht Anlaß bieten würden. — Ihre entente cordiale würde ebenfalls angesichts der Schwierigkeiten in Kraft bleiben, die zur Zeit der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan entstehen könnten.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 317

Nr. 6126

Anlage

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift von der Hand Kaiser Wilhelms II.

Zarskoé Selo, 23. XI. 1904

Vor der Unterzeichnung des letzten Vertragsentwurfes halte ich es für ratsam, ihn die Franzosen sehen zu lassen. Solange er nicht unterzeichnet ist, kann man kleine Änderungen im Text machen; wohingegen, wenn er von uns beiden bereits genehmigt ist, es scheinen wird, als wenn wir versuchten, den Vertrag Frankreich aufzuzwingen. In diesem Falle kann sich ein Mißerfolg leicht ereignen, was, denke ich, auch nicht Dein Wunsch ist. Daher bitte ich um Dein Einverständnis, die Regierung Frankreichs mit diesem Entwurf bekanntzumachen, und nach Empfang ihrer Antwort werde ich sie Dich sofort telegraphisch wissen lassen.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 322

Nr. 6130

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wernigerode, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Abschrift

Wernigerode, den 7. Dezember 1904

Die britische Regierung, wie Du aus der englischen Presse ersehen haben wirst, scheint den Augenblick für eine Aktion gegen die Versorgung Deiner Ostsee-Flotte mit Kohlen geeignet zu halten.

Unter Berufung auf ihre Pflicht, strengste Neutralität zu bewahren, hat sie den deutschen, der Hamburg-Amerika-Linie gehörenden Schiffen verboten, britische Häfen zu verlassen.

Folglich sind meine Befürchtungen, daß sich dies ereignen würde — wie ich Dir früher schrieb —, wahr geworden, und es liegt jetzt mir ob, Schritte zu ergreifen, um die Haltung festzustellen, die Deutschland vis-à-vis dieser Aktion einzunehmen hat. Es ist nicht meine Absicht, Dich wegen Deiner Antwort auf meine letzten Bemerkungen über unseren Entwurf hinsichtlich unseres Defensivvertrages zu drängen. Aber Du wirst, sicherlich, Dir der Tatsache vollauf bewußt sein, daß ich jetzt absolut positive Garantien von Dir haben muß, ob Du beabsichtigst, mich ununterstützt zu lassen oder nicht im Falle eines Krieges, den England und Japan mir erklären würden wegen der Kohlenversorgung der russischen Flotte durch Deutschland.

Solltest Du nicht imstande sein, mir absolute Gewähr zu leisten, daß Du in einem solchen Kriege loyal mit mir Schulter an Schulter kämpfen wirst, dann bedauere ich, gezwungen zu sein, den deutschen Dampfern sofort zu verbieten, die Kohlenversorgung Deiner Flotte fortzusetzen.

Alvensleben hat Befehle, die Kohlenfrage sofort mit Lamsdorff klarzustellen.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 322/324

Nr. 6131

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Zarskoe Selo, $\frac{24.\ \text{Nov.}}{7.\ \text{Dez.}}$ 1904

Liebster Willy.

Zuallererst bitte ich um Verzeihung, daß ich Dir nicht sofort antwortete, aber ich hatte diese Woche wirklich soviel zu tun, daß ich keinen freien Augenblick finden konnte, um mich hinzusetzen und Dir zu schreiben. Seit ich Dein Telegramm mit Deiner Ansicht über die möglichen Folgen der Verständigung Frankreichs über unseren Vertrag, bevor er unterzeichnet ist, bekommen habe, habe ich die Frage oft hin und her überlegt. Nach langen Beratungen mit Lamsdorff bin ich zu dem Schluß gekommen, folgenden Gedanken Deiner freundlichen Genehmigung zu unterbreiten.

Da wir es unmöglich finden, unseren Verbündeten von einem Schritte, den wir zu unternehmen beabsichtigen, vorher nicht zu benachrichtigen, und wenn er gleichzeitig ihm zustimmt, schlagen wir vor, Frankreich, ich meine den Präsidenten und Delcassé, mit den Gründen und den Leitgedanken der zukünftigen Abmachung zwischen den drei Ländern bekanntzumachen. Ich sende Dir diese Notiz als ein Beispiel der Mitteilung, die Nelidow zu machen angewiesen werden würde, wenn Du solch einem Plane zustimmtest. Wie Du sehen kannst, wollen wir Frankreich nicht alle Einzelheiten und den Wortlaut unseres „Entwurfes" wissen lassen, sondern nur die Hauptlinien unseres beabsichtigten Abkommens.

Vor einigen Tagen sah ich M. Bompard, den hiesigen französischen Botschafter, der gerade von Paris zurück kam. Er erzählte mir, daß seine Regierung in diesen letzten Wochen wegen verschiedener Gerüchte ziemlich nervös gewesen wäre: daß man in Rußland mit Frankreichs Verhalten während unseres Krieges mit Japan unzufrieden wäre, daß es sich vor England fürchtete und daher die Regeln der Neutralität auch streng befolgte, daß ich der Regierung nicht mehr sicher wäre und an die Beständigkeit des Zweibundes nicht glaubte usw. usw. Alles das machte auf mich einen guten Eindruck, weil es mir bewies, wie eifrig die Franzosen bestrebt sind, „d'être en bonne

grâce aux yeux de leurs alliées" (in den Augen ihrer Verbündeten in gutem Ansehen zu stehen), was augenblicklich für die ganze Welt außerordentlich wichtig und notwendig ist.

Ich muß hinzufügen, daß Frankreich bis jetzt niemals vor uns die Bedeutung seines Flirts über den Kanal und der „entente cordiale", die sich daraus ergab, verborgen hat. Ich habe Dir, lieber Willy, alles dies in voller Offenheit geschrieben, damit Du meinen Standpunkt beurteilen kannst. Ich bitte Dich nochmals, mir zu antworten, ob Du es für möglich erachtest, Frankreich von der bevorstehenden Abmachung Kenntnis zu geben, so wie es in der Notiz aufgesetzt ist? Im Falle einer verneinenden Antwort — muß der zweite Satz von Artikel I des Vertragsentwurfs fortgelassen werden, denke ich. —

Onkel Wladimir kam aus Berlin sehr befriedigt von seiner Kur zurück. Er sagte mir, er hätte gehört, daß Schebekos gesellschaftliche Stellung derjenigen nicht ganz angemessen sei, die er innehatte, als er Deiner Person attachiert war. Wenn das der Fall ist, und wenn Du ihn ersetzt zu haben wünschtest, bitte laß es mich wissen, und ich werde untersuchen und eine andere Persönlichkeit finden. Dieser Brief ist zu lang geworden, und ich fürchte, ich habe Deine freie Zeit mißbraucht, wofür ich um Entschuldigung bitte. Alix sendet Dir ihre herzlichsten Grüße.

Ich verbleibe, mein liebster Willy,

Dein Dich stets liebender und ergebener Vetter und Freund

Nicky

Anlage

Notiz

über die sehr vertraulichen Mitteilungen, die der französischen Regierung gemacht werden könnten.

Die übelwollende und sogar anmaßende Haltung, die die britische Regierung, von einer irregeleiteten Presse und öffentlichen Meinung beherrscht, gegenüber anderen Mächten immer häufiger annehmen zu können glaubt, hat *Uns*, Kaiser *Wilhelm* und *Mir*, die Befürchtung eingegeben, daß der Frieden Europas plötzlich getrübt werden könnte infolge irgendeines Zwischenfalles hinsichtlich Fragen über Konterbande, Recht der Neutralen oder anderes, den die englische Vermessenheit verhängnisvoll in einen Konflikt ausarten lassen würde. Um diese Gefahr zu beschwören, würden *Wir* den Abschluß einer ausschließlich defensiven Abmachung für nützlich erachten, die den beiden benachbarten Reichen wechselseitig die tatkräftige Unterstützung — (die Mitwirkung der Land- und Seestreitkräfte) — des einen sichern würde, wenn das andere von einer dritten europäischen Macht angegriffen werden sollte. — Ein Abkommen dieser Art, deren Einzelheiten noch zu bestimmen sein würden, würde tatsächlich als nützliche, wenn nicht einzige, Bremse dienen zu können scheinen, für eine Macht, die sich gegen jede Gefahr geschützt glaubt, selbst wenn sie die Rechte anderer verkennt und sich in keiner Hinsicht ihnen gegenüber verpflichtet betrachtet. — *Wir* haben indessen diesen Plan nicht verwirklichen wollen, ohne Frankreich vorher in diese Kombination einzuweihen und es aufgefordert zu haben, sich ihr anzuschließen.

Dieses Abkommen zu Dreien, dessen unermeßlicher Wert besonders durch die gegenwärtigen Umstände erhöht werden würde, würde eine politische Lage schaffen, die für Frankreich wahrscheinlich nicht ungünstig sein würde; es würde zu gleicher Zeit der Befestigung des Friedens dienen, den Rußland und sein Verbündeter in ihrem eigenen Interesse sowohl als in demjenigen der ganzen Menschheit in Europa aufrechtzuerhalten trachten.

Die Verpflichtung zur absoluten Geheimhaltung ist selbstverständlich.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 325

Nr. 6132

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Eigenhändiges Konzept, ohne Datum und Unterschrift

(Etwa 10. 12. 1904)

Dein Brief vom 7., wofür besten Dank, hat sich gerade mit dem meinigen vom gleichen Datum gekreuzt. Wir müssen jetzt jedenfalls vor allem zu einem dauernden Abkommen über die Kohlenfrage gelangen. Diese Frage wird täglich mehr und mehr dringend. Heute habe ich wieder wichtige Nachrichten von Pt. Said und Kapstadt erhalten; es ist jetzt keine Zeit mehr zu verlieren. Keine dritte Macht darf auch nur einen Laut über unsere Absichten erfahren, bevor wir die Konvention über die Kohlensache abgeschlossen haben; die Folgen würden sonst sehr gefährlich sein; ich verlasse mich natürlich vollkommen auf Deine Loyalität.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 325

Nr. 6133

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift, ohne Datum

(Eingegangen 11. Dezember 1904)

Herzlichen Dank für Deinen Brief. Vollkommen einverstanden, daß unsere beiden Regierungen jetzt zu einer dauernden Verständigung über Kohlenfrage kommen müssen. Lamsdorff hat heute morgen Alvensleben aufgesucht.

Du kannst Dich vollkommen auf meine Loyalität verlassen und auf meinen Wunsch, zu einer baldigen Regelung dieser wichtigen Frage zu gelangen.

Nicky

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 329

Nr. 6137

Der russische Minister des Äußeren, Graf Lamsdorff, an den Botschafter in Petersburg, Grafen von Alvensleben

Ausfertigung

St. Petersburg, den 29. November/12. Dezember 1904

Herr Botschafter!

Ich habe nicht verfehlt, Seiner Majestät dem Kaiser den Inhalt der sehr vertraulichen Denkschrift, die Euer Exzellenz mir gestern zu übergeben die Güte hatten, zu unterbreiten und besonders Ihre folgende Mitteilung: „Die Kaiserliche Regierung von Deutschland befindet sich in der Notwendigkeit, der Kaiserlichen Regierung von Rußland die Frage vorzulegen, ob sie sich verpflichtet, Deutschland mit allen Mitteln, über die sie verfügt, bei allen Schwierigkeiten beizustehen, die infolge der Lieferung von Kohlen an die russische Flotte im gegenwärtigen Kriege entstehen könnten?“

Mein Erhabener Herr hat mir zu befehlen geruht, Euer Exzellenz auf diese Frage in bejahendem Sinne zu antworten, indem er Sie bittet, die formelle Versicherung zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen, daß, was die Frage der Kohlenlieferungen betrifft, die Kaiserliche Regierung von Rußland

entschlossen ist, vollkommen gemeinsame Sache mit der Kaiserlichen Regierung von Deutschland zu machen, fest davon überzeugt, daß die letztere, ihrerseits, wie Euer Exzellenz es mir gestern bestätigt haben, die freundschaftliche Haltung, die sie bis jetzt befolgt hat, weiter beobachten und die Lieferungen von Kohlen an die russische Flotte erleichtern wird. Diese gegenseitige Garantie der beiden benachbarten und befreundeten Reiche wird, so hoffe ich, zu ihrem vollständigen und wünschenswerten Einvernehmen angesichts der augenblicklichen Lage nur beitragen können.

Indem ich die obenerwähnte Mitteilung, auf Höchsten Befehl, an Sie richte, ergreife ich diese Gelegenheit, Herr Botschafter, um Ihnen gegenüber die Versicherung meiner hohen Wertschätzung zu erneuern.

Graf Lamsdorff

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 340/341

Nr. 6141

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Undatierter Entwurf

(21. 12. 1904)

Liebster Nicky!

Ich danke Dir für Deinen Brief und zwei Telegramme und auch dafür, daß Du die Regelung der Kohlenfrage befohlen hast. Wir können heute noch nicht wissen, ob die von Deiner Regierung abgegebene Erklärung für jede Art von Verwicklung, die aus der augenblicklichen Überdehnung der Verhältnisse erwachsen könnte, als genügend sich erweisen wird. Es ist jedenfalls nicht meine Absicht, auf irgendeine Art von Lösung, die Dir unerwünscht scheinen könnte, zu drängen. Wir werden unter allen Umständen treue und loyale Freunde bleiben.

Wir können Frankreich nicht in unser Vertrauen ziehen, bevor wir beide nicht zu einem endgültigen Abkommen gekommen sind. Ich betrachte Loubet und Delcassé als Staatsmänner von Erfahrung. Aber natürlich kann ich sie nicht in einer Vertrauenssache auf den gleichen Fuß mit Dir stellen. Wenn Du es daher etwa für zwingend hältst, die Franzosen mit unseren Verhandlungen bekanntzumachen, bevor wir zu einer Regelung gekommen sind, dann ist es für alle Parteien besser, in unserem augenblicklichen Verhältnis gegenseitiger Unabhängigkeit und freiwilliger Förderung unserer gegenseitigen Ziele zu beharren, soweit es die Lage erlauben wird. Ich glaube zuversichtlich, daß die Hoffnung, einander nützen zu können, nicht nur während des Krieges, sondern ebenfalls während der Friedensverhandlungen verwirklicht werden könnte, denn unsere Interessen im Fernen Osten sind in mehr als einer Hinsicht gleichartig.

Zu Band XIX, 1. Hälfte, S. 346

Nr. 6145

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Zarskoé Selo, 12./25. Dez. 1904

Liebster Willy!

Herzlichen Dank für Deinen Brief und die Postkarten, die Schebeko mir brachte.

Da Graf Lamsdorff nach Berlin abreist, wird er der Überbringer dieses Briefes sein.

Ich war sehr erfreut zu hören, daß Dir mein bescheidenes Weihnachtsgeschenk gefallen hat — das letzte und neueste Muster unserer Fabrik.

Indem ich meine Einwilligung zu unserer die Kohlenfrage betreffenden Erklärung gab, hoffte ich aufrichtig, sie würde sich als ausreichend erweisen, jeder Art von Verwicklung zu begegnen.

Es scheint mir, daß sie eine klare Garantie unsererseits darstellt, so daß sowohl Deutschland wie Rußland ruhig und vertrauensvoll denselben Kurs, den sie vor wenigen Monaten eingeschlagen haben, weiter verfolgen können.

Alix und ich danken Dir für Deine guten Wünsche und hoffen zuversichtlich, daß das kommende Jahr Dir und Deiner Familie Gottes Segen, Glück und Wohlergehen bringen möge.

Ich verbleibe, liebster Willy,

stets Dein Dich liebender und aufrichtig ergebener Vetter und Freund

Nicky

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 354/356

Nr. 6149

Bericht des Marineattachés in London, Kapitäns zur See Coerper

Anlage

„Vanity Fair", 17. November 1904

Eine Flotte ohne Berechtigung

Die deutschen Flotten, die nur gegen Großbritannien verwendet werden können

Ich habe erfahren, daß die Anregung in „Vanity Fair" von letzter Woche, daß der Präzedenzfall von Kopenhagen im Jahre 1807 der Aufmerksamkeit der Regierung würdig sei, in Deutschland sowohl wie in Frankreich das größte Aufsehen erregt hat. Aus diesem Grunde mögen wir uns der seemännischen und diplomatischen Ansichten über den in Frage stehenden Fall erinnern. Im Sommer 1807 erfuhr Canning, einer der besten Außenminister, die England jemals hatte, von der Existenz gewisser Geheimartikel im Tilsiter Vertrag zwischen dem Zaren und Kaiser Napoleon, durch die die Dänen und die anderen Ostsee-Mächte gezwungen werden sollten, ihre Flotte in den Dienst Frankreichs gegen England zu stellen. England und Dänemark befanden sich nominell im Friedenszustand.

An jenen Tagen waren Männer im Königlichen Geheimen Rat, und im Juli 1809 fuhren siebenundzwanzig Linienschiffe unter Admiral Gambier nach der Ostsee und verlangten, daß die dänische Flotte ihnen als Pfand bis zur Beendigung des Krieges ausgeliefert werden sollte. — Als die Dänen sich weigerten, landete Sir Arthur Wellesley mit 20 000 Mann, und vernichtete die dänische Miliz. Kopenhagen wurde drei Tage lang bombardiert, und am 5. September übergaben sich die Dänen, willigten in die Auslieferung ihrer Flotte, und demgemäß wurden achtzehn Linienschiffe, außer kleineren Schiffen, an England übergeben.

Es war ein glänzender Sieg, aber als das nahe Bevorstehen der Gefahr für England kaum verstanden wurde, sah die Sache wie eine willkürliche und gefährliche Verletzung der Rechte der Neutralen aus. Selten hat die britische Flotte einen besseren Dienst geleistet als damals, wo das baltische Bündnis dank der Beschlagnahme der Flotte eines geheimen Feindes aufgelöst wurde.

Vom Marinestandpunkt aus ist es klar, daß Deutschland einen Angriff gegen England irgendwo in den Jahren von 1908 bis 1913 ins Auge faßt. Die Buren verstanden sich im Jahre 1898 dazu, auf einen Angriff auf England im Jahre 1899 oder 1900 hinzuarbeiten; und die Kanonen der Buren, die durch die

Delagoa-Bai in Piano-Kisten befördert wurden, und die großen Mengen von Sprengstoffen, die in Transvaal eingeschmuggelt wurden, waren für keinen anderen Zweck bestimmt, als Engländer zu töten. Es war ein Wunder, weshalb England 1898 nicht seine Flotte dazu benutzte, um weitere Einfuhr von Kriegsmunition zu verhindern. Hätte es so verfahren, war Krieg unwahrscheinlich; aber als er ausgebrochen war, würde er nicht fast drei Jahre gedauert, 242 000 000 Pfd. Sterling, 22 000 Tote und 80 000 Verwundete und Kranke gekostet haben.

Der heutige Fall in Kiel ist dem Buren-Präzedenzfall ganz ähnlich. Tag und Nacht bereitet sich Deutschland auf Krieg mit England vor. Es wird erst losschlagen, wenn es zum Losschlagen fertig ist; das heißt, in dem Augenblick gerade, wenn England in der ungünstigsten Lage sich befindet und Deutschland in der besten Lage, um die im Seekriege unentbehrlichen Anfangserfolge zu erringen. Wenn die deutsche Flotte zerstört wäre, würde der Frieden Europas zwei Generationen lang dauern, denn England und Frankreich, oder England und die Vereinigten Staaten, oder alle drei, würden die Freiheit der Meere gewährleisten und die Erbauung weiterer Flotten verhindern, die in der Hand ehrgeiziger Mächte mit zunehmender Bevölkerung und ohne Kolonien gefährliche Waffen sind.

Der Tatbestand der Lage ist einfach. Wenn England wartet, angegriffen zu werden, bis der Kaiser eine gute Gelegenheit findet, werden wir sicherlich nicht siegen. Wir werden unter großem Mißgeschick kämpfen. Andererseits würde eine Forderung einer Erklärung für das fortgesetzte Wachsen der deutschen Flotte die Luft reinigen. Die deutsche Flotte ist außer zu Angriffszwecken gegen England durchaus unbrauchbar. Deutschland hat keine erwähnenswerten Kolonien. Im ganzen ist die weiße Bevölkerung der deutschen Schutzherrschaften in Afrika und der Südsee im Jahre 1903 auf 7788 Personen angewachsen, von denen eine große Anzahl Beamte waren. Das ist der von den deutschen Staatsmännern geltend gemachte absurde Vorwand für eine deutsche Flotte. Er wird nicht stichhalten, und wir betrügen uns selbst, und es ist nicht die Wahrheit, wenn wir heucheln, Deutschland als eine befreundete Macht zu betrachten, solange die fortgesetzte Verstärkung der deutschen Flotte an der Tagesordnung ist.

Englands günstige Gelegenheit wird kommen, wenn Port Arthur fällt, Rußland wird dann sicherlich an die Mächte appellieren, erklären, daß Port Arthur nicht russisches Land wäre, sondern chinesisches, von Rußland gepachtetes Gebiet, und daß es dasselbe gegen die japanische Nichtbeobachtung der Verträge verteidigt habe. Rußland wird auf diese Weise die ganze Frage des von ihm selbst, von Deutschland und England gepachteten chinesischen Gebiets aufrollen. Wenn Port Arthur fällt, kommt Wei-hai-wei automatisch an China zurück. Die Frage, was mit Kiautschou und Port Arthur zu geschehen haben wird, wird von der durch die Flotte gedeckten Diplomatie gelöst werden. Das wird für die Beherrscherin der Meere der Zeitpunkt sein, in ihrem eigenen Interesse, das mit dem Weltfrieden gleichbedeutend ist, zu entscheiden, was mit der deutschen Flotte geschehen soll.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 384/385

Nr. 6163

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Neues Palais, 19. X. 1904

Ich habe Nachricht aus zuverlässiger Quelle, daß der ehemalige japanische Gesandte in Petersburg Kurino wieder in Europa erschienen ist. Er ist in Paris und scheint bevollmächtigt zu sein, zu versuchen, Frankreich und Eng-

land — die entente cordiale! — zur Friedensvermittlung zugunsten Japans zu bewegen. Es scheint ferner, als ob die Chinesen von Japan vorgeschoben worden sind, die Vermittlung ihrerseits gleichfalls anzubieten. Das beweist, daß Japan fast an der Grenze seiner Widerstandsfähigkeit an Mannschaften und Geld ist, und jetzt, wo es über die Mandschurei-Armee Vorteile errungen hat, denkt es, daß es jetzt aufhören und versuchen kann, die Frucht ihrer Anstrengungen reifen zu lassen, indem es andere Mächte dazu verleitet, sich in die Angelegenheit einzumischen und die Mandschurei durch eine Friedenskonferenz zu bekommen. Da ich Deine Gedanken über die weitere Entwicklung des Krieges kenne, und daß Du nach einem ernsten Rückschlage natürlich niemals Deine Hand einem solchen Verfahren leihen wirst, hielt ich es für meine Pflicht, Dich davon zu unterrichten, was hinter den Kulissen vor sich zu gehen scheint. Ich glaube, die Fäden aller dieser Dinge führen über den Kanal.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 385

Nr. 6164

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Zarskoé Selo, 30. X. 1904

Da ich auf der Jagd war, konnte ich Dein interessantes Telegramm nicht eher beantworten. Vielen Dank für die Nachricht über Japans Tätigkeit in einigen europäischen Ländern. Ich hörte ebenfalls davon, aber ich kann nicht ganz verstehen, weshalb die Fäden aller dieser Dinge über den Kanal, oder vielleicht über den Atlantischen Ozean führen. Du kannst sicher sein, daß Rußland in diesem Kriege so lange fechten wird, bis der letzte Japaner aus der Mandschurei herausgetrieben ist, erst dann kann die Rede von Friedensverhandlungen sein und das einzig und allein zwischen den beiden Kriegführenden. Möge Gott uns beistehen. Herzlichen Dank für Deine loyale Freundschaft, auf die ich über alles vertraue.

(gez.) Nicky

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 390

Nr. 6170

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Neues Palais, den 15. November 1904

Aus zuverlässiger Quelle aus Indien bin ich vertraulich unterrichtet, daß eine Expedition „à la Thibet" nach Afghanistan in lebhafter Vorbereitung ist. Es ist beabsichtigt, dieses Land ein für alle Mal unter britischen Einfluß, wenn möglich sogar Lehnsherrschaft, zu bringen. Die Expedition soll Ende dieses Monats abgehen. Der einzige nicht englische Europäer im afghanischen Dienst, der Direktor der Waffenfabrik des Emirs, ein Deutscher, ist als „Vorspiel" dieser Aktion ermordet worden!

Die Verluste der Japaner vor Port Arthur betragen nach meinen Nachrichten 50 000 Mann; infolgedessen fangen sie an, des Krieges müde zu werden, da sie zuviel Leute verloren haben. Dieses hat sie veranlaßt, in Paris und London um Vermittlung zu bitten, und aus diesem Grunde lassen die beiden Mächte ihre Presse die Erörterung der Aussichten ihrer Vermittlungsbereitschaft wieder beginnen. Japan hofft, mit Hilfe eines Kongresses

von ihnen Port Arthur und die Mandschurei zu bekommen. Bereite Antwort auf Deinen lieben Brief vor, die, wie ich hoffe, Deinen Wünschen entsprechen wird. Beste Grüße an Alix.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 393/394

Nr. 6174

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Potsdam, den 19. November 1904

Lambsdorff ist heute abend mit Brief abgereist. Meine Befürchtungen über Indien im letzten Telegramm sind durch die Rede von Lord Selborne, der auf die afghanische Frage anspielte, bestätigt worden. Ich höre aus glaubwürdiger privater Quelle, daß amtliche Stellen in Tokio über die zukünftige Aussicht des Krieges besorgt geworden sind. Sie haben ihrem Verdruß Ausdruck gegeben, bei Liao-Yang keinen wirklichen Erfolg errungen zu haben wegen der enormen Verluste an Leuten, da sie ohne frische Reserven gewesen wären. Das beständige Einsetzen frischer Bataillone von Rußland geht weit über ihre Erwartungen, da sie niemals die sibirische Eisenbahn für imstande hielten, die Transporte unaufhörlich aufrechtzuerhalten. Infolgedessen beginnen sie einzusehen, daß, obwohl sie mit ihren Kadres, und besonders Offizieren, am Ende sind, Deine Armee an Stärke, Leuten und Kampfkraft täglich zunimmt, und daß die Wage des Krieges langsam, aber sicher sich gegen sie wendet. Ein japanischer General ging so weit zu sagen: „Die Suppe, die wir gekocht haben, müssen wir jetzt ausessen!!" Meine Vermutungen demgemäß, daß die Japaner heimlich andere Mächte zur Vermittlung zu veranlassen versuchen, weil sie jetzt auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge sind, haben sich als richtig erwiesen. Lansdowne hat Hayashi ersucht, England die Bedingungen mitzuteilen, unter denen Japan Frieden schließen würde. Sie wurden von Tokio telegraphiert, aber waren so unsinnig, daß sogar der ungestüme Lansdowne sie für zu schwer hielt und Hayashi dringend aufforderte, sie herabzumildern. Als die Japaner ein schiefes Gesicht zogen und Schwierigkeiten machten, fügte Lansdowne hinzu: „Natürlich wird England dafür Sorge tragen, daß bei der Vermittlung Rußland von der Mandschurei, Korea usw. ausgeschlossen wird, so daß Japan de facto alles bekommen wird, was es wünscht!!" Das ist der Punkt, den die Briten im Auge haben, wenn sie von Freundschaft und freundschaftlicher Vermittlung sprechen. Frankreich, wie ich aus Japan höre, ist von diesen Plänen bereits unterrichtet und natürlich eine Interessentin dieses Übereinkommens, indem es — wie üblich in der neuen „Entente cordiale" — die Partei Englands nimmt. Sie beabsichtigen, Dir ein Stückchen von Persien als Entschädigung anzubieten, natürlich weit von der Golfküste entfernt — das versteht sich von selbst —, die England selbst zu annektieren gedenkt, aus Furcht, Du könntest Zutritt zum Warmen Meer gewinnen, was Du von Rechts wegen mußt, denn Persien muß unter russische Kontrolle und Regierung fallen. Denn das würde Dir ausgezeichnete wirtschaftliche Aussichten geben, von denen England Dich auszuschließen wünscht. Wahrscheinlich werden Deine Diplomaten Dir über alles dies bereits berichtet haben, aber ich hielt es nichtsdestoweniger für meine Pflicht, Dich über alles, was ich höre, zu unterrichten; alles sind authentische, wichtige Nachrichten aus durchaus glaubwürdigen Quellen; Lansdownes Worte sind ebenfalls authentisch. So siehst Du, daß die Zukunft für Deine Armee sich aufklärt, und bald wirst Du imstande sein, den Spieß gegen den Feind umzukehren. Möge Gott Dir vollen Erfolg gewähren, während ich überall für dich weiter wachen werde. Beste Grüße an Alix. (gez.) Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 404/405

Nr. 6180

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Abschrift

Berlin, 2. I. 05

Liebster Nicky!

Besten Dank für Deinen freundlichen Brief und die Neujahrskarten, die hübsch ausgeführt sind. Die Kosaken-Attacke ist höchst wirkungsvoll, man kann nicht umhin sich vorzustellen, was hätte geschehen können, wenn bei Lia-Yang General Samsonow eine Attacke mit seinen 17 000 Lanzen und Säbeln gegen den japanischen linken Flügel geritten hätte! Die Nachricht vom Fall von Port Arthur ist gestern abend hier eingetroffen und hat eine große Erregung hervorgerufen. Wir alle hier fühlen tiefste Sympathie für die tapferen Generale und die brave, hinschwindende Heldenschar unter ihrem Befehl, die sich aufs äußerste anstrengte, bis zum letzten Atemzuge ihre Pflicht für den Kaiser und das Vaterland zu tun. Ihre Verteidigung von Port Arthur wird sprichwörtlich für alle Zeiten und als nachzuahmendes Beispiel, solange es einen Soldaten geben wird, angeführt werden. Ehre sei ihnen für immer! Das Bevorstehen des Falles der vom Schicksal dazu verurteilten Festung hat eine Zeitlang bereits die diplomatischen Zungen in den verschiedenen Hauptstädten der Welt in Bewegung gesetzt. Zahlreich und verschieden sind die Gerüchte und Nachrichten vom Waffenstillstand und über Friedensabmachungen, die an mich von überall her gelangt sind. Da es schwierig ist, die Wahrheit von Phantasie und Erfindung zu unterscheiden, wirst Du, hoffe ich, nicht annehmen, daß ich mich in Deine Privatangelegenheiten mische, wenn ich mich mit der Bitte an Dich wende, mir Deine Zukunftspläne zu sagen, so daß ich mich, wenn möglich, Dir nützlich machen kann und imstande bin, den Kurs meiner Politik danach zu richten. Um so mehr, als Lamsdorff zu Alvensleben neulich gesagt hat: „Que la France connait déjà nos conditions!“ (Daß Frankreich unsere Bedingungen bereits kennte.) Ich ziehe nun aber vor, von Dir unmittelbar unterrichtet zu werden, anstatt auf Umwegen durch andere Vermittlungen, da ich von Anbeginn fest zu Dir und Deinem Lande als Dein aufrichtiger Freund gestanden habe! Nach einer langen Periode von ungewöhnlich warmem und nebeligem Wetter, das uns das Reiten fast bis Weihnachten ermöglichte, haben wir schwere Stürme, auf die Frost und Schnee folgten, gehabt, und es scheint ein strenger Winter eingesetzt zu haben; das läßt mich an die Lebensbedingungen denken, unter denen die Armeen in der Mandschurei jetzt zu leben haben, wo sie so lange, bis die Monate vergangen sind, verbleiben müssen. Ich bin so froh, daß Du die Tapferkeit meines Regiments, das sich bei der Schlacht von Shoch-ho so ausgezeichnet hat, mit so vielen Ehrenzeichen belohnt hast. Ich hoffe, sie werden auch eine große Anzahl von St. Georgskreuzen erhalten haben. Jetzt, wo das Programm für den Ausbau Deiner Flotte veröffentlicht ist, wirst Du hoffentlich nicht vergessen, Deine Behörden an unsere großen Firmen in Stettin, Kiel usw. zu erinnern. Sie werden sicherlich schöne Modelle von Linien- und Schlachtschiffen liefern. Ich freue mich so, daß Enie sich wieder verlobt hat, und ich will zu seiner Hochzeit Anfang des nächsten Monats gehen. Ich hoffe, Du wirst freundlichst die beiden Vasen zu Weihnachten annehmen, die aus unserer Königlichen Porzellan-Manufaktur stammen; sie sind ein Symbol meiner Wünsche für Dich und Deine Familie und Dein Land für das kommende Jahr, in dem Gott Euch alle beschützen möge.

Ich verbleibe

stets Dein Dich sehr liebender Vetter und Freund

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 419/422

Nr. 6193

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Eigenhändiges Konzept

Berlin, 3. VI. 1905

Liebster Nicky!

Die freundlichen Zeilen, die Du Micha zur Besorgung anvertraut hast, und die mir von ihm übergeben worden sind, haben mich tief gerührt. Die denkwürdigen Ereignisse, auf die Du freundlichst anspielst, sind alle meinem Gedächtnis deutlich eingeprägt und erinnern mich daran, wie die Jahre vergangen sind, und wie oft wir beide seit langem in persönliche Beziehungen getreten sind. Die natürlichen Folgen davon sind ein festes Gefühl zwischen uns beiden entwickelter gegenseitiger Freundschaft, die auf vollkommener gegenseitiger Verständigung begründet ist. Diese Beziehungen sind in den langen Jahren zum Wohlergehen unserer Länder gediehen, die zu regieren wir von der Vorsehung berufen worden sind. Sie sind, hoffe ich, und werden künftig die Bürgen des Friedens und des Wohlergehens der beiden Länder sowohl als auch der Welt sein. Ich erinnere mich gut des Augenblicks in der Kapelle des Winterpalais, wo Du unter dem atemlosen Schweigen einer riesigen Zuhörerschaft hervorragender Menschen auf die glorreichen Fetzen der alten Kosaken-Standarte den Eid leistetest. Wie lange das her ist! Und wie bewegt war Dein lieber Vater, als er Dich nach der Zeremonie küßte! Jetzt stehst Du an seiner Stelle und hast Dein Land durch eine der schwierigsten Phasen seiner Entwicklung zu führen. Jetzt habe ich alle diese Momente mit Dir empfunden und an Dich gedacht, ich brauche nicht zu sagen, auch an jede Phase von Admiral Roschestwenkys Vordringen! Der große Einsatz, den er in Deiner Hand bildete, ist gewagt und in Ehren verloren worden! Er tat alles, was in seiner Macht stand, um Deinen Wünschen nachzukommen, aber die Vorsehung wollte es anders, und er wurde, bis zum letzten Seiner Kaiserlichen Majestät tapfer dienend, geschlagen! Meine vollste Sympathie begleitet ihn und Dich. Vom rein militärischen Standpunkte aus beendet die Niederlage in den Meerengen von Korea, technisch gesprochen, die Aussichten für eine entscheidende Neigung der Wage des Krieges zu Deinen Gunsten. Die Japaner sind nun in der Lage, jede Menge von Reserven, Rekruten, Munition usw. in Korea und die Mandschurei einfallen zu lassen für die Belagerung von Wladiwostok, das schwerlich in der Lage sein wird, ohne Flottenunterstützung einer Belagerung lange Widerstand zu leisten. In der Mandschurei wird die Armee von Lenewitsch wenigstens 3 oder 4 neue Armeekorps nötig haben, um auf volle Schlagkraft zu kommen, und sogar dann ist es schwer vorherzusagen, was die Folgen sein werden, und ob eine weitere große Schlacht mehr Erfolg als die letzteren versprechen wird? Es ist natürlich, formell gesprochen, sogar unter diesen widrigen Umständen möglich, den Krieg militärisch für eine lange Zeit fortzusetzen. Aber andererseits darf die menschliche Seite nicht übersehen werden. Das Land hat Tausende seiner Söhne an die Front in Tod und Krankheit und Elend gesandt, um dann das Leben von Krüppeln zu führen. Wie ich Dir in meinem letzten Briefe — 6. Febr. — schrieb, ist der Krieg sehr unpopulär, und das Volk sieht seine Söhne und Väter widerstrebend oder sogar unwillig ihre Häuser verlassen, um für eine Sache zu kämpfen, die sie innerlich nicht nur nicht gutheißen, sondern verabscheuen! Ist es mit der Verantwortung eines Herrschers vereinbar, eine ganze Nation gegen ihren ausgesprochenen Willen weiter zu zwingen, ihre Söhne hinauszuschicken, in Hekatomben töten zu lassen, nur um seiner selbst willen, für seine Überzeugung nationaler Ehre, nachdem das Volk durch sein Verhalten klar be-

wiesen hat, daß es den Krieg nicht weiter fortzusetzen wünscht? Werden nicht zukünftig die Menschenleben aller der geopferten Tausende vor der Tür des Herrschers verharren und einst von dem Herrscher aller Könige und Menschen von ihm gefordert werden, der sie einst unter seine Herrschaft stellte und ihr Wohlergehen ihm anvertraute? Nationale Ehre ist sehr gut, aber nur in dem Falle, wo die ganze Nation entschlossen ist, sie mit allen ihren Mitteln s e l b s t aufrechtzuerhalten; sobald sie beweist, daß sie denkt, daß „tout est perdu lors l'honneur" (alles verloren ist außer der Ehre), wäre es dann nicht vernünftig, daß ihr Herrscher ebenfalls — zweifellos mit schwerem Herzen — die Konsequenzen ziehen und Frieden schließen sollte? Selbst wenn es ein harter (Friede) sein würde? Besser als den unpopulären Krieg mit seinen Leiden fortzusetzen, dessen Verlängerung schließlich eine derartige Stimmung in seinem Volke gegen ihn erzeugen würde, daß es sogar nicht abstehen würde, ernstliche Schritte zu unternehmen, um ihn eventuell zu zwingen, ihren Auffassungen beizutreten? Natürlich wäre die Armee zu berücksichtigen. Sie hat gekämpft — und tapfer gekämpft — $1^1/_2$ (Jahre) lang, in Hitze und Kälte sich bemühend, für Dich und Dein Land Siege zu erringen; aber bis jetzt hat die Vorsehung ihre Anstrengungen noch nicht mit Erfolg gekrönt. Statt dessen haben diese Deine prächtigen, tapferen, ruhigen, sich selbst aufopfernden, ausgezeichneten Soldaten Niederlage und furchtbare Verluste an Leben und unsägliche Leiden willig ertragen. Daß sie nach Rache brennen und bereit sein würden, sich zu jedem möglichen Zeitpunkt zu schlagen, ist ganz natürlich. Aber besteht irgendeine wirkliche Hoffnung, irgendeine w i r k l i c h e B ü r g s c h a f t für Erfolg entweder unter den Befehlshabern oder dem Material, die eine neue furchtbare Anstrengung auf Kosten Tausender von Menschenleben rechtfertigen würde? Ist die Armee noch so sicher, daß sie imstande sein wird, der Wage den Ausschlag zu geben? Das ist die Frage, dessen Lösung Du natürlich nur kennst. Diese Frage muß natürlich vor allen Dingen von allen Deinen Generalen im Namen Deiner Soldaten unbedingt verneinend beantwortet werden. Sollten sie bei ihrer Ehre erklären, daß sie nur für den Kaiser sterben, aber schwerlich irgendwelche Siege für ihn erringen könnten, dann, denke ich, kann Dein Gewissen ruhig sein hinsichtlich der Frage, ob es richtig sein würde, die Operationen einzustellen, und Du den Krieg beendigen und die Friedensverhandlungen eröffnen könntest, eine Tatsache, die von allen Deinen Untertanen in ganz Rußland nach dem Blutopfer, das sie ihrem Kaiser tapfer gegeben haben, mit Freude begrüßt werden würde! Du kannst dann sagen wie der alte französische Grenadier Bombardon: „Das Glück des Krieges hat wider uns entschieden, doch die Armee hat ihre Pflicht gethan, die Hälfte fiel, der Rest war Invaliden, je nun, man trägt, was man nicht ändern kann!"

Napoleon I. und Friedrich der Große erlitten ebenfalls Niederlagen; und Du mußt auf die Lage als auf eine Dir vom Himmel aufgebürdete Last blicken, die nach seinen Befehlen zu ertragen ist, die aber vielleicht nach seinem Willen und mit seiner Hilfe schließlich der Anfang zu einem neuen Leben und einer neuen Ordnung der Dinge für Deine getreuen Untertanen sein mag, die in hohem Maße Anspruch auf Belohnung in dieser Beziehung haben.

Verzeihe die Länge meines Briefes, aber ich fühle mich als Dein Freund und Kollege verpflichtet, Dir zu sagen, was ich für richtig und wahr halte. Du kennst die Beweggründe, die mich dazu bestimmen, und Dir steht es frei, mit diesen Zeilen zu tun, was Du für geeignet hältst. Sollten die in diesem Briefe vorgeschlagenen Ideen jedoch mit den Deinigen übereinstimmen, und solltest Du glauben, daß ich Dir bei den zum Zustandebringen des Friedens beabsichtigten vorbereitenden Schritten von irgendwelchem, auch dem kleinsten Nutzen sein könnte, bitte verfüge nach Deinem Belieben über mich.

Ich möchte Dein Augenmerk auf die Tatsache lenken, daß die Japaner zweifellos die größte Achtung vor Amerika vor allen anderen Nationen haben, weil diese mächtig aufstrebende Macht mit ihrer furchtbaren Flotte ihnen am nächsten ist. Wenn irgend jemand auf der Welt die Japaner zu beeinflussen oder sie zu bestimmen imstande ist, in ihren Vorschlägen mäßig zu sein, ist es Präsident Roosevelt. Sollte es Dir genehm sein, könnte ich mich leicht — v e r t r a u l i c h — mit ihm in Verbindung setzen, da wir sehr vertraut miteinander sind. Mein Botschafter in Washington ist ein besonderer Freund von Roosevelt; außerdem hast Du Herrn Lengerke Meyer, den ich seit Jahren kenne, und der mein vollstes Vertrauen hat, Du magst ihn holen lassen und offen zu ihm sprechen; er ist sehr diskret und durchaus vertrauenswürdig, außerdem ein ganz reizender Causeur mit sehr angenehmen Manieren.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 429/430

Nr. 6200

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 Norderney, den 20. August 1905

Ganz geheim

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 93.

Seine Majestät der Kaiser hat an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Mein Botschafter teilte mir soeben mit, daß Du die Veröffentlichung des Erlasses befohlen habest, der sich auf die Einberufung der „Großen Duma" bezieht; die schriftlich niedergelegten Statuten gleichen etwa unserem ‚Staatsrat', indem sie ihr den Rang einer ‚beratenden Körperschaft' verleihen. Ich bitte Dich, meine herzlichsten Gratulationen zu diesem großen Schritte vorwärts in der Entwicklung Rußlands anzunehmen. Aus den Zeitungen entnahm ich, daß die Friedensverhandlungen im allgemeinen befriedigende Fortschritte machen, daß aber einige Punkte vorhanden sind, die der Verständigung einige Schwierigkeiten bieten. Bevor Du Deinen endgültigen Entschluß zum Frieden oder zur Fortsetzung des Krieges faßt, — welch letzterer von weittragenden Folgen sein wird, die für den äußersten Erfolg schwierig vorauszusehen sind, unbegrenzt Leben, Blut und Geld kosten wird — würde ich es für einen ausgezeichneten Schritt halten, wenn Du diese Frage vorerst der ‚Großen Duma' unterbreiten würdest. Da es das Volk Rußlands verkörpert, würde ihre Antwort die Stimme Rußlands sein. Sollte sie sich für Frieden entscheiden, bist Du von der Nation ermächtigt, zu den Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschlägen Frieden zu schließen; und wenn sie, R u ß l a n d s e l b s t, denkt, daß ihre Ehre nicht verletzt ist, kannst Du Dein Schwert wieder in die Scheide stecken mit den schönen Worten von Franz I.: ‚Tout est perdu hors l'honneur' (Alles ist verloren außer der Ehre). Niemand in Deiner Armee oder Deinem Lande, oder in der übrigen Welt hat ein Recht, Dich wegen dieser Handlung zu tadeln. Wenn andererseits die ‚Duma' die Vorschläge für unannehmbar hält, und die japanische Regierung auf einer anderen Basis zu verhandeln sich weigert, dann ist es wiederum R u ß l a n d, das Dich, ihren Kaiser, durch die Stimme der ‚Duma' a u f f o r d e r t, den Kampf fortzusetzen; dadurch die volle V e r a n t w o r t u n g für alle Folgen auf s i c h nehmend und Dich ein für allemal für die Zukunft vor der Welt und der Geschichte gegen den Vorwurf schützend, daß Du Tausende von Vaterlandssöhnen geopfert hast, ohne das Land zu befragen oder sogar gegen seinen Willen. Das wird Deiner persönlichen Handlung einen großen Antrieb und eine große Stärke verleihen,

da Du Dich von dem Willen der Gesamtheit Deines Volkes getragen fühlst, das bis zum bitteren Ende zu kämpfen entschlossen ist, unbekümmert um Zeit, Verluste und Entbehrungen, was der einzig mögliche, gangbare Weg ist, wenn der Krieg fortgesetzt werden muß. Ich würde an Deiner Stelle diese erste und beste Gelegenheit nicht auslassen, um mit den Gefühlen und Wünschen Deines Landes wegen Frieden oder Krieg in enge Fühlung zu gelangen, indem Du dem russischen Volke die lange gewünschte Gelegenheit gibst, zu entscheiden oder an der seine Zukunft betreffenden Entscheidung teilzunehmen — wozu es ein positives Recht hat —, und indem Du ferner der ‚Duma' sofort eine gute Gelegenheit gibst, zu arbeiten und zu zeigen, was sie zu leisten imstande ist, und ob sie der von jedem auf sie gesetzten Erwartung entspricht. Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind so schrecklich ernst in ihren Folgen und so weittragend, daß es für jeden sterblichen Herrscher ganz unmöglich ist, die Verantwortung dafür allein auf seine Schultern zu nehmen ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes! Möge Gott mit Dir sein! Vergiß nicht das Linien-Avancement gegenüber der Garde!"

Bülow

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 430/431

Nr. 6201

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II., z. Z. Sennelager bei Paderborn

Telegramm. Abschrift

Peterhof, den 23. August 1905

Empfange meinen herzlichsten Dank für Dein freundliches Telegramm, das mich tief rührte. Ich konnte Dir bisher noch nicht antworten, da ich mit Manövern in der Umgegend von Krasnoje Selo beschäftigt war. Das Interesse, das Du an der zukünftigen Einberufung der „Duma" nimmst, erfreut mich sehr. Ich glaube, daß die Loyalität und der gesunde Menschenverstand meines Volkes eine große Hilfe für die Entwicklung Rußlands in dieser beratenden Körperschaft sein wird.

Während der letzten drei Monate habe ich viel über die Frage betreffend Frieden oder Krieg nachgedacht. Ich erhalte täglich Telegramme, Briefe, Bittschriften usw., die mich bitten, keinen Frieden unter harten Bedingungen zu schließen. Es gibt zwei Punkte, unter denen jeder gute Russe bis zum Ende weiterzukämpfen sich einverstanden erklärt, wenn die Japaner darauf bestehen: . . .[1]) keinen Zoll unseres Gebiets, keinen Rubel Kriegsentschädigung. Und das sind gerade die Bedingungen, denen die Japaner nicht nachzugeben wünschen. Nichts von beiden wird mich dazu bestimmen, in diese beiden Forderungen einzuwilligen. Daher besteht augenblicklich keine Hoffnung auf Frieden; Du weißt, wie ich Blutvergießen hasse, aber noch ist es einem schimpflichen Frieden vorzuziehen, wenn das Vertrauen in einen selbst, in sein Vaterland in Fetzen zerstreut sein würde. Vielleicht wird diese Frage morgen entschieden sein. Ich bin bereit, die ganze Verantwortung selbst zu tragen, da mein Gewissen rein ist, und ich die ganze Größe meines mich unterstützenden Volkes kenne. Ich bin mir des gewaltigen Ernstes des Augenblicks, in dem ich lebe, vollkommen bewußt, aber ich kann nicht anders handeln. Ich danke Dir für Dein Interesse, das Du an meinen Sorgen nimmst.

Beste Grüße von Alix.

(gez.) Nicky

[1]) Zifferngruppe fehlt.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 436/437

Nr. 6203

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, von Holstein, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. Norderney

Telegramm. Konzept

Nr. 32 Berlin, den 21. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 7.

Unsere Fassung des Vertragsentwurfes lautete:

„Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser und der Kaiser aller Reußen haben, um die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa zu sichern, die folgenden Artikel eines Verteidigungsbündnisses beschlossen.

Artikel I

In dem Falle, daß eines der beiden Reiche von einer europäischen Macht angegriffen würde, wird sein Verbündeter ihm mit allen seinen Kräften zu Lande und zu Wasser helfen.

Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte tun, um Frankreich in diese Abmachung einzuweihen und es aufzufordern, ihr als Verbündeter beizutreten.

Artikel II

Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Sonderfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Gegner zu schließen.

Artikel III

Der gegenwärtige Vertrag soll in Kraft bleiben, solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt wird.

Geheimer Artikel

Die hohen vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, gemeinsame Sache zu machen für den Fall, daß von einer von ihnen während des (gegenwärtigen?) Krieges vollzogene Handlungen, wie die Lieferung von Kohlen an einen Kriegführenden, später zu Reklamationen von seiten einer dritten Macht als angebliche Verletzungen des Rechtes der Neutralen Veranlassung geben sollten.

Aus den Worten des ersten Absatzes des Artikels I geht hervor, daß Deutschland sich keinem Vorgehen irgendwelcher Art anschließen wird, das gegen Rußland gerichtete feindliche Absichten enthalten könnte!“

Der absolut unannehmbare Zusatz von Graf Lamsdorff zu diesem Artikel lautete:

„Ihre Entente cordiale würde auch gegenüber den Schwierigkeiten, die sich zur Zeit der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan ergeben könnten, fortbestehen.“

. . . . . .

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 442/443

Nr. 6208

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 Norderney, den 22. Juli 1905

Ganz geheim

Seine Majestät der Kaiser hatte mit Rücksicht darauf, daß er zurzeit in der Nähe der russischen Küste kreuzt, bei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus angefragt, ob dieser irgendwelche Wünsche für ihn habe. Der Zar erwiderte nachstehendes: „Hocherfreut über Deinen Vorschlag. Würde es Dir

recht sein, wenn wir, an Bord unserer Jachten wohnend, in Bjoerkoesund in der Nähe von Viborg, einem angenehmen und ruhigen Platze, zusammenträfen? In diesen ernsten Zeiten kann ich mich nicht weit von der Hauptstadt entfernen. Unsere Zusammenkunft wird natürlich ganz schlicht und einfach sein. Sehe mit dem größten Vergnügen dem Wiedersehen mit Dir entgegen."

. . . . . .

Daraufhin habe ich heute an Seine Majestät die nachstehenden drei Telegramme gerichtet:

Ganz geheim

Unsere Fassung des Vertragsentwurfs lautete:

„Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser und der Kaiser aller Reußen haben, um die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa zu sichern, die folgenden Artikel eines Verteidigungsbündnisses beschlossen.

Artikel I

In dem Falle, daß eines der beiden Reiche von einer europäischen Macht angegriffen würde, wird sein Verbündeter ihm mit allen seinen Kräften zu Lande und zu Wasser helfen.

Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte tun, um Frankreich in diese Abmachung einzuweihen und es aufzufordern, ihr als Verbündeter beizutreten.

Artikel II

Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Sonderfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Gegner zu schließen.

Artikel III

Der gegenwärtige Vertrag soll in Kraft bleiben, solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt wird.

Artikel IV (geheim)

Die hohen vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, gemeinsame Sache zu machen für den Fall, daß von einer von ihnen während des Krieges vollzogene Handlungen, wie die Lieferung von Kohlen an einen Kriegführenden, später zu Reklamationen von seiten einer dritten Macht als angebliche Verletzungen des Rechtes der Neutralen Veranlassung geben sollten.

Aus den Worten des ersten Absatzes des Artikels I geht hervor, daß Deutschland sich keinem Vorgehen irgendwelcher Art anschließen wird, das gegen Rußland gerichtete feindliche Absichten enthalten könnte!"

Der für uns absolut unannehmbare Zusatz von Graf Lamsdorff zu diesem Artikel lautete:

„Ihre Entente cordiale würde auch gegenüber den Schwierigkeiten, die sich zur Zeit der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan ergeben könnten, fortbestehen."

. . . . . .

Bülow

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 457

Nr. 6218

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

[24. Juli 1905]

Anlage

Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser und der Kaiser aller Reußen haben, um die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa zu sichern, die folgenden Artikel eines Verteidigungsbündnisses beschlossen.

Artikel I

In dem Falle, daß eines der beiden Reiche von einer europäischen Macht angegriffen würde, wird sein Verbündeter ihm in Europa mit allen seinen Land- und See-Streitkräften beistehen.

Artikel II

Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Sonderfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Gegner zu schließen.

Artikel III

Der gegenwärtige Vertrag wird in Kraft treten, sobald der Friede zwischen Rußland und Japan geschlossen sein wird, und gültig bleiben, solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt werden wird.

Artikel IV

Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages die nötigen Schritte tun, um Frankreich in diese Abmachung einzuweihen und es aufzufordern, ihr als Verbündeter beizutreten.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 460/463

Nr. 6220

Fremdsprachige Stücke aus Nr. 6220 (Kaiser Wilhelm II. an Fürst Bülow, 25. 7. 1905)

. . . Als ich darauf aufmerksam machte, daß trotz der Englischen Hetzereien Frankreich glatt refüsirt habe mit uns auf die Mensur zu gehen, und sich also um die Reichslande nicht mehr schlagen wolle, sagte er (der Zar) scharf: „Ja, das habe ich gesehen, es ist ganz klar, die elsaß-lothringische Frage ist ein für alle Mal beendet, Gott sei Dank." . . . Er bezeichnete Edward VII. als den größten „Unheilstifter" . . . Er (König Eduard) habe Passion, überall mit jeder Macht etwas anzuzetteln, „einen kleinen Vertrag" zu machen, da unterbrach mich der Zar, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug: „Na, ich kann nur sagen, von mir soll er keinen bekommen, und nie in meinem Leben gegen Deutschland oder Dich, mein Ehrenwort darauf."

. . . Bei Carl werde England „mit Güte oder mit Gewalt" die Finger nach Norwegen hineinstecken und Einfluß gewinnen,

. . . Dabei konnte ich bald wahrnehmen, wie schwer verletzt der Zar war über das Verhalten Frankreichs in der Doggerbankaffaire, und als es auf Englands Geheiß Roschdéshwenzky aus Cochinchina hinausjagte, quasi den Japs in die Hände! „haben die Franzosen sich wie Schurken gegen mich benommen, ‚auf Befehl Englands hat mein Verbündeter mich im Stich gelassen'. Und nun sieh' mal nach Brest! Wie sie sich mit den Engländern verbrüdern! Und sie haben mir nie vorher etwas davon gesagt, mich nicht einmal um Erlaubnis gefragt!" . . . Tief traurig ließ er den Kopf hängen; „das ist zu schlimm!" „Was soll ich in dieser unangenehmen Lage machen?" . . . Jetzt sei das ja alles vorbei, wir würden gute Freunde der Gallier werden, also nun falle jedes Hinderniß fort?! „O ja, gewiß, ich entsinne mich sehr wohl, aber ich habe seinen Inhalt vergessen, wie schade, ich habe ihn nicht hier." . . . „Zeig sie mir bitte"; . . . da sagte des Zaren Stimme neben mir „das ist ganz ausgezeichnet. Ich bin ganz einverstanden!" Mein Herz schlägt so laut, daß ich es höre; ich raffe mich zusammen und sagte so ganz nebenhin: „Möchtest Du es wohl unterzeichnen? Es würde eine sehr hübsche Erinnerung an unsere Begegnung sein"? Er überflog noch einmal das Blatt: Dann sagte er „Ja, ich will". Ich klappte das Tintenfaß auf, reichte ihm die Feder und er schrieb mit fester Hand „Nicolas", dann reichte er mir die Feder, ich unterschrieb, und als ich aufstand, schloß er mich gerührt in seine Arme und sagte „Ich danke Gott und ich danke Dir, es wird von den nützlichsten Folgen sein für mein Land und das Deine; Du bist Rußlands einziger Freund in der ganzen Welt, das habe ich den ganzen Krieg über gefühlt, und ich weiß es." . . .

Wilhelm I. R.

Anlage

Text des mit den eigenhändigen Unterschriften versehenen Vertrages

Björkoe 24/VII 1905
11/VII

Ihre Majestäten . . . beschlossen (wie oben, S. 230, nur unter Voranstellung des Zaren),

Artikel I (wie oben, S. 230),

Artikel II—IV (wie oben, S. 231).

Wilhelm — Nicolas
von Tschirschky und Bögendorff — A. Birileff

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 466

Nr. 6221

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 — Norderney, den 26. Juli 1905

Ganz geheim

Herr von Tschirschky telegraphiert mir weiter: „Seine Majestät hatten befohlen, nachstehendes Telegramm an Botschaft Washington zu geben:

‚Zur Mitteilung an Präsident Roosevelt persönlich von Mir:

„Eben hatte ich eine Begegnung mit Kaiser Nikolaus. Seine Majestät ganz gesammelt, fest, zum Frieden geneigt. Ist Ihnen auf das tiefste dankbar für Ihr Anerbieten, den Frieden zustande zu bringen, und sehr gerührt von Ihrem Brief an ihn. Er ist höchst zufrieden mit Herrn Meyer, dem er vollkommen vertraut. Er hofft und glaubt, daß Ihre machtvolle Persönlichkeit und geniale Staatskunst Sie in den Stand setzen werden, allzu übertriebene japanische Bedingungen auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben [1]). Der Kaiser und ich haben einen Vertrag abgeschlossen, falls irgend eine europäische Macht einen von uns angreifen sollte, einander gegenseitig Hilfe zu leisten, und Frankreich soll mit unterzeichnen. Tatsächlich tritt Deutschland in den — ursprünglich gegen Deutschland geschlossenen — Zweibund ein als dritte Partei. Da es die führende Macht des Dreibundes ist, werden der letztere und der Zweibund — anstatt sich ganz zweckloser Weise mit feindlichen Augen zu betrachten, — sich die Hände reichen, und der Friede Europas ist gesichert. Das ist die Frucht unserer Verständigung mit Frankreich über Marokko, dieser Tat, für die Sie mir so freundliche Glückwünsche sandten. Ich bin sicher, daß diese Mächtegruppierung zu einer allgemeinen ‚Détente‘ (Entspannung) führt, von großem Nutzen sein wird, indem sie Sie in den Stand setzt, die große Friedenssendung zu erfüllen, welche die Vorsehung Ihren Händen anvertraut hat zum Heile der Welt. Diese Mitteilung ist streng vertraulich nur für Sie persönlich, und Sie wollen sie freundlichst bis nach Friedensschluß nicht erwähnen.‘

Wilhelm I. R.“

---

[1]) Nur bis hier wurde das Telegramm vom 28. Juli 1905 abgesandt.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 490/492

Nr. 6235

Anlage A

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Briefentwurf in Abschrift

9. August 1905

Mein lieber Nicky!

Wie Du aus meinem Telegramm aus Kopenhagen gesehen haben wirst, empfing mich der liebe alte König in der herzlichsten Weise wie einen Sohn — und die Königliche Familie zeigte großen Eifer und äußerste Freundlichkeit. Ich erhielt die Zimmer, wo Deine lieben Eltern wohnten, sah ihre Namen auf den Fensterscheiben und bewunderte den lieblichen Blick vom Wohnzimmer durch die schönen Parkbäume nach den Türmen von Kopenhagen am Horizont. In des Königs Schlafzimmer sah ich die Ecke, die Du als kleiner Junge heimlich aufsuchtest, um das Schwarzbrot, das zum Futter für den Hund bestimmt war, zu verzehren!! Das Picknick in der Eremitage und die Heimfahrt über Klampenborg am Meere entlang waren von wunderschönem Wetter begünstigt. Am ersten Tage bemerkte ich ein entschieden gezwungenes Wesen auf seiten des Königs und einen Zug von Besorgnis in seinem Gesicht. Die Erörterungen in der Presse, die ich in den verschiedenen bei Bernstorff vorgefundenen ausländischen Blättern gelesen hatte, in denen von einer Schließung der Ostsee in Friedenszeiten für alle englischen und andere Schiffe die Rede war und Pläne für einen unmittelbaren Angriff auf diese Macht angekündigt wurden, die Dänemark zweifellos in endlose Streitigkeiten und Not verwickeln würden, und all das als aus meinem Geiste entsprossen, übten, wie scheint, ihre Wirkung auf den König und die Hofkreise aus. Das Gefühl der Besorgnis bestand gleichfalls im Publikum. Hieraus und aus Bemerkungen, die ich von Freunden von mir in der Gesellschaft hörte, entnahm ich, daß fremder Einfluß am Werke gewesen war, um vor meiner Ankunft Zwietracht zu säen und Mißtrauen und Argwohn zu wecken. Eine Quelle befindet sich zweifellos jenseits des Kanals; die unvorsichtige und voreilige Sprache des britischen Ministers zeigt, daß er mit diesem Werk in Zusammenhang gestanden haben mag. Diese Umstände machten es mir unmöglich, die Gegenstände zu erwähnen, über die wir gesprochen haben, und die Du mir freundlichst auftrugst, Deinem Großvater mitzuteilen. Alles was ich tun konnte, war, kühl und ruhig das erschütterte Vertrauen zurückzuerobern und Gleichmut und Frieden in den verstörten Gemütern wiederherzustellen. Bei meinen Unterhaltungen mit dem Könige sprach ich von Deiner Person, von Deiner Festigkeit und Deinem Glauben an den Himmel und an die Zukunft Rußlands, von den schwebenden Reformen, die Du im Begriff bist einzuführen usw. Das interessierte ihn ungeheuer, und er zollte den Plänen, die ich ihm in Übereinstimmung mit Deiner Darstellung berichtete, warmen Beifall und wünschte Dir vollen Erfolg. Beiläufig erwähnte ich Deinen großen — mit dem meinigen zusammentreffenden — Gedanken eines europäischen „Zollvereins", um die Interessen der Völker Europas fester zu verknüpfen und dadurch die Bande internationaler Höflichkeit, des Wohlwollens und besseren Verständnisses zwischen all unseren Ländern zu kräftigen. All dies gefiel dem Könige so sehr, daß er beim Abschiedsfrühstück plötzlich sein Glas erhob und auf Deine Gesundheit, den Erfolg Deiner Regierung und Rußlands künftiges Gedeihen trank. Mittlerweile hatte ich von Iswolski und auch von Schoen gehört, daß verständige Männer sowohl in der Gesellschaft als auch in Regierungskreisen — unter anderen Graf Raben, der Außenminister — allmählich ganz von selbst zu dem Schlusse gelangen, daß im

Falle eines Krieges zwischen uns beiden und einer fremden Macht, wenn diese letztere unsere Ostseeküste angriffe, Dänemark zur Aufrechterhaltung seiner Neutralität nicht imstande sein und so dem Ausländer als leichte Beute anheimfallen würde. Er würde Dänemark zu seiner Operationsbasis machen und es dadurch als seinen Bundesgenossen wider Willen auf seine Seite ziehen. Dies würde es nach dem Kriege zu büßen haben — gegebenenfalls mit dem Verlust der Unabhängigkeit —, da wir niemals dulden würden, daß es ein solches Schicksal noch einmal erleide. Hieraus folgern sie, daß, da wir eine derartige Wendung der Dinge nicht zulassen und niemals dulden würden, daß der Zugang zur Ostsee in Feindeshand fällt, diese Männer für den Fall eines Kriegsausbruches sich damit abgefunden haben, eine gemeinsame Besetzung unsererseits zu erwarten, die jedoch die Gewähr bieten würde, daß ihr Gebiet unvermindert und ihre Unabhängigkeit unberührt bliebe. Da dies gerade die Art zu denken ist, die wir bei den Dänen wünschen, und da sie schon auf dem Wege dazu sind, habe ich gedacht „laß es gut sein" und sagte nichts; sie reifen allmählich zu der Frucht heran, die wir wünschen, und zur rechten Zeit wird sie uns in den Schoß fallen. Von unserer „Abmachung" habe ich kein Sterbenswort gesagt, da sie am besten geheim und unveröffentlicht bleibt, — wie wir bereits verabredet hatten —, und weil die Unverschwiegenheit des dänischen Hofes in Richtung London sprichwörtlich ist.

Die Treibereien, die ich oben andeutete, lassen erkennen, wie eifrig England am Werke ist, Feindseligkeiten und Kriege zu seinem eigenen Vorteil entstehen zu lassen. Dies erinnerte mich an die Tatsache, daß ich auf längere Zeit hinaus seinen Machenschaften und sogar im Kriege seinen Flotten allein werde gegenüberstehen müssen, da Deine Flotte noch nicht aufgebaut ist und das so etwa 6—10 Jahre in Anspruch nehmen wird! Da es gute Strategie ist, daß der Feind gezwungen werde, seine Streitkräfte zu teilen, um so eine überwältigende Kraft zu schwächen, denke ich, daß, da die Worte „de toutes ses forces de terre et de mer" (mit allen seinen Kräften zu Lande und zu Wasser) zugleich auch eine Drohung gegen die indische Grenze durch die Armeekorps an der südasiatischen Grenze enthalten, dies eine starke Ablenkung zugunsten einer Schwächung der britischen Flotte in den nordischen Gewässern Europas herbeiführen würde. Da sie genötigt sein würden, Truppentransporte nach Indien zu schicken, die wegen der Gefahr, torpediert oder gefangen genommen zu werden, starke Begleitgeschwader und dazu zahlreiche Patrouillenschiffe erfordern würden. Wodurch die Aussichten für uns hier oben etwas heller und hoffnungsvoller werden. Wenn dann, nachdem der „Frieden unterzeichnet ist", unsere „Abmachung" endlich die Form eines von Bülow und Lamsdorff ratifizierten Vertrages annimmt, wird dieser Punkt leicht geregelt werden. Diese Ratifikation ist natürlich auf meiner Seite notwendig, da, bevor er in Kraft tritt, der Bundesrat verfassungsgemäß davon in Kenntnis gesetzt werden muß — natürlich in einem geheimen Staatsrat.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 512/513

Nr. 6247

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Glücksburg

Eigenhändig

Peterhof, 24. Sept. / 7. Okt. 1905

Liebster Willy!

Laß mich Dir für Deinen lieben Brief danken, den Graf Witte mir überbrachte, und zugleich auch für die Ehre, die Du ihm erwiesen, und die

Liebenswürdigkeit, die Du ihm bezeigt hast. Er hat mir einen eingehenden Bericht von allem gegeben, was er von Dir gehört, und was er Dir gesagt hat. Ich freue mich sehr, daß sein Empfang Dir einen guten Eindruck hinterlassen hat, und daß seine leitenden Gedanken über die Weltpolitik wie die meinigen mit den Deinigen übereinstimmen.

Du weißt natürlich, daß in wenigen Tagen die Ratifikation des Friedensvertrages von Portsmouth unterzeichnet werden wird. Dann kann vermutlich unser Einverständnis von Björkoe ins Leben treten.

Dieses Dokument von unermeßlichem Wert sollte eine Stärkung oder Klärung erfahren, dergestalt, daß alle davon betroffenen Parteien in den Stand gesetzt werden, ihre Verpflichtungen ehrlich und aufrichtig zu erfüllen.

Die große Frage ist, Frankreich gemäß Art. IV des Björkoe-Vertrages in unser Verteidigungsbündnis einzubeziehen — um so einen machtvollen „Festlandsbund" aufzurichten, wie Du mit Recht die künftige Vereinigung nennst.

Wenn aber Frankreich es ablehnen sollte, sich mit uns zu verbinden, so würde nicht nur Artikel IV wegfallen, sondern auch der Sinn von Artikel I würde sich von Grund aus ändern, weil bei der gegenwärtigen Fassung seine Verpflichtungen auf jede europäische Macht abzielen, also auch auf Frankreich — Rußlands Verbündeten.

Während Deines Aufenthaltes in Björkoe hatte ich die von meinem Vater unterzeichneten Dokumente nicht bei mir, die deutlich die Grundsätze des französisch-russischen Bündnisses umschreiben und natürlicherweise jede Möglichkeit eines auch nur irgend denkbaren Zusammenstoßes zwischen ihnen ausschließen.

Die ersten Schritte, die zum Zweck der Feststellung unternommen wurden, ob Frankreich veranlaßt werden könnte, unserem neuen Vertrage beizutreten, haben uns gezeigt, daß es eine schwierige Aufgabe ist, und daß es viel Zeit kosten wird, das freiwillige Hinübertreten Frankreichs auf unsere Seite vorzubereiten. Wenn wir voreilig die Dinge mit Gewalt beschleunigen, könnte Frankreich in gegnerische Arme getrieben werden und die Vorschläge nicht geheim halten.

Ich denke daher, das Inkrafttreten des Björkoe-Vertrages sollte aufgehoben werden, bis wir wissen, wie Frankreich sich dazu stellen wird. Im Falle, daß Frankreich sich durchaus weigert, mit unseren beiden Ländern zusammenzugehen, wird es nötig sein, die Wortlaute von Artikel I und IV so abzuändern, daß sie in volle Übereinstimmung mit den Verpflichtungen Rußlands Frankreich gegenüber seit der Bildung des Dreibundes im Jahre 1890 gebracht werden.

Ich werde mein Bestes tun, um Frankreich dahin zu bringen, sich uns anzuschließen. Möge der Björkoe-Vertrag sich als ein starker Schutz erweisen, den künftigen Frieden und die Wohlfahrt unserer Länder und unserer Nachkommen zu schirmen. Die uns von der britischen Regierung gemachte Mitteilung von dem neuen englisch-japanischen Bündnisse hat in meinem Lande allgemein einen schlechten und aufreizenden Eindruck hervorgerufen. Hiernach denke ich, müssen auch die letzten Bewunderer Englands verstummen.

Verzeih, liebster Willy, daß ich Dich mit dieser langen Epistel belästige.

Ich hoffe, Ihr habt fröhliche Tage und schönes Wetter. Alix schickt Dir und Viktoria die herzlichsten Grüße.

Ich bleibe Dein ganz ergebener

Vetter und Freund

Nicky

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 513/514

Nr. 6248

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Glücksburg, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

S. M. Y. „Hohenzollern", Glücksburg, 12. Oktober 1905

Der Wortlaut des Vertrages — den wir in Björkoe übereinstimmend festgestellt haben — verstößt nicht gegen das französisch-russische Bündnis; vorausgesetzt natürlich, daß letzteres nicht unmittelbar gegen mein Land gerichtet ist. — Andererseits können die Verpflichtungen Rußlands gegen Frankreich nur so weit gehen, als Frankreich sie durch sein Verhalten verdient. Dein Verbündeter hat Dich während des ganzen Krieges offenkundig im Stiche gelassen, wogegen Deutschland Dir in jeder Weise so weit wie möglich geholfen hat, ohne die Neutralitätsgesetze zu übertreten. Das legt Rußland moralisch auch Verpflichtungen gegen uns auf; do ut des. Inzwischen haben die Enthüllungen Delcassé's der Welt gezeigt, daß, obwohl Frankreich Dein Verbündeter ist, — es nichtsdestoweniger eine Abmachung mit England getroffen hat und auf dem Sprunge stand, mit britischer Hilfe mitten im Frieden über Deutschland herzufallen, während ich mein Bestes tat, Dir und Deinem Lande, seinem Verbündeten, zu helfen! Das ist ein Versuch, den es (Frankreich) nicht wiederholen darf, und gegen dessen Wiederholung ich erwarten muß, daß Du mich schützen wirst! Ich stimme vollkommen mit Dir darin überein, daß es Zeit, Mühe und Geduld kosten wird, Frankreich zu veranlassen, sich uns beiden anzuschließen, aber die vernünftigen Leute werden sich künftighin Gehör und Einfluß verschaffen! Unsere Marokkoangelegenheit ist zu voller Zufriedenheit geregelt, sodaß die Luft rein ist für ein besseres Einvernehmen zwischen uns. Unser Vertrag ist ein sehr guter Grund, darauf zu bauen. Wir haben uns die Hände gereicht und vor Gott unterzeichnet, der unsere Gelübde gehört hat! Ich bin daher der Ansicht, daß der Vertrag sehr wohl ins Leben treten kann. Wenn Du jedoch irgendwelche Abänderungen in der Fassung oder den Bestimmungen wünschst, oder Vorkehrungen für die Zukunft oder verschiedene unerwartete Möglichkeiten — wie z. B. die gänzliche Ablehnung Frankreichs, die unwahrscheinlich ist, — will ich gern jedem Vorschlage entgegensehen, den Du für geeignet hältst, mir vorgelegt zu werden. Bis sie mir vorgelegt sind und wir uns darüber geeinigt haben, müssen wir an dem Vertrage, so wie er ist, festhalten. Deine gesamte einflußreiche Presse, — „Nowosti", „Nowoje Wremja", „Russy" usw., — ist seit vierzehn Tagen heftig deutschfeindlich und britenfreundlich geworden. Zum Teil sind sie zweifellos mit schweren Summen britischen Geldes gekauft worden. Dennoch macht es mein Volk äußerst behutsam und tut den neu aufkeimenden Beziehungen zwischen unseren Ländern großen Schaden. All diese Vorkommnisse zeigen, daß die Zeiten unruhig sind, und daß wir freie Fahrt haben müssen, um zu steuern; der Vertrag, den wir unterzeichnet haben, ist ein Mittel, geraden Kurs zu halten, ohne störenden Eingriff in Dein Bündnis als solches. Was unterzeichnet ist, ist unterzeichnet! und Gott ist unser Zeuge! Ich werde Deine Vorschläge abwarten. Besten Gruß an Alix.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 519/520

Nr. 6250
Anlage

Der Präsident des Russischen Ministerkomitees, Graf Witte, an den Botschafter a. D. Fürsten zu Eulenburg

Abschrift

St. Petersburg, den 8. Oktober 1905

Herr Fürst,

Da ich weiß, welchen Anteil Sie der Sache entgegenbringen, über die ich mich zu meiner großen Freude während meines höchst angenehmen Aufenthaltes in Rominten mit Eurer Exzellenz unterhalten durfte, benutze ich eine sich bietende Gelegenheit, Ihnen einige Worte darüber zu schreiben.

Der Stand der fraglichen Sache ist folgender: Nicht nur bleibt mein Erhabener Herr bei der getroffenen Entscheidung, sondern ich glaube, daß die letzten Ereignisse seine Überzeugung von der Notwendigkeit, das vorgesetzte Ziel zu erreichen, sogar noch gestärkt haben. Als ich daher Seiner Majestät dargetan hatte, daß ich dieser Sache vollkommen beipflichtete, war es überflüssig für mich, ihre Wichtigkeit zu betonen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist grundsätzlich auch für die Sache. Aber wie es scheint, bilden die Verträge, die in Björkoe nicht vorgelegen haben, einige Hindernisse. Die ganze Frage besteht nun darin, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Wie mir scheint, ist es unmöglich, die besagten Verträge nicht in Betracht zu ziehen, denn nicht allein für einen Staat, sondern auch für einen Privatmann, der Selbstachtung besitzt, ist es unzulässig, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen, — andererseits ist ganz gerade so notwendig, wirksame Maßregeln zu treffen, um das gesteckte Ziel mit der ihm gebührenden Tatkraft zu erreichen zu suchen. Diese Tatkraft muß aus der Überzeugung von der Notwendigkeit der Sache, die man sich vorgenommen hat, hervorgehen. So wird denn alles von der Diplomatie abhängen. Gleichzeitig darf man nicht verkennen, daß die französische Regierung niemals gegen die öffentliche Meinung angehen wird, noch gegen sie angehen kann. Man muß also die öffentliche Meinung und damit den Boden für die Regierung vorbereiten. Diese Aufgabe erheischt Geschicklichkeit und Mittel. Von diesen letzteren kann keine Rede sein, und infolgedessen wird alles von der Gewandtheit und dem Einflusse der Botschafter in Paris abhängen.

(gez.) Graf Witte

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 521

Nr. 6252

Der Botschafter a. D. Fürst zu Eulenburg an den Präsidenten des Russischen Ministerkomitees Grafen Witte

Privatbrief. Entwurf

Liebenberg, den .. Oktober 1905

Mein lieber Graf,

Erlauben Sie mir, Ihnen zu Beginn meiner Arbeit auf Ihr liebenswürdiges Schreiben vom 8. d. M. meine aufrichtigen Glückwünsche zu der großen, so wohlverdienten Ehrung auszusprechen, die Seine Majestät der Kaiser von Rußland geruht hat, Ihnen zuteil werden zu lassen, indem er Sie in den Grafenstand erhob.

Ich habe es für richtig gehalten, Ihren Brief Seiner Majestät meinem Erhabenen Herrn zu zeigen. Seine Majestät hat mit lebhaftem Interesse davon Kenntnis genommen.

Was die wichtige Angelegenheit betrifft, die Sie darin andeuten, scheint sie mir vollkommen in Ordnung zu sein, da und seitdem die Ratifikation des Friedensvertrages von Portsmouth stattgefunden hat. Wenn daher auf russischer Seite noch darauf bezügliche Wünsche vorhanden sein sollten, könnte die deutsche Regierung nur abwarten, ob ihr derartige Wünsche von der russischen Regierung vorgelegt werden. In diesem Falle würden diese Wünsche, daran zweifle ich nicht, mit jedem der Sache entsprechenden Eifer geprüft werden.

Sie haben nur zu sehr recht, wenn Sie auf die große Rolle hinweisen, die der Diplomatie in der Erfüllung der gegebenen Aufgabe zufällt. Leider aber werden Euer Exzellenz jetzt, bei den inneren Unruhen in Ihrem Lande für zu unentbehrlich gehalten werden, als daß man daran denken könnte, Sie nach Paris zu schicken. Ich kann mich jedoch des Gedankens nicht entschlagen, daß Graf Witte als Titularchef der russischen Botschaft an den Ufern der Seine gerade „the right man in the right place" (der rechte Mann an der rechten Stelle) sein würde.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 522/23

Nr. 6254

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Zarskoe Selo, den 10./23. November 1905

Liebster Willy,

Sechs Wochen sind vergangen, seitdem ich Dir das letzte Mal schrieb, und eine Menge Ereignisse haben sich in diesem kurzen Zeitraum zugetragen.

Vor allem aber muß ich auf die Frage unseres Björkoe-Vertrages zurückkommen. Du entsinnst Dich, daß, als er unterzeichnet wurde, der Krieg mit Japan noch im Gange war, und es schien, daß reichlich Zeit vorhanden sein würde, Frankreich auf seine Teilnahme vorzubereiten. In den letzten Wochen eingetretene Ereignisse haben gezeigt, daß nicht viel Aussicht vorhanden ist, es für unseren Vertrag „à trois" (zu dreien) zu gewinnen, wenigstens für jetzt.

Rußland hat keinen Grund, seinen alten Verbündeten aufzugeben oder ihn zu verletzen.

Unser Einfluß muß ein vorsichtiger und beharrlicher sein, um Erfolg zu haben, und sicherlich einige Zeit in Anspruch nehmen.

Eine ernste Schwierigkeit aber würde sich ergeben, wenn Frankreich sich weigerte, sich unserem Einverständnisse anzuschließen. In diesem Falle würden Deutschland und Rußland allein bleiben, und, wenn das Geheimnis von Björkoe durchsickern sollte, bin ich unbedingt sicher, daß sich eine starke Koalition gegen uns beide bilden wird (Krimbündnisse usw.) [1]).

Nichtsdestoweniger, wie Du richtig sagst, was unterzeichnet ist — ist unterzeichnet. Die gleiche Loyalität macht es mir zur Pflicht, zu erfüllen, was von meinem Vater unterzeichnet wurde und nicht mit einem Federzuge gestrichen werden kann.

Um daher imstande zu sein, die Bestimmungen des neuen Vertrages mit Deutschland ebenso loyal zu erfüllen, hält Rußland es für notwendig, das Björkoe-Abkommen durch die beigefügte Erklärung zu ergänzen [2]).

Das macht die ganze Sache klar [3]), und ich bin sicher, daß Du meinen Wunsch, nichts an unserer Abmachung selbst zu ändern, billigen wirst.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1]) Ist schon längst da! „Entente cordiale" ist ja nichts anderes!

[2]) d. h. überhaupt nicht zu erfüllen!

[3]) ja, sehr!

Darf ich einen Gegenstand erwähnen, der mich nicht unmittelbar betrifft? Als Graf Witte aus Deutschland zurückkehrte, sagte er mir, er hätte mit Dir über die Marokkofrage gesprochen. Rouvier und Radolin wären der gleichen Ansicht über die bevorstehende Konferenz. Kürzlich hörte ich, daß Dein Gesandter in Tanger die Dinge da drüben nicht mit Ruhe, nicht mit derselben Weitherzigkeit ansieht wie seine Regierung und die Frankreichs.

Ich glaube, es würde nicht ganz der geeignete Augenblick dafür sein, daß irgendwo in Europa oder nahe dabei Verwicklungen [4]) entstünden. Verzeih' mir, aber ich halte es für meine Pflicht, Dich, wie ein treuer Freund es tun sollte, zu warnen. Vielleicht befiehlst Du Tattenbach, ruhig Blut zu bewahren [5]).

England versucht mit Macht, uns zu einer Verständigung in asiatischen Grenzfragen herumzukriegen, und das unmittelbar nach der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses!

Ich [6]) habe nicht die geringste Neigung, Verhandlungen mit England zu eröffnen, und so wird die Sache von selbst im Sande verlaufen.

Die Wandlungen unserer inneren Angelegenheiten sind Dir hinlänglich bekannt. Ich danke Dir nochmals für die Sendung von vieren Deiner Torpedoboote mit Postsachen von Memel, es war von sehr großem Nutzen. —

Jetzt arbeiten die Eisenbahnen wieder, und die Streiks sind vorüber, für wie lange aber?

Es ist ein demütigendes Gefühl, nicht imstande zu sein, diese Streiks zum Stillstand zu bringen, die ein Fluch und eine wahre Gefahr für das ganze Land sind. Nahezu $^3/_4$ des Heeres und alle Eisenbahntruppen sind in der Mandschurei, daher ist es schwierig, in diesem Augenblick gegen die Bewegung anzukämpfen. Ich verlasse mich fest auf Witte, aber, merkwürdig genug, seine Tatkraft ist nicht die, die ich erwartet hatte. Allerdings ist eine große Anzahl von Russen weit davon entfernt, zu seinen Bewunderern zu gehören, und doch stimmen alle darin überein, daß k e i n e r außer ihm da ist, um an seiner Stelle zu stehen.

Ich muß Witte oft anspornen, wenn er über diese oder jene Maßregel zu entscheiden hat.

Dieser Brief ist zu lang für mich geworden, um bei diesem Gegenstande zu verweilen. Ich werde ihn im nächsten wieder aufnehmen. Alix und ich senden Dir unsere besten Grüße.

Ich bin, liebster Willy, stets Dein Dich liebender und ganz ergebener Vetter und Freund und Bundesgenosse.

N i c k y

Anlage

Erklärung

In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich einem unmittelbaren Beitritt der französischen Regierung zu dem in Björkoe am 11./24. Juli 1905 unterzeichneten Verteidigungsbündnisse entgegenstellen, — als welcher Beitritt in Artikel IV besagten Vertrages vorgesehen ist, — soll als abgemacht gelten, daß Artikel I dieser Akte keinerlei Anwendung im Falle eines Krieges mit Frankreich finden kann, und daß die gegenseitigen Verpflichtungen, die letztere Macht mit Rußland vereinigen, bis zum Zustandekommen eines Abkommens zu Dreien in vollem Umfange aufrechterhalten werden.

Peterhof, den Oktober 1905.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II..

[4]) Stambul? Mazedonien? Flottendemonstration?

[5]) !!

[6]) Lamsdorff hat schon?

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 526

Nr. 6256

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland,

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

26. XI. 1905

Dank für Brief. Werde nach Anhörung Kanzlers antworten. Deine Nachrichten über Tattenbach unzutreffend. Er hat die ganze Zeit über „en concert" (im Einvernehmen) mit seinem französischen Kollegen gehandelt, und beide haben Fez schon seit einiger Zeit verlassen. Ich bin ganz Deiner Meinung, daß Verwicklungen in und nahe Europa vermieden werden sollten. Es ist kein Grund zur Besorgnis vorhanden, daß in oder wegen Marokko welche entstehen könnten. Mazedonien und die Balkanländer sind sehr viel gefährlicher; und die Flottendemonstration gegen die Türkei in diesem Augenblick kann zu höchst unerwarteten Folgen führen, wenn die „amour propre" (die Eigenliebe) der islamitischen Welt den ihrem Herrn auferlegten Druck mit Unwillen verspüren sollte. Das Werk des „Krimbundes" ist hier zu erkennen!

Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 526/527

Nr. 6257

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Unsigniertes Reinkonzept

Neues Palais, den 28. XI. 1905

Liebster Nicky,

Der Kanzler, dem ich einige Stellen aus Deinem Briefe vorlas, sagte mir, daß unser rein auf Verteidigung gerichtetes Abkommen unmöglich mit dem von Deinem Vater abgeschlossenen Vertrage in Widerspruch stehen kann. Denn wäre dies der Fall, so würde das bedeuten, daß durch den französischen Vertrag Rußland gebunden ist, Frankreich sogar bei einem Angriffskriege gegen Deutschland zu unterstützen! Eine derartige Möglichkeit aber, d. h. Rußland Frankreich in einer gegen uns gerichteten Angriffspolitik unterstützend, haben wir bis jetzt nie auch nur einen Augenblick der Betrachtung für wert gehalten, weil Dein lieber Vater mir oft gesagt hat, er würde jeder Zeit jedem Angriffskriege offen entgegentreten, ganz abgesehen davon, daß er in höchst freundschaftlichen und innigen Beziehungen zu mir stände. Dies wird durch die Tatsache erläutert, daß er im Jahre 1891, bei den Manövern in der Nähe von Narwa, seine Abneigung gegen das französische republikanische System offen zum Ausdruck brachte, und dabei für eine Wiederherstellung der Monarchie in Paris eintrat, bei welchem Unternehmen er mich bat, ihm behülflich zu sein. Wenn der französische Vertrag, wie unserer, rein auf Verteidigung gerichtet ist, dann liegt keine Unvereinbarkeit zwischen den beiden vor, und der eine schließt den anderen nicht aus, sodaß keine weitere Erklärung vonnöten ist.

Andererseits kann ich verstehen, daß es sich für Dich empfiehlt, Dich nicht in diesem Augenblick öffentlich für meinen Bundesgenossen zu erklären, wo die internationalen Revolutionäre die infame Lüge verbreiten, ich hätte Dich zugunsten der Reaktion zu beeinflussen gesucht. Mein glühender Wunsch ist, daß Du ohne Schaden durch die gegenwärtige Spannung hindurchgelangen mögest, und daß Dein Volk Deine edlen Absichten voll erfassen möge. Nun mußt Du abwarten und sehen, wie die Einrichtungen, die Du ins Leben gerufen hast, bei ihrer Anwendung wirken; erst, wenn dies geschehen, wird es möglich sein, zu beurteilen, ob und wie Abänderungen erforderlich sind.

Was Deine Meinung über Witte betrifft, so kann ich natürlich nicht den Anspruch erheben, ihn so genau zu kennen wie Du, aber jedenfalls hat er auf mich den Eindruck eines hoch über dem Durchschnitt stehenden Mannes gemacht. Gleichzeitig freue ich mich, daß Du Deinen Oheim Nikolaus Nikolajewitsch in Dein Vertrauen gezogen hast. Er scheint mir ein Zusatzelement an Festigkeit darzustellen, und Festigkeit mag wohl vonnöten sein, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Ohne Ordnung kann die junge Freiheit nicht leben.

In Bezug auf Tattenbach und Marokko sind Deine französischen Nachrichten unzutreffend. Ich strebe nicht und strebte niemals nach einem besonderen Vorteil für Deutschland, und Tattenbach hat nie eine eigene Politik verfolgt. Das ist etwas Unerhörtes in meinem Dienst; denn meine Vertreter im Auslande vertreten nur eine Politik, und das ist meine! Deutschland wünscht nur, die offene Tür zu sichern, das heißt, ein Interesse, das wir mit allen seefahrenden und handeltreibenden Völkern gemeinsam haben. Es ist auch nicht der geringste Grund dafür vorhanden, daß auf dieser Grundlage nicht ein billiges Übereinkommen mit Frankreich erreicht werden sollte; ich vertraue darauf, daß Du, dessen beständiges Streben darauf gerichtet ist, den Frieden zwischen allen Völkern und den guten Willen in der ganzen zivilisierten Welt zu fördern, Deine machtvolle Hilfe einsetzen wirst, um die Konferenz zu einer allgemeinen Verständigung auf der Grundlage der Erhaltung der offenen Tür zu bringen. Ein Wort an Deinen Vertreter auf der Konferenz in dieser Richtung wäre von größtem Vorteil, da es meinem Gesandten seine Aufgabe erleichtern würde.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 527/528

Nr. 6258

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Zarskoe Selo, den 2. Dezember 1905

Besten Dank für Deinen lieben Brief, über den ich mich sehr gefreut habe. Unser Bündnis mit Frankreich ist ein Bündnis der Verteidigung. Ich denke, die Erklärung, die ich Dir sandte, könnte in Kraft bleiben, bis Frankreich unser neues Abkommen annimmt[1]). Gewiß will ich alles tun, was in meiner Macht steht, um die Marokko-Konferenz zu einer allgemeinen Verständigung zu bringen. Freundlichen Gruß von uns beiden.

[1]) . . . Auf deutscher Seite, und namentlich bei Wilhelm II., hinterließ das ausweichende russische Verhalten in der Vertragsangelegenheit einen peinlichen Eindruck, der sich bei dem Kaiser verstärkte, als der Zar ihm am 21. Januar 1906 brieflich mitteilte, daß er dem Vorschlag des Präsidenten Loubet auf Attachierung eines französischen Generals bei der Person des Zaren im Prinzip zugestimmt habe, „besonders vom Standpunkte des wahren Sinnes unseres Björkoe-Vertrages aus". Es ist charakteristisch, wie der Zar diese Behauptung zu begründen suchte: „Ich denke, Frankreich wird durch diese Aufmerksamkeit Rußland noch näher gebracht werden. Solange ich es fest an der Hand halten kann, wird es friedlich und ruhig bleiben. Mir scheint daher, daß die Festlandsinteressen und mehr noch die Interessen Deutschlands dabei nur gewinnen können. Und mit Gottes Hilfe wird Dein richtiger Gedanke, einen ‚neuen Dreibund' zu bilden, eines Tages greifbare Wirklichkeit werden." . . . Die neueste Phase Russo-Gallischer Allianz „streift ans Lächerliche" . . .

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 535

Nr. 6263

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, z. Z. in Lenox, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Lenox, den 17. August 1904

Nachdem ich Präsident auf Artikel der „New York Sun" (cfr. Telegramm Nr. 83 vom 12. d. M.) aufmerksam gemacht hatte, schreibt er mir folgendes:

„Das ist ein sehr interessanter und bezeichnender Ausschnitt. Mir waren unbestimmte Gerüchte über einen derartigen Plan zu Ohren gekommen, und das ist zum Teil auch der Grund, warum ich mich Ihnen gegenüber in dieser Weise über das Verfahren bei der Wahl eines chinesischen Vizekönigs, wenn sich jemals die Notwendigkeit herausstellen sollte, einen solchen für die zwischen uns besprochene Lage zu wählen, geäußert habe. Ich glaube an die offene Tür für den Jangtse genau so wie für die Mandschurei."

. . . . . Sternburg

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 556/557

Nr. 6276

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Washington, Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Berlin, den 4. Januar 1905

Inhalt in Briefform sofort dem Präsidenten durch seinen Privatsekretär in unauffälliger Weise übergeben lassen:

„Nachdem ich dem Kaiser Ihre Ansichten über die Entwickelungen im fernen Osten vorgetragen hatte, hat mich Seine Majestät gebeten, Ihnen folgendes zu drahten: Er ist hocherfreut zu hören, daß Sie der Politik der offenen Tür fest anhängen und die bestehende Unverletzlichkeit Chinas, die der Kaiser gegenwärtig schwer bedroht glaubt, hochhalten. Eine genaue Beobachtung der Ereignisse hat ihn fest davon überzeugt, daß ein machtvoller, gegen die Unverletzlichkeit Chinas und die offene Tür gerichteter Bund unter der Führung Frankreichs in Bildung begriffen ist. Das Ziel dieses Bundes ist, die Kriegführenden zu überzeugen, daß der Friede ohne Entschädigung für die neutralen Mächte unmöglich ist. Die Bildung dieses Bundes kann, wie der Kaiser zuverlässig glaubt, durch folgende Maßregel hintertrieben werden: Sie würden bei allen am fernen Osten beteiligten Mächten unter Einschluß der kleineren anfragen, ob sie geneigt sind, Bürgschaft zu geben, daß sie für sich selbst keinerlei Entschädigung in Gestalt irgendwelcher Gebiets- oder anderweitiger Entschädigungen in China oder sonstwo für irgendwelche den Kriegführenden im Interesse des Friedens oder aus irgendeinem anderen Grunde geleisteten Dienste verlangen wollen. Eine derartige Aufforderung würde die Mächte zwingen, ihre Karten aufzudecken, und alle gegen die offene Tür oder die Unverletzlichkeit Chinas gerichteten versteckten Anschläge würden sofort offenbar werden. Ohne diese Bürgschaft würden die Kriegführenden es unmöglich finden, Gebietsvorteile zu erlangen, ohne zugleich die selbstischen Ziele der neutralen Makler zu fördern. Nach Ansicht des Kaisers ist die Gewährung einer gewissen Gebietsmenge an beide Kriegführende, gegebenenfalls in Nordchina, unvermeidlich. Die offene Tür könnte innerhalb dieses Gebietes durch Vertrag aufrechterhalten werden. Deutschland würde sich natürlich an erster Stelle zu dieser Politik der Uneigennützigkeit verpflichten. Besprechungen, die ich hier mit führenden Män-

nern anderer Länder hatte, haben mir auch persönlich den Eindruck gemacht, daß die Gefahr der Forderung von beträchtlichen Entschädigungen durch Neutrale ernstlich scheint. Jede an den Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Washington gerichtete schriftliche Antwort würde mir zuverlässig in englischer Chiffre gekabelt werden. Sternburg."

Bülow

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 557

Nr. 6277

Der Geschäftsträger in Washington, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Washington, den 11. Januar 1905

Soeben geht mir von Präsident Roosevelt folgende für Seine Exzellenz Freiherrn Speck von Sternburg bestimmte Antwort zu:

„Mein lieber Botschafter!

Ich habe Ihre Depesche mit aufmerksamer Teilnahme gelesen und bitte Sie, dem Kaiser meine dankbare Würdigung seiner Anregungen auszudrücken. Ich stimme mit ihm wegen der Wichtigkeit der Sache vollkommen überein und werde sogleich Maßregeln ergreifen, um die Ansichten verschiedener Mächte in bezug hierauf festzustellen. Inzwischen würde ich mich freuen, wenn Sie Seiner Majestät meinen herzlichen Dank für seine Sendung darbringen wollten nebst meiner tiefen Erkenntlichkeit der mir gegebenen höchst willkommenen Versicherung seiner Uneigennützigkeit und seiner Absicht, keinerlei Gebietserwerbungen zu verlangen, sowie seiner andauernden, machtvollen Unterstützung der Politik der offenen Tür und der Unverletzlichkeit Chinas. Roosevelt."

10. Januar 1905 Bussche

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 558

Nr. 6278

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen

Note. Ausfertigung

F. O. Nr. 491 Berlin, den 14. Januar 1905

Euer Exzellenz!

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich von der Regierung der Vereinigten Staaten Weisungen erhalten habe, Euer Exzellenz von ihren Ansichten über gewisse Fragen, die sich auf den gegenwärtigen Krieg zwischen Rußland und Japan und auf die Wahrung der Unverletzlichkeit des chinesischen Kaiserreiches beziehen, in Kenntnis zu setzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat kürzlich erfahren, daß bei einigen der Großmächte die Besorgnis besteht, es könnten Ansprüche auf die Überlassung von chinesischem Gebiet von neutralen Mächten in Verbindung mit der etwaigen Festsetzung des Friedens zwischen Rußland und Japan erhoben werden.

Der Präsident würde diese Besorgnis ungern teilen, weil er des Glaubens ist, daß, wenn fremde Interessen in dem gegenwärtigen Kampf im fernen Osten eingeführt werden, diese die Lösung der vorliegenden Streitfragen verzögern und ernstlich behindern und die Erlangung des so dringend zu wünschenden Friedens in weitere Ferne rücken würden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat des öfteren ihre Haltung in dieser Hinsicht zu erkennen gegeben und ist durch die herzliche Aufnahme

erfreut worden, die ihre Bemühungen fanden, die freiheitliche Politik der Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit Chinas und der offenen Tür im Osten zu festigen und dauernd zu gestalten, damit alle Nationen gleichermaßen Handelsmöglichkeit und freien Zutritt genießen können.

Die Regierung der Vereinigten Staaten lehnt daher jeden Gedanken an territoriale Sonderansprüche oder Aufsichtsrechte im chinesischen Kaiserreiche ab[1]) und hält es für angemessen, diesen Vorsatz offen zum Ausdruck zu bringen, zur Beseitigung aller Besorgnis in diesem Punkte, soweit hierbei die Politik der Vereinigten Staaten in Frage kommt, die einen so ansehnlichen Teil des chinesischen Handels am Stillen Ozean unterhält und in der nächsten Nähe von China selbst so bedeutende Besitzungen im westlichen Teile des Stillen Ozeans inne hat[2]).

Ich erlaube mir, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich, indem ich die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf diesen Gegenstand lenke, angewiesen bin, eine Äußerung der Ansichten der Kaiserlich Deutschen Regierung hierüber zu erbitten.

Ich benutze diese Gelegenheit, Eurer Exzellenz die Versicherung meiner größten Hochachtung zu erneuern.

Charlemagne Tower

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Das ist ebenfalls genau die Stellung meiner Regierung! W.

[2] und ich stimme voll und ganz diesem Grundsatze bei, den die V. S. Regierung zur Grundlage ihrer Beweisgründe für die Wahrung der Unverletzlichkeit Chinas und die offene Tür gemacht hat. W.

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 562/563

Nr. 6281

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Washington, Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 3 Berlin, den 17. Januar 1905

Nachstehendes Schreiben bitte ich auf demselben Wege wie dasjenige vom 4. d. Mts. an Präsident Roosevelt gelangen zu lassen:

„Paris, 15. Januar 1905

Ich erhielt Ihr telegraphisches Schreiben heute durch Boten. Ich antworte auf dem gleichen Wege. Ich freue mich zu sehen, daß Ihre Ansichten über die Hauptpunkte der strittigen Fragen mit denen des Kaisers zusammentreffen.

Ich werde am ersten des nächsten Monats etwa in Washington zurück sein. Inzwischen kann ich melden, daß gemäß kürzlich aus Petersburg erhaltener Nachricht amtliches Rußland bis jetzt den Gedanken an Frieden zurückweist, weil natürlich die Bedingungen unter den gegenwärtigen Umständen ungünstige sein würden. Andererseits hat Graf Lamsdorff, wie ich Ihnen schrieb, vor etwa vier Wochen den deutschen Botschafter benachrichtigt, daß die russischen Friedensbedingungen Frankreich bereits mitgeteilt worden wären. Diese bezeichnende Tatsache läßt erkennen, wie wichtig es ist, die französische Regierung in bezug auf Uneigennützigkeit auszuforschen. Sternburg."

Bülow

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 563

Nr. 6282

Der Geschäftsträger in Washington, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Washington, den 18. Januar 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 3.

Auf das von mir heute früh an den Präsidenten gesandte Schreiben erhielt soeben folgende Antwort:

„Baron H. Sternburg, deutscher Botschafter.

Habe nicht nur die von Ihnen genannte Regierung auf formellem Wege über ihre Uneigennützigkeit ausgeforscht, sondern auch persönlich durch ihren Botschafter in Washington. Ich hoffe, günstige Antwort zu erhalten. Wie Sie nunmehr wissen werden, haben wir von England und Italien Antworten erhalten, die sich in Bezug auf die Wahrung der Unverletzlichkeit Chinas und die bestimmte Ablehnung seitens der neutralen Mächte, im Friedensfalle irgendwelche Gebietsentschädigung für sich anzunehmen, genau auf den gleichen Boden stellen wie Deutschland und die Vereinigten Staaten. Roosevelt."

Bussche

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 563

Nr. 6283

Der Geschäftsträger in Washington, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Washington, den 20. Januar 1905

Als ich mich gestern abend nach Schluß des diplomatischen Diners vom Präsidenten verabschiedete, sagte er mir: „Es war ein sehr interessanter Schriftwechsel, der dieser Tage zwischen Ihrem Botschafter und mir geführt wurde. Ich bin entzückt, daß wir sie alle dahin bekommen haben, mit den Wünschen des Kaisers übereinzustimmen."

Bussche

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 607/608

Nr. 6313

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower, an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändige Ausfertigung

4. Juni 1905

Euer Majestät!

Ich habe, an der Domtür, die Note empfangen, die Euer Majestät mir die Ehre erwiesen haben, über die gegenwärtige Lage an mich zu richten, deren Ernst ich voll zu würdigen weiß.

Ich werde sogleich ein Chifferntelegramm an den Präsidenten schicken, um ihm die Botschaft Eurer Majestät mitzuteilen.

Zugleich wage ich, Euer Majestät zu bitten, meine Dienste zu gebrauchen,

wenn ich in irgendeiner Weise für die Förderung der Wünsche und Absichten Eurer Majestät Verwendung finden kann.

Ich bin mit der größten Hochachtung

Eurer Majestät

gehorsamer Diener

Charlemagne Tower

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ich habe Tower beauftragt, von mir persönlich aus Rooseveldt zu informieren wie ich die Lage ansehe, daß ich an S. M. darüber geschrieben, und Roosevelt S. M. vorgeschlagen habe als Mittler falls S. M. damit einverstanden sein sollte [1]).

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 608/609

Nr. 6314

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Washington, den 5. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 121 vom 3. Juni.

. . . . . .

. . . Präsident, welcher russischem Botschafter bei vorgestriger Begegnung klar und rückhaltlos seine Ansicht über Rußlands Lage mitgeteilt hat, schickt soeben folgendes Telegramm an amerikanischen Botschafter in St. Petersburg:

„Der Präsident spricht in dem höchst ernsten und aufrichtigen Verlangen zu überlegen, was das Beste für Rußland ist. Es ist die Meinung aller Außenstehenden unter Einschluß aller, die zu den wärmsten Freunden Rußlands gehören, daß der gegenwärtige Kampf vollkommen hoffnungslos ist, und daß seine Fortsetzung nur zu dem Verlust der sämtlichen russischen Besitzungen in Ostasien führen kann. Ich rate daher auf das Dringendste dazu, daß die russischen und japanischen Bevollmächtigten zusammentreffen, um in gemeinsamer Beratung festzustellen zu versuchen, ob es nicht möglich ist, über Friedensbedingungen einig zu werden. Ich glaube, es wird besser für sie sein, zusammenzukommen, um die ganze Friedensfrage zu erörtern, als eine außenstehende Macht mehr tun zu lassen, als sich um das Zustandekommen der Begegnung zu bemühen. Nach der Zusammenkunft wird noch

---

[1]) Vgl. den Brief Wilhelms II. an den Zaren vom 3. Juni 1905 (Kap. 137, Nr. 6193, gedruckt: Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz, p. 370 ff.), worin der Kaiser ernst und nachdrücklich zu Friedensverhandlungen riet und den Präsidenten Roosevelt als Vermittler empfahl: „Vielleicht darf ich Deine Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken daß die Japaner zweifellos die größte Achtung vor Amerika haben vor allen anderen Nationen. Weil diese gewaltig aufstrebende Macht mit ihrer ungeheuren Flotte ihnen am nächsten ist. Wenn irgendeiner in der Welt imstande ist, die Japaner zu beeinflussen und sie zu veranlassen, in ihren Vorschlägen vernünftig zu sein, so ist es Präsident Roosevelt. Sollte es Deine Zustimmung finden, so könnte ich mich leicht — privatim — mit ihm in Verbindung setzen, da wir sehr vertraut miteinander sind; auch mein Botschafter ist mit ihm befreundet. Außerdem hast Du Herrn Meyer, den ich seit Jahren kenne, und der mein volles Vertrauen besitzt. Du kannst ihn kommen lassen, offen mit ihm reden, er ist höchst verschwiegen und vertrauenswürdig.“ Das Schreiben ist vom Kaiser eigenhändig, anscheinend ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amtes, entworfen. (Vgl. die wörtliche Übersetzung auf S. 227).

Zeit genug sein, Anregungen seitens irgendeines außenstehenden Freundes der einen oder anderen Partei zu erörtern. Wenn Rußland sich mit einer solchen Zusammenkunft russischer und japanischer Bevollmächtigter zur Erörterung von Friedensbedingungen einverstanden erklärt, will ich Japans Zustimmung zu erlangen suchen, dabei lediglich aus eigenem Antriebe handelnd und ohne zu sagen, daß Rußland eingewilligt hat. Ich denke, es wird mir gelingen. Bis dahin haben alle Schritte streng geheim zu bleiben. Alsdann werde ich offen an jede der beiden Mächte das Ersuchen richten, das Zusammentreffen anzunehmen, woraufhin dieses als für den Frieden bestimmt abgehalten werden wird, und zwar, wie ich anregen möchte, irgendwo zwischen Tscharbin und Mukden; das ist jedoch nur ein Vorschlag.

(gez.) Theodor Roosevelt."
Sternburg

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 612/613

Nr. 6317

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Theodore Roosevelt, an den amerikanischen Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower

Abschrift von der Hand des Botschafters Tower, von dem Botschafter am 6. Juli dem Kaiser übersandt

Persönlich Washington, 24. Juni 1905

Mein lieber Herr Botschafter!

Ich messe dem Vorgehen des Kaisers den größten Wert bei. Ob wir die Japaner und Russen dazu bekommen können, Frieden zu schließen, weiß ich nicht; ich hoffe aber, daß Sie persönlich dem Kaiser sagen werden, wie hoch ich das einschätze, was er getan hat, und daß nach meiner Meinung es sich als gebieterische Notwendigkeit herausstellen kann, seine Hilfe zu erlangen, um den Zaren zum Friedenschließen zu bringen. Ich hoffe, die Japaner werden in ihren Forderungen mäßig sein, und ich werde mich bemühen, sie zum Maßhalten zu veranlassen; man muß sich aber darüber klar sein, daß sie die Sieger sind; daß ihr Erfolg ein vollständiger und überwältigender war, und daß sie berechtigt sind, sehr greifbare Zugeständnisse als Friedenspreis zu verlangen.

Die Schwierigkeit wird von Rußland ausgehen, dem es hart ankommen wird, sich zur Hergabe dessen zu entschließen, was die Japaner durchaus mit Fug und Recht fordern können. — Sowohl zu Lande wie zu Wasser ist der Sieg der Japaner ein überwältigender gewesen, und sie haben nun nichts mehr von Rußland zu fürchten, während aller menschlichen Voraussicht nach, wenn der Krieg noch ein Jahr dauert, Rußland alle seine asiatischen Besitzungen im fernen Osten verlieren wird. Rußland muß sich mit dem Gedanken abfinden, daß dieser Krieg ein Fehlschlag ist, und daß es Sache seiner Klugheit ist, sich den Frieden unter den besten Bedingungen, die es haben kann, zu sichern, — ihn zu sichern aber auf alle Fälle. Tut es dies nicht, dann könnte, was schon jetzt ein Unglück ist, zu einem wahrhaft überwältigenden Unglück werden, und Rußland könnte so verletzt werden, daß es sich für ein Jahrhundert nicht wieder erholen kann. Ein Friede aber, der ihm eine tüchtige Kriegsentschädigung und die Übergabe von, sagen wir, der Insel Sachalin an die Japaner auferlegt, sollte von Rußland willkommen geheißen werden. Wenn es also klug ist, wird es ihn willkommen heißen. Ich hege die sehr ernste Hoffnung, daß die Festlandsmächte Rußland raten werden, die Sache so vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus anzusehen.

Aufrichtig der Ihrige
(gez.) Theodore Roosevelt

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 614

Nr. 6319

Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Mühlberg, an den Geschäftsträger in Washington, Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen [1])

Telegramm. Konzept

Nr. 173 Berlin, den 28. Juli 1905

Die nachfolgende Kaiserliche Botschaft ist brieflich durch Herrn Loeb an Präsident Roosevelt zu befördern:

„Eben hatte ich eine Begegnung mit Kaiser Nikolaus. Seine Majestät ganz gesammelt, fest, zum Frieden geneigt. Ist Ihnen auf das tiefste dankbar für Ihr Anerbieten, den Frieden zustande zu bringen, und sehr gerührt von Ihrem Brief an ihn. Er ist höchst zufrieden mit Herrn Meyer, dem er vollkommen vertraut. Er hofft und glaubt, daß Ihre machtvolle Persönlichkeit und geniale Staatskunst Sie in den Stand setzen werden, allzu übertriebene japanische Bedingungen auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben. Diese Mitteilung ist streng v e r t r a u l i c h nur für Sie p e r s ö n l i c h, und Sie wollen sie freundlichst bis nach Friedensschluß nicht erwähnen. Wilhelm I. R."

M ü h l b e r g

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 615/616

Nr. 6321

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower, an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

16. August 1905

Euer Majestät!

In Übereinstimmung mit dem von Eurer Majestät geäußerten Wunsche, daß alle vom Präsidenten der Vereinigten Staaten eingehenden Antworten auf Briefe, die ich zum Zweck der Mitteilung Eurer Majestät Ansichten über die Frage des Friedens zwischen Rußland und Japan an ihn gerichtet hatte, unmittelbar Eurer Majestät persönlich zugeleitet werden sollten, erlaube ich mir, in der Anlage die Abschrift eines Briefes des Präsidenten vom 27. Juli zu überreichen, in welchem er mich beauftragt, Eurer Majestät zum Ausdruck zu bringen, wie sehr er sich für die ihm von Eurer Majestät erzeigte Liebenswürdigkeit verpflichtet fühlt, sowie seine Freude über die Art, in der Deutschland und die Vereinigten Staaten für das Wohl der Welt, ihren Frieden und ihren Fortschritt zusammenwirken. Dieser Brief des Präsidenten war von ihm als Antwort auf einen anderen geschrieben worden, den ich ihm sandte, um ihm das Telegramm zu übermitteln, das Euer Majestät mir die Ehre erwiesen, am 8. Juli aus Flensburg an mich zu richten. In diesem Briefe berichtete ich auch über meine Unterredung mit dem Reichskanzler in Berlin am 12. Juli; bei welcher Gelegenheit mir Fürst Bülow eine von ihm nach dem Diktat Eurer Majestät verfaßte Denkschrift übergab, in der es heißt, daß: „Der Kaiser wünscht, daß Fürst Bülow Herrn Tower noch einmal ausspricht, mit welch herzlicher Anteilnahme er die diplomatische Aktion des Präsidenten hinsichtlich der Beendigung des japanischen Krieges verfolgt.

[1]) . . . Am 30. Juli ließ Roosevelt dem Kaiser durch die deutsche Botschaft zurücktelegraphieren: „Bin für Ihr Telegramm tief erkenntlich und danke Ihnen herzlich für die großen Dienste, die Sie in Verbindung mit Kaiser Nikolaus leisten."

Deutschland ist in dieser Sache unmittelbar beteiligt; denn, wenn die uneigennützige Vermittelung des Präsidenten fehlschlägt, haben wir alle Ursache zu vermuten, daß man es von neuem mit Delcassé's Plan einer Entschädigung von Kriegführenden und Vermittler auf Kosten Chinas versuchen wird. Andererseits aber ist es nur natürlich, wenn diejenigen Parteien, die diesen letzteren Plan als den besseren ansehen, ihr Möglichstes tun, den Krieg in die Länge zu ziehen."

Ich kann Eurer Majestät die Gefühle des Präsidenten nicht besser übermitteln als durch eine Abschriftnahme seines ganzen Briefes, womit ich den Wünschen Eurer Majestät entsprechend zu verfahren glaube.

Mit dem Ausdruck meiner tiefsten Verehrung habe ich die Ehre zu sein
Eurer Majestät ergebener Diener
Charlemagne Tower

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 616/617

Nr. 6322

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Theodore Roosevelt, an den amerikanischen Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower

Abschrift von der Hand des Botschafters Tower

Oyster Bay, New York, 27. Juli 1905

Mein lieber Herr Tower,

Ich erhielt Ihren sehr interessanten Brief. Bitte versichern Sie dem Kaiser, wenn Sie ihn sehen, und ebenso auch dem Fürsten Bülow, daß ich den Brief strengstens geheim halten werde. Wie Sie schreiben, hat der Kanzler Ihnen gesagt, „Herr Delcassé habe einen Plan geschmiedet, wonach der Friede zwischen Rußland und Japan durch Vermittelung von Frankreich und England gemacht werden sollte, und daß dabei eine Regelung ins Auge gefaßt sei, derzufolge nicht nur Rußland und Japan Teile von China erhalten, sondern auch Frankreich und England durch chinesisches Gebiet als Preis für ihre Vermittelung entschädigt werden sollten; ein Verfahren, das, wie er sagte, zur Vernichtung der Souveränität Chinas und zum Zerfall des chinesischen Kaiserreiches führen würde."

Bitte versichern Sie dem Kaiser, entweder unmittelbar oder durch den Kanzler, daß ich es unter allen Umständen ablehnen würde, mich einem derartigen Vorgehen von seiten irgendeiner der Mächte zu fügen, und daß ich die Politik des Kaisers für die Wahrung der Unverletzlichkeit Chinas, die offene Tür und Handelsgleichberechtigung für die ganze Welt in China rückhaltlos unterstützen werde.

Bringen Sie auch beim Kaiser zum Ausdruck, wie sehr ich mich ihm für seine Liebenswürdigkeit verpflichtet fühle, und meine große Freude über die Art, in der Deutschland und die Vereinigten Staaten zusammenwirken, sowie meine Überzeugung, daß dies dem Wohle der Welt, ihrem Frieden und ihrem Fortschritt förderlich ist.

Wollen Sie ihm ebenfalls auseinandersetzen, daß ich in all solchen Sachen wie dieser Friedensunterhandlung zwischen Rußland und Japan oder in der Marokkoangelegenheit, natürlicherweise nur ein Gewisses tun kann, weil ich nicht wünsche, daß die Leute denken sollen, ich mischte mich zu viel ein. Sagen Sie aber, ich sei überzeugt von seinem Verständnis dafür, daß, wenn ich je einmal zögere, einen vorgeschlagenen Schritt aufzunehmen, dies nicht von dem mangelnden Wunsche herrührt, alles zu tun, was in meiner Macht steht, sondern daß es nur geschieht, um mich nicht in eine Lage zu setzen,

die alle nutzbringende Wirksamkeit, die ich etwa in Zukunft entfalten könnte, abschwächen würde.

Aufrichtig der Ihrige,

(gez.) Theodore Roosevelt

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 619/621

Nr. 6325

Der Geschäftsträger in Washington, Freiherr von dem Busshe-Haddenhausen, z. Z. in Lenox, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 Lenox, den . . August 1905
(eingetroffen am 23. August)

Präsident sendet mir folgendes Telegramm für Freiherrn von Sternburg:

„21. August

Der Präsident läßt Ihnen für Ihre beiden Kabeltelegramme danken. Soeben hat der Präsident folgendes Kabeltelegramm an Herrn Meyer abgesandt:

‚Bitte suchen Sie Seine Majestät persönlich auf und übergeben Sie folgende Botschaft von mir:

Ich bitte Euer Majestät dringend, zu glauben, daß ich bei allem, was ich jetzt sage und rate, als der aufrichtig wohlmeinende Freund Rußlands spreche und Ihnen denselben Rat erteile, den ich geben würde, wenn ich ein russischer Patriot und Staatsmann wäre. Die Japaner haben, soviel ich sehe, ihre Forderung in Bezug auf die internierten Schiffe und die Begrenzung der russischen Seestreitkräfte im Stillen Ozean aufgegeben, Bedingungen, die nach meinem Gefühl nicht zur Annahme durch Rußland geeignet waren. Darüberhinaus finde ich zu meiner freudigen Überraschung, daß die Japaner einwilligen, die Nordhälfte von Sachalin an Rußland zurückzugeben, in welchem Falle Rußland natürlich eine namhafte Summe für diese Gebietsüberlassung durch die Japaner und für die Rückgabe der russischen Gefangenen zu zahlen haben wird. Mir scheint, daß, wenn der Friede im wesentlichen unter diesen Bedingungen erlangt werden kann, dies gerecht und auch ehrenvoll sein wird, und daß es ein entsetzliches Unglück sein würde, den Krieg andauern zu lassen, wenn der Friede auf diese Weise erlangt werden kann. Von den zwölf Punkten, über die die Konferenz verhandelt hat, ist man bei deren acht im wesentlichen zu einer Einigung gekommen. Zwei, die für Rußland verletzend waren, wollen die Japaner, wenn ich recht verstehe, zurückziehen. Die noch übrigen beiden Punkte können durch eine grundsätzliche Abmachung geregelt werden, wonach die Japaner die Nordhälfte von Sachalin an Rußland zurückgeben, oder wieder an Rußland abtreten, wogegen Rußland natürlich eine entsprechende Summe für diese Rücküberlassung sowie für die russischen Gefangenen zahlt. Ist diese Abmachung zu bewerkstelligen, dann kann die Frage nach der eigentlichen Höhe des Betrages zum Gegenstande von Verhandlungen gemacht werden. Lassen Sie mich wiederholen, wie ernst es mir mit meiner Ansicht ist, daß es in Rußlands Interesse liegt, unter diesen grundlegenden Bedingungen Frieden zu schließen. Niemand vermag das Ergebnis einer Fortsetzung des Krieges vorauszusagen, und ich zweifle nicht daran, daß zu Japans Gunsten Frieden geschlossen wird. Aber meiner Meinung nach ist es unendlich viel mehr der Vorteil Rußlands. Wenn jetzt kein Friede geschlossen wird und der Krieg weitergeht, dann könnte es wohl sein, daß, obwohl die finanzielle Anstrengung eine schwere für Japan sein würde, Rußland doch zuletzt jener ostsibirischen Provinzen verlustig ginge, die ihm durch den Heldenmut seiner Söhne diese letzten drei Jahrhunderte hindurch gewonnen wurden. Der vorgeschlagene Friede läßt die alten russischen Grenzen vollkommen unberührt. Die einzige Gebiets-

veränderung wird darin bestehen, daß Japan den Teil von Sachalin bekommt, der ihm bis vor dreißig Jahren gehört hat. Da Sachalin eine Insel ist, ist es nach menschlicher Berechnung unmöglich, daß die Russen angesichts des ihrer Flotte widerfahrenen Unheils es zurückerobern sollten; und der Besitz der Nordhälfte davon ist eine Gewähr der Sicherheit von Wladiwostok und Ostsibirien für Rußland. Mir scheint, daß jede Rücksicht auf Nationalität, eigenes Interesse, militärische Nützlichkeit und allgemeine Menschlichkeit es für Rußland in höchstem Grade klug und richtig erscheinen läßt, grundsätzlich an Hand dieser Richtlinien Frieden zu schließen, und es ist meine Hoffnung und meine Bitte, daß Euer Majestät diese Ansicht annehmen.'

Der Präsident ist der Ansicht, daß, wenn Seine (Majestät) einwilligen wollte, dem Zaren den Rat zu erteilen, auf der in dem hier beigefügten Kabel enthaltenen Grundlage Frieden zu schließen, er der Menschheit einen großen Dienst leisten und auf wirksame Weise besonders den in Ihren Telegrammen erwähnten wirklichen Gefahren steuern würde. Wenn die Unterhändler auf der oben erwähnten Grundlage übereinkommen, dergestalt daß nur noch der für die Rücküberlassung Nordsachalins und die hunderttausend Gefangenen zu zahlende Betrag zu erörtern bleibt, ist der Friede tatsächlich gesichert[1]). Der Präsident ist fest davon überzeugt, daß Japan im eigenen Interesse Frieden schließen und nur einen geringen Geldbetrag fordern sollte, noch stärker aber ist seine Überzeugung, daß es noch mehr im Interesse Rußlands liegt, Frieden zu schließen, und daß die vorgeschlagene Regelung den Ausweg bietet. Der Präsident hat Japan zur Aufgabe der beiden am meisten zu beanstandenden Artikel, die es vorgeschlagen hatte, veranlaßt, sowie eines anderen, den er Japan überredete, gar nicht erst vorzulegen, und er hofft, obwohl er dessen natürlich nicht gewiß sein kann, daß er die Zustimmung Japans, sich mit einer mäßigen Geldsumme zu begnügen, zu sichern vermag, wenn es nur erst möglich ist, die Unterhändler zu einem grundsätzlichen Einverständnis mit den oben genannten Friedensbedingungen zu bringen. Der Präsident hofft, daß diese Botschaft dem Kaiser sogleich mitgeteilt werden wird."

Bussche

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 622

Nr. 6326

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Geschäftsträger in Washington, Freiherrn von dem Bussche

Telegramm. Konzept

Norderney, den 24. August 1905

Euer Hochwohlgeboren wollen nachstehende Antwort auf Telegramm Nr. 169 in gleicher Weise wie bisher an den Präsidenten gelangen lassen:

[1]) Kaiser Wilhelm II. riet in der Tat dem Zaren, auf die von Roosevelt dargelegten Grundlagen einzugehen. In der vom 25. August datierten Nachschrift zu seinem Briefe vom 24. August (Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz, p. 379) hieß es darüber: „Gerade als ich meinen Brief beendet hatte, erhielt ich eine Botschaft vom Präsidenten Roosevelt. Da er mein Interesse für die Friedenskonferenz kennt, schickte er mir sehr freundlich Nachrichten über die Lage und die strittigen Punkte, über die eine Meinungsverschiedenheit zwischen Japan und Rußland besteht, sowie seine Vorschläge, den Wünschen beider Kriegführenden, soweit dies möglich ist, entgegenzukommen. Ich halte diese Vorschläge für höchst vernünftig und brauchbar und hoffe, daß sie Deinen Erwartungen entsprechen werden. Soviel ich sehe, scheinen sie Rußland alle Vorteile eines ehrenvollen Friedens zu sichern." ... Wie Freiherr von dem Bussche am 2. September an das Auswärtige Amt telegraphierte, ließ Roosevelt zurücksagen, er sei „tief berührt von diesem ferneren Beweise für die Aufrichtigkeit und Kraft, mit der Seine Majestät während des ganzen Verlaufes der Friedensangelegenheit gehandelt hat".

„Ich bin beauftragt, folgende Antwort auf das letzte Kabeltelegramm Eurer Exzellenz mitzuteilen.

Der Kaiser weiß das Vertrauen des Präsidenten Roosevelt auf das höchste zu schätzen und erkennt durchaus an, daß die Interessen Amerikas und Deutschlands in der Friedensfrage die gleichen sind. Der Kaiser war daher betrübt, zugleich mit dem Telegramm des Präsidenten eine unmittelbare Mitteilung des Zaren zu erhalten, der die japanischen Friedensbedingungen für unannehmbar hält, solange die Japaner auf der Abtretung von russischem Gebiete und auf einer Kriegsentschädigung bestehen. Der Zar erklärt, daß er unter diesen Umständen bereit ist, die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf sich zu nehmen.

Trotz des entschiedenen Tones der Erklärung des Zaren wird der Kaiser sein Bestes tun, die Aufforderung des Präsidenten zu unterstützen. Viel wird natürlich nicht nur von der Form, sondern auch von dem Betrage des von Japan vorgebrachten pekuniären Anspruchs abhängen."

(gez.) Bülow

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 627/628

Nr. 6334

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Abschrift

Potsdam, den 30. August 1905

Kabeltelegramme aus Washington meldeten mir die Zustimmung der Konferenz zu den Vorfriedensbestimmungen, wodurch der endgültige Friedensschluß nun endlich gewährleistet zu sein scheint. Darf ich Dir meine tief empfundenen Glückwünsche aussprechen, daß eine Lösung gefunden wurde, die es Rußland ermöglicht, mit allen Ehren aus dem Kriege hervorzugehen, und die in jeder Beziehung Zeugnis ablegt für die Tapferkeit Deines Heeres wie für die Beharrlichkeit, mit der Du Rußlands Rechte und die nationale Ehre gewahrt hast. Wie ich höre, hat Japan allen Deinen Forderungen nachgegeben. Präsident Roosevelt hat, wie ich höre, nahezu übermenschliche Anstrengungen gemacht, um Japan zum Nachgeben zu bewegen. Er hat in der Tat ein großes Werk für Dein Land und die ganze Welt vollbracht. Und das um so mehr, als ich von ihm erfuhr, daß die Engländer sich tatsächlich geweigert haben, auch nur einen Finger zu rühren, um ihm behilflich zu sein, auf ihre Verbündeten, die Japaner, einzuwirken, damit sie seinen Forderungen nachgäben. Noch einmal aufrichtigste Glückwünsche. Es würde mich freuen, wenn ich Dir in dieser Zeit von einigem Nutzen gewesen bin. Besten Gruß an Alix.

(gez.) Willy

Zu Band XIX, 2. Hälfte, S. 628

Nr. 6335

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Norderney, den 30. August 1905

Seine Majestät telegraphiert mir: „Habe an Mr. Roosevelt telegraphiert: Las soeben Kabel aus Amerika mit der Nachricht von der Zustimmung der Friedenskonferenz zu den Vorfriedensbestimmungen. Bin über die Maßen erfreut. Spreche aufrichtigste Glückwünsche aus zu diesem großen

Erfolge, der Ihren unermüdlichen Anstrengungen zu danken ist. Die ganze Menschheit muß und wird sich im Danke an Sie für die große Wohltat, die Sie ihr erwiesen haben, vereinigen. Gez. Wilhelm I. R.[1])."

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 96/97

Nr. 6428
Anlage

Der italienische Ministerpräsident Giolitti und der Minister des Äußeren, Tittoni, an den italienischen Botschafter in Berlin, Grafen Lanza

Übersetzung in Abschrift, vom Grafen Lanza dem Auswärtigen Amt überreicht

Übersetzung Rom, den 25. Februar 1905
Geheim

Herr Botschafter!

Die von Ihnen der Königlichen Regierung übermittelten argwöhnischen Vermutungen der Kaiserlichen Regierung in Bezug auf zwischen Italien und Frankreich bestehende Abmachungen, die geeignet wären, unsere Verpflichtungen gegenüber Deutschland abzuändern oder abzuschwächen, haben uns lebhaft beunruhigt. Diese Beunruhigung war nicht mehr als natürlich bei der Aufrichtigkeit und Redlichkeit, mit der wir in den Dreibund eingetreten sind und ihm auch weiterhin angehören wollen.

Das Fortbestehen dieser argwöhnischen Vermutungen selbst nach den von Ihnen bereits gemachten Erklärungen hat unsere Beunruhigung erhöht und uns von der Zweckmäßigkeit einer Unterredung mit Ihnen in Rom überzeugt; wir wollten uns auf diese Weise unmittelbarer und genauer über die Absichten der deutschen Regierung Klarheit verschaffen. Es hat uns große Befriedigung gewährt, uns mit Eurer Exzellenz zu unterhalten, weil alles, was Sie uns gesagt haben, uns davon überzeugt hat, daß die deutsche Regierung nur von einem Gefühle beseelt ist, d. h. von dem lebhaften Wunsche, die Sicherheit zu besitzen, daß Italien der treue Verbündete ist, auf den sie für die Beobachtung der von ihm eingegangenen Verpflichtungen zählen kann. Unsererseits schätzen wir uns glücklich, Ihnen in diesem Punkte Erklärungen abgeben zu können, die geeignet sind, die Kaiserliche Regierung vollkommen zu beruhigen und dem Bündnisse den Boden der Sicherheit und des unbedingten gegenseitigen Vertrauens zu wahren, dessen es bedarf, um seine nutzbringenden Wirkungen offenbaren zu können.

Da wir also wünschen, in bestimmter Form auf die Frage, die Ihnen vom Kanzler vorgelegt wurde, zu antworten, ermächtigen wir Sie zu erklären,

---

[1]) Die Antwort Roosevelts auf das kaiserliche Glückwunschtelegramm lautete: „Ich danke Ihnen auf das herzlichste für Ihre Glückwünsche und möchte diese Gelegenheit benutzen, um meine tiefe Erkenntlichkeit auszudrücken, für die Art, in der Sie in allen Punkten bei den Bemühungen, den Frieden im Osten zustandezubringen, mitgewirkt haben. Es war ein sehr großes Vergnügen, zu diesem Zwecke mit Ihnen zusammenzuarbeiten." Auch in seiner Autobiographie (p. 586 f.) bestätigt Roosevelt, wie sehr ihn Kaiser Wilhelm II. und nur dieser in seinen Friedensbemühungen unterstützt habe: „Im Verlaufe der Unterhandlungen versuchte ich, den Beistand der Regierungen einer Nation, die Rußland und einer anderen, die Japan freundlich gesinnt war, für das Zustandebringen des Friedens in Anspruch zu nehmen. Ich erlangte keinen Beistand weder von der einen noch von der anderen. Dagegen erhielt ich Hilfe von seiten des Deutschen Kaisers. Sein Botschafter in St. Petersburg war der einzige Botschafter, der den amerikanischen Botschafter, Herrn Meyer, bei schwierigen und zweifelhaften Verhandlungspunkten unterstützte."

daß zwischen Italien und Frankreich keinerlei Abmachung weder politischer noch militärischer Natur besteht, die dem Dreibunde zuwiderliefe oder den Wert unserer Verpflichtungen gegenüber den verbündeten Mächten herabsetzen könnte.

Während des Bestehens des gegenwärtigen Ministeriums hat sich nichts ereignet, was auch nur dem Anscheine nach die dem Kanzler zugegangene Nachricht zu erklären vermöchte: in der Tat haben wir bereits Gelegenheit gehabt, auf das bündigste und unbedingteste in Abrede zu stellen, daß die Reise des Präsidenten Loubet zu irgendeiner Abmachung zwischen Italien und Frankreich Veranlassung gegeben hat. Wir haben uns aber auch gefragt, ob der Ursprung jener Nachricht in den Handlungen der Ministerien zu suchen sei, die dem unsrigen voraufgegangen sind [2]). In dieser Beziehung werden Sie ermächtigt, den Kanzler wissen zu lassen, daß Minister Prinetti, vor und nach der Erneuerung des Dreibundes, der französischen Regierung Erklärungen abgegeben hat, um sie zu vergewissern, daß das Bündnis eine nur auf Verteidigung gerichtete Bedeutung hat, und daß der Vertrag keinerlei Bestimmung enthält, der Italien verpflichtet, im Falle eines Angriffes oder einer unmittelbaren zum Schaden Frankreichs begangenen Herausforderung aus der Neutralität herauszutreten. Hierin liegt nichts, was sich mit dem Dreibunde in Widerspruch befände, oder dessen Bedeutung oder die sich daraus für uns ergebenden Verpflichtungen irgendwie umgestalten, abändern oder abschwächen könnte. In all dem ist in der Tat nichts vorhanden als die Bestätigung des Inhalts des Dreibundes, wie dies zu wiederholten Malen im Parlament von den verschiedenen Außenministern erklärt worden ist. Endlich werden Euer Exzellenz ermächtigt, so nachdrücklich wie möglich zu versichern, daß außer den oben genannten Erklärungen keinerlei Abmachung zwischen Italien und Frankreich besteht.

(gez.) Giolitti
(desgl.) Tittoni

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1]) einst!
[2]) die Abwesenden haben immer unrecht

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 127/128

Nr. 6446

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, an den englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles

Privatbrief. Unsigniertes Konzept

Privat und ganz vertraulich Berlin, 4. Mai 1904

Als ich meine Besprechungen mit Ihnen begann, um die Zustimmung Deutschlands zu Ihrer neuen ägyptischen Politik zu erleichtern, hatte ich als einzig notwendige Voraussetzung genannt, daß der Khedivialdekretsentwurf uns nicht amtlich zur Kenntnis gebracht würde, bevor wir zu einer privaten Verständigung gelangt oder endgültig nicht zu einer solchen gelangt wären. Da Lord Lansdowne das von mir vorgeschlagene Verfahren gutgeheißen hatte, konnte ich nicht anders glauben, als daß auch diese einzige Bedingung angenommen worden sei. Jetzt höre ich von Ihnen, daß Ihre Regierung die Absicht hat, sofort die Zustimmung der Mächte zu dem Khedivialdekret zu erbitten.

Hierdurch wird die Grundlage vollkommen geändert, auf der ich in der freundschaftlichsten Weise dazu beizutragen gedachte, zu einer für beide Völker leicht annehmbaren Lösung der Frage zu gelangen. Wenn Ihre Re-

gierung darauf besteht, sofort den amtlichen Weg zu beschreiten, bin ich zu meinem größten Bedauern nicht in der Lage, unsere private Besprechung über den Gegenstand fortzusetzen.

Zunächst, weil es unmöglich für mich sein würde, gleichzeitig amtlich mit den anderen beteiligten Mächten und privatim mit Ihrer Regierung zu verhandeln. Andererseits würde mir ein derartiger Schritt von seiten Ihrer Regierung beweisen, daß in den Augen Ihrer Regierung die Frage, ob das Khedivialdekret einige Wochen früher oder später in Kraft tritt, wichtiger ist als die Aufgabe, zuvor zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen.

Abgesehen hiervon bin ich persönlich der Meinung, daß die Absicht, auf diese Weise die allgemeine Zustimmung zu erlangen, keineswegs in einer kürzeren Zeit verwirklicht werden würde als eine Regelung zwischen uns. In Deutschland würde niemand, weder Parlament noch öffentliche Meinung, unsere schlichte Annahme des Khedivialdekrets d. h. den Verzicht auf eine Reihe von Rechten der deutschen Regierung und der Schuldscheininhaber, die ihnen durch eine internationale Konferenz verliehen wurden, verstehen können, und dies besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß Frankreich, das rechtlich angesehen nicht mehr Ansprüche in dieser Richtung besitzt als Deutschland, — nach langen Verhandlungen — eine reichliche Entschädigung für seinen Verzicht erlangt hat.

Ich denke, Sie sind davon überzeugt, daß ich mein Bestes getan habe, die ganze Frage auf die freundschaftlichste und glatteste Weise beizulegen, und zwar mit der Absicht, diese Gelegenheit zur Kräftigung und Stärkung der Freundschaft zwischen beiden Ländern zu benutzen, indem ich bemüht war, Ihr Vorgehen in Ägypten nicht zu stören. Es wäre gut, nicht zu vergessen, daß ohne unsere förmliche Zustimmung die britischen Absichten in Ägypten nicht anders als durch einen Rechtsbruch und die Verletzung der Unterschrift Großbritanniens unter einen internationalen Vertrag hätten durchgeführt werden können, und das trotz aller England in Ägypten von Deutschland in so reichem Maße zuteil gewordenen Hilfe und Unterstützung.

Im Interesse unserer beiden Länder, deren Verbindung durch treue Freundschaft ich seit langen Jahren als ein Ziel meiner politischen Laufbahn betrachtet habe, erlaube ich mir daher, die ernste Aufmerksamkeit Lord Lansdowne's auf meine vorstehenden Bemerkungen zu richten und in London meinen Vorschlag zu erneuern, nicht schon jetzt den Mächten den Khedivialdekretsentwurf mitzuteilen.

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 129/131

Nr. 6448

Der Hilfssekretär im Foreign Office J. H. Villiers an den englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles

Abschrift. Dem Auswärtigen Amt am 31. Mai übergeben

Nr. 114 Foreign Office, 24. Mai 1904

Mein Herr!

Die von Freiherrn von Richthofen in der in Ihrem Telegramm Nr. 15 vom 10. Mai berichteten Unterredung aufgeworfenen Fragen waren so zahlreich und von solcher Wichtigkeit, daß es mir unmöglich war, sie innerhalb der Grenzen einer telegraphischen Antwort zu behandeln.

Ich habe nun Gelegenheit gehabt, die Anregungen des Freiherrn von Richthofen meinen Kollegen vorzulegen, und bin imstande, Sie mit der vollen Kenntnis der Ansichten Seiner Majestät Regierung zu versehen.

An erster Stelle möchte ich bemerken, daß wir bei der in meinem Tele-

gramm Nr. 38 vom 7. Mai zum Ausdruck gebrachten Meinung verharren, d. h., daß einige von den von Freiherrn von Richthofen aufgeworfenen Fragen nicht derart sind, daß wir sie als Teil der ägyptischen Angelegenheit behandeln könnten, und daß, welche Entscheidung auch in Bezug auf derartige Fragen erlangt werden mag, diejenige des Khedivialdekrets auf ihren eigenen Wert hin behandelt werden sollte.

Es sollte ferner nicht außer acht gelassen werden, daß die in der neuerlichen Abmachung zwischen Großbritannien und Frankreich einbegriffene ägyptische Regelung nur einen Teil einer vollständigen und sehr viel umfangreicheren Vertragshandlung bildete, und daß die Frankreich in Verbindung mit Ägypten gegebenen Zusicherungen durch wertvolle Zugeständnisse an anderer Stelle ausgeglichen wurden. Diese Bedingungen würden im Falle einer Regelung, wie sie Freiherr von Richthofen zwischen Großbritannien und Deutschland vorschlägt, fehlen. Seiner Majestät Regierung ist indessen geneigt, mit der deutschen Regierung die Möglichkeit zu erörtern, zu einer Verständigung über ihre Stellung in Ägypten zu gelangen, und wenn die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu dem Dekret geben und sich bereit erklären will, das Vorgehen Großbritanniens in Ägypten nicht durch die Forderung einer zeitlichen Begrenzung der britischen Besetzung oder auf irgendeine andere Weise zu behindern, und wenn sie ferner einwilligt, daß gewisse Bestimmungen des Suezkanalabkommens, die in ihrer Ausführung mit der britischen Besetzung unvereinbar sind, in der Schwebe bleiben, so will Seiner Majestät Regierung zusagen —

1. Daß die deutschen Schulen in Ägypten weiterhin die gleiche Freiheit genießen sollen wie bisher.

2. Daß die von Deutschland in Ägypten laut Verträgen, Abkommen und Überlieferung genossenen Rechte aufrechterhalten bleiben sollen.

3. Daß dem deutschen Handel in Ägypten für dreißig Jahre Behandlungsgleichheit gesichert sein soll, vorausgesetzt, daß eine entsprechende Versicherung in bezug auf den britischen Handel mit den deutschen Kolonien in Afrika empfangen wird.

4. Daß die deutschen Beamten in Ägypten gleich günstig behandelt werden sollen wie die britischen Beamten.

Der Vorschlag, daß die Stelle des Leiters der khedivialen Bibliothek und eine Konservatorstelle am Museum zu Kairo deutschen Gelehrten aufbehalten werden sollen, scheint sich nicht rechtfertigen zu lassen, und Seiner Majestät Regierung ist nicht geneigt, in diesem Punkte irgendwelche Zusagen zu geben, noch kann sie sich binden, irgendwelche Zusatzvorteile, wie sie Österreich, Italien oder Rußland gewährt werden könnten, auf Deutschland auszudehnen.

Indem ich zu den nicht Ägypten berührenden Fragen übergehe, stelle ich folgende Bemerkungen zu den Vorschlägen des Freiherrn von Richthofen zur Verfügung:

1. Die Regierung Seiner Majestät hat nichts gegen die — jedoch nicht als einen Teil der ägyptischen Regelung zu vollziehenden — Unterzeichnung eines Schiedsvertrages, wie solche kürzlich mit Frankreich, Italien und Spanien abgeschlossen wurden. Ein solcher Vertrag könnte, wenn Deutschland es wünscht, sogleich abgeschlossen werden.

2. Die Regierung Seiner Majestät ist nicht in der Lage, ohne nähere Erkundigungen, die notwendigerweise einige Zeit in Anspruch nehmen werden, in Verhandlungen über eine Abmachung einzutreten, dergemäß koloniale Grenzstreitigkeiten einem Schiedsspruche zu unterwerfen wären. Einer solchen Abmachung vermöchte dieses Land nicht beizutreten ohne eine vorherige Beratung mit den Kolonialregierungen, und es ist wahrscheinlich, daß man bei den Bemühungen um die Zustimmung der Kolonien zu einem derartigen

Vertragsdokument auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Wie Freiherr von Richthofen richtig bemerkt, hat sich bis jetzt kein Fall ereignet, wo man nicht die Möglichkeit gefunden hätte, durch gegenseitige Übereinstimmung zu einer Lösung zu gelangen.

Die Sache kann also nicht als besonders dringlich angesehen werden, und es würde der Regierung Seiner Majestät unmöglich sein, die Erörterung dieser Frage, die notwendigerweise eine beträchtliche Zeit erfordern würde, mit der des Khedivialdekrets zu verbinden.

3. Die Forderung der deutschen Regierung, ihr eine Summe von 70000 £ zu zahlen zur Erfüllung verschiedener noch offener deutscher Privatansprüche, ist nicht geeignet, von der Regierung Ihrer Majestät in Erwägung gezogen zu werden. Die Samoaansprüche sind von Herrn Erle Richards und Herrn Newton Crane, den britischen und amerikanischen Sachverständigen, sorgfältig geprüft worden.

Die für ihre Befriedigung angebotene Summe wird für genügend erachtet, und es würde in jedem Falle unmöglich sein, sie um einen nennenswerten Betrag zu erhöhen.

Die Ansprüche der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahnaktionäre sind, das versteht sich, auf dem Punkte, geregelt zu werden. Die deutschen Entschädigungsansprüche sind ebenfalls sorgfältig geprüft und auf der gleichen Grundlage behandelt worden wie die britischen Ansprüche. Ich habe nicht nötig, auf der Unmöglichkeit zu verweilen, zugunsten der ausländischen und gegen die britischen Bewerber um diese Entschädigung einen Unterschied zu machen.

Unter diesen Umständen und während die Regierung Seiner Majestät, wie Ihnen bereits mitgeteilt wurde, geneigt ist, in freundschaftlichstem Geiste jede weitere Erwägung zu prüfen, die die deutsche Regierung etwa in bezug auf schwebende Fragen, die nicht mit der ägyptischen Angelegenheit verbunden sind, vorzubringen wünscht, gibt sie sich der aufrichtigen Hoffnung hin, daß die deutsche Regierung es nicht für angezeigt halten wird, weitere Zugeständnisse in diesen Fragen als Preis für ihre Zustimmung zu dem Khedivialdekret zu fordern.

Für den Marquess of Lansdowne
(gez.) J. H. Villiers

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 132/133

Nr. 6449

Denkschrift

Dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen, zugestellt

Unsigniertes Konzept

Berlin, 28. Mai 1904

Freiherr von Richthofen bedauert, daß die britische Regierung es in bezug auf die Samoaansprüche nicht für möglich hält, Deutschland den gewiß nicht hohen Betrag von 4500 £ zu bieten, der im Verein mit der bis jetzt gebotenen Summe und unter Voraussetzung einer gleichen Bewilligung seitens der Regierung der Vereinigten Staaten geeignet sein würde, die ganze Frage einer sofortigen Lösung entgegenzuführen und die Notwendigkeit, Seine Majestät den König von Schweden und Norwegen erneut anzugehen, zu vermeiden.

Freiherr von Richthofen weiß die Gründe zu würdigen, die es der britischen Regierung erschweren, jetzt einen Schiedsvertrag zur Regelung von kolonialen Grenzstreitigkeiten zu schließen, sowie die verschiedenen noch

schwebenden deutschen Privatansprüche durch Zahlung einer Pauschalsumme von 70 000 £ zu befriedigen. Diesen letzten Punkt betreffend wünscht Freiherr von Richthofen sich als Gegenstand einer besonderen Erörterung einen weiteren Vorschlag vorzubehalten, der geeignet ist, die mannigfachen Schwierigkeiten und Verdrießlichkeiten zu vermeiden, die zweifellos mit der Behandlung dieser Ansprüche auf diplomatischem Wege verbunden sein würden.

Freiherr von Richthofen ist geneigt, der Ansicht der britischen Regierung beizutreten, daß die Frage des Khedivialdekrets für sich allein behandelt werden soll. Er bedauert, daß die britische Regierung es ablehnt, deutschen Gelehrten die gewünschten Stellen aufzubehalten, die früher tatsächlich Deutschen anvertraut gewesen sind, in derselben Art wie die Stelle des ersten Leiters der Altertümer in Ägypten einem französischen Gelehrten. Diese Forderung ist jedoch nicht von hinreichender Bedeutung, um die Frage der Zustimmung Deutschlands zum Khedivialdekret zu beeinflussen.

Freiherr von Richthofen nimmt ferner die Zusage der britischen Regierung zur Kenntnis, daß die deutschen Schulen in Ägypten auch weiterhin die gleiche Freiheit genießen sollen wie bisher, daß die von Deutschland in Ägypten gemäß Verträgen, Abkommen und Überlieferung genossenen Rechte aufrechterhalten, und daß die deutschen Beamten in Ägypten wie die britischen Beamten behandelt werden sollen.

Nachdem solchermaßen eine allgemeine Übereinstimmung über die Art der Behandlung der obenerwähnten Punkte festgesetzt ist, die sogleich in Kraft treten könnte, bleibt noch ein einziger Punkt übrig, der einer genaueren Klärung bedarf: es ist der britische Vorschlag, daß dem deutschen Handel in Ägypten nur unter der Bedingung Behandlungsgleichheit in Ägypten auf dreißig Jahre sicher sein soll, daß dem britischen Handel in den deutschen Kolonien in Afrika die Gegenseitigkeit gewährt wird.

Eine derartige Bedingung scheint weder mit dem von England in Artikel 4 des englisch-französischen Vertrages betonten Grundsatze der Handelsfreiheit in Ägypten im Einklange zu stehen, noch mit der Absicht der britischen Regierung, von den Abmachungen über das Khedivialdekret alle nicht Ägypten berührenden Fragen auszuschließen.

Die Erfüllung einer solchen Bedingung würde an Grundfragen, die das öffentliche Reichsrecht betreffen, rühren, und selbst, wenn es möglich sein sollte, zu einer Verständigung zu gelangen, unter allen Umständen eine beträchtliche Spanne Zeit beanspruchen. Freiherr von Richthofen behält sich vor, Sir Frank Lascelles die wichtigen Gründe, die ihn von der Annahme dieser Bedingungen abhalten, mündlich auseinanderzusetzen.

Die Frage, ob auf Deutschland alle Zusatzvorteile ausgedehnt werden sollen, die Österreich-Ungarn, Italien oder Rußland bewilligt werden könnten, ist gegenstandslos, da diese Mächte bereits ihre Zustimmung zu dem Khedivialdekretsentwurfe gegeben haben.

Freiherr von Richthofen hält seinen Vorschlag für angenommen, daß die Khedivialregierung ihrerseits die für Deutschland festzusetzenden Rechte förmlich anzuerkennen haben wird.

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 155/157

Nr. 6470

Der englische Staatssekretär des Äußeren, Marquess of Lansdowne, an den Botschafter in London, Grafen von Metternich

Abschrift

Foreign Office, 15. Juni 1904

In letzter Zeit habe ich mit Eurer Exzellenz mehrere Besprechungen gehabt über die Zustimmung der deutschen Regierung zu dem vorgeschlagenen Khedivialdekret, — das die ägyptischen Finanzen betrifft. Ich hatte der

Hoffnung Ausdruck gegeben, die deutsche Regierung würde es für möglich erachten, ihre Zustimmung vorbehaltlos zu geben, indem sie hierin dem Beispiele der anderen Mächte folgte, an die eine gleichartige Bitte gerichtet worden war. Euer Exzellenz haben mir jedoch auseinandergesetzt, daß es nach Ansicht der deutschen Regierung unmöglich sein würde, eine derartige Verpflichtung einzugehen, ohne sich zuvor zu überzeugen, daß die Regierung Seiner Majestät keinerlei Absicht hege, ihre Stellung in Ägypten zu dem Zwecke zu gebrauchen, den deutschen Handel der Gleichbehandlung zu berauben. Sie haben mir gleichfalls die große Bedeutung auseinandergesetzt, die im Hinblick auf die Ausdehnung der deutschen Handelsinteressen in Ägypten die deutsche Regierung diesen Erwägungen beilegt, und mir gesagt, es sei nicht wahrscheinlich, daß die Zustimmung des deutschen Parlaments erlangt werden würde, wenn wir nicht in der Lage wären, die deutsche Regierung zu vergewissern, daß die in Artikel 4 der englisch-französischen Erklärung bestätigte Politik der Handelsfreiheit nicht dazu bestimmt sei, eine ausschließliche zu sein.

Unter diesen Umständen haben mir Euer Exzellenz eine Regelung vorgeschlagen, die sich, soviel ich sehe, in folgenden Richtlinien bewegen würde:

Einerseits wird vorgeschlagen, Seiner Majestät Regierung möge erklären

1. Daß sie dem deutschen Handel auf dreißig Jahre die Behandlung als meistbegünstigte Nation gewährleistet.

2. Daß sie die Rechte, die Deutschland gemäß Verträgen, Abkommen und Überlieferung in Ägypten genießt, achten wird.

3. Daß die deutschen Schulen in Ägypten weiterhin dieselbe Freiheit genießen sollen, wie bisher, und daß die jetzt in ägyptischen Diensten befindlichen deutschen Beamten keinen weniger vorteilhaften Bedingungen als den für die britischen Beamten in demselben Dienste geltenden unterstellt werden sollen.

Euer Exzellenz sind, soviel ich gesehen habe, angewiesen, mich davon in Kenntnis zu setzen, daß, wenn diese Bedingungen von Seiner Majestät Regierung angenommen werden sollten, die deutsche Regierung ihrerseits

1. nicht nur, wie wir vorgeschlagen hatten, ihre Zustimmung zu dem der englisch-französischen Erklärung vom 8. April 1904 angefügten Khedivialdekretsentwurf geben, sondern auch

2. die Zusage geben wird, das Vorgehen Großbritanniens in Ägypten nicht durch die Forderung der Festsetzung einer zeitlichen Grenze für die britische Besetzung oder auf irgendeine andere Weise zu behindern, und

3. einwilligen wird, daß die Ausführung des letzten Absatzes des Paragraphen 1 sowie des Paragraphen 2 des Artikels VIII des Vertrages vom 29. Oktober 1888 in der Schwebe bleiben soll.

Die Regierung Seiner Majestät ist gewillt, diesen Vorschlag anzunehmen, und in der Voraussetzung, daß ich die Bemerkungen Eurer Exzellenz richtig aufgefaßt habe, würde ich mich verbunden fühlen, wenn Sie die Güte haben wollten, zugleich mit dem Empfang dieser Mitteilung die Annahme der hiermit festgesetzten Vereinbarung durch die deutsche Regierung zu bestätigen.

(gez.) Lansdowne

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 157

Nr. 6471

Der englische Staatssekretär des Äußeren, Marquess of Lansdowne, an den Botschafter in London, Grafen von Metternich

Abschrift

Vertraulich Foreign Office, 15. Juni 1904

Unter Bezugnahme auf meine heutige Mitteilung erlaube ich mir, Euer Exzellenz daran zu erinnern, daß ich in unserer Besprechung vom 6. Juni

über die Frage der Zustimmung Deutschlands zu dem Khedivialdekret Euer Exzellenz darauf aufmerksam gemacht habe, daß, wenn Deutschland eine Verpflichtung übernehmen sollte, ähnlich der von der französischen Regierung in Artikel 1 der Ägypten und Marokko betreffenden Erklärung übernommenen, nämlich das Vorgehen Großbritanniens in Ägypten nicht durch die Forderung der Festsetzung einer zeitlichen Grenze für die britische Besetzung oder auf irgendeine andere Weise zu behindern, sie unserer Meinung nach gehalten sein würde, ihre rückhaltlose Unterstützung zu gewähren, falls wir künftig in einem beliebigen Augenblicke wünschen sollten, die Revision irgendeiner der jetzt in Ägypten geltenden internationalen Vereinbarungen (Kapitulationen) zu erlangen.

In der Voraussetzung, daß Euer Exzellenz dieser Auffassung zustimmen, würde ich mich freuen, von Ihnen zu hören, daß ich mich in dieser Beziehung nicht geirrt habe.

(gez.) Lansdowne

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 160/162

Nr. 6475

Der englische Staatssekretär des Äußeren, Marquess of Lansdowne, an den Botschafter in London, Grafen von Metternich

Abschrift

Vertraulich Foreign Office, 15. Juni 1904

In letzter Zeit habe ich mit Eurer Exzellenz mehrere Besprechungen gehabt über die Zustimmung der deutschen Regierung zu dem vorgeschlagenen Khedivialdekret, — das die ägyptischen Finanzen betrifft. Ich hatte der Hoffnung Ausdruck gegeben, die deutsche Regierung würde es für möglich erachten, ihre Zustimmung vorbehaltlos zu geben, indem sie hierin dem Beispiele der anderen Mächte folgte, an die eine gleichartige Bitte gerichtet worden war. Euer Exzellenz haben mir jedoch auseinandergesetzt, daß es der deutschen Regierung von ihrem Standpunkte aus unmöglich sein würde, eine derartige Verpflichtung einzugehen, ohne sich zuvor zu überzeugen, daß die Regierung Seiner Majestät keinerlei Absicht hege, ihre Stellung in Ägypten zu dem Zwecke zu gebrauchen, den deutschen Handel der Gleichbehandlung zu berauben. Sie haben mir gleichfalls die große Bedeutung auseinandergesetzt, die im Hinblick auf die Ausdehnung der deutschen Handelsinteressen in Ägypten die deutsche Regierung diesen Erwägungen beilegt, und mir gesagt, die deutsche Regierung könne ihre Zustimmung nur geben, wenn wir in der Lage wären, ihr zu versichern, daß die Politik der Handelsfreiheit, wie sie in Artikel IV der englisch-französischen Erklärung bestätigt wird, nicht dazu bestimmt sei, eine ausschließliche zu sein, da eine entgegengesetzte Politik eine besondere Zustimmung des deutschen Parlaments erfordere, die niemals zu erlangen sein würde.

Unter diesen Umständen haben Euer Exzellenz mir eine Regelung vorgeschlagen, die, soviel ich sehe, sich in folgenden Richtlinien bewegen würde:

Einerseits wird vorgeschlagen, Seiner Majestät Regierung möge erklären

(1) Daß sie dem deutschen Handel in Ägypten auf dreißig Jahre die Behandlung als meistbegünstigte Nation gewährleistet.

(2) Daß sie die Rechte, die Deutschland gemäß Verträgen, Abkommen und Überlieferung in Ägypten genießt, achten wird.

(3) Daß die deutschen Schulen in Ägypten weiterhin dieselbe Freiheit genießen sollen, wie bisher, und daß die jetzt in ägyptischen Diensten befindlichen deutschen Beamten keinen weniger vorteilhaften Bedingungen als

den für die britischen Beamten in demselben Dienste geltenden unterstellt werden sollen.

Euer Exzellenz sind, soviel ich sehe, angewiesen, mich davon in Kenntnis zu setzen, daß, wenn diese Bedingungen von Seiner Majestät Regierung angenommen werden sollten, die deutsche Regierung ihrerseits

(1) ihre Zustimmung zu dem der englisch-französischen Erklärung vom 8. April 1904 angefügten Khedivialdekretsentwurf geben wird;

(2) die Zusage geben wird, das Vorgehen Großbritanniens in Ägypten nicht durch die Forderung der Festsetzung einer zeitlichen Grenze für die britische Besetzung oder auf irgendeine andere Weise zu behindern, und

(3) einwilligen wird, daß die Ausführung des letzten Absatzes des Paragraphen 1 sowie des Paragraphen 2 des Artikels VIII des Vertrages vom 29. Oktober 1888 in der Schwebe bleiben soll.

Die Regierung Seiner Majestät ist gewillt, diesen Vorschlag anzunehmen, und in der Voraussetzung, daß ich die Bemerkungen Eurer Exzellenz richtig aufgefaßt habe, würde ich mich verbunden fühlen, wenn Sie die Güte haben wollten, zugleich mit dem Empfange dieser Mitteilung die Annahme der hiermit festgesetzten Vereinbarung durch die deutsche Regierung zu bestätigen.

(gez.) Lansdowne

Zu Band XX, 1. Hälfte, S. 191

Nr. 6508

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, an den Botschafter in Madrid, von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 81 Berlin, den 7. Oktober 1904

Der französische Botschafter hat mir heute Mitteilung von dem erfolgten Abschluß der französisch-spanischen Verhandlungen gemacht und dabei mündlich folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Französischen Republik und die Regierung Seiner Majestät des Königs von Spanien erklären nach erfolgter Übereinstimmung über die Festsetzung der Rechtssphären sowie den Schutz der für Frankreich aus seinen algerischen Besitzungen und für Spanien aus seinen Besitzungen an der marokkanischen Küste sich ergebenden Interessen und nach der daraufhin erteilten Zustimmung der Regierung Seiner Majestät des Königs von Spanien zu der französisch-englischen Erklärung vom 8. April 1904 über Marokko und Ägypten, die ihr von der Regierung der Republik mitgeteilt worden ist, daß sie nach wie vor an der Unverletzlichkeit des marokkanischen Reiches unter der Souveränität des Sultans entschlossen festhalten."

. . . . . .

Richthofen

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 328/329

Nr. 6621

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 112 Paris, den 14. April 1905

Gestern spät abends, bevor der Auswärtige Minister sich nach dem Diner auf der Botschaft zurückzog, richtete Delcassé mit einiger Bewegung in der Stimme an mich die Worte:

„Würden Sie mir freundlichst eine kurze Unterhaltung gewähren. Ich würde Sie gestern darum gebeten haben, wenn Sie zu mir gekommen wären."

. . . Ich fiel dem Minister hierbei mit markierter Kälte und Zurückhaltung ins Wort: „Ich kann Ihnen über diesen Gegenstand nicht antworten. Ich habe keine Weisungen. Was Sie für angezeigt halten mir zu sagen, das kann ich nur zu Bericht nehmen."

„Ich möchte Ihnen förmlich erklären," fuhr der Minister emotioniert fort, „daß, wenn trotz aller Erklärungen, die ich in der Kammer abgegeben habe, irgendein Mißverständnis vorhanden ist, ich bereit bin, es zu zerstreuen. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis der Kaiserlichen Regierung zu bringen. Ich werde übrigens Herrn Bihourd beauftragen, die gleiche Erklärung in Berlin abzugeben."

. . . . .

„Mir ist zu Ohren gekommen," sagte der Minister weiter, „daß der Eindruck aufgetaucht sein soll, Herr René Taillandier hätte im Namen Europas gesprochen. Ich habe unsern Gesandten sofort aufgefordert, sich hierüber zu erklären, da er keinerlei Auftrag hatte, so zu handeln. Ich habe eben seine telegraphische Antwort erhalten, daß er es niemals gewagt habe, eine derartige Sprache zu führen. Ich bin bereit, Ihnen die Depesche zu zeigen."

Darauf erklärte der Minister, daß das französisch-englische Abkommen in L o n d o n abgeschlossen und daselbst zu gleicher Zeit veröffentlicht worden sei: „Der Gedanke, das muß ich gestehen, war mir nicht gekommen, der Kaiserlichen Regierung dieses Papier mitzuteilen, das sofort der Öffentlichkeit übergeben worden war." (Ich konnte mich nicht enthalten, den Minister erstaunt anzusehen und zu lächeln.) „Dagegen ist der französisch-spanische Vertrag in P a r i s von mir unterzeichnet worden, und ich habe in Ihrer Abwesenheit Bihourd beauftragt, ihn v o r s e i n e r V e r ö f f e n t l i c h u n g und ohne Verzug zur Kenntnis des Freiherrn von Richthofen zu bringen. Dieser Vertrag bestätigte die bedingungslose Freiheit des ausländischen Handels in Marokko für alle interessierten Staaten und den freien Wettbewerb, wie er in dem englisch-französischen Vertrag festgesetzt worden war. Der spanische Vertrag war also eine weitere G e w ä h r für den ausländischen Handel.

So hat ihn damals Herr Bihourd dem Freiherrn von Richthofen auseinandergesetzt, der ihn seinerseits auf die gleiche Art anzusehen schien.

Durch die erfolgte Mitteilung des französisch-spanischen Vertrages, der aus dem englisch-französischen Abkommen hervorging, glaubte ich für alles Vorsorge getroffen zu haben."

. . . . . .

R a d o l i n

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 368/369

Nr. 6652

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Karlsruhe, den 5. Mai 1905

. . . Mit der Bitte um absolute Diskretion teilte mir Freiherr von Eckardstein mit, daß Rouvier ihm gesagt habe, den Anhängern einer generellen Besserung der deutsch-französischen Beziehungen würde ihre Aufgabe sehr erleichtert werden, wenn Seine Majestät in einer Ansprache, ich im Reichstag öffentlich, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in offiziöser Form, etwa nachstehenden Gedankengang entwickeln wollte: Deutschland würde nicht dulden können, daß Frankreich es außerhalb der marokkanischen Frage hält. Deutschland ist der Meinung, die französische Regierung hätte mit ihm wie

mit den anderen Mächten verhandeln müssen, und es wird seine Politik in diesem Sinne weiter verfolgen dergestalt, daß die Interessen Deutschlands geachtet werden. Es liegt jedoch nicht in der Absicht Deutschlands, den Frieden Europas zu stören, mit dem es sich stets fester verbunden gezeigt hat als irgendeine andere Macht der Welt. Es wünscht nur, freundschaftliche Beziehungen mit einer großen Nation wie Frankreich zu unterhalten, die ebenso wie Deutschland sich stets an der Spitze der Zivilisation befunden hat. Der Kaiser sieht daher keine Unmöglichkeit in der Bewahrung guter Beziehungen mit Frankreich bei gleichzeitiger Verteidigung der deutschen Interessen in Marokko. Der Deutsche Kaiser hat viel für die Unterhaltung guter Beziehungen mit Frankreich getan. Es ist nicht seine Schuld, wenn dieses Land nicht begriffen hat, daß es sein Interesse ist, in freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu leben

Bülow

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 464

Nr. 6728

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Telegramm. Abschrift

Kiel, den 24. Juni 1905

Folgendes Telegramm von Rouvier an Fürsten von Monaco eingelaufen:

„Ich finde Depesche Eurer Hoheit bei meiner Rückkehr aus Paris vor, kein Umschwung irgendwelcher Art hat sich ereignet, und es ist unmöglich zu begreifen, was diese Nachricht hat veranlassen können. Die Presse billigt übereinstimmend die Note, die Grundsatz der Konferenz nicht zurückweist und Leichtigkeit der Versöhnung aller Interessen in Marokko herstellt. Nach meiner persönlichen Ansicht hätte eine unmittelbare Übereinstimmung eine höhere Bedeutung, weil sich daraus Bekundung ergeben würde, daß die beiden Länder dieser umständlichen Veranstaltung nicht bedürfen, um die den Interessen der Zivilisation und des Friedens entsprechende Verständigungsformel zu finden."

(gez.) Wilhelm I. R.

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 466/467

Nr. 6731

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 Washington, den 24. Juni 1905

Präsident teilt mir soeben folgendes schriftlich mit:

„Ich hoffe Sie Sonntag abend um 9 Uhr zu sehen. Inzwischen teilen Sie bitte Seiner Majestät mit, daß gemäß meiner in Verfolg des mir von Ihnen übersandten Briefes dem Botschafter Jusserand gegebenen Anregung die französische Regierung mich nichtamtlich durch den Botschafter davon in Kenntnis setzt, daß sie ihren Widerstand gegen eine Konferenz der Mächte wegen Marokkos aufgegeben hat[1]). Es erscheint selbstverständlich, daß zuvor in Übereinstimmung mit dem in solchen Fällen üblichen Gebrauch ein Konferenzprogramm erforderlich ist. Ich schlage vor, daß dies zwischen Deutschland und Frankreich geregelt werde.

Lassen Sie mich den Kaiser auf das Wärmste für seinen diplomatischen Erfolg, die Zustimmung der französischen Regierung zur Abhaltung dieser

Konferenz erlangt zu haben, beglückwünschen[2]). Ich hatte nicht geglaubt, daß der Kaiser imstande sein würde[3]), diese Zustimmung zu erreichen und diese Konferenz zustande zu bringen, die zweifellos zu einer friedlichen Lösung all der Störungen führen wird. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich eine solche friedliche Lösung als eine Lebensnotwendigkeit für das Wohl der Welt zu dieser Zeit betrachte, und im Hinblick auf ihre Sicherung durch den Erfolg des Kaisers in der Erlangung dieser Konferenz möchte ich noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch aussprechen. Es ist[4]) ein diplomatischer Sieg von der größten Bedeutung. Treu ergeben der Ihrige T. Roosevelt."

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung:
[1]) !!!
[2]) !!
[3]) noch nicht!
[4]) würde sein!

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 473/475

Nr. 6738

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Washington, den 25. Juni 1905

Noch ehe ich Präsident gesehen habe, erhalte ich eben von ihm folgendes Schreiben von heute: „Mein lieber Herr Botschafter! Ich habe von Herrn Jusserand den folgenden Auszug aus einem ihm von Herrn Rouvier geschickten Telegramm erhalten: ‚Sie haben mir Ihre Unterredung mit Präsident Roosevelt gemeldet, der Sie gebeten hat, uns davon zu unterrichten, daß nach seiner Ansicht in den gegenwärtigen Umständen große Klugheit angewandt werden sollte, und wir den Gedanken einer Konferenz als ein von uns zu machendes Zugeständnis betrachten müßten. Seien Sie so gut, dem Präsidenten zu sagen, daß seine Erwägungen und Ratschläge bei uns die gebührende Beachtung gefunden und uns veranlaßt haben, die eben jetzt von uns angenommene Entscheidung zu treffen. Wir hatten zuerst gedacht, daß es zur Zerstreuung der über unser Vorgehen in Marokko bestehenden irrtümlichen Eindrücke genügen würde, wenn wir geltend machten, daß es keinerlei Interessen welcher Art auch immer bedroht. Jetzt aber sind wir weiter gegangen und haben[1]) erklärt, daß wir bereit sind, eine Konferenz anzunehmen, trotz der ernsten Gründe, die wir hatten, gegen ein derartiges Vorhaben Bedenken zu hegen.'

Ich möchte Herrn Botschafter bitten, bei Weitergabe dieser Nachricht an Seine Majestät zum Ausdruck zu bringen, daß sie natürlich als vertraulich anzusehen ist.

Ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu sagen, wie erfreut ich war, diese Nachricht von dem französischen Gesandten zu erhalten. Wie Sie wissen, war ich anfangs außerordentlich abgeneigt, irgendetwas in der Sache zu tun, was nach amtlicher Einmischung meinerseits aussehen könnte; und zuletzt entschloß ich mich, den Fall vor die französische Regierung zu bringen, bloß weil ich wünschte, in angemessenen Grenzen alles zu tun, was der Kaiser verlangte, und dann natürlich auch, weil ich erkannte, wie außerordentlich wichtig es war, alles nur irgendmögliche zu tun, um den Frieden der Welt

aufrechtzuerhalten. Wie Sie wissen, entschied ich mich dafür, lieber mit Frankreich als mit England zu reden, weil es mir schien, daß es nutzlos sein würde, mit England zu reden. Denn ich sah wohl, daß, wenn ein Krieg ausbrechen sollte, England, was auch mit Frankreich geschehen mochte, einen ungeheuren Vorteil erzielen würde, während Deutschland seine Kolonien und vielleicht auch seine Flotte verlieren würde[2]). Bei dieser Lage des Falles hatte ich nicht das Gefühl, daß, was ich auch sagen mochte, bei England irgendwie ins Gewicht fallen würde, und so richtete ich statt dessen eine sehr ernste Bitte an Frankreich, es solle nach dem Wunsche des Kaisers handeln und in die Abhaltung dieser Konferenz willigen. Die französische Regierung hat nun genau das getan, was ich auf Verlangen Seiner Majestät dringend zu tun empfohlen hatte. Umgekehrt dringe ich nun mit größtem Ernste und aller Ehrerbietung darauf, daß Seine Majestät sich befriedigt zeigt und dieses Eingehen Frankreichs auf seine Wünsche annimmt[3]). Ich hoffe, der Kaiser erkennt an, daß ich durch keine Rücksicht bewogen werden könnte, ihm zu raten, etwas zu tun, was gegen das Interesse oder die Ehre sei es seiner Person oder seines Volkes wäre, so wenig wie ich eine derartige Handlung in bezug auf mein eigenes Land befürworten würde, und ich erkläre auf mein Gewissen, daß ich genau die Haltung empfehle, die ich selbst unter gleichen Umständen annehmen würde. Und ich erlaube mir, diesen Rat überhaupt nur deshalb zu erteilen, weil, als ich den Schritt unternahm, ich dies auf Wunsch des Kaisers tat. Es erscheint mir nur gerecht, wenn ich mit dem Bericht über den Erfolg dieses Schrittes auch meine eigene Ansicht von der Sache zum Ausdruck bringe. Mit allem nur irgend möglichen Nachdruck erkläre ich, daß ich dies Nachgeben Frankreichs, dieses sein Zugeständnis, das es behauptet hatte, nicht machen zu können, und das es nun doch gemacht hat, als einen wahren Triumph der kaiserlichen Diplomatie betrachte, dergestalt daß, wenn das Ergebnis jetzt angenommen wird, es nicht nur ehrenvoll für Deutschland sein wird, sondern ein Triumph. Sie wissen, daß ich nicht nur ein aufrichtiger Bewunderer und Freund Deutschlands, sondern auch Seiner Majestät bin. Ich fühle, daß er unter den heutigen Herrschern, die ihren Blick in die Zukunft richten, als der Führer dasteht, und daß es nicht nur von der äußersten Wichtigkeit für die ganze Menschheit ist, daß seine Macht und Führerschaft zum Guten nicht geschwächt werde. Ich fühle, daß, nachdem er jetzt erreicht hat, was er forderte, es ein großes Unglück sein würde, wenn er auch nur dem Anschein nach Fragen über untergeordnete Einzelheiten aufwerfen wollte; denn, wenn es unter solchen Umständen zu dem furchtbaren Unheil eines Krieges kommen sollte, so fürchte ich, würde sein hoher und ehrenvoller Ruf verdunkelt werden. Er hat einen großen Sieg davongetragen; er hat erreicht, was er, wie seine Gegner in England und Frankreich behaupteten, niemals erreichen würde, und an dessen Erreichbarkeit für ihn ich selbst nicht geglaubt hatte. Der Erfolg ist eine durchschlagende Ehrung nicht weniger für ihn persönlich als für sein Volk, und ich hoffe dringend, daß es ihm ungehindert freistehen möge, ihn als den Triumph, den er bedeutet, anzunehmen. Mit Hochachtung aufrichtig der Ihrige Th. Roosevelt."

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung:
[1]) Nein, sie haben nicht!
[2]) Frankreich muß sie bezahlen
[3]) noch nicht!
Schlußbemerkung des Kaisers:
noch nicht! ein wenig „verfrüht" dieser Brief!!

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 476/478

Nr. 6740

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Konzept

Berlin, den 26. Juni 1905

. Ich benutze die Überreichung dieses Schriftstückes, um Herrn Bihourd zur Beleuchtung unseres Standpunktes und in Erläuterung unserer schriftlichen Erwiderung etwa nachstehendes zu sagen:

„Als ich am Freitag das Vergnügen hatte, Sie zu sehen, hatte ich Ihren marokkanischen Bericht nur erst flüchtig durchlaufen. Seitdem habe ich ihn aufmerksam gelesen, und ich bin zu dem Schlusse gelangt, daß der Kolonialfachmann, dem Herr Rouvier die Abfassung dieses Dokuments anvertraut hat, leider keinen Wert darauf legt, zu einer Verständigung zu gelangen. Er legt nur auf eins Wert, er möchte das Programm Delcassé in den Augen Frankreichs und der ganzen Welt wieder zu Ehren bringen. Dieses Programm ruhte im wesentlichen auf zwei Grundsätzen: Deutschland auszuschalten und den Sultan von Marokko zu übersehen. Durch dieses Vorgehen hoffte Herr Delcassé dahin gelangen zu können, Marokko als res nullius (herrenloses Gut) zu behandeln.

Als dann Herr Delcassé sah, daß Deutschland sich nicht ausschalten läßt, zog er sich zurück, aber der Teil seines Programms, der sich auf den Sultan und auf Marokko bezieht, lebt weiter in dem Schriftstück, das Sie mir übergeben haben. Denn dies übersieht das Vorhandensein des Sultans, und indem es uns vorschlägt, uns mit Frankreich über Marokko ohne Mitwirkung des Sultans zu verständigen, behandelt es Marokko als res nullius. Diese beiden Hauptpunkte des Berichtes rechtfertigen den Glauben, den ich hege und den ich mir erhalten möchte, daß nämlich Herr Rouvier, wie recht und billig, die Abfassung des Kolonialberichtes einem Kolonialfachmann überlassen hatte, dessen Ansichten er nicht gleich anfangs hat entgegentreten wollen. Jetzt aber rechne ich auf die guten Dienste Herr Rouvier's selbst, um die Schwierigkeiten zu ebnen. Denn Herr Rouvier ist vollkommen unterrichtet über die Lage, in der wir uns befinden. Wir haben ihm gesagt, daß wir, um den Plänen, die Herr Delcassé zu unserm Schaden vorbereitete, entgegenwirken zu können, wir dem Sultan gegenüber gewisse Verpflichtungen haben übernehmen müssen, deren Berücksichtigung sich empfiehlt, wenn man sich tatsächlich mit uns verständigen will. Der Verfasser des Berichtes hat das gerade Gegenteil getan. Er möchte uns dahin bringen, durch die Tat anzuerkennen, daß der Sultan keine der einem Souverän zukommenden Rücksichten beanspruchen kann, und daß man ihn in keiner Weise nötig hat, wenn es sich darum handelt, die Angelegenheit Marokkos zu regeln. Nun weiß aber Herr Rouvier sehr wohl, daß Deutschland erst ganz kürzlich erklärt hat, es betrachte den Sultan als unabhängigen Souverän und würde ihn als einen solchen behandeln. Hieraus ergibt sich, daß wir nicht, als die einzigen mit Frankreich, an die förmliche Frage der marokkanischen Reformen herangehen können, während Frankreich die Annahme der Aufforderung, die ihm vom Sultan zugegangen war, um eine Erörterung dieser selben Frage herbeizuführen, verweigert. Solange Frankreich nicht zum mindesten dem Sultan geantwortet hat, daß es bereit ist, mit ihm zu verhandeln, rechtfertigt es die Annahme, daß es aus Vorsatz selbst sein Vorhandensein übersieht, und wir würden den Anschein erwecken, die gleiche Betrachtungsart zu der unsrigen zu machen, wenn wir unter diesen Umständen mit Frankreich die marokkanischen Angelegenheiten erörtern wollten.

Soweit die formelle Seite. Sie ist klar. Was die Seite des Inhalts betrifft, so ist auch sie sehr einfach. Frankreich möchte allein mit den Reformen beauftragt werden. Das heißt, es möchte Marokko aufsaugen. Vor einem Jahre waren wir von jeder Verpflichtung frei. Heute sind wir nicht in der Lage, die Aufsaugung ohne weiteres zuzulassen. Um den Reformen ihre aufsaugende Eigenschaft zu nehmen, müssen wir verlangen, daß sie ein in gewissem Sinne internationales Wesen annehmen. Man möchte uns begreiflich machen, daß es für Frankreich überflüssig ist, auf die Konferenz zu gehen, wenn es nicht sofort alles erhält, was es wünscht. Die das sagen, sind wie die Kinder; für die Kinder gibt es kein morgen, sie müssen immer alles gleich haben.

Wir verlangen, daß ein redlich gemeinter Versuch mit der Anwendung der internationalen Reformen gemacht werde. Wird dieser Versuch gelingen? In der Türkei haben die Reformen keinen Erfolg, und es gibt eine Menge maßgebender Leute, die da glauben, daß sie in Marokko, bei einem wilden Volke, noch weniger Erfolg haben werden. Wenn diese Reformen, anstatt zu einer Besserung zu führen, neue Spannungen infolge der Berührung der Zivilisation mit der Barbarei herbeiführen sollten, würde man sich einer neuen, von den zuvor eingegangenen Verpflichtungen nicht vorhergesehenen Lage gegenüber befinden. Die Zukunft ist also offen. In dieser Zukunft, die vielleicht nicht fern ist, könnten wir wieder Opportunisten werden. Heute aber sind wir gebunden. Da dies nun eine Folge der Marokkopolitik Herrn Delcassé's ist, ist es nur gerecht, daß der Nachfolger Herrn Delcassé's uns behilflich ist, aus einer Lage herauszukommen, für die Deutschland nicht verantwortlich ist.

Der Bericht, den Sie mir am Freitag übergeben haben, und der in Wirklichkeit nur eine Huldigung für das Andenken Herrn Delcassé's ist, tut genau das Gegenteil. Er übersieht hartnäckig, daß wir Verpflichtungen haben eingehen müssen, die uns hindern, heute gewisse Zugeständnisse zu machen, Was Frankreich betrifft, so weiß man bei ihm von keiner Fessel dieser Art. Frankreich ist frei, alles zu tun, was ihm im Hinblick auf seine Zukunftsinteressen vorteilhaft erscheinen könnte. Betreffs dieser Zukunft, das habe ich bereits gesagt, und ich wiederhole es, sind wir bis zur äußersten Möglichkeit bereit, Frankreich in seinem Bestreben, sie unberührt zu erhalten, behilflich zu sein.

Der Unterschied zwischen Frankreich und uns ist dieser: Frankreich kann schon heute als Opportunist handeln, während wir es nicht können, wohl aber werden wir es in einem gegebenen Augenblick, den ich nicht für gar zu fern halte, vielleicht können. Die einzige wirklich noch strittige Frage zwischen uns und Frankreich ist also die Zeitfrage, die Frage des geeigneten Augenblicks. Mir scheint, sie ist keinen Krieg wert. Ich verhehle mir indessen nicht, wie ich Ihnen bereits am Freitag sagte, daß wir vor unerwarteten Verwickelungen nicht sicher sind, solange der diplomatische Streik dauert, der die unvermeidliche Folge der Wiederbelebung des Programms Delcassé ist. Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß die Schwierigkeiten, die für den Sultan durch die dem Präsidenten gewährten Ermutigungen geschaffen werden sollten, offenkundig einen Teil dieses Programms bildeten. Der gegenwärtige Stand der Dinge an der algerischen Grenze ist voll von Verwicklungsmöglichkeiten. Die Neigung des Sultans, sein Schicksal mit dem unsrigen zu verbinden und sich unter unseren Schutz zu stellen, eine natürliche Folge der durch das Vorgehen der französischen Regierung hervorgerufenen Beunruhigung, ist gleichfalls sehr dazu angetan, unsere Beziehungen mit Frankreich noch mehr zu spannen. Es ist die höchste Zeit, aus einer ungewissen und gefährlichen Lage herauszukommen, um den Weg, der zur Beruhigung, zur Versöhnung und zum Frieden führt, zu beschreiten."

Herr Bihourd versprach mir, meine Ausführungen seiner Regierung ohne Zeitverlust zu übermitteln.

Bülow

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 497/498

Nr. 6753

Anlage

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Undatierte und unsignierte Reinschrift

[pr. 1. Juli 1905]

Das die Lage bezeichnende Wort ist, daß wir die Konferenz nötig haben, um die Verantwortung einzulösen, die wir dem Sultan von Marokko gegenüber übernommen haben. Der französische Gesandte hat bei seiner Ankunft in Fez zum Sultan und zum Maghzen gesagt: „Ich bin der Beauftragte der europäischen Mächte." Der Sultan hat bei uns anfragen lassen, ob das wahr wäre. Wir haben geantwortet, daß Deutschland keinen Auftrag gegeben habe, daß es nicht einmal befragt worden sei. Darauf hat der Sultan unsern Rat erbeten. Wir haben ihm geraten, die Annahme des französischen Reformprogramms von der vorherigen Erörterung dieses Programms durch eine Konferenz der Unterschriftsmächte des Madrider Vertrages abhängig zu machen. Der Sultan hat diesen Rat befolgt und hat uns so für die Lage innerhalb des bis zum Zusammentritt der Konferenz verlaufenden Zeitraumes verantwortlich gemacht. Es ist dies eine Verantwortung, der wir uns nicht zu entziehen vermögen. Die gegenwärtige Lage hat ihre Gefahren. Jeder Kabyleneinfall wird unter den heutigen Verhältnissen zu einem politischen Ereignis. Gibt es keine Konferenz, dann bleiben wir dem Sultan gegenüber für die Erhaltung des status quo verantwortlich. Das ist sehr unbequem, aber es ist so.

Ist die Konferenz einmal zusammengetreten, so sind wir nur ein Unterzeichner mehr neben soviel anderen, und dann werden wir in dem Bewußtsein, jeder Fessel ledig zu sein, nur unser Interesse zu befragen haben. Nun sind auf der Wage der deutschen Interessen gute Beziehungen zu Frankreich von erheblich größerem Gewicht als alle marokkanischen Fragen zusammengenommen. Das ist so einleuchtend, daß ich nicht verstehen kann, wie ernsthafte Leute in Frankreich glauben können, Deutschland warte nur auf die Konferenz, um Frankreich Fallen zu stellen. Zu welchem Zwecke, frage ich Sie. Ein schöner Erfolg, wenn ein in Marokko erlangtes Zugeständnis, und selbst ein großes, uns eine Verschärfung des französischen Hasses eintrüge, und auf lange Zeit hinaus ein Zusammengehen der beiden großen Nationen auch in den zahlreichen Fällen, wo ihre Interessen die gleichen sind, unmöglich machte! Die Erneuerung des Feindschaftspaktes bis zum äußersten wäre bei dem Zustande, in dem sich die Welt befindet, ein gleich großes Unglück für beide Länder. Niemals war die politische und die wirtschaftliche Lage des Erdballs so verwickelt wie heute, weil zu keiner früheren Zeit so viele Mächte sich auf dem Plane befunden haben. Es ist sicher, daß Deutschland und Frankreich politische, industrielle, Handels- und Schiffahrtsinteressen haben, die die gleichen sind, und gemeinsam verteidigt werden sollten. Es wäre eine schülerhafte Politik, wenn man die Zukunft durch eine von so einer Marokkotreiberei hervorgerufene überflüssige Feindschaft gefährden wollte.

Herr Rouvier möchte, daß wir schon jetzt, für uns allein, vor der Konferenz und ohne sie eine Amputation guthießen. Nun wohl, das geht nicht. Schon weil wir keinen Auftrag der anderen Unterschriftsmächte haben, und weil wir keinen solchen haben wollen.

Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß noch ganz kürzlich eine befreundete Regierung bei uns angefragt hat, ob wir geneigt sein würden, die marokkanische Frage als Beauftragter anderer Unterschriftsstaaten zu behandeln. Wir haben wegen der erhöhten Verantwortung abgelehnt. Marokko reitet wie die Toten schnell. Die Reformen werden daselbst aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr und wohl sogar noch weniger gelingen als in der Türkei. Sobald der Reformversuch gescheitert ist, werden wir uns einer neuen, von den zuvor eingegangenen Verpflichtungen nicht vorhergesehenen Lage gegenüber befinden. Dann werden wir nur unsere Interessen zu befragen haben, die Gesamtheit unserer Interessen, wo Marokko nur einen unendlich kleinen Teil einnimmt. An diesem Tage werden wir uns leicht mit Frankreich verständigen. Heute aber sind wir nicht frei. Wir haben erklärt, und ich wiederhole es, daß wir im Hinblick auf eine spätere Annäherung an Frankreich es schon heute als unsere Aufgabe betrachten, nichts vorzuschlagen, was in endgültiger Weise die Zukunft Frankreichs in Marokko bloßstellen könnte. Was aber die jetzt gestellten Bedingungen für die Zeit vor der Konferenz angeht, so können wir sie nicht annehmen. Wenn die französische Regierung sie unter Anpassung hierin an die Absichten der englischen Regierung durchaus aufrechterhalten wollte, würde es keine Konferenz geben. Und was dann nachher? Dann wäre es der bewaffnete Friede, es wäre Udjda [1]) als Dauerzustand.

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 514/515

Nr. 6767

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 286 Paris, den 8. Juli 1905

Der Text der heute unterzeichneten Schriftstücke ist folgender:

1. Brief Rouviers an mich.

Herr Botschafter! Die Regierung der Republik ist durch die Besprechungen, welche zwischen den Vertretern der beiden Länder in Paris und Berlin stattgefunden haben, zu der Überzeugung gelangt, daß die Kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keinerlei Ziele verfolgt, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruche stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen (oder Arrangements) ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden:

Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans; Integrität seines Reiches; wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit;

Nützlichkeit von polizeilichen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll;

Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden besonderen Beziehungen sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche.

[1]) In Udjda wurden marokkanische Regierungstruppen vom Prätendenten belagert. Die Franzosen verboten die Verstärkung der Garnison, da die Truppen durch französische Gebiete hätten rücken müssen, und erkannten dadurch den Prätendenten als kriegführende Macht an.

Infolgedessen läßt die Regierung der Republik ihre ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz fallen und nimmt die Einladung an.

Genehmigen usw. Rouvier.

2. Die von Rouvier und mir unterzeichnete Erklärung lautet:

Die deutsche Regierung und die Regierung der Republik kommen überein:

1. Gleichzeitig ihre zurzeit in Fez befindlichen Gesandtschaften nach Tanger zurückzuberufen, sobald die Konferenz zusammengetreten ist.

2. Dem Sultan von Marokko gemeinschaftlich durch ihre Vertreter in Fez Ratschläge bezüglich der Feststellung des Programms geben zu lassen, welches er auf Grundlage der unter dem 8. Juli 1905 zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem Ministerpräsidenten, Minister des Äußern, ausgetauschten Schreiben der Konferenz in Vorschlag bringen wird.

So geschehen zu Paris, den 8. Juli 1905.

Rouvier. Fürst v. Radolin.

Radolin

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 528

Nr. 6777

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 306 Paris, den 20. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 186 vom 11. Juli.

Der Minister Rouvier hat mir soeben nachstehenden Entwurf mit dem Bemerken, daß er in einigen Tagen mir die näheren Ausführungen des Programms zukommen lassen werde, . . . (Zifferngruppe fehlt, wohl: „übergeben".)

„Nach reiflicher Prüfung der Programmfrage sind die für einen dem Sultan gemeinschaftlich vorzuschlagenden Programmentwurf zur Bearbeitung vorliegenden Punkte die folgenden:

I. Die Einrichtung der Polizei außerhalb der Grenzgegend, d. h. außerhalb derjenigen Distrikte, wo sie durch eine französisch-marokkanische Abmachung geregelt ist.

II. Die finanziellen Reformen, die den Zweck verfolgen, den Kredit Marokkos sicherzustellen und zu regeln und der marokkanischen Regierung die für die Unterhaltung der Polizeikräfte und der ersten Verbesserungen der wirtschaftlichen Ausrüstung erforderlichen Geldquellen zu verschaffen."

Radolin

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 528/529

Nr. 6778

Der Geschäftsträger in Washington, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, z. Z. in Lenox, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 152 Lenox (Massasuchet), den 25. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 171.

Sekretär des Präsidenten schickt mir folgende Antwort für Freiherrn von Sternburg:

„Werde mich mit Jusserand in Verbindung setzen und bin sicher, Sie werden meine starke Abneigung gegen eine weitere Einmischung verstehen. Amerika hat kein Interesse an der Sache, und es waren nur meine große

Teilnahme für den Kaiser und meine Sorge um den Frieden, die mich bisher dazu vermocht haben, so zu handeln, wie der Kaiser es mir nahegelegt hat. Theodore Roosevelt."

Bussche

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 529

Nr. 6779

Der Geschäftsträger in Washington, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, z. Z. in Lenox, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 Lenox, den 30. Juli 1905

Präsident sendet mir nachstehendes Telegramm mit dem Ersuchen, es Seiner Majestät dem Kaiser und König zu übermitteln.

„Seiner Majestät

Kaiser Wilhelm von Deutschland

Berlin

Bin tief erkenntlich für Ihr Telegramm und danke Ihnen herzlich für die großen Dienste, die Sie in Verbindung mit Kaiser Nikolaus leisten. Habe eben von Frankreich gehört. Frankreich betont, Herr Révoil sei von Anfang an der Verfechter einer Verständigung mit Deutschland über Marokko gewesen und sei ernannt worden, weil er genaue Kenntnis der Frage besaß und sehr versöhnlich war, so daß seine Ernennung als eine Gewähr für eine gerechte und dauernde Lösung angesehen wurde. Starke Einwendungen werden französischerseits gegen Tanger erhoben; es sei eine schlechte Wahl, weil ein Brutherd von Ränken . . . (Zifferngruppe fehlt), wo jede Gesandtschaft ihren Anhang habe; doch besteht offenbar die Neigung, Ihren Wünschen entgegenzukommen, und Frankreich schlägt daher vor, die Konferenz solle dort eröffnet, aber anderwärts fortgeführt werden, z. B. in San Sebastian in Spanien oder in einer Stadt der Schweiz. Der Haag wird nicht erwähnt, und ich weiß nicht, ob das aus Versehen geschah, oder weil Frankreich San Sebastian oder eine Stadt der Schweiz vorzieht. Theodore Roosevelt."

Bussche

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 532

6783

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 320 Paris, den 2. August 1905

. . . Um den Beschlüssen der Konferenz nicht vorzugreifen und deren Annahme durch die Mächte zu sichern, enthält sich der Entwurf nach Möglichkeit, Einzelfragen zu berühren.

Dennoch glaubt Rouvier zur Begründung der Vorschläge die allgemeinen Gesichtspunkte nachstehend darlegen zu sollen, welche sie veranlaßt haben:

„Einrichtung der Polizei außerhalb der Grenzgegend, d. h. außerhalb derjenigen Bezirke, wo sie durch eine französisch-marokkanische Abmachung geregelt ist.

Erstens. Schaffung marokkanischer Truppenverbände für die Polizei in Tanger, Larache, Rabat und Casablanca.

Zweitens. Überwachung und Unterdrückung des Waffenschmuggels zu Lande.

II. Finanzreform.

Finanzielle Hilfe für den Maghzen durch Schaffung einer mit dem Begebungsvorrecht ausgestatteten Staatsbank, die die Geschäfte des Staatsschatzes übernimmt, die Münzprägung vermittelt, deren Gewinne dem Maghzen gehören.

Die Staatsbank trifft die für die Gesundung der Münzverhältnisse erforderlichen Maßregeln.

Die dem Maghzen eröffneten Kredite würden zur Ausrüstung und Besoldung der Polizeitruppen und für gewisse dringende öffentliche Arbeiten, namentlich zur Verbesserung der Häfen und ihrer Ausstattung zu verwenden sein.

III. Verpflichtung von seiten des Maghzens, keinen Zweig der öffentlichen Dienste zugunsten von Sonderinteressen zu veräußern. Grundsatz der nationalen Gleichberechtigung bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten.

. . . . . .

Radolin

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 558/559

Nr. 6801

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris, Fürsten von Radolin

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 220 Berlin, den 4. September 1905

Im Anschluß an Telegramm Nr. 219.

Ich habe heute Herrn Bihourd empfangen. Was ich dem französischen Botschafter gesagt habe, fasse ich in großen Linien wie folgt zusammen: „Ich habe die von Herrn Rouvier an den Fürsten Radolin gerichtete Note erhalten. Es sind da mehrere Punkte, die noch nicht geklärt sind, und wo wir uns noch nicht in Übereinstimmung befinden: Wo wird die Konferenz tagen? Die Frage des deutschen Darlehens und der Molen in Tanger. Die Einrichtung der marokkanischen Polizei. — Ich hatte vorgestern und gestern mit dem Kaiser lange Besprechungen über den gegenwärtigen Stand der marokkanischen Frage. Seine Majestät teilt mein Verlangen, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, die das Zusammentreten der Konferenz ermöglichen würde, er ist jedoch wie ich fest entschlossen, die Linie nicht zu überschreiten, wo seine Würde und die Würde Deutschlands einer Gefahr ausgesetzt wäre. Der zwei Monate hindurch fortgeführte Notenaustausch hat uns leider nicht viel weiter gebracht. Im Geiste der Versöhnlichkeit habe ich dem Kaiser zu einem Schritte geraten, der, wie ich hoffe, von der französischen Regierung anerkannt werden wird. Morgen abend werde ich unsern künftigen Gesandten in Tanger Herrn Rosen nach Paris schicken. Herr Rosen wird versuchen, sich mit Ihrer Regierung über die strittigen Fragen, die den Zusammentritt der Konferenz verhindern, ins Einvernehmen zu setzen. — Es ist dies ein sehr ehrlicher Versuch, den wir machen, zu einer in mehr als einer Beziehung so wünschenswerten Verständigung zu gelangen. Ich wünsche lebhaft, dieser Versuch möge von Erfolg gekrönt sein. Sollte dieser Versuch scheitern, so würden wir uns von neuem in die Lage versetzt sehen, die vor der Vereinbarung vom 8. Juli bestand. Diese Lage würde eine unsichere und gefahrvolle sein; sie würde allen Überraschungen Tor und Tür öffnen und könnte zu Reibungen und Zusammenstößen führen, die sich nach meiner festen Überzeugung mit gutem Willen von beiden Seiten vermeiden lassen. — Ich möchte noch ein Wort über den Streitfall hinzufügen, der sich kürzlich zwischen Frankreich und Marokko ereignet hat. Wir haben nicht die Absicht, uns in diesen Zwist einzumischen. Ich unterziehe die von der französischen Regie-

rung eingenommene Haltung keinerlei Beurteilung, aber ich möchte nicht, daß das Werk der Versöhnung und Befriedung, das wir unternommen haben, und das von der Konferenz besiegelt werden soll, durch ein schroffes oder übereiltes Vorgehen von seiten Frankreichs gegen Marokko in Frage gestellt würde."

. . . . . .

Bülow

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 578

Nr. 6818

Der Gesandte in Tanger, Rosen, z. Z. in Paris, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Nr. 801 Paris, den 22. September 1905

. . . . . .

. . . . . Der Ministerpräsident schlug schließlich folgende Formulierung vor, die der Kaiserliche Herr Botschafter nicht beanstandet hat.

„Die beiden Regierungen haben sich dahin verständigt, dem Sultan folgenden in Übereinstimmung mit den im Schriftwechsel vom 8. Juli angenommenen Grundsätzen ausgearbeiteten Programmentwurf vorzuschlagen:

1. Einrichtung der Polizei, nach internationaler Vereinbarung, außerhalb der Grenzgegend;
2. Überwachung und Unterdrückung des Waffenschmuggels unter denselben Bedingungen;
3. Finanzreform;

(der Rest wie im Programm vom 30. August.)"

. . . . . .

Rosen

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 589

Nr. 6828

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 399 Paris, den 26. September 1905
[aufgegeben am 27. September]

„Ich habe heute abend in Ausführung des Telegramms Nr. 273 dem Ministerpräsidenten die von dem Herrn Reichskanzler ausgeführten Gesichtspunkte dargelegt. Rouvier äußerte sich über den nunmehr endgültigen Abschluß erfreut und dankbar. Er versicherte mich nochmals seiner besten Absichten und gab mir einen Text seiner gestrigen Erklärung, die er dem Herrn Botschafter und mir bisher nur kurz vorgelesen hatte. Derselbe lautet:

‚Außerhalb der Formel, die von den beiden Regierungen unterzeichnet werden wird, erachte ich mich als in keinem Punkte durch eine Verpflichtung gebunden.

Ich kann nur meine Versicherung wiederholen, daß ich in demselben Maße wie die Kaiserliche Regierung den Wunsch hege, jede auffallende Unstimmigkeit zwischen uns auf der Konferenz zu vermeiden, und das meinige dazu beizutragen, daselbst den Lösungen zum Siege zu verhelfen, die am besten die Interessen und die Eigenliebe wahren, dergestalt, daß es nach den eigenen Worten des Fürsten Radolin weder Sieger noch Besiegte geben soll.

Die Sicherheit für Deutschland beruht auf der Tatsache, daß die Entscheidungen der Konferenz einstimmig gefaßt werden müssen; sein Widerstand genügt, um uns ein Generalmandat nicht anvertrauen zu lassen.'

. . . . . Rosen."

Gesehen: Radolin

Zu Band XX, 2. Hälfte, S. 592

Nr. 6832

Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Programmentwurf für die Marokkokonferenz

Ausfertigung

Die beiden Regierungen haben sich dahin verständigt, dem Sultan folgenden in Übereinstimmung mit den im Schriftwechsel vom 8. Juli angenommenen Grundsätzen ausgearbeiteten Programmentwurf vorzuschlagen.

I.

1. Einrichtung der Polizei nach internationaler Vereinbarung außerhalb der Grenzgegend;

2. Vorschrift zur Regelung der Überwachung und Unterdrückung des Waffenschmuggels. — In der Grenzgegend bleibt die Anwendung dieser Vorschrift ausschließlich Sache Frankreichs und Marokkos.

Finanzreform.

Finanzielle Hilfe für den Maghzen durch Schaffung einer mit dem Begebungsvorrecht ausgestatteten Staatsbank, die die Geschäfte des Schatzamtes übernimmt, die Münzprägung vermittelt, deren Gewinne dem Maghzen gehören würden.

Die Staatsbank trifft die für die Gesundung der Münzverhältnisse erforderlichen Maßregeln.

Die dem Maghzen eröffneten Kredite wären zur Ausrüstung und Besoldung der Polizeitruppen und für gewisse dringende öffentliche Arbeiten, namentlich zur Verbesserung der Häfen und ihrer Anlagen zu verwenden.

III.

Prüfung der Mittel für eine größere Ergiebigkeit der Steuern und zur Schaffung neuer Einkünfte.

IV.

Verpflichtung von seiten des Maghzen, keinen Zweig der öffentlichen Dienste zugunsten von Sonderinteressen zu veräußern.

Grundsatz der nationalen Gleichberechtigung bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten.

So geschehen zu Paris, den 28. September 1905.

(L. S.) Radolin
(L. S.) Rouvier

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 108/109

Nr. 6961

König Eduard VII. von England, z. Z. in Windsor Castle, an Kaiser Wilhelm II.

Privatbrief. Abschrift

Windsor Castle, den 23. Januar 1906

Mein lieber Wilhelm,

Da Du in wenigen Tagen Deinen Geburtstag feierst, — schreibe ich diese Zeilen, um Dir meine aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen, in die auch Tante Alix und Viktoria bitten, mit einstimmen zu dürfen. —

Ich sende Dir jetzt kein Geschenk, weil ich Wert darauf lege, es bei Gelegenheit Deiner „Silbernen Hochzeit" nächsten Monat zu tun. — Ich habe Onkel Holstein gebeten, mich bei diesem Anlaß zu vertreten, da ich k e i n anderes Mitglied meiner Familie entsenden kann, weil a l l e in verschiedenen Weltteilen zerstreut sind!

Wir sind nun in ein neues Jahr eingetreten, — und Du wirst gewiß meine Ansicht teilen, daß zu hoffen ist, es werde ein friedliches und glückliches sein für alle Völker! Vor allem ist es mein größter Wunsch, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern die besten sein möchten.

Wir sind — mein lieber Wilhelm — so alte Freunde und nahe Verwandte, daß ich fest davon überzeugt bin, die Gefühle der Zuneigung, die stets bestanden haben, können unverändert fortdauern. Auf das tiefste beklage ich die unerwünschten Ausdrücke, die von der Presse in bezug auf unsere beiden Länder gebraucht wurden, und ich hoffe sehnlichst, daß sie aufhören werden — aber in meinem Lande besitzen wir weder die Macht noch die Mittel, den Ausdruck der sogenannten öffentlichen Meinung zu verhindern!

Ich bedauere, daß Dir vieles berichtet worden ist, was auf keinem wahren Grunde beruht. Graf Metternich war für ein paar Tage hier, und ich hatte Gelegenheit zu mehreren Besprechungen mit ihm hierüber, und ich hoffe, er wird Dir meine Ansichten mitteilen. Ich weiß sehr wohl, wie sehr Dir darum zu tun ist, daß die Algeciraskonferenz gut von statten geht, und daß keine unliebsamen Gegenstände aufgedeckt werden. — Ich teile diese Ansichten vollkommen, und bin überzeugt, daß Gutes daraus hervorgehen — und vor allem, daß ein Gefühl der Freundschaft zwischen Deutschland, Frankreich und England bestehen kann. — Sei versichert, daß dieses Land niemals irgendwelche Angriffsabsichten gegen das Deinige gehabt hat, und daß der müßige Klatsch und das alberne Gerede („tittle tattle") hierüber von Unheilstiftern ausgeht und niemals Gehör finden sollte. —

Verzeih' diesen langen Brief, — aber mir war sehr daran gelegen, diese Feststellungen zu machen. In der Hoffnung, daß ich in nicht allzu langer Zeit das Vergnügen haben werde, Dich wiederzusehen

bin ich
mein lieber Wilhelm,
mit erneuten guten Wünschen für
den 27.
Dein Dich liebender Oheim
(gez.) E d w a r d R.

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 110/111

Nr. 6962

Kaiser Wilhelm II. an König Eduard VII von England

Privatbrief. Unsignierte Abschrift

[pr. 1. Februar 1906]

Mein lieber Oheim,

Laß mich Dir auf das aufrichtigste für den lieben Brief danken, den Du mir geschickt hast, und der mir durch Deinen Botschafter an meinem Geburtstage übergeben wurde. Der ganze Brief atmete eine solche Atmosphäre von Freundlichkeit und warmer freundschaftlicher Zuneigung, daß er die liebste Gabe unter allen Geschenken bildete.

Es ist nicht zu leugnen, daß die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern allmählich einen solchen Grad elektrischer Spannung erreicht hatten, daß ihre Entladung endloses Leid über sie beide hätten bringen können.

In beiden Ländern haben Zeitungen sowohl wie Einzelpersonen zum Teil aus politischen, zum Teil aus persönlichen Beweggründen die öffentliche Meinung derartig bearbeitet, daß beide Völker begannen, einander zu mißtrauen, wodurch ein ungeheurer Schaden angerichtet und die Saat des Zwiespaltes zum Aufgehen gebracht wurde. Cui bono (wozu)? Wem sollte dieses schändliche Tun Vorteil bringen? Soviel ich sehe, hat sicherlich keines unserer beiden Länder den geringsten Nutzen daraus gezogen! Und nun wir beiden?! Was mich betrifft, so hat mich dieser Zustand tief betrübt, da es das Streben meines Lebens und mein Ideal war, die beiden Nationen in gegenseitigem guten Einvernehmen zu einem Zusammenwirken für den Frieden und die Wohlfahrt ihrer Völker und der ganzen Welt zu führen. Aber, wie das britische Sprichwort sagt, „It's no use to cry over spilt milk!" (An geschehenen Dingen ist nichts zu ändern.) So wollen wir denn das Vergangene vergangen sein lassen.

Du hast meinem Botschafter dem Grafen Metternich Deine gütige Gastfreundschaft gerade an dem denkwürdigen Todestage der lieben Großmutter zuteil werden lassen. Wir wollen daher lieber der stillen Stunden gedenken, wo wir an ihrem Bette wachten und beteten und der Geist dieser großen Herrscherin und Frau entschwebte, als sie ihren letzten Seufzer in meinen Armen aushauchte. Ich bin sicher, daß sie jetzt von der Wohnstätte des ewigen Lichtes auf uns herniederschaut und sich freuen wird, wenn sie sieht, wie wir uns in herzlicher und ehrlicher Freundschaft die Hände reichen.

Meine Politik in bezug auf den Frieden ist so klar wie Kristall, und es sollte unmöglich sein, sie mißzuverstehen. Dennoch ergreife ich mit Freude diese Gelegenheit, noch einmal feierlich zu wiederholen, und ich hoffe, Du wirst mir glauben, daß es mein allerernstestes Streben und mein Wunsch ist, mit a l l e n L ä n d e r n in Frieden zu bleiben, vor allem aber mit meinen Nachbarn!

Das von Deutschland für seine Marokkopolitik angenommene und der Algeciraskonferenz vorgelegte Programm lautet: Aufrechterhaltung der offenen Tür — d. h. Handelsgleichberechtigung für alle beteiligten Länder — und Anerkennung der Sonderstellung Frankreichs und seiner Sonderrechte auf der ganzen Ausdehnung seiner Grenzen mit Marokko. Dieses Programm ist im höchsten Grade friedlich, durchführbar und international und scheint eine fast allgemeine Zustimmung gefunden zu haben; es bildete die Grundlage unserer Vorverhandlungen mit Frankreich, wonach wir beide uns einverstanden erklärten, auf die Konferenz zu gehen. Die Berichte, die ich von meinen Vertretern in Algeciras erhalte, lauten günstig, dasselbe ist, wie ich höre, in Paris, Petersburg, London der Fall. So ist denn auf eine zufrieden-

stellende Regelung zu hoffen. Diese Hoffnung wird durch Deinen lieben Brief verstärkt, der die Bestätigung enthält, daß es auch Dein ernster Wunsch ist, die Konferenz möge zu einer befriedigenden Lösung kommen, die jedermann Frieden und gerechte Behandlung gewährleistet. Ich stehe nicht an zu behaupten, daß dies die wichtigste und wertvollste Nachricht ist, die ich bis jetzt erhalten habe. Es war eine unschätzbare Geburtstagsgabe, für die ich Dir noch einmal meinen herzlichen Dank ausspreche. Ich darf hinzufügen, daß Radowitz sich in ständiger Fühlung mit Sir D. Wallace befindet, sodaß Du über unsere Ansichten auf dem laufenden gehalten werden wirst.

Wie tief muß ich beklagen, daß Dein lieber alter Schwiegervater plötzlich aus dem Leben geschieden ist! Obwohl er so hoch in Jahren stand, schien es doch, als könne er niemals krank sein oder von uns genommen werden. Man hatte sich so daran gewöhnt, auf seine starke Gesundheit zu zählen! Und doch, welch ein freundliches, sanftes Ende! Es war das eines Patriarchen! Arme Tante Alix, wie schwer sie den Schlag empfinden muß, einen so liebevollen, angebeteten, ritterlichen, warmherzigen, edlen Vater zu verlieren! Möglicherweise könnten wir vielleicht beim Begräbnis zusammenkommen, da ich selbst nach Kopenhagen gehe. Ich hoffe, daß wir im Laufe des Jahres die Möglichkeit finden werden, uns zu treffen, und ich sehe dem Eintreten dieser Möglichkeit mit großer Freude entgegen.

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 111/112

Nr. 6963

König Eduard VII. von England an Kaiser Wilhelm II.

Privatbrief. Abschrift

Buckingham Palace, den 5. Februar 06

Mein lieber Wilhelm,

Da Kommander Dumas heute Abend nach Berlin abreist, um daselbst seinen neuen Posten als Marineattaché an Stelle des Kapitäns Allenby anzutreten, schicke ich durch ihn diesen Brief, um Dir für den Deinigen vom 1. d. M. zu danken, der mir gestern von Graf Metternich ausgehändigt wurde.

Deine freundlichen Worte haben mich tief gerührt, und niemand ist mehr als ich davon überzeugt, daß Du jetzt ebenso darum besorgt bist, wie Du es stets seit Deiner Thronbesteigung warst, vor allem den Frieden zu bewahren.

Was die von der Algeciraskonferenz zu erzielenden Ergebnisse anbetrifft, so kann ich nicht umhin, zu glauben, daß sie sehr wohl auf freundschaftlichem Wege durch private Besprechungen zwischen Herrn von Radowitz und Herrn Révoil geregelt werden könnten, worauf dann diese die Ergebnisse allen Mitgliedern der Konferenz vorlegen könnten. Deutschland und Frankreich sollten jedes für sich genau angeben, was sie wünschen, und bei einigem guten Willen, „Gewinn und Verlust" durchschnittlich auszugleichen, würden die Dinge eine bleibende Gestalt annehmen.

Vielen Dank für Deine freundliche Teilnahme an dem Verlust meines geliebten, vortrefflichen Schwiegervaters, des Königs Christian. Was Du von ihm sagst, ist alles so wahr, und er wird nicht nur von seiner Familie, die ihn so innig liebte, auf das schmerzlichste vermißt und betrauert werden, sondern auch von seinem ganzen Lande und von allen, die ihn gekannt haben.

Es ist eine sehr liebenswürdige Aufmerksamkeit von Dir, daß Du, — ohne ein Verwandter zu sein, beim Begräbnis anwesend zu sein gedenkst! Ich bedauere tief, nicht dabei sein zu können, aber Tante würde nichts davon hören wollen, daß ich hinginge, da ich gerade vor einem Jahre einen sehr

üblen Anfall von Luftröhrenentzündung hatte, und Laking es verbietet. Außerdem bin ich immer noch recht lahm und gehe nur wenig und unter beträchtlichen Schwierigkeiten. Dann muß ich auch das neue liberale Parlament eröffnen und habe eine Masse Arbeit mit meinen neuen Ministern.

Es ist doppelt ärgerlich für mich, daß ich nicht die Gelegenheit haben werde, in Kopenhagen mit Dir zusammenzutreffen, aber im Laufe des Frühjahrs hoffe ich, wird es uns möglich sein, uns während unserer Jachtfahrten irgendwo zu begegnen.

Mit den besten Grüßen für Dona und Deine Kinder
bin ich,
mein lieber Wilhelm,
Dein Dir freundschaftlichst zugetaner Oheim
(gez.) Edward R.

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 171/172

Nr. 7010

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Paris, den 15. Februar 1906

Herr Rouvier überreichte mir beim Ministerempfang nachstehende Notiz:

. . . . . .

„Die deutsche Regierung weiß, daß, wenn Herr Rouvier sich im Juli letzten Jahres damit einverstanden erklärt hat, daß die Lösung der marokkanischen Frage in ihrer Grundlage, d. h. der Konferenz, international sei, er darum nicht der Ansicht war, daß sie es in ihrer Ausführung sein könnte. Was das Polizeimandat betrifft, so hat die französische Regierung in keinem Augenblicke die Verpflichtung übernommen, es nicht zu fordern. Die unter Nr. 349 und 350 in das Gelbbuch aufgenommenen Dokumente bezeugen dies.

Es handelt sich übrigens keineswegs darum, die Polizei außerhalb der Küstenplätze einzurichten, und es hat stets die Auffassung bestanden, ihre Hauptaufgabe würde sein, über die Sicherheit der Fremden zu wachen.

Andererseits ist der Gedanke ausgesprochen worden, das Mandat könnte in einigen Häfen von Spanien, in den anderen von Frankreich ausgeübt werden. Weiterhin ist angeregt worden, die Ausübung dieses Mandats könnte mit gewissen Sicherheiten umgeben werden, falls die Konferenz deren Nützlichkeit anerkennen sollte.

Die Vorschläge müssen aber in Algeciras geprüft werden, da Frankreich auf Verlangen Deutschlands eingewilligt hat, sie der Konferenz zu unterbreiten.

Die Regierung der Republik hat ihrem Vertreter ihre Weisungen erteilt, alle Abgeordneten der übrigen Mächte müssen gleichfalls die ihrigen empfangen haben. Man braucht also nur den in Algeciras versammelten Bevollmächtigten die Sorge für die Auffindung einer Lösung zu überlassen."

Radolin

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 172

Nr. 7011

Der Erste Delegierte bei der Konferenz in Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Algeciras, den 16. Februar 1906

Die mir heute abend elf Uhr von Révoil mitgeteilte Antwort auf meine Denkschrift vom 13. d. Mts. lautet folgendermaßen:

„Es bestehen keine Bedenken gegen die Einrichtung der Polizei durch den Sultan in den Häfen, noch gegen die Bezahlung der Truppen und der Offiziere durch die Staatsbank, noch gegen die kurze Dauer dieser Vorkehrung, unter der Bedingung jedoch, daß die von Seiner Scherifischen Majestät gewählten Offiziere französische und spanische Offiziere sind.

Der Punkt des deutschen Vorschlages, der sich auf eine Überwachung der Ausführung dieser Einrichtung bezieht, könnte geprüft werden, wenn die Frage der Nationalität der Offiziere in dem oben bezeichneten Sinne gelöst wäre.

. . . . . .

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 181/183

Nr. 7019

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Washington, den 19. Februar 1906

. . . . . Nach Rücksprache mit dem Präsidenten übergab er (der Staatssekretär) mir eine Note folgenden Inhalts:

„Der Präsident hat die in Ihrer Aufzeichnung vom 29. Januar enthaltene Anregung, die Vereinigten Staaten sollten vorschlagen, man möge den Sultan von Marokko mit der Bildung der Polizeitruppen innerhalb seines Herrschaftsbereiches beauftragen und ihm Gelder in einer gewissen Höhe bewilligen, sowie eine internationale Überwachung für die Verwaltung dieser Gelder und die Ausführung des ganzen Planes einführen, in Erwägung gezogen.

Unsere Meldungen aus Algeciras lassen erkennen, daß der Augenblick erreicht ist, wo, wenn es überhaupt geschehen soll, ein solcher Vorschlag gemacht werden sollte, sowie, daß er, um wirksam zu sein, in bezug auf die Art der internationalen Überwachung etwas eingehender gehalten sein müßte.

Wenn es für Deutschland annehmbar ist, wird der Präsident den angeregten Vorschlag machen, und zwar mit folgenden Einzelheiten, die vielleicht als Veränderungen zu bezeichnen wären, von denen er aber nicht glaubt, daß sie die Erreichung des Zieles, das Deutschland verfolgte, als es die Konferenz durchsetzte, beeinträchtigen. Er wird vorschlagen:

1. Daß die Bildung und Unterhaltung der Polizeitruppe in allen Häfen dem Sultan übertragen wird, wobei Mannschaften und Offiziere der maurischen Bevölkerung zu entnehmen sind.

2. Daß das Geld für die Unterhaltung der Truppe von der geplanten internationalen Bank geliefert wird, deren Grundkapital an alle Mächte zu gleichen Anteilen zu verteilen wäre (mit Ausnahme geringer von Frankreich gewünschter Vorzugsrechte, die er für unwesentlich hält).

3. Daß Dienstleistungen für Unterricht, Disziplin, Löhnung und Beihilfe in der Leitung und Beaufsichtigung französischen und spanischen Offizieren und Unteroffizieren übertragen werden, die nach Einreichung von Namen durch ihre Gesandtschaften vom Sultan zu ernennen sind.

Daß die höheren französischen und spanischen ausbildenden Offiziere jedes Jahr der marokkanischen und der italienischen Regierung Bericht erstatten, dieser letzteren in ihrer Eigenschaft als andere Mittelmeermacht, die das Aufsichts- und Prüfungsrecht besitzen und befugt sein soll, weitere Berichte zwecks Aufschlußerteilung an die Mächte einzufordern. Die Kosten für diese Beaufsichtigung sind als ein Teil der Polizeiunterhaltungskosten zu betrachten.

4. Daß von Frankreich und Spanien für die offene Tür sowohl in bezug auf den Handel als auch auf gleiche Behandlung und gleiche Möglichkeit für den Wettbewerb um öffentliche Arbeiten und Handelsbewilligungen volle Sicherheiten gegeben und allen ihren vom Sultan zu ernennenden Offizieren zur Pflicht gemacht werden.

Vorstehender Entwurf ist im Hinblick auf die in Algeciras vorhandene Lage sorgfältig zusammengestellt, um ihm eine Form zu geben, die Zugeständnisse vom französischen Standpunkte aus so leicht wie möglich machen würde, und der Präsident meint, daß er den Grundsatz der offenen Tür beibehält, ohne ungerechtfertigterweise Ansprüche anzuerkennen, die auf Nachbarschaft und überwiegenden Handelsinteressen beruhen. Er hält ihn für gerecht und hofft zuversichtlich, daß er den Beifall des Kaisers finden möge."

Sternburg

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 195/197

Nr. 7027

Anlage

Der russische Ministerpräsident Graf Witte an den Botschafter z. D. Fürsten zu Eulenburg

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, 20. Februar 1906

Würden Euer Durchlaucht die Liebenswürdigkeit besitzen, uns Ihren Beistand in einer ebenso ernsten wie dringenden Angelegenheit zu gewähren? Ende April findet die Eröffnung der Duma und des (neugebildeten) Reichsrates, d. h. unseres Ober- und unseres Unterhauses statt. Wir fangen ein neues, unvermeidliches, aber noch ganz unbestimmtes Leben an. Andererseits bedürfen wir außer den Einnahmen aus dem Staatshaushalte eines ansehnlichen Kapitals für die Begleichung der Kriegsausgaben. Euer Durchlaucht werden verstehen, daß, wenn die Regierung gleich bei der Eröffnung der Kammern sofort Geld von ihnen fordern wollte, sie sich dadurch in eine äußerst unbequeme Lage versetzen würde, zumal da sie sich zuerst einer wenig geschulten Masse ohne politische Erziehung gegenüberbefinden wird. Unter diesen Verhältnissen ist uns in hohem Maße an dem Abschluß der Ausgleichsanleihe gelegen, und zwar in sehr kurzer Zeit, d. h. im Laufe der nächsten sechs Wochen. Dies ist eine Frage von entscheidender Bedeutung. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß eine Anleihe, in Frankreich sowohl wie auf dem internationalen Geldmarkte, als conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) die vorherige Regelung der auf der Algeciraskonferenz zur Prüfung vorliegenden Schwierigkeiten voraussetzt. Dies ist die ausdrückliche Ansicht der französischen Bankleute, mit denen ich in Verbindung stehe. Es ist auch die Ansicht Herrn Rouviers. Ich weiß, daß die Israeliten einer russischen Anleihe feindlich gegenüberstehen und es auch weiterhin tun werden. Aber es ist nicht unsere Absicht, die Vermittelung der israelitischen Bankleute in Anspruch zu nehmen. Wir verhandeln mit christlichen Häusern. Wie die Franzosen sehr richtig bemerken, vermag die Feindschaft der Israeliten nicht zu verhindern, daß die Anleihe vom Publikum gezeichnet wird; alles, was sie bewirken könnte, wäre, eine Erschwerung der Anleihebedingungen für Rußland herbeizuführen. Denn in der Tat, wenn die israelitischen Häuser

sich nicht amtlich an der Auflage der Anleihe beteiligen, werden die Juden, einzeln genommen, nicht verfehlen, die Scheine zu unterschreiben, vorausgesetzt, daß das Unternehmen ihnen einen starken Nutzen verspricht. Beim Juden übertrifft die Gewinnsucht jede andere Rücksicht, jedes andere Gefühl. Aus dem obigen ergibt sich, wie wichtig es für uns ist, daß die Algeciraskonferenz einen günstigen Abschluß finde und die Hauptfragen sobald wie möglich gelöst werden, weil die öffentliche Meinung erst beruhigt werden muß, wenn die Ausgabe einer Anleihe möglich sein soll. Ohne Zweifel begreifen alle ernsthaften Leute vollkommen, daß es wegen Marokko keinen Krieg geben kann, das Publikum aber, besonders das der Börse, hat seine Psychologie für sich. Es sagt sich: Es liegt Elektrizität in der Luft; wir wollen abwarten, was daraus wird. In einer solchen Lage ist jede große Kreditunternehmung unmöglich. Wenn es für Rußland vom Sonderstandpunkte seiner Geldinteressen überaus wünschenswert ist, daß die Algeciraskonferenz in Kürze eine Richtung nimmt, die einen günstigen Ausgang erhoffen läßt, so wird, wie mir scheint, eine solche Wendung der Dinge noch gebieterischer von der allgemeinen Politik gefordert, die Deutschland und Rußland sich vorgeschrieben haben.

Euer Durchlaucht wissen, wie tief ich von der Überzeugung durchdrungen bin, daß die Zukunft Europas auf der Errichtung eines Festlandsbündnisses beruht. Wenn wir fortfahren, uns gegenseitig zu ärgern, verringern wir nur die moralischen und materiellen Kräfte Europas. Und was unsere Schwäche ausmacht, wird stets zugunsten der Seemächte ausgenutzt werden. Sie werden auf unsere Kosten wachsen. Wenn diese Betrachtungen richtig sind, wenn wir uns eng an einander schließen und bestrebt sein müssen, unsere Kräfte zu vereinigen, gestatte ich mir zu glauben, daß zur Erreichung dieses Zieles es vor allem erforderlich ist, gute Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen.

Dann scheint sich mir auch für die deutsche Regierung hier die Gelegenheit zu bieten, einen Beweis politischer Großmut zu geben. Endlich ist es meine Überzeugung, daß die Anarchisten und die Revolutionäre überhaupt sich Rußland ausgesucht haben, um die Mittel ihrer Taktik und Strategie zu erproben, und daß, wenn sie hier keinen endgültigen Mißerfolg erleiden, die Flut des Umsturzes sich über unsere Grenzen hinaus ausbreiten wird. Vergegenwärtigen Sie sich den Gang der französischen Revolution. Im Interesse der Länder mit monarchischer Überlieferung ist es daher wünschenswert, daß Rußland sobald wie möglich zur Ruhe komme. Die endgültige Wiederherstellung der Ruhe aber erfordert zuvor die Liquidation des erlittenen Krieges, und diese Abrechnung verlangt den Abschluß einer Anleihe, die vor dem Zusammentritt der Kammern, d. h. in einigen Wochen spätestens aufgelegt sein muß.

Mir scheint, daß diese Marokkosache von keiner ausschlaggebenden Bedeutung für Deutschland ist, wohl aber, daß sie Gelegenheit gibt, von dem Wunsche Deutschlands Zeugnis abzulegen, sich mit Frankreich auf einen Fuß guten Einvernehmens zu stellen.

Ich habe Eurer Durchlaucht den Sachverhalt und meine Gedanken darüber frei und offen auseinandergesetzt in der Hoffnung, daß Sie mir Ihre Unterstützung nicht versagen werden. Durch Förderung meiner Absichten würden sich Euer Durchlaucht ein Recht auf meine tiefgefühlte Dankbarkeit erwerben.

Der Überbringer dieses Briefes wird solange in Berlin bleiben, wie nötig ist, um Ihre Antwort abzuwarten, die er mir sogleich nach Empfang unverzüglich zustellen wird.

Graf Witte

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 215/216

Nr. 7042

Der Erste Delegierte bei der Konferenz in Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 Algeciras, den 26. Februar 1906

Herr Révoil hat mir heute die Rückäußerung seiner Regierung auf die ihm am 19. d. Mts. von mir gemachte Mitteilung (Tel. Nr. 70) übergeben. Sie lautet:

„Der Grundsatz der Gleichheit für alle in wirtschaftlichen Dingen, der den Gegenstand des deutschen Vorschlages bildet, ist von uns ohne jeden Vorbehalt angenommen worden. Wir sind überzeugt, daß in dem von uns formulierten Vorschlage für die Einrichtung der Polizei nichts diesen Grundsatz zu beeinträchtigen vermag. Sollte aber die Konferenz hinsichtlich der wirtschaftlichen Gleichbehandlung auf die Nützlichkeit neuer Sicherheiten erkennen, so würden wir uns einer Prüfung derselben nicht widersetzen. Es ist gemäß dem Abkommen vom 8. Juli Sache der Konferenz, über die Lösung zu befinden."

. . . . . .

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 223/224

Nr. 7045

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Algeciras, den 26. Februar 1906

. . . . . .

Der Vorschlag lautet:

„1. Der Sultan erhält das Oberkommando über die Polizeitruppe.

2. Der Sultan überträgt französischen Offizieren die Einrichtung und das Kommando der Polizeitruppe in Tanger, Larache und Radic.

3. Der Sultan überträgt spanischen Offizieren die Einrichtung und das Kommando der Polizeitruppe in Tetuan und in drei südlichen Hafenplätzen.

4. Der Sultan ernennt . . . (Zifferngruppe fehlt) einen ranghöheren Offizier, dem die Einrichtung und das Kommando der Polizeitruppe in Casablanca übertragen wird, und der zugleich das Amt eines Generalinspekteurs aller Polizeitruppen versieht. Der Sultan wählt ihn frei unter den Offizieren, die ihm, drei an der Zahl und mit Zustimmung der Unterschriftsmächte, die schweizer, niederländische oder belgische Regierung namhaft zu machen hätte.

5. Der Stamm der Polizeitruppe besteht aus Marokkanern.

6. Die Verwaltung und namentlich die Löhnung der Truppe wird durch die europäischen Beamten aus Geldern erfolgen, die ihnen von der Staatsbank zur Verfügung gestellt werden.

7. Der Generalinspekteur legt dem diplomatischen Korps in Tanger, dem die Beaufsichtigung der Ausführung der Polizeieinrichtung obliegt, Rechenschaft über seine Amtsführung ab."

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 244

Nr. 7062

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Algeciras, den 5. März 1906

. . . . . .

Ich legte darauf unseren allgemeinen Standpunkt in folgender Erklärung dar:

„Eine der Grundlagen für die Arbeiten dieses Kongresses ist der Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit in Marokko ohne jede Ungleichheit.

Nun hängen diese wirtschaftliche Freiheit und die Entfaltung der Handelsinteressen in Marokko in erster Linie von der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Scherifischen Reiche ab.

Der Sultan von Marokko wird in der Ausübung seiner Souveränität die für die persönliche Sicherheit der Fremden und diejenige ihres Eigentums erforderlichen Maßregeln zu treffen haben. Den Unterschriftsmächten drängt sich die Notwendigkeit auf, ihm durch Bildung einer hinreichend starken Polizeitruppe, die an bestimmten Plätzen aufzustellen wäre, zu Hilfe zu kommen.

Da die Unterschriftsmächte in gleichem Maße an dieser Einrichtung interessiert sind, müssen sie zur Teilnahme daran berufen werden.“ . . .

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 259/261

Nr. 7074

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Washington, den 7. März 1906

Staatssekretär sendet mir soeben folgende Note:

„Darf ich Sie bitten, dem Deutschen Kaiser eine Botschaft vom Präsidenten zu überreichen, die folgendermaßen lautet:

‚Ich habe die Bemerkungen Eurer Majestät zu der in dem Schreiben des Herrn Root vom 19. Februar enthaltenen Anregung einer sehr ernsten Erwägung unterzogen, vermag jedoch nicht zu der Ansicht zu gelangen, ich müßte Frankreich zu weiteren Zugeständnissen veranlassen, als die in diesem Briefe vorgeschlagene Regelung erfordern würde. Unter diesen Umständen würde ich gern einen Gegenstand fallen lassen, für den Partei zu ergreifen, unsere überlieferungsgemäße Politik der Enthaltung von den politischen Angelegenheiten Europas den Vereinigten Staaten untersagt. Ich sehe indessen ein, daß die Ereignisse, die zur Konferenz von Algeciras geführt haben, es mir untersagen, irgendeine in meiner Macht stehende Bemühung zur Förderung einer Lösung von Meinungsverschiedenheiten zu unterlassen.

Dem deutschen Ersuchen zufolge habe ich bei Frankreich darauf gedrungen, in die Konferenz zu willigen, wobei ich ihm sehr nachdrücklich versicherte, daß ich des Glaubens sei, man werde zu einer Entscheidung gelangen, die sich mit einer unparteiischen Ansicht des im höchsten Sinne Gerechten und Durchführbaren im Einklang befinden werde. Die Beschaffenheit, die Stärke und die Rechtfertigung dieser Versicherungen kann an Hand der Ausdrücke in Freiherrn von Sternburgs Brief an mich vom 28. Juni 1905

festgestellt werden. Es heißt daselbst: ‚Der Kaiser hat mich gebeten, Ihnen zu sagen, daß, falls während der bevorstehenden Konferenz Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland auftauchen sollten, er in jedem einzelnen Falle bereit sein wird, die nach Ihrer Ansicht gerechteste und am meisten durchführbare Entscheidung zu unterstützen. Mit diesem Verhalten wünscht er den Beweis zu erbringen, daß der Beistand, den Sie Deutschland geleistet haben, einzig und allein im Interesse des Friedens geleistet wurde, ohne jeden eigennützigen Beweggrund.‘

Unter diesen Umständen fühle ich mich verpflichtet, Eurer Majestät zu erklären, daß ich die im obengenannten Schreiben vom 19. Februar angegebene Regelung für eine vernünftige halte, und Euer Majestät auf das dringendste um ihre Annahme zu ersuchen. Ich weiß nicht, ob Frankreich sie annehmen wird oder nicht. Ich bin der Ansicht, daß es dies tun sollte; ich bin nicht der Ansicht, daß man ein weiteres Entgegenkommen von Frankreich erwarten sollte. Ist diese Regelung getroffen, dann hat die Konferenz zu dem Ergebnis geführt, daß Frankreich seinen Anspruch des alleinigen Aufsichtsrechtes in Marokko mit einer Rechenschaftspflicht nur den beiden Mächten gegenüber, mit denen es Verträge abgeschlossen hat, und ohne Verantwortung gegenüber der übrigen Welt aufgab, und im Verein mit Spanien ein Mandat von allen Mächten annahm, wobei es einer jeden von ihnen für die Aufrechterhaltung gleicher Rechte und Möglichkeiten verantwortlich bleibt. Die gehörige Beobachtung dieser Verpflichtungen aber ist dadurch gewährleistet, daß ein anderer Vertreter der gesamten Mächte mit dem Rechte ausgestattet wurde, in ihrem Namen ausführliche und vollständige Berichte über die Durchführung des anvertrauten Amtes zu empfangen, nebst dem weiteren Rechte der Prüfung und Beaufsichtigung.

Ich fühle, daß, wenn diese Regelung getroffen ist, Deutschland das Ziel, das es erklärtermaßen seinem Eingreifen in die Marokkoangelegenheiten und der Konferenz gesteckt hatte, erreicht haben wird. Ich fühle, daß eine solche Regelung in hohem Maße Zeugnis ablegen würde von dem Triumph der deutschen Diplomatie in dieser Sache. Bei meiner Art, den Gegenstand zu betrachten, d. h. vom Standpunkte des beiden Parteien freundschaftlich gesinnten Beobachters aus, ohne jedes denkbare Interesse an dem Ergebnis außer dem Interesse am Frieden, sehe ich ernsten Grund zu der Befürchtung, daß, wenn die Konferenz scheitern sollte, weil Deutschland darauf besteht, Frankreich über das in der vorgeschlagenen Regelung umschriebene Maß der Zugeständnisse hinaus zu bedrängen, die öffentliche Meinung in Europa und Amerika ungünstig ausfällt und Deutschland diesen Zuwachs an Geltung und moralischer Macht, den der Abschluß dieser Regelung ihm verschaffen würde, einbüßt und, wahrscheinlich über die Grenzen des Vernünftigen hinaus, für alle Übel verantwortlich gemacht werden könnte, welche die gestörte Lage der Angelegenheiten Europas nach sich ziehen mag.

Im allgemeinen können Parteien einer nunmehr beendeten Auseinandersetzung, wenn sie darauf zurückblicken, die Beobachtung machen, daß sie Streitfragen eine unangemessene Bedeutung beigelegt haben, die in Wirklichkeit unbedeutend waren. Ein uninteressierter Zuschauer ist oft in der Lage, beizeiten eine solche Ansicht zu gewinnen. Ich glaube, daß die von mir vertretene Ansicht so ist, daß, wenn die vorgeschlagene Regelung getroffen werden kann, keine von den Fragen, deren Einbeziehung Deutschland nicht wünscht, von einer irgendwie ernsten Bedeutung für dasselbe ist, und ich hoffe aufrichtig, daß Euer Majestät diese Ansicht annehmen, und auf Frankreich die Verantwortung abwälzen können, die vorgeschlagene Regelung zurückgewiesen zu haben, wenn sie zurückgewiesen werden sollte.“

. . . . .

Sternburg

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 261/262.

Nr. 7076

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm in Klarschrift

Nr. 104 Algeciras, den 8. März 1906

In heutiger Sitzung habe ich nachstehende Erklärung gemacht:

„Wir sind einverstanden mit den in der letzten Ausschußsitzung vorgebrachten Ansichten, und da sie die Notwendigkeit der Einrichtung einer Polizei in Marokko unter der landesherrlichen Oberhoheit Seiner Scherifischen Majestät beweisen, würdigen wir die Gründe, die es empfehlenswert erscheinen lassen, zwecks wirksamer Beteiligung an dieser Einrichtung in Frankreich und Spanien ausgewählte Offiziere heranzuziehen, vermögen aber nicht zuzugeben, daß eine derartige Mitwirkung auf diese beiden Nationen ohne Aufsicht und Gewähr internationaler Überwachung eingeschränkt werde. Es leuchtet ein, daß in einem Lande von dem Kulturzustande Marokkos die Ausübung der einzigen wirklichen Kraft, die imstande ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, den beiden Mächten, die ein ausschließliches Vorrecht daran hätten, eine Ausnahmestellung verleihen würde, die sich auf dem Gebiete der materiellen Interessen fühlbar machen und den Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit für alle beeinträchtigen würde. Es wäre in der Tat vorauszusehen, daß Marokko in die Abhängigkeit dieser beiden Staaten geriete, woraus sich eine für die übrigen Nationen unannehmbare Ungleichheit der Lage ergeben würde. Die Interessen Europas in Marokko fordern stärkere Sicherheiten. Diese gemeinsamen Interessen durch ein gemeinsames Vorgehen zu schützen und zu kräftigen, das ist der Grundsatz, der unter anderen internationalen Umständen mit Erfolg angewandt wird. Es genügt, wenn wir an die in Mazedonien und in China durch die vereinten Bemühungen der Mächte erlangten Ergebnisse erinnern. Wir fordern also für die Einrichtung der marokkanischen Polizei eine auswärtige Mitwirkung, die allen beteiligten Nationen die wirtschaftliche Gleichbehandlung und die Politik der offenen Tür sichert; wir werden jeden in diesem Sinne gemachten Vorschlag prüfen in dem lebhaftesten Wunsche, die Konferenz zu einer Einigung in diesem wichtigen Punkte gelangen zu sehen."

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 262/263

Nr. 7077

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm in Klarschrift

Nr. 105 Algeciras, den 8. März 1906

Wortlaut des von Graf Welsersheimb heute eingebrachten Vorschlags: 1. Der Sultan erhält das Oberkommando über die Polizeitruppe. 2. Der Sultan überträgt französischen Offizieren die Einrichtung und das Kommando der Polizeitruppe in Tanger, Saffi, Rabat und Tetuan. 3. Der Sultan überträgt spanischen Offizieren die Einrichtung und das Kommando der Polizeitruppe in Mogador, Larache und Mazagan. 4. Der Sultan ernennt überdies einen ranghöheren Offizier, dem die Einrichtung der Polizeitruppe in Casablanca übertragen wird, und der zugleich das Amt eines Generalinspekteurs aller Polizeitruppen versieht. Der Sultan wählt ihn frei unter den Offizieren, die ihm, drei an der Zahl und mit Zustimmung der Unterschriftsmächte,

entweder die schweizer oder die niederländische Regierung namhaft machen wird. 5. Der Stamm der Polizeitruppe besteht aus Marokkanern. 6. Die Verwaltung und namentlich die Löhnung der Truppe erfolgt durch die europäischen Beamten aus Geldern, die ihnen von der Staatsbank zur Verfügung gestellt werden. 7. Der Generalinspekteur legt dem diplomatischen Korps in Tanger, dem die Beaufsichtigung der Ausführung der Polizeieinrichtung obliegt, Rechenschaft über seine Amtsführung ab. 8. Diese Einrichtung wird versuchsweise für die Dauer von fünf Jahren eingeführt.

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 264

Zu Nr. 7078

Anmerkung betreffend einen Entwurf Révoils

Er lautete: Eine scherifische Polizeitruppe, deren Bestände und niedere Kaders aus den muselmanischen Marokkanern gebildet, und die der Kommandogewalt marokkanischer Führer unterstellt werden, wird in den acht handelsoffenen Häfen eingerichtet. Um dem Sultan bei der Einrichtung dieser Polizei behilflich zu sein, werden Ausbildungs-Offiziere und -Unteroffiziere von der französischen und von der spanischen Regierung zu seiner Verfügung gestellt, welche die Ernennung und Verwendung derselben seiner Zustimmung unterbreiten. Diese Ausbildner werden für die Dauer von drei Jahren damit beauftragt, für den Unterricht und die Disziplin der marokkanischen Polizeikorps zu sorgen und sollen insbesondere ihre gute Verwaltung überwachen und die regelmäßige Auszahlung der Löhnung beaufsichtigen. Sie werden den mit dem Kommando über diese Polizeikorps ausgestatteten Behörden ihren technischen Beistand leihen. Der Gesamtbestand der Polizeitruppe darf 2500 Mann nicht überschreiten und nicht unter 2000 zurückbleiben; er wird nach der Bedeutung der Häfen in Gruppen von 150 bis 500 Mann verteilt. Die Anzahl der ausbildenden Offiziere beträgt höchstens 16, die der Unteroffiziere 32. Die zur Unterhaltung und zur Auszahlung der Löhnung der Polizeitruppen erforderlichen Gelder werden dem scherifischen Staatsschatz von der Staatsbank vorgeschossen.

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 270

Nr. 7085

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm in Klarschrift

Nr. 111 Algeciras, den 10. März 1906

In heutiger Sitzung habe ich folgende Erklärung abgegeben:

„Ich bin in der Lage, unsere grundsätzliche Zustimmung zu den von dem Herrn Ersten österreichisch-ungarischen Delegierten eingebrachten Vorschlägen zu erklären, deren Einzelheiten noch der Erörterung zu unterziehen wären. Wenn wir mit dieser Zustimmung auf einen wesentlichen Teil der bisher von uns in bezug auf die Frage der marokkanischen Polizei aufrechterhaltenen Forderungen verzichten, so tun wir dies einzig und allein in der Hoffnung, dadurch eine allgemeine Übereinstimmung herbeizuführen . . .“ Folgt der Vorschlag, beide Projekte gemeinsam in die Redaktionskommission zu verweisen.

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 274

Nr. 7090

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 Algeciras, den 12. März 1906

Marquis Visconti Venosta sagte mir heute abend: „Im Vertrauen gesagt, Sie werden mit Révoil nicht ins reine kommen ohne ein Eingreifen der Pariser Regierung in bestimmter Form, dem er nachgeben muß."

Radowitz

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 285/286

Nr. 7102

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Washington, den 14. März 1906

Der Präsident äußerte sich über österreichisch-ungarischen Vorschlag soeben mir gegenüber folgendermaßen:

„Der österreichische Vorschlag ist meiner Meinung nach unsinnig, weil er gerade die Gedankengänge begünstigt, welche die Konferenz bestrebt war, auszuschalten, nämlich Teilung und Einflußsphären. Die Einstellung spanischer und französischer Offiziere in denselben Häfen gibt meiner Ansicht nach eine sicherere Gewähr, als ihre getrennte Einstellung in einzelnen Häfen. Das sieht ganz deutlich wie eine französische, eine spanische und eine holländische oder schweizer Einflußsphäre aus. Ich kann auch nicht einsehen, wie die Pflichten des Polizeiinspektors mit der militärischen Disziplin zu vereinbaren sind. Österreich wünscht, daß ein Offizier, der in dem Hafenplatz Casablanca die gleichen Obliegenheiten erfüllt wie seine französischen und spanischen Kameraden, in allen Häfen als deren Vorgesetzter und Inspekteur auftritt. Das würde gleich von Anfang an zu Reibereien führen. Der Vorschlag, den ich machte, ist der bessere und sicherere und der einzige, den ich zu unterstützen vermag."

. . . . . .

Sternburg

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 305/306

Nr. 7115

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Washington, den 18. März 1906

Staatssekretär Root sendet mir soeben folgende Note:

„Exzellenz: Es erscheint mir angebracht, schriftlich die Antwort zu wiederholen, die Ihnen die Vereinigten Staaten bereits mündlich auf die Fragen erteilt haben, die Sie in bezug auf unsere Stellung zu dem von Österreich am 8. bei der Algeciraskonferenz eingebrachten Vorschlage an uns gerichtet hatten.

Wir billigen diesen Vorschlag nicht. Wir betrachten ihn als eine wesentliche Abweichung von dem von Deutschland ausgesprochenen und von den

Vereinigten Staaten angenommenen Grundsatze, daß alle handeltreibenden Nationen berechtigt sind, die Tür für gleiche Handelsmöglichkeiten in Marokko offen zu finden, sowie zu der Ergänzung dieses Grundsatzes, daß keine Macht einen solchen Einfluß über das Marokkogebiet gewinnen soll, der die Annahme rechtfertigen würde, daß sie schließlich dazu gelangen könnte, unter Ausschluß anderer dieses Gebiet als ihr eigenes zu betrachten und zu behandeln.

Die Einführung dieses Gesichtspunktes des internationalen Rechtes war gegen den Anspruch Frankreichs erfolgt, die Einrichtung der Polizei in den marokkanischen Häfen allein durch Vermittlung seiner Offiziere zu bewerkstelligen. Frankreich hat diesem Gesichtspunkte des internationalen Rechtes soweit nachgegeben, daß es sich erbot, in Gemeinschaft mit Spanien der Beauftragte aller Mächte zu werden zu dem vereinten Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Schutzes gleicher Handelsmöglichkeiten für sie alle. Ferner war vorgeschlagen worden, daß ein Offizier einer dritten Macht, der im Namen aller Mächte handeln würde, das allgemeine Aufsichtsrecht haben sollte, um den Mächten dauernd darüber zu berichten, ob ihre Vertreter, Frankreich und Spanien, die Grenzen ihrer Vertretung innehielten und die Obliegenheiten derselben erfüllten. Diese Regelung schien uns den gewünschten Zweck zu erfüllen. Es schien, daß bei zwei gemeinschaftlich erteilten Aufträgen ein Einzelanspruch auf Besitz oder Herrschaft wohl nicht aufkommen würde, daß bei dem mit der Aufsichtstätigkeit zusammenhängenden allgemeinen Rechte als ständigem Mahner die Pflichten der Vertretung kaum in Gefahr waren, vergessen zu werden. Ferner ließ die Nachbarschaft Frankreichs und Spaniens mit Marokko und ihr besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiete es als vernunftgemäß erscheinen, daß eher sie als irgendeine andere Macht zu Beauftragten erwählt würden.

Der österreichische Vorschlag enthält eine Abänderung zu der von mir beschriebenen Regelung. Es ist diese, daß die acht marokkanischen Häfen verteilt werden sollen, daß in vier die Polizei von den Franzosen, in drei von den Spaniern und im achten Hafen von Schweizern oder Holländern eingerichtet werden soll. Dies erscheint uns als eine Vorbereitung auf eine etwaige Aufteilung des Gebietes in Verletzung des Grundsatzes, in dem wir mit Deutschland übereingekommen waren. Von unserem Gesichtspunkte aus bestehen alle die Gründe, die gegen die Überlassung der Aufsicht über alle Häfen an Frankreich bestanden, auch dagegen, daß Frankreich die Aufsicht über einen Teil derselben, Spanien die über einen anderen, und der Schweiz, sei es im eigenen, sei es im Interesse einer anderen Macht, die Aufsicht über einen einzigen Hafen überlassen werde. Schon die Tatsache der Teilung der Häfen bedeutet für die drei Länder das Vorhandensein eines Sonderrechtes auf die jedem von ihnen bestimmten Häfen. Der unmittelbare Erfolg kann nur die Schaffung von drei getrennten Einflußsphären sein mit einer Minderung an Recht und Betätigungsmöglichkeit auf seiten aller anderen Mächte. Von den Nationen aber, denen diese Einflußsphären zugewiesen werden, ist nach dem natürlichen Lauf der Dinge zu erwarten, daß sie eine vollkommene Herrschaft antreten werden. Uns ist es gleichgültig, ob der Inspekteur, wenn es einen geben soll, ein Italiener oder ein Schweizer ist. Uns ist es gleichgültig, ob er seiner eigenen Regierung oder dem diplomatischen Korps in Tanger berichtet, oder die erhaltenen Nachrichten auf irgend sonst einem Wege den Mächten mitteilt. Wir sehen die Verteilung der Häfen getrennt an einzelne Mächte als grundsätzlich falsch und als für das sowohl von Deutschland wie von den Vereinigten Staaten erklärte Ziel verderblich an. Wenn wir ein hinreichend starkes Interesse an Marokko hätten, so daß es sich für uns der Mühe verlohnte, würden wir für unsere eigene Rechnung

gegen die Annahme jeder derartigen Regelung sehr ernste Einwendungen erheben.

Wir haben indessen kein solch wesentliches Interesse an Marokko, das uns zu dieser Stellungnahme veranlassen könnte. Unser Hauptwunsch ist, bei der friedlichen Lösung der Streitfrage, die die Konferenz zusammenbrachte, nützlich zu sein. Von diesem Wunsche geleitet, werden wir jede Regelung annehmen, über die die in Algeciras vertretenen Mächte einig werden. Erfolgt diese Einigung auf Grundlage des österreichischen Vorschlages oder einer solchen Abänderung desselben, die den Grundsatz der Verteilung der Häfen enthält, so werden wir diese Lösung, die wir für einen Mißerfolg des wahren Grundsatzes halten, dem wir unsere Zustimmung gaben, bedauern. Wir hoffen noch, daß das Ergebnis nicht ein derartiges sein wird."

Sternburg

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 324

Nr. 7130

Der Botschafter in Washington, Freiherr Speck von Sternburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Washington, den 24. März 1906

Hierauf faßte er (der Präsident) seine Äußerungen in einem Telegramm an Botschafter White zusammen. Telegramm lautet: „Es ist uns gleichgültig, ob die Erfordernisse der jetzigen Verwaltung in einigen Häfen — wie dies in Tanger z. B. zweifellos der Fall sein wird — die gleichzeitige Verwendung von französischen und spanischen Offizieren nötig macht, während an anderen Punkten vielleicht weder französische noch spanische Offiziere verwendet werden, oder einmal französische, ein anderes Mal spanische, vorausgesetzt, daß beide Länder die gemeinsame Verantwortung für jeden Hafen übernehmen.

Diese ganze Verteilung von Offizieren kann und sollte daher als eine Einzelfrage zwischen den beiden Mandatsmächten, die den Schutz der Ordnung übernehmen, geregelt werden, vorausgesetzt, daß das Mandat für ein gemeinsames und nicht für ein getrenntes gilt und die Verantwortung eine allgemeine und nicht eine örtliche oder zu verteilende ist. Der Inspekteur, der im Namen aller Mächte die Ausführung des Mandats überwacht, wird bei der Ausübung seines Dienstes in keiner Weise von der Berücksichtigung des Umstandes berührt werden, welche bestimmte Macht in einem bestimmten Augenblicke gerade ihre Offiziere an einem bestimmten Punkte hat.."

Sternburg

Zu Band XXI, 1. Hälfte, S. 328/329

Nr. 7134

Der Erste Delegierte auf der Konferenz von Algeciras, Botschafter von Radowitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Algeciras, den 27. März 1906

Nach langen privaten Verhandlungen ist heute vormittag Einigung über die den Generalinspekteur betreffenden Artikel des Polizeireglements erzielt worden. Dieselben sollen danach lauten:

„Artikel 6. Die Tätigkeit der Polizei soll während des gleichen Zeitraumes von fünf Jahren Gegenstand einer Generalinspektion sein, die von Seiner Scherifischen Majestät einem höheren Offizier der niederländischen

oder schweizerischen Armee übertragen wird, dessen Wahl von der niederländischen Regierung oder der schweizer Bundesregierung seiner Zustimmung unterbreitet wird.

Dieser Offizier nimmt den Titel Generalinspekteur an und hat seinen Wohnsitz in Tanger. Er inspiziert mindestens einmal im Jahre die verschiedenen Polizeikorps und setzt nach erfolgter Inspektion einen Bericht auf, den er dem Makzen einreicht. Außer den regelmäßigen Berichten kann er, wenn er es für nötig hält, Sonderberichte über jede die Tätigkeit der Polizei betreffende Frage aufsetzen.

Ohne unmittelbar in die Befehlsführung oder die Ausbildung einzugreifen, verschafft sich der Generalinspekteur einen Überblick über die von der scherifischen Polizei erlangten Erfolge in bezug auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in den Ortschaften, wo diese Polizei Aufstellung finden wird.

Artikel 7. Die Berichte und Mitteilungen des Generalinspekteurs an den Makzen über seine Sendung werden gleichzeitig in Abschrift dem Doyen des diplomatischen Korps überreicht, um das diplomatische Korps in den Stand zu setzen, festzustellen, daß die Tätigkeit der scherifischen Polizei sich in Übereinstimmung mit den von der Konferenz getroffenen Entscheidungen vollzieht, und aufzupassen, ob sie in wirksamer und vertragsgemäßer Weise die Sicherheit der Personen und des Eigentums fremder Zuständigkeit sowie diejenige der Handelsunternehmungen gewährleistet.

Artikel 8. Im Falle von etwaigen Beschwerden der betroffenen Gesandtschaft beim diplomatischen Korps kann dieses unter Benachrichtigung des Vertreters des Sultans den Inspekteur auffordern, eine Untersuchung anzustellen und einen Bericht über diese Beschwerden zur Verwendung für alle Fälle aufzusetzen.

Artikel 9. Der Generalinspekteur wird ein Jahresgehalt von 25 000 Franken erhalten, außerdem wird ihm eine Entschädigung von 6000 Franken für die Unkosten seiner Beaufsichtigungsreisen gewährt. Der Makzen stellt ihm ein passendes Haus zur Verfügung."

. . . . . .

Radowitz

Zu Band XXI, 2. Hälfte, S. 464/465

Nr. 7203

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Abschrift

[Berlin,] den 17. Januar 1907

Lieber Bülow,

Hierunter sende ich Ihnen den Text des Passus aus dem Brief des Generals Bonnal die Machinationen König Eduard VII. betreffend:

„Die Treibereien der von Eduard VII. geleiteten englischen Politik gegen seinen Neffen Wilhelm II. haben seit der Krise von Tanger nicht aufgehört, und sie sind heute lebendiger als je. England hat in einem Kriege gegen Deutschland mit französischer Hilfe alles zu gewinnen und nichts zu verlieren. Eduard VII. ist zu alt, um warten zu können, und auf der anderen Seite ist es eine gebieterische Notwendigkeit für die Engländer, den deutschen Seehandel zu vernichten und die deutsche Industrie zu untergraben. Aus diesen Gründen und auch noch aus anderen glaube ich an ernste äußere Ereignisse in einer nahen Zukunft." Demgegenüber wäre meine Rückversicherung mit

Theodore Roosevelt, der die Japaner fürchtet, nicht unangebracht und überlegenswert.

(gez.) Wilhelm I. R.

Zu Band XXI, 2. Hälfte, S. 527/528

Nr. 7227

Der Geschäftsträger in Paris, von Flotow, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 697 Paris, den 9. September 1906

Der „Gaulois" und der „Figaro" beschäftigen sich in bemerkenswerten Artikeln mit der Anwesenheit der englischen Militärmission bei den französischen Manövern.

Das erstgenannte Blatt gibt die Äußerung eines Mitgliedes dieser Mission wieder: „. . . Die Macht der Umstände drängt die beiden großen Nachbarvölker, das eine mit seiner Flotten-, das andere mit seiner Militärmacht, zu einer Umwandlung ihres herzlichen Einverständnisses in eine gegenständlichere, mehr zur Anwendung geeignete Vereinbarung . . . Die Entsendung einer Sonderabordnung englischer Offiziere zu den französischen Manövern spielt dieselbe Rolle wie die Anwesenheit Dragomirow's und seiner russischen Offiziersgruppe bei der Truppenbesichtigung von Mirecourt im Jahre 1895."

Der „Figaro" bringt eine Unterredung mit General French, wonach derselbe erklärt haben soll: „Frankreich besitzt die erste Armee der Welt."

In einem anderen Artikel desselben Blattes kommt dessen Militärberichterstatter de Beyre zum Schlusse: „. . . Die Manöver des 2. Korps werden den unschätzbaren Vorteil gehabt haben, das englisch-französische Einverständnis noch fester zu kitten."

. . . . . .

Flotow

Zu Band XXI, 2. Hälfte, S. 556

Nr. 7246

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 43 Paris, den 13. Januar 1907

Vertraulich

Es bot sich mir dieser Tage die erwünschte Gelegenheit, mit dem Ministerpräsidenten eine längere Unterhaltung zu haben. Im Laufe des Gesprächs sagte mir Herr Clemenceau à brûle pourpoint (gerade ins Gesicht) in seiner gewohnten abrupten Weise etwa folgendes: „Sie sind, wie scheint, mit meinem Aufstieg zur Macht nicht zufrieden. Man hat mich in den Ruf eines Englandfreundes und Deutschenhassers gebracht — sehr mit Unrecht. Jeder französische Staatsmann, der sich am Ruder befindet, er mag sein, wer er wolle, muß vor allem über die Interessen Frankreichs wachen und bestrebt sein, gute Beziehungen mit allen Nachbarn zu haben, um alles zu vermeiden, was zu Verwickelungen führen könnte, (ich spreche nicht von Krieg, denn der ist doch heutzutage zwischen zivilisierten Völkern eine Ungeheuerlichkeit, die den Wohlstand des Siegers ebenso zerstört wie den des Besiegten). — Gewiß lege ich Wert darauf, mit England die freundschaft-

lichsten Beziehungen zu unterhalten. Wir haben gemeinsame Interessen, die uns vereinigen. Ich lege aber auch Wert auf gute Beziehungen mit Deutschland und den anderen Mächten. Man tut also Unrecht daran, mir mit Mißtrauen zu begegnen, denn ich treibe eine durch und durch friedliche Politik. Frankreich will den Frieden, aber andererseits muß es stets bereit sein, sich zu verteidigen."

. . . . . .

Radolin

Zu Band XXI, 2. Hälfte, S. 563

Nr. 7251

Der Botschafter in Paris, Fürst von Radolin, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 202 Paris, den 22. März 1907
Ganz geheim

. . . . . .

Wie mein Gewährsmann mir versichert, hätte Herr Doumer in der oben erwähnten Unterhaltung gesagt: „Ich sehe den Zustand Frankreichs als verzweifelt an. Wir müssen um jeden Preis durch eine gewaltsame Krise aus ihm herauskommen. Der Krieg zwischen England und Deutschland ist unvermeidlich geworden. — Es ist nicht Deutschland, das den Krieg will, sondern England, das dazu treibt, und das nicht dulden kann, daß die deutsche Flotte eine gewisse Grenze überschreitet. England also ist es, das die Ereignisse hervorrufen wird, und Frankreich muß ihm folgen, selbst auf die Gefahr hin, während ein oder zwei Generationen die Segnungen des Reichtums und des Wohlergehens zu verlieren." —

. . . . . .

Radolin

Verzeichnis

der in den

BÄNDEN 19–21

des Aktenwerkes enthaltenen Schriftstücke und der deutschen Übertragungen der fremdsprachigen Dokumente

Vorbemerkung

Die an zweiter Stelle stehenden Seitenzahlen des „Wegweisers“ bezeichnen die deutschen Übersetzungen

19. Band

Der Russisch-Japanische Krieg

Erste Hälfte

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 1	
			128. Kapitel		
			Der Russisch-Japanische Konflikt und die Stellungnahme der Mächte		
		1902			
5920	Berlin	24. März	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	3	3
5921	„	12. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	5	3
5922	Tokio	29. Okt.	Gesandter Graf Arco an Reichskanzler Graf Bülow	7	4
5923	Berlin	6. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Graf Arco	9	4
		1903			
5924	„	15. Juli	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	10	4
5925	London	12. Okt.	Geschäftsträger Graf v. Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	12	5
5926	Berlin	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Arco	14	5
5927	„	26. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Graf Arco	15	5
5928	„	27. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Graf Arco	16	5
5929	Petersburg	20. Dez.	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	17	5
		1904			
5930	Berlin	8. Jan.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Fürst Lichnowsky	19	5
5931	London	8. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	20	5
5932	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	22	5
5933	„	8. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	22	6

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 1	
5934	Berlin	10. Jan.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	25	6
5935	„	11. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	25	6
5936	„	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	26	6
5937	Tokio	13. „	Gesandter Graf Arco an Auswärtiges Amt	27	6
5938	Berlin	13. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	29	6
5939	„	15. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Fürst Lichnowsky	29	6
5940	Petersburg	15. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	29	
5941	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	30	7
5942	„	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Vortragenden Rat v. Holstein	33	7
5943	„	16. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	34	7
5944	„	16. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	35	7
5945	„	17. „	Aufzeichnung des Botschaftsrats z. D. v. Eckardstein	38	7, 195
5946	„	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	43	7, 196
5947	Petersburg	21. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	44	7, 196
5948	London	20. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	44	7
5949	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Arco	45	8
5950	„	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	46	8
5951	„	23. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	48	8
5952	Zarskoe Selo	24. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	52	8, 197
5953	Petersburg	27. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	53	8
5954	Paris	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	54	8
5955	Berlin	2. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Arco	55	8
5956	„	7. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	57	8, 197
5957	London	8. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	58	8
5958	Tokio	8. „	Gesandter Graf Arco an Auswärtiges Amt	59	8

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 1	
		1904			
5959	London	10. Febr.	Legationsrat z. D. Frhr. v. Eckardstein an Generalkonsul Schwabach	60	8
5960	Paris	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	60	8
5961	Berlin	14. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	62	8
			129. Kapitel		
			Die Sperrung der Ostsee?		
		1903			
5962	Berlin	13. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten v. Schoen	67	9
5963	„	15. Dez.	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	70	10, 198
5964	Zarskoe Selo	16. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	70	10, 198
5965	Neues Palais	17. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	71	10, 198
5966	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	71	10
5967	„	23. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	73	10
5968	London	23. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	78	10
5969	Washington	26. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	81	11
5970	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	82	11, 199
			Anlage	83	11
5971	—	27. „	Marginalien Seiner Majestät des Kaisers zum Schreiben des Reichskanzlers v. Bülow	84	11
		1904			
5972	Berlin	4. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	87	11, 199
5973	„	6. „	Kaiser Wilhelm II. an König Christian IX.	89	11
5974	Kopenhagen	16. Febr.	König Christian IX. an Kaiser Wilhelm II.	90	12
5975	Berlin	26. „	Kaiser Wilhelm II. an König Christian IX.	91	12
			130. Kapitel		
			Die Lokalisierung des Krieges		
			A. Deutschland-Amerika und die Lokalisierung im fernen Osten		
		1904			
5976	Peking	4. Febr.	Gesandter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	97	12

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 1	
		1904			
5977	Berlin	5. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Frhr. Mumm v. Schwarzenstein	98	12
5978	Washington	6. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	99	12
5979	Berlin	8. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	100	12
5980	Washington	8. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	101	12, 200
5981	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	102	13, 200
5982	Peking	9. „	Gesandter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	103	13, 201
5983	„	— „	Gesandter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	104	13, 201
5984	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Alvensleben	105	13
5985	„	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Mumm v. Schwarzenstein	105	13
5986	Petersburg	12. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	106	13
5987	Berlin	13. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	107	13
5988	—	16. „	Amerikanischer Botschafter Charlemagne Tower an Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	109	13, 202
5989	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Frhr. Mumm v. Schwarzenstein .	110	13
5990	„	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	110	13
5991	Paris	15. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	111	14
5992	Washington	21. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	112	14
5993	Berlin	7. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	113	14
5994	Washington	9. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Reichskanzler Graf Bülow	113	14
			B. Deutschland und die Erhaltung des Friedens im nahen Osten		
		1903			
5995	Sofia	27. Dez.	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Reichskanzler Graf Bülow	117	14
		1904			
5996	Wien	12. Febr.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	119	15

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 1	
5997	Belgrad	14. Febr.	Geschäftsträger v. Eckardt an Reichskanzler Graf Bülow	121	15
5998	Pera	14. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	123	15
5999	„	19. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	124	15
6000	„	20. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	126	15
6001	„	23. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	127	15
6002	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul v. Below-Rutzau	128	15
6003	Petersburg	25. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	129	15
6004	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	130	15
6005	„	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Generalkonsul v. Below-Rutzau	132	15
6006	„	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul v. Below-Rutzau	133	15
6007	„	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul v. Below-Rutzau	134	15
6008	„	2. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	134	16
6009	Pera	2. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	135	16, 202
6010	„	7. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	137	16
6011	Petersburg	7. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	138	16
6012	Sofia	21. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	139	16
6013	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Generalkonsul v. Below-Rutzau	141	15
6014	Sofia	18. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	146	16
6015	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Generalkonsul v. Below-Rutzau	147	16
6016	„	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Generalkonsul v. Below-Rutzau	148	15
6017	Pera	28. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	152	16
6018	Sofia	28. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	153	16

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 1	
6019	Berlin	29. März	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	154	16
6020	Pera	30. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	155	16
6021	„	30. „	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	157	16
6022	Berlin	31. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Frhr. v. Marschall	158	16
6023	Pera	8. April	Botschafter Frhr. v. Marschall an Auswärtiges Amt	159	16
6024	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	159	16
6025	Sofia	23. „	Generalkonsul v. Below-Rutzau an Auswärtiges Amt	161	17
6026	Berlin	19. Mai	Kaiser Wilhelm II. an Fürst Ferdinand von Bulgarien	161	17
			131. Kapitel		
			Die Anfänge des Krieges. Bis zum Auslaufen des Baltischen Geschwaders		
		1904			
6027	Berlin	7. Febr.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	165	17
6028	Paris	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	165	17
6029	London	14. März	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	167	17
6030	Petersburg	18. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	172	17
6031	Berlin	19. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Fürst Lichnowsky	174	17
6032	„	20. „	Chef des Generalstabes General Graf Schlieffen an Reichskanzler Graf Bülow	175	18
6033	Petersburg	11. Mai	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	177	18
6034	Zarskoe Selo	1. Juni	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	181	18, 203
6035	Berlin	6. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	182	18, 204
6036	Petersburg	10. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	184	19
6037	Neues Palais	12. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	186	19, 205
6038	Kiel	26. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	186	19
6039	„	28. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	189	20, 206
6040	„	29. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	189	20

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 1	
6041	London	9. Juli	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	190	20
6042	—	—	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	194	21
6043	Norderney	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	196	21
6044	London	27. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	205	22
6045	Berlin	2. Aug.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	205	22
6046	Paris	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	206	22
6047	Tokio	11. „	Gesandter Graf v. Arco an Reichskanzler Graf Bülow	210	23
6048	Petersburg	25. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	212	23
6049	Neues Palais	28. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	216	23
6050	Norderney	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	217	23
6051	Berlin	1. Sept.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Graf Bernstorff	217	23
6052	London	6. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	218	23
6053	Norderney	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	220	24
6054	Berlin	15. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten Graf Pourtalès für den Reichskanzler Graf Bülow	221	24
6055	Homburg	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	222	24
6056	Peterhof	28. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	223	24, 206
6057	Jagdschloß Hubertusstock	8. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	224	25, 207
			132. Kapitel		
			Russische Beschlagnahme neutraler Dampfer und Dardanellenfrage		
		1904			
6058	Petersburg	2. Juli	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	229	25
6059	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	230	25
6060	„	9. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	230	25

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 1	
		1904			
6061	London	11. Juli	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	230	25
6062	Molde	17. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	231	25, 208
6063	Therapia	23. „	Geschäftsträger Frhr. von und zu Bodman an Auswärtiges Amt	231	26
6064	Drontheim	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	232	26, 208
6065	London	23. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	233	26
6066	„	23. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	233	26
6067	Norderney	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	235	26
6068	Petersburg	27. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	235	26
6069	Berlin	10. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten v. Tschirschky	238	26
6070	London	18. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	239	26
6071	Norderney	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	241	27
6072	London	25. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt	241	27
6073	Berlin	1. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	242	27
6074	„	26. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	243	27
6075	Petersburg	1. Dez.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	243	28
6076	„	3. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	244	28
			133. Kapitel		
			Die Kohlenversorgung des Baltischen Geschwaders		
		1904			
6077	Berlin	14. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	247	28
6078	„	16. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten Graf Pourtalès . . .	249	28
6079	Tokio	20. „	Gesandter Graf v. Arco an Auswärtiges Amt	250	29
6080	Homburg v. d. H.	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	251	29
6081	„	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	252	29
6082	—	(29. „)	Promemoria betr. die deutscherseits übernommene Lieferung von Kohlen für die russische Flotte	253	29

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 1	
6083	Homburg v. d. H.	2. Okt.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Arco	255	29
6084	Homburg	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhr. v. Romberg	257	29
6085	Petersburg	19. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	259	30
6086	Berlin	11. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Grafen v. Arco	260	30
6087	Tokio	13. „	Aufzeichnung des Dragomans Thiel	260	30
6088	Berlin	6. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	263	30
		1905			
6089	„	27. Jan.	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Staatssekretär v. Tirpitz	265	30
6090	„	2. Febr.	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	268	30
6091	„	4. „	Minister Graf Bülow an Gesandten v. Tschirschky	269	30
6092	Zarskoe Selo Palais	14. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	271	31, 209
6093	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	271	31
6094	—	15. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	272	31, 209
6095	Berlin	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	272	31
6096	—	15. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	273	31, 209
6097	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	274	31
6098	Hamburg	19. „	Gesandter v. Tschirschky an Auswärtiges Amt	275	32
6099	Berlin	15. März	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg	276	32

134. Kapitel

Der Zwischenfall an der Doggerbank 1904

		1904			
6100	London	13. Okt.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	281	33
6101	„	24. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	282	32
6102	„	25. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	283	33
6103	„	26. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	284	33

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 1	
		1904			
6104	London	27. Okt.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	285	33
6105	Paris	26. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Graf Bülow	286	33
6106	London	27. „	Militärattaché Graf v. d. Schulenburg an Kaiser Wilhelm II.	287	33
6107	„	28. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	288	33
6108	Petersburg	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	288	33
6109	„	30. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	289	33
6110	Neues Palais	1. Nov.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	290	33
6111	London	1. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	291	33
6112	—	4. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	294	33
6113	Berlin	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	295	34
6114	„	4. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	296	34
6115	London	6. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	297	34
6116	Berlin	7. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	298	34
6117	London	13. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	299	34
			135. Kapitel		
			Anläufe zu einem Deutsch-Russischen Defensivabkommen 1904		
		1904			
6118	—	27. Okt.	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	303	34, 210
6119	Zarskoe Selo	29. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	305	34, 211
6120	Berlin	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	305	35
		—	Anlage I. Entwurf eines Briefes Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Nikolaus II.	306	35, 212
		—	Anlage II	308	35, 213
6121	Neues Palais	30. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	308	35, 213
6122	—	30. „	Militärattaché Graf Lambsdorff an Kaiser Wilhelm II.	309	35
6123	Berlin	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	309	35

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19,1	
6124	Zarskoe Selo	25. Okt.	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	310	35, 214
			Anlage. Projet	311	36, 214
6125	Berlin	16. Nov.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	312	36
			Anlage. Entwurf eines Briefes Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Nikolaus II.	313	36
6126	Gr. Strelitz	23. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	316	36
	Zarskoe Selo	23. „	Anlage. Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II.	317	36, 215
6127	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	318	36
			Anlage. Entwurf zu einem Telegramm Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Nikolaus II.	318	36
6128	Berlin	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	319	36
6129	„	6. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	320	37
6130	Wernigerode	7. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	322	37, 215
6131	Zarskoe Selo	7. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	322	37, 216
			Anlage. Notizen	324	37, 217
6132	—	—	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	325	37, 218
6133	—	11. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	325	37, 218
6134	Petersburg	11. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	325	37
6135	Berlin	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	326	37
6136	Petersburg	12. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	328	37
6137	„	12. „	Graf Lamsdorff an Botschafter Graf Alvensleben	329	38, 218
6138	„	13. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	330	38
6139	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	331	38
6140	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Botschafters Graf Metternich	332	38
6141	—	—	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	340	39, 219
6142	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	342	39
6143	„	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	342	39
6144	Petersburg	26. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	343	39
6145	Zarskoe Selo	25. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	346	39, 219

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 1	
		1904			
6146	—	28. Dez.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	346	39
		1905			
6147	Berlin	1. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	347	40
6148	„	2. Febr.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	349	40

19. Band
Der Russisch-Japanische Krieg
Zweite Hälfte

			136. Kapitel	Bd. 19, 2	
			Die erste Deutsch-Englische „War Scare" November—Dezember 1904		
		1904			
6149	**London**	18. Nov.	Bericht des Marineattachés Kapitän zur See Coerper	353	43
		17. „	Anlage. „Vanity Fair", 17. Nov. 1907. A Navy Without Excuse	354	43, 220
6150	**Berlin**	30. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	356	43
6151	„	4. Dez.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	357	43
6152	„	4. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	357	44
6153	„	5. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	358	44
6154	„	14. „	Militärattaché Major Graf v. d. Schulenburg an Reichskanzler Graf Bülow . .	359	44
	„	13. „	Anlage. Aufzeichnung des Militärattachés Major Graf v. d. Schulenburg für den Reichskanzler Graf Bülow	360	44
6155	„	15. „	Aufzeichnung des Sekretärs Graf zu Eulenburg	365	45
6156	London	25. „	Aufzeichnung des Botschafters Graf Metternich für den Reichskanzler Graf v. Bülow	367	45
6157	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	372	46
6158	Petersburg	26. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	374	46

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 19, 2	
6159	London	11. Jan.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	375	47
6160	„	11. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	377	47
6161	„	12. „	Bericht des Militärattachés Kapitän zur See Coerper	379	47
			137. Kapitel		
		1904	**Die Mediationsfrage**		
6162	Stockholm	10. Okt.	Gesandter Graf v. Leyden an Reichskanzler Graf Bülow	383	48
6163	Neues Palais	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	384	48, 221
6164	Zarskoe Selo	30. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	385	48, 222
6165	Berlin	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Arco	385	48
6166	Tokio	25. „	Gesandter Graf v. Arco an Auswärtiges Amt	386	48
6167	Berlin	2. Nov.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	387	48
6168	„	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhr. v. Romberg	388	48
6169	Petersburg	12. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	389	48
6170	Neues Palais	15. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	390	48, 222
6171	Petersburg	16. „	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	390	49
6172	London	17. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	391	49
6173	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhr. v. Romberg	392	49
6174	Potsdam	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	393	49, 223
6175	Petersburg	1. Dez.	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Reichskanzler Graf Bülow	394	49
6176	Tokio	18. Nov.	Aufzeichnung des Sekretärs v. Erckert . .	395	49
6177	„	24. „	Gesandter Graf v. Arco an Reichskanzler Graf Bülow	399	49
6178	Berlin	26. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	400	49
6179	„	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Arco	403	49
		1905			
6180	„	2. Jan.	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	404	49, 224
6181	Peking	4. „	Gesandter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	405	49

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19, 2	
		1905			
6182	Berlin	28. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Frhr. Mumm v. Schwarzenstein .	406	50
6183	Tokio	10. Febr.	Gesandter Graf v. Arco an Auswärtiges Amt	407	50
6184	Berlin	11 „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Arco	408	50
6185	Tokio	17. „	Gesandter Graf v. Arco an Auswärtiges Amt	408	50
6186	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	409	50
6187	Bremerhaven	11. März	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	411	50
6188	Berlin	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	412	50
6189	„	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Arco	412	50
6190	Tokio	16. „	Gesandter Graf v. Arco an Reichskanzler Graf Bülow	413	51
6191	Berlin	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Prinz Heinrich von Preußen	415	51
6192	Tokio	14. April	Gesandter Graf v. Arco an Reichskanzler Graf Bülow	418	51
6193	Berlin	3. Juni	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	419	51, 225
6194	„	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an General Graf Schlieffen	422	51
6195	„	10. „	General Graf Schlieffen an Reichskanzler Fürst Bülow	423	51
6196	Petersburg	8. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	424	52
6197	Berlin	9. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	425	52
6198	Paris	25. Juli	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	426	52
6199	Berlin	19. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär Gesandter Graf Pourtalès an Reichskanzler Fürst Bülow	428	52
6200	Norderney	20. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	429	52, 227
6201	Peterhof	23. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	430	52, 228
			138. Kapitel		
		1905	**Der Vertrag von Björkoe**		
6202	Norderney	20. Juli	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	435	53

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 19, 2	
6203	Berlin	21. Juli	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	436	53, 229
6204	„	21. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	439	53
6205	„	22. „	desgl.	439	53
6206	Norderney	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	441	54
6207	Berlin	22. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	441	54
6208	Norderney	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	442	54, 229
6209	Berlin	23. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	445	54
6210	Norderney	23 „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	446	54
6211	„	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	447	54
6212	Berlin	24. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	448	54
6213	„	24 „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	449	54
6214	Norderney	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	450	54
6215	„	24. „	desgl.	452	54
6216	„	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	452	55
6217	„	25. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	453	55
6218	Björkoe	24. „	Rat Gesandter v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	454	55
			Anlage	457	55, 230
6219	Berlin	25. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	457	55
6220	Wisby	25. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	458	55, 231
	Björkoe	24. „	Anlage. Text des Vertrages	465	55, 232
6221	Norderney	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	466	56, 232
6222	„	26. „	desgl.	467	56
6223	Berlin	26. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	468	56
6224	Norderney	27. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	470	56
6225	„	27. „	desgl.	471	56

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 19, 2	
6226	Norderney	27. Juli	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	471	56
6227	Berlin	28. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	474	57
6228	Norderney	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	476	57
6229	„	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	477	57
6230	„	2. Aug.	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	481	58
6231	„	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	482	58
6232	Berlin	5. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	483	58
6233	Norderney	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	485	58
6234	Berlin	6. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	487	58
6235	Norderney	9. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	488	58
	—	9. „	Anlage A. Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II.	490	59, 233
	—	—	Anlage B. Abänderungsvorschlag des Fürsten Bülow	492	59
6236	Berlin	10. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Fürst Bülow	493	59
6237	—	11. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	496	59
6238	Norderney	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	498	59
6239	Berlin	14. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Fürst Bülow	501	59
6240	Wilhelmshöhe	18. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	502	59
6241	Paris	23. Sept.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	503	59
6242	Rominten	25. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	505	60
6243	Berlin	25. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	505	60
6244	Baden-Baden	27. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	507	60
6245	„	27. „	desgl.	508	60
6246	Rominten	27. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	508	60

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 19,2	
		1905			
6247	Peterhof	7. Okt.	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	512	60, 234
6248	Glücksburg	12. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	513	60, 236
6249	„	12. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	515	61
6250	Liebenberg	17. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	518	61
	Petersburg	8. „	Anlage. Präsident Graf Witte an Botschafter a. D. Fürst zu Eulenburg	519	61, 237
6251	Baden-Baden	18. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter a. D. Fürst zu Eulenburg	520	61
6252	Liebenberg	— „	Botschafter a. D. Fürst zu Eulenburg an Präsident Graf Witte	521	61, 237
6253	London	15. Nov.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	521	61
6254	Zarskoe Selo	23. „	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	522	61, 238
	—	—	Anlage. Déclaration	524	61, 239
6255	Neues Palais	26. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	524	62
6256	—	26. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	526	62, 240
6257	„	28. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	526	62, 240
6258	Zarskoe Selo	2. Dez.	Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. .	527	62, 241
			139. Kapitel		
			Deutschlands und Amerikas Zusammengehen während des Krieges und für den Frieden. Der Friedensschluß		
		1904			
6259	Berlin	4. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Fürst Bülow	531	63
6260	Norderney	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	532	63
6261	London	10. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	533	63
6262	Lenox	12. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	534	63
6263	„	17. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	535	63, 242
6264	Berlin	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	535	63
	—	24. „	Anlage. Promemoria	538	63
6265	Berlin	5. Sept.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	541	63
6266	Lenox	27. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	541	63

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 2	
6267	Washington	13 Okt.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	542	63
6268	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	543	63
6269	Washington	26. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	544	63
6270	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	545	63
6271	Washington	11. Nov.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	545	63
6272	„	16. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	546	63
6273	„	17. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	546	63
6274	Berlin	24. Dez.	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	547	63
	—	—	Anlage. Promemoria des Botschafters Frhr. Speck v. Sternburg	550	63
6275	Berlin	29. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	551	63
		1905			
6276	„	4. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen	556	63, 242
6277	Washington	11. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	557	63, 243
6278	Berlin	14. „	Botschafter Charlemagne Tower an Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	558	63, 243
6279	„	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Charlemagne Tower	559	63
6280	„	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	560	63
6281	„	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen	562	63, 244
6282	Washington	18. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	563	63, 245
6283	„	20. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	563	63, 245
6284	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	564	63
6285	Washington	3. Febr.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	567	63
6286	Berlin	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	568	63
6287	Washington	9. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	570	63

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 19, 2	
6288	Washington	10. Febr.	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Reichskanzler Graf Bülow	570	63
6289	„	17. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	575	63
6290	Berlin	21. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	576	63
6291	„	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	578	63
6292	„	4. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	579	63
6293	Washington	7. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	580	63
6294	„	18. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	581	64
6295	„	21. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	582	64
6296	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	583	64
6297	„	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	585	64
6298	Washington	31. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	587	64
6299	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	589	64
6300	Washington	1. April	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	590	64
6301	„	2. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	591	64
6302	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	592	64
6303	„	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	596	65
6304	Washington	6. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	597	65
6305	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	598	65
6306	Wiesbaden	16. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	600	65
6307	Washington	17. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	602	65
6308	„	19. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	603	64
6309	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	605	64

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 19, 2	
6310	Washington	24. Mai	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	605	65
6311	„	2. Juni	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	606	65
6312	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	607	65
6313	—	4. „	Botschafter Charlemagne Tower an Kaiser Wilhelm II.	607	65, 245
6314	Washington	5. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	608	65, 246
6315	„	9. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	609	65
6316	„	— „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	611	66
6317	„	24. „	Präsident Theodore Roosevelt an Botschafter Charlemagne Tower	612	66, 247
6318	New York	5. Juli	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	613	66
6319	Berlin	28. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen	614	66, 248
6320	Lenox	4. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	614	66
6321	—	16. „	Botschafter Charlemagne Tower an Kaiser Wilhelm II.	615	66, 248
6322	New York	27. Juli	Präsident Theodore Roosevelt an Botschafter Charlemagne Tower	616	66, 249
6323	Berlin	17. Aug.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	617	66
6324	„	18. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	619	66
6325	Lenox	— „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	619	66, 250
6326	Norderney	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen	622	66, 251
6327	Friedrichshof	25. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	622	66
6328	Norderney	25. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	623	66
6329	New York	28. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	624	66
6330	„	28. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	625	66
6331	Lenox	29. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	626	66

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 19, 2	
6332	Lenox	29. Aug.	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	626	66
6333	Norderney	29. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	627	66
6334	Potsdam	30. „	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. .	627	66, 252
6335	Norderney	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	628	66, 252
6336	Stixenstein	23. Sept.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	628	66
6337	Washington	19. Okt.	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	630	66
			140. Kapitel		
			Ausblicke bei Kriegsende		
			A. Die Erneuerung des Englisch-Japanischen Bündnisses		
		1905			
6338	London	15. Aug.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	635	67
6339	„	25. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Auswärtiges Amt	636	67
6340	„	8. Sept.	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Fürst Bülow	636	67
6341	Berlin	29. Okt.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	641	67
			B. Das Englisch-Russische Verhältnis und die zentralasiatischen Fragen (Tibet, Afghanistan, Persien)		
		1904			
6342	London	10. März	Botschaftsrat a. D. v. Eckardstein an Chef des Bankhauses Bleichröder Paul Schwabach	645	67
6343	Berlin	14. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	646	67
6344	Teheran	16. „	Gesandter Graf Rex an Reichskanzler Graf Bülow	647	67
6345	London	17. Mai	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	648	67
6346	Petersburg	13. Juni	Geschäftsträger Frhr. v. Romberg an Auswärtiges Amt	649	67
6347	„	19. Sept.	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	649	67
6348	Peking	28. „	Gesandter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	651	67

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 19, 2	
6349	London	20. Okt.	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	652	67
6350	Berlin	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	653	67
6351	„	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Frhr. Mumm v. Schwarzenstein	653	67
6352	Peking	21. „	Gesandter Frhr. Mumm v. Schwarzenstein an Auswärtiges Amt	654	67
6353	Washington	24. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	654	67
6354	London	25. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	655	67
6355	Simla	26. „	Generalkonsul Graf v. Quadt an Reichskanzler Graf Bülow	656	48
		1905			
6356	London	27. Febr.	Sekretär Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	657	67
6357	„	12. Sept.	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Fürst Bülow	658	67
6358	Petersburg	22. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	659	67
6359	London	25. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Fürst Bülow	661	67
6360	„	22. Okt.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	663	67
6361	Berlin	24. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Bülow	665	67
6362	Petersburg	24. „	Geschäftsträger v. Miquel an Reichskanzler Fürst Bülow	666	67
6363	London	22. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	668	67
6364	Berlin	6. Nov.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Metternich	671	68

20. Band

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Erste Hälfte

			141. Kapitel	Bd.	
			Die Besiegelung der Entente cordiale durch das Abkommen vom 8. April 1904	20, 1	
		1904			
6365	London	10. März	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	3	71

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 1	
		1904			
6366	Paris	15. März	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	3	71
6367	London	18. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	4	71
6368	Paris	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	5	71
6369	„	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	7	71
6370	Berlin	3. April	Reichskanzler Graf Bülow an Rat Gesandten v. Tschirschky	8	71
6371	London	5. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	10	71
6372	Berlin	6. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	10	71
6373	Paris	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	11	72
6374	Berlin	9. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	12	72
6375	London	9. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	13	72
6376	„	16. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	14	72
6377	Petersburg	15. „	Botschafter Graf Alvensleben an Reichskanzler Graf Bülow	21	73
6378	Syrakus	19. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	22	73
6379	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	23	72
6380	Kairo	20. „	Gesandter Frhr. v. Braun an Minister Graf v. Goluchowski	24	73
6381	Rom	26. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	26	73
6382	Lissabon	2. Mai	Gesandter Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Graf Bülow	26	73
6383	Berlin	4. Juni	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	27	74
6384	London	4. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	29	74
6385	„	19. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	30	74
6386	Tanger	1. Okt.	Aufzeichnung des Sekretärs v. Kühlmann	31	74
		1905			
6387	Berlin	27. April	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	33	74

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 1	
			142. Kapitel		
			Die Italienisch-Französische Entente und der Dreibund		
		1904			
6388	Berlin	3. März	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	37	74
6389	„	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	39	74
6390	Rom	7. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	41	75
6391	Berlin	8. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	42	75
6392	Rom	10. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	42	75
6393	„	11. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	43	75
6394	„	11. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	43	75
6395	Berlin	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	45	75
6396	Rom	17. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	45	75
6397	Berlin	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	46	75
6398	„	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	46	75
6399	Neapel	26. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	47	75
6400	Rom	2. April	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	48	75
6401	Wien	14. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Graf Bülow	50	75
6402	Rom	16. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	52	75
6403	„	16. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	53	75
6404	„	25. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	54	75
6405	„	26. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	57	75
6406	Berlin	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	58	75
6407	Rom	27. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	58	75
6408	„	27. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	59	75
6409	Berlin	28. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Monts	59	75
6410	Rom	28. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	60	75
6411	„	29. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	63	75

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 1	
		1904			
6412	Rom	30. April	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	64	75
6413	Berlin	2. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	66	75
6414	„	7. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	67	75
6415	Rom	6 „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	69	76
6416	Berlin	12. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	71	76
6417	„	12. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	73	76
	—	—	Anlage. Minister des Äußern Tittoni an Botschafter Graf Lanza	74	76
6418	Rom	12. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	74	76
6419	„	21. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	77	76
6420	Berlin	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	78	77
6421	Rom	11. Juni	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	80	77
6422	Homburg	28. Sept.	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	81	77
6423	Rom	19. Nov.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	85	77
6424	„	18. Dez.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	88	77
	„	18. „	Anlage. Bericht des Militärattachés Major v. Chelius an Generaloberst Graf Schlieffen	89	77
		1905			
6425	London	12. Jan.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	93	77
6426	Berlin	21. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	93	77
6427	Rom	25. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	94	77
6428	Berlin	5. März	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	95	78
	Rom	25. Febr.	Anlage. Ministerpräsident Giolitti und Minister Tittoni an Botschafter Graf Lanza	96	78, 253
6429	Berlin	10. März	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	97	78
6430	Rom	24. April	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	99	78

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 1	
			Anhang		
			Der Plan einer Begegnung Kaiser Wilhelms II. mit Loubet 1904		
		1904			
6431	Paris	4. Febr.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	105	79
6432	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	106	79
6433	Paris	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	108	79
6434	Berlin	5. März	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	110	79
6435	Paris	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	111	79
6436	Rom	17. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	113	79
6437	Berlin	19. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	114	79
6438	„	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	115	79
6439	Neapel	26. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	116	79
6440	Rom	17. April	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	117	79
6441	Berlin	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	117	79
		1907			
6442	Rom	3. Nov.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	118	79
			143. Kapitel		
			Deutsch-Englische Verhandlungen im Anschluß an das Abkommen vom 8. April 1904		
		1904			
6443	Berlin	19. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	123	80
6444	„	19. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow für Staatssekretär Frhr. v. Richthofen	124	80
6445	Kairo	20. „	Gesandter Frhr. v. Braun an Minister Graf v. Goluchowski	125	80
6446	Berlin	4. Mai	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Sir Frank Lascelles	127	81, 254
6447	Kairo	18. „	Generalkonsul Gesandter Rücker-Jenisch an Auswärtiges Amt	128	81
6448	Foreign Office	24. „	Hilfssekretär J. H. Villiers an Botschafter Sir Frank Lascelles	129	81, 255

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 20,1	
6449	Berlin	28. Mai	Aide-Mémoire	132	81, 257
6450	„	29. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul Gesandten Rücker-Jenisch	133	81
6451	Kairo	31. „	Generalkonsul Gesandter Rücker-Jenisch an Auswärtiges Amt	134	81
6452	Berlin	1. Juni	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	135	81
6453	Kairo	1. „	Generalkonsul Gesandter Rücker-Jenisch an Auswärtiges Amt	136	81
6454	London	1. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	137	81
6455	„	2. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	138	81
6456	„	3. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	140	81
6457	Berlin	3. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	142	81
6458	London	3. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	142	81
6459	Berlin	4. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	143	81
6460	London	4. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	143	81
6461	Berlin	5. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	144	81
6462	„	5. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	146	81
6463	Neustrelitz	6. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	147	81
6464	London	8. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	148	81
6465	Berlin	9. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	150	81
6466	London	9. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	151	81
6467	Berlin	10. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	152	81
6468	„	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Generalkonsul Gesandten Rücker-Jenisch	154	82
6469	London	18. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	155	82
6470	Foreign Office	15. „	Staatssekretär Marquess of Lansdowne an Botschafter Graf Metternich	155	81, 258
6471	„	15. „	Staatssekretär Marquess of Lansdowne an Botschafter Graf Metternich	157	81, 259

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				20, 1 Bd.	
		1904			
6472	Berlin	18. Juni	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	157	82
6473	„	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	158	82
6474	London	19. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	160	82
6475	Foreign Office	15. „	Staatssekretär Marquess of Lansdowne an Botschafter Graf Metternich	160	82, 260
6476	London	19. „	Botschafter Graf Metternich an Staatssekretär Marquess of Lansdowne	162	82
6477	„	19. „	Botschafter Graf Metternich an Staatssekretär Marquess of Lansdowne	162	82
6478	Berlin	20. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Graf Metternich	163	82
6479	„	23. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Generalkonsul Gesandten Rücker-Jenisch	163	82
6480	Kiel	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	164	82
			144. Kapitel		
			Das Französisch-Spanische Abkommen über Marokko		
		1904			
6481	Berlin	29. April	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	169	82
6482	Madrid	6. Mai	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Garf Bülow	170	82
6483	Paris	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	172	83
6484	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	173	83
6485	Madrid	24. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	174	83
6486	Berlin	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	174	83
6487	„	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	175	83
6488	„	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	176	83
6489	London	1. Juni	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	177	83
6490	Berlin	2. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	178	83
6491	Madrid	2. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	179	83

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 1	
		1904			
6492	Berlin	3. Juni	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	179	83
6493	„	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	180	83
6494	Madrid	10. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	180	83
6495	„	12. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	181	83
6496	Berlin	16. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	181	83
6497	Madrid	17. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	182	83
6498	Berlin	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter v. Radowitz	182	83
6499	Madrid	20. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	183	83
6500	„	1. Juli	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Graf Bülow	184	83
6501	Berlin	6. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Radowitz	185	83
6502	Madrid	8. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	186	83
6503	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	186	83
6504	San Sebastian	21. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	188	83
6505	Paris	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	188	83
6506	„	24. Sept.	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Graf Bülow	189	83
6507	„	4. Okt.	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	190	83
6508	Berlin	7. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Radowitz	191	84, 261
6509	Madrid	7. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	191	84
6510	„	13. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	192	84
6511	„	14. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Graf Bülow	193	84
			145. Kapitel		
		1904	**Präludien der Deutschen Marokkoaktion**		
6512	Berlin	30. März	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	197	84
6513	Messina	3. April	Rat Gesandter v. Tschirschky an Reichskanzler Graf Bülow	199	84
6514	Berlin	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Rat Gesandten v. Tschirschky	201	84
6515	Tanger	5. „	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Reichskanzler Graf Bülow	202	84

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1904		Bd. 20, 1	
6516	Berlin	13. April	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Fürst Lichnowsky	202	85
6517	Frankfurt a. M.	23. „	Aufzeichnung des Sekretärs v. Brüning	203	85
6518	Tanger	11. Mai	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Auswärtiges Amt	205	85
6519	Berlin	19. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Frhr. v. Mentzingen	206	85
6520	„	21. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Frhr. v. Mentzingen	206	85
6521	„	3. Juni	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	207	85
6522	Tanger	23. „	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Reichskanzler Graf Bülow	209	85
6523	Norderney	21. Juli	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	210	85
6524	Paris	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	215	86
6525	Berlin	29. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen	217	86
6526	„	7. Aug.	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	217	86
6527	London	15. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	219	86
6528	Tanger	6. „	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Reichskanzler Graf Bülow	222	86
6529	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg für den Reichskanzler Graf Bülow	223	86
6530	Norderney	17. „	Reichskanzler Graf Bülow an Rat Gesandten v. Tschirschky	224	86
6531	Berlin	6. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	225	86
6532	Tanger	13. „	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Auswärtiges Amt	226	86
6533	„	18. „	Gesandter Frhr. v. Mentzingen an Auswärtiges Amt	227	86
6534	Berlin	7. Okt.	Aufzeichnung des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen für den Reichskanzler Graf Bülow	228	86
6535		22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Kries	231	86
6536	Tanger	9. Nov.	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	232	86
6537	Berlin	18. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Kühlmann	234	86

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 1	
			146. Kapitel		
			Die Deutsche Marokkoaktion bis zur Tangerfahrt Kaiser Wilhelms II.		
		1904			
6538	Tanger	28. Nov.	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	237	87
6539	„	17. Dez.	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	239	87
6540	„	17. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	239	87
6541	„	23. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	240	87
6542	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	241	87
6543	Tanger	27. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	242	87
		1905			
6544	Berlin	2. Jan.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	242	87
6545	Tanger	7. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	243	87
6546	„	9. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	244	87
6547	Berlin	16. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	245	88
6548	„	29. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger v. Kühlmann	246	88
6549	Tanger	29. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	246	88
6550	Berlin	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	247	88
6551	„	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	248	88
6552	Tanger	29. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	248	88
6553	„	31. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	249	88
6554	Berlin	11. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	251	88
6555	„	15. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	254	88
6556	„	16 „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	254	88
6557	Tanger	21. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	255	88

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 1	
6558	Berlin	25. Febr.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	256	89
6559	Washington	9. März	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	258	89
6560	Berlin	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	259	89
6561	„	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	260	89
6562	Tanger	19. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Reichskanzler Graf Bülow	261	89
6563	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	262	89
6564	—	21. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	263	89
6565	Berlin	20. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	264	89
6566	„	21. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	265	89
6567	Paris	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	265	89
6568	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	267	89
6569	„	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	268	90
6570	Paris	23. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	269	90
6571	Berlin	23. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	270	90
6572	„	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	270	90
6573	„	24. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Bülow	271	90
6574	„	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	272	90
6575	„	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	272	90
6576	„	26. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	273	90
6577	„	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Alvensleben	277	90
6578	Paris	28. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	278	91
6579	Berlin	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	278	91

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 1	
6580	Lissabon	28. März	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Graf Bülow	279	91
6581	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Tattenbach	279	91
6582	„	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Tattenbach	280	91
6583	„	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Tattenbach	281	91
6584	Paris	28. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	282	91
6585	Lissabon	29. „	Gesandter Graf Tattenbach an Auswärtiges Amt	283	91
6586	Berlin	29. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf Tattenbach	284	92
6587	„	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	284	92
6588	Gibraltar	31. „	Rat Gesandter v. Schoen an Auswärtiges Amt	285	92
6589	„	31. „	Rat Gesandter v. Schoen an Auswärtiges Amt	286	92
6590	Paris	30. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Graf Bülow	287	92

20. Band

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Zweite Hälfte

			147. Kapitel	Bd. 20, 2	
		1905	**Die Marokkokrise. Delcassés Sturz**		
6591	Berlin	27. März	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	293	97
6592	Tanger	1. April	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	294	97
6593	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	295	97
6594	„	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	295	97
6595	Tanger	3. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	296	97

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6596	Berlin	3. April	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	297	97
6597	„	3. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	297	98
6598	„	3. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann	300	98
6599	„	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	301	98
6600	Paris	3. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	303	98
6601	Berlin	4. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	304	98
6602	„	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	305	99
6603	Tanger	5. „	Geschäftsträger v. Kühlmann an Auswärtiges Amt	306	99
6604	Berlin	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Kühlmann	306	99
6605	„	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	308	99
6606	„	7. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	308	98
6607	„	7. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann	309	98
6608	„	7. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann	310	99
6609	„	7. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Hammann	311	99
6610	Tanger	7. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	313	99
6611	Berlin	9. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	315	99
6612	Paris	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	316	100
6613	Berlin	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	318	100
6614	„	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Kaiser Wilhelm II.	320	100
6615	„	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	322	100
6616	„	12. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	322	100
6617	Rom	12. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	324	100
6618	„	12. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Graf Bülow	325	100

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20,2	
6619	Madrid	12. April	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	326	100
6620	Tanger	13. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	327	100
6621	Paris	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	328	100,261
6622	„	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	330	100
6623	Berlin	19. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	332	100
6624	„	18. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	333	100
6625	Tanger	21. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	335	100
6626	Berlin	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	336	100
6627	Tanger	23. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	337	100
6628	Berlin	24. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	338	100
6629	Tanger	24. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	339	100
6630	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein für den Stellv. Staatssekretär v. Mühlberg	339	100
6631	Fes	21. „	Konsul Vassel an Gesandten Graf v. Tattenbach	339	100
6632	Tanger	25. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	341	100
6633	Washington	25. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	341	100
6634	Berlin	27. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	342	100
6635	Paris	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	344	100
6636	„	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	346	100
6637	Berlin	28. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	346	100
6638	Paris	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	347	100
6639	Tanger	27. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	348	100
6640	Paris	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	348	100

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6641	Berlin	29. April	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	349	100
6642	Tanger	29. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	350	100
6643	Berlin	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	352	100
6644	„	1. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	353	100
6645	Paris	1. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	355	101
6646	Berlin	2. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	357	101
6647	Paris	30. April	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	360	101
6648	Rom	2. Mai	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	362	101
6649	Berlin	3. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	363	101
6650	„	4. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	364	101
6651	Karlsruhe	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	368	101
6652	„	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	368	101,262
6653	„	6. „	Reichskanzler Graf Bülow an Auswärtiges Amt	370	101
6654	Berlin	7. „	Vortragender Rat v. Holstein an Reichskanzler Graf Bülow	370	101
6655	Paris	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	371	101
6656	Berlin	9.	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	372	101
6657	Paris	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	373	101
6658	„	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	374	101
6659	„	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	376	101
6660	„	15. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	378	101
6661	„	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	378	101
6662	Fes	15. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	379	101
6663	„	17. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	380	101

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks Bd. 20, 2	Seite des Wegweisers
		1905			
6664	Berlin	22. Mai	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	381	101
6665	„	22. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	382	101
6666	Paris	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	384	101
6667	Berlin	25. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	385	101
6668	„	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	386	101
6669	„	30. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	388	101
6670	„	31. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Monts	390	102
6671	Fes	26. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	391	102
6672	„	28. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	392	102
6673	Berlin	1. Juni	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Fürst Radolin	392	102
6674	Paris	30. Mai	Aufzeichnung des Sekretärs v. Miquel	393	101
6675	„	31. „	Nachtrag zu obiger Aufzeichnung	397	101
6676	Fes	31. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	399	101
6677	„	3. Juni	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	400	101
6678	Paris	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	400	101
6679	„	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	401	101
6680	„	3. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	402	101
6681	„	5. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	403	102
6682	„	6. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	404	102
6683	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	404	102
6684	Paris	7. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	406	102
6685	„	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	407	102

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 2	
			148. Kapitel		
			Die Deutsch-Französische Verständigung über den Konferenzgedanken. Die Erklärungen vom 8. Juli 1905		
		1905			
6686	Berlin	5. Juni	Reichskanzler Graf Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	413	103
6687	„	5. „	Reichskanzler Graf Bülow an Geschäftsträger v. Flotow	413	103
6688	Rom	6. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	415	103
6689	Paris	6. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	416	103
6690	London	6. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	416	103
6691	Wien	6. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	417	103
6692	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	418	103
6693	Petersburg	7. „	Botschafter Graf Alvensleben an Auswärtiges Amt	419	103
6694	Paris	7. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	420	103
6695	Madrid	7. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	420	103
6696	Washington	8. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	421	103
6697	London	8. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	422	103
6698	„	9. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	423	103
6699	Rom	9. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	424	103
6700	Paris	9. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	425	103
6701	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	425	103
6702	„	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	427	103
6703	Paris	8. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	429	103
6704	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	429	103
6705	Paris	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	430	103
6706	Berlin	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	431	103

Laufende N	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6707	Washington	12. Juni	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	433	103
6708	Berlin	13. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Metternich	434	103
6709	Rom	12. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	435	103
6710	Paris	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	438	103
6711	Berlin	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	439	103
6712	London	15. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	441	103
6713	Washington	17. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	442	103
6714	Fes	16. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	444	103
6715	„	16. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	445	103
6716	Paris	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	446	103
6717	„	18. „	Bericht des Militärattachés Oberstleutnants v. Hugo	446	103
6718	Berlin	19. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	448	104
6719	„	20. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	451	104
6720	Paris	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	452	104
6721	Berlin	21. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	453	104
6722	Rom	21. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	454	104
6723	Berlin	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	455	104
6724	Paris	22. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	457	104
6725	Berlin	23. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	459	104
6726	„	23. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	461	104
6727	London	23. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	463	104
6728	Kiel	24. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	464	104,263

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6729	Berlin	24. Juni	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	464	104
6730	„	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	465	104
6731	Washington	24. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	466	104,263
6732	Berlin	25. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	467	104
6733	„	25. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Rat Gesandten v. Tschirschky	469	104
6734	„	25. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	470	104
6735	Paris	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	472	104
6736	Berlin	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	472	104
6737	Madrid	25. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	473	104
6738	Washington	25. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	473	105,264
6739	Berlin	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	475	105
6740	„	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	476	105,266
6741	Paris	26. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	479	105
6742	Washington	26. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	479	105
6743	„	27. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	480	105
6744	Berlin	27. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	481	105
6745	Paris	26. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	483	105
6746	„	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	485	105
6747	Berlin	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	487	105
6748	„	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	487	105
6749	„	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	488	105
6750	„	28. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	490	105
6751	Paris	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	492	105

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks Bd. 20, 2	Seite des Wegweisers
		1905			
6752	Paris	30. Juni	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	493	105
6753	Berlin	1. Juli	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	495	105
	—	1. „	Anlage. Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	497	105,268
6754	Paris	1. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	499	105
6755	„	1. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	499	105
6756	„	1. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	501	105
6757	Berlin	2. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	502	105
6758	„	2. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	504	105
6759	Paris	4. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	506	105
6760	Berlin	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	508	105
6761	Paris	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Vortragenden Rat v. Holstein	510	105
6762	„	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	512	105
6763	„	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	512	105
6764	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	513	105
6765	„	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	514	105
6766	Paris	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	514	105
6767	„	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	514	105,269
6768	„	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	515	105
6769	Berlin	9. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	516	105
6770	Paris	11. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	517	106

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 20, 2	
			149. Kapitel **Die Verständigung über das Konferenzprogramm. Das Übereinkommen vom 28. September 1905**		
		1905			
6771	Berlin	10. Juli	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	521	106
6772	„	10. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	523	106
6773	„	11. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	523	106
6774	„	11. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Gesandten Graf v. Tattenbach	524	106
6775	„	13. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Karl v. Wedel . . .	526	106
6776	Paris	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	527	106
6777	„	20. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	528	106,270
6778	Lenox	25. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	528	106,270
6779	„	30. „	Geschäftsträger Frhr. v. d. Bussche-Haddenhausen an Auswärtiges Amt	529	107,271
6780	Paris	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	529	107
6781	„	30. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	530	107
6782	Norderney	31. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	531	107
6783	Paris	2. Aug.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	532	108,271
6784	Berlin	3. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	533	108
6785	„	3. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Graf v. Tattenbach	535	108
6786	Norderney	3. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	537	107
6787	„	3. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	537	108
6788	Berlin	6. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Graf v. Tattenbach	538	108
6789	„	18. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	540	108
6790	„	19. „	Stellvertretender Staatssekretär Gesandter Graf v. Pourtalès an Botschafter Fürst Radolin	542	108

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6791	Berlin	22. Aug.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten Graf v. Pourtalès . .	543	108
6792	Norderney	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	544	108
	—	—	Anlage	545	108
6793	Berlin	29. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten Graf v. Pourtalès . .	548	108
6794	Paris	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	549	108
6795	„	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	551	108
6796	„	31. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	552	109
6797	„	31. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	553	108
6798	—	3. Sept.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Kriege	554	108
6799	Berlin	4. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	557	109
6800	Paris	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	558	109
6801	Berlin	4. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	558	109, 272
6802	Baden-Baden	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	559	109
6803	„	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	562	109
6804	Paris	9. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	563	109
6805	Berlin	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	564	109
6806	„	10. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Bülow	566	109
6807	Paris	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	567	109
6808	„	16. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	568	109
6809	Berlin	17. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	571	110
6810	Baden-Baden	18. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	571	110
6811	„	18. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	572	110
6812	„	19. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	572	110

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks (Bd. 20, 2)	Seite des Wegweisers
		1905			
6813	Baden-Baden	19. Sept.	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	573	110
6814	„	19. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	574	110
6815	„	20. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	574	110
6816	Berlin	21. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Reichskanzler Fürst Bülow	576	110
6817	Paris	21. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	577	110
6818	„	22. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	578	110, 273
6819	„	22. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	579	111
6820	„	23. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	580	111
6821	„	24. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	583	111
6822	„	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	584	111
6823	„	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	585	111
6824	Berlin	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	585	111
6825	„	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	587	112
6826	„	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	587	112
6827	„	26. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter Fürst Radolin	588	112
6828	Paris	26. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	589	112, 273
6829	„	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	590	112
6830	Baden-Baden	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	590	112
6831	Paris	28. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	591	112
6832	—	—	Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich	592	113, 274
6833	Paris	29. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	593	113
6834	Baden-Baden	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	594	113

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6835	Paris	2. Okt.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	596	113
6836	„	18. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	596	113
			150. Kapitel		
			Die Marokkofrage und die Deutsch-Englischen Beziehungen. Ein Englisches Allianz-Angebot an Frankreich?		
		1905			
6837	London	28. März	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	601	113
6838	Paris	29. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	602	113
6839	Berlin	4. April	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	603	113
6840	„	4. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	604	113
6841	London	6. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Graf Bülow	604	113
6842	Paris	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	605	114
6843	Berlin	11. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Graf Metternich	605	114
6844	Paris	10. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	607	114
6845	London	19. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	608	114
6846	„	22. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	609	114
6847	Paris	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	615	114
6848	„	1. Mai	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Graf Bülow	616	114
6849	London	1. „	Geschäftsträger Graf Bernstorff an Reichskanzler Graf Bülow	618	115
6850	Paris	7. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	620	115
6851	Berlin	10. „	Reichskanzler Graf Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	620	115
6852	Washington	13. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	622	115
6853	Paris	7. Juni	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	623	115

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6854	Paris	7. Juni	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	625	115
6855	London	9. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	625	115
6856	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	626	115
6857	„	11. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Metternich	628	115
6858	London	16. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	630	115
6859	„	27. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	634	115
6860	„	28. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	635	115
6861	Berlin	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	637	115
6862	„	14. Juli	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	637	115
6863	„	18. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	638	115
6864	London	19. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	639	115
6865	Berlin	20. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	640	115
6866	Norderney	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Metternich	641	116
6867	London	22. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	646	116
6868	Berlin	1. Aug.	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	648	116
6869	„	4. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Kaiser Wilhelm II.	649	116
6870	London	14. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	651	116
6871	„	2. Okt.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	659	116
6872	Baden-Baden	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	662	117
6873	Berlin	9. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	663	117
6874	Baden-Baden	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	664	117
6875	„	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	664	117

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 20, 2	
6876	Baden-Baden	14. Okt.	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	666	117
6877	„	15. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	667	117
6878	„	15. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	668	117
6879	London	18. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	669	117
6880	„	22. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	671	117
6881	„	2. Nov.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	672	117
	„	2. „	Anlage	676	117
6882	Berlin	3. Dez.	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	679	118
6883	London	4. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	681	118
6884	Berlin	5. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf Metternich	683	118
6885	„	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Metternich	683	118
6886	London	20. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	685	118
6887	Neues Palais	29. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	690	118
		1906			
6888	Paris	16. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	697	118

21. Band

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Erste Hälfte

				Bd. 21, 1	
			151. Kapitel		
		1905	**Die Vorbereitung der Konferenz**		
6889	Berlin	3. Okt.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Gesandten Graf v. Tattenbach	3	121
6890	Fes	17. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	4	121

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 21, 1	
6891	Fes	20. Okt.	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	5	121
6892	„	22. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Auswärtiges Amt	5	121
6893	„	23. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Fürst Bülow	6	121
6894	„	27. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Fürst Bülow	8	121
6895	Berlin	1. Nov.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Kühlmann	9	121
6896	Washington	3. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	9	121
6897	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	11	121
6898	Fes	4. „	Gesandter Graf v. Tattenbach an Reichskanzler Fürst Bülow	12	121
6899	Berlin	11. „	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Flotow	14	121
6900	„	23. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	14	121
6901	Paris	23. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	15	122
6902	Berlin	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	17	122
6903	Paris	26. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	18	122
6904	Berlin	29. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger v. Flotow	18	122
6905	Paris	29. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	19	122
6906	Berlin	30. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	20	122
6907	Paris	3. Dez.	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	22	122
6908	Berlin	5. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger v. Flotow	23	122
6909	„	11. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	23	122
6910	Paris	16. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	24	122
6911	„	20. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	25	122
6912	Berlin	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Monts	26	122

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1905		Bd. 21, 1	
6913	Berlin	23. Dez.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Geschäftsträger v. Flotow	27	123
6914	„	25. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs v. Mühlberg	28	123
6915	Madrid	27. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	29	123
6916	Berlin	29. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	30	123
6917	„	29. „	Aufzeichnung des Botschafters Fürst Radolin	31	124
6918	„	30. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	32	124
6919	Madrid	27. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Bülow	32	124
		1906			
6920	Berlin	3. Jan.	Staatssekretär Frhr. v. Richthofen an Botschafter v. Radowitz	33	124
6921	Rom	2. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	34	124
6922	Berlin	3. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	38	124
	—	—	Anlage I. Instruktion für die deutschen Delegierten auf der Konferenz	38	124
	—	—	Anlage II. Spezial-Instruktion für die deutschen Delegierten auf der Konferenz	41	124
6923	London	3. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	45	124
6924	„	4. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	51	125
6925	Berlin	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Monts	53	125
6926	„	6. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	54	121
6927	Madrid	5. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	56	125
6928	Rom	6. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	56	125
6929	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	59	125
6930	„	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	60	125
6931	Paris	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	60	125
6932	Berlin	9. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Metternich	62	125
6933	London	10. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	64	126

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21, 1	
6934	Paris	10. Jan.	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	64	126
6935	„	12. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	66	125
6936	Berlin	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	67	126
			Anhang		
		1906	**Militärische Vorsichtsmaßregeln Frankreichs und Englands**		
6937	Metz	6. Jan.	Generalkommando des XVI. Armeekorps an Generalleutnant v. Moltke	71	126
6938	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	71	126
6939	„	8. „	Generalleutnant v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	72	126
6940	„	16. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Fürst Radolin	72	126
6941	Paris	6. „	Bericht des Militärattachés Hauptmann v. Mutius	73	126
6942	Berlin	23. „	Generalleutnant v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	74	126
6943	„	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Generalleutnant v. Moltke	77	126
6944	„	26. „	Generalleutnant v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	79	127
6945	London	4. Febr.	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	79	127
6946	„	9. „	Botschafter Graf Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	81	127
	„	31. Jan.	Anlage. Bericht des Militärattachés Rittmeisters Graf v. der Schulenburg	82	127
			152. Kapitel		
		1906	**Das erste Stadium der Konferenz. Januar—Februar 1906**		
6947	Madrid	12. Jan.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	91	128
6948	Berlin	15. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	92	128
6949	Algeciras	16. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	92	128
6950	Berlin	17. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	94	128
6951	London	16. „	Geschäftsträger Graf v. Bernstorff an Auswärtiges Amt	95	128

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21, 1	
6952	Algeciras	17. Jan.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	96	128
6953	Berlin	18. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	96	128
6954	„	18. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow für Vortragenden Rat v. Holstein	98	128
6955	Algeciras	18. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	99	128
6956	Berlin	20. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	99	128
6957	Algeciras	21. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	102	128
6958	Washington	23. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	102	128
6959	Berlin	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	103	128
6960	„	25. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	106	128
6961	Windsor Castle	23. „	König Eduard VII. an Kaiser Wilhelm II.	108	128,275
6962	—	(1.) Febr.	Kaiser Wilhelm II. an König Eduard VII.	110	129,276
6963	Buckingham Palace	5. „	König Eduard VII. an Kaiser Wilhelm II.	111	129,277
6964	Algeciras	25. Jan.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	112	129
6965	Berlin	26. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	114	129
6966	„	27. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	115	129
6967	Algeciras	26. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Bülow	119	129
6968	Berlin	27. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	123	129
6969	Petersburg	28. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	125	129
6970	Rom	28. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	126	129
6971	Washington	29. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	126	129
6972	Berlin	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	127	129
6973	„	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	128	129
6974	Algeciras	29. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	128	129
6975	„	31. „	„ „ „ „ „ „	130	129
6976	Berlin	1. Febr.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	131	129
6977	„	2. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	132	129
6978	Algeciras	31. Jan.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	135	129

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks Bd. 21.1	Seite des Wegweisers
		1906			
6979	Algeciras	2. Febr.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	135	129
6980	„	3. „	„ „ „ „ „ „	136	129
6981	Berlin	4. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Graf Wedel	137	129
6982	„	4. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Kriege	137	129
6983	Wien	5. „	Botschafter Graf Wedel an Auswärtiges Amt	140	129
6984	Algeciras	5. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	140	129
6985	„	6. „	„ „ „ „ „ „	141	129
6986	„	6. „	„ „ „ „ „ „	142	129
6987	Berlin	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	143	129
6988	„	7. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	146	129
6989	Washington	8. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	147	129
6990	Algeciras	9. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	148	130
6991	Berlin	9. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	149	130
6992	Algeciras	9. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	151	130
6993	Berlin	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	152	130
6994	„	10. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	152	130
6995	„	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Monts	154	130
6996	Algeciras	10. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	155	130
6997	Berlin	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	155	130
6998	Petersburg	12. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	156	130
6999	Wien	12. „	Botschafter Graf Wedel an Auswärtiges Amt	157	130
7000	Berlin	13. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Monts	159	130
7001	Paris	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	160	130
7002	Rom	13. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	161	130
7003	Berlin	14. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Monts	162	130
7004	Algeciras	13. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	162	130
7005	Berlin	14. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	163	130
7006	London	14. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	164	130
7007	Wien	14. „	Botschafter Graf Wedel an Auswärtiges Amt	166	130
7008	Rom	13. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	168	130

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21,1	
7009	Berlin	16. Febr.	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Kriege	169	130
7010	Paris	15. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	171	130,278
7011	Algeciras	16. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	172	130,278
7012	„	17. „	„ „ „ „ „ „	173	130
7013	Berlin	18. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	173	130
7014	Wien	18. „	Botschafter Graf Wedel an Auswärtiges Amt	175	130
7015	Algeciras	19. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	176	130
7016	„	19. „	„ „ „ „ „ „	177	130
7017	Petersburg	19. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	178	130
7018	London	19. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	179	130
7019	Washington	19. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	181	130,279
7020	Berlin	21. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	183	130
7021	London	20. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	185	130
7022	„	20. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	187	130
7023	„	20. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	188	130
7024	Madrid	20. „	Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	189	131
7025	Petersburg	20. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	192	131
7026	Berlin	21. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Schoen	193	131
7027	Halle	22. „	Botschafter z. D. Fürst zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II.	194	131
	Petersburg	20. „	Anlage. Ministerpräsident Graf Witte an Botschafter z. D. Fürst zu Eulenburg	195	131,280
7028	Berlin	23. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	197	131
7029	Petersburg	24. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	198	132
7030	Liebenberg	27. „	Botschafter z. D. Fürst zu Eulenburg an Ministerpräsident Graf Witte	202	131
7031	Algeciras	20. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	204	132
7032	„	21. „	„ „ „ „ „ „	204	132
7033	„	22. „	„ „ „ „ „ „	205	132
7034	Berlin	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	206	132
7035	„	22. „	Aufzeichnung des Vortragenden Rats v. Holstein	208	132

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd.	
		1906		21, 1	
7036	Berlin	22. Febr.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	209	132
7037	Petersburg	23. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	211	132
7038	Washington	23. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	213	132
7039	Berlin	24. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	213	132
7040	Wien	24. „	Geschäftsträger Graf Schwerin an Auswärtiges Amt	214	132
7041	Algeciras	24. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	215	132
7042	„	26. „	„ „ „ „ „ „	215	132,282
7043	Rom	24. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	216	132
7044	Algeciras	26. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Bülow	217	132
			153. Kapitel		
			Das zweite Stadium der Konferenz. Österreichs Sekundantendienst. März—April 1906		
		1906			
7045	Algeciras	26. Febr.	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	223	133,282
7046	Berlin	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	224	133
7047	Paris	27. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	225	133
7048	Algeciras	27. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	226	133
7049	Wien	1. März	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	228	133
7050	Rom	27. Febr.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	230	133
7051	Algeciras	3. März	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	233	134
7052	Petersburg	3. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	234	134
7053	Algeciras	3. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	235	134
7054	„	4. „	„ „ „ „ „ „	236	134
7055	Berlin	4. „	Vortragender Rat v. Holstein an Botschafter Fürst Radolin	237	134
7056	Wien	4. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	238	134
7057	Berlin	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	239	134
7058	„	5. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	240	134
7059	Paris	5. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	240	134

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21, 1	
7060	Algeciras	5. März	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	241	134
7061	„	5. „	„ „ „ „ „ „	243	134
7062	„	5. „	„ „ „ „ „ „	244	134,283
7063	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	245	134
7064	Rom	3. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	246	134
7065	Berlin	6. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	248	134
7066	Madrid	6. „	Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm an Auswärtiges Amt	249	134
7067	Paris	6. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	250	134
7068	Petersburg	4. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	251	135
7069	Berlin	7. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	256	135
7070	Rom	7. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	257	135
7071	Algeciras	7. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	257	135
7072	„	7. „	„ „ „ „ „ „	258	135
7073	Berlin	8. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	258	135
7074	Washington	7. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	259	135,283
7075	Algeciras	8. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	261	135
7076	„	8. „	„ „ „ „ „ „	261	135,285
7077	„	8. „	„ „ „ „ „ „	262	135,285
7078	„	8. „	„ „ „ „ „ „	263	135,286
7079	„	8. „	„ „ „ „ „ „	264	135
7080	Paris	8. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	265	135
7081	Madrid	9. „	Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm an Auswärtiges Amt	266	135
7082	„	9. „	Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	267	135
7083	Wien	9. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	269	135
7084	Algeciras	10. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	269	135
7085	„	10. „	„ „ „ „ „ „	270	135,286
7086	„	10. „	„ „ „ „ „ „	270	135
7087	Wien	11. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	271	135
7088	Algeciras	11. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	272	135
7089	„	11. „	„ „ „ „ „ „	272	135
7090	„	12. „	„ „ „ „ „ „	274	135,287

Laufende Nr	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21, 1	
7091	Berlin	12. März	Direktiven des Reichskanzlers Fürst Bülow	274	135
7092	„	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf Karl v. Wedel	275	135
7093	„	12. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	276	135
7094	Algeciras	12. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	279	135
7095	Petersburg	13. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	279	135
7096	Algeciras	13. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	280	135
7097	Rom	13. „	Botschafter Graf Monts an Auswärtiges Amt	280	135
7098	Paris	13. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	281	135
7099	Wien	13. „	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Auswärtiges Amt	281	135
7100	London	13. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	282	135
7101	Algeciras	14. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	285	135
7102	Washington	14. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	285	136,287
7103	Rom	11. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	286	137
7104	Paris	14. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	291	136
7105	Algeciras	15. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	292	136
7106	Berlin	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	293	136
7107	Paris	15. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	295	136
7108	Berlin	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst Radolin	297	136
7109	Algeciras	16. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	297	136
7110	Berlin	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	298	136
7111	Algeciras	17. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	299	136
7112	Washington	17. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	300	136
7113	„	18. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	302	136
7114	Paris	17. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	303	136
7115	Washington	18. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	305	136,287
7116	Algeciras	18. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	306	136
7117	Berlin	19. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	307	136

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21, 1	
7118	Berlin	19. März	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg	309	136
7119	Algeciras	21. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	310	136
7120	Berlin	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	311	136
7121	Washington	21. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	311	136
7122	Berlin	22. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Schoen	312	136
7123	Petersburg	23. „	Botschafter v. Schoen an Auswärtiges Amt	313	136
7124	Paris	25. „	Botschafter Fürst Radolin an Auswärtiges Amt	315	136
7125	Petersburg	25. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	316	137
7126	Washington	22. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	321	137
7127	—	—	Mitteilung des Botschafters v. Szögyény-Marich	321	137
7128	Algeciras	23. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	322	137
7129	Berlin	24. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter v. Radowitz	322	137
7130	Washington	24. „	Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg an Auswärtiges Amt	324	136,289
7131	Algeciras	25. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	324	137
7132	„	26. „	„ „ „ „ „ „	326	137
7133	„	26. „	„ „ „ „ „ „	326	137
7134	„	27. „	„ „ „ „ „ „	328	137,289
7135	„	27. „	„ „ „ „ „ „	329	137
7136	„	27. „	„ „ „ „ „ „	329	137
7137	„	28. „	Botschafter v. Radowitz an Reichskanzler Fürst Bülow	330	137
7138	„	31. „	Botschafter v. Radowitz an Auswärtiges Amt	331	137
7139	Berlin	5. April	Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich	332	137
7140	Rom	3. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow (Nachschrift vom 5. April 1906)	333	137
7141	„	4. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	335	137
7142	London	4. „	Botschafter Graf Metternich an Auswärtiges Amt	337	137
7143	Rom	6. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	338	137
7144	Petersburg	7. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	340	138

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1906		Bd. 21, 1	
7145	Rom	8. April	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	342	138
7146	„	9. „	desgl.	344	138
7147	„	12 „	desgl.	345	138
7148	„	18. „	desgl.	347	138
7149	Paris	23. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	348	138

21. Band

Die Konferenz von Algeciras und ihre Auswirkung

Zweite Hälfte

			154. Kapitel **Die Rückwirkungen der Konferenz auf das Verhältnis der Dreibundmächte 1906—1907. Die stillschweigende Verlängerung des Dreibundvertrages 1907**		
		1906		Bd. 21, 2	
7150	Rom	8. März	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	353	141
7151	„	15. April	Aufzeichnung des Ersten Sekretärs v. Jagow	354	141
7152	„	19. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	356	141
7153	Berlin	3. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	359	141
7154	Norderney	31. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	360	141
7155	Berlin	8. Juni	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	362	142
7156	Rom	8. „	Botschafter Graf Monts an Staatssekretär v. Tschirschky	364	142
	„	— „	Anlage 1	365	142
	„	— „	Anlage 2	367	142
7157	„	8. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	371	142
7158	„	16. „	Aufzeichnung des Botschafters Graf Monts	372	142
7159	Berlin	9. Juli	Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet	374	142

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd.	
		1906		21, 2	
7160	Wien	10. Okt.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	376	142
7161	Rom	20. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	377	142
7162	Wien	2. Nov.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	380	142
7163	Rom	10. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	381	143
7164	Berlin	16. „	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	384	143
7165	„	16. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Graf v. Monts	387	143
		1907			
7166	Wien	13. Jan.	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	388	143
7167	Rom	5. Febr.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	389	143
7168	Berlin	7. Mai	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	393	143
7169	„	2. Juni	Chef des Generalstabes General d. Inf. v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	395	143
	London	16. Mai	Anlage	396	143
7170	Rom	11. Juni	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	399	144
7171	Wien	11. Juli	Botschafter Graf Karl v. Wedel an Reichskanzler Fürst Bülow	402	144
			Anhang		
			Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1906—1907		
		1906			
7172	Rom	25. Jan.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	407	144
	„	26. „	Anlage. Militär-Attaché Major Frhr. v. Hammerstein-Equord an Chef des Generalstabes Generalleutnant v. Moltke	408	144
7173	Berlin	2. Febr.	Chef des Generalstabes Generalleutnant v. Moltke an Militär-Attaché Major Frhr. v. Hammerstein-Equord	410	145
7174	Rom	2. „	Bericht des Militär-Attachés Major Frhr. v. Hammerstein-Equord	411	145
7175	„	20. März	desgl.	412	145
7176	„	26. Juli	desgl.	414	145
		1907			
7177	„	10. Jan.	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	417	145

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd.	
7178	Berlin	15. Mai	Chef des Generalstabes General d. Inf. v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	21, 2 419	145
			155. Kapitel		
			Die Deutsch-Englischen Beziehungen nach Algeciras und die Entente cordiale Mai 1906 bis Juli 1907		
		1906			
7179	Berlin	1. Mai	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	423	146
7180	London	4. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	424	146
7181	„	8. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	427	146
7182	„	8. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	432	146
7183	„	8. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	432	146
7184	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.	433	147
7185	London	19. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	434	147
7186	„	8. Juni	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	436	147
7187	Berlin	27. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Fürst v. Radolin	437	147
7188	„	7. Juli	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	438	147
7189	„	10. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	439	147
7190	„	9. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Preußischen Kriegsminister Generalleutnant v. Einem	440	147
7191	London	31. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	441	147
7192	Norderney	13. Aug.	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	448	148
7193	„	13. „	desgl.	449	148
7194	Berlin	14. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Fürst Bülow	450	148
7195	Norderney	15. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	452	148
7196	Friedrichshof	15. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	453	148

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 21, 2	
		1906			
7197	Friedrichshof	16. Aug.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	455	149
7198	London	23. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	457	149
7199	Berlin	4. Sept.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	459	149
7200	London	15. „	Botschafter Graf v. Metternich an Staatssekretär v. Tschirschky	461	149
7201	Berlin	25. „	Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten Graf v. Pourtalès	463	149
7202	London	17. Okt.	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	463	149
		1907			
7203	Berlin	17. Jan.	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	464	150, 290
7204	London	30. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	465	150
7205	„	31. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	467	150
7206	„	31. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	470	151
7207	„	1. Febr.	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	476	151
7208	Paris	4. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	476	151
7209	London	6. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	477	151
7210	Rom	8. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	478	151
7211	Berlin	9. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Metternich	480	151
7212	„	18. „	Chef des Generalstabes General d. Inf. v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	484	152
			Anlage	484	152
7213	London	15. „	Österreich-ungarischer Botschafter Graf Mensdorff an österreich-ungarischen Minister des Äußern Frhr. v. Aehrenthal	490	152
7214	„	9. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	491	152
	„	9. „	Anlage. Bericht des Militär-Attachés Hauptmanns Ostertag	494	152
7215	Rom	18. „	Botschafter Graf Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	496	152
7216	„	20. „	desgl.	497	152

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 21, 2	
7217	London	27. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	499	152
7218	„	12. Mai	Geschäftsträger v. Stumm an Staatssekretär v. Tschirschky	502	152
7219	„	31. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	507	152
7220	Berlin	3. Juni	Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürst Bülow	511	153
7221	London	15. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	511	153
7222	„	17. „	Botschafter Graf v. Metternich an Auswärtiges Amt	512	153
7223	„	17. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	514	153
7224	Berlin	3. Juli	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf v. Metternich	518	153
7225	London	1. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	520	153
			Anhang		
			Englisch-Französische Militär- und Marine-Abkommen?		
		1906			
7226	Berlin	23. Febr.	Chef des Generalstabes der Armee Generalleutnant v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	525	153
7227	Paris	9. Sept.	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	527	155, 291
7228	„	15. „	Geschäftsträger v. Flotow an Auswärtiges Amt	528	155
7229	„	19. „	Geschäftsträger v. Flotow an Stellvertretenden Staatssekretär Gesandten Graf v. Pourtalès	529	155
7230	London	29. „	Botschafter Graf v. Metternich an Reichskanzler Fürst Bülow	530	155
7231	Paris	4. Nov.	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	530	155
7232	Berlin	24. „	Chef des Generalstabes der Armee General der Infanterie v. Moltke an Reichskanzler Fürst Bülow	531	155
	—	—	Anlage	531	155
7233	Paris	26. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	533	155

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 21, 2	
		1907			
7234	London	2. März	Geschäftsträger Wilhelm v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	534	155
7235	Berlin	8. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Graf v. Monts	536	155
7236	Rom	18. „	Botschafter Graf v. Monts an Reichskanzler Fürst Bülow	536	155
	„	18. „	Anlage. Aufzeichnung des Marine-Attachés Kapitäns z. S. Rampold	538	155
			156. Kapitel		
			Die Deutsch-Französischen Beziehungen nach Algeciras. Clemenceau und Jules Cambon Herbst 1906—1907		
		1906			
7237	Paris	18. Okt.	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	543	156
7238	„	25. „	Geschäftsträger v. Flotow an Reichskanzler Fürst Bülow	546	156
7239	„	31. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	548	156
7240	„	31. Dez.	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	551	156
7241	Berlin	31. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	552	156
		1907			
7242	„	2. Jan.	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst v. Radolin	552	156
7243	Paris	2. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	553	156
7244	Berlin	5. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst v. Radolin	553	156
7245	Paris	10. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	555	156
7246	„	13. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	556	156, 291
7247	Berlin	14. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst v. Radolin	558	156
7248	Paris	18. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	558	156
7249	„	22. Febr.	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	559	157
7250	„	2. März	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	561	157
7251	„	22. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	563	157, 292

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 21, 2	
7252	London	17. April	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	564	157
7253	„	26. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	567	158
7254	Berlin	6. Juni	Aufzeichnung des Gesandten Rosen für den Stellvertretenden Staatssekretär v. Mühlberg	569	158
7255	Elm	15. „	Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	570	158
7256	Berlin	22. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Fürst Bülow	570	158
7257	Kiel	26. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	571	158
7258	„	26. „	Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Fürst Bülow	574	158
7259	Berlin	27. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	576	158
7260	„	28. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst v. Radolin	577	158
7261	Travemünde	28. „	Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	577	159
7262	Berlin	29. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an den Gesandten Frhr. v. Jenisch	578	159
7263	„	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	579	159
7264	Paris	29. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	581	159
7265	„	5. Juli	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	582	159
7266	Hamburg	4. „	Preußischer Gesandter Frhr. v. Heyking an Preußischen Minister des Äußern Fürst Bülow	583	159
7267	Paris	6. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	585	159
7268	Norderney	9. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Stellvertretenden Staatssekretär v. Mühlberg	587	160
7269	„	10. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Stellvertretenden Staatssekretär v. Mühlberg	588	160
7270	Berlin	14. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Fürst Bülow	590	160
7271	Paris	14. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	591	160
7272	Tromsoe	16. „	Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Frhr. v. Jenisch an Reichskanzler Fürst Bülow	592	160

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 21, 2	
		1907			
7273	Berlin	17. Juli	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Reichskanzler Fürst Bülow	593	160
7274	„	27. „	Preußischer Minister des Äußern Fürst Bülow an Preußischen Gesandten Graf v. Pourtalès	594	160
7275	Norderney	25. Aug.	Reichskanzler Fürst Bülow an Auswärtiges Amt	596	160
			157. Kapitel		
			Neue Schwierigkeiten in der Marokkofrage Herbst 1906—1907		
		1906			
7276	Tanger	17. Mai	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	601	160
7277	Berlin	2. Juni	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	602	160
7278	„	1. Juli	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Rosen	603	160
7279	Tanger	2. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	604	160
7280	„	11. „	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Auswärtiges Amt	604	160
7281	Berlin	11. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern . .	605	160
7282	Tanger	18. „	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Auswärtiges Amt	606	160
7283	Berlin	27. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern . .	607	160
7284	Tanger	6. Aug.	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Auswärtiges Amt	608	160
7285	Fes	17. Okt.	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	609	160
7286	„	23. „	„ „ „ „ „	609	160
7287	Tanger	14. Nov.	„ „ „ „ „	610	160
7288	Berlin	23. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	611	160
7289	„	30. „	Reichskanzler Fürst Bülow an Botschafter Fürst v. Radolin	612	161
7290	„	30. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	614	161
7291	„	1. Dez.	Reichskanzler Fürst Bülow an Kaiser Wilhelm II.	615	161
7292	„	1. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	617	161
7293	Neudeck	2. „	Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Frhr. v. Jenisch an Auswärtiges Amt	619	161
7294	Paris	5. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	620	161

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
				Bd. 21, 2	
		1906			
7295	Berlin	7. Dez.	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst v. Radolin	621	161
7296	Tanger	11. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	622	161
7297	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	623	161
7298	Tanger	14. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	623	161
7299	Berlin	16. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	624	161
7300	Tanger	21. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	625	161
7301	„	26. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	627	161
		1907			
7302	Berlin	1. Jan.	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	630	161
7303	„	8. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Gesandten Rosen	631	161
7304	Tanger	10. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	631	161
7305	Paris	10. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	632	161
7306	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst v. Radolin	632	161
7307	Tanger	14. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	633	161
7308	Berlin	15. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	634	161
7309	Tanger	21. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	634	161
7310	„	24. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	635	161
7311	„	1. März	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt . .	637	161
7312	Berlin	2. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	639	161
7313	Paris	8. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	640	161
7314	„	8. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	641	161
7315	Berlin	13. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst v. Radolin	643	161
7316	„	15. „	desgl.	645	161
7317	Paris	15. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Reichskanzler Fürst Bülow	646	162
7318	„	17. „	Botschafter Fürst v. Radolin an Auswärtiges Amt	647	162
7319	Petersburg	29. „	Botschafter v. Schoen an Reichskanzler Fürst Bülow	648	162

Laufende Nr.	Ort	Datum	Inhalt	Seite des Aktenwerks	Seite des Wegweisers
		1907		Bd. 21, 2	
7320	Berlin	26. März	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	649	162
7321	Tanger	26. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt	650	162
7322	„	5. April	„ „ „ „ „	651	162
7323	Tanger	10. „	„ „ „ „ „	651	162
7324	Berlin	12. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	652	162
7325	Tanger	14. „	Gesandter Rosen an Auswärtiges Amt	653	162
7326	Berlin	18. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Gesandten Rosen	654	162
7327	„	14. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	654	162
7328	„	21. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Botschafter Fürst v. Radolin	656	162
7329	London	26. „	Geschäftsträger v. Stumm an Reichskanzler Fürst Bülow	657	162
7330	Berlin	16. Mai	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger v. Stumm	658	162
7331	„	24. „	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Botschafter Graf v. Metternich	659	163
7332	Tanger	21. „	Gesandter Rosen an Reichskanzler Fürst Bülow	663	163
7333	„	19. Juni	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Reichskanzler Fürst Bülow	671	163
7334	„	25. „	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Stellvertretenden Staatssekretär v. Mühlberg	675	163
7335	Berlin	7. Juli	Stellvertretender Staatssekretär v. Mühlberg an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern	678	163
7336	„	17. Aug.	Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern an Auswärtiges Amt	681	164
7337	Berlin	20. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern	682	164
7338	„	21. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern	683	164
7339	„	22. „	Staatssekretär v. Tschirschky an Reichskanzler Fürst Bülow	683	164
7340	„	23. „	Aufzeichnung des Gesandten Rosen für Staatssekretär v. Tschirschky	685	164
7341	„	28. „	Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Tschirschky	686	164
7342	„	9. Sept.	Staatssekretär v. Tschirschky an Geschäftsträger Frhr. Langwerth v. Simmern	687	164
7343	„	14. „	Stellvertretender Staatssekretär Graf v. Pourtalès an Staatssekretär v. Tschirschky	688	164

224428 HMod.
Author Schwertfeger, Bernhard S4157d
Title Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, 1871-1914. Vol.4[1].

DATE.	NAME OF BORROWER.
26/1/50	Thomas J. Bredin (grad)

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU